

Stefanie Lütters

# Soziale Netzwerke und politische Partizipation

Eine empirische Untersuchung mit  
sozialräumlicher Perspektive

OPEN ACCESS



Springer VS

---

# Soziale Netzwerke und politische Partizipation

---

Stefanie Lütters

# Soziale Netzwerke und politische Partizipation

Eine empirische Untersuchung mit  
sozialräumlicher Perspektive

 Springer VS

Stefanie Lütters  
Köln, Deutschland

Dissertation Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, 2019  
D61

Originaltitel: Gut vernetzt ist halb gewählt? Soziale Netzwerke und politische Partizipation in sozialräumlicher Perspektive



ISBN 978-3-658-36753-4      ISBN 978-3-658-36754-1 (eBook)  
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-36754-1>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Der/die Herausgeber bzw. der/die Autor(en) 2022. Dieses Buch ist eine Open-Access-Publikation. **Open Access** Dieses Buch wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden. Die in diesem Buch enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen. Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten. Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Planung/Lektorat: Marta Schmidt  
Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.  
Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

---

## Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich herzlich bei Prof. Dr. Peter H. Hartmann und Prof. Dr. Thomas Poguntke für Rat, Orientierung und Inspiration bedanken. Ihre wissenschaftliche Unterstützung bei den kleineren und größeren Schwierigkeiten des Forschungsalltags war für das Gelingen dieses Projektes von unschätzbarem Wert. Ebenfalls danke ich apl. Prof. Dr. Jürgen H.P. Hoffmeyer-Zlotnik für hilfreiche Empfehlungen in der heiklen Anfangsphase.

Ein großer Dank gilt weiterhin dem Graduiertenkolleg *Linkage in Democracy* (LinkDe) und meinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern für ein überaus angenehmes (Arbeits-)Umfeld. Außerdem danke ich allen Beteiligten aus Hahnwald und Chorweiler für ihren Einsatz und die netten wie informativen Gespräche.

Besonders bedanken möchte ich mich zudem bei meiner Familie, allen voran meinen Eltern Brigitte und Manfred Lütters. Danke für eure langjährige und unermüdliche Unterstützung, die mir immer ein Rückhalt war. Zuletzt danke ich meinen Freundinnen und Freunden für Antrieb, Ablenkung oder Anteilnahme, je nachdem, was gerade nötig war.

---

# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einführung</b>	1
1.1	Ausgangssituation und Problemstellung	1
1.2	Zielsetzung und Methodik	4
1.3	Aufbau der Untersuchung	7
<b>2</b>	<b>Theoretischer Hintergrund: Politische Teilhabe</b>	9
2.1	Politische Partizipation	9
2.1.1	Bestimmung des Partizipationsbegriffs	10
2.1.2	Theoretische und empirische Klassifizierungen	12
2.1.3	Gesellschaftliche Verbreitung und Entwicklung	17
2.1.4	Soziale Ungleichverteilung als demokratischer Risikofaktor	21
2.2	Klassische Erklärungsansätze politischer Partizipation	23
2.2.1	Sozialstrukturelle Ansätze	23
2.2.2	Rationale Ansätze	25
2.3	Das Civic Voluntarism Model	28
2.3.1	Partizipationsrelevante Ressourcen	29
2.3.2	Politische Motivation	31
2.3.3	Politische Rekrutierung	33
2.3.4	Relevanz und Kritik	34
2.4	Sozialkapital nach Putnam	36
2.4.1	Schlüsselwerke der Sozialkapitalforschung	37
2.4.1.1	Die Sozialkapitaltheorie Bourdieus	38
2.4.1.2	Die Sozialkapitaltheorie Colemans	40

2.4.2	Grundlagen einer bürgerschaftlichen Perspektive .....	44
2.4.3	Die These vom Gemeinschaftsverlust .....	45
2.4.4	Dimensionen sozialen Kapitals .....	47
2.4.5	Formen sozialen Kapitals .....	51
2.4.6	Relevanz und Kritik .....	53
2.5	Resümee zur politischen Teilhabe .....	57
<b>3</b>	<b>Theoretische Konzeptualisierung: Politisch relevante</b>	
	<b>Netzwerke</b> .....	61
3.1	Forschungsperspektive und Forschungsfrage .....	61
3.2	Präzisierung zentraler Begriffe .....	63
3.2.1	Sozialkapital .....	64
3.2.2	Soziale Netzwerke .....	65
3.3	Empirischer Forschungsstand .....	67
3.3.1	Soziale Netzwerke und politische Partizipation .....	68
3.3.2	Sozioökonomische Ressourcen und soziale Netzwerke .....	73
3.3.3	Das Erfordernis kleinräumiger Analysen .....	78
3.4	Theoretische Erklärungsstrategien .....	80
3.4.1	Statusabhängigkeit der sozialen Netzwerke .....	80
3.4.2	Politisierungspotenziale sozialer Netzwerke .....	84
3.4.3	Einflüsse des sozialen Kontextes .....	87
3.5	Empirisches Untersuchungsmodell und Hypothesen .....	90
<b>4</b>	<b>Daten und Methoden</b> .....	97
4.1	Der Untersuchungsgegenstand .....	98
4.1.1	Auswahl der Untersuchungseinheiten .....	98
4.1.2	Sozialstruktureller Kontext .....	102
4.1.3	Lebensweltlicher Kontext .....	104
4.2	Methode der Datenerhebung .....	110
4.3	Das Messinstrument .....	112
4.3.1	Operationalisierung zentraler Konzepte .....	112
4.3.2	Kognitiver Pretest .....	121
4.3.3	Beschreibung des Fragebogens .....	125
4.4	Praktische Anforderungen .....	127
4.5	Die Phase der Datenerhebung .....	129
4.5.1	Stichprobenziehung .....	129
4.5.2	Durchführung der Erhebung .....	131
4.5.3	Erfahrungen im Feld .....	134

---

4.6	Datenqualität und -analyse .....	137
4.6.1	Datenaufbereitung und Stichprobenbereinigung .....	137
4.6.2	Externe Stichprobenvalidierung .....	140
4.6.3	Zentrale Skalenbildungen .....	144
4.6.4	Analyseverfahren .....	153
<b>5</b>	<b>Empirische Ergebnisse</b> .....	<b>157</b>
5.1	Deskriptive Ergebnisse .....	158
5.2	Ergebnisse der Hypothesentests .....	167
5.2.1	Sozioökonomische Ressourcen und soziale Netzwerkeinbindung .....	167
5.2.1.1	Statusabhängigkeit formeller Netzwerkstrukturen .....	170
5.2.1.2	Statusabhängigkeit informeller Netzwerkstrukturen .....	179
5.2.1.3	Diskussion der Hypothesen .....	193
5.2.2	Soziale Netzwerkeinbindung und politische Partizipation .....	203
5.2.2.1	Politisierung in formellen Netzwerken .....	206
5.2.2.2	Politisierung in informellen Netzwerken .....	221
5.2.2.3	Diskussion der Hypothesen .....	230
5.2.3	Sozialräumliche Einflüsse auf das soziale und politische Verhalten .....	239
5.2.3.1	Sozialer Kontext und soziale Netzwerke .....	240
5.2.3.2	Sozialer Kontext und politische Partizipation .....	247
5.2.3.3	Diskussion der Hypothesen .....	254
<b>6</b>	<b>Fazit</b> .....	<b>263</b>
6.1	Zusammenfassung der Ergebnisse und Beantwortung der Forschungsfrage .....	264
6.2	Grenzen und Forschungsbedarf .....	267
6.3	Schlussbetrachtung .....	270
	<b>Literaturverzeichnis</b> .....	<b>275</b>

---

# Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2.1	Entwicklung der Beteiligung an Bundestagswahlen, 1949–2017 (in Prozent) . . . . .	18
Abbildung 2.2	Entwicklung der Parteimitgliedschaften, 1990–2017 (absolute Häufigkeiten) . . . . .	19
Abbildung 3.1	Grafische Darstellung des empirischen Untersuchungsmodells . . . . .	92
Abbildung 4.1	Geografische Lage der Stadtteile Hahnwald und Chorweiler . . . . .	103
Abbildung 4.2	Hierarchische Beziehungen zwischen Vereinsformen . . . . .	149
Abbildung 5.1	Altersverteilung nach Geschlecht (absolute Häufigkeiten) . . . . .	158
Abbildung 5.2	Vereinsmitgliedschaften und Mitgliedschaftsstatus nach Stadtteil und gesamt (absolute Häufigkeiten) . . . .	161
Abbildung 5.3	Vereinstypen und -formen nach Stadtteil (absolute Häufigkeiten) . . . . .	162
Abbildung 5.4	Anzahl an Netzwerkpersonen in Gesamt- und Teilnetzwerken nach Stadtteil und gesamt (Mittelwerte) . . . . .	163
Abbildung 5.5	Politische Partizipation und politische Subskalen nach Stadtteil und gesamt (Mittelwerte) . . . . .	164
Abbildung 5.6	Politische Partizipationsformen nach Stadtteil und gesamt (in Prozent) . . . . .	165
Abbildung 5.7	Politische Parteipräferenzen nach Stadtteil und gesamt (in Prozent) . . . . .	166

---

Abbildung 5.8	Soziale Netzwerke in sozialräumlicher Verteilung . . . .	243
Abbildung 5.9	Politische Partizipation in sozialräumlicher Verteilung . . . . .	250
Abbildung 5.10	Soziale und politische Merkmale in sozialräumlicher Verteilung . . . . .	252

---

# Tabellenverzeichnis

Tabelle 2.1	Typologie politischer Partizipation .....	16
Tabelle 2.2	Entwicklung politischer Partizipationsformen, 1988–2018 (in Prozent) .....	20
Tabelle 4.1	Wahlbeteiligungsquoten in deutschen Großstädten (Bundestagswahl 2013) .....	100
Tabelle 4.2	Rangfolge der Stadtteilwahlbeteiligungsdifferenzen in deutschen Großstädten (Bundestagswahl 2013) .....	101
Tabelle 4.3	Operationalisierung politische Partizipation .....	114
Tabelle 4.4	Operationalisierung formelle Netzwerke .....	116
Tabelle 4.5	Operationalisierung informelle Netzwerke .....	120
Tabelle 4.6	Stichprobenmerkmale des kognitiven Pretests .....	122
Tabelle 4.7	Phasen der Datenerhebung .....	133
Tabelle 4.8	Demografische Merkmale der Stichprobe und der Gesamtpopulation (Mittelwert oder Prozent) .....	142
Tabelle 4.9	Stichprobenmerkmale nach Erhebungsphase (Mittelwert oder Prozent) .....	144
Tabelle 4.10	Demografische Merkmale der Befragten mit und ohne Item-Nonresponse (Wählen) .....	146
Tabelle 4.11	Dimensionen politischer Partizipation .....	148
Tabelle 4.12	Geografische Reichweite und soziale Zusammensetzung nach Skalenrestriktionen (Mittelwerte) .....	152
Tabelle 5.1	Sozioökonomische Ressourcen nach Stadtteil und gesamt (Mittelwerte) .....	159
Tabelle 5.2	Deskriptive Statistiken für die Variablen des ersten Untersuchungsmodells .....	168

Tabelle 5.3	Mittelwertvergleiche der Anzahl an Vereinsmitgliedschaften und der Erklärungsfaktoren zwischen Gruppen mit geringem, mittlerem und hohem Einkommen .....	171
Tabelle 5.4	Lineare Regression der Anzahl an Vereinsmitgliedschaften auf sozioökonomische Ressourcen, Erklärungsfaktoren und demografische Merkmale .....	173
Tabelle 5.5	Multinomial-logistische Regression des Mitgliedschaftsstatus auf sozioökonomische Ressourcen, Erklärungsfaktoren und demografische Merkmale .....	175
Tabelle 5.6	Binär-logistische Regressionen der instrumentellen, expressiven und gemischten Vereinsmitgliedschaften auf sozioökonomische Ressourcen, Erklärungsfaktoren und demografische Merkmale .....	178
Tabelle 5.7	Lineare Regression der Größe informeller Netzwerke auf sozioökonomische Ressourcen, Erklärungsfaktoren, demografische und integrative Merkmale .....	180
Tabelle 5.8	Lineare Regressionen der Größe informeller Teilnetzwerke auf sozioökonomische Ressourcen, Erklärungsfaktoren, demografische und integrative Merkmale .....	182
Tabelle 5.9	Mittelwertvergleiche des Anteils lokaler Alteri (mit und ohne Eheperson) zwischen Bildungs- und Einkommensgruppen .....	184
Tabelle 5.10	Lineare Regression der geografischen Reichweite informeller Netzwerke auf sozioökonomische Ressourcen, Erklärungsfaktoren, demografische und integrative Merkmale .....	186
Tabelle 5.11	Tendenzen sozialer Homophilie nach Bildungs- und Einkommensgruppen und gesamt (Mittelwerte) .....	188
Tabelle 5.12	Mittelwertvergleiche des Anteils verwandter Alteri zwischen Bildungs- und Einkommensgruppen .....	190

Tabelle 5.13	Lineare Regression der sozialen Homophilie informeller Netzwerke auf sozioökonomische Ressourcen, Erklärungsfaktoren, demografische und integrative Merkmale .....	191
Tabelle 5.14	Deskriptive Statistiken für die Variablen des zweiten Untersuchungsmodells .....	204
Tabelle 5.15	Mittelwertvergleiche der politischen Partizipation und der Erklärungsfaktoren zwischen Nichtmitgliedern, einfachen und multiplen Vereinsmitgliedern .....	207
Tabelle 5.16	Lineare Regression der politischen Partizipation auf Vereinsmitgliedschaften, Erklärungsfaktoren, demografische Merkmale und politisches Involvement ...	209
Tabelle 5.17	Lineare Regressionen der Subskalen politischer Partizipation auf Vereinsmitgliedschaften, Erklärungsfaktoren, demografische Merkmale und politisches Involvement .....	211
Tabelle 5.18	Mittelwertvergleiche der politischen Partizipation und der Erklärungsfaktoren zwischen Nichtmitgliedern, passiven und aktiven Vereinsmitgliedern .....	213
Tabelle 5.19	Lineare Regression der politischen Partizipation auf aktive und passive Vereinsmitgliedschaften, Erklärungsfaktoren, demografische Merkmale und politisches Involvement .....	215
Tabelle 5.20	Politische Partizipationsskalen und -formen nach Vereinstypus (Mittelwerte) .....	217
Tabelle 5.21	Lineare Regression der politischen Partizipation auf instrumentelle, expressive und gemischte Vereinsmitgliedschaften, Erklärungsfaktoren, demografische Merkmale und politisches Involvement ...	219
Tabelle 5.22	Mittelwertvergleiche der politischen Partizipation und der Erklärungsfaktoren zwischen Gruppen mit kleinen, mittleren und großen Netzwerken .....	222
Tabelle 5.23	Lineare Regression der politischen Partizipation auf Netzwerkgröße, Erklärungsfaktoren, demografische Merkmale und politisches Involvement .....	224
Tabelle 5.24	Lineare Regressionen der Subskalen politischer Partizipation auf Netzwerkgröße, Erklärungsfaktoren, demografische Merkmale und politisches Involvement ...	225

---

Tabelle 5.25	Mittelwertvergleiche der politischen Partizipation und der Erklärungsfaktoren zwischen Gruppen mit geringer, mittlerer und hoher Netzwerkreichweite (ohne Eheperson) .....	227
Tabelle 5.26	Lineare Regressionen der politischen Partizipation auf qualitativ-informelle Netzwerkelemente (geografische Reichweite oder soziale Homophilie), Erklärungsfaktoren, demografische Merkmale und politisches Involvement .....	229
Tabelle 5.27	Mittelwertvergleiche der formellen und informellen Netzwerke zwischen Hahnwald und Chorweiler, kontrolliert für Bildung und Einkommen .....	241
Tabelle 5.28	Mittelwertvergleiche der politischen Partizipationsskalen zwischen Hahnwald und Chorweiler, kontrolliert für Bildung und Einkommen ....	248



„Where few take part in decisions there is little democracy; the more participation there is in decisions, the more democracy there is“

(Verba/Nie 1972: 1)

Politische Gleichheit ist der moralische Grundpfeiler demokratischer Regierungen. Alle Staatsbürgerinnen und Staatsbürger sind verfassungsmäßig mit den gleichen Teilhaberechten ausgestattet und sollen in der politischen Arena als politisch Gleiche behandelt werden. Dieses Ideal repräsentativer Demokratien steht jedoch vermehrt auf dem Prüfstand, wobei einige Diagnosen über den Zustand westlicher Demokratien überaus alarmierend ausfallen. Beispielsweise sei die Bundesrepublik Deutschland „längst zu einer sozial gespaltenen Demokratie der oberen zwei Drittel“ geworden (Schäfer et al. 2013: 11). Jene wahrnehmbaren wie empirisch messbaren Beobachtungen steuern in dieser Lesart in Richtung einer oligarchisch gesteuerten Ausübung politischer Macht unter vermeintlich demokratischer Legitimierung. Diese Tendenzen gefährden die Funktionsfähigkeit demokratischer Institutionen und führen auf lange Sicht zu einem Kollaps demokratisch begründeter Staatsformen (vgl. Dahl 1998; van Deth 2003).

---

## 1.1 Ausgangssituation und Problemstellung

Diese und vergleichbare Diagnosen fallen derart pessimistisch aus, weil Demokratie untrennbar mit einer aktiven Bürgerbeteiligung verwoben ist. Wörtlich die *Herrschaft des Volkes* bezeichnend, sollen sich die Staatsbürgerinnen und Staatsbürger repräsentativer Demokratien in den politischen Prozess einbringen,

ihre Interessen- und Bedürfnislagen artikulieren und Vertretungen ihrer Wahl durch ihre Stimme legitimieren. Eine politische Beteiligung ist damit ein im Grundgesetz verankertes Recht zur Realisierung und Formung demokratischer Regierungsausübung. Dieser instrumentellen Auslegung folgend, bezieht diese Arbeit politische Partizipation auf sämtliche Handlungen, die auf eine intendierte Beeinflussung politischer Prozesse zielen. Obgleich sich das Repertoire jener Einflussmöglichkeiten in den vergangenen Jahrzehnten vervielfacht hat, ist es simultan nicht zu einer vergleichbaren Ausweitung bürgerschaftlicher Teilhabe gekommen. In der Tat werden neuere Angebote noch vergleichsweise selten wahrgenommen und tradierte Mittel beschreiben in paralleler Entwicklung einen teils deutlichen Negativtrend (vgl. Kaase 1982, 1992a; van Deth 2003).

Nun sind aus einem geringe(re)n Teilhabenniveau allein noch nicht zwingend demokratische Krisensymptome abzuleiten. Bis zu einem gewissen Grad kann politische Passivität in praktisch-realistischer Sicht als Zufriedenheit mit den politischen Gegebenheiten interpretiert werden. Auch belegen Beispiele wie die Schweiz und die USA, dass Demokratien trotz mäßiger Wahlbeteiligung durchaus funktionsfähig sein können (vgl. Faas 2012). Demokratietheoretisch sind in dieser Perspektive vor allem Fragen nach dem notwendigen Maß an Bürgerbeteiligung zur Fundierung und Stabilität politischer Systeme relevant. Demgegenüber positionieren sich normative Argumente, die in moralischer Sichtweise den Stellenwert jedes Individuums betonen und demokratische Ergebnisse als Reflexion aller, und nicht einiger, Interessen betrachten (vgl. Dahl 2006; Faas 2012). In der Realität ist eine gleichmäßige Repräsentation gesellschaftlicher Präferenzen faktisch gewährleistet, solange partizipatorische Aktivität nicht systematisch auf strukturellen Merkmalen beruht (vgl. Teorell 2006; Verba et al. 1995). Problematisch gestaltet sich in diesem Kontext daher der überproportional häufige politische Rückzug jener Personengruppen, die aufgrund ihrer sozial-wirtschaftlichen Lage eigentlich am dringlichsten auf kollektives Handeln angewiesen sind. Empirisch zeichnet sich sonach eine deutliche und weiter zunehmende soziale Verzerrung der politischen Teilhabe zuungunsten ressourcenschwacher Personen ab (vgl. Schäfer 2010b; Schäfer/Schoen 2013). Obgleich die langfristigen Konsequenzen dieser Entwicklungen aktuell nicht zu bewerten sind, kann politische Ungleichheit zweifelsfrei die Durchsetzung partikularer Interessen begünstigen und insofern ein Bedrohungspotenzial demokratischer Grundlagen symbolisieren. Weitergehende Diskussionen um politische Ungleichheit und ihrer Folgen können jedoch erst dann zielführend sein, wenn ihre Ursachen hinreichend identifiziert sind.

Die Suche nach Bestimmungsfaktoren politischer Beteiligung besitzt bereits eine lange Tradition in der politischen Partizipationsforschung, wobei

klassische Erklärungsansätze entweder sozialstrukturelle Merkmale zentrieren und eine politische Aktivität mit politischen Orientierungen und kognitiven Ressourcen statushöherer Personen verknüpfen (vgl. Lazarsfeld et al. 1969; Verba/Nie 1972). Oder auf rationale Erklärungselemente verweisen und eine politische Beteiligung als bewusste Entscheidung zwischen verschiedenen Handlungsoptionen unter positiver Kosten-Nutzen-Rechnung formulieren (vgl. Downs 1957; Opp 1983). Beiden Ansätzen gelingt jedoch keine Erklärung politischer Teilhabe, die gleichermaßen theoretischen wie empirischen Ansprüchen genügt. An deren wesentlichen Vorzügen anknüpfend, entwickeln Verba, Schlozman und Brady (1995) in der Folge das *Civic Voluntarism Model*, in dem politische Partizipation auf ausreichend Ressourcen, eine hinreichend hohe Motivation sowie politische Rekrutierungsprozesse im Rahmen sozialer Netzwerke zurückgeführt wird. In persönlichen Netzwerken werden überdies partizipationsrelevante Kompetenzen kultiviert, die individuelle Kosten politischer Handlungen reduzieren. Soziale Einbindungen stehen ebenfalls bei Putnam (1993, 2000) im Mittelpunkt, der sie als Fundament sozialen Kapitals und somit als zentrale Bestimmungsgröße politischen Engagements charakterisiert. Indem soziale Vernetzungen die Ausbildung reziproker Werte, sozialer Normen und interindividueller Vertrauens fördern, wird kollektives Handeln in sozialen wie politischen Arenen realisierbar. Damit stellen sowohl das *Civic Voluntarism Model* als auch der Sozialkapitalansatz bedeutsame theoretische Argumente und empirische Hinweise zur Erklärung politischer Partizipation bereit, die in einem besonderen Stellenwert sozialer Netzwerke kulminieren.

Die Rückführung politischer Beteiligung auf Merkmale der integrativen Einbettung hat inzwischen einen eigenen Platz in der empirischen Forschungsdebatte, wobei sich der wissenschaftliche Diskurs eindeutig in Richtung institutionalisierter Netzwerkstrukturen verdichtet. Partizipationsfördernde Wirkungen zivilgesellschaftlicher Vereine sind nunmehr national wie international für unterschiedliche Personengruppen, Vereinsformen und Mitgliedschaftsstatus belegt. Wesentlich repräsentieren formelle Netzwerke stabile Beziehungsgeflechte, die hervorragende Opportunitäten zur Sozialisierung partizipationsrelevanter Fähigkeiten, Normen und Werte darstellen, gemeinschaftliche Interaktion wie überindividuellen Informationsaustausch fördern und die Grundlage für vertrauensvolle Solidarbeziehungen schaffen. Von besonderer Bedeutung scheinen überdies aktive und multiple Vereinsmitgliedschaften zu sein, für die sich ein kumulativer Effekt manifestiert (vgl. z. B. Erlach 2005; Gabriel et al. 2002; Kunz/Gabriel 2000; Terriquez 2011; Wollebæk/Selle 2002). Die enorme Wirkkraft formeller Netzwerke wird jedoch durch jüngere Entwicklungen schrittweise unterminiert. In seinem Werk *Bowling Alone* (2000) belegt Putnam ein abnehmendes Engagement

in der US-amerikanischen Gesellschaft und verweist auf eine sinkende Relevanz institutionalisierten Sozialkapitals. Auch für die Bundesrepublik Deutschland ist eine langsame, aber stetige Rückläufigkeit individueller Vereinsmitgliedschaften zu konstatieren, die seit den 1980er Jahren durch Daten der *Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS)* gestützt wird.

Aus der Diskussion der theoretischen und empirischen Ausgangslage lassen sich schließlich zwei zentrale Anfragen ableiten, die für das skizzierte Themenfeld von Bedeutung sind. Erstens ist auf Basis der dargelegten Erklärungsansätze nicht abschließend zu klären, warum insbesondere ressourcenschwache Personen eine vergleichsweise niedrige politische Beteiligung aufweisen. Aus dem Sozialkapitalansatz sind kaum Hinweise auf eine Verknüpfung zwischen sozioökonomischen Ressourcen, sozialen Netzwerken und politischer Beteiligung abzuleiten. Im Civic Voluntarism Model werden Ressourcen zwar mit motivationalen Teilhabeaspekten verbunden, analog zum Großteil der empirischen Studien wird aber offengelassen, wie sich eine Vernetzung entlang sozialer Statusvariablen konstituiert. Zweitens ist der zukünftige Stellenwert formeller Netzwerke zur Erklärung politischer Beteiligung grundsätzlich infrage zu stellen. Unter der Prämisse eines kontinuierlichen Bedeutungsverlustes institutionalisierter Mitgliedschaften ist eine Relevanzverschiebung in Richtung informeller Beziehungen denkbar.

---

## 1.2 Zielsetzung und Methodik

Diese Arbeit zielt auf die theoretische Lücke zwischen sozioökonomischer Ressourcenausstattung und politischer Beteiligung und sucht einen Beitrag zur Erklärung der differierenden Teilhabewahrscheinlichkeiten sozialer Statusgruppen zu liefern. Aufbauend auf den Ansätzen des Civic Voluntarism Model und des Putnam'schen Sozialkapitalkonzeptes wird die individuelle Einbindung in soziale Netzwerke in den Fokus der Untersuchung gerückt und als zentraler Erklärungsmechanismus, als *missing link* zwischen Ressourcen und politischer Partizipation theoretisiert. Vor dem prognostizierten Hintergrund einer abnehmenden gesellschaftlichen Relevanz institutionalisierter Netzwerkstrukturen erfolgt überdies eine besondere Betonung informeller Netzwerkelemente.

Auf einer theoretischen Argumentationsbasis halten persönliche Beziehungskonstellationen einen wesentlichen Mehrwert zur Erklärung politischer Beteiligung bereit. So repräsentieren freundschaftliche, familiäre oder nachbarschaftliche Kontakte alltägliche Eingebundenheiten, die sich in der Regel durch eine besondere Nähe und emotionale Verbundenheit auszeichnen. Durch regelmäßige

Interaktion und den wechselseitigen Austausch entstehen identifikatorische Beziehungen, die individuelles Handeln in besonderem Maße steuern und damit auch zur Stimulierung politischer Aktivität beitragen können. Trotz dieses Potenzials werden informelle Beziehungen in der Forschung bislang allenfalls stiefmütterlich behandelt und die Etablierung standardisierter Messinstrumente steht weiterhin aus. Eine Folge dieser empirischen Ausklammerung ist eine systematische Unterschätzung individueller sozialer Eingebundenheiten und ihrer politischen Implikationen. Eine Berücksichtigung informeller Netzwerke ist letztlich nicht nur äußerst vielversprechend, sondern dringend erforderlich (Putnam/Goss 2001).

Unter Einbezug institutionalisierter und nichtinstitutionalisierter Aspekte sozialer Vernetzung zentrieren sich die Untersuchungsziele dieser Arbeit in folgender forschungsleitenden Fragestellung: *Inwieweit erklärt die Einbindung in formelle und informelle soziale Netzwerke die differenzielle politische Beteiligung sozioökonomischer Statusgruppen?* Der Fokus liegt damit nicht nur auf der Bestimmung statistischer Zusammenhänge, sondern explizit auch auf deren theoretischer Begründung. Zur Realisierung dieser Zielvorgabe werden umfassende Erklärungstheorien formuliert und in die statistische Analyse integriert, die sowohl eine Abhängigkeit sozialer Vernetzung von sozioökonomischen Statusvariablen als auch deren Einfluss auf politische Aktivitäten beschreiben. Zur adäquaten Bewertung sozialer Eingebundenheiten wird die Diskussion um den Mehrwert sozialer Netzwerke überdies nicht nur eindimensional anhand quantitativer Aspekte geführt, sondern die Perspektive um qualitative Netzwerkelemente erweitert. Diesbezüglich erweisen sich Differenzierungen hinsichtlich des Mitgliedschaftsstatus sowie des Vereinstypus respektive der geografischen Reichweite und der strukturellen Zusammensetzung informeller Netzwerke als erfolgsversprechend. Aufgrund der Komplexität politischer Teilhabemöglichkeiten wird ebenso eine hohe Bandbreite politischer Aktivitäten berücksichtigt, die von traditionellen über unkonventionelle bis hin zu digitalen Möglichkeiten reicht.

Der neuartige Bezug auf informelle Beziehungen, die Aufnahme vielfältiger Netzwerk- und Partizipationsstrukturen sowie die Integration untersuchungsspezifischer Erklärungsstrategien haben jedoch konsequenterweise zur Folge, dass bislang keine empirischen Daten existieren, die das Feld vollständig abdecken. Zur Überprüfung der Annahmen wird daher eigenes Messinstrument entwickelt, das unter anderem eine für schriftliche Befragungen modifizierte Methode zur Erfassung egozentrierter Netzwerke beinhaltet. Die Erhebung der quantitativen Daten erfolgt im Frühjahr 2017, wobei die Fragebögen persönlich an die Teilnehmenden verteilt und postalisch von ihnen zurückgesendet werden. Die Auswahl der Untersuchungseinheiten korrespondiert des Weiteren mit der Erwartung, dass

sich relevante Besonderheiten im sozialen wie politischen Verhalten erst im spezifischen sozialräumlichen Kontext identifizieren lassen, wohingegen der Bezug auf statistische Großeinheiten wesentliche Informationen verschleiert. Beispielsweise gestalten sich soziale Disparitäten hinsichtlich der Beteiligung an Wahlen auf der Ebene von Stadtteilen weitaus gravierender als der Vergleich städtischer Durchschnittswerte vermuten lässt (vgl. Schäfer 2012, 2013). Infolgedessen bezieht sich diese Untersuchung auf die Gegenüberstellung zweier Stadtteile, die auf Basis ihrer Beteiligungsquoten an der Bundestagswahl 2013 ausgewählt werden. Auf die Herstellung größtmöglicher Varianz zielend, kristallisieren sich schließlich die Kölner Stadtteile *Hahnwald* und *Chorweiler* als prädestinierte Untersuchungsobjekte heraus, aus denen insgesamt 314 Befragte rekrutiert werden können.

Der Fokus auf kleinere soziale Einheiten ermöglicht ferner eine intensive Auseinandersetzung mit dem sozialräumlichen Kontext der Befragten. So wird erwartet, dass die soziale und politische Beteiligung nicht ausschließlich durch individuelle Eigenschaften bedingt wird, sondern dem sozialen Umfeld ebenfalls ein Einfluss auf das Handeln und Verhalten der Personen zukommt. Neben der Analyse der Individualzusammenhänge werden daher ausdrücklich auch lokale Eigenheiten, wie die Ausstattung eines Gebietes mit Sozialkapital, kontrastiert und im Hinblick auf das individuelle Verhalten bewertet. Unter Einbezug der sozialen Kontexteffekte werden schließlich folgende untersuchungsleitenden Thesen formuliert:

- T<sub>1</sub>: *Die individuelle Ausstattung mit sozioökonomischen Ressourcen beeinflusst die soziale Netzwerkeinbindung der oder des Einzelnen.*
- T<sub>2</sub>: *Die individuelle Einbindung in soziale Netzwerke beeinflusst die politische Partizipation der oder des Einzelnen.*
- T<sub>3</sub>: *Der soziale Kontext beeinflusst die soziale Netzwerkeinbindung sowie das politische Partizipationsverhalten der oder des Einzelnen.*

Die übergeordneten Annahmen werden im Weiteren in statistisch überprüfbare Hypothesen zergliedert. Zusammengenommen sollen die empirischen Ergebnisse eine begründete Antwort auf die Frage liefern, warum sozioökonomisch unterschiedliche Bevölkerungsgruppen ein unterschiedliches Partizipationsverhalten aufweisen. Sofern sich die Netzwerkeinbindung als geeignetes Erklärungsmoment erweist, können auf dieser Grundlage gesellschaftspolitische Implikationen abgeleitet werden, die auf eine Erhöhung der politischen Integration ressourcenschwacher Personen zielen.

## 1.3 Aufbau der Untersuchung

Im Anschluss an diese Einführung erfolgt im zweiten Kapitel *Theoretischer Hintergrund* zunächst eine theoretische Annäherung an den Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit, innerhalb derer das Konzept der politischen Partizipation begrifflich aufgearbeitet und anhand relevanter Taxonomien strukturiert wird. Daran anschließend wird die gesellschaftliche Verbreitung politischer Beteiligungsformen skizziert, wodurch aktuelle Problemlagen identifiziert und die Tragweite einer sozialen Schieflage real Partizipierender diskutiert werden. Der zweite Teil dieses Kapitels widmet sich der Darlegung theoretischer Erklärungsansätze politischer Beteiligung, die im Hinblick auf die zentrale Problemstellung gegenübergestellt und anhand ihres Mehrwertes für die Untersuchung bemessen werden. Die herausgearbeiteten Vorzüge und Anknüpfungspunkte dieser Ansätze werden schließlich im dritten Teil *Theoretische Konzeptualisierung* zu einem Forschungskonzept vervollständigt. Dabei werden anhand der Reflexion des empirischen Forschungsstandes relevante Erkenntnisse und bestehende Defizite abgeschätzt, die Forschungsziele spezifiziert und untersuchungsspezifische Erklärungsstrategien formuliert. Diese Komponenten münden nachfolgend in der Ausarbeitung einzelner Untersuchungsmodelle und der Ableitung statistisch überprüfbarer Hypothesen.

Im vierten Teil *Daten und Methoden* werden zunächst erhebungsrelevante Details ausgearbeitet. Nach der begründeten Auswahl der Untersuchungseinheiten erfolgt eine erste Einordnung der selbigen auf Basis objektiver Strukturdaten und subjektiver Erfahrungen. Auf dieser Grundlage werden methodische Aspekte der Datenerhebung behandelt und das Messinstrument entwickelt. Weitere Bestandteile dieses Kapitels sind sowohl die Beschreibung sachlicher Einzelheiten als auch persönlicher Erlebnisse in der Phase der Datenerhebung. Zuletzt werden datenqualitative Gesichtspunkte und die geplanten Analysemethoden erläutert. Das anschließende Kapitel *Empirische Ergebnisse* beginnt mit einer Erörterung deskriptiver Befunde, welche über die Präsentation der Ausprägungen und Verteilungen zentraler Merkmale auf die hypothesentestende Untersuchung vorbereitet. Diese orientiert sich nachfolgend an den übergeordneten Untersuchungsthesen, sodass in einem ersten Schritt individuelle Zusammenhänge zwischen sozio-ökonomischen Ressourcen und sozialen Netzwerken fokussiert werden, die in einem zweiten Schritt in Bezug zur politischen Partizipation gesetzt werden. In einem dritten Schritt werden kontextbedingte Unterschiede zwischen den Stadtteilen Hahnwald und Chorweiler und deren Auswirkungen auf das soziale und politische Verhalten der Anwohnenden untersucht. Im sechsten Kapitel wird ein

abschließendes *Fazit* gezogen, wobei die statistischen Ergebnisse zusammengefasst und in Bezug auf die zentrale Fragestellung dieser Untersuchung bewertet werden. Zuletzt werden methodische und datenbezogene Einschränkungen der empirischen Analyse diskutiert und forschungsbezogene Implikationen abgeleitet.

**Open Access** Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.





# Theoretischer Hintergrund: Politische Teilhabe

# 2

„In a meaningful democracy, the people’s voice must be clear and loud“

(Schlozman et al. 1999: 430)

Den Ausgangspunkt der nachfolgenden theoretischen Eingrenzung bildet der zentrale Gegenstand dieser Untersuchung – die politische Partizipation (vgl. Abschnitt 2.1). Nach einer definitorischen Präzisierung werden Strukturierungsmerkmale politischer Beteiligung dargelegt, die Verbreitung verschiedener Partizipationsformen in der Bundesrepublik skizziert und mögliche Probleme einer sozial verzerrten Teilhabe identifiziert. Im zweiten Teil werden die zentralen Erklärungsansätze politischer Beteiligung erörtert und deren Vorzüge sowie Schwierigkeiten diskutiert (vgl. Abschnitte 2.2, 2.3, 2.4). Die theoretische Auseinandersetzung bildet schließlich die Basis für das Forschungskonzept dieser Untersuchung, das im dritten Kapitel entwickelt wird.

## 2.1 Politische Partizipation

Politische Partizipation ist einer der Schlüsselbegriffe politikwissenschaftlicher Forschung; es gibt kaum ein Konzept, welches im politisch-demokratischen Feld häufiger thematisiert und analysiert wird. Dieser besondere Stellenwert wird anschaulich durch Formeln wie „Wer Demokratie sagt, meint Partizipation“ untermauert (van Deth 2009: 141). Tatsächlich bezeichnet Demokratie verbaliter die *Herrschaft des Volkes* und erhebt damit eine aktive Bürgerschaft zur notwendigen Grundvoraussetzung jener Regime. In diesem Sinne ist politische Partizipation

einerseits unabdingbares Fundament funktionsfähiger Demokratien, andererseits ein in der Verfassung verankertes Recht.<sup>1</sup> Obgleich ein allgemeiner Konsens über die Notwendigkeit und den Wert politischer Beteiligung besteht, herrscht mitunter große Uneinigkeit darüber, „was unter P. konkret zu verstehen ist, auf welche Art und Weise die Beteiligung des Bürgers erfolgen, auf welche Bereiche sie sich erstrecken, welcher Zweck mit der P. verbunden sein kann oder soll“ (Schultze 1995: 396 f.; Abk. im Orig.). Daher ist es vor der weiteren wissenschaftlichen Beschäftigung mit politischer Partizipation zielführend, den Begriff für die Zwecke dieser Untersuchung einzugrenzen und zu definieren.

### 2.1.1 Bestimmung des Partizipationsbegriffs

Etymologisch vom spätlateinischen *participatio* stammend, bedeutet Partizipation wörtlich sowohl Teilnahme als auch Teilhabe (vgl. Schultze 1995: 396). Wie diese Teilhabe nun aber konkret aufgefasst wird, ist abhängig von definitorischen Ab- und Eingrenzungen. Abzugrenzen ist die politische Beteiligung zunächst von einer sozialen Beteiligung. Jene gesellschaftliche Teilhabe, oder auch soziales Engagement, umfasst ein breites Spektrum verschiedenartiger Aktivitäten im Rahmen formeller und informeller Gruppierungen des Freizeitbereichs. Diese Tätigkeiten werden „unentgeltlich, freiwillig und gemeinsam mit anderen ausgeführt [und] dienen dazu, an der Gestaltung kollektiver Angelegenheiten mitzuwirken“ (Gabriel/Völkl 2008: 270). Primär auf soziale Unterstützung und Integration zielend, wird die Beeinflussung politischer Angelegenheiten explizit aus der Definition ausgeschlossen. Es ist allerdings anzumerken, dass die Übergänge zwischen politischer und sozialer Beteiligung oftmals unscharf und fließend sind, was eine eindeutige Abgrenzung erschwert (z. B. die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative oder Interessengemeinschaft).

Eine Eingrenzung ist ferner im Hinblick auf das zugrundeliegende Demokratieverständnis vorzunehmen, da je nach theoretischem Ansatz unterschiedliche Ansprüche, Anforderungen und Aspekte von politischer Partizipation in den Vordergrund rücken. So ist entsprechend der Auffassungen von Demokratie als Methode (liberale Demokratietheorien) oder als Herrschafts- und Lebensform (partizipatorische/deliberative Demokratietheorien) zwischen einem *instrumentellen* und einem *normativen* Partizipationsverständnis zu differenzieren (vgl.

---

<sup>1</sup> Diese Ausführung bezieht sich auf Artikel 20, Absatz 2 des deutschen Grundgesetzes: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt“ (Deutscher Bundestag 2019).

Schultze 1995: 397). In der instrumentellen Auslegung wird politische Partizipation definiert als „those legal activities by private citizens that are more or less directly aimed at influencing the selection of governmental personnel and/or the actions they take“ (Verba et al. 1978: 46). Makrotheoretisch dient politische Partizipation damit der Legitimation von Herrschaft und auf der Mikroebene der Artikulation und Durchsetzung persönlicher Interessen (vgl. Schultze 1995: 397 f.). Da die individuelle Beteiligung in diesem Verständnis dem allgemeinen Rationalitätsprinzip des *Homo oeconomicus* unterliegt, mögen niedrige Beteiligungsraten als Zufriedenheit mit dem politischen System und eine hohe Beteiligung entsprechend als Krisenphänomen interpretiert werden. Der Gehalt dieser Auslegung wird im Zusammenhang mit einer sozial ungleichen Beteiligung weiter zu diskutieren sein (vgl. Hebestreit 2013: 64 f.; Abschnitt 2.1.4). Im normativen Verständnis ist politische Partizipation hingegen nicht nur output-orientiert, als Mittel zum Zweck gedacht, sondern vielmehr „Ziel und Wert an sich“ (Schultze 1995: 398). Eine politische Teilhabe ist damit nicht nur auf die Erreichung persönlicher Interessen ausgerichtet, sondern explizit auch auf die individuelle Selbstverwirklichung, die Identifikation mit den verknüpften Zielen und die gemeinschaftliche Integration. Entsprechend ist politische Partizipation im normativen Sinn stark outcome- und „konsensorientiert, kommunitär und expressiv“ (ebd.: 398).

In Einklang mit der führenden Forschungsperspektive liegt dieser Arbeit ein instrumentelles Verständnis politischer Beteiligung zugrunde, sodass der Fokus primär auf die Hervorhebung von Interessen und weniger auf intrinsische Motive politischer Teilhabe gelegt wird. Angelehnt an Kaase (1992a: 429) werden unter politischer Partizipation im Folgenden „jene Verhaltensweisen von Bürgern verstanden, die sie alleine der [sic!] mit anderen freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Einfluß [sic!] auf politische Entscheidungen zu nehmen“. Entlang dieser Definition sind vier zentrale Elemente abzuleiten, die im Allgemeinen als Konsens einer instrumentellen Auffassung politischer Beteiligung gelten (vgl. van Deth 2003: 170 f., 2009: 143 f.). Erstens wird politische Partizipation mit Personen in ihrer Rolle als Bürgerin oder Bürger verknüpft und eine hauptberufliche Beschäftigung mit Politik aus der Definition ausgeschlossen. Zweitens bezieht sich politische Teilhabe auf Tätigkeiten, die eine Person aktiv ausüben muss. So ist „einfach nur fernzusehen oder zu behaupten, auf Politik neugierig zu sein, (...) noch keine Partizipation“ (van Deth 2009: 143).<sup>2</sup> Drittens fallen nur freiwillige Handlungen unter den Partizipationsbegriff und keine Aktivitäten, die

---

<sup>2</sup> Obwohl ein solches Verhalten gemäß dieser Definition nicht als politische Partizipation gilt, ist durchaus denkbar, dass damit partizipationsrelevante Einstellungen assoziiert sind, die eine zukünftige Beteiligung begünstigen können.

aufgrund gesetzlicher Bestimmungen oder Zwang durchgeführt werden<sup>3</sup>. Viertens ist eine politische Teilhabe nicht auf einzelne Politikfelder, -bereiche oder -stadien beschränkt, sondern betrifft das politische System als Ganzes.

Zusammengefasst folgt diese Arbeit einer instrumentellen Auslegung politischer Partizipation und begreift Beteiligung als beabsichtigte Einflussnahme auf politische Entscheidungen oder Prozesse. Die Möglichkeiten jener Interessendurchsetzung sind in der Praxis äußerst vielfältig. In der wissenschaftlichen Auseinandersetzung ist es jedoch weder zweckmäßig, jede politische Willensäußerung als politische Partizipation zu fassen noch wird es der politischen Wirklichkeit gerecht, den Begriff, wie in früherer Forschung üblich, für die Beteiligung an Wahlen zu reservieren (vgl. Gabriel/Völkl 2005: 528 f., 2008: 270; van Deth 2009: 141). Aus diesem Grund wird im folgenden Abschnitt ein Überblick über die verschiedenen Formen politischer Teilhabe und deren Strukturierung erarbeitet. Diese Darstellung bildet zugleich den Ausgangspunkt für die Auswahl der Beteiligungsformen zur empirischen Analyse; eine eindeutige Listung erfolgt in Abschnitt 4.3.1.

### 2.1.2 Theoretische und empirische Klassifizierungen

In den Anfängen empirischer Partizipationsforschung wurden unter den Begriff der politischen Beteiligung einzig Tätigkeiten gefasst, die grundlegend und kollektiv akzeptiert waren. Infolgedessen beschränkten sich Untersuchungen weitestgehend auf wahl- und parteibezogene Aktivitäten sowie den Austausch zwischen Bürgerschaft und offiziellen Behörden (vgl. van Deth 2009: 146). Spätestens zu Beginn der 1970er Jahre wurde jedoch ein Prozess in Gang gesetzt, der von Kaase (1982) als *partizipatorische Revolution* charakterisiert wird. Zentrale Kennzeichen dieser Entwicklung sind eine strukturelle Ausdifferenzierung des Partizipationsangebotes sowie kontinuierliche Ausweitung der Bürgerbeteiligung in Richtung unkonventioneller Einflussmöglichkeiten (vgl. Barnes/Kaase et al. 1979). Infolge des erweiterten Handlungsspielraums vergrößerte sich auch das Spektrum der empirischen Partizipationsforschung immens, sodass van Deth (2003: 175) Anfang des 21. Jahrhunderts rund 70 Aktivitäten listen kann, die in empirischen Studien als politische Partizipation gewertet werden. Um dieses beachtliche Repertoire politischer Handlungsformen zu strukturieren, wurden

---

<sup>3</sup> Zu beachten ist, dass das Kriterium der Freiwilligkeit nicht in Einklang mit der in einigen politischen Systemen geltenden Wahlpflicht steht. Entsprechend fällt eine Wahlteilnahme in jenen Ländern gemäß dieser Definition nicht unter den politischen Partizipationsbegriff.

im Zeitverlauf unterschiedliche Klassifikationsmerkmale herangezogen, die sich aus theoretischen oder empirischen Argumenten speisen und im Folgenden kurz skizziert werden.<sup>4</sup>

In der theoretischen Auseinandersetzung haben vor allem die Kriterien (1) *Verfasstheit*, (2) *Legalität*, (3) *Legitimität*, (4) *Konventionalität* und (5) *Direktheit* Bedeutung erlangt, die sich im Weiteren in nicht überschneidungsfreie und daher miteinander kombinierbare Dichotomien überführen lassen (vgl. Kaase 1992a, 1997: 160 ff.; Gabriel/Völkl 2005: 531; Steinbrecher 2009: 39–42).

(1) *Verfasst versus unverfasst*: Dieses Merkmal differenziert politische Beteiligungsformen hinsichtlich ihrer institutionellen Verankerung. Als verfasst werden jene Aktionsformen bezeichnet, die „z. B. in das Grundgesetz oder in eine Gemeindeordnung“ eingebettet sind (Kaase 1992a: 429). Sie laufen folglich nach allgemeinverbindlichen Regeln ab und umfassen klassischerweise die Beteiligung an Wahlen und anderen Abstimmungen. Hingegen finden unverfasste Partizipationsformen außerhalb eines verfassungsmäßigen oder gesetzlichen Rahmens statt (z. B. die Beteiligung in einer Bürgerinitiative). Sie entstehen in organisierten oder auch spontanen Mobilisierungsprozessen und sind durch offenere Zugangsbedingungen, mehr Gestaltungsmöglichkeiten, aber auch höhere Beteiligungskosten gekennzeichnet. Aufgrund der institutionellen Einbettung stellt die Verfasstheit ein zeitlich stabiles Merkmal dar.

(2) *Legal versus illegal*: In dieser Klassifikation werden politische Aktivitäten nach ihrem Rechtsstatus unterteilt. Entsprechend gelten Beteiligungsformen, die den aktuell gültigen Rechtsnormen entsprechen, als legal und jene, die gegen gültige Gesetze verstoßen, als illegal. In der zweiten Kategorie wird darüber hinaus häufig zwischen „nicht unmittelbar gewaltsamen, wenn auch gewaltaffinen Akten des zivilen Ungehorsams (z. B. Hausbesetzungen) und der direkten politischen Gewalt gegen Personen und Sachen“ unterschieden (Kaase 1992a: 429). Diese Dichotomie weist erkennbar Überschneidungen zum Merkmal der Verfasstheit auf, da alle verfassten Beteiligungsformen gleichzeitig auch legal sind. Dies bedeutet umgekehrt aber nicht, dass alle unverfassten Formen zwingend illegal sein müssen. Beispielsweise ist die Kontaktaufnahme zu Politikerinnen und Politikern nicht rechtlich verankert, trotzdem aber legal. Da diese Dichotomie auf rechtlichen Zuschreibungen basiert, die sich im Zeitverlauf durchaus wandeln können, ist sie als zeitlich weniger stabil einzustufen.

---

<sup>4</sup> Aufgrund der enormen Vielzahl und Vielfalt an theoretischen wie empirischen Strukturierungen erhebt die folgende Darstellung keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Vielmehr soll ein Überblick über die wesentlichen Taxonomien und ihre Bedeutsamkeit in den jeweiligen Phasen politischer Partizipationsforschung gegeben werden (vgl. zum Überblick z. B. Gabriel/Völkl 2005; Steinbrecher 2009; van Deth 2009).

(3) *Legitim versus illegitim*: Das Legitimitätskriterium zielt auf eine moralische Komponente der politischen Beteiligung. So werden legitime Aktivitäten von einer bestimmten Gruppe oder auch der gesamten Gesellschaft als moralisch gerechtfertigt akzeptiert, wohingegen illegitime Beteiligungsformen jenen Wertvorstellungen widersprechen. Dabei können Legitimitätszuschreibungen durchaus in Widerspruch zu gesetzlichen Regelungen stehen. Beispielsweise können legale Demonstrationen von weiten Bevölkerungsteilen als illegitim gewertet (z. B. Pegida-Demonstrationen) oder illegale Besetzungen als legitimes Mittel der politischen Willensäußerung angesehen werden (z. B. Protest gegen Studiengebühren). Legitimitätsbewertungen sind somit äußerst subjektiv, abhängig vom sozialen Kontext und zudem vergleichsweise rasch veränderbar.

(4) *Konventionell versus unkonventionell*: Das Konventionalitätskriterium geht auf Barnes, Kaase et al. (1979) zurück und kombiniert Elemente der Verfasstheit und Legitimität. Entsprechend summiert Kaase (1992b: 148) unter konventioneller Partizipation jene Beteiligungsformen, die „mit hoher Legitimitätsgeltung auf institutionalisierte Elemente des politischen Prozesses (...) bezogen sind“. Als unkonventionell gelten hingegen alle unverfassten und illegitimen Formen politischer Partizipation. Da viele der ursprünglich unkonventionellen Beteiligungsformen im Zeitverlauf jedoch zu einem festen Bestandteil politischer Ausdrucksmöglichkeiten herangewachsen sind, erwies sich diese Dimension als zunehmend problematisch.

(5) *Direkt versus indirekt*: Das Strukturierungsmerkmal der Direktheit differenziert Formen politischer Partizipation in Abhängigkeit ihrer Mittelbarkeit. Während über direkte Aktivitäten unmittelbar Einfluss auf politische Entscheidungen ausgeübt werden kann, ist über indirekte Aktionsformen lediglich mittelbar Einfluss zu nehmen. In der Bundesrepublik Deutschland überwiegen zahlenmäßig eindeutig die indirekten Formen politischer Partizipation; direkte Möglichkeiten finden sich beispielsweise im elektoralen Bereich bei Direktwahlen oder anderen Abstimmungen.

Während jene theoretischen Klassifikationen im Wesentlichen auf Plausibilitätsannahmen beruhen, basieren empirische Typologien auf statistischen Tests, die politische Aktivitäten aufgrund systematischer Ähnlichkeiten gruppieren. Zu Beginn der empirischen Strukturierung überwogen zahlenmäßig eindimensionale Konzepte, wobei wesentlich Milbrath (1965) zu nennen ist. Er hierarchisiert politische Beteiligungsformen anhand des jeweils zu investierenden Aufwandes und entwirft auf dieser Grundlage die sogenannte Partizipationspyramide. An deren Basis finden sich jene Aktivitäten, die mit relativ geringen Kosten und Aufwendungen zu realisieren und entsprechend weit in der Bevölkerung verbreitet sind (z. B. Wählen). An der Spitze ordnen sich hingegen Partizipationsformen, die

eines hohen persönlichen Einsatzes bedürfen und somit im Allgemeinen deutlich seltener genutzt werden (z. B. Parteimitarbeit). Da Milbrath jedoch einzig wahl- und parteibezogene Aktivitäten berücksichtigt, wird dieses Modell der Komplexität und Vielschichtigkeit politischer Partizipation nicht (mehr) gerecht. Infolgedessen haben sich mit der Zeit verstärkt mehrdimensionale Konzepte durchgesetzt, wobei besonders die Systematik von Verba und Nie (1972) anzuführen ist. Die Autoren fokussieren nicht nur die Höhe des Aufwandes einer politischen Teilhabe, sondern beziehen zusätzlich verschiedene qualitative Merkmale ein, die im Einzelnen die Art der Einflussnahme, die politische Reichweite und das Konfliktpotenzial der Handlung betreffen. Aus der Kombination dieser Merkmale identifizieren sie schließlich vier distinkte Partizipationssysteme (voting, campaign activity, citizen-initiated contacts, cooperative activity), anhand derer sich spezifische Aktivitäten systematisieren lassen (vgl. Verba/Nie 1972: 44–55). Obgleich in der Partizipationsforschung mehrheitlich positiv aufgenommen, ist an diesem Modell der enge Fokus auf legale Formen politischer Beteiligung zu kritisieren. Den fehlenden Bezug auf neuere und neue Möglichkeiten politischen Engagements aufgreifend, konstruiert die Forschergruppe um Barnes und Kaase (1979) schließlich eine erweiterte Partizipationssystematik. Anhand der theoretischen Dimensionen Verfasstheit und Legitimität entwickeln sie ein wiederum zweidimensionales Konzept politischer Beteiligung und führen erstmals die Unterscheidung konventionell/unkonventionell ein. Während sie verfasste und legitime Formen der konventionellen Partizipation zuordnen, werden unkonventionelle Formen in dieser Studie primär über ihre Einschätzung der Illegitimität charakterisiert. Tatsächlich durchmischen sie in der zweiten Kategorie aber Legitimitäts- und Legalitätsgeltungen, sodass diese weiter aufzubrechen sei (vgl. Gabriel/Vökl 2005: 535; Kaase 1997: 162; Uehlinger 1988: 132).

Auf die Erkenntnisse und Mängel der *Political Action Studie* von Barnes, Kaase et al. aufbauend, plädiert Uehlinger (1988: 221) im Weiteren für die Verwendung der Legalität als wegweisendes Gliederungskriterium, da diese im Vergleich zur Legitimität eindeutige Unterscheidungen zwischen den Partizipationsformen ermöglicht und zudem weniger dem aktuellen Zeitgeist unterliegt. Auf der Grundlage gültiger Rechtsnormen entwirft er eine fünfkategoriale Typologie politischer Partizipation, in die sich das Merkmal der Konventionalität in modifizierter Form einfügen lässt (vgl. Tabelle 2.1). Interpretiert als *Staatsbürgerrolle*, *parteiorientierte* und *problemspezifische Partizipation*, *ziviler Ungehorsam* und *politische Gewalt* bilden jene Kategorien klar voneinander differenzierbare und unabhängige Typen politischer Beteiligung, die sich auch im Zeitverlauf als äußerst stabil erwiesen haben.

**Tabelle 2.1** Typologie politischer Partizipation

Dimensionen		Partizipationstypen	Beteiligungsformen
Legal			
a) Konventionell	1	<b>Staatsbürgerrolle</b>	Wählen, Diskutieren, Äußern der eigenen Meinung
	2	<b>Parteiorientiert</b>	Mitgliedschaft/Mitarbeit in einer Partei, Kandidieren
b) Unkonventionell	3	<b>Problemspezifisch</b>	Unterschriftensammlungen, öffentliche Diskussionen, Leserbriefe, Bürgerinitiativen, Genehmigte Demonstrationen, Gewerkschaftliche Streiks
Illegal			
a) Konventionell		–	–
b) Unkonventionell	4	<b>Ziviler Ungehorsam</b>	Nicht genehmigte Demonstrationen, Steuer-/Mietzahlungen verweigern, Wilder Streik, Hausbesetzungen
	5	<b>Politische Gewalt</b>	Gewalt gegen Sachen und Personen

*Quelle:* Eigene Darstellung, nach: Uehlinger 1988: 129 f.

Erst in der jüngeren Vergangenheit fordert nun das Aufkommen der Online-Beteiligung eine Anpassung beziehungsweise Erweiterung dieser Partizipationstypologie heraus. Zweifellos bietet das Internet vielfältige Möglichkeiten, Einfluss auf den politischen Prozess zu nehmen. In der Partizipationsforschung herrscht aber noch kein Konsens darüber, wie diese Beteiligungsmöglichkeiten analytisch in das Feld einzuordnen sind. Zunächst besteht Uneinigkeit darüber, welche digitalen Aktivitäten überhaupt als politische Beteiligung zu werten sind. Einerseits ist in Einklang mit der in Abschnitt 2.1.1 erarbeiteten Definition anzunehmen, dass „online activities (...) can be accommodated in the concept of political participation as long as they are directed at the expression of a political motive“ (Hosch-Dayican 2014: 343). Andererseits fällt eine Abgrenzung zur politischen Kommunikation, die grundsätzlich keine politische Partizipation darstellt, schwer. Denn „these activities are by definition communicative“ (ebd.: 343). Eine weitere Uneinheitlichkeit existiert im Hinblick auf die Bewertung digitaler Einflussmöglichkeiten, die entweder als funktionale Äquivalente zur

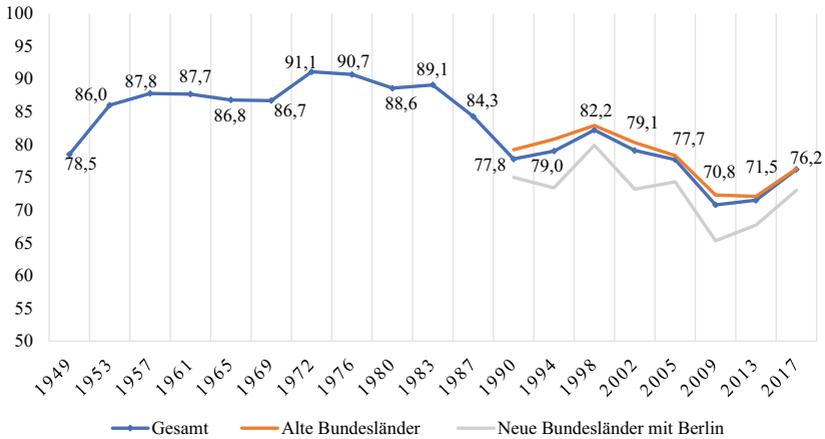
Offline-Beteiligung oder als distinkter Typus politischer Partizipation betrachtet werden (vgl. Gibson/Cantijoch 2013: 714; Oser et al. 2013: 98; Theocharis 2015).

Aus Plausibilitätsgründen wäre im theoretischen Strukturierungsmodus durchaus eine weitere Dichotomie vorstellbar, welche *Online-* und *Offline-Formen* politischer Beteiligung kontrastiert. Im Sinne der empirischen Typenbildung und Re-Strukturierung bisheriger Modelle bedarf es jedoch weiterer Forschung, die sich mit beiden Modi politischer Teilhabe auseinandersetzt. Ungeachtet der noch bestehenden Notwendigkeit zur Konkretisierung wird in der weiteren Auseinandersetzung der Tatsache Rechnung getragen, dass digitale Möglichkeiten heute einen nicht unwesentlichen Bestandteil politischer Beteiligung ausmachen und insofern in der Untersuchung zu berücksichtigen sind (vgl. Abschnitt 4.3.1).

### 2.1.3 Gesellschaftliche Verbreitung und Entwicklung

Wie im vorherigen Abschnitt dargestellt, haben sich die Möglichkeiten politischer Einflussnahme im zeitlichen Verlauf vervielfacht. Allerdings impliziert ein gesteigertes Angebot allein noch keine häufigere Nutzung desselben durch die Bevölkerung. Um die Bedeutung verschiedener Teilhabeformen bewerten zu können, wird an dieser Stelle der Blick auf deren historische Entwicklung und aktuelle Verbreitung gerichtet.

In Bezug auf die legal-konventionelle Beteiligungsform des Wählens (Staatsbürgerrolle) ist zunächst festzuhalten, dass sich die Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik im internationalen Vergleich traditionell auf einem sehr hohen Niveau bewegt; im Durchschnitt beteiligen sich seit 1949 rund 83 % der Deutschen an den Parlamentswahlen (vgl. Abbildung 2.1). Die elektorale Beteiligung unterliegt im Zeitverlauf jedoch zum Teil deutlichen Schwankungen, wobei sich grob zwei Phasen identifizieren lassen. In der ersten Phase von 1949 bis 1976 nimmt die Wahlbeteiligung stetig zu und erreicht in der ersten Hälfte der 1970er Jahre schließlich Werte jenseits der 90 %-Marke. An diese Höchstwerte schließt sich die zweite Phase an, die durch einen rückläufigen Trend gekennzeichnet ist und im Wahljahr 1990 ihren ersten Tiefstand erreicht (77,8 %). Die Auswirkungen der deutschen Wiedervereinigung und der geringeren Beteiligungsquoten in Ostdeutschland bieten für diesen Befund nur eine teilweise Erklärung. So können die wesentlich geringeren Bevölkerungszahlen jener Gebiete das Gesamtergebnis allenfalls in Tendenzen beeinflussen (vgl. Der Bundeswahlleiter 2018: 6–11). Gleichwohl deutet die durchweg schwächere Beteiligung in den neuen Ländern darauf hin, dass „das Kernelement der Staatsbürgerrolle, die Stimmabgabe bei Wahlen, in Westdeutschland besser institutionalisiert und breiter akzeptiert ist“ (Gabriel/Völkl 2005: 541).

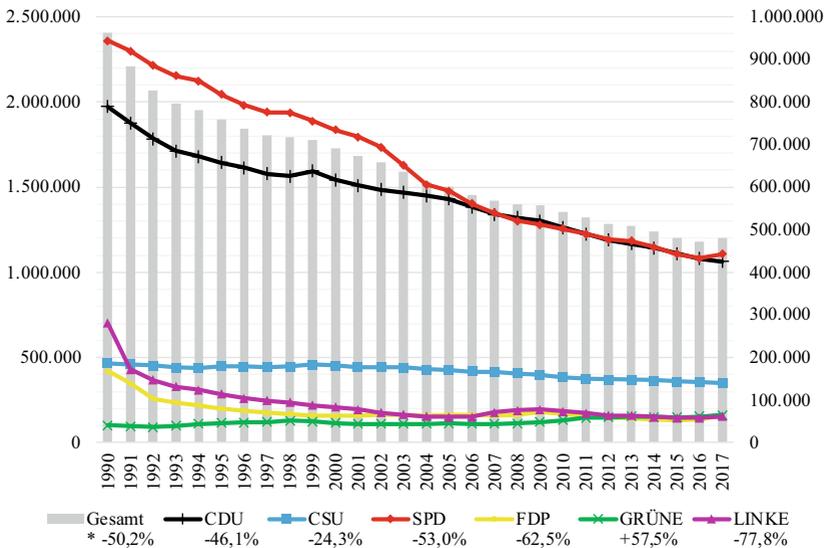


**Abbildung 2.1** Entwicklung der Beteiligung an Bundestagswahlen, 1949–2017 (in Prozent) (Anmerkungen: Ab 1990 nach dem Gebietsstand der Wiedervereinigung (Gesamt).  
Quelle: Eigene Darstellung, nach: Der Bundeswahlleiter 2018: 8)

In den 2000er Jahren setzt sich der Negativtrend zunächst fort und kulminiert im Jahr 2009 in einem historischen Tiefstand von 70,8 %. Seitdem ist allerdings wieder ein leichter Anstieg der durchschnittlichen Wahlbeteiligung zu verzeichnen. Deutlich unter den Raten der nationalen Wahlen liegen traditionell die Wahlbeteiligungsquoten der Landtagswahlen sowie der Abstimmungen zum Europäischen Parlament, wobei auch hier jeweils rückläufige Beteiligungswerte zu vermelden sind (vgl. Deutscher Bundestag 2016: 6 ff.).

Auch für die Parteimitgliedschaften als weitere legal-konventionelle Beteiligungsform (Parteiorientierte Partizipation) ist ein kontinuierlicher und teils dramatischer Negativtrend festzustellen (vgl. Abbildung 2.2). Tatsächlich hat sich die Gesamtzahl der Parteimitgliedschaften im Zeitraum von 1990 (2.409.624) bis 2017 (1.200.460) beinahe exakt halbiert. Ein detaillierter Blick auf die einzelnen Parteien demonstriert einen Mitgliederschwund für fast alle herangezogenen politischen Parteien, der sie aber in einem unterschiedlich starken Ausmaß ereilt. So hat die LINKE trotz des Zusammenschmelzens von PDS und WASG die größten relativen Mitgliedereinbußen hinzunehmen und verzeichnet 2017 rund 78 % weniger Parteimitglieder als 1990. Im Vergleich dazu haben die CDU (−46 %) und die SPD (−53 %) in diesem Zeitraum rund die Hälfte ihrer Mitglieder verloren. Es ist allerdings darauf hinzuweisen, dass diese Parteien mit Bezug auf die absoluten Häufigkeiten mit Abstand die größten Mitgliederverluste zu beklagen haben (SPD: −500.250; CDU: −363.699). Entgegen des allgemeinen

Trends können die GRÜNEN in der gleichen Periode einen Mitgliederzuwachs von 57 % verbuchen, was das Abschmelzen der gesamten Mitgliedschaften allein jedoch nicht kompensieren kann. So ist schlussendlich zu vermerken, dass Ende der 2010er Jahre nur noch etwa 1,5 % der deutschen Bevölkerung in politischen Parteien organisiert ist und die parteiorientierte Partizipation demnach kein verbreitetes Mittel mehr darstellt, um Einfluss auf den politischen Prozess zu nehmen.



**Abbildung 2.2** Entwicklung der Parteimitgliedschaften, 1990–2017 (absolute Häufigkeiten) (Anmerkungen: Die Primärachse bezieht sich auf die Gesamtanzahl der Parteimitgliedschaften, die Sekundärachse auf die einzelnen politischen Parteien. \*Veränderungen der Parteimitgliedschaften 2017 zu 1990. Quelle: Eigene Darstellung, nach Niedermayer 2018: 6)

Demgegenüber ist die Stimmabgabe bei Wahlen trotz der dargestellten Entwicklungen immer noch die Beteiligungsform, die von der Allgemeinheit am häufigsten genutzt wird. Ein Vergleich der relativen Häufigkeiten verschiedener politischer Aktivitäten illustriert diesen Stellenwert anschaulich (vgl. Tabelle 2.2). Da nicht-elektorale und -parteibezogene Partizipationsformen in der Regel nicht objektiv zu messen sind, basiert diese Aufstellung auf Umfragedaten der allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS). So geben im Jahr 2018 rund 87 % der Befragten an, sich in ihrem Leben schon einmal an

einer Wahl beteiligt zu haben. Vergleichbar hoch ist einzig die Quote derer, die berichten, jemals ihre politische Meinung kundgetan zu haben (80 %). Allerdings bezieht sich diese Aktivität explizit auf Äußerungen im Bekanntenkreis und am Arbeitsplatz und stellt gemäß der in Abschnitt 2.1.1 entwickelten Definition keine politische Beteiligung dar. Im Feld der problemspezifischen Partizipation kristallisiert sich ferner die Beteiligung an Unterschriftensammlungen als relevante Form politischer Willensäußerung heraus (58 %), für die sich überdies eine zunehmende Bedeutung im Zeitverlauf abzeichnet. Als weitere legal-unkonventionelle Formen bejahen in der jüngsten Umfrage noch vergleichsweise viele Befragte eine Beteiligung an kritischen Konsumhandlungen (37 %), öffentlichen Diskussionen (32 %) und genehmigte Demonstrationen (29 %). Insbesondere die Teilnahme an genehmigten Demonstrationen erfährt einen stetigen Zuwachs, was als zunehmende gesellschaftliche Akzeptanz dieser Aktivität zu deuten ist.

**Tabelle 2.2** Entwicklung politischer Partizipationsformen, 1988–2018 (in Prozent)

	1988	1998	2008	2018
Wählen	83	77	79	87
Meinung sagen	70	68	75	80
Unterschriftensammlung	26	36	48	58
Kritischer Konsum	–	27	27	37
Öffentliche Diskussionen	22	22	26	32
Genehmigte Demonstration	11	15	21	29
Online-Protestaktion	–	–	8	19
Aus Protest andere Partei gewählt	–	9	14	17
Mitarbeit Bürgerinitiative	12	8	10	13
Aus Protest nicht gewählt	–	7	8	6
Mitarbeit Partei	5	4	5	7
Kandidaten unterstützen	5	3	–	–
Nicht genehmigte Demonstration	2	3	4	5
Verkehrsblockade	–	2	–	–
Hausbesetzungen	1	1	–	–
Gewalt gegen Personen	0	0	–	–
N	3.052	3.234	3.469	3.477

*Anmerkungen:* Die Angaben beziehen sich auf die Frage, welche politischen Beteiligungsformen jemals wahrgenommen wurden. Ab 1998 ist der Gebietsstand der Wiedervereinigung einbezogen und die Daten sind nach dem Ost/West-Personengewicht gewichtet.

*Quelle:* Eigene Darstellung, nach: Zentralarchiv 1988; Baumann et al. 2019; Terwey/Baltzer 2012, 2015.

Die übrigen politischen Beteiligungsmöglichkeiten werden von, zum Teil deutlich, weniger als 20 % der Befragten angeführt, wobei vor allem Tätigkeiten aus der Gruppe des zivilen Ungehorsams, wie Blockaden, Besetzungen oder nicht genehmigte Demonstrationen, überaus selten wahrgenommen werden. Diesbezüglich erscheint zum einen ein Zusammenhang zwischen Beteiligungsrate und Legalität, was mutmaßlich auch den Effekt der sozialen Erwünschtheit begünstigt, wahrscheinlich. Zum anderen mag auch die Höhe der persönlichen Investition ursächlich für die geringen Zustimmungswerte verantwortlich sein. Dieses Argument bietet zudem eine Erklärung für die seltene Nennung der Parteimitarbeit (7 %), deren Aufwand ebenfalls verhältnismäßig hoch ausfällt (vgl. Milbrath 1965). Insgesamt bestätigen die Befunde eine grundsätzliche Ausweitung der politischen Partizipation, die vor allem den legal-unkonventionellen Bereich betrifft. Dort deutet sich ein grundlegender Bedeutungswandel in der Gesellschaft an, infolgedessen jene Formen in das kollektiv akzeptierte Repertoire politischer Einflussnahme aufgenommen wurden. Ebenso beansprucht jedoch der Befund, dass die „politische Beteiligung – mit Ausnahme von Wahlen – in demokratischen Staaten *nicht sehr weit verbreitet ist*“ (van Deth 2009: 149; Herv. im Orig.) weiterhin Gültigkeit. In der Konsequenz hat die Ausweitung politischer Beteiligungsmöglichkeiten nicht zu einer vergleichbar verbreiteten Wahrnehmung dieses Angebotes geführt. Daran anschließend ist nun zu klären, welche Folgen sich aus einem gering(er)en Beteiligungsniveau für die Demokratie ergeben können, wobei der Fokus auf die tatsächlich am Partizipationsprozess beteiligten Personengruppen gelegt wird.

#### **2.1.4 Soziale Ungleichverteilung als demokratischer Risikofaktor**

Grundsätzlich ist ein geringes Beteiligungsniveau nicht zwingend als negativ für die Funktionsfähigkeit einer Demokratie zu werten, sondern kann im Gegenteil eine allgemeine Zufriedenheit mit dem politischen System symbolisieren. Mit Verweis auf die Rationalitätsannahme wird eine Beteiligung nur dann als notwendig erachtet, wenn Veränderungen angestrebt werden (vgl. Abschnitt 2.1.1). In der Realität stellt Unzufriedenheit aber keinen derart wirkungsvollen Indikator für die politische Teilnahmebereitschaft dar wie es die Theorie unterstellt. So belegt etwa Schäfer (2010b: 2 f.; Herv. im Orig.), dass die „Wahrscheinlichkeit zu wählen bei den Zufriedenen wie auch bei den politisch Aktiven *höher* als bei den Unzufriedenen und Inaktiven liegt“ und liefert somit empirische Hinweise, die gegen eine euphemistische Interpretation geringer Beteiligungszahlen sprechen. Vielmehr sind es eindeutig nicht die Unzufriedenen, „*nicht* die Opfer

gesellschaftlicher Prozesse oder gesellschaftliche Randgruppen, die sich überdurchschnittlich stark politisch beteiligen“ (van Deth 2009: 154; Herv. im Orig.). Tatsächlich gehört die vergleichsweise geringe Teilhabewahrscheinlichkeit jener einkommens- und bildungsschwächeren Personengruppen längst zu den unumstrittenen Befunden der empirischen Partizipationsforschung (vgl. Schäfer et al. 2013, 2010b; van Deth 2009: 154; Abschnitte 2.2, 2.3).

Im Kontext politischer Wahlen ist darüberhinausgehend dokumentiert, dass diese soziale Ungleichverteilung maßgeblich mit einer geringen durchschnittlichen Wahlbeteiligung konvergiert. So impliziert eine sinkende Wahlbeteiligung eine zunehmende soziale Verzerrung politischer Wahlen, weil sich zuerst diejenigen aus dem politischen Geschehen zurückziehen, die aufgrund ihrer sozio-ökonomischen Lage eigentlich am dringlichsten auf kollektive Zusammenarbeit angewiesen sind (vgl. Schäfer 2010b: 3; Schäfer/Schoen 2013: 100; Tingsten 1975 [1937]; Verba/Nie 1972).<sup>5</sup> Angesichts dieser Feststellung stellt sich die Frage, ob alle Formen politischer Beteiligung eine vergleichbare soziale Schiefelage aufweisen. Das Szenario sozial ungleicher Wahlen wöge nämlich weniger schwer, wenn andere Teilhabeformen dieses Ungleichgewicht ausgleichen können (vgl. Schäfer 2010a: 136 ff.).

Einschlägig wird unter dem Stichwort der *Substitutionsthese* die Idee diskutiert, die sinkende Relevanz konventioneller Einflussmöglichkeiten könne durch den Aufstieg unkonventioneller Formate kompensiert werden. In dieser Argumentationslinie wird eine Abkehr von tradierten Formen als Ausdruck kritischer Distanz interpretiert, die der individuellen Lebenswirklichkeit nicht mehr gerecht werden, und die „Hinwendung zu neuen Partizipationsformen (...) als Beleg für eine intakte, lebendige Demokratie angesehen“ (Schäfer 2010b: 3 f.). Politische Beteiligung nimmt in dieser Lesart nicht ab, sondern verändert lediglich ihre Form. Empirische Befunde widersprechen jedoch eindeutig dem Bild eines Substitutionsverhältnisses. Zum einen sind alternative Partizipationsformen mehrheitlich nur schwach in der Bevölkerung verbreitet, sodass sie die tradierten Mittel bislang nicht ersetzen, sondern bestenfalls ergänzen können (vgl. Abschnitt 2.1.3). Zum anderen werden legal-unkonventionelle Beteiligungsformen von sozial schwächeren Personengruppen besonders selten genutzt, wobei folgender Zusammenhang gilt: „Je anspruchsvoller das Beteiligungskriterium,

---

<sup>5</sup> Eine empirische Diskussion darüber, ob die soziale Verzerrung politischer Wahlen oder anderer Partizipationsformen im historischen Kontext zu- oder abgenommen hat, kann an dieser Stelle nicht erfolgen. Für die Untersuchungsziele dieser Arbeit ist die Frage einer relativen Veränderung der Ungleichheit nicht von primärer Relevanz, sondern vielmehr deren aktuelle Ausgestaltung. Daher wird einzig theoretisch-argumentativ abgeleitet, dass die Höhe der Ungleichheit negativ mit dem durchschnittlichen Beteiligungsniveau zusammenhängt.

desto niedriger ist deren Engagement“ (Schäfer 2010b: 3 f.). Entsprechend weist die Teilnahme an Wahlen als überaus niedrigschwellige Partizipationsform noch die geringste soziale Verzerrung auf, wohingegen der Aufschwung nicht-institutionalisierter Beteiligungsmöglichkeiten die soziale Kluft zusätzlich vertieft (vgl. Schäfer 2010a: 137 ff.; Schäfer/Schoen 2013: 100 ff.).

Zusammenfassend ist aus dem Rückgang konventioneller und dem partiellen Anstieg unkonventioneller Partizipation eine soziale Schieflage politischer Teilhabe abzuleiten. Dieser Umstand fordert das Ideal der politischen Gleichheit heraus, bewirkt die „Durchsetzung nicht-repräsentativer politischer Interessen und gefährdet auf Dauer die Lebenschancen der Demokratie“ (van Deth 2009: 155). So haben ressourcenschwache Personengruppen aufgrund ihrer politischen Passivität systematisch schlechtere Aussichten, von der politischen Elite bemerkt zu werden. Derartige Debatten über die Folgen politischer Ungleichheit bleiben jedoch so lange unvollständig, wie die Ursachen einer sozial ungleichen Teilhabe nicht eindeutig geklärt sind (vgl. Schäfer et al. 2013: 9; Steinbrecher 2009: 56). Auf dieser Basis gilt es im Folgenden zu explizieren, *warum* sich insbesondere sozial schwächere Personengruppen eher selten am politischen Prozess beteiligen.

---

## 2.2 Klassische Erklärungsansätze politischer Partizipation

Die Suche nach einer Erklärung für politische Aktivität besitzt in der Partizipationsforschung eine lange Tradition, wobei im Zeitverlauf eine Vielzahl unterschiedlicher Faktoren und Modelle herangezogen wurde. In der Literatur lassen sich grundlegend zwei Perspektiven identifizieren, die nunmehr als klassische Erklärungsansätze aufzufassen sind. Beide Herangehensweisen stützen sich auf Individualfaktoren, um primär das Wahlverhalten von Personen zu untersuchen, lassen sich jedoch auch auf andere Beteiligungsformen übertragen. Im Folgenden werden zunächst sozialstrukturelle und daran anschließend rationale Erklärungsansätze politischer Beteiligung dargelegt.

### 2.2.1 Sozialstrukturelle Ansätze

In der Tradition sozialstruktureller Ansätze wird das politische Partizipationsverhalten einer Person auf individuelle Merkmale und Eigenschaften zurückgeführt. Den Grundstein für diese Forschungslinie legt die Gruppe um Paul Lazarsfeld mit ihrer Studie *The People's Choice* (1944) zu individuellem Wahlverhalten und -präferenzen. Auf Basis ihrer Untersuchungen können sie zusammenfassend zeigen, dass sowohl die Bereitschaft zu Wählen als auch die ideologische

Ausrichtung der Wahl auf soziodemografischen (Alter, Geschlecht, Religionszugehörigkeit) und insbesondere sozioökonomischen Merkmalen (Eigentum, Besitz, Auftreten und Sprache) beruhen (vgl. Lazarsfeld et al. 1969: 51–62, 75–84). Während für die Wahlpräferenzen mehr die subjektiv gefühlte Schichtzugehörigkeit ausschlaggebend ist, wird die Wahlteilnahme überwiegend durch den objektiven sozioökonomischen Status bestimmt, wobei das politische Interesse als Vermittler zwischen beiden Größen fungiert. So tragen Schulbildung und ökonomischer Status maßgeblich und unmittelbar zur Entwicklung politischen Interesses bei, welches wiederum die Wahlteilnahme positiv beeinflusst. Da die Studie jedoch primär deskriptiv angelegt ist, hält sie insgesamt nur wenige haltbare Erklärungen für die gefundenen Zusammenhänge bereit.

Aufbauend auf diesen Erkenntnissen hat sich die Berücksichtigung sozioökonomischer Merkmale zunehmend als Standard in der empirischen Partizipationsforschung etabliert. Dabei verweisen neuere Untersuchungen vor allem auf die Arbeit von Verba und Nie und das im Rahmen ihrer Studie *Participation in America* (1972) entwickelte *sozioökonomische Standardmodell* (SES-Modell). Den Autoren kommt zum einen der Verdienst zu, die traditionsreiche Forschung um den Zusammenhang zwischen sozioökonomischen Ressourcen und politischer Partizipation erstmals zu einem einheitlichen Konzept systematisiert zu haben. Zum anderen limitieren sie politische Partizipation nicht mehr auf wahl- und parteibezogene Aktivitäten, sondern beziehen weitere Beteiligungsformen in ihre Untersuchung ein (vgl. Verba/Nie 1972: 44 ff.; Abschnitt 2.1.2). Konzentriert ausgedrückt bestätigen sie empirisch den Befund, dass „[c]itizens of higher social and economic status participate more in politics“ (ebd.: 125). Der sozioökonomische Status wird dabei über die objektiven Kriterien *Bildung*, *Einkommen* und *Berufsstatus* operationalisiert, wobei diese Dimensionen naturgemäß positiv miteinander korreliert sind. Im Weiteren nehmen die Autoren keinen direkten Zusammenhang zwischen sozialem Status und politischer Beteiligung an, sondern verweisen auf indirekte Prozesse zwischen diesen Konstrukten. Gemäß ihrer Einschätzung verfügen statushöhere Personen aufgrund ihrer Fähigkeiten und ihres Wissens über ein hohes Bewusstsein für sowie Pflichtgefühl gegenüber politischen Angelegenheiten. Zudem sind sie durch ihre kommunikativen Fähigkeiten in der Lage, sich mit anderen Partizipierenden auszutauschen und effektiv mit ihnen zu interagieren. Ebenso fördere ein hoher Sozialstatus die Entwicklung politischer Orientierungen und Einstellungen sowie das politische Selbstbewusstsein (vgl. ebd.: 126). Demnach ist nicht der sozioökonomische Status an sich entscheidend für eine politische Aktivität, sondern erst dessen Übersetzung in kognitive Ressourcen (vgl. Gabriel/Völkl 2005: 564). Der Zusammenhang zwischen Status und politischer Beteiligung lässt sich somit auf folgende Formel

bringen: „Higher socioeconomic status increases political participation by increasing the civic orientations – involvement, efficacy, skills – of citizens“ (Verba/Nie 1972: 134).

Obgleich der enormen empirischen Durchschlagskraft des sozioökonomischen Standardmodells – der positive Zusammenhang zwischen sozioökonomischen Ressourcen und politischer Partizipation gilt heute als basal –, mangelt es dem Konzept an einer grundlegenden theoretischen Erklärung. So gestehen auch die beteiligten Forscher ein, dass das SES-Modell zwar hervorragend dazu geeignet ist, die politische Partizipation einer Person vorherzusagen, aber „it is theoretically deficient in failing to specify the mechanism that links socioeconomic status to political participation“ (Verba et al. 1995: 280; vgl. auch Brady et al. 1995: 272). Letztlich scheint die Einführung der sogenannten civic attitudes als erklärende Faktoren mehr auf intuitiven denn überprüften Annahmen zu beruhen. Offen bleibt in diesem Zusammenhang zudem, ob sich ein politisches Pflichtgefühl, Bewusstsein oder Orientierungen allein aus einem hohen sozioökonomischen Status ableiten oder ob nicht auch ressourcenschwächere Personengruppen diese Einstellungen entwickeln können. Auch die Kausalrichtung des Zusammenhangs ist nicht abschließend geklärt. Zwar spricht vieles für die Beeinflussung der politischen Beteiligung durch eben jene Ressourcen, aber zumindest auf einer theoretischen Ebene ist der umgekehrte Kausalzusammenhang ebenfalls plausibel. Denn möglicherweise kann eine politisch aktive Person ihre erlernten Fähigkeiten auch in anderen Feldern, wie zum Beispiel dem Beruf, erfolgreich einsetzen (vgl. Verba et al. 1978: 68).

Insgesamt bietet das SES-Modell keine hinreichend überzeugende Erklärung für eine sozial verzerrte Partizipation, da es letztlich mehr dem Beschreiben beziehungsweise Vorhersagen politischer Beteiligung denn kausaler Erörterungen dient.

## 2.2.2 Rationale Ansätze

Rationale Erklärungsansätze liefern eine Theorie menschlichen Handelns, deren Ursprung in der Ökonomie liegt und auf Webers Idealtypus der Zweckrationalität verweist (vgl. Weber 2010 [1922]).<sup>6</sup> Im vorliegenden Kontext wurde der Ansatz

---

<sup>6</sup> Die Zweckrationalität stellt einen der vier Idealtypen sozialen Handelns dar. Gemäß Weber handelt zweckrational, „wer sein Handeln nach Zweck, Mitteln und Nebenfolgen orientiert und dabei sowohl die Mittel gegen die Zwecke, wie die Zwecke gegen die Nebenfolgen, wie endlich auch die verschiedenen möglichen Zwecke gegeneinander rational *abwägt*“ (Weber 2010 [1922]: 18; Herv. im Orig.).

vor allem durch die Arbeiten von Downs und Olson beeinflusst und konnte sich schließlich insbesondere in den USA zu einer der dominierenden Theorien der Politikwissenschaften entfalten.

In seiner *Economic Theory of Democracy* (1957) überträgt Downs zentrale Annahmen des ökonomischen Handlungsmodells auf das politische Feld und legt damit das Fundament für eine ökonomische Sichtweise auf die Politik und die in der politischen Arena Handelnden. Im Zentrum seiner Theorie steht die Prämisse, dass sich politisch Agierende, wie Parteien, Politikerinnen und Politiker oder die Wählerschaft, gleich rational agierender Beteiligte auf dem Markt verhalten (vgl. Arzheimer/Schmitt 2014: 340). Der Grundgedanke dabei ist relativ schlicht: Individuen handeln immer und ausschließlich rational. Sie entsprechen idealtypisch dem *Homo oeconomicus*, verfügen demnach über vollständige Informationen und können auf dieser Basis optimale Entscheidungen treffen. Unter Abwägung von Präferenzen, Anreizen und Restriktionen wählen sie stets die Handlungsoption mit dem subjektiv günstigsten Ergebnis (vgl. Buchstein 2012: 24 f.; Diekmann/Voss 2004; Opp 1983: 31–41). Unter diesen Voraussetzungen findet eine Beteiligung am politischen Prozess ausschließlich dann statt, wenn die politische Aktivität bei möglichst geringen Kosten den individuellen Nutzen erhöht und/oder den eigenen Zielen dient (vgl. Opp 1986: 87, 1989: 7 f.).

In *The Logic of Collective Action* (1965) erweitert Olson diese Annahmen im Hinblick auf rationales Gruppenhandeln. Er widerlegt die gängige These, dass aus rational handelnden Individuen ebenso rational handelnde Gruppen erwachsen und prägt daraufhin das *Dilemma kollektiven Handelns*. Demgemäß impliziert ein für alle Beteiligten positives Ziel nicht, dass alle „ihr Handeln auf die Erreichung des Gruppenzieles richten werden, selbst wenn sie völlig rational im Eigeninteresse handeln“ (Olson 1998: 2). Zentral ist an dieser Stelle wiederholt das Kosten-Nutzen-Axiom. Bei politischen Aktivitäten sind die Kosten immer individueller Natur und betreffen persönliche Investitionen von Ressourcen wie Zeit, Geld oder Aufwand. Hingegen ist der Nutzen in der Regel kollektiver Art; öffentliche Güter, wie innere Sicherheit oder Umweltschutz, stehen grundsätzlich allen Gesellschaftsmitgliedern zur Verfügung. Von der Allgemeinheit produziert, ist der eigene partizipative Beitrag nicht zwingend erforderlich und unter der Prämisse nutzenmaximierenden Kalküls sogar vollkommen irrational. Da auch ohne eine eigene Beteiligung (keine Kosten) die Vorteile von Kollektivgütern (Nutzen) abgeschöpft werden können, stellt das Trittbrettfahren für die oder den Einzelnen die optimale Handlungsstrategie dar (free rider-Problematik). Sofern sich nun alle Gruppenmitglieder rational verhalten, wird das kollektive Gut nicht produziert. Spieltheoretisch wird eine solche Situation als *Gefangenendilemma* beschrieben:

Obwohl alle Beteiligten ein Interesse an der Erzielung des besten Gesamtergebnisses haben, kommt es aufgrund individuellen Rationalitätshandelns nicht zustande (vgl. Finkel 2008: 23; Lüdemann 2001: 47; Olson 1998: 15, 33; Putnam 1993: 165).

Rational Choice-basierte Ansätze liefern zwar theoretisch konsistente Erklärungen für eine politische Teilhabe, scheitern ihrerseits jedoch an der empirischen Erklärungsleistung (vgl. Brady et al. 1995: 272; Verba et al. 1995: 280). Denn entgegen der dargestellten Annahmen beteiligen sich Menschen an der Produktion kollektiver Güter und somit auch am politischen Geschehen. In der Wahlforschung wird dieses Phänomen mit dem *Paradox of Voting* umschrieben, demnach Individuen an Wahlen teilnehmen, obwohl der Wahlakt Kosten verursacht und der instrumentelle Nutzen gegen null strebt (vgl. Arzheimer/Schmitt 2014: 351 f.; Goerres 2010: 276). Diesbezüglich argumentiert jedoch Opp (1986), dass Individuen auch auf Basis einer subjektiv erlebten Wirksamkeit handeln, die der objektiven nicht notwendigerweise entsprechen muss. So kann der instrumentelle Nutzen einer politischen Handlung durchaus höher eingeschätzt werden als er realiter ist. Darüber hinaus erweitert er die rationalen Entscheidungsmodelle und integriert neben materiellen Motiven zusätzlich soziale und moralische Anreizstrukturen, die auf „behavioral expectations of important others in the individual’s social network“ beruhen (Finkel 2008: 23). Da die Identifikation und Verbundenheit mit einer Gruppe und deren Erwartungen das individuelle Handeln steuern können, wird eine politische Aktivität wahrscheinlicher, wenn sich zentrale Personen aus dem sozialen Umfeld politisch beteiligen. Demnach beeinflussen reziproke Erwartungen und die soziale Kontrolle über gruppenkonformes Verhalten die individuellen Anreize für eine Beteiligung. Im Kontext sozialer Normen und Werte zeigt er außerdem, dass bereits die intrinsische Befriedigung, die Partizipationsnorm erfüllt zu haben, als individuelle Motivation dienen kann (vgl. Finkel 2008: 26; Opp 1986: 88 ff.).

Zusammenfassend stellen die klassischen Ansätze jeweils keine umfassende Erklärung politischer Partizipation zur Verfügung. Sozialstrukturellen Modellen fehlt eine fundierte theoretische Basis, die eine hohe Ressourcenausstattung mit einer positiven Partizipationsentscheidung verknüpft; der empirisch starke Zusammenhang lässt sich theoretisch nicht überzeugend begründen. Dagegen liefern rationale Ansätze theoretisch konsistente Erklärungen für eine politische Beteiligung, die sich aber empirisch nicht untermauern lassen. Eine einigermaßen belastbare Datenlage stellt sich erst unter zahlreichen Modifikationen ein. In diesem Sinne ist es kein Zufall, dass der erste Ansatz als *Modell* und der zweite als *Theorie* bezeichnet wird (vgl. Verba et al. 1995: 524). Im Folgenden wird nun ein

Modell skizziert, das die klassischen Ansätze zu einem Erklärungskonzept zusammenfügt und dadurch unter anderem offenlegt, welche Anknüpfungspunkte die dargelegten Ansätze auch für diese Arbeit bereithalten.

---

### 2.3 Das Civic Voluntarism Model

Im Rahmen ihrer Studie *Voice and Equality* (1995) entwickeln Verba, Schlozman und Brady das *Civic Voluntarism Model* (CVM), welches die politische Teilhabe auf unterschiedliche Individualfaktoren zurückführt. Das CVM gilt in erster Linie als Weiterentwicklung des sozioökonomischen Standardmodells, dessen Erklärungsleistung jedoch durch die Anreicherung mit Elementen der Rational Choice-Theorie verbessert wird. Durch die Synthese der klassischen Ansätze können die jeweiligen Vorzüge genutzt und bestehende Mängel aufgefangen werden (vgl. Gabriel 2013: 394; van Deth 2009: 153; Verba et al. 1995: 280–287). Betreffend die politische Partizipation wird ein breites Repertoire an Beteiligungsmöglichkeiten fokussiert, das von Wahlen, der Mitarbeit in politischen Institutionen, der informellen Zusammenarbeit bis zu Protesten und Demonstrationen reicht. Auf Basis einer Kombination aus Aufwand und Ertrag werden die Aktivitäten schließlich unter die vier Hauptformen *Wählen, Kampagnen, Kontakte* und *Gemeinschaft* gruppiert (vgl. Verba et al. 1995: 42–48, 72).

Zur Erklärung politischer Beteiligung setzen die Forschenden bei der Frage an, warum Personen *nicht* partizipieren und leiten daraus drei Bestimmungsgrößen ab: „[B]ecause they can't; because they don't want to; or because nobody asked“ (ebd.: 269). In erster Instanz wird die grundlegende Fähigkeit zur politischen Partizipation über die individuelle Ressourcenausstattung bestimmt (vgl. ebd.: 288–332; Abschnitt 2.3.1). Zweitens ist der Wille zur aktiven Teilhabe von persönlichen Motivationsstrukturen abhängig (vgl. ebd.: 334–368; Abschnitt 2.3.2) und drittens steuert die Einbindung in soziale Netzwerke politische Rekrutierungsprozesse (vgl. ebd.: 369–390; Abschnitt 2.3.3). Im Mittelpunkt des CVMs steht somit ein Zusammenschluss aus persönlichen Ressourcen und motivationalen wie sozialen Anreizstrukturen, die gemeinsam die individuelle Teilhabe am politischen Geschehen erklären. Obgleich die einzelnen Dimensionen im eigentlichen Sinn keine Innovationen darstellen, werden mit diesem Ansatz neue Aspekte, Blickwinkel und Verknüpfungen präsentiert, die auch für die Ziele dieser Untersuchung zentral sind und daher eine detaillierte Betrachtung erfordern (vgl. Aldrich 1997: 421; Gabriel/Völkl 2005: 564).

### 2.3.1 Partizipationsrelevante Ressourcen

Der erste Bestimmungsfaktor politischer Beteiligung verweist auf die individuelle Ressourcenausstattung und tangiert die elementare Befähigung zur politischen Willensäußerung (vgl. Verba et al. 1995: 270, 282). Die politische Relevanz sozioökonomischer Ressourcen ist empirisch hinreichend häufig belegt, wobei in Anlehnung an das sozioökonomische Standardmodell üblicherweise die Größen Bildung, Einkommen und beruflicher Status in den Fokus gerückt werden (vgl. z. B. Almond/Verba 1963; Barnes/Kaase et al. 1979; Gabriel 2013; Marsh/Kaase 1979; Milbrath 1965; Nie et al. 1969; Parry et al. 1992; Verba/Nie 1972; Verba et al. 1978). Mit dem Civic Voluntarism Model zielen die Forschenden nun auf eine Präzisierung dieses Ressourcenkomplexes: „[W]e define resources more concretely and treat their relationship to participation more comprehensively, probing their origins and investigating how they operate to facilitate participation“ (Verba et al. 1995: 270). So unterscheiden sie ausdrücklich zwischen dem sozialen Status, der maßgeblich für die Ausbildung der Ressourcen verantwortlich ist, und den Ressourcen selbst. Als partizipationsrelevante Ressourcenarten identifizieren sie schließlich (1) *Geld*, (2) *Zeit* und (3) *civic skills*.

(1) *Geld*: Die finanziellen Ressourcen werden klassisch über die Höhe des Familieneinkommens operationalisiert und korrelieren erwartungsgemäß positiv mit dem formalen Bildungsgrad und dem beruflichen Status. Da zumindest theoretisch keine Obergrenze dafür existiert, wie viel Geld eine Person auf dem Markt erzielen kann, ist das Einkommen in Gesellschaften sehr ungleich verteilt (vgl. Brady et al. 1995: 273; Verba et al. 1995: 289, 565). Bezogen auf politische Aktivitäten müssen ökonomische Ressourcen immer direkt aufgewendet werden; es ist beispielsweise „impossible to contribute to a campaign or other political cause without some discretionary income“ (Verba et al. 1995: 289). Angesichts der hohen empirischen Verknüpfung zu politisch motivierten Beiträgen und Spenden kommt dem Einkommen im CVM eine zentrale Bedeutung zur Erklärung politischer Beteiligung zu (vgl. ebd.: 515 f.). Darüber hinaus bleibt allerdings offen, wie nicht-spendenbezogene Beteiligungsformen theoretisch mit finanziellen Ressourcen verknüpft sind.

(2) *Zeit*: Im Vergleich zu den finanziellen Ressourcen korrespondiert die Zeit deutlich schwächer mit sozialen Statusvariablen und ist in der Gesellschaft weniger ungleich verteilt. So kann niemand über mehr als 24 Stunden am Tag verfügen und nichts für einen späteren Moment ansparen (vgl. ebd.: 289, 292 f., 301 f.). Gemessen über die Stunden „left over after accounting for time spent in an average day doing work for pay, doing necessary household work of all sorts, studying or going to school, and sleeping“ (Brady et al. 1995: 273;

vgl. Verba et al. 1995: 289), ist die Verfügbarkeit freier Zeit gleichwohl an bestimmte Lebensumstände gekoppelt. Faktisch existieren Personengruppen, die über mehr freie Zeit als andere verfügen, wobei beispielhaft Personen in Ruhestand oder Arbeitslosigkeit zu nennen sind. Da nun alle politischen Aktivitäten einen gewissen zeitlichen Einsatz für sich beanspruchen und somit in direkter Konkurrenz zu nicht-politischen Tätigkeiten stehen, sollten jene Personen theoretisch eine überproportional hohe Beteiligungsrate aufweisen. In der Praxis mangelt es ihnen aber häufig an weiteren relevanten Ressourcen, sodass die frei verfügbare Zeit nur selten in eine politische Aktivität investiert wird (vgl. Gabriel/Völkl 2005: 564). Insgesamt ist die Ressource Zeit zwar grundsätzlich notwendig, um eine politische Handlung durchführen zu können, bietet allein aber keine hinreichende Erklärung für eine höhere Beteiligungswahrscheinlichkeit bestimmter Personengruppen (vgl. Verba et al. 1995: 514 f.).

(3) *Civic skills*: Die Einführung der civic skills stellt die wesentliche Modifikation am Ressourcengefüge des SES-Modells dar. Jene zivilen Ressourcen werden von den Forschenden als objektiv messbare Fähigkeiten einer Person verstanden, die kommunikative und organisationale Kompetenzen wie das Halten einer Rede, das Organisieren von Meetings oder das verbale Ausdrucksvermögen umfassen (ebd.: 304). Dabei handelt es sich um erlernte und verinnerlichte Kompetenzen, deren Aneignungsprozess in den formativen Jahren im familiären und schulischen Umfeld beginnt und in den Institutionen des Erwachsenenlebens (z. B. Arbeitsplatz, Kirche, Vereine und Organisationen) weiter fortschreitet (vgl. Brady et al. 1995: 273; Verba et al. 1995: 309 f.). Da zivile Fähigkeiten im Gegensatz zu Zeit und Geld durch ihren Einsatz nicht gemindert, sondern durch die kontinuierliche Anwendung fortwährend verstärkt werden, entsteht mit der Zeit ein gewisses Selbstverständnis und eine Selbstsicherheit mit deren Umgang. Im Weiteren lassen sich jene Kompetenzen direkt in den politischen Bereich transferieren, wo sie die individuellen Kosten und Hürden einer Beteiligung senken. So fällt es etwa Personen mit hohen verbalen Fähigkeiten leichter, auch politische Bedürfnisse zu formulieren und in den entsprechenden Kontexten zu artikulieren. Das persönliche Selbstvertrauen und die Selbstwirksamkeitserwartung ermöglichen einen effektiven Einsatz der Ressourcen Zeit und Geld, minimieren den Aufwand politischer Aktivitäten und steigern somit die Wahrscheinlichkeit politischen Engagements (vgl. ebd.: 304 f.). Da insbesondere die Art der beruflichen Tätigkeit die Verfügbarkeit an civic skills beeinflusst, ist diese Ressource sehr ungleich entlang sozialer Schichtungsmerkmale verteilt (vgl. ebd.: 313 f.).

Die konzeptuellen Veränderungen am SES-Modell demonstrieren, wie im CVM Merkmale des sozioökonomischen Status mit Elementen der Theorie rationalen Handelns verknüpft werden. So stehen in dieser Erklärungsdimension primär die Kosten politischer Handlungen im Vordergrund, die in Form

von Zeit und Geld direkt zu leisten sind (ebd.: 284; vgl. ebd.: 524 f.). Infolgedessen fallen die subjektiven Kosten einer politischen Aktivität umso höher aus, je weniger Ressourcen einer Person grundlegend zur Verfügung stehen. Demgegenüber reduzieren zivile Fähigkeiten ihrerseits die Kosten der politischen Einflussnahme, indem sie einen effizienten und effektiven Einsatz der übrigen Ressourcen ermöglichen. Auf dieser Basis kann schlüssig erläutert werden, warum sich ressourcenstarke Personen häufiger politisch engagieren können als ressourcenschwächere Personen. Im Folgenden ist jedoch zu zeigen, dass unter gewissen Umständen auch wenige Ressourcen in eine politische Handlung investiert werden.

### 2.3.2 Politische Motivation

Die Dimension der politischen Motivation zielt auf den persönlichen Willen zur politischen Beteiligung und bildet den „framework for a potent explanation of political activity“ (Verba et al. 1995: 334). Sie ergänzt den Ressourcenkomplex um Geld, Zeit, und Fähigkeiten und erklärt, warum eine Person, die aufgrund ihrer Ressourcenausstattung partizipieren kann, auch tatsächlich am politischen Geschehen teilhaben will (vgl. ebd.: 272, 343). So werden unter der politischen Motivation verschiedene psychologische Eigenschaften subsumiert, die gleich eines internen Stimulus darüber entscheiden, ob die verfügbaren Ressourcen in eine politische oder eine konkurrierende nicht-politische Aktivität investiert werden. Als politisch relevant charakterisieren die Forschenden in diesem Zusammenhang die Merkmale (1) *politisches Interesse*, (2) *politische Wirksamkeit*, (3) *politische Informiertheit* und (4) *Stärke der Parteidentifikation*.

(1) *Politisches Interesse*: Das politische Interesse bildet ein zentrales Moment politischer Motivation, wobei die hohe Relevanz durch die Feststellung, dass „[f]or many years the terms political interest, involvement, and motivation have been used as synonyms“ herausgehoben wird (van Deth 1990: 276). Der mehrdeutige Begriff des Interesses ist dabei nicht auf ein rational angestrebtes Ziel bezogen, sondern beschreibt eine allgemeine Neugier an politischen Belangen und Entwicklungen. Zur Messung dieses Merkmals beurteilen die Befragten ihr persönliches Interesse für verschiedene lokale und nationale Angelegenheiten auf einer vierstufigen Skala (vgl. Verba et al. 1995: 345 f., 553). Demnach handelt es sich bei dem politischen Interesse um ein subjektives Konstrukt, dessen Wert für die politische Teilhabe durch zahlreiche empirische Studien belegt ist. Tatsächlich hängt „das Niveau politischen Interesses (...) mit jeder Variante der politischen Partizipation positiv zusammen“ (van Deth 2001a: 213).

(2) *Politische Wirksamkeit*: Die subjektiv erlebte Wirksamkeit vermittelt Personen die Überzeugung, mit ihren Handlungen politische Konsequenzen herbeiführen und den Status quo verändern zu können (Verba et al. 1995: 272). Dadurch ist diese Form der Selbstwirksamkeit ein überaus mächtiger Prädiktor der politischen Partizipation und beeinflusst die individuelle Entscheidung für politisches Engagement sogar stärker als die objektive Veränderungskraft. Das politische Selbstvertrauen variiert signifikant zwischen sozialen Gruppierungen und wird über vier Items operationalisiert, die Fragen zur internen und externen Wirksamkeit enthalten und mittlerweile als klassische Indikatoren anzusehen sind (vgl. ebd.: 346 f., 556; zum Überblick Vetter 1997).

(3) *Politische Informiertheit*: Mit der politischen Informiertheit werden individuelle Kenntnisse über aktuelle Themen, politische Ämter, das institutionelle und verfassungsrechtliche Gefüge sowie allgemein das politische System erfasst (vgl. Verba et al. 1995: 347, 554). Bei diesem Merkmal handelt es sich folglich um eine objektive Dimension der politischen Motivation, die sich auf den kognitiven Wissenstand einer Person bezieht und einen wirkungsvollen Faktor des politischen Verhaltens darstellt. So sinken mit zunehmendem Wissen über politische Inhalte und Themen die Informationskosten, die üblicherweise im Vorfeld einer politischen Teilhabe entstehen, und die eigene Beteiligung wird wahrscheinlicher.

(4) *Stärke der Parteiidentifikation*: Die Stärke der Parteiidentifikation wird mittels einer politischen Selbstverortung im nationalen Parteienspektrum erhoben, wobei jedoch weniger die ideologische Ausrichtung als vielmehr die Intensität der Bindung von Relevanz ist (vgl. ebd.: 348, 555). Das Ausmaß der Parteineigung gibt schließlich Auskunft über die Höhe des individuellen politischen Engagements und zeigt an, wie sehr sich eine Person grundsätzlich mit Politik beschäftigt. Übereinstimmend lässt sich für nahezu alle Partizipationsformen ein positiver Zusammenhang zur Stärke der Parteiidentifikation nachweisen (vgl. Gabriel 2004: 324 ff.).

Empirisch erweisen sich das politische Interesse, die politische Wirksamkeit und die politische Informiertheit als positiv und wechselseitig miteinander verbunden, wohingegen die Parteiidentifikation einzig mit dem politischen Interesse korreliert (vgl. Verba et al. 1995: 348). Wiederum alle Faktoren stellen jedoch einflussreiche Prädiktoren der politischen Beteiligung dar, wobei auch in diesem Fall wechselseitige Beziehungen angezeigt sind (vgl. ebd.: 367). Darüber hinaus offenbaren sich positive Assoziationen zwischen der Motivationsdimension und den vormals dargelegten Ressourcen. Eine Überlagerung der Ressourceneffekte durch die motivationalen Aspekte lässt sich in diesem Zusammenhang aber nicht nachweisen; vielmehr deutet sich eine Ergänzung derselben an: „Political participation, then, is the result of political engagement *and* resources“ (ebd.: 354;

Herv. im Orig.). Einerseits sind partizipationsrelevante Ressourcen ohne eine entsprechende Motivation nutzlos, andererseits kann eine hohe politische Motivation auch den Einsatz knapper Ressourcen für eine politische Tätigkeit erklären.

### 2.3.3 Politische Rekrutierung

Den dritten Bestimmungsfaktor politischer Beteiligung bildet die Einbindung in soziale Netzwerke, wobei explizit nicht-politische Institutionen wie der Arbeitsplatz, die Kirche oder Freiwilligenorganisationen fokussiert werden (vgl. ebd.: 371 f.). Von Verba, Schlozman und Brady (1995: 369) als „windows on a wider world of civic life“ betrachtet, gehen in ihnen Prozesse vorstatten, die das politische Engagement einer Person anregen können. So beschreiben soziale Netzwerke einen Ort, an dem sowohl (1) *politische Rekrutierungen* stattfinden als auch (2) *civic skills* kultiviert werden.

(1) *Politische Rekrutierung*: Neben spontanem Engagement basiert ein nicht unwesentlicher Teil politischer Handlungen auf konkreten Partizipationsaufforderungen durch andere Personen (vgl. ebd.: 136–139). Dabei sind die Wahrscheinlichkeit sowie der Erfolg politischer Rekrutierungsversuche weder garantiert noch zufällig verteilt, sondern verlaufen in Abhängigkeit dreier Merkmale. Erstens fördert die persönliche Bekanntheit zur anfragenden Person die Erfolgsaussicht einer politischen Einladung. Zweitens beeinflusst der Lebensbereich, in dem die Anfrage gestellt wird, das Ergebnis politischer Rekrutierungsversuche. Da sich die Kontexte Nachbarschaft, Arbeitsplatz und Verein als besonders fruchtbar erweisen, ist zu vermuten, dass Nähe und persönlicher Kontakt auch in Zeiten computergestützter Rekrutierung ausschlaggebende Kriterien für die politische Mobilisierung bleiben (vgl. ebd.: 139–149). Drittens ist die Quantität der Anfragen maßgeblich von sozialstrukturellen Eigenschaften abhängig, wobei ressourcenreiche Personengruppen besonders häufig zu einer Mitwirkung eingeladen werden (vgl. ebd.: 149–157). Damit folgen die Rekrutierenden einer rationalen Strategie, die bewusst oder unbewusst darauf ausgerichtet ist, die Erfolgsaussichten ihrer Partizipationsanfragen zu erhöhen. Entsprechend richten sie sich gezielt an Personen mit einer hohen Ressourcenausstattung, partizipationsrelevanten Einstellungen und/oder vorheriger politischer Aktivität (vgl. ebd.: 156–159, 377–380). In Bezug auf ihre politischen Teilhabechancen sind statusschwache Bevölkerungsteile somit doppelt benachteiligt. Ihre ohnehin geringere Fähigkeit zur Partizipation wird durch ein systematisch schlechteres Rekrutierungspotenzial zusätzlich geschwächt.

(2) *Civic skills*: Im Erwachsenenalter bieten vor allem nicht-politische Institutionen wie der Arbeitsplatz, Verbände oder die Kirche einen Möglichkeitsraum zur Aneignung und Vertiefung ziviler Fähigkeiten. Zu denken ist hier etwa an das Aufsetzen von Schriftstücken, der Planung von Besprechungen und Veranstaltungen oder der Präsentation von Jahresabschlüssen. Durch ständiges Training werden diese Kompetenzen inkorporiert und lassen sich auch in der politischen Arena nutzbringend einsetzen. Folglich stellen soziale Netzwerke einen wesentlichen Nährboden zur Kultivierung politisch relevanter Fähigkeiten dar (vgl. ebd.: 282, 310; Abschnitt 2.3.1). Darüber hinaus kreieren sie günstige Rahmenbedingungen für den informellen Austausch und steigern auf diese Weise die politische Informiertheit: „Wherever people are brought together – in the office lunchroom, at a meeting of the union local, at a church picnic – they may chat about politics“ (ebd.: 370).

Zusammengefasst wirken soziale Netzwerke über Prozesse der Mobilisierung und Sozialisierung nachweisbar positiv auf die politische Partizipation einer Person und repräsentieren einen zentralen Bestandteil des CVM. Offen bleibt an dieser Stelle indes, welche Personengruppen auf welche Weise vernetzt sind und wie die Verbindung zwischen Ressourcen, Netzwerken und Partizipation im Detail gestaltet ist. Beispielsweise wird nicht geklärt, ob ressourcenreiche Personengruppen einzig auf Grundlage ihrer Ressourcen häufiger zu einer politischen Beteiligung eingeladen werden oder ob sie womöglich häufiger in einschlägigen Institutionen vertreten sind. Vergleichbares ist hinsichtlich der Kultivierung ziviler Fähigkeiten zu konstatieren.

### 2.3.4 Relevanz und Kritik

Das Civic Voluntarism Model vereint zentrale Elemente der klassischen Ansätze zur politischen Beteiligung und steigert dadurch deren singuläre Erklärungsleistungen. So wird in Tradition der Rational Choice-Theorie argumentiert, dass für alle politischen Handlungen Kosten anfallen, denen jedoch in Abhängigkeit der individuellen Ressourcenausstattung (SES) unterschiedlich begegnet wird. Ausgehend von dieser Prämisse wird eine politische Beteiligung schließlich auf drei Bestimmungsgrößen zurückgeführt: Während die Ressourcen zunächst die grundlegende Partizipationsfähigkeit bestimmen, entscheiden motivationale Faktoren im Weiteren darüber, ob die verfügbaren Ressourcen auch tatsächlich in eine politische Tätigkeit investiert werden. Darüber hinaus entsendet das soziale Umfeld Rekrutierungsanfragen und sozialisiert partizipationsrelevante Fähigkeiten. Entsprechend fällt die individuelle Teilhabewahrscheinlichkeit immer dann hoch aus,

wenn die Kosten einer politischen Beteiligung gedeckt werden können und die internen wie externen Anreize hinreichend hoch ausfallen. Aufgrund der theoretischen und empirischen Erklärungskraft kommt dem CVM insgesamt ein hoher Stellenwert in der politischen Partizipationsforschung zu (vgl. z. B. Armingeon 2007; Gabriel 2004, 2013; Gabriel/Vökl 2008; Lüdemann 2001; Steinbrecher 2009: 56–92; van Deth 2009).

Ogleich die wissenschaftliche Resonanz überwiegend positiv ausfällt, sind auch über dieses Modell einige kritische Anmerkungen zu formulieren. Zunächst verweisen die Forschenden selbst auf offene Fragen hinsichtlich der Kausalität sowohl zwischen den einzelnen Erklärungsfaktoren als auch zwischen Erklärungsfaktoren und abhängiger Variable. So ist beispielsweise unklar, ob sich politische Rekrutierungsanfragen ausdrücklich an statushohe Personen richten oder ob diese aufgrund ihrer Präsenz in relevanten Institutionen indirekt anvisiert werden. Ferner erscheint es zwar intuitiv überzeugend, dass politische Einstellungen das individuelle Engagement stimulieren, jedoch mögen umgekehrt auch gewisse politische Aktivitäten erst das politische Interesse oder Selbstbewusstsein entfachen (vgl. Verba et al. 1995: 276 f.). Auch in Bezug auf die politische Mobilisierung ist der inverse Prozess denkbar, demnach vergangenes politisches Engagement weitere Partizipationsaufforderungen nach sich zieht. Zur Maximierung persönlicher Rekrutierungserfolge erscheint diese Strategie durchaus zweckmäßig (vgl. Brady et al. 1999: 154 f.; Verba et al. 1995: 156–159, 370 f.). Obwohl Verba, Schlozman und Brady Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Elementen bestätigen, überprüfen sie letztlich nicht, welche Kausalitätsrichtung der anderen überlegen ist, sondern setzen in ihrem Modell voraus, dass Motivation und Rekrutierung der politischen Partizipation vorausgehen.

Aldrich (1997) kritisiert hingegen primär die Reichweite des Erklärungsmodells. So subsumieren Verba et al. (1995: 72) diverse Beteiligungsmöglichkeiten unter die vier Hauptformen *Voting*, *Campaign*, *Contact* und *Community* und analysieren deren Zusammenhänge zu den drei Bestimmungsfaktoren. Damit beruhe das Modell auf der Prämisse, dass die unterschiedlichen Formen politischer Partizipation miteinander vergleichbar und anhand einer einzigen Theorie erklärbar sind. Tatsächlich beziehen sich die Forschenden zumeist sogar auf eine *Overall Participation* und fassen damit alle Formen zu einem globalen Phänomen politischer Teilhabe zusammen. Da die politische Beteiligung realiter jedoch ein hochkomplexes Gebilde ist, erkennt Aldrich (1997: 422) „limits to the explanation when phenomena that are too disparate are put together in the same set“. Eine weitere zentrale Schwachstelle des Modells identifiziert er in einer mangelnden Erklärung für aktives Engagement. Die gewählten Variablen stellen zwar eine notwendige Grundvoraussetzung dar, unter deren Abwesenheit eine

politische Beteiligung sehr unwahrscheinlich ist. Jedoch sei damit noch nicht hinreichend geklärt, wann und unter welchen Umständen sich eine Person faktisch engagiert. Notwendig seien letztlich spezifischere Theorien für die verschiedenen Formen politischer Partizipation (vgl. ebd.: 422 f.). Bezogen auf die Relevanz der einzelnen Erklärungsmerkmale verweisen auch Verba, Schlozman und Brady (1995: 273 f., 362–364) auf Unterschiede zwischen den einzelnen Beteiligungsformen. Gleichzeitig betonen sie aber nachdrücklich, dass ihre Untersuchung nicht auf die Bereitstellung einer mustergültigen Erklärung für jede denkbare Partizipationsform zielt. Vielmehr streben sie an, ein Modell zu konstruieren, dass mit möglichst wenigen Variablen möglichst viel erklärt. Ein Modell, „that is simultaneously powerful and parsimonious“ (Verba et al. 1995: 274).

Trotz dieser kritischen Anfragen liefert das Civic Voluntarism Model relevante Anknüpfungspunkte für diese Arbeit. Zum einen eröffnet die Integration von Rational Choice-Elementen in das SES-Modell eine überzeugende Möglichkeit, individuelle Ressourcen theoretisch mit der politischen Partizipation zu verbinden. Zum anderen wird anschaulich dargelegt, wie die einzelnen Variablenkomplexe miteinander kombiniert werden können. Partizipationsrelevante Ressourcen, Einstellungen und soziale Netzwerke sind folglich nicht getrennt voneinander zu betrachten, sondern beeinflussen gemeinsam die politische Beteiligung. Vielversprechend erscheinen darüber hinaus die Charakterisierung nicht-politischer Netzwerke als relevante Politisierungsinstanzen und die bisher ungeklärte Frage, wie sich die soziale Vernetzung entlang sozialstruktureller Merkmale konstituiert. Diese Überlegungen bilden die zentralen Anschlusspunkte, die im dritten Teil dieser Arbeit spezifiziert werden. Dem vorangestellt sei im Folgenden die Illustration des Sozialkapitalansatzes, in welchem die sozialen Netzwerke ebenfalls eine herausragende Position einnehmen. In Ergänzung werden jedoch mit sozialen Normen, Werten und Vertrauen weitere kulturelle Faktoren berücksichtigt, denen im Civic Voluntarism Model kein Stellenwert zukommt.

---

## 2.4 Sozialkapital nach Putnam

„No democracy, and indeed no society, can be healthy without at least a modicum of this resource“

(Sander/Putnam 2010: 9)

„It’s not what you know, it’s *who* you know“

(verbreiteter Aphorismus; zit. nach: Woolcock/Narayan 2000: 225; Herv. im Orig.)

Ein weiterer Ansatz zur Erklärung politischer Partizipation lässt sich aus der jüngeren Sozialkapitalforschung ableiten. Obwohl das Konzept an sich keine Neuschöpfung ist, erlangte es erst in den 1990er Jahren seine gegenwärtige

Prominenz. Ausgelöst durch Putnams Studie *Making Democracy Work* (1993) wird die Debatte um den Wert von Sozialkapital heute in nahezu allen westlichen Nationen geführt. Gemäß Putnam ist Sozialkapital als das Fundament demokratischer Gesellschaften anzusehen, als sozialer Kitt, der eine Gesellschaft zusammenhält. Dabei summiert er unter diesen Begriff all jenes, was Gesellschaftstheoretiker wie Aristoteles oder Tocqueville als Bürgertugenden oder Bürgergesellschaft skizziert haben und verknüpft erstmals Werte wie Gemeinschaft, Kooperation, Engagement und Vertrauen systematisch mit der Performanz demokratischer Systeme (vgl. Putnam/Goss 2001: 15). Diesen Ansatz hat er in zwei umfangreichen Studien und weiterführenden Aufsätzen theoretisch ausgearbeitet und empirisch überprüft (vgl. Abschnitte 2.4.2, 2.4.3). Zugespißt lesen sich Putnams (2000: 290) Ergebnisse schließlich folgendermaßen: „Social capital makes us smarter, healthier, safer, richer and better able to govern a just and stable democracy“.

Derartige Aussagen, fundiert durch eine aufwendige Forschungsarbeit, begründen die Beachtung, die dieses Konzept insbesondere in den vergangenen Jahren erfahren hat. Eine Konsequenz dieser Präsenz ist jedoch eine begriffliche Überdehnung und Verwässerung im wissenschaftlichen Diskurs (vgl. van Deth 2001b: 280; Zmerli 2008: 17). Erschwerend kommt hinzu, dass der Begriff des sozialen Kapitals auf zum Teil sehr unterschiedliche Ursprünge und Strömungen rekurriert, die sich größtenteils parallel, aber unabhängig voneinander entwickelt haben (vgl. Putnam/Goss 2001: 17–19). Daher werden im Folgenden die bedeutendsten Konzepte sozialen Kapitals dargelegt und im Hinblick auf die zentralen Fragen dieser Arbeit bewertet.

### 2.4.1 Schlüsselwerke der Sozialkapitalforschung

Seinen Ursprung hat der Begriff Sozialkapital vermutlich bei Lyda J. Hanifan, der ihn 1916 zur Beschreibung von Erfolgen durch Gemeinschaftsbildung, wie dem Anstieg des Schulbesuches, einführt. Konzeptuell erfasst er mit sozialem Kapital

„those tangible substances [that] count for most in the daily lives of people: namely good will, fellowship, sympathy, and social intercourse among the individuals and families who make up a social unit“ (Hanifan 1916: 130, zit. nach Woolcock/Narayan 2000: 228).

Die Entdeckung der Bedeutung gemeinschaftlichen Engagements stellt zweifellos eine fortschrittliche und innovative Errungenschaft dar. Gleichwohl verschwindet

der Begriff für längere Zeit wieder aus dem wissenschaftlichen Diskurs und wird erst im Verlauf der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts von mindestens sieben Theoretikerinnen und Theoretikern größtenteils unabhängig voneinander wiedererfunden (vgl. Putnam/Goss 2001: 17 f.; Woolcock/Narayan 2000: 229).<sup>7</sup> Als Schlüsselwerke der Sozialkapitalforschung sind dabei insbesondere die Arbeiten von Pierre Bourdieu (1983), James Coleman (1988, 1990) und Robert Putnam (1993, 2000) hervorzuheben. Denn erst bei ihnen „wird das Konzept explizit eingeführt und es werden Instrumente zu seiner Messung entwickelt“ (Friedrichs/Oberwittler 2007: 452), sodass der Begriff „für die Forschung fruchtbar gemacht, intensiv diskutiert und immer besser in seinen Kontextbezügen verstanden“ wird (Lippel 2007: 421). Für die Thematik dieser Arbeit hält vor allem der Ansatz von Putnam wesentliche Implikationen bereit und wird im Folgenden zwecks konzeptioneller Abgrenzung vor dem Hintergrund des alternativen Theorieangebotes diskutiert.

#### 2.4.1.1 Die Sozialkapitaltheorie Bourdieus

Pierre Bourdieu entwickelt sein Konzept von Sozialkapital im Rahmen einer Gesellschaftstheorie, die sich mit Mechanismen der Produktion und Reproduktion gesellschaftlicher Strukturen auseinandersetzt. Zu deren Analyse führt Bourdieu den Kapitalbegriff (wieder) ein und definiert Kapital eng am ökonomischen Verständnis als „akkumulierte Arbeit, entweder in Form von Materie oder in verinnerlichter, ‚inkorporierter‘ Form“ (Bourdieu 1983: 183; Herv. im Orig.). Gemäß seiner Auffassung dient Kapital in erster Linie der Aufrechterhaltung sozialer Positionen und verfestigt somit Strukturen sozialer Ungleichheit (vgl. ebd.: 183). Dabei übernimmt das soziale Kapital jedoch weder eine zentrale Position noch ist es als alleinstehend zu betrachten. Vielmehr bettet Bourdieu diese spezifische Form in ein umfassendes Konzept ein, das mehrere Kapitalformen integriert, die sich miteinander kombinieren und ineinander transformieren lassen (vgl. ebd.: 185; Häuberer 2011: 36). So sei die Analyse der sozialen Welt nur adäquat möglich, „wenn man den Begriff des *Kapitals in allen seinen Erscheinungsformen* einführt“ (Bourdieu 1983: 184; Herv. im Orig.).

Als erste Form betrachtet Bourdieu (1983: 185) das *ökonomische Kapital*, das direkt in Geld transformierbar ist und sich somit besonders zur Institutionalisierung von Eigentum eignet. Es ist weiter diejenige Kapitalform, die den übrigen Kapitalien zugrunde liegt, da jene direkt oder indirekt aus dieser Form resultieren und sich ihrerseits wieder in ökonomisches Kapital transferieren

---

<sup>7</sup> Diese sind im Einzelnen: John Seeley, Jane Jacobs, Glenn C. Loury, Pierre Bourdieu, Ekkehart Schlicht, James S. Coleman und Robert D. Putnam (vgl. Putnam/Goss 2001: 17 f.).

lassen. Schlussendlich sind sie aber nicht vollständig auf eine ökonomische Existenz zu reduzieren, sondern entfalten zusätzlich eigene Wirkungen (vgl. ebd.: 195–198). Als zweite Kapitalform identifiziert er das *kulturelle Kapital*, das in drei Zuständen auftreten und sonach in inkorporierter (Kognitive Kompetenzen), objektivierter (Kultureller Besitz) und institutionalisierter Form (Bildungszertifikate) vorliegen kann (vgl. ebd.: 185). Als dritte Form entsteht *soziales Kapital* analog zur dargelegten Kapitalauffassung aus Beziehungsarbeit in Gestalt eines permanenten Austausches zwischen mehreren Personen. Diese Austauschbeziehungen können sowohl materieller (z. B. Geld, Geschenke) als auch symbolischer (z. B. emotionale Unterstützung, Informationen) Natur sein (vgl. ebd.: 191–195). Mit seiner Konzeption von Sozialkapital stellt Bourdieu einen instrumentellen Charakter sozialer Beziehungen in den Vordergrund und expliziert, dass in Beziehungen, die einen mittelbaren oder unmittelbaren Nutzen versprechen, beständig investiert werden muss bis sich schließlich dauerhafte und auf Gegenseitigkeit beruhende Verpflichtungen entwickelt haben. In der Konsequenz sind nicht sämtliche soziale Beziehungen unter den Sozialkapitalbegriff zu fassen, sondern nur solche, die einen direkten monetären oder symbolischen Zugewinn versprechen und sich zudem über Tauschakte stabilisiert und institutionalisiert haben (vgl. ebd.: 192). Soziales Kapital besteht demnach in der Möglichkeit, innerhalb des eigenen Beziehungsnetzwerkes einen bestimmten Gegenwert für die eigene Investition zu erhalten. Entsprechend definiert Bourdieu soziales Kapital als die

„Gesamtheit der aktuellen und potentiellen Ressourcen, die mit dem Besitz eines dauerhaften Netzes von mehr oder weniger institutionalisierten Beziehungen gegenseitigen Kennens oder Anerkennens verbunden sind; oder, anders ausgedrückt, es handelt sich dabei um Ressourcen, die auf der *Zugehörigkeit* zu einer Gruppe beruhen“ (Bourdieu 1983: 191; Herv. im Orig.).

Sozialkapital umfasst somit sämtliche Ressourcen, die eine Person aus ihrem Beziehungsnetzwerk schöpfen kann. In der alltäglichen Auffassung ist es das *Vitamin B*; diejenigen Kontakte, die einem Jobofferten zukommen lassen, relevante Informationen bereithalten oder in die gewünschten Kreise einführen. Kurz gesagt ist Sozialkapital eine Beziehungsressource, die gleich ökonomischem oder kulturellem Kapital zur Erreichung individueller Ziele eingesetzt werden kann (vgl. Westle/Gabriel 2008: 23). Indem Bourdieu den Ressourcencharakter des Sozialkapitals hervorhebt, ist es nur folgerichtig, dass auch soziales Kapital zur Produktion und Reproduktion sozialer Ungleichheiten beitragen kann (vgl. Zmerli 2008: 34). So entsteht soziales Kapital aus ökonomischen oder kulturellen Investitionen und ist damit abhängig von der grundlegenden Kapitalausstattung

einer Person. Bourdieu nimmt weiter an, dass die Kapitalvolumen der Mitglieder einer Gruppe aufgrund der Wechselseitigkeit der Austauschbeziehungen durch ein Minimum an objektiver Homogenität gekennzeichnet sein müssen. Infolgedessen finden sich vorwiegend sozialstrukturell ähnliche Menschen in einem Netzwerk zusammen. Da diese wiederum von der Ressourcenausstattung der jeweils anderen Netzwerkmitglieder profitieren, „übt das Sozialkapital einen Multiplikatoreffekt auf das tatsächlich verfügbare Kapital aus“, wodurch sich gesellschaftliche Strukturen verfestigen (Bourdieu 1983: 191).

Insgesamt kommt Bourdieu der Verdienst zu, den Begriff des sozialen Kapitals erstmals in systematischer Weise verwendet und in einen größeren theoretischen Kontext gesetzt zu haben (vgl. Westle/Gabriel 2008: 22; Zmerli 2008: 35). Allerdings nimmt das soziale Kapital bei ihm eine nachrangige Stellung ein und wird im Vergleich zum kulturellen Kapital nur oberflächlich behandelt. Neben dem hier vielfach zitierten Aufsatz *Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital* (1983) finden sich bei Bourdieu keine weiteren methodischen Beiträge zu diesem Konzept. Des Weiteren differenziert er weder verschiedene Formen sozialen Kapitals noch durchleuchtet er die Beziehungsnetzwerke, in denen Sozialkapital generiert wird, detaillierter. Mit Blick auf die Ziele dieser Untersuchung ist darüber hinaus die Konzentration auf den individuellen Nutzen, aus dem sich maximal gruppeninterne Vorteile ableiten lassen, problematisch. So lässt sich nicht überzeugend schlussfolgern, wie diese Ressource auch öffentlichen Interessen, wie etwa der Funktionsfähigkeit von Demokratien, dienen kann. Analog bleiben damit auch Verweise zur politischen Teilhabe überaus abstrakt. Letztlich bietet Bourdieus Konzeption von Sozialkapital nur wenige Anschlussmöglichkeiten für diese Arbeit. Ein relevantes Element findet sich jedoch in der grundlegenden Annahme einer Ressourcenabhängigkeit des sozialen Kapitals. Da dessen Genese eine gewisse Ausstattung mit ökonomischem und kulturellem Kapital voraussetzt, haben benachteiligte Bevölkerungsgruppen kaum Chancen, auf die soziale Ressource zuzugreifen, was ihre Möglichkeiten zusätzlich einschränkt (vgl. Westle/Gabriel 2008: 23). Dieser Grundgedanke ist in der Folge aufzugreifen und in das Forschungskonzept zu integrieren. Zuvor wird mit dem Ansatz von Coleman ein weiterer Klassiker der Sozialkapitalhistorie dargelegt.

#### **2.4.1.2 Die Sozialkapitaltheorie Colemans**

James S. Colemans Konzeption von Sozialkapital setzt bei theoretischen Defiziten soziologischer und ökonomischer Handlungstheorien an. So berücksichtigen soziologische Erklärungsstrategien ausschließlich den gesellschaftlichen Kontext und führen soziales Handeln auf internalisierte Werte und Normen zurück, wohingegen ökonomische Strategien die egoistische Nutzenmaximierung zur

übergeordneten Handlungsmaxime erheben. Damit werden im ersten Ansatz individuelle Interessenlagen und im zweiten Ansatz die im sozialen Gefüge verinnerlichteten Normen vernachlässigt. Unter Rückgriff auf das soziale Kapital integriert Coleman nun den sozialen Kontext in die Rational Choice-basierten Ansätze und versucht auf diese Weise eine Synthese zwischen Soziologie und Ökonomie zu schaffen (vgl. Coleman 1988: 97; Westle/ Gabriel 2008: 27 f.).

Gemäß rationaler Handlungstheorien besitzen die Agierenden Ressourcen, die sie im Idealfall vollständig kontrollieren können und an denen sie ein spezifisches Interesse haben. Coleman unterstellt nun, dass auch soziale Beziehungen eine Art Ressource für Individuen darstellen. Denn diese „handeln nicht unabhängig voneinander, Ziele werden nicht unabhängig erreicht und Interessen sind nicht vollständig eigennützig“ (Coleman 1991: 390). Mit diesen Ausführungen knüpft Coleman direkt an die Kritik Granovettters (1985) am neuen Institutionalismus an, der den Wert persönlicher Beziehungen für die Ausbildung von Normen und Vertrauen übersehe. Mit Blick auf soziale Beziehungsnetzwerke definiert Coleman Sozialkapital folgendermaßen:

„Social capital is defined by its function. It is not a single entity but a variety of different entities, with two elements in common: they all consist of some aspect of social structures, and they facilitate certain actions of actors – whether persons or corporate actors – within the structure. Like other forms of capital, social capital is productive, making possible the achievement of certain ends that in its absence would not be possible“ (Coleman 1988: 98).

An dieser Konzeption sind drei Aspekte hervorzuheben, die für Coleman von besonderer Relevanz sind. Erstens wird Sozialkapital nicht über seine Erscheinungsform definiert, sondern über seine Funktion. Damit wird Sozialkapital als spezifische Handlungsressource aufgefasst, die den beteiligten Personen zur Realisierung persönlicher Interessen dient (vgl. Coleman 1988: 101, 1991: 392, 394 f.). Zweitens verknüpft Coleman Sozialkapital, ähnlich wie Bourdieu, nicht mit einzelnen Personen, sondern mit deren Beziehungen. Sozialkapital hat demnach einen relationalen Wert, wird als immanenter Bestandteil von Beziehungsstrukturen verstanden und ist ein „Merkmal der Sozialstruktur (...), in die eine Person eingebettet ist“ (Coleman 1991: 409). Drittens ist soziales Kapital wie alle anderen Kapitalformen (z. B. Humankapital) produktiv, sodass mit dessen Hilfe Ziele erreicht werden können, die ohne dieses nicht möglich wären. Obwohl Sozialkapital im Gegensatz zu anderen Kapitalien kein Privateigentum darstellt und faktisch nicht veräußerlich ist, kann es auch auf individueller Ebene positive Effekte hervorbringen (vgl. ebd.: 409). Diese Wirkungen manifestieren sich in

den verschiedenen Formen sozialen Kapitals, die Coleman als (1) *Verpflichtungen und Erwartungen*, (2) *Informationen* und (3) *soziale Normen* beschreibt (vgl. Coleman 1988:102–105, 1991: 395–407).

(1) *Verpflichtungen und Erwartungen*: Die erste Form sozialen Kapitals entsteht aus Interaktionen zwischen vertrauenswürdigen Personen. Dabei tritt eine Person materiell oder immateriell in Vorleistung und vertraut auf eine zukünftige Gegenleistung durch eine andere Person, sodass bei der ersten Person eine Erwartung und bei der zweiten Person eine Verpflichtung entsteht, die in Gestalt eines Schuldscheines greifbar wird. Die Summe aller Schuldscheine, die sich im Zeitverlauf in den verschiedenen Beziehungskonstellationen anhäufen, bildet schließlich eine Ressource im Sinne des Sozialkapitals. Diese Form sozialen Kapital besteht somit aus zwei Elementen, wobei erstens die Vertrauenswürdigkeit des sozialen Umfelds maßgeblich die Einlösung der Schuldscheine beeinflusst und zweitens die tatsächliche Menge an gegenseitigen Verpflichtungen die Höhe des Kapitals bestimmt.

(2) *Informationen*: Die zweite Form gründet auf dem Informationspotenzial sozialer Beziehungen. Grundlegend stellen Informationen eine zentrale Handlungsressource dar, deren Aneignung jedoch in der Regel mit Kosten und Aufwand verbunden ist. In sozialen Netzwerken werden Informationen nun oftmals unbeabsichtigt, gewissermaßen als Nebenfolge sozialer Interaktionen, gewonnen. Demnach liefern soziale Beziehungen beiläufig Informationen, die weitere Handlungen ermöglichen und so eine Ressource in Form des Sozialkapitals darstellen.

(3) *Soziale Normen*: Eine dritte Form sozialen Kapitals verkörpern soziale Normen, die sich in sozialen Strukturen konstituieren und Handlungen sowohl begünstigen als auch einschränken können. Soziale Normen werden entweder von den Gruppenmitgliedern internalisiert oder über externe Sanktionen garantiert und sind insbesondere im Zusammenhang mit Kollektivgutproblematiken relevant. So können gemeinsame Orientierungen und Reziprozitätsnormen einen individuellen Beitrag zur Produktion öffentlicher Güter erklären und Dilemmata kollektiven Handelns lösen (vgl. Abschnitt 2.2.2). Da soziale Normen Entscheidungs- und Handlungsspielräume in sozialen Situationen strukturieren, stellen sie gemäß Coleman eine sozialkapitalrelevante Ressource dar.

Grundsätzlich können zwar alle zwischenmenschlichen Beziehungen Sozialkapital generieren, wohl aber erweisen sich einige soziale Strukturen in diesem Zusammenhang als besonders vorteilhaft. So begünstigt insbesondere ein geschlossener sozialer Kontext, in dem alle Netzwerkmitglieder wechselseitig miteinander verbunden sind, die Ausbildung sozialer Normen und die Vertrauenswürdigkeit der Gruppenmitglieder untereinander (Closure-Argument).

Des Weiteren ist Sozialkapital fundamental auf stabile Strukturen angewiesen, wohingegen unsichere und instabile Netzwerke nur wenig geeignet sind, um Vertrauen und Reziprozität dauerhaft zu erhalten. Eine Möglichkeit zur Schaffung stabilen Sozialkapitals besteht in dessen Institutionalisierung, demnach der Übersetzung der Strukturelemente von Personen in Positionen (vgl. Coleman 1988: 105–108, 1991: 415 f.).

Zuletzt stellt sich die Frage, wieso Menschen in den Aufbau sozialkapitalrelevanter Beziehungen investieren. Da soziales Kapital nicht an einzelne Personen gebunden und somit nicht veräußerlich ist, hält es keine direkten Gewinne für die Beteiligten bereit und die positiven Effekte nehmen zumeist die Form öffentlicher Güter an. Damit ist eine Investition in Sozialkapital entsprechend der Rational Choice-Logik nicht rational (vgl. Coleman 1991: 409 ff.). Coleman löst diesen Widerspruch, indem er expliziert, dass die Entstehung von Sozialkapital nicht mit Kosten verbunden ist, sondern als Nebenprodukt anderer Tätigkeiten erzeugt wird. Tatsächlich ist es so, dass „[e]in Großteil an sozialem Kapital entsteht oder vergeht, ohne daß [sic!] irgend jemand [sic!] bewußt [sic!] dazu beiträgt“ (ebd.: 412).

Insgesamt stellt Coleman im Vergleich zu Bourdieu ein differenzierteres Konzept sozialen Kapitals bereit. Allerdings beziehen sich diese Differenzierungen weniger auf den gesellschaftlichen oder gar politischen Nutzen von Sozialkapital als vielmehr auf dessen Entstehung und unterschiedliche Ausprägungen (vgl. Zmerli 2008: 41). Gleichwohl erscheinen für diese Arbeit vor allem die Ausarbeitung der sozialen Normen und des Informationspotenzials sozialer Beziehungen relevant. Indem diese Formen individuelle Handlungsmöglichkeiten gleichermaßen eröffnen wie beschneiden können, wirken sie auch im Feld der politischen Partizipation anschlussfähig. Darüber hinaus erscheint die Perspektive, dass bestimmte soziale Kontexte besonders günstige Strukturen zur Ausbildung von Sozialkapital bereitstellen, vielversprechend hinsichtlich der Übertragbarkeit auf politische Sozialisations- und Mobilisierungsprozesse. Zuletzt macht die basale Verknüpfung ökonomischer und soziologischer Ansätze kollektives Handeln erklärbar und reduziert zentrale Schwachstellen der klassischen Erklärungsansätze zur politischen Beteiligung (vgl. Abschnitt 2.2). Eben jene Punkte werden in weiten Zügen von Putnam aufgegriffen und in ein Sozialkapitalkonzept geflochten, welches erstmals explizite Bezüge zur Leistungsfähigkeit demokratischer Institutionen aufweist.

## 2.4.2 Grundlagen einer bürgerschaftlichen Perspektive

Robert D. Putnams Sozialkapitalkonzept weist einige Analogien zu den Ansätzen von Bourdieu und Coleman auf, die auf der strukturellen Homogenität von Gruppen und sozialen Normen aufbauen. Jedoch liegt sein Fokus zunächst nicht auf den individuellen Auswirkungen sozialen Kapitals, sondern auf dessen aggregierten Effekten. So nimmt er grundlegend an, dass alle Gesellschaften mit einem bestimmten Maß an sozialem Kapital ausgestattet sind, das wiederum verantwortlich für deren spezifische Strukturen im sozialen, politischen oder wirtschaftlichen Bereich ist. Diese Überlegungen arbeitet Putnam im Rahmen seiner Italienstudie *Making Democracy Work* (1993) zu einem theoretischen Konzept aus, welches er in einer großangelegten Untersuchung empirisch überprüft. Ausgangspunkt dieser Analysen bildet die Beobachtung einer divergierenden Performanz nord- und süditalienischer Verwaltungsinstitutionen – obwohl diese nominell identisch sind (vgl. Putnam 1995a: 65). Entsprechend seiner Grundprämisse führt Putnam die höhere Leistungsfähigkeit norditalienischer Regionalverwaltungen nun nicht etwa auf den höheren Wohlstand oder Modernisierungsgrad des Nordens zurück, sondern auf dessen nachweisbar höhere Ausstattung mit Sozialkapital. Dabei stellt die regionale Verfügbarkeit an sozialem Kapital keine Momentaufnahme dar, sondern ist das Ergebnis einer jahrhundertewährenden Entwicklung, die bis ins späte Mittelalter zurückreicht (vgl. Putnam 1993: 121–162, 1995a: 65).

Unter dem Begriff des sozialen Kapitals versteht Putnam ein Gefühl sozialer Verbundenheit und die gesellschaftliche Eingebundenheit der Bürgerinnen und Bürger mit weitreichenden und komplexen Konsequenzen. So führe ein hohes Maß an Sozialkapital unter anderem zu „better schools, faster economic development, lower crime, and more effective government“ (Putnam 1995a: 65 f.). In diesem Sinne definiert er soziales Kapital, analog zu anderen Kapitalformen wie Humankapital oder physischem Kapital, unter Bezugnahme auf dessen Produktivität als „features of social organization such as networks, norms, and social trust that facilitate coordination and cooperation for mutual benefit“ (ebd.: 67; vgl. Putnam 2002: 258). Sozialkapital besteht demnach aus dem Zusammenspiel mehrerer definitorischer Elemente, die gemeinschaftliches Handeln erleichtern und, angelehnt an Coleman, Kollektivgutprobleme lösen (vgl. Abschnitt 2.4.4). Zum einen fördert die Einbindung in soziale Netzwerke den Aufbau von Reziprozität und Prosozialität, sodass dort Kooperation zwischen Gesellschaftsmitgliedern entsteht, wo sie unter rationalen Aspekten nicht vorhanden sein sollte. Zum anderen werden durch persönliche Interaktion und Kommunikation Unsicherheiten, die typischerweise bei kollektiven Handlungen auftreten, minimiert und die Basis für freiwillige Zusammenarbeit geschaffen. So reduziert Sozialkapital individuelle

Anreize für Opportunismus und Fehlverhalten und ermutigt die Menschen, sich vertrauensvoll zu verhalten (vgl. Putnam 1993: 163–176, 1995a: 66; Putnam/Goss 2001: 21; van Deth 2001b: 276). Der Schlüssel für die höhere Effektivität norditalienischer Verwaltungsinstitutionen ist demnach im zivilen Engagement und im Gemeinschaftssinn der Bürgerinnen und Bürger zu suchen, die das Erreichen kollektiver (politischer) Ziele ermöglichen (vgl. Westle/Gabriel 2008: 33).

Sozialkapital hat jedoch nicht nur auf gesellschaftlicher Ebene durchaus reale und messbare Konsequenzen, sondern ausdrücklich auch auf individueller. Putnam und Goss (2001: 20 f.) sprechen in diesem Zusammenhang von einem *privaten* oder *internen* Nutzen, der sich für die Angehörigen sozialer Netzwerke auf unterschiedliche Weisen manifestieren kann. Beispielsweise profitieren sie bei der Arbeitsplatzsuche oftmals mehr von ihren Kontakten als vom eigenen Fachwissen und im Zusammenhang mit physischen und psychischen Befindlichkeiten pointiert Putnam (2002: 269), dass „[s]oziale Isolation (...) ein ebenso großer Risikofaktor und eine ebenso tödliche Gefahr wie das Rauchen“ darstellt. Trotz all der positiven Effekte kann Sozialkapital unter bestimmten Umständen auch negative Wirkungen entfalten. Diese Möglichkeit integriert Putnam in seine späteren Arbeiten und reagiert damit auf die zum Teil deutliche Kritik an einer allzu positiven Sichtweise. Seinen konzeptuellen Anpassungen zufolge gestalten sich die Effekte sozialen Kapitals zwar für die Mitglieder einer sozialen Gruppe durchweg positiv. Jedoch muss dies nicht zwingend auch für alle Außenstehenden gelten. Beispiele wie Terrorismusvereinigungen belegen, dass auch diese mit Hilfe des Sozialkapitals effektiver zusammenarbeiten, für die Gemeinschaft jedoch keinerlei positive Externalitäten bereitstellen (vgl. Putnam 2000: 21 f.; Putnam/Goss 2001: 23; vgl. Abschnitt 2.4.5).

### 2.4.3 Die These vom Gemeinschaftsverlust

In einer weiteren Studie, plakativ mit *Bowling Alone* (2000) betitelt, wendet Putnam seine Theorien über das Sozialkapital auf die US-amerikanische Gesellschaft an. Gleich zu Beginn vermeldet er (2000:15) alarmierend „No one is left“; sämtliche Gemeinschaften scheinen sich aufzulösen und mit ihnen die Identität einer ganzen Nation. Der Rückgang sozialen Kapitals sei nunmehr seit Jahrzehnten in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen zu beobachten und als ernstzunehmende Gefahr für die Demokratie und die Funktionsfähigkeit demokratischer Institutionen zu werten (vgl. Sander/Putnam 2010: 9). Putnam dreht damit seine ursprüngliche Argumentation, demnach Sozialkapital die Effektivität demokratischer Prozesse fördert, um und betrachtet fortan dessen Auflösung als Ursache

für den verbreiteten Unmut über die Demokratie und das Misstrauen gegenüber politischen Institutionen (vgl. van Deth 2001b: 276).

In diesem Zusammenhang fungiert der Bowling-Sport nicht nur als Titelgeber seines Werkes, sondern dient zugleich als Symbol für den Rückgang gemeinschaftlicher Tätigkeiten. So illustriert er exemplarisch, dass die Gesamtzahl an Spielerinnen und Spielern zwischen 1980 und 1993 zwar um 10 % gestiegen, die Zahl an Bowlingvereinen jedoch parallel um 40 % gesunken ist. Das Prekäre an dieser Situation besteht nun darin, dass in jenen Vereinen nicht nur gemeinsam Bowling gespielt wird, sondern auch ein regelmäßiger Austausch über private, lokale oder gesellschaftliche Angelegenheiten stattfindet. Auf dieser Basis entstehen Vertrauen und Solidarität unter den Teammitgliedern, sodass das Vereinsmitglied Teil einer Gemeinschaft wird, die über die formale Mitgliedschaft hinausgeht. Vereine stellen somit eine relevante soziale Ressource für ihre Mitglieder dar, die individuell Spielenden nicht zur Verfügung steht (vgl. Putnam 2000: 112 f.). Vergleichbare Entwicklungen lassen sich in sämtlichen Feldern gesellschaftlichen Engagements beobachten (vgl. ebd.: 31–92). Zum einen ist das Ausmaß individueller Partizipation im politischen wie auch bürgerschaftlichen, religiösen oder arbeitsmarktbezogenen Bereich mindestens stabil geblieben, wohingegen kooperative Formen der Beteiligung sichtbar abgenommen haben. Zum anderen steht dem verbleibenden Anteil formaler Mitgliedschaften eine Unterhöhnung der ehemals lebendigen Vereinskultur gegenüber, da das aktive, involvierte und engagierte Mitglied größtenteils der Vergangenheit angehört (card-carrying memberships; vgl. ebd. 58). Besondere Aufmerksamkeit widmet Putnam (2000: 93–115) überdies den freundschaftlichen, familiären und nachbarschaftlichen Kontakten, wobei er jene informellen Beziehungen als das zentrale Element zur Aufrechterhaltung sozialer Netzwerke betrachtet. Jedoch wird auch in diese Art der Vergemeinschaftung Ende der 1990er Jahre rund zwei Drittel weniger Zeit investiert als noch drei Dekaden zuvor, sodass er mit Blick auf die zunehmende Individualisierung treffend resümiert: „[T]hey increasingly watched *Friends* rather than had friends“ (Sander/Putnam 2010: 10; Herv. im Orig.).<sup>8</sup>

Die Folgen dieser Entwicklungen manifestieren sich schließlich in einem Rückgang des Vertrauens und der Reziprozität in der Gesellschaft, wovon besonders deren generalisierte Ausprägungen – die Kernstücke des Sozialkapitalkonzeptes – betroffen sind (vgl. Putnam 2000: 134–147; Abschnitt 2.4.4).

---

<sup>8</sup> Auf die Gründe für den Rückzug aus dem Sozialen soll an dieser Stelle nicht detailliert eingegangen werden. Zusammenfassend benennt Putnam (2000: 183–284) als Destruktoren sozialen Kapitals die Erwerbstätigkeit der Frau, die zunehmende berufliche Mobilität mit einhergehender Zeitknappheit, den demografischen Wandel sowie die Verbreitung der Massenmedien und die damit verbundene Medialisierung der Gesellschaft.

Beispielsweise ist der Großteil der US-amerikanischen Bevölkerung Ende des Jahrtausends überzeugt, in einer weniger vertrauenswürdigen, ehrlichen und moralischen Gesellschaft zu leben als ihre Elterngeneration. Wenngleich Putnam einräumt, dass solche Äußerungen zumindest teilweise auf nostalgischen Gefühlen basieren, sprechen die statistischen Daten dennoch für einen rückläufigen Trend. Pointiert wird der skizzierte Niedergang des sozialen Kapitals schließlich mit der These vom *Verlust des Gemeinsinns*. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt deshalb bemerkenswert, weil sich die Vereinigten Staaten traditionell über ihren Gemeinschaftssinn identifiziert haben. So notierte Tocqueville bereits 1835 die Beobachtung, dass sich „Amerikaner jeden Alters, jeden Ranges, jeder Geistesrichtung (...) fortwährend zusammen[schließen]“ (de Tocqueville 2004 [1835]: 248). Diese Vereinigungsfreude scheint nun aber jäh gebremst, sodass Putnam (2000: 341) anknüpfend die Frage aufwirft, wie funktionsfähig demokratische Institutionen in der Zukunft noch sein werden. Unter der Annahme, dass die „Merkmale der Bürgergesellschaft den Gesundheitszustand unserer Demokratien“ beeinflussen (Putnam/Goss 2001: 20), steuert die US-amerikanische Gesellschaft auf eine schwere Krise zu, da kollektives Handeln unter den gegebenen Umständen kaum möglich erscheint. Die zentralen Bestandteile sozialen Kapitals und deren Zusammenspiel werden im folgenden Abschnitt einer genaueren Betrachtung unterzogen.

#### 2.4.4 Dimensionen sozialen Kapitals

Putnam verweist im Zuge seines Sozialkapitalkonzeptes auf drei definitorische Elemente, wobei (1) *soziale Netzwerke* eine strukturelle Dimension und (2) *Reziprozität* sowie (3) *Vertrauen* kulturelle Dimensionen repräsentieren. Aufgrund des zentralen Stellenwertes, die diese Merkmale auch in der vorliegenden Arbeit einnehmen, werden sie im Folgenden ausführlich erörtert. Dabei ist unter anderem zu demonstrieren, dass sie nicht als alleinstehend, sondern als wechselseitig miteinander verbunden zu betrachten sind.

(1) *Soziale Netzwerke*: Bewertet Putnam die sozialen Netzwerke in frühen Untersuchungen noch als gleichrangig zu den übrigen Dimensionen, so hebt er in späteren Arbeiten deren herausragende Stellung als Fundament sozialen Kapitals hervor (vgl. Putnam 1993: 167, 2000: 19). Um deren besondere Bedeutung herauszustreichen, nimmt er (2002: 260) gar die Gleichsetzung „soziale Netzwerke – soziales Kapital also“ vor. Dessen ungeachtet liefert er keine eindeutige Definition sozialer Netzwerke, sodass der Begriff überwiegend auf einer metaphorischen Ebene Verwendung findet (vgl. Höfer et al. 2006: 370 f.). Im Allgemeinen

werden unter den Begriff horizontale Interaktionsbeziehungen gefasst, die als spezifische Webmuster alltäglicher Beziehungen zu bezeichnen sind (vgl. Haug 1997: 6; Keupp/Röhrle 1987: 7; Putnam 1993: 173).<sup>9</sup> Diese sind im Gegensatz zu vertikalen Beziehungen durch eine Machtsymmetrie gekennzeichnet, wobei eine solche strikte theoretische Trennung in der Praxis allerdings nur wenig Bestand hat (vgl. Putnam 1993: 173). Unter Bezugnahme auf den Terminus *networks of civic engagement* fokussiert Putnam im Weiteren explizit eine soziale und nicht-politische Komponente der Vergemeinschaftung. Jene freizeitbezogenen, freiwilligen und häufig lokalen Vergemeinschaftungen bilden den Nährboden für vielfältige identifikatorische und solidarische Beziehungen, die insbesondere bei einer aktiven Beteiligung zivile Tugenden und Verhaltensdispositionen sozialisieren. Mit dieser Auffassung stützt er sich erkennbar auf Tocqueville, der freiwillige Vereinigungen als *Schulen der Demokratie* und somit als Schlüsselement zur Verinnerlichung demokratischer Verhaltensweisen interpretiert (vgl. Kern 2004: 113; Putnam 1993: 90, 1995b: 665, 2000: 58, 338 f.). Über den enormen Wert nicht-politischer Assoziationen für die Leistungsfähigkeit demokratischer Institutionen scheint Putnam (1996: 3) jedoch selbst ein wenig überrascht: „We did not, however, guess what turned out to be the best predictors of government performance – choral societies and football clubs! And rotary clubs, and reading groups, and hiking clubs, and so on!“

Argumentativ schafft die Mitgliedschaft in freiwilligen Organisationen damit eine strukturelle Grundlage zur Ausbildung kultureller Sozialkapitaldimensionen. Der direkte und regelmäßige Kontakt zu anderen Netzwerkmitgliedern erhöht die individuellen Kosten opportunistischen und den Nutzen kooperativen Handelns und sichert mit Blick auf die eigene Reputation vertrauenswürdiges Verhalten. Engagement wird in einem solchen Fall nicht missbraucht, sondern effizient genutzt. An dieser Stelle manifestiert sich somit eine Verknüpfung kultursoziologischer und rationaler Handlungstheorien in Coleman'scher Tradition (vgl. Putnam 1993: 173 f., 1995a: 67, 2000: 21 f., 134 f.; Putnam/Goss 2001: 22; vgl. auch Franzen/Pointer 2007; Kern 2004; Kriesi 2007; Zmerli 2008). Resümierend steht „[i]m Mittelpunkt der Theorie des Sozialkapitals (...) ein außerordentlich schlichter Gedanke: Soziale Netzwerke rufen Wirkungen hervor“ (Putnam/Goss 2001: 20). Diese Wirkungen beziehen sich zunächst auf die Mitglieder eines Netzwerkes, können durch die Generalisierung von Reziprozität und Vertrauen jedoch auf größere Gemeinschaften ausgedehnt werden.

---

<sup>9</sup> Die in dieser Arbeit verwendete Definition von sozialen Netzwerken wird in Abschnitt 3.2.2 dargelegt.

(2) *Normen der Reziprozität*: Reziprozitätsnormen rekurren auf Gegenseigkeitsprinzipien und stellen eine basale Maxime sozialen Handelns dar. Angesichts ihrer Reichweite sind zunächst zwei Arten zu differenzieren. Die *spezifische Reziprozität* beschreibt eine ausgeglichene, direkte und unmittelbare Tauschhandlung materieller Güter oder immaterieller Leistungen zwischen identifizierbaren Personen. Im Gegenzug ist ein Austausch, der auf *generalisierter Reziprozität* basiert wesentlich abstrakter, da die Gegenleistung weder einen äquivalenten Wert aufweisen noch unmittelbar oder von derselben Person erfolgen muss. Vielmehr wird erwartet, von irgendeiner Person in unbestimmter Zukunft irgendeine Gegenleistung zu erhalten (vgl. Putnam 1993: 171 f., 2000: 134 f.). Jene Handlungen sind damit insbesondere durch das Vertrauen, dass das eigene Handeln in der Zukunft angemessen belohnt wird, gekennzeichnet. „Und wegen dieser Norm der Reziprozität, mithin dieser Zuversicht, ist soziales Kapital so wertvoll“ (Putnam 2002: 259).

Mit Blick auf gemeinschaftliches Handeln bilden Normen generalisierter Reziprozität einen zentralen Baustein zur Lösung von Kollektivgutproblematiken. Sie verbinden Eigeninteresse und gemeinschaftliche Solidarität, tragen zur Eindämmung opportunistischen Verhaltens bei und ermöglichen erfolgreiche und effiziente Kooperation. Durch den Glauben an eine unbestimmte Form der Wiedergutmachung beziehungsweise des Ausgleichs der eigenen Aufwendungen wird ein individueller Beitrag zur Produktion kollektiver Güter erklärbar. Demgemäß stellen Reziprozitätsnormen eine äußerst produktive Komponente sozialen Kapitals dar, da sie sowohl den privaten als auch den öffentlichen Nutzen erhöhen. In der Folge agieren Gesellschaften mit einer hohen Ausstattung reziproker Normen weitaus leistungsfähiger als andere Gesellschaften (vgl. Putnam 1993: 172, 2000: 134 f.). Als Grundlage für die Bildung und Aufrechterhaltung dieser Normen benennt Putnam in Anlehnung an Coleman (1988: 104 f.) neben den sozialen Netzwerken, denen insbesondere eine Sozialisations- und Erziehungsfunktion zukommt, positive Vorbilder und externe Sanktionen (vgl. Putnam 1993: 171). Im engen Zusammenhang zu diesen Normen steht das Vertrauen als weitere kulturelle Dimension des sozialen Kapitals.

(3) *Soziales Vertrauen*: Definitorisch bezieht sich Putnam mit dem sozialen Vertrauen explizit auf das zwischenmenschliche Vertrauen und schließt somit das Vertrauen in politische oder gesellschaftliche Institutionen aus der Begriffsbestimmung aus. Zwar können sich diese Formen empirisch überlagern, bilden in der Theorie jedoch unterschiedliche Konstrukte ab (vgl. Putnam 1995b: 665, 2000: 137). Des Weiteren sind analog zur Reziprozität zwei Vertrauensarten voneinander abzugrenzen. Das *spezifische Vertrauen* (thick trust) konstituiert sich in dichten sozialen Netzwerken persönlicher Beziehungen, zu denen ein intensiver

und regelmäßiger Kontakt gepflegt wird. Hingegen beschreibt das *generalisierte Vertrauen* (thin trust) ein allgemeineres Vertrauen zu nicht näher bekannten oder sogar gänzlich unbekanntem Personen. Diese Form des persönlichen Vertrauens beruht demnach auf verallgemeinerten Erwartungen über die Vertrauenswürdigkeit von Personen innerhalb einer sozialen Gemeinschaft (vgl. Putnam 2000: 136). Die Entstehung sozialen Vertrauens verortet Putnam primär in die sozialen Netzwerke, wobei der Vorgang einer transitiven Logik folgt: „I trust you, because I trust her and she assures me that she trusts you“ (Putnam 1993: 169). Auf diese Weise kann sich Vertrauen über soziale Beziehungen verbreiten und schließlich auch auf unbekannte Personen übergehen.

Da die generalisierte Form den Vertrauensradius in einer Gesellschaft grundlegend erweitert, bildet sie eine zentrale Instanz zur Förderung interindividueller Kooperation und Koordination. Dieses Argument verweist wiederholt auf das Dilemma kollektiven Handelns und erklärt, wie gemeinschaftliches Handeln durch das Vertrauen auf die Mitwirkung anderer möglich wird. Notwendige Voraussetzung ist jedoch nicht nur das Vertrauen in die generalisierten Anderen, sondern auch, sich selbst vertrauenswürdig zu verhalten und von anderen Personen als vertrauenswürdig wahrgenommen zu werden (vgl. Kern 2004: 113; Putnam 1993: 163–174). Die individuelle Vertrauenswürdigkeit wird dabei insbesondere über den Informationsaustausch, der sich in sozialen Kontexten in Form von Klatsch und Tratsch vollzieht, sichergestellt. So erhöhen die Bedrohung der eigenen Reputation sowie zusätzliche Sanktionsmöglichkeiten seitens der Gruppenmitglieder, wie zum Beispiel der Ausschluss von zukünftigen Aktivitäten, die Bereitschaft, sich vertrauensvoll zu verhalten (vgl. Putnam 1993: 174, 2000: 21, 136). Sinnbildlich vergleicht Putnam die Vertrauenswürdigkeit mit dem Schmierstoff sozialen Lebens und betont, dass „[t]rustworthiness, not simply trust, is the key ingredient“ (Putnam 2000: 136; vgl. Putnam 2000: 21).

Zusammenfassend besteht soziales Kapital aus sozialen Netzwerken, Reziprozität und Vertrauen, wobei die Netzwerke den übrigen Dimensionen strukturell vorgelagert sind. Sie bilden gewissermaßen den sozialen Rahmen, in dem die kulturellen Aspekte aufgebaut, gestärkt und von den Gruppenmitgliedern internalisiert werden. Diese Elemente sind letztlich als soziale Ressourcen zu begreifen, die durch ihren Einsatz in sozialen Kontexten stetig erweitert werden. Da Normen der Gegenseitigkeit, soziales Vertrauen und die Vertrauenswürdigkeit intersubjektive Kooperation garantieren, generieren sie gesamtgesellschaftlichen Nutzen, wobei an dieser Stelle unterstellt wird, dass die beschriebenen Einstellungen in tatsächliches Handeln umgesetzt werden (vgl. Putnam 1993: 171).

### 2.4.5 Formen sozialen Kapitals

Zu Beginn seiner Sozialkapitalforschung analysiert Putnam das Konzept noch vergleichsweise undifferenziert und spricht von einem *mehr* an Sozialkapital der norditalienischen im Vergleich zu den süditalienischen Regionen. Mit der Zeit nimmt er jedoch einige Erweiterungen vor und betrachtet Sozialkapital fortan als multidimensionales Konzept, das nicht auf lineare Weise interpretierbar ist (vgl. Putnam/Goss 2001: 29). So differenziert er entlang der Stichworte (1) *Institutionalisierung*, (2) *Dichte*, (3) *Orientierung* und (4) *Exklusivität* vier Formen sozialen Kapitals, die qualitativ unterschiedliche, jedoch „komplementäre Prismen dar[stellen], durch die das Sozialkapital betrachtet und bewertet werden kann“ (ebd.: 25).

(1) *Formelles versus informelles Sozialkapital*: Im Hinblick auf den Grad der Organisiertheit sozialer Netzwerke ist zwischen formellem (institutionalisiert) und informellem (nicht-institutionalisiert) Sozialkapital zu unterscheiden. Ersteres entsteht in formal organisierten Netzwerken, zu denen vorwiegend Freiwilligenorganisationen, wie Elternvereinigungen oder Gewerkschaften, „mit offiziellen Funktionären, Mitgliedschaftsbedingungen, Beiträgen, regelmäßigen Versammlungen usw.“ (ebd.: 25) gezählt werden. Hingegen sind Treffen in informellen Netzwerken eher spontan und dem Zweck nach sehr unterschiedlich, wie zum Beispiel die Verabredung zu einem Fußballspiel oder einem Kneipenabend (vgl. Newton 1999: 6). Da formelle Vereinigungen methodisch besser erfass- und analysierbar sind, stehen diese meist im Zentrum wissenschaftlicher Aufmerksamkeit. In Bezug auf das Sozialkapital sind die Formen jedoch als gleichwertig anzusehen, da aus beiden Netzwerkarten nutzbringende Beziehungen erwachsen können. Tatsächlich können informelle Zusammenreffen für bestimmte Ziele sogar hilfreicher sein als formelle Vereinigungen (vgl. Putnam/Goss 2001: 25; Zmerli 2008: 48 f.).

(2) *Dichtes versus loses Sozialkapital*: Dichte Formen sozialen Kapitals finden sich in Gruppen von Menschen, die regelmäßige und enge Beziehungen pflegen, wohingegen flüchtige Grußbekanntschaften oder zufällige Begegnungen „sehr dünn geflochtene, fast unsichtbare Gewebe von Sozialkapital“ (Putnam/Goss 2001: 26) darstellen. Doch bergen auch diese beiläufigen Begegnungen grundlegend das Potenzial, Mechanismen der Gegenseitigkeit anzustoßen. Die Differenzierung in dichte und lose soziale Netzwerke ist analytisch eng verknüpft mit Granovetters (1973) Theorie der starken und schwachen Bindungen. Auch er definiert starke Bindungen über einen häufigen Kontakt, eine hohe soziale Nähe und eine gewisse Ausschließbarkeit der Netzwerkbeziehungen, womit vergleichbar zu

Colemans Argument der sozialen Geschlossenheit eine wechselseitige Bekanntheit aller Netzwerkmitglieder impliziert ist. Granovetter verweist nun aber auf die besondere Stärke und Nützlichkeit der schwachen Bindungen, welche den Zugang zu neuen Informationen, Kontakten wie auch Möglichkeiten eröffnen und die Etablierung generalisierter Reziprozität fördern (vgl. Granovetter 1973; Putnam/Goss 2001: 27).

(3) *Innen- versus außenorientiertes Sozialkapital*: Die Unterscheidung zwischen innen- und außenorientiertem Sozialkapital richtet sich primär auf die angestrebten Ziele eines Netzwerkes. So wird innenorientiertes Sozialkapital in Gruppierungen erzeugt, die sich entlang charakteristischer Merkmale wie Geschlecht, Klassenzugehörigkeit oder Ethnie, konstituieren und vorwiegend gruppeninterne beziehungsweise mitgliederspezifische Interessen verfolgen. Als klassisches Beispiel für diese Form fungiert der Herrenclub, wohingegen Wohltätigkeitsorganisationen die zweite Kategorie exemplifizieren. Dort ist die Netzwerkzugehörigkeit grundsätzlich nicht an bestimmte Eigenschaften gebunden und die Gruppenziele liegen in der Regel außerhalb der jeweiligen Gruppe, die neben privaten ausdrücklich auch öffentliche Interessen verfolgt. Obwohl diese Kategorie der ersten intuitiv moralisch überlegen scheint, existiert in Bezug auf das Sozialkapital wiederholt kein Unterschied zwischen den Varianten (Putnam/Goss 2001: 27 f.).

(4) *Bindendes versus brückenbildendes Sozialkapital*: Die Gegenüberstellung von bindendem (exklusiv) und brückenbildendem (inklusiv) Sozialkapital ist eng mit der innen- und außenorientierten Dichotomie verwandt, beinhaltet aber einige konzeptionelle Unterschiede (vgl. ebd.: 28). Bindendes Sozialkapital verweist zunächst auf Gruppierungen von Menschen mit sehr ähnlichen Eigenschaften und entsteht sonach in homogenen Netzwerken mit exklusiven Identitäten (z. B.: ethnische Bruderschaften, Heimatvereine). Demgegenüber bezieht sich brückenbildendes Sozialkapital auf soziale Netzwerke, die (sozialstrukturell) unterschiedliche Menschen zusammenbringen und infolgedessen umfassende Identitäten und heterogene Gruppen erzeugen (z. B. ökumenische religiöse Organisationen). Ausgehend von der spezifischen sozialen Zusammensetzung produzieren diese Formen im Weiteren unterschiedliche Ergebnisse für die Gruppenmitglieder wie auch die Gesamtgesellschaft. So führt bindendes Sozialkapital zu einer starken internen Verbundenheit und ist infolgedessen ideal zur Ausbildung spezifischer Reziprozität und gegenseitiger Solidarität geeignet. Jedoch bewirkt die starke Fokussierung auf die eigene Gruppenidentität die Exklusion von Nichtmitgliedern und kann vergleichsweise leicht negative externe Effekte hervorrufen (vgl. Putnam 2000: 22 f., 358; Putnam/Goss 2001: 28 f.). „Bridging networks, by contrast, are better for linkage to external assets and for information diffusion“ (Putnam

2000: 22) und sind demnach bedeutsam zur Lösung von Kollektivgutproblemen. Treffenderweise bezeichnet Putnam (2000: 23) bindendes Sozialkapital in diesem Sinne als *sociological superglue* und brückenbildendes als *sociological WD-40*. Auch bei dieser Unterscheidung zeigen sich schließlich Analogien zu Granoveters Differenzierung starker und schwacher Bindungen, wobei erste tendenziell in bindenden und zweite eher in brückenbildenden Gruppierungen zu finden sind. Abschließend ist eine solch restriktive Trennung in der Praxis allerdings kaum haltbar, da die meisten Netzwerke zugleich bindende und brückenbildende Elemente aufweisen (vgl. ebd.: 22 f.).

### 2.4.6 Relevanz und Kritik

Putnams Arbeiten über den Zusammenhang zwischen Sozialkapital und der Performanz italienischer beziehungsweise US-amerikanischer Demokratien haben dem Sozialkapitalansatz zu seiner gegenwärtigen Popularität verholfen. Nichtsdestotrotz ist sein Konzept keineswegs unumstritten geblieben. Im Folgenden werden zunächst die führenden Kritiklinien dargelegt und daran anschließend auf die für diese Arbeit relevanten Anknüpfungspunkte verwiesen.

Die Kritik an Putnams Italienstudie (*Making Democracy Work*) fußt primär auf seiner These der Pfadabhängigkeit (vgl. Goldberg 1996; Sabetti 1996; Tarrow 1996). So werden die modernen Strukturen beziehungsweise die regional differierende Sozialkapitalausstattung mit historischen Gegebenheiten begründet, die bis ins Mittelalter zurückreichen. Putnam geht dabei von einer geradlinigen Entwicklung des Sozialkapitals aus, untersucht de facto aber nur die Strukturen des Start- und Endpunktes – und unterschlägt damit mehrere Jahrhunderte an Geschichte. Auch missachtet er wesentliche Punkte der jüngeren Vergangenheit, wie das Aufkeimen des Faschismus oder den Korruptionsskandal der 1980/90er Jahre, die ihre Anfänge in norditalienischen Regionen genommen haben. Diese Tatsachen zeichnen ein völlig anderes Bild des zivilen Nordens (vgl. Tarrow 1996: 393). Hingegen findet die historische Entwicklung im Fall der USA (*Bowling Alone*) keine Berücksichtigung mehr. Hier scheint Putnam die Idee der Pfadabhängigkeit zugunsten der neueren Entwicklungen aufgegeben zu haben. Bezogen auf dieses Forschungsprojekt wird ferner der proklamierte Niedergang des Sozialkapitals gänzlich infrage gestellt, wobei der Hauptkritikpunkt auf einer selektiven Auswahl der betrachteten Assoziationen beruht (vgl. Ladd 1996; Skocpol 1996). Tatsächlich berücksichtigt der *General Social Survey*, den Putnam zur Analyse sozialer Netzwerke heranzieht, lediglich Organisationstypen und keine konkreten Gruppenmitgliedschaften. Auch werden neuere und informelle Formen sozialer Einbindung, wie zum Beispiel das gemeinsame Bowlen mehrerer Familien,

nicht erhoben. Dies hat nun aber eine deutliche Unterschätzung der sozialen Integration eines Individuums zur Folge und verweist auf die Möglichkeit einer Fehleinschätzung Putnams in Bezug auf das erodierende Sozialkapital (vgl. Skocpol 1996: 2).

Darüber hinaus wird vielfach die mangelnde definitorische Präzision des Sozialkapitalkonzeptes kritisiert. Allgemein fehlt es dem Sozialkapital seit jeher an einer einheitlichen Begriffsbestimmung, da es immer wieder mit unterschiedlichen Phänomenen, Bestandteilen und Analyseebenen in Verbindung gebracht wird. Ohne eine klare Definition ist das Konzept jedoch überwiegend von heuristischem Nutzen (vgl. Diekmann 2007: 48; Kern 2004: 125; Levi 1996: 51; van Deth 2001b: 280).<sup>10</sup> Nun liefert aber auch Putnam keine präzise Begriffsbestimmung – weder für das Gesamtkonzept noch die einzelnen Elemente. So stellt er beispielsweise das Vertrauen mit ins Zentrum seiner Ausführungen, aber „never offers a precise definition of trust“ (Levi 1996: 46). In späteren Arbeiten konkretisiert Putnam die Vertrauenskomponente, indem er sich nun explizit auf das soziale Vertrauen bezieht und diese Form vom politischen Vertrauen abgrenzt (vgl. Putnam 1995b: 665, 2000: 137). Dies ist für Levi (1996: 46) jedoch „only a partial clarification, serving to restrict the domain but not elucidate the concept“. Nicht eindeutig ist weiter, wie die Einzelelemente sozialen Kapitals miteinander verknüpft sind. Bewertete Putnam sie zunächst als gleichrangige Dimensionen („Social capital here refers to features of social organization, such as trust, norms, and networks“; Putnam 1993: 167), stellt er die sozialen Netzwerke in nachfolgenden Ausführungen ins Zentrum und definiert sie als Ausgangspunkt für die Entstehung von Normen und Vertrauen („[S]ocial capital refers to connections among individuals – social networks and the norms of reciprocity and trustworthiness that arise from them“; Putnam 2000: 19). Van Deth (2001b: 280) stellt diese Interpretation der kausalen Zusammenhänge infrage und überlegt, ob nicht umgekehrt auch ein gewisses Maß an Vertrauen eine notwendige Bedingung für den Aufbau sozialer Beziehungen darstellt (vgl. auch Levi 1996: 47; Marx 2010: 99). Newton (1999: 6) interpretiert diese Problematik als „an obvious chicken-and-egg problem in deciding which comes first: norms of trust and reciprocity without which networks cannot be created; or networks which help to create norms of trust and reciprocity“. Weitestgehend unklar bleibe zudem, wie sich aus Vertrauen in Mitglieder des persönlichen Netzwerkes generalisiertes Vertrauen entwickeln

---

<sup>10</sup> Die in dieser Arbeit verwendete Definition von Sozialkapital wird in Abschnitt 3.2.1 dargelegt.

kann und wieso sich Reziprozitätsnormen auf unbekannte Gesellschaftsmitglieder ausweiten sollten. Putnam ziehe diesbezüglich intuitive Schlüsse, die den Lesenden jedoch häufig verborgen bleiben (vgl. Levi 1996: 47).

Ein methodischer Kritikpunkt bezieht sich ferner auf die verwendeten Analyseebenen. Je nach Untersuchungsziel interpretiert Putnam Sozialkapital als individuelles oder kollektives Gut und betont, dass es sowohl privaten als auch öffentlichen Nutzen stiften kann. Wenngleich „most scholars agree that is both“ (Lin 1999: 33), werden durch die Vermengung der Ebenen wesentliche Erkenntnisse unterschlagen, miteinander vermischt oder in ihren Ergebnissen widersprüchlich. In diesem Zusammenhang stellt sich beispielsweise die Frage, ob es sich bei Sozialkapital auf der Makroebene um eine aggregierte Individualresource oder ein kollektives Gut handelt. Unter analytischen und konzeptuellen Gesichtspunkten ist eine Trennung des Sozialkapitals in individuelle Ressource (Mikroebene) und öffentliches Gut (Makroebene) von großem Nutzen (vgl. van Deth 2001b: 280). Darüber hinaus wird Putnams vermeintliche Romantisierung des Sozialkapitals beziehungsweise dessen allzu romantische Vorstellung von Gemeinschaft kritisiert, wodurch er übersehe, dass Sozialkapital nicht nur positive Externalitäten hervorbringt. Während De Souza Briggs (1997: 114) Sozialkapital allgemein als wertneutral betrachtet, identifiziert Levi (1996: 52) nicht nur soziales, sondern auch unsoziales Kapital. Denn auch die Mafia oder Terrorismusvereinigungen arbeiten mit Hilfe des Sozialkapitals effektiver zusammen, generieren allerdings kaum gesamtgesellschaftlich wünschenswerte Ergebnisse. Diesen Einwänden ist Putnam mit einem leisen Augenzwinkern in seinen neueren Arbeiten begegnet:

„Sometimes ‚social capital‘, like its conceptual cousin ‚community‘ sounds warm and cuddly. Urban sociologist Xavier de Souza Briggs, however, properly warns us to beware of a treacly sweet, ‚kumbaya‘ interpretation of social capital“ (Putnam 2000: 21; Herv. im Orig.).

Infolgedessen gesteht er schließlich ein, dass Sozialkapital „can be directed toward malevolent, antisocial purposes, just like any other form of capital“ (ebd.: 22).

Insgesamt beweist Putnam eine zum Teil beachtliche Offenheit für die kritischen Stimmen, die er nutzt, um sein Konzept anzupassen und weiterzuentwickeln. Zum einen lässt er die vielfach kritisierte Pfadabhängigkeit nahezu vollständig fallen und zeigt am Beispiel der US-amerikanischen Bevölkerung, dass sich die Ausstattung einer Gesellschaft mit Sozialkapital durchaus über die Zeit verändern kann. Zum zweiten passt er seine Definition von Sozialkapital

mit Blick auf die kausalen Zusammenhänge zwischen den einzelnen Dimensionen an. Wenngleich an dieser Stelle immer noch einige theoretische wie empirische Uneindeutigkeiten existieren, vollzieht er hier eine deutliche konzeptionelle Präzisierung. Zum dritten akzeptiert er die Möglichkeit einer dunklen Seite sozialen Kapitals und integriert diese in sein Konzept, indem er zwischen verschiedenen Formen sozialen Kapitals differenziert. In diesem Zusammenhang ist insbesondere die Unterscheidung zwischen bindendem und brückenbildendem Sozialkapital relevant, die auf unterschiedliche gesamtgesellschaftliche Effekte verweist (vgl. ebd.: 22, 350–363).

Im Vergleich zu den Ansätzen von Bourdieu und Coleman, die nur partiell und implizit Anknüpfungsmöglichkeiten zur politischen Partizipation bereithalten, bringt Putnam das Sozialkapital systematisch in Verbindung zu den zentralen Untersuchungsaspekten dieser Arbeit. Zunächst beschreibt er, wie Gesellschaftsmitglieder mit Hilfe des Sozialkapitals effektiver zusammenarbeiten und somit die Funktionsfähigkeit demokratischer Institutionen beeinflussen. So reduziert Sozialkapital Transaktionskosten, minimiert Opportunismus und ermöglicht dadurch die Produktion öffentlicher Güter. „Wissenschaftlich leistet dieser Ansatz die dringend erforderliche Integration von Rational Choice Theorien einerseits und kulturorientierten Theorien andererseits“ (van Deth 2001b: 276). Zudem differenziert Putnam zwischen internen und externen Effekten von Sozialkapital und stellt damit eine ganze Bandbreite an Anschlusspunkten bereit, die teilweise die Ausführungen von Verba et al. (1995) aufgreifen und ergänzen. Denn Sozialkapital sorgt nicht nur dafür, dass Gesellschaftsmitglieder miteinander kooperieren und ihnen dadurch eine Stimme in der politischen Arena gegeben wird, sondern soziale Netzwerke forcieren zusätzlich den (politischen) Informationsfluss und die Ausbildung ziviler Fähigkeiten (vgl. Abschnitt 2.3). Darüber hinaus entwickeln die Mitglieder vermittels ihrer Integration in soziale Assoziationen *democratic habits*, die sie zu einer politischen Teilhabe befähigen (vgl. Putnam 2000: 338 ff.). Auf dieser Basis ist anzunehmen, dass Personen, die über ein breites Netz an sozialen Beziehungen, Reziprozitätsnormen und generalisiertes Vertrauen verfügen, eine höhere politische Teilhabewahrscheinlichkeit aufweisen als Personen mit einer geringen Sozialkapitalausstattung. Offen bleibt jedoch auch an dieser Stelle, inwieweit das individuelle Sozialkapitalvermögen mit statusrelevanten Merkmalen assoziiert ist und in der Folge als Erklärung einer sozial verzerrten Teilhabe fungieren kann. Diese Überlegungen und die dargelegten Wirkungen sozialen Kapitals werden im weiteren Verlauf dieser Arbeit aufgegriffen und mit den vorherigen theoretischen Überlegungen zu einem Forschungskonzept ausgearbeitet.

## 2.5 Resümee zur politischen Teilhabe

Demokratie ist ohne die politische Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger nicht vorstellbar, da sie gleichermaßen Legitimationsgrundlage wie formatives Element demokratischer Regierungsausübung darstellt (vgl. Abschnitt 2.1). Empirisch ist nun seit einigen Jahrzehnten ein teils gravierender Rückgang tradierter politischer Partizipation feststellbar, der auch durch neuere Formate politischer Willensäußerung nicht kompensiert werden kann. Während ein allgemein geringes Teilhabenniveau vornehmlich Legitimationsproblematiken auf der Makroebene tangiert, gestaltet sich mit Blick auf die repräsentative Durchsetzung politischer Interessen insbesondere das soziale Profil der Partizipierenden problematisch. So sind es überproportional häufig ressourcenschwache Bevölkerungsgruppen, die ihre politischen Teilhaberechte nicht oder nur selten in Anspruch nehmen. Da die soziale Ungleichverteilung politischer Partizipation langfristig partikulare Interessen begünstigt und somit das demokratische Ideal politischer Gleichheit herausfordert, ist eine Ergründung der Bestimmungsfaktoren individuellen politischen Handelns von besonderem Interesse.

Die theoretische Erörterung dieser Themenstellung erfolgte anhand zentraler Erklärungsansätze aus der politischen Partizipationsforschung, wobei die klassischen Konzepte zunächst jeweils keine gesamtheitliche Erklärung offerieren konnten (vgl. Abschnitt 2.2). Während sozialstrukturelle Modelle empirisch eindeutig eine positive Assoziation zwischen sozioökonomischen Ressourcen und politischer Beteiligung belegen, dabei jedoch einer überzeugenden theoretischen Verknüpfung entbehren, legen rationale Theorien im Gegenzug theoretisch konsistent dar, unter welchen Umständen sich Menschen politisch engagieren, scheitern ihrerseits jedoch an der empirischen Erklärungsleistung. Als vielversprechend kristallisierte sich schließlich das Civic Voluntarism Model heraus, das die Vorzüge genannter Ansätze in ein einheitliches Konzept integriert (vgl. Abschnitt 2.3). Gemäß dem CVM ist eine politische Beteiligung dann am wahrscheinlichsten, wenn eine Person über ausreichend Ressourcen (Zeit, Geld, civic skills) verfügt, aus einem inneren Antrieb heraus motiviert ist und vom sozialen Umfeld hinreichend häufig zu einer Teilnahme aufgefordert wird. Innerhalb der sozialen Netzwerke werden überdies wesentliche partizipationsrelevante Kompetenzen sozialisiert. Persönliche Netzwerke stehen ebenfalls in Putnams Sozialkapitalansatz im Fokus und werden als zentrale Instanzen sozialen und politischen Engagements identifiziert (vgl. Abschnitt 2.4). In dem Maße, wie die soziale Einbindung die Entstehung von Vertrauen und Reziprozitätsnormen fördert, befördert sie auch eine gemeinschaftliche Beteiligung. So bewirkt eine hohe Ausstattung mit sozialem Kapital, dass Menschen einer Gemeinschaft kooperativ,

kommunikativ und effektiv zusammenarbeiten. Die Verfügbarkeit von Sozialkapital steht weiter in direktem Zusammenhang zum Civic Voluntarism Model, da es die drei Antriebskräfte politischer Partizipation positiv beeinflusst. In diesem Sinne führt Sozialkapital zu politischer Aktivität, weil es zum einen den Erwerb partizipationsrelevanter Ressourcen sowie zur Beteiligung motivierender Werte und Normen fördert und zum anderen einen gesellschaftlichen Kontext schafft, in dem sich Personen wechselseitig zur politischen Teilhabe animieren (vgl. Gabriel et al. 2002: 231; Kunz/Gabriel 2000:47).

Damit stellen sowohl das CVM als auch der Sozialkapitalansatz wichtige theoretische Argumente und empirische Hinweise zur Erklärung politischer Partizipation bereit. Einschränkend ist aber die Frage, warum sich insbesondere ressourcenschwache Personengruppen eher selten politisch engagieren, auf dieser Grundlage nicht abschließend zu beantworten. Im CVM bildet das Einkommen zwar einen Bestandteil der ersten Erklärungsdimension ab, wird jedoch vornehmlich im Rahmen spendenbezogener Aktivitäten diskutiert. Verweise auf nicht-monetäre Partizipationsmöglichkeiten erfolgen ebenso rudimentär wie der Einbezug des Bildungsstandes, der zur erklärenden Variable nahezu aller Zusammenhänge pauschalisiert wird (vgl. Verba et al. 1995: 514–518). Im Kontext der sozialen Netzwerke wird ferner eine Assoziation zwischen Ressourcen und der Anzahl an Rekrutierungsanfragen angedeutet. Ein Verweis auf die Vernetzung sozialer Statusgruppen erfolgt aber nicht, sodass nicht gesichert festzustellen ist, worauf die Quantität politischer Einladungen letztlich beruht. In Putnams Werk findet sich der einzige Anhaltspunkt über Verbindungen zum sozioökonomischen Status in der Feststellung, dass Sozialkapital „is often lacking in disadvantaged areas, and it is difficult to build“ (Putnam 2000: 317). Informationen über die Individualebene werden indes nicht geliefert. Greifbare Hinweise auf eine Statusabhängigkeit sozialen Kapitals finden sich derweil in Bourdieus Ausführungen, sodass ein Zusammenspiel zwischen sozioökonomischen Ressourcen und Sozialkapital durchaus wahrscheinlich erscheint.

Schlussendlich liefern die theoretischen Ansätze relevante Argumente zur Beschreibung politischer Partizipation, wobei sich insbesondere die soziale Netzwerkeinbindung als bedeutsame und theorieübergreifende Kategorie erwiesen hat. Darauf aufbauend wird der Fokus im Folgenden explizit auf den Zusammenhang zwischen sozialem Status und sozialer Vernetzung gelegt und ihr Einfluss auf die politische Partizipation abgeschätzt.

**Open Access** Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.



# Theoretische Konzeptualisierung: Politisch relevante Netzwerke

# 3

„Der Kerl hat keinen Wert für die Gemeinschaft, er ist einfach nur ein Individuum“

(Sartre 1963: 5)

„Simply being involved with an institution, therefore, does not foster participation. What matters for participation is what happens in the institution“

(Verba et al. 1995: 340)

In Anschluss an die Theoretisierung sozialer Netzwerke als zentraler Erklärungsfaktor politischer Beteiligung wird im vorliegenden Kapitel das Untersuchungskonzept dieser Arbeit entwickelt. Dies beinhaltet zunächst die Herleitung und Formulierung der grundlegenden Forschungsfrage (vgl. Abschnitt 3.1). Daran anschließend werden die zentralen Begriffe dieser Arbeit präzisiert und der empirische Forschungsstand zur sozialen Netzwerkeinbettung dargelegt (vgl. Abschnitte 3.2, 3.3). Dessen Diskussion soll Stärken und Schwächen der aktuellen Auseinandersetzung aufzeigen und damit Anknüpfungspunkte für die weitere Konzeptualisierung liefern. Auf dieser Grundlage werden schließlich theoretische Erklärungsstrategien, das empirische Forschungsmodell und statistisch überprüfbare Hypothesen generiert (vgl. Abschnitte 3.4, 3.5).

## 3.1 Forschungsperspektive und Forschungsfrage

In der theoretischen Auseinandersetzung wurde expliziert, warum bis dato keine hinreichend überzeugende Erklärung für den empirisch starken Zusammenhang

zwischen sozioökonomischen Ressourcen und politischer Partizipation existiert. Diese Untersuchung zielt nun darauf, gegebene theoretische Lücke mit Hilfe der individuellen Einbindung in soziale Netzwerke zu beleuchten.

Grundlegend ist der Blick auf soziale Netzwerke kein neues Phänomen in der politischen Partizipations- und Demokratieforschung. Vielmehr akzentuieren Verba, Schlozman und Brady (1995: 390), dass „the nonpolitical institutions of civil society have long been at the heart of theories of democracy“. So beurteilte Tocqueville freiwillige Vereinigungen bereits 1835 als wesentliche Grundlage funktionierender, da gelebter, Demokratien (vgl. de Tocqueville 2004 [1835]; Freitag 2001: 91; Kern 2004: 113). Der auf ihn zurückgehende Ausdruck *Schulen der Demokratie*, mit dem er die politische Schlüsselfunktion zivilgesellschaftlicher Assoziationen umschreibt, ist längst zum geflügelten Wort in der Partizipationsforschung avanciert. Seine Ausführungen bilden schließlich den Ausgangspunkt der sozialen Netzwerkforschung an der Schnittstelle zu politischer Beteiligung und Demokratie. Als richtungsweisend für die moderne Auseinandersetzung mit dieser Thematik hat sich ferner die *Civic Culture*-Studie von Almond und Verba (1963) erwiesen. Innerhalb dieser Untersuchung demonstrieren sie unter anderem einen positiven Einfluss freiwilliger Vereinigungen auf die politische Aktivität ihrer Mitglieder und attestieren ihnen in der Folge eine demokratiestärkende Funktion (vgl. ebd.: 318). Obgleich diese Studie teils erheblicher methodischer Kritik ausgesetzt ist, ebneten die Autoren den Weg für eine neue Sichtweise in der politischen Partizipations- und Kulturforschung (vgl. Mohrenberg 2006: 121 f.). Das politische Potenzial sozialer Netzwerke wurde schließlich Ende des 20. Jahrhunderts insbesondere von Verba et al. (1995) und Putnam (1993, 2000) im Rahmen der vormalig diskutierten Konzepte *Civic Voluntarism Model* und *Sozialkapital* aufgegriffen (vgl. Abschnitte 2.3, 2.4). Speziell letzteres hat die heutige Netzwerkforschung in Reichweite, Methodik und Einfluss nachdrücklich stimuliert.

Diese Untersuchung schließt an den politischen Wert sozialer Netzwerke an, erweitert den Bezugsrahmen jedoch um eine Ressourcenperspektive. Wie vormalig dargelegt, wurde die Rückführung sozialer Einbindungen auf sozioökonomische Statusvariablen bislang nur unzureichend behandelt, wobei es den dargelegten Ansätzen an einem systematischen und theoretisch ausdifferenzierten Bezug auf jene Ressourcen im Kontext politisch relevanter Netzwerke mangelt. Angelehnt an die Ausführungen Bourdieus wird in dieser Arbeit nun angenommen, dass die individuelle Kapitalausstattung der Netzwerkeinbettung vorgelagert ist, die sozioökonomischen Ressourcen demnach die Quantität wie Qualität sozialkapitalrelevanter Beziehungen beeinflussen. Unter dieser Prämisse soll die politische Passivität statusschwacher Personengruppen erklärbar werden. Folglich wird erstens erwartet, dass bestimmte Personen aufgrund eines begrenzten

Kapitalvolumens nur wenig Sozialkapital akkumulieren, wodurch ihnen zweitens der Zugang zu wesentlichen partizipationsbezogenen Mechanismen sozialer Einbindungen versperrt bleibt, was sich drittens in einer geringen politischen Teilhabe äußert. In dieser Perspektive bilden die sozialen Netzwerke sonach einen *missing link*, eine theoretische Erklärungsgröße für den empirisch unbestreitbaren Zusammenhang zwischen sozioökonomischen Ressourcen und politischer Partizipation. Die erwartete Beziehung zwischen den drei Komponenten lässt sich ferner als eine Erweiterung des *Matthäus-Effektes*, der insbesondere in der sozialen Netzwerkforschung einen Stellenwert erlangt hat, interpretieren: Wer auf Grundlage individueller Ressourcen sozialen Erfolg hat, wird auch politischen Erfolg haben<sup>1</sup>. Die grundlegende Forschungsperspektive zusammenfassend wird für diese Untersuchung folgende Forschungsfrage formuliert: *Inwieweit erklärt die Einbindung in formelle und informelle soziale Netzwerke die differenzielle politische Beteiligung sozioökonomischer Statusgruppen?*

Die Arbeit fokussiert entsprechend nicht nur die Aufdeckung empirischer Zusammenhänge, sondern explizit auch deren theoretische Begründung. Zu diesem Zweck werden im weiteren Verlauf dieses Kapitels theoretische Erklärungsstrategien ausgearbeitet, die gemeinsam mit den Erkenntnissen aus dem aktuellen Forschungsstand in das empirische Untersuchungsmodell einfließen. Auf dieser Basis soll ein umfassender Beitrag um den Wert sozialer Netzwerke und politisch relevanten Sozialkapitals geleistet werden. Aufgrund der Vieldeutigkeit der zentralen Konzepte werden diese zunächst einer zweckgebundenen Eingrenzung unterzogen.

---

## 3.2 Präzisierung zentraler Begriffe

Im Mittelpunkt dieser Untersuchung stehen die Begriffe *Sozialkapital* und *soziale Netzwerke*, welche nunmehr seit Jahrzehnten relevante Größen in vielfältigen wissenschaftlichen Disziplinen abbilden und in den unterschiedlichsten Feldern thematisiert werden. Dennoch, oder vielmehr deswegen, existieren für beide Konzepte weder allgemeingültige Definitionen noch wissenschaftlich einheitliche Konventionen über ihren Gebrauch. Damit im weiteren Verlauf Klarheit über

---

<sup>1</sup> Der *Matthäus-Effekt* beschreibt grundlegend die Beobachtung, dass sich Erfolge stets an frühere Erfolge anschließen. Dieses Phänomen basiert auf dem Konzept von Merton (1968), der mit ihm reputationsbasierte Erfolge in der Wissenschaft beschreibt. Demnach werden bereits anerkannte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in ihren Publikationen weitaus häufiger und positiver wahrgenommen als weniger gewürdigte, woraus in der Folge weitere Anerkennung resultiert.

deren Verwendung besteht, werden die Begriffe im Folgenden für die Zwecke dieser Arbeit präzisiert. Diese Eingrenzung baut auf den vorherigen theoretischen Darstellungen auf und korrespondiert mit den grundlegenden Forschungszielen, erhebt aber keinen Anspruch auf Universalität.

### 3.2.1 Sozialkapital

Der Begriff des sozialen Kapitals wird im Wesentlichen entlang der Konzeption von Putnam verwendet, die einen direkten Bezug zum Themenfeld der politischen Beteiligung bereithält. An seinem Entwurf sind jedoch zwei wesentliche Konkretisierungen definitorischer und methodischer Art vorzunehmen.

Definitorisch ist Sozialkapital bei Putnam entweder als multidimensionales Konzept zu verstehen, das unter den Sammelbegriff des sozialen Kapitals alle möglichen Dimensionen fasst, oder aber als Konzept, in dem die sozialen Netzwerke den übrigen Dimensionen strukturell vorgelagert sind. In der zweiten Auffassung wird Sozialkapital definiert als „connections among individuals – social networks and the norms of reciprocity and trustworthiness that arise from them“ (Putnam 2000: 19). Dies impliziert weiter eine konzeptuelle Trennung der einzelnen Bestandteile. Tatsächlich existieren Hinweise dafür, dass „sich die theoretisch unterscheidbaren Komponenten auch empirisch sehr deutlich unterscheiden“ (Franzen/Pointner 2007: 86). Dieses Argument aufgreifend wird im Folgenden auf die hier dargelegte Definition Bezug genommen und eine terminologische Differenzierung der Einzelelemente angestrebt. Der Begriff Sozialkapital wird schließlich für die sozialen Netzwerke reserviert, innerhalb derer kulturelle Elemente wie Reziprozität und Vertrauen generiert werden können.<sup>2</sup>

Erste Präzisierung: *Sozialkapital besteht aus sozialen Netzwerken, welche die Ausbildung von Reziprozitätsnormen und Vertrauen ermöglichen.*

Methodisch ist des Weiteren eine Konkretisierung der von Putnam verwendeten Analyseebenen vorzunehmen. In Abhängigkeit des spezifischen Untersuchungsziels versteht er Sozialkapital entweder als individuelles oder als kollektives Gut, welches entweder privaten oder öffentlichen Nutzen stiftet (vgl. Putnam 2000: 20). Eine solche Durchmischung der gesellschaftlichen Ebenen hat jedoch analytische Uneindeutigkeiten zur Folge und birgt das Potenzial für vielfältige Fehlinterpretationen. Notwendige konzeptionelle Klarheit liefert an dieser Stelle

---

<sup>2</sup> Als Konsequenz dieser Entscheidung werden die Begriffe Sozialkapital und soziale Netzwerke im weiteren Verlauf dieser Arbeit weitestgehend synonym behandelt.

Essers differenziertere Betrachtung sozialen Kapitals, das er in die Teilbegriffe *Beziehungs-* und *Systemkapital* zergliedert. Während das Systemkapital „ganz von den einzelnen Akteuren abgelöst“ ist und als öffentliches Gut der Makroebene definiert wird (Esser 2000: 256), handelt es sich bei dem Beziehungskapital um eine persönliche Ressource der Mikroebene, auf die eine Person über ihre „unmittelbaren und mittelbaren Beziehungen zu anderen individuellen Akteuren zugreifen kann“ (ebd.: 242). In aggregierter Form kann auch Beziehungskapital externe Effekte bereitstellen, ist dabei aber vom Systemkapital zu unterscheiden. Analog zum Beziehungskapital wird Sozialkapital im Folgenden als individuelle Handlungsressource mit privatem Nutzen aufgefasst, wobei jedoch immer die Möglichkeit der Aggregation in größeren sozialen Kontexten, wie einem Wohngebiet, mitgedacht ist (vgl. Koob 2007: 263).

Zweite Präzisierung: *Sozialkapital ist eine individuelle Ressource, die interne und in aggregierter Form auch externe Effekte erzeugen kann.*<sup>3</sup>

Zusammenfassend wird Sozialkapital in dieser Untersuchung als individuelle Ressource verstanden, die auf der Netzwerkeinbettung einer Person basiert. Die sozialen Netzwerke bilden weiter die strukturelle Grundlage zur Ausbildung von Normen und Vertrauen als kulturelle Dimensionen sozialen Kapitals. Obgleich Sozialkapital primär internen Nutzen stiftet, kann sich dieser auch auf einen größeren sozialen Kontext ausdehnen.

### 3.2.2 Soziale Netzwerke

Soziale Netzwerke bezeichnen entweder personale Beziehungsstrukturen oder einen „spezifischen Koordinationsmodus gesellschaftlicher und politischer Interaktion“ (Marx 2010: 96). Während der Fokus in erster Lesart auf zwischenmenschlichen Beziehungen liegt, sind mit der zweiten Herangehensweise auch Beziehungen zu Organisationen oder Institutionen impliziert. Da sich diese Untersuchung ausschließlich auf miteinander agierende Personen konzentriert, wird unter sozialen Netzwerken zunächst allgemein das „Gesamt an sozialen Beziehungen zwischen einer definierten Menge von Personen“ verstanden (Röhrle

---

<sup>3</sup> Da Sozialkapital individuelle Handlungen ermöglicht, wird es entsprechend als Ressource definiert. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass es konzeptionell von den sozioökonomischen Ressourcen zu unterscheiden ist. Wie in Abschnitt 3.1 dargelegt, wird erwartet, dass letztere dem Sozialkapital vorgelagert sind und somit den individuellen Bestand an sozialem Kapital beeinflussen.

1994: 1). Von Interesse sind dabei ausschließlich Beziehungen, die auf freiwilliger Basis und nicht als Resultat jedweden Zwangs geschlossen werden. Aus den spezifischen Beziehungsgeflechten lassen sich weiter Aussagen über das soziale Handeln der betreffenden Personen und die Strukturen ihrer sozialen Welt ableiten (vgl. Marx 2010: 97; Mitchell 1969: 2).<sup>4</sup>

Erste Präzisierung: *Soziale Netzwerke bestehen aus freiwilligen Beziehungen zwischen einer angebbaren Anzahl an Personen.*

Im Alltag sind Personen gewöhnlich in zahlreiche Netzwerke eingebettet, die entweder formal organisiert sind oder informellen Charakter besitzen (vgl. Marx 2010: 97). In empirischen Untersuchungen stehen meist institutionalisierte Formen sozialer Einbindung im Zentrum, weil diese im Vergleich zu informellen Beziehungskonstellationen stabiler, strukturierter, verpflichtender, weniger zahlreich und somit insgesamt besser erfass- und messbar sind (vgl. Bühlmann/Freitag 2004: 329 f.; Gabriel et al. 2002: 39; Newton 1999: 10; Putnam/Goss 2001: 25). Allerdings kommt auch den persönlichen und direkten Beziehungen eine zentrale Bedeutung zu: „In the first place they are the very substance of society – its basic woven fabric“ (Newton 1999: 10; vgl. auch Putnam 2000: 95). Tatsächlich werden durch die Konzentration auf formelle Mitgliedschaften relevante Aspekte sozialer Einbettung vernachlässigt und die gesellschaftliche Einbindung von Personen systematisch unterschätzt. Im Folgenden wird der Tatsache Rechnung getragen, dass soziale Integration nicht nur in formellen Assoziationen, sondern in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen stattfinden kann (vgl. Abendschön 2013: 103; Putnam/Goss 2001: 25). Dabei werden unter formellen Beziehungen sämtliche Bindungen gefasst, die auf Mitgliedschaften in Vereinen, Verbänden oder Organisationen beruhen, wohingegen informelle Beziehungen persönliche Bindungen in familiären oder freundschaftlichen, beruflichen oder privaten Kontexten abbilden (vgl. Abschnitt 2.4.5).

Zweite Präzisierung: *Soziale Netzwerke bestehen aus formellen und informellen Beziehungen zwischen Menschen.*

Mit dem Einbezug alltäglicher und nicht-organisierter Beziehungen sind nun theoretisch sämtliche Kontakte zwischen Menschen unter dem Stichwort sozialer Netzwerke zu summieren. Da eine solch allumfassende Konzeption allerdings

---

<sup>4</sup>Nach Weber soll eine soziale Beziehung als „ein seinem Sinngehalt nach aufeinander gegenseitig *eingestelltes* und dadurch orientiertes Sichverhalten mehrerer [sic!] heißen. Die soziale Beziehung *besteht* also durchaus und ganz ausschließlich: in der *Chance*, daß [sic!] in einer (sinnhaft) angebbaren Art sozial gehandelt wird, einerlei zunächst: worauf diese Chance beruht“ (Weber 2010 [1922]: 19; Herv. im Orig.).

wenig zweckdienlich wäre, wird dem Begriff im Weiteren eine gewisse zeitliche Stabilität unterstellt. Somit bilden zufällige und willkürliche (Groß-) Bekanntschaften wie nicht wiederkehrende Zusammentreffen zwischen Menschen keinen Teil der Begriffsauslegung (vgl. Gabriel et al. 2002: 39; Marx 2010: 97).

Dritte Präzisierung: *Soziale Netzwerke bestehen aus zeitlich relevanten Beziehungen zwischen Menschen.*

Darüber hinaus werden mit dem Begriff der sozialen Netzwerke seit einigen Jahren verstärkt Internetplattformen wie *Facebook* oder *Twitter* assoziiert, auf denen die Beteiligten miteinander kommunizieren und interagieren. Diese Untersuchung beschäftigt sich jedoch ausschließlich mit physischen, nicht-digitalen Beziehungen zwischen Menschen, sodass Online-Netzwerke keine Berücksichtigung in dieser Netzwerkkonzeption finden.

Vierte Präzisierung: *Soziale Netzwerke bestehen aus nicht-digitalen Beziehungen zwischen Menschen.*

Zusammenfassend werden soziale Netzwerke als abgrenzbare Gruppe von Personen verstanden, die miteinander in Beziehung stehen. Diese Beziehungen werden auf freiwilliger Basis im Rahmen formeller oder informeller Bezugskontexte geschlossen. Sofern der Kontakt nicht nur einmalig oder sehr kurzlebig stattfindet, sind Dauer und Regelmäßigkeit persönlicher Treffen ebenso wenig von Relevanz wie Inhalt, Ziel, Zweck oder Eigenschaft der Beziehung. Ferner sind mit dem Begriff keine Angaben über hierarchische oder machtbezogene Verhältnisse innerhalb der sozialen Beziehung impliziert. Nachfolgend werden die sozialen Netzwerke in der aktuellen empirischen Auseinandersetzung betrachtet.

---

### 3.3 Empirischer Forschungsstand

Der aktuelle Forschungsstand über soziale Netzwerke wird zunächst im Zusammenhang zur politischen Partizipation diskutiert. Beeinflusst vom Tocquevillischen Grundgedanken und angelehnt an die Ergebnisse von Verba, Schlozman und Brady (1995) sowie Putnam (1993, 2000) existiert inzwischen eine nicht unerhebliche Zahl empirischer Studien über die politische Relevanz sozialer Einbindungen. Wie in Abschnitt 3.1 herausgestellt, wird darin aber mehrheitlich kein direkter Bezug zum sozioökonomischen Status hergestellt. Daher erfolgt im Anschluss ein Überblick über empirische Untersuchungen im Bereich ressourcenbedingter Netzwerkeinbettung. Die Diskussion des Forschungsstandes

soll relevante Positionen aber auch Grenzen der aktuellen Auseinandersetzung aufzeigen, die schließlich in das empirische Untersuchungsmodell einfließen.<sup>5</sup>

### 3.3.1 Soziale Netzwerke und politische Partizipation

Die überwiegende Mehrheit der Untersuchungen über partizipationsrelevante Netzwerke konzentriert sich einseitig auf formelle oder informelle Netzwerkeinbettungen. Dementsprechend verläuft auch die Erörterung des empirischen Forschungsstandes differenziert nach diesem Kriterium.

#### Formelle Netzwerke und politische Partizipation

Mitgliedschaften in Vereinen, Organisationen oder Verbänden<sup>6</sup> stellen regelmäßige und meist dauerhafte soziale Beziehungsgeflechte dar, die für Putnam (1993: 90) herausragende Kontexte zum Erlernen von Kooperation, Kommunikation sowie partizipationsrelevanter Werte und Normen darstellen. In diesem Sinne ist anzunehmen, dass jene Mitgliedschaften die politische Partizipationswahrscheinlichkeit einer Person befördern. Tatsächlich ist ein solcher Zusammenhang mittlerweile für zahlreiche Länder und unterschiedliche Personengruppen nachgewiesen, wobei die Stärke der Effekte jedoch in Abhängigkeit des Institutionstypus, der Mitgliederstruktur sowie weiterer Mitgliedermerkmale variiert.

Eines dieser Merkmale ist das Niveau der *Vereinsaktivität*, wobei Putnam (2000: 58) betont, dass „not merely nominal membership, but active and involved membership“ eine Relevanz zuzuschreiben ist. Diese Sichtweise bestätigen Kunz und Gabriel (2000: 62 f., 68) anhand der Analyse unterschiedlicher Freiwilligenorganisationen. Während eine Mitgliedschaft zwar grundsätzlich die politische Teilhabe einer Person begünstigt, ist eine aktive Mitgliederrolle in diesem Zusammenhang als besonders vorteilhaft hervorzuheben. Auch Terriquez (2011: 597) differenziert zwischen aktiven und passiven Mitgliedern einer US-amerikanischen Gewerkschaft und belegt, dass erst ein gewisser Grad an Aktivität die Entwicklung von civic skills und damit die politische Teilhabe befördert. In diesem Sinne charakterisiert sie aktive Personen schließlich als selbstbewusster und eher

---

<sup>5</sup> Der positive Zusammenhang zwischen sozioökonomischen Ressourcen und politischer Partizipation gilt mittlerweile als empirisches Faktum, weshalb dieser hier nicht detailliert dargelegt wird (vgl. Abschnitte 2.1.4, 2.2.1, 2.3.1).

<sup>6</sup> Sofern nicht anders gekennzeichnet, werden diese institutionellen Einbindungen im Folgenden synonym behandelt.

befähigt, ihre Interessen zu formulieren und zu artikulieren als passive Mitglieder. Vergleichbare Zusammenhänge weist Teorell (2003: 62) für die Mitglieder schwedischer Freiwilligenorganisationen nach und führt die politische Teilhabe der aktiven Mitglieder gleichermaßen auf die vereinsinduzierte Kultivierung partizipationsrelevanter Werte zurück. Darüber hinaus belegt er jedoch zusätzlich ein höheres politisches Beteiligungsniveau der passiven Mitglieder im Vergleich zu den Nichtmitgliedern, das er auf das Rekrutierungspotenzial formeller Assoziationen zurückführt. Diese Befunde bestätigen demnach nicht nur die Funktion sozialer Netzwerke als politische Sozialisations- und Rekrutierungsinstanzen, sondern relativieren zudem eine allzu hohe Bedeutung aktiver Mitgliedschaften. Da Partizipationsanfragen und -aufforderungen auch weniger stark eingebundene Mitglieder erreichen, können ebenso passive Personen von einer Vereinsmitgliedschaft profitieren. Noch deutlicher finden Wollebæk und Selle (2002, 2003) in Norwegen keine bemerkenswerten Unterschiede zwischen aktiven und passiven Mitgliedern, sodass sie Freiwilligenorganisationen schließlich allgemein „as networks of political influence, even for those not actively involved“ beschreiben (Wollebæk/Selle 2002: 57).

In Bezug auf den *Vereinstypus* heben verschiedene Untersuchungen die Bedeutung politisch orientierter Vereine auf die individuelle Wahlbeteiligung beziehungsweise die allgemeine politische Partizipation hervor (vgl. Freitag 2005: 686, 2010: 440; Freitag/Stadelmann-Steffen 2010: 440; Schulz/Bailer 2012: 13). Jedoch sind solche Mitgliedschaften zum einen bereits selbst als politische Beteiligung zu werten, zum anderen ist fraglich, inwieweit diese Zusammenhänge als Wirkungen sozialer Netzwerke zu interpretieren sind. Die Existenz von Selbstselektionseffekten ist an dieser Stelle wahrscheinlich und im weiteren Verlauf dieses Abschnittes anknüpfend zu diskutieren (vgl. zum Überblick Hooghe 2003; Quintelier 2013). Darüber hinaus stellen weitere empirische Untersuchungen die Relevanz einer politischen Vereinsausrichtung generell infrage. So belegen Stolle und Rochon (1998: 61) anhand von Umfragedaten aus den USA, Deutschland und Schweden eine positive Assoziation zwischen politischer Aktivität und sämtlichen Formen von Freiwilligenorganisationen. Gleichermäßen finden Wollebæk und Selle in zwei empirischen Untersuchungen keine signifikanten Unterschiede zwischen den Politisierungspotenzialen politischer und nicht-politischer Organisationstypen. Am vorteilhaftesten für soziales und politisches Engagement sei schlussendlich aber die Mitgliedschaft in *beiden* Typen (vgl. Wollebæk/Selle 2002: 54, 2003: 84). Indes betonen Putnam (1993, 2000) sowie Verba, Schlozman und Brady (1995) ausdrücklich den Wert nicht-politischer Vereinigungen, die unabhängig der spezifischen Vereinsziele die politische Teilhabe einer Person anheben. Empirisch untermauert wird diese Einschätzung von Erlach (2005: 42 f.)

anhand der Häufigkeit politischer Diskussionen, die bei Mitgliedern sämtlicher nicht-politischer Vereine grundsätzlich höher ausfällt als bei Nichtmitgliedern. Dementgegen ermitteln Gabriel et al. (2002: 211) differierende Politisierungsmöglichkeiten in Abhängigkeit der jeweiligen Vereinsausrichtung. Im Gegensatz zu interessenbasierten und karitativ ausgerichteten Organisationen haben Sportvereine keinerlei Auswirkungen auf die Unterstützung des politischen Systems oder der demokratischen Institutionen durch ihre Mitglieder. Vergleichbar bestätigen Alexander et al. (2012: 54 f.) sowie Schulz und Bailer (2012: 13) eine stärker politisierende Wirkung interessenbasierter im Vergleich zu freizeitorientierten Gruppierungen.

Ein weiteres Merkmal institutionalisierter sozialer Integration betrifft die *Anzahl* an Vereinsmitgliedschaften. Im empirischen Diskurs besteht weitestgehend Einigkeit darüber, dass die politische Aktivität einer Person mit der Zahl ihrer Mitgliedschaften zunimmt (vgl. Kunz/Gabriel 2000: 63). Darüber hinaus belegen sowohl Alexander et al. (2012: 55) als auch Wollebæk und Strømsnes (2008: 249, 259), dass die Quantität sogar einen entscheidenderen Einfluss auf die individuelle Partizipationsentscheidung ausübt als der Grad der Aktivität und Intensität. Besonders positiv für die politische Teilhabe sei überdies das Engagement in mehreren Vereinen unterschiedlicher Ausrichtung, da unter diesen Bedingungen die Wahrscheinlichkeit besonders hoch ist, in Kontakt zu unterschiedlichen Aufgaben und Personengruppen und somit heterogenen Meinungen und Interessen zu kommen. Im Weiteren belegen mehrere empirische Untersuchungen einen positiven Zusammenhang zwischen multiplen Vereinsmitgliedschaften und politischem Interesse, sozialer und politischer Toleranz sowie dem sozialen Vertrauen (vgl. Coffé/Geys 2007: 401; Quintelier 2013: 186; Wollebæk/Selle 2002: 54, 2003: 84). Damit bestätigen neuere empirische Studien einen kumulativen Effekt institutionalisierter Mitgliedschaften, den Almond und Verba (1963: 320) bereits vor rund fünf Jahrzehnten proklamiert haben: „[M]embership in one organization increases an individual's sense of political competence, and membership in more than one organization leads to even greater competence“.

Über die reine Anzahl an Vereinsmitgliedschaften hinausgehend unterscheidet Paxton (2002: 270 f.) in einem internationalen Vergleich zwischen *isolierenden* (u. a. Gewerkschaften, religiöse Vereine) und *verbindenden* (u. a. soziale und kulturelle Gruppierungen) Vereinstypen, wobei sie sich explizit an Putnams Differenzierung bindender und brückenbildender Netzwerke orientiert (vgl. Putnam 2000: 22; Abschnitt 2.4.5). Übereinstimmend mit Putnam weist sie im Weiteren einen positiven Einfluss brückenbildender respektive verbindender Vereinigungen auf die Demokratie eines Landes nach, während abgrenzende Assoziationen tendenziell negative Effekte ausüben. Insgesamt zeichnet sie jedoch kein allzu

optimistisches Bild über den Zusammenhang zwischen Sozialkapital und Demokratie, für den es insgesamt nur wenige empirische Belege gebe (vgl. Paxton 2002: 254). Die positiven Wirkungen brückenbildender Vereinigungen bekräftigen indes Coffé und Geys (2007: 401) in einer belgischen Studie, indem sie zeigen, dass sich die Mitglieder dieser Vereine hinsichtlich sozialer wie politischer Haltungen von den Mitgliedern bindender Vereine unterscheiden. Zusammenfassend offenbaren sich in ihrer Untersuchung keinerlei Verknüpfungen zwischen der Mitgliedschaft in bindenden Assoziationen und der Kultivierung staatsbürgerlicher Einstellungen. Nakhaie (2008: 854) charakterisiert in einer kanadischen Studie zwar grundsätzlich beide Arten des Sozialkapitals als positive Prädiktoren der politischen Partizipation, stellt jedoch ebenfalls brückenbildende Netzwerke ins Zentrum. Diese sind in besonderem Maße zur Verbreitung politischer Informationen und zum Aufbau interpersonalen Vertrauens geeignet, sodass politische Aktivitäten ermöglicht werden.

Insgesamt existiert eine relativ große Bandbreite empirischer Studien, die zumeist positive Zusammenhänge zwischen formaler Netzwerkeinbindung und politischer Beteiligung berichten. Allerdings offenbaren sich je nach Land, Methode, Datenbasis und Operationalisierung zum Teil widersprüchliche Befunde und einige Untersuchungen verweisen zudem auf die Existenz von Selbstselektionseffekten. Demnach steigert die Vereinstätigkeit nicht die politische Beteiligung, sondern Vereine bilden vielmehr ein Sammelbecken für politisch ohnehin Interessierte. Bislang existiert noch kein abschließendes Urteil über die Verbreitung von Selbstselektionseffekten; denkbar ist außerdem, dass sowohl Sozialisations- als auch Selbstselektionseffekte existieren, die miteinander interagieren (vgl. Erlach 2005; van der Meer/van Ingen 2009; Quintelier 2013; Hooghe 2003). Vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit wird zudem der Frage gewidmet, ob eine Vereinsmitgliedschaft alle Formen politischer Beteiligung gleichermaßen positiv beeinflusst. Erste Befunde deuten an, dass besonders legale und organisationsbezogene Partizipationsformen sowie nicht-individuelle politische Aktivitäten von einer Vereinseinbindung profitieren (vgl. Gabriel/Völkl 2008: 292; Kunz/Gabriel 2000: 63 ff.; Steinbrecher 2009: 70 f.).

#### Informelle Netzwerke und politische Partizipation

Im Vergleich zur formellen Integration ist die empirische Datenlage im Bereich informeller Netzwerkeinbindung und politischer Partizipation relativ begrenzt. So stellen verhältnismäßig wenig Forschende persönliche Beziehungskonstellationen ins Zentrum ihrer Analysen, wodurch eine wichtige Form sozialer Eingebundenheit weitestgehend ausgeblendet wird.

Die Bedeutung informeller Netzwerke akzentuieren Gabriel und Völkl (2008: 277 f., 293) im Rahmen einer europaweiten Studie, die sich neben der formalen Mitgliedschaft in Freiwilligenorganisationen auch auf informelle soziale Hilfeleistungen konzentriert. Letztere sind in Europa im Allgemeinen weiter verbreitet als das formelle soziale Engagement und bilden zudem einen wesentlichen Aspekt traditioneller Partizipation und vor allem politischer Protestaktivitäten ab. Im Zusammenhang mit politischen Rekrutierungsprozessen belegen Verba et al. (1995: 144 f.) des Weiteren eine höhere Quantität politischer Partizipationseinladungen aus informellen denn formellen Netzwerken. Während sie jedoch deren Erfolgswahrscheinlichkeit als etwa gleich hoch bewerten, räumt Teorell (2003: 61) politischen Aufforderungen aus dem Familien-, Freundes- oder Nachbarschaftskreis sogar eine höhere Erfolgsaussicht ein.

La Due Lake und Huckfeldt (1998: 581) fokussieren ferner die Entstehung politisch relevanten Sozialkapitals und akzentuieren, dass dieses nicht etwa in institutionalisierten Kontexten gebildet wird, sondern „is indeed generated in personal networks; that it is a by-product of the social interactions with a citizen's discussants“. Der alltägliche und informelle Austausch über politische Inhalte steigert die individuelle Expertise, die wiederum eine politische Aktivität wahrscheinlicher macht (vgl. Abschnitt 2.3). Politische Diskussionen im Rahmen sozialer Netzwerke und ihr Einfluss auf die politische Partizipation stehen ebenfalls in einer japanischen Studie von Ikeda und Richey (2005: 256) im Fokus. Ihrer Argumentation folgend sind horizontale informelle Netzwerke, die sich durch eine besondere Nähe und persönliche Bekanntheit auszeichnen, hervorragend zum politischen Meinungs-austausch und der Verbreitung relevanter Informationen geeignet. Während größere Vereins- oder Organisationskontexte Hemmungen verursachen können, über meinungsbildende Themen zu diskutieren, verlieren sich diese im persönlichen Umfeld. Die Tendenz, sich bei der Konfrontation mit andersartigen Meinungen aus öffentlichen Debatten herauszuhalten, ist hinreichend belegt und eine der Hauptannahmen der Schweigespirale der Kommunikationswissenschaftlerin Noelle-Neumann (vgl. Noelle-Neumann 1993; Scheufele/Eveland 2000: 27 f.). Anders als das institutionalisierte Vereinsumfeld schafft die alltägliche Konversation somit „an opportunity to cultivate political opinions, and thus forms one of the essential starting points for civic life“ (Ikeda/Richey 2005: 243).

Im Weiteren existieren einige empirische Hinweise darauf, dass die partizipationssteigernden Wirkungen informeller Netzwerke von quantitativen sowie spezifischen qualitativen Merkmalen abhängen. Intuitiv plausibel wirkt das Argument, dass mit der *Größe* sozialer Netzwerke auch die Möglichkeiten der individuellen Politisierung steigen. Unter der Prämisse, dass mit der Größe auch

die Offenheit sozialer Netzwerke zunimmt, existieren in größeren Netzwerken neben starken auch schwache Bindungen. Insbesondere letztere offerieren einer Person heterogene Ansichten, Meinungen und politische Informationen, die über das eigene Wissen hinausgehen (vgl. Granovetter 1973). Da politisches Wissen und die Expertise sowohl individuelle Kosten und Hürden einer politischen Beteiligung senken als auch zu einer Aktivität motivieren, stehen große Netzwerke grundsätzlich in einem Positivverhältnis zur politischen Beteiligung (vgl. La Due Lake/Huckfeldt 1998: 573, 582). Daneben belegen Scheufele et al. (2004: 321, 332) eine hohe Relevanz der *sozialstrukturellen Zusammensetzung* sozialer Netzwerke, wobei sie heterogenen Netzwerken einen besonderen Stellenwert einräumen. Da diese die Konstituierung unterschiedlicher Meinungsbilder und die individuelle Kompromissbereitschaft fördern, darüber hinaus Diskussionsmöglichkeiten vervielfältigen und nichtredundante Informationen vermitteln, wird die kognitive Aktivität insgesamt stärker angeregt als in homogenen Beziehungsnetzwerken. Auf dieser Basis resümieren sie prägnant, dass „it is these types of exchanges that are the soul of democracy and that ultimately enable and motivate individuals to become more knowledgeable and participatory citizens“ (ebd.: 332).

Zusammenfassend lässt sich anhand des empirischen Forschungsstandes ein durchaus positiver Einfluss der sozialen Integration auf die politische Partizipation aufzeigen. Dies gilt in besonderem Maße für die formelle Netzwerkeinbindung, wenngleich empirische Studien kein einheitliches Bild zeichnen und teils unterschiedliche Faktoren herausheben. Auch informellen Netzwerken wird ein grundlegendes Politisierungspotenzial eingeräumt, wobei ihr Wert primär in der Verbreitung politischer Informationen, der politischen Rekrutierung und Mobilisierung sowie der politischen Meinungsbildung liegt. Allerdings existieren derzeit vergleichsweise wenige systematische Untersuchungen in diesem Bereich, sodass Putnam und Goss (2001: 26) mit Blick auf die Möglichkeiten persönlicher Netzwerke konstatieren, dass „die Entwicklung neuer Methoden zur Identifizierung und Messung des informellen Sozialkapitals (...) hohe Priorität“ besitzt.

### **3.3.2 Sozioökonomische Ressourcen und soziale Netzwerke**

Der empirische Forschungsüberblick über den Zusammenhang zwischen sozioökonomischen Ressourcen und sozialer Integration erfolgt aus Gründen der Übersichtlichkeit ebenfalls getrennt nach formeller und informeller Netzwerkeinbindung.

### Sozioökonomische Ressourcen und formelle Netzwerke

Der Großteil empirischer Studien um den Zusammenhang zwischen Vereinsmitgliedschaften und sozioökonomischen Ressourcen beschreibt eine positive Assoziation dieser Größen. So kommen Li et al. (2003: 519) in einer Längsschnittstudie in Wales und England zu dem grundlegenden Ergebnis, dass „people in higher socio-cultural positions are more likely to take part in civic associations“, wobei diese mit Angehörigen der Arbeiterklasse und formal gering Gebildeten verglichen werden. Letzteren ist aufgrund ihrer geringen Beteiligung in institutionalisierten Organisationen somit der Zugang zu formellem Sozialkapital weitestgehend entzogen (vgl. ebd.: 506).

Analog zu diesen Befunden wird in der empirischen Forschung mehrheitlich auf die Ressourcen Bildung, Einkommen und Berufsstatus Bezug genommen, wobei insbesondere ein positiver Einfluss der *Formalbildung* vielfach belegt ist. Die Forschungsergebnisse zusammenfassend steigert eine hohe Bildung im Allgemeinen die Organisationsfreude, die Empathiefähigkeit sowie das Problem- und Selbstbewusstsein einer Person, was sich wiederum in einem höheren Sozialvermögen in Form formeller Mitgliedschaften bemerkbar macht (vgl. Bekkers 2005: 445 ff.; Bühlmann/Freitag 2004: 339; Freitag 2001: 97; McPherson/Rotolo 1996; Wilson 2000: 220). Darüber hinaus dokumentiert Freeman (1997: 159 ff., 162 f.) einen positiven Zusammenhang zwischen der Formalbildung einer Person und ihrer Wahrscheinlichkeit, von anderen Personen zu einer sozialen Teilhabe aufgefordert zu werden. Die soziale Rekrutierung bildet ihrerseits einen Erklärungsfaktor für die höhere soziale Partizipation jener Personengruppen. Zusammenfassend stellt die Formalbildung gemäß Wilson (2000: 220) „the most consistent predictor of volunteering“ dar.

Auch in Bezug auf das *Einkommen* werden überwiegend positive Befunde im Zusammenhang mit einer Vereinstätigkeit berichtet. Während Freitag (2001: 97) für die Schweiz der Bildung vergleichbare Einkommenseffekte nachweist, zeigt Freeman (1997: 152 ff.), dass die Wahrscheinlichkeit sozialen Engagements zwar mit dem Einkommen steigt, die für diese Tätigkeit individuell aufgewendeten Stunden aber parallel sinken. Aufgrund des geringeren Freizeitbudgets statushoher Personen und der sonach hohen Opportunitätskosten einer Vereinstätigkeit verlagert sich ihr soziales Engagement von einer aktiven Teilhabe auf nominale und spendenbezogene Mitgliedschaften (vgl. Abschnitt 2.3.1). Bekkers (2005: 446) findet indes keine Bestätigung für diese Beziehungen und belegt grundsätzlich, dass sich höhere Gehälter nicht nachteilig auf eine soziale Partizipation und deren zeitliche Komponente auswirken. Zudem gelten einkommensstarke Personen als besonders attraktiv für eine formelle Beteiligung, sodass sie im Durchschnitt häufiger zu einer sozialen Teilhabe eingeladen werden als andere

Personengruppen. In einer Schweizer Studie beleuchten Bühlmann und Freitag (2004: 339) des Weiteren materielle Ressourcen, die sie über den Hausbesitz operationalisieren, und weisen für dieses Merkmal ebenfalls positive Effekte auf die Wahrscheinlichkeit einer Vereinsmitgliedschaft nach. Nicht festzustellen sind anhand ihrer Daten indes Zusammenhänge zum *beruflichen Status*. Diesbezüglich können andere empirische Studien aber durchaus eine positive Beziehung zwischen Freiwilligenengagement und einer hohen beruflichen Qualifizierung, die mit spezifischen Wissensvorräten einhergeht, aufzeigen. So beteiligen sich primär Personen, die aufgrund ihrer (Aus-)Bildung und Erwerbssituation überdurchschnittliche Qualifikationen mitbringen, in zivilgesellschaftlichen Organisationen (vgl. Bühlmann/Schmid 1999: 42; Freitag 2001: 97).

Neben Einkommens- und Bildungseinflüssen geht Bekkers (2005: 447) in einer niederländischen Studie zusätzlich auf die Kircheneinbindung ein, die ebenfalls positiv mit formellen Netzwerken, insbesondere der Mitgliedschaft in politischen Vereinigungen sowie multiplen Vereinsmitgliedschaften, assoziiert ist. Wenngleich die Religiosität keine sozioökonomische Ressource darstellt, ist sie dennoch Bestandteil vieler empirischer Studien in diesem Bereich und auch Putnam betont ihren besonderen Stellenwert für das Sozialkapital.<sup>7</sup> Hingegen ist die Bedeutung der Konfessionszugehörigkeit empirisch nicht eindeutig zu beurteilen. Einige Untersuchungen verweisen auf die liberale Tradition der protestantischen Kirche, die das Vereins- und Gemeinwesen fördert, wohingegen die hierarchisch organisierte katholische Kirche der Entwicklung horizontaler Beziehungen und zivilen Engagements tendenziell entgegenstehe (vgl. Curtis et al. 2001: 785 f.; Putnam 1993: 107; Verba et al. 1995: 245 f., 320 f.). Andere Studien unterstreichen indes den positiven Einfluss der katholischen Religionszugehörigkeit, die in besonderem Maße gemeinschaftliche Werte hervorbringt und so eine Vereinstätigkeit begünstigt (vgl. Offe/Fuchs 2001: 445). Gabriel et al. (2002: 115) finden ausgehend von der Kirchenbindung eindeutig positive Effekte auf die formelle Integration – und zwar unabhängig der jeweiligen Konfession. Des Weiteren existieren Hinweise darauf, dass die Religiosität womöglich weniger als individuelles denn als kontextbezogenes Merkmal zu betrachten ist, da die Kirche, etwa durch

---

<sup>7</sup> Anzumerken ist allerdings, dass er die Bedeutung der Religion durchaus ambivalent bewertet. Während er die organisierte Religionszugehörigkeit in seiner Italienstudie (1993: 107) noch als „an alternative to the civic community, not a part of it“ interpretiert, wertet er sie in der US-amerikanischen Untersuchung (2000: 66 f.) als entscheidende Quelle sozialen Kapitals und als Inkubator zivilen Engagements. Womöglich spielen hier die unterschiedlichen kulturellen sowie historischen Gegebenheiten der beiden Länder eine Rolle, die von Putnam jedoch nicht näher behandelt werden.

die Bereitstellung von Räumen, Gelegenheiten zu Vereinsaktivitäten offeriert (vgl. Offe/Fuchs 2001: 445).

Während sich der überwiegende Teil empirischer Studien mit der individuellen Teilhabe in Freiwilligenorganisationen befasst, beziehen Gabriel et al. (2002: 110 f.) außerdem freizeitbezogene Vereine in ihre Untersuchung ein und differenzieren drei Typen zivilgesellschaftlicher Assoziationen. Anhand von Daten des *World Values Survey* weisen sie schließlich nach, dass ein hoher sozialer Status (Bildung, Einkommen, Schicht) die Wahrscheinlichkeit einer Mitgliedschaft in einem Sportverein allgemein positiv beeinflusst. Ebenso ist eine Verknüpfung zu den verschiedenen Interessengruppen ableitbar, wobei sich vor allem eine Erwerbstätigkeit positiv und eine Nichtbeschäftigung negativ auswirken. Zmerli (2008: 62) bewertet diesen Befund als „wenig überraschend, reflektiert diese Form der Mitgliedschaft doch hauptsächlich Bedürfnisse, die sich an der persönlichen Erwerbstätigkeit orientieren“. Einzig in Bezug auf soziale und kulturelle Organisationen zeigen sich keine eindrucksvollen Zusammenhänge zwischen sozialem Status und sozialer Teilhabe (vgl. Gabriel et al. 2002: 115 ff.).

Zusammenfassend erscheint auf Basis der dargelegten Studien weitestgehend gesichert, dass sich Personen hohen sozialen Status häufiger in formell organisierten Vereinen engagieren als ressourcenschwache Personen. Mindestens in Bezug auf die klassischen Indikatoren (Bildung, Einkommen, Berufsstatus) besteht ein grundlegender Konsens, der auf eine positive Assoziation schließen lässt und sich zudem auf unterschiedliche Organisationstypen erstreckt.

### Sozioökonomische Ressourcen und informelle Netzwerke

Analog zu den Ausführungen im Bereich der politischen Partizipation ist die empirische Datenlage auch im Kontext informeller Netzwerke und sozioökonomischer Ressourcen allenfalls als dünn zu bezeichnen. Nichtsdestotrotz deuten einige empirische Studien auf eine positive Verknüpfung zwischen Ressourcen und persönlicher Vernetzung hin.

In Bezug auf die Größe informeller Netzwerke sind insbesondere für die Ressourcen *Bildung* und *Einkommen* signifikant positive Zusammenhänge belegt. So weist Andreß (1999: 141, 159) nach, dass ökonomisch schwache Verhältnisse häufig mit einer sozialen Isolation einhergehen. Die Betroffenen ziehen sich weitestgehend eigeninitiiert aus dem Großteil ihrer Sozialbeziehungen zurück, sodass ihre Netzwerke schließlich merklich kleiner als die anderer Personen ausfallen. Zusätzlich verstärkt eine anhaltende Arbeitslosigkeit den Rückzug ins Private und bedingt somit eine weitere Verengung der bereits kleinen Netzwerke (vgl. ebd.: 167; Blasius et al. 2008: 91 ff.; Häußermann 2003: 150). Diesbezüglich beschreibt Oevermann (1969: 305) eine fehlende Motivation jener Personen, neue Kontakte außerhalb des bekannten Netzwerkes zu knüpfen. Darüber hinaus offenbart

sich mit Blick auf die Reichweite informeller Netzwerke eine lokale Konzentration der Sozialkontakte unterer Statusgruppen. Die räumliche Ausgedehtheit der Netzwerke ist im unteren Einkommens- und Bildungsbereich sowohl in Bezug auf Verwandte als auch enge Freundschaften überaus gering, wobei die Arbeitslosigkeit wiederholt einen verstärkenden Faktor darstellt. Insbesondere geringe monetäre Ressourcen sowie eine schwache berufliche Mobilität beeinträchtigen die geografische Reichweite informeller Netzwerke immens (vgl. Andreß 1999: 169; Blasius et al. 2008: 94 f.; Häußermann 2003: 150). Auch Wilson (1987: 60) identifiziert soziale Isolationstendenzen bei Personen aus sozioökonomisch benachteiligten Wohnräumen, welche er als „the lack of contact or of sustained interaction with individuals and institutions that represent mainstream society“ definiert. Da er sich jedoch lediglich auf den afroamerikanischen Bevölkerungsteil Chicagos bezieht, ist eine Generalisierbarkeit dieser Befunde fraglich.

Grundsätzlich sind solche wortortnahen Kontakte als bindendes Sozialkapital und Beziehungen, die über das direkte räumliche Umfeld hinausgehen, als brückenbildendes Sozialkapital aufzufassen (vgl. Putnam 2000: 22 f.; Putnam/Goss 2001: 28; vgl. auch Woolcock/Narayan 2000). Mit dieser Differenzierung sind des Weiteren Unterschiede in der sozialen Zusammensetzung persönlicher Beziehungsnetzwerke verbunden, wobei in empirischen Studien wesentlich zwei Aspekte betrachtet werden. Zum einen belegen Andreß (1999: 167) und Blasius et al. (2008: 94) eine Verknüpfung des sozialen Status mit dem Anteil verwandtschaftlicher Beziehungen im Netzwerk. Während sich die Sozialbeziehungen sozioökonomisch schwächerer Personengruppen aus anteilig mehr Verwandten zusammensetzen, bestehen die sozialen Netzwerke statushöherer Personen verstärkt (auch) aus nicht-verwandtschaftlichen Beziehungen. Zum anderen wird häufig auf Tendenzen sozialer Homophilie verwiesen.<sup>8</sup> Blasius et al. (2008: 100) zeigen diesbezüglich, dass Personen mit einer höheren Formalbildung überproportional häufig Beziehungen zu Menschen mit vergleichbarem Bildungsniveau aufweisen. Da Personen wechselseitig von den Ressourcen ihrer Netzwerkpersonen profitieren, streben insbesondere Menschen mit einem hohen Sozialstatus eine gewisse statusbezogene Homogenität in ihrem Netzwerk an (vgl. Bourdieu 1983: 191). Allerdings knüpfen auch die Angehörigen unterer Einkommensklassen mehrheitlich statusgleiche Kontakte, wobei diese Tendenz sowohl fremd- als auch selbstbestimmt sein kann. Während sie im Sinne Bourdieus

---

<sup>8</sup> In der Netzwerkforschung wird der Begriff *Homophilie* zur Beschreibung von Netzwerkeigenschaften verwendet. Anders als im alltäglichen Sprachgebrauch bezeichnet er jedoch nicht homosexuelle Präferenzen, sondern bezieht sich auf die Tendenz, primär Kontakt zu Personen herzustellen, die einem in möglichst vielen Eigenschaften ähneln (vgl. Friedrichs et al. 2002: 70).

instrumentellem Sozialkapitalverständnis kaum dauerhafte Austauschbeziehungen zu anderen Statusgruppen unterhalten können, kann eine Gruppe strukturell Gleichgesinnter auch psychische Stabilität schaffen und unter psychologischen Gesichtspunkten selbst gesucht werden. Alles zusammengenommen finden sich die sozialstrukturell heterogensten Netzwerke somit bei den mittleren Bildungs- und Einkommensgruppen, die Sozialkontakte aus allen sozialen Schichten in ihre sozialen Netzwerke integrieren (vgl. Blasius et al. 2008: 102 f.; Oevermann 1969: 305).

Insgesamt existieren somit einige empirische Studien, die einen positiven Zusammenhang zwischen informeller sozialer Integration und sozioökonomischer Ressourcenausstattung nahelegen. Seine signifikanten Ergebnisse zusammenfassend vermerkt Andreß (1999: 185) diesbezüglich: „[I]m unteren Einkommensbereich wohnen Verwandte, mit denen Kontakt gepflegt wird, eher in der Nähe, die Anzahl der Kontakte mit Freunden und Bekannten ist geringer, mehr Personen berichten, daß [sic!] sie keinen Freund oder Bekannten haben“. Demnach scheinen sowohl die Netzwerkgröße als auch deren Reichweite und Heterogenität, bezogen auf den Anteil nicht-familiärer Beziehungen, mit steigenden Ressourcen zuzunehmen. Allerdings bedarf es weiterer systematischer Untersuchungen, um die dargelegten Ergebnisse und Tendenzen empirisch zu untermauern.

Zusammenfassend ist auf Basis des empirischen Forschungsstandes ein positiver Einfluss der individuellen sozialen Vernetzung auf die politische Partizipation der oder des Einzelnen festzustellen, wobei sowohl formellen als auch informellen Netzwerken mehrheitlich ein positiver Einfluss attestiert wird. Zudem scheint die soziale Integration maßgeblich durch die sozioökonomische Ressourcenausstattung beeinflusst zu sein. Einschränkend ist anzumerken, dass die Datenlage im Bereich informeller sozialer Netzwerke bislang vergleichsweise wenig gesichert ist und an dieser Stelle weiterhin großer Forschungsbedarf besteht. Im folgenden Abschnitt wird der Blick auf ein weiteres, vielmehr grundlegendes, Defizit der empirischen Forschung gerichtet.

### **3.3.3 Das Erfordernis kleinräumiger Analysen**

Die Mehrheit der Studien im Bereich der empirischen Partizipationsforschung fokussiert Großstädte oder gar ganze Länder als Untersuchungsobjekte. Die darin ermittelten Durchschnittswerte offenbaren meist nur marginale Unterschiede im politischen Verhalten jener Groseinheiten. Beispielsweise bewegt sich die durchschnittliche Wahlbeteiligung in deutschen Großstädten häufig nur wenige Prozentpunkte um den bundesdeutschen Gesamtdurchschnitt (vgl. Schäfer et al.

2013). Mitunter substanzielle Unterschiede innerhalb dieser Einheiten werden durch statistische Aggregationen nivelliert. So sind Großstädte realiter durch eine hohe interne Heterogenität gekennzeichnet; Merkmale wie Arbeitslosigkeit, Einkommen, Lebensstile oder eben das Partizipationsverhalten streuen bereits auf engstem Raum, sodass ein Vergleich städtischer Durchschnittswerte oft nur wenig Aussagekraft besitzt. Jene innerstädtische Heterogenität ist die Folge sozialer Segregationsprozesse und kann mittels kleinräumiger Analysen sichtbar gemacht werden. Der Fokus auf kleinere räumliche Gebiete erhöht die Varianz zwischen den Einheiten und macht den Blick frei für vielfältige Informationen und spezifische Eigenschaften der einzelnen Teilbereiche (vgl. Schäfer 2012: 245). Demnach können auf diese Weise Merkmale berücksichtigt werden, die bei einer weniger differenzierten Betrachtung auf einer höheren Ebene übersehen werden. Tatsächlich demonstrieren empirische Stadtteilvergleiche, dass sich hinter der durchschnittlichen Wahlbeteiligung einer Großstadt zum Teil gravierende Unterschiede verbergen (vgl. Abschnitt 4.1). Jene Divergenzen können schließlich im Zusammenhang mit der sozialen, ökonomischen oder kulturellen Lage des Stadtteils und der in ihm lebenden Personen betrachtet und spezifische Aussagen über die Einheiten abgeleitet werden.

Neben diesem empirischen spricht auch ein inhaltliches Argument für den Bezug auf kleinere Untersuchungseinheiten. Menschen sind keine isolierten Individuen, sondern werden durch den sozialen Kontext, in dem sie leben, beeinflusst (vgl. Coleman 1988: 105 ff.; Abschnitt 2.4.1.2). Zweifelsohne kann eine Stadt oder ein Land einen solchen Kontext darstellen. Es existieren nationale wie regionale Handlungsmöglichkeiten und -restriktionen, wie Gesetze, Traditionen, Normen oder kulturelle Gegebenheiten, die das Handeln und Verhalten eines Individuums prägen. Berechtigterweise ist allerdings anzunehmen, dass kleinere räumliche Einheiten einen höheren Einfluss auf das alltägliche Handeln ausüben als ein weitgefasster Kontext. Dieses Argument findet sich etwa bei Putnam, der kleineren Gemeinden ein größeres Potenzial zur Genese und Aufrechterhaltung sozialen Kapitals bescheinigt als Großstädten. Für ihn ist soziales Engagement letztlich sogar mehr eine Frage des „where they are [anstelle des] who they are“ (Putnam 2000: 206). Noch deutlicher formulieren Pappi und Wolf (1984: 282), dass „allein die von Ego wahrgenommene Umwelt einen Einfluß [sic!] auf das Verhalten von Ego ausübt“. Diesen Gedanken weiterführend sollte schließlich weniger der übergeordnete Rahmen als vielmehr das unmittelbare Umfeld ausschlaggebend für individuelles Handeln sein. Aufbauend auf diesen Überlegungen sowie der Tatsache, dass ein erheblicher Teil des Privatlebens in der eigenen Nachbarschaft verbracht wird, werden in dieser Untersuchung Stadtteile als geografisch abgegrenzte soziale Kontexte gewählt, deren Auswahl in Abschnitt 4.1.1 dargelegt wird (vgl. Petermann 2015: 181).

### 3.4 Theoretische Erklärungsstrategien

Die aktuelle Forschungsdebatte liefert Hinweise, die für eine Auffassung sozialer Netzwerke als *missing link* zwischen sozioökonomischen Ressourcen und politischer Teilhabe sprechen. Die Existenz einer solchen Verbindung ist eine empirische Frage und wird entsprechend im empirischen Teil dieser Arbeit behandelt. Deren Erklärung ist jedoch zunächst theoretischer Natur. Ohne angemessene Begründungen würde sich das Problem des sozioökonomischen Standardmodells – hohe empirische Evidenz bei geringer theoretischer Erklärungsleistung – lediglich auf eine andere Ebene verlagern. Daher werden nun auf Basis der bisherigen theoretischen wie empirischen Erkenntnisse Erklärungsstrategien abgeleitet, die in die empirische Analyse eingebunden werden. Diese Darstellung erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit, sondern stellt lediglich eine relevanzorientierte Auswahl theoretischer Ansätze dar. Da es sich jeweils um angenommene Wirkmechanismen handelt, werden diese im Weiteren als *Thesen* bezeichnet. Zunächst stehen Zusammenhänge zwischen Ressourcen und sozialen Netzwerken sowie sozialen Netzwerken und politischer Partizipation im Vordergrund. Daran anschließend werden Erklärungen um einen Einfluss des sozialen Kontextes entwickelt.

#### 3.4.1 Statusabhängigkeit der sozialen Netzwerke

Alle Erklärungen um eine Verbindung zwischen sozioökonomischen Ressourcen und formeller wie informeller Vernetzung lassen sich letztlich auf den Sozialstatus einer Person zurückführen. Daher sind Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Ansätzen wahrscheinlich und liegen der nachfolgenden Darstellung implizit zugrunde. Behandelt werden in diesem Kontext die (1) *Fokus-*, (2) *Isolations-*, (3) *Defizit-* und (4) *Instrumentalisierungsthesen*.

(1) *Fokusthese*: Der Aufbau sozialer Beziehungen bedarf zuvorderst reale Gelegenheiten zur Kontaktaufnahme, die zugleich das Kernelement der *Fokustheorie* von Feld (1981) beschreiben. Demnach entstehen soziale Beziehungen, wenn zwei oder mehr Personen auf Grundlage eines gemeinsamen Interesses, eines geteilten Ziels oder einer Aktivität miteinander interagieren. Die Bezugnahme auf ein gemeinsames Objekt ist der Fokus, der Individuen miteinander verbindet. Der soziale Kontext besteht nun aus einer Vielzahl verschiedener Fokusse, wobei der Arbeitsplatz, Schulen und Universitäten, Vereine oder auch informelle Treffpunkte sowie der Familienkreis typische Beispiele darstellen (vgl. ebd.: 1016). An dieser Stelle sind zwei Aspekte von besonderer Relevanz. Zum einen bringt ein Fokus Personen in Kontakt zueinander und ermöglicht die

Entstehung sozialer Beziehungen. Zum anderen strukturieren Fokusse soziale Netzwerke im Hinblick auf sozialstrukturelle Merkmale. Unter der Prämisse, dass ähnliche Menschen ähnliche Fokusse teilen, entstehen auf Basis einer spezifischen Gelegenheit relativ homogene Netzwerke (vgl. ebd.: 1018 f.). Die Ressourcen Bildung, Einkommen und die berufliche Beschäftigung eröffnen einer Person nun systematisch Gelegenheiten zur Initiierung sozialer Kontakte. So offerieren die prägenden Jahre der Schul- und Studienzeit wesentliche Opportunitäten, da über Jahre hinweg mit den gleichen Personen auf ein gemeinsames Ziel hingearbeitet wird (z. B. der Schulabschluss). Zwischen den Mitgliedern dieser peer-groups entwickeln sich schließlich nicht selten dauerhafte persönliche Beziehungen (vgl. Hirsche 2009: 9; Mewes 2010: 65). Darüber hinaus strukturieren ökonomische Ressourcen formelle wie informelle Möglichkeiten der individuellen Freizeitgestaltung, wodurch sich weitere Gelegenheiten zur Entwicklung und Aufrechterhaltung persönlicher Beziehungen ergeben. Zuletzt stellt der Arbeitsplatz selbst einen zentralen Möglichkeitsraum zwischenmenschlicher Kontaktaufnahme dar. Personengruppen, denen es an diesen Ressourcen mangelt, bleibt als Fokus neben dem Familien- und Verwandtenkreis zumeist einzig das Wohnumfeld, welches jedoch zweifelsohne auch eine wichtige Opportunität darstellt. „[D]enn persönliche Beziehungen entstehen immer noch meist im direkten Face-to-Face-Kontakt am Wohnort“ (Fuhse 2008: 81). Insgesamt ist die Fokusthese primär zur Beschreibung informeller Beziehungsnetzwerke relevant und bietet verschiedene Möglichkeiten zur Erklärung des Zusammenhangs zwischen Sozial- und Netzwerkstruktur. Diese beziehen sich insbesondere auf die Menge an Gelegenheiten, die Konzentration auf Wohnort und Familie sowie der strukturellen Gleichheit jener Opportunitäten.

(2) *Isolationsthese*: Unter dem Stichwort der Isolationsthese werden eigeninitiierte Rückzugstendenzen ressourcenschwacher Personen aus persönlichen Netzwerken fokussiert, demnach dieser Ansatz weniger den Aufbau als vielmehr die Aufrechterhaltung sozialer Beziehungen behandelt. Ursächlich verantwortlich für die fortschreitende Beschränkung auf wenige familiäre Kontakte sind zunächst geringe ökonomische Ressourcen. Nicht nur die Mitgliedschaft in Vereinen, sondern auch die Pflege privater Bindungen erfordert in der Regel einen gewissen monetären Einsatz. Sind etwa Fahrtkosten oder Konsumausgaben für Waren und Dienstleistungen im Freizeitbereich nicht zu leisten, kann dies eine schrittweise Abkehr von (kostenintensiven) freundschaftlichen Beziehungen bedingen (vgl. Andreß 1999: 159 ff.). Zusätzlich zu direkten monetären Einflüssen können Gefühle von Scham, Selbstzweifeln oder Resignation Isolationsmechanismen verstärken. Aus beiden Antrieben muss nicht zwangsläufig eine vollständige soziale Isolation erfolgen, jedoch verschiebt sich der soziale Fokus zunehmend auf verwandtschaftliche Beziehungen und auf Personen mit vergleichbarem Sozialstatus.

In diesen Konstellationen ist nicht nur mit geringeren finanziellen Belastungen zu rechnen, sondern auch Scham und Selbstzweifel sollten eher eine marginale Rolle spielen. Marquardsen und Röbenack (2008: 480) beschreiben in einer qualitativen Studie, wie sich jene Tendenzen im Falle einer Arbeitslosigkeit verdichten und neben finanziellen und emotionalen Bürden ebenso ungleiche Lebenswelten und fehlende Reziprozität verantwortlich sind. So ziehen sich arbeitslose Personen aus vielen sozialen Kreisen zurück, da sie die Lebenswelten ihrer Sozialkontakte nicht mehr teilen und zudem ein Nehmen, ohne in näherer Zukunft eine Gegenleistung erbringen zu können, als belastend empfinden. Insgesamt bietet die Isolationsthese durch den Bezug auf geringe finanzielle Mittel und damit verbundene negative Gefühlswelten, Argumente für die Anzahl formeller sowie die Größe, Reichweite und Zusammensetzung informeller Netzwerkstrukturen.

(3) *Defizitthese*: Im Rahmen der Defizitthese werden soziale Kompetenzen als notwendige Voraussetzung zur Entwicklung persönlicher Beziehungsnetzwerke betrachtet und eine Verbindung zum sozialen Status hergestellt. Das Argument einer sozial bedingten Kompetenzausstattung leitet sich aus den soziolinguistischen Arbeiten von Bernstein (1972) und Oevermann (1969, 1972) ab. So wird die sprachliche Ausdrucksfähigkeit eines Kindes gemäß Bernstein durch die soziale Umwelt sozialisiert, woraufhin soziale Schichten anhand ihrer spezifischen Sprachcodes zu unterscheiden sind. Diese erweisen sich auch unter Kontrolle der Intelligenz als überaus stabil. Auch Oevermann (1969: 301) formuliert eine Assoziation bestimmter Sprechweisen mit subkulturellen Milieus und führt die linguistische wie kognitive Entwicklung auf milieuspezifische kulturelle Traditionen sowie objektive Bedingungen der Sozialstruktur zurück. Er interpretiert sprachliche Codes als ein implizites Regelwerk, das

„einerseits soziologisch – vermittelt über die Analyse der Struktur von Sozialbeziehungen in einem Rollengefüge – aus den objektiven Strukturbedingungen ableitbar ist, andererseits aber dem Individuum – wie Wertstandards und Rollennormen – als zu erlernendes Regelsystem sozial vorgegeben ist, im Sozialisationsprozess erworben wird und situativ das Sozialverhalten steuert“ (Oevermann 1972: 338).

Angelehnt an die ungleiche Verteilung sprachlicher Fähigkeiten sind ebenso positive Beziehungen zwischen sozialer Lage und sozialer Kompetenzausstattung denkbar, wobei vergleichbare Mechanismen unterstellt werden. Demnach sollten ressourcenstarke Personengruppen über entsprechend mehr soziale Kompetenzen verfügen als ressourcenschwache Personen, was sich schließlich in der sozialen Vernetzung manifestiert. So werden Personen, die Sozialkompetenzen wie Prosozialität, Problembewusstsein, Empathie, Reziprozität oder Organisationsfähigkeit internalisiert haben, beispielsweise häufiger zu einer organisationalen

Teilhaber eingeladen als andere Personen (vgl. Wilson 2000: 220). Über die soziale Rekrutierung hinausgehend bewirken jene Kompetenzen auf der individuellen Ebene außerdem ein gesteigertes Interesse an und Bewusstsein für soziale Angelegenheiten. Damit sind höhere Statusgruppen aufgrund inkorporierter Sozialkompetenzen sowohl intrinsisch als auch extrinsisch motiviert, an sozialen Prozessen teilzuhaben und soziale Kontakte zu knüpfen. In diesem Zusammenhang beschreibt Oevermann (1969: 305) eine Beschränkung ressourcenschwacher Personen auf enge Primärbeziehungen, wohingegen der Kontakt zu anderen und vor allem unbekanntem Personen nur selten gesucht wird. Im Lichte dieser Erklärungsrichtung wird diese Tendenz auf ein Defizit an sozialen Fähigkeiten zum Aufbau neuer Beziehungen zurückgeführt. Insgesamt verweist die Defizitthese demnach auf einen strukturellen Zusammenhang zwischen sozioökonomischen und sozialen Ressourcen, der sich in einer unterschiedlichen sozialen Vernetzung widerspiegelt.

(4) *Instrumentalisierungsthese*: Die Instrumentalisierungsthese reflektiert die traditionsreiche Auseinandersetzung über die Nutzbarmachung kultureller, ökonomischer und symbolischer Güter und zentriert die Motivation, den eigenen Status über relevante soziale Netzwerke aufrechtzuerhalten beziehungsweise zu verbessern. In Bezug auf institutionalisierte Mitgliedschaften illustriert Weber, dass

„die Zugehörigkeit zu irgend einem [sic!] Verein für den Mittelstand direkt zur Legitimation als Gentleman gehört (...). Wer da nicht hineinkommt (...), der kommt nicht in die Höhe. Die Demokratie in Amerika ist kein Sandhaufen, sondern ein Gewirr exklusiver Sekten, Vereine und Klubs. Diese stützen die Auslese der an das amerikanische Leben überhaupt Angepaßten [sic!], stützen sie, indem sie ihnen zur geschäftlichen, zur politischen, zu jeder Art von Herrschaft im sozialen Leben verhelfen“ (Weber 1911: 53 f.).

Mit den Parallelen zu ständischen Prinzipien betont er einerseits die strukturfestigende Wirkung der Vereinslandschaft und hebt Vereinsmitgliedschaften andererseits als Instrument des sozialen Aufstiegs hervor (vgl. ebd.: 55 f.). Der festigende Charakter ergibt sich aus der reproduktiven Struktur des Vereinswesens. Da der Beitritt zu profitablen Vereinen einzig ressourcenstarken Personengruppen gestattet ist, verbleibt auch sämtlicher Nutzen in diesem elitären Kreis. Ohne weitere Vorteile durch andere Mitglieder zu bilanzieren, entfalten exklusive Mitgliedschaften somit von Natur aus prestigeträchtige Wirkungen. Im Sinne Veblens (2011: 79) sind derartige Mitgliedschaften als demonstrativer Konsum sozioökonomisch starker Personengruppen zu verstehen, die ihnen als „Zeugnis finanzieller Macht“ und damit der Präsentation von Status dienen.

Mehr noch leitet sich über die schichtspezifische Differenzierung des Konsums gesellschaftliches Ansehen ab. Vergleichbar erörtert Bourdieu (1987: 388 f.) separierende Effekte bestimmter Konsumgüter und -gewohnheiten. So besteht eine erprobte Strategie der höchsten sozialen Klasse zur sozialen Distinktion in der exklusiven Aneignung gesellschaftlich relevanter Güter. Diese werden entweder qua Seltenheit oder aufgrund materieller oder kultureller Zugangsbeschränkungen als legitime Güter charakterisiert. Obleich sich Veblen und Bourdieu nicht explizit mit formellen Assoziationen auseinandersetzen, erscheint es gerechtfertigt, auch bestimmten Vereinen ein Instrumentalisierungspotenzial für Mechanismen der Distinktion und Statusdemonstration einzuräumen. Fraglos besitzt das Vereinswesen aufgrund seines breit gefächerten Spektrums gesellschaftliche Differenzierungsmöglichkeiten, welche die Beitrittsmotivationen statushoher Schichten positiv beeinflussen mögen. Jenseits formeller Assoziationen können auch einfluss- und ressourcenreiche Beziehungen im dargestellten Sinn genutzt werden. Insbesondere sozioökonomisch starke Personen konzentrieren sich in ihren sozialen Netzwerken auf mindestens gleichrangige Personen, da von ihnen höhere Investitionsrenditen als von ressourcenschwachen Personen zu erwarten sind (vgl. Bourdieu 1983: 191). Andersherum können positionell schwächere Netzwerkpersonen dem eigenen Ansehen in bestimmten Kontexten sogar abträglich sein. Zusammenfassend erklärt die Instrumentalisierungsthese den Zusammenhang zwischen Sozial- und Netzwerkstruktur über statusbezogene Wirkungen sozial relevanter Netzwerke, die insbesondere für höhere Statusgruppen gültig sind.

### 3.4.2 Politisierungspotenziale sozialer Netzwerke

Die Thesen um das Zusammenspiel zwischen sozialer Vernetzung und politischer Beteiligung werden im Folgenden unter vier politisierende Funktionen sozialer Netzwerke subsumiert, die als (1) *Sozialisations-*, (2) *Rekrutierungs-*, (3) *Informations-* und (4) *Lernthese* umschrieben werden. Die einzelnen Erklärungsstrategien sind dabei nicht als unabhängig zu betrachten, sondern können sich in Teilen überschneiden und wechselseitig ergänzen.

(1) *Sozialisationsthese*: Im Rahmen der Sozialisationsthese werden Vereine und Organisationen in Tocquevill'scher Lesart als Schulen der Demokratie betrachtet; als Sozialisationsinstanzen, die ihre Mitglieder mit demokratie- und partizipationsrelevanten Kompetenzen (civic skills) ausstatten. Jene kommunikativen und organisationalen Fähigkeiten werden im ausdrücklich nicht-politischen Umfeld erworben, kultiviert und schließlich von den Netzwerkmitgliedern internalisiert. In der Folge lassen sich diese zunächst unpolitischen Fähigkeiten in

den politischen Bereich übertragen, wo sie ein Engagement erleichtern. Durch die Inkorporation jener Kompetenzen entsteht eine gewisse (Selbst-)Sicherheit mit deren Umgang, die sowohl direkte Beteiligungskosten in Form zeitlichen und finanziellen Aufwandes als auch indirekte Hürden in Form persönlicher Hemmungen reduziert (vgl. u. a. Brady et al. 1995; Putnam 1993, 2000; Teorell 2003; Terriquez 2011; Verba et al. 1995). Obgleich Putnam (2000: 95) informellen Konstellationen keinen vergleichbaren Stellenwert zur Genese politischer Fertigkeiten zugesteht, erscheint eine funktionale Übertragung durchaus möglich. Erste empirische Hinweise für diesen Transfer liefern Verba et al. (1995: 312), die sowohl beruflichen Kontexten als auch religiösen Einbindungen eine hohe Relevanz zuschreiben.<sup>9</sup> Obwohl Effekte der Konfessionszugehörigkeit empirisch nicht eindeutig geklärt sind und auch eine länderübergreifende Generalisierbarkeit religionsbezogener Einbindungen zumindest zweifelhaft erscheint, betonen solche Befunde die Bedeutung privater Zusammenhänge (vgl. Abschnitt 3.3.2). So werden auch in nicht-institutionalisierten Bereichen Feiern geplant, wichtige Angelegenheiten diskutiert oder der Familienurlaub organisiert, wodurch informelle Netzwerke gleichermaßen als *training ground* für zivile Fertigkeiten fungieren (vgl. Verba et al. 1995: 369). Die Sozialisationsthese bietet demnach mit Bezug auf die politisierenden Wirkungen der civic skills Argumente für eine positive Assoziation zwischen formeller sowie informeller Vernetzung und politischer Beteiligung.

(2) *Rekrutierungsthese*: Die Rekrutierungsthese nimmt Bezug auf die Tatsache, dass politische Aktivitäten nicht immer spontan ablaufen und auch die Fähigkeit zur Partizipation (Zeit, Geld, civic skills) allein nicht ausschlaggebend für eine Beteiligung ist. Faktisch werden viele Personen erst dann politisch aktiv, wenn sie von anderen direkt dazu aufgefordert werden. Solche Partizipationseinladungen können sowohl aus dem formellen Vereinskontext als auch aus dem persönlichen Umfeld entsendet werden. Gleichwohl scheint der Erfolg der Rekrutierungsversuche weniger vom Ort als von der persönlichen Nähe zu den Anfragenden bestimmt zu sein (vgl. u. a. Brady et al. 1999; Pollock 1982; Teorell 2003; Verba et al. 1995; Wollebæk/Selle 2003). Neben direkten Anfragen zur politischen Beteiligung vollziehen sich in sozialen Netzwerken zudem indirekte Mobilisierungsprozesse. Durch den kommunikativen Austausch sowie die

---

<sup>9</sup> Es ist eine Definitionsfrage, ob berufliche und religiöse Kontexte als formell oder informell gewertet werden. Während Verba et al. (1995: 369) diese als Institutionen des Erwachsenenlebens deuten, werden in dieser Arbeit zivilgesellschaftliche Vereine (formelle Netzwerke) explizit mit sämtlichen anderen Formaten sozialer Einbindung (informelle Netzwerke) kontrastiert.

Einbindung in verschiedenartige Entscheidungsprozesse werden politische Stimuli gesetzt, die für eine politische Teilhabe sensibilisieren. Auch in diesem Fall ist der ursprüngliche Zweck der Zusammenkunft in der Regel nicht politisch, kann sich jedoch auf politische Inhalte ausweiten. So können sich beispielsweise alltägliche Konversationen unwillkürlich, oder auch beabsichtigt, auf politische Themen verlagern (vgl. Verba et al. 1995: 370). Auf diese Weise werden in beiden Arten sozialer Netzwerke Mechanismen in Gang gesetzt, die politische Einstellungen sowie politisches Interesse intensivieren und darüber zur politischen Aktivität motivieren. Demnach leitet die Rekrutierungsthese politisierende Wirkungen sozialer Netzwerke aus direkter Aufforderung sowie indirekter Anregung zur politischen Beteiligung durch andere Personen aus formellen und informellen Konstellationen ab.

(3) *Informationsthese*: Mit der Informationsthese wird das Argument vertieft, dass in sozialen Netzwerken neben alltäglichen oder kontextbezogenen Themen auch über politische Inhalte gesprochen wird. In diesem Sinne werden soziale Netzwerke als Informationsschaltstellen aufgefasst, die ihre Mitglieder mit politisch relevanten Informationen ausstatten und auf diese Weise eine politische Teilhabe anregen (vgl. Gabriel et al. 2002; Ikeda/Richey 2005; La Due Lake/Huckfeldt 1998; Putnam 2000; Nakhaie 2008; Verba et al. 1995; Wollebæk/Selle 2002, 2003). Die politisierenden Wirkungen relevanter Informationen entfalten sich dabei über verschiedene Mechanismen. Zuvorderst reduzieren soziale Netzwerke die Beschaffungs- und Verarbeitungskosten politikbezogener Informationen. Grundlegendes politisches Wissen sowie Neuigkeiten über an- und bestehende Mitwirkungsmöglichkeiten werden in formellen und informellen Beziehungskonstellationen scheinbar mühelos über Diskussionen und Konversationen mit anderen Personen vermittelt. Das Vereinskollektiv hilft dem Individuum darüber hinaus, komplexe Informationen kognitiv zu verarbeiten. Durch die offenen Kommunikationskanäle sinken somit die Informationskosten, die üblicherweise im Vorfeld einer Partizipationsentscheidung entstehen (vgl. Coleman 1991: 402 f.; La Due Lake/Huckfeldt 1998: 581). Im Weiteren sorgen soziale Netzwerke für die Vervielfachung relevanter Informationen, die besonders in formellen Assoziationen umgehend eine Vielzahl an Personen erreichen. In informellen Netzwerken sind in diesem Zusammenhang primär schwache Beziehungen von Nutzen, die Brücken zu anderen Netzwerken schlagen (vgl. Granovetter 1973). Als Informationsplattformen steigern soziale Netzwerke zudem die politische Expertise einer Person und schaffen einen motivationalen Partizipationsanreiz. So profitieren Vereinsmitglieder über Vorträge, Diskussionen oder Veröffentlichungen von dem (Experten-)Wissen anderer Mitglieder oder externer Personen, wohingegen informelle Netzwerke über geringe Hemmschwellen vor

allem die individuelle Meinungsbildung fördern (vgl. Ikeda/Richey 2005: 256). Insgesamt erklärt sich die politisierende Wirkung sozialer Netzwerke im Rahmen der Informationsthese über die Verfügbarkeit und Verbreitung politisch relevanter Informationen.

(4) *Lernthese*: Die Lernthese integriert schließlich die kulturelle Dimension sozialen Kapitals in den Erklärungszusammenhang politischer Beteiligung und beschreibt die Entwicklung partizipationsrelevanter Werte, Normen, Vertrauen sowie die Vertrauenswürdigkeit als Produkt sozial-kognitiver Lernprozesse. So werden jene Einstellungen und Verhaltensorientierungen in sozialen Netzwerken über die Konfrontation mit positiven Rollenvorbildern, durch Beobachtung, Interaktion und Imitation vermittelt (vgl. Bandura 1963, Goerres 2010). Nachfolgend tragen sie unter anderem entscheidend zum kollektiven Handeln bei und bilden somit eine wesentliche Voraussetzung politischer Teilhabe (vgl. Almond/Verba 1963; Putnam 1993, 2000). Besonders hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang Vereine und Organisationen, die zentrale Stätten zum Aufbau generalisierter Reziprozitäts- und Vertrauensformen repräsentieren. Als Netzwerke gegenseitiger Verpflichtungen stellen sie normative Verhaltensregeln auf und gewährleisten faires und kooperatives Verhalten (vgl. Putnam 2000: 20 f.). Daneben können Normen, Werte und Vertrauen jedoch auch in informellen Beziehungskonstellationen weitergegeben und erlernt werden, wobei gemäß dem Closure-Argument insbesondere geschlossene Netzwerke mit starken Beziehungen zum Aufbau und zur Durchsetzung sozialer Normen geeignet sind (vgl. Coleman 1988: 105–108). Mit der Lernthese wird politische Partizipation demnach über den netzwerkinduzierten Erwerb relevanter Normen, Werte und Vertrauen zur kooperativen Durchsetzung gemeinschaftlicher Ziele erklärt.

### 3.4.3 Einflüsse des sozialen Kontextes

Im Anschluss an den empirischen Diskurs wurden Argumente dargelegt, die neben individuellen Bestimmungsfaktoren auch kontextuelle Einflüsse auf die soziale wie politische Partizipation nahelegen. Entsprechend sind die aufgeführten Erklärungsstrategien um Mechanismen zu ergänzen, die sich aus dem sozialen Umfeld ergeben. Diese Effekte tangieren den sozialen Kontext *Stadtteil*, wobei physische und soziale Faktoren von Relevanz sind. Diese werden im Folgenden unter den Stichworten (1) *Struktur-*, (2) *Reputations-* und (3) *soziale Ansteckungsthese* gefasst.

(1) *Strukturthese*: Strukturelle Effekte beziehen sich auf physische Opportunitäten, wie Verkehrsverbindungen oder öffentliche Einrichtungen, die Menschen in ihrem Wohngebiet zur Verfügung stehen. Diese Merkmale sind absolut, auf einer dem Individuum übergeordneten Ebene angesiedelt und daher für

die oder den Einzelnen im Weitesten unveränderbar. Während verfügbare Einrichtungen zahlreiche Möglichkeiten zur sozialen und politischen Beteiligung eröffnen, verstärken fehlende Angebote objektive und subjektiv empfundene Benachteiligungen. Insbesondere in sozial prekären Wohnräumen, in denen es vergleichsweise häufig an strukturellen Gelegenheiten mangelt, können unzureichende Möglichkeiten bei den dort Lebenden zu einer defensiven Resignation führen. Neben dem vollständigen Verzicht auf soziale respektive politische Aktivitäten sind Verlagerungen der Aktivitäten in andere Stadtteile oder auf andere Aktivitäten mögliche und wahrscheinliche Reaktionen (vgl. Friedrichs 2014: 294 f., Galster/Killen 1995; Hastings 2009: 519 ff.; Heuwinkel 1981: 70 ff.; Rosenbaum et al. 2002). Übertragen auf die formelle Netzwerkebene bestimmt folglich die Ausprägung der lokalen Vereinslandschaft die assoziativen Opportunitäten einer Person. Im informellen Bereich sind vor allem institutionelle Angebote im Freizeitbereich von Bedeutung, „weil sie Gelegenheiten bieten, Menschen mit ähnlichen Interessen zusammenzubringen“ (Petermann 2015: 181). Ebenso wird die politische Sphäre durch das (Nicht-)Vorhandensein politischer Einrichtungen und gegebenenfalls der Politikerpräsenz in einem Stadtteil beeinflusst. Strukturelle Effekte thematisieren somit Stadtteileinflüsse, die sich aus dem grundlegenden Möglichkeitsraum für die Anwohnerschaft ergeben.

(2) *Reputationsthese*: Mit der Reputationsthese werden Prozesse der Diskriminierung beziehungsweise Stigmatisierung formuliert, die auf den stereotypen Ruf eines Stadtteils zurückgreifen. Solche Reputations beruhen auf subjektiven Bewertungen innerhalb eines sozialen Kontextes und können sowohl positive als auch negative Effekte nach sich ziehen. Zum einen kann das Ansehen die institutionelle Ausstattung eines Gebietes und damit strukturelle Effekte beeinflussen, da sich bestimmte Geschäfte, soziale oder politische Einrichtungen in Abhängigkeit der jeweiligen Reputation in einem Stadtteil ansiedeln. Zum anderen kann der Ruf eines Wohngebietes auch auf dessen Bewohnerinnen und Bewohner übertragen werden. Unabhängig persönlicher Eigenschaften und objektiver Tatsachen werden ihnen aufgrund ihres Wohnortes positive oder negative Charakteristika zugeschrieben und somit Möglichkeiten eröffnet beziehungsweise entzogen. Beispielsweise kann die Stadtteilreputation Chancen der individuellen Teilhabe in politischen oder zivilgesellschaftlichen Institutionen lenken und auch im informellen Beziehungsspiel relevant werden, was im Sinne Bourdieus primär nutzbringende Beziehungen betreffen sollte. Von negativen Stigmatisierungen sind in der Regel Armutsgebiete oder Stadtteile mit einem hohen Anteil an Sozialbauwohnungen betroffen, wobei die Wirkung der Reputationseffekte von gewissen Schwellenwerten abhängig ist. Erst wenn eine kritische Masse an Personen die Meinung über ein Wohngebiet teilt, geht dessen Ruf in die öffentliche Meinung über (Friedrichs 2014: 294; Galster 2008: 6). Die Reputationsthese

beschreibt demnach Effekte des Stadtteils, die auf dessen Ruf in einem größeren sozialen Kontext basieren und sonach Chancen der Anwohnenden steuern.

(3) *Soziale Ansteckungsthese*: Die These sozialer Ansteckung rekurriert auf soziale Merkmale, auf Grenzen und Möglichkeiten, die sich die Menschen eines Wohngebietes gegenseitig eröffnen. So prädestiniert die unmittelbare Nachbarschaft aufgrund der sozialräumlichen Nähe und des geteilten Erfahrungskontextes für soziale Lernprozesse. Durch Beobachten von Rollenvorbildern, durch Imitation und anschließender Internalisierung werden Verhaltensweisen in Interdependenz mit der sozialen Umwelt sozialisiert. Indem die Personen eines sozialen Gebietes ihr Verhalten bewusst oder unbewusst wechselseitig beeinflussen, entsteht mit der Zeit „eine lokale ‚Kultur‘ bzw. ein Milieu, dem sich auch diejenigen nicht entziehen können, die ihm bisher nicht angehörten“ (Häußermann 2003: 149; Herv. im Orig.). Folglich beeinflusst die objektive oder subjektiv wahrgenommene Umwelt in einem Stadtteil jenseits persönlicher Eigenschaften, wie etwa der Ressourcenausstattung, das individuelle Verhalten. Übertragen auf die soziale und politische Partizipation sollten eben jene Beteiligungsraten in benachteiligten Stadtteilen aufgrund fehlender Rollenvorbilder vergleichsweise gering ausfallen. Umgekehrt begünstigt die Existenz positiver Rollenvorbilder in sozioökonomisch starken Wohngebieten eine individuelle Teilhabe an sozialen wie politischen Prozessen. In der Regel beziehen sich soziale Ansteckungseffekte auf Eigenschaften eines Stadtteils, wie etwa die Arbeitslosenquote oder der Anteil höherer Berufe, und ihre Auswirkungen auf individueller Ebene. Neben objektiven Kennzahlen können jedoch auch aggregierte Merkmale, Einstellungen oder Wahrnehmungen der Anwohnenden herangezogen werden, wobei an dieser Stelle primär das Sozialkapital herauszustellen ist. Auch diesbezüglich wird angenommen, dass ein sozialkapitalreicher Wohnort positive Konsequenzen auf das individuelle Verhalten hat und umgekehrt (vgl. Blasius et al. 2008: 11; Friedrichs 2014: 291 ff., 298; Galster 2008: 5; Putnam 2000: 20; Schroeder 2015: 201 ff.).<sup>10</sup> Die These sozialer Ansteckung beschreibt demnach Effekte des Stadtteils, die über die Gegenwart von Rollenvorbildern individuelles Verhalten auf sozialer wie politischer Ebene beeinflussen.

---

<sup>10</sup> In Abhängigkeit objektiver oder subjektiver Anteilswerte unterscheidet Friedrichs (2014: 291 ff.) mit der *sozialen Ansteckung* und der *kollektiven Sozialisation* zwei Mechanismen. Da eine solche Differenzierung analytisch nur schwer zu bewerkstelligen und im vorliegenden Rahmen zudem wenig zielführend ist, werden die Wirkungen in dieser Untersuchung zu einem sozialen Effekt zusammengefasst.

### 3.5 Empirisches Untersuchungsmodell und Hypothesen

Gemäß der grundlegenden Forschungsperspektive zielt diese Untersuchung auf die Funktion politisch relevanten Sozialkapitals als Erklärungsfaktor einer ressourcenabhängigen Teilhabe am politischen Prozess. Mit Blick auf die strukturelle Komponente sozialen Kapitals wurde folgende Forschungsfrage ausgearbeitet: *Inwieweit erklärt die Einbindung in formelle und informelle soziale Netzwerke die differenzielle politische Beteiligung sozioökonomischer Statusgruppen?* (vgl. Abschnitte 3.1, 3.2). Durch den ausdrücklichen Bezug auf beide Formen sozialer Netzwerke soll zum einen einer empirischen Ausklammerung und zum anderen jüngeren Entwicklungen begegnet werden. So liegt der wissenschaftliche Fokus bislang eindeutig auf der Erforschung institutionalisierter Einbindungen im Rahmen offizieller Vereine, Verbände und Organisationen, wobei mehrheitlich eine positive Verbindung zur politischen Teilhabe gezogen wird (vgl. Abschnitt 3.3). Neuere Befunde aus der Sozialkapitalforschung stellen allerdings eine zukünftige Relevanz jener Eingebundenheiten infrage. Beispielhaft expliziert Putnam (2000) für die USA eine Abnahme vereinsorientierter Einbettungen, die sich insbesondere im Grad des aktiven Engagements und der persönlichen Identifikation manifestiert. Auch für die Bundesrepublik lässt sich anhand des *ALLBUS* eine langsame, aber stetig fortschreitende Abkehr von Vereinen nachweisen. Während die Befragten im Jahr 1988 noch in durchschnittlich 0,12 Vereinen organisiert waren, sind es 2008 im Durchschnitt nur noch 0,08 (vgl. Zentralarchiv 1988; Terwey/Baltzer 2015). Auf dieser Basis erscheint eine zunehmende Verlagerung der sozialen Partizipation von formellen in informelle Kontexte denkbar, was eine Erfassung persönlicher Beziehungskonstellationen umso erforderlicher macht.<sup>11</sup> Denn letztlich führt der bisherige Schwerpunkt auf institutionalisierte Netzwerke nicht nur zu einer systematischen Unterschätzung der sozialen Eingebundenheit einer Person, sondern mutmaßlich auch zu einer Unterbewertung des Politisierungspotenzials sozialer Netzwerke (vgl. Putnam/Goss 2001: 26). Zur adäquaten Abschätzung jener politisierenden Wirkungen erscheint auf Basis der empirischen Auseinandersetzung zudem eine differenzierte Betrachtung sozialer Netzwerkstrukturen fruchtbar. So sind neben zahlenmäßigen Aspekten vermehrt Hinweise auf eine politische Relevanz qualitativer Verschiedenheiten abzuleiten. Um der Breite und Vielfältigkeit sozialer Einbindungen gerecht zu werden, werden in

---

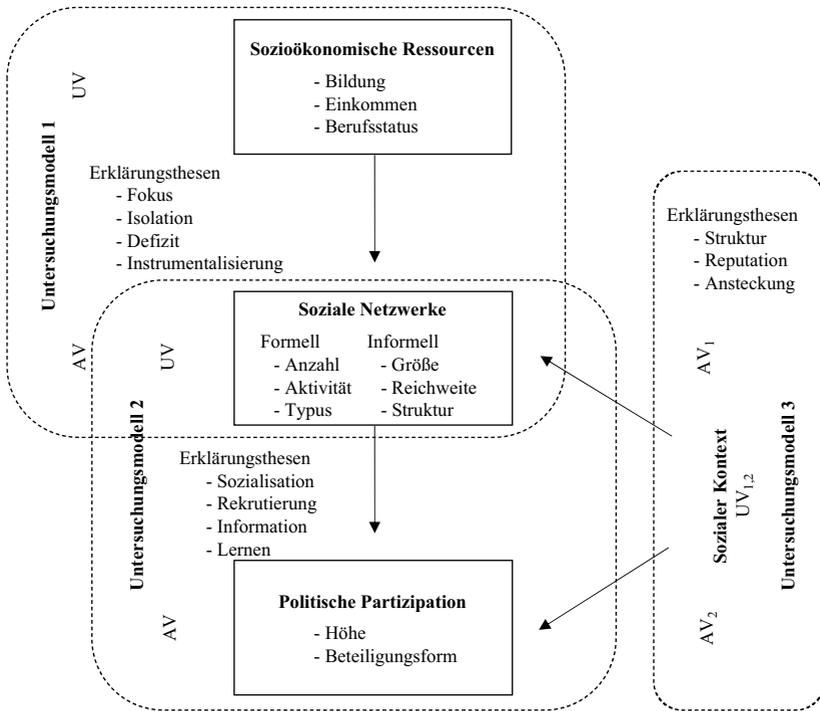
<sup>11</sup> Zwar beschreibt Putnam auch eine Abnahme informeller Aktivitäten, macht diese aber hauptsächlich an der für den persönlichen Kontakt intensivierten Stundenzahl fest und untersucht jene Einbindungen nicht weiter systematisch. Es steht zu vermuten, dass die persönliche Kontaktfrequenz und -dauer in der heutigen, zunehmend digitalisierten, Zeit nicht mehr die einzigen Kriterien einer sozialen Beziehung darstellen.

dieser Untersuchung folglich sowohl formelle und informelle soziale Netzwerke als auch quantitative und qualitative Merkmale derselben berücksichtigt (vgl. Abbildung 3.1).

Jene Differenzierungen sozialer Netzwerke einschließend, ist die Forschungsfrage auf Basis der vorangegangenen theoretischen wie empirischen Konzeptualisierung weiter in drei Untersuchungsmodelle zu zergliedern. Diese werden über drei untersuchungsleitende Thesen repräsentiert und bilden nachkommend den übergeordneten Rahmen für die empirische Analyse:

- T<sub>1</sub>: *Die individuelle Ausstattung mit sozioökonomischen Ressourcen beeinflusst die soziale Netzwerkeinbindung der oder des Einzelnen.*
- T<sub>2</sub>: *Die individuelle Einbindung in soziale Netzwerke beeinflusst die politische Partizipation der oder des Einzelnen.*
- T<sub>3</sub>: *Der soziale Kontext beeinflusst die soziale Netzwerkeinbindung sowie das politische Partizipationsverhalten der oder des Einzelnen.*

Die ersten beiden Thesen fokussieren jeweils individuelle Merkmale und beschreiben einerseits eine formative Wirkung statusabhängiger Ressourcen auf die sozialen Netzwerke (T<sub>1</sub>), andererseits einen politischen Einfluss jener Netzwerkelemente (T<sub>2</sub>). Entsprechend bilden die verschiedenen Aspekte sozialer Einbindung im ersten Untersuchungsmodell die abhängigen Variablen und stellen im zweiten Untersuchungsmodell die zentralen unabhängigen Variablen dar (vgl. Abbildung 3.1). Im dritten Untersuchungsmodell verschiebt sich der Analysefokus schließlich auf aggregierte Merkmale, wobei ein prägender Einfluss der sozialräumlichen Umwelt auf die soziale wie politische Teilhabe angenommen wird (T<sub>3</sub>). Obwohl solche Kontexteffekte erwartungsgemäß weniger stark ins Gewicht fallen sollten als Individualeffekte, kann die Gegenüberstellung sozialer Kontexte aufschlussreiche Erkenntnisse über die Randbedingungen partizipativer Handlungen liefern (vgl. Friedrichs 2014: 301; Abschnitt 3.3.3). Demgemäß bildet die soziale Umwelt in betreffenden Analysen die unabhängige Variable, während die sozialen und politischen Aktivitäten jeweils die abhängigen Variablen beschreiben. Abbildung 3.1 liefert einen schematischen Überblick über die in der statistischen Analyse zentrierten Untersuchungsmodelle, Zusammenhänge und Variablen.



**Abbildung 3.1** Grafische Darstellung des empirischen Untersuchungsmodells (*Quelle: Eigene Darstellung*)

Die grafische Darstellung des empirischen Untersuchungsmodells illustriert ebenfalls einen zentralen Stellenwert der theoretisch begründeten Erklärungsstrategien (vgl. Abschnitt 3.4). Mit Verweis auf die eingangs genannte Forschungsfrage besteht das Ziel dieser Arbeit nämlich nicht nur in der empirischen Untermauerung des Zusammenspiels zwischen sozioökonomischen Ressourcen, sozialen Netzwerken und politischer Partizipation, sondern ebenso in dessen theoretischer Begründung. Diese umfasst neben individuellen Anreizen und Motivationsstrukturen gleichfalls direkte Kosten und persönliche Hürden partizipativer Handlungen. Zusätzlich zu diesen individuellen Mechanismen berücksichtigen Einflüsse des sozialen Kontextes sozialräumliche Eigenarten, lebensweltliche Besonderheiten und politische Bedingungen. Zusammengefasst wird damit ein Forschungskonzept kreiert, das sozialstrukturelle, Rational Choice-basierte und

netzwerkorientierte Modelle zur Erklärung politischer Teilhabe kombiniert und diese um sozialräumliche Faktoren erweitert.

Ausgehend von der forschungsleitenden These des ersten Untersuchungsmodells ( $T_1$ ) werden zunächst Hypothesen zum Zusammenhang zwischen individueller Ressourcenausstattung und formeller sowie informeller Netzwerkeinbindung formuliert. Im Feld der institutionalisierten Netzwerke haben sich in der Forschungsdebatte neben der reinen Anzahl an Vereinsmitgliedschaften zudem der Mitgliedschaftsstatus (aktiv/passiv) und der Vereinstypus als aussichtsreiche qualitative Merkmale erwiesen (vgl. Abbildung 3.1). Auf Basis der spezifischen Vereinszwecke werden bei Letzterem instrumentelle und expressive Vereine kontrastiert (vgl. Abschnitt 4.3.1). Im informellen Bereich werden zusätzlich zur Größe die geografische Reichweite sowie die sozialstrukturelle Zusammensetzung persönlicher Beziehungsnetzwerke betrachtet. Die Berücksichtigung des Vereinstypus und der qualitativ-informellen Netzwerkelemente greift die Dichotomie bindendes versus brückenbildendes Sozialkapital auf, wobei zivilgesellschaftlich orientierte Mitgliedschaften/sozialstrukturelle Vielfalt als brückenbildende und interessenbasierte Mitgliedschaften/sozialstrukturelle Ähnlichkeit als bindende Variante charakterisiert werden. Mit Bezug auf die theoretischen Erklärungsstrategien werden grundlegend positive Einflüsse der sozioökonomischen Ressourcen auf die quantitativen Merkmale sozialer Netzwerke prognostiziert. Darüber hinaus sollte eine hohe Ressourcenausstattung mit einer höheren Aktivität, einer eher gesellschaftsorientiert-instrumentellen Vereinsausrichtung, einer höheren Reichweite und sozialer Heterogenität einhergehen. Im Einzelnen werden im ersten Untersuchungsmodell folgende Hypothese analysiert:

- $H_{1.1}$ : *Je höher die individuelle Ausstattung mit sozioökonomischen Ressourcen, desto größer ist die Anzahl an Mitgliedschaften in formellen Assoziationen.*
- $H_{1.2}$ : *Eine hohe individuelle Ausstattung mit sozioökonomischen Ressourcen wirkt stärker positiv auf die Wahrscheinlichkeit einer aktiven als einer passiven Mitgliedschaft in formellen Assoziationen.*
- $H_{1.3}$ : *Eine hohe individuelle Ausstattung mit sozioökonomischen Ressourcen wirkt stärker positiv auf die Wahrscheinlichkeit einer Mitgliedschaft in instrumentellen Assoziationen als auf eine Mitgliedschaft in expressiven Assoziationen.*
- $H_{1.4}$ : *Je höher die individuelle Ausstattung mit sozioökonomischen Ressourcen, desto größer ist das informelle soziale Netzwerk.*
- $H_{1.5}$ : *Je höher die individuelle Ausstattung mit sozioökonomischen Ressourcen, desto höher ist die geografische Reichweite des informellen sozialen Netzwerkes.*

H<sub>1,6</sub>: *Je höher die individuelle Ausstattung mit sozioökonomischen Ressourcen, desto heterogener ist die soziale Zusammensetzung des informellen sozialen Netzwerkes.*

Im Folgenden werden nun Hypothesen zur politischen Partizipation und formeller sowie informeller Netzwerkeinbindung entlang der zweiten Untersuchungsthese (T<sub>2</sub>) abgeleitet. In Anschluss an die theoretische und empirische Auseinandersetzung wird angenommen, dass in sozialen Netzwerken Politisierungsprozesse vorstattengehen, die das individuelle Involvement und die Motivation steigern, die Kosten und Hürden politischer Handlungen senken und somit letztlich eine politische Teilhabe begünstigen. Mit Blick auf die einzelnen Netzwerkelemente ist zu erwarten, dass die politische Stimulierung bei einer größeren Anzahl, Aktivität und gesellschaftlichen Relevanz individueller Vereinsmitgliedschaften sowie bei großen, weitläufigen und heterogenen Beziehungsnetzwerken vervielfacht wird.<sup>12</sup> Entsprechend sind im Kontext des zweiten Untersuchungsmodells folgende Hypothesen zu überprüfen:

H<sub>2,1</sub>: *Je größer die Anzahl an Mitgliedschaften in formellen Assoziationen, desto höher ist die individuelle politische Partizipation.*

H<sub>2,2</sub>: *Eine aktive Mitgliedschaft in formellen Assoziationen wirkt stärker positiv auf die individuelle politische Partizipation als eine passive Mitgliedschaft in formellen Assoziationen.*

H<sub>2,3</sub>: *Eine Mitgliedschaft in instrumentellen Assoziationen wirkt stärker positiv auf die individuelle politische Partizipation als eine Mitgliedschaft in expressiven Assoziationen.*

H<sub>2,4</sub>: *Je größer das informelle soziale Netzwerk, desto höher ist die individuelle politische Partizipation.*

H<sub>2,5</sub>: *Je höher die geografische Reichweite des informellen sozialen Netzwerkes, desto höher ist die individuelle politische Partizipation.*

H<sub>2,6</sub>: *Je heterogener die soziale Zusammensetzung des informellen sozialen Netzwerkes, desto höher ist die individuelle politische Partizipation.*

---

<sup>12</sup> Auf theoretischer Ebene erscheinen auch andere Kausalzusammenhänge plausibel. Im Sinne des Closure-Argumentes könnte gerade die hohe soziale Verbundenheit kleiner, lokaler und homogener Netzwerke (bonding social capital) über Mechanismen wie der sozialen Kontrolle einen positiven Einfluss auf die politische Partizipation ausüben (vgl. Coleman 1991: 415 f.; Abschnitt 2.4.1.2). Jedoch belegen empirische Studien eindeutig eine höhere politische Beteiligung ressourcenstarker Personen, die tendenziell durch größere, beziehungs-heterogene und ausgedehntere Netzwerke charakterisiert sind. Daher erscheint die Richtung der in dieser Untersuchung ausgewiesenen Kausalannahmen gerechtfertigt.

Die These des dritten Untersuchungsmodells ( $T_3$ ) beschreibt zuletzt Einflüsse des direkten Wohnumfeldes auf das Verhalten und Handeln der Anwohnenden. Grundlegend wird angenommen, dass Personen aus sozioökonomisch privilegierten Stadtteilen auch unabhängig ihrer individuellen Ressourcenausstattung eine höhere soziale und politische Beteiligung aufweisen als Personen aus sozioökonomisch schwachen Stadtteilen und zudem über eine, im dargelegten Sinn, günstigere Ausgestaltung ihrer informellen Beziehungsstrukturen verfügen. Die Kontexteffekte sollten in erstgenannten Gebieten entsprechend positiv ausfallen, sodass für die Wirkungen des sozialen Umfeldes folgende Hypothesen formuliert werden:

- $H_{3.1}$ : *Unabhängig der sozioökonomischen Ressourcenausstattung sind Personen aus sozial privilegierten Stadtteilen häufiger und eher aktiv in Vereinen engagiert als Personen aus sozial benachteiligten Stadtteilen.*
- $H_{3.2}$ : *Unabhängig der sozioökonomischen Ressourcenausstattung sind die sozialen Netzwerke von Personen aus sozial privilegierten Stadtteilen größer und weisen weniger lokale und verwandte Alteri auf als die sozialen Netzwerke von Personen aus sozial benachteiligten Stadtteilen.*
- $H_{3.3}$ : *Unabhängig der sozioökonomischen Ressourcenausstattung beteiligen sich Personen aus sozial privilegierten Stadtteilen häufiger politisch als Personen aus sozial benachteiligten Stadtteilen.*

**Open Access** Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.





Basierend auf der Konzeptualisierung sozialer Netzwerke als Bindeglied einer statusabhängigen Partizipation wurden im vorherigen Kapitel Hypothesen um die soziale und politische Einbindung abgeleitet. Zur statistischen Überprüfung dieser Annahmen werden nun Daten benötigt, die die zentralen Konstrukte angemessen abbilden. Bislang existieren jedoch kaum kleinräumige Erhebungen, die sämtliche spezifizierten Forschungsbestandteile einbinden, wobei insbesondere informelle Netzwerkstrukturen häufig nur unzureichend behandelt werden. Da bereits vorhandene Daten insgesamt als unvollständig oder zu ungenau für eine sekundärstatistische Untersuchung bewertet werden, wird im Folgenden eine Primärerhebung angestrebt. Infolgedessen widmet sich dieses Kapitel der Darlegung des empirischen Forschungsdesigns, welches die Auswahl der Untersuchungseinheiten sowie deren Begründung, die Methode der Datenerhebung und die Entwicklung des Messinstrumentes umfasst (vgl. Abschnitte 4.1, 4.2, 4.3). Geschlossen wird dieser Teil mit praktischen Informationen, der Feldphase und einem Überblick über zentrale datenanalytische Aspekte (vgl. Abschnitte 4.4, 4.5, 4.6).

---

**Ergänzende Information** Die elektronische Version dieses Kapitels enthält Zusatzmaterial, auf das über folgenden Link zugegriffen werden kann  
[https://doi.org/10.1007/978-3-658-36754-1\\_4](https://doi.org/10.1007/978-3-658-36754-1_4).

## 4.1 Der Untersuchungsgegenstand

Nachkommend erfolgt zunächst eine begründete Auswahl der empirischen Untersuchungseinheiten, welche daraufhin auf Basis amtlicher Statistiken und lebensweltlicher Hintergründe skizziert werden. Dieser Abschnitt dient folglich nicht nur der Darstellung, sondern auch der persönlichen Annäherung an die ausgewählten Stadtteile und ist in diesem Sinne gleichfalls als explorative Vorphase für die Entwicklung des Messinstrumentes zu werten.

### 4.1.1 Auswahl der Untersuchungseinheiten

Die Auswahl der Untersuchungseinheiten korrespondiert mit einer Forschungslücke in der politischen Partizipationsforschung, die durch einen Mangel an kleinräumigen Untersuchungen bedingt ist. Wie in Abschnitt 3.3.3 dargelegt, konzentriert sich das Gros empirischer Studien auf den Ländervergleich, den nationalen Kontext oder die Ebene von Großstädten. Durch diesen Fokus wird vernachlässigt, dass die politische Teilhabe bereits in deutlich kleineren Kontexten, wie innerhalb einer Stadt, erheblich differieren kann. Um solche innerstädtischen Unterschiede abbilden zu können, werden in dieser Untersuchung Stadtteile als zentrale Untersuchungseinheiten gewählt. Stadtteile bilden geografisch klar abgrenzbare Einheiten innerhalb eines größeren Kontextes, die einerseits groß genug sind, um Unterschiede infolge sozialer Segregationsprozesse widerzuspiegeln, andererseits jedoch klein genug bleiben, um sozialräumliche Besonderheiten angemessen erfassen zu können. Die Bestimmung der einzelnen Fälle stützt sich im Weiteren auf eine Studie der Bertelsmann Stiftung zur Bundestagswahl 2013, in der nicht nur Städte, sondern insbesondere auch Stimmbezirke und eben Stadtteile in den Mittelpunkt gerückt werden (vgl. Schäfer et al. 2013). Der Bezug auf die Beteiligung an Wahlen stellt auch aus sachlicher Perspektive ein geeignetes Auswahlkriterium dar. Da diese Beteiligungsform von einem relativ breiten Teil der Bevölkerung genutzt wird, kann die nachfolgende Auswahl nach vergleichsweise objektiven Kriterien erfolgen (vgl. Abschnitt 2.1.3). In der Bertelsmann-Studie wurden nun Informationen über 640 Stimmbezirke sowie 1.004 Stadtteile aus 28 Großstädten der Bundesrepublik gesammelt und deren Wahlbeteiligung jeweils mit statistischen Indikatoren wie der Arbeitslosenquote oder der Kaufkraft verknüpft. Auf dieser Basis lassen sich schließlich empirisch haltbare Aussagen über Sozialräume mit einer hohen respektive niedrigen Wahlbeteiligung ableiten. Zusammengefasst ist die durchschnittliche Wahlbeteiligung

in allen untersuchten Einheiten erwartungsgetreu hoch mit dem jeweiligen sozialen Status verbunden, demnach sich sozioökonomisch starke Gebiete durch eine hohe Beteiligungsquote auszeichnen und vice versa (vgl. Schäfer et al. 2013: 9–13).

Während sich die in dieser Untersuchung postulierten Individualzusammenhänge bereits anhand eines einzelnen Stadtteils überprüfen lassen, sind potenzielle Kontexteffekte nur mittels eines Vergleichs aufzudecken. Um sozialräumliche Besonderheiten und deren Einflüsse auf das individuelle Partizipationsverhalten sichtbar zu machen, sollten die Untersuchungseinheiten Variationen in den interessierenden Eigenschaften aufweisen. Unter dieser Prämisse werden im Folgenden zwei Stadtteile auf der Basis von Unterschieden ausgewählt. Die Bestimmung der Stadtteile erfolgt damit als positive Fallauswahl, wobei methodisch dem *most similar systems design* gefolgt wird. Nach dieser Auswahlmethode werden Fälle herangezogen, die sich „in Bezug auf die interessierende unabhängige und abhängige Variable unterscheiden, sich aber bezüglich möglicher Drittvariablen sehr ähnlich sind“ (Bernauer et al. 2015: 102 f.; vgl. Jahn 2006: 175; Jansen 1999: 49; Przeworski/Teune 1970). Die notwendige Varianz wird durch die Bezugnahme auf elektorale Beteiligungsraten als Selektionskriterium gewährleistet (abhängige Variable), mit denen, wie dargelegt, sozioökonomische Differenzen assoziiert sind (unabhängige Variablen). Um die äußeren Rahmenbedingungen weitestgehend konstant zu halten, werden Stadtteile aus derselben Großstadt ausgewählt, die entsprechend dasselbe politische System, dasselbe Wirtschaftssystem sowie vergleichbare Bildungsinstitutionen (u. a.) aufweisen. Da die externe Varianz folglich gering ist, dürfen etwaige Veränderungen der abhängigen Variable auf herangezogene Erklärungsfaktoren zurückgeführt werden. Darüber hinaus wird die experimentelle Varianz durch das Heranziehen zweier Extremfälle – Stadtteile, die in den relevanten Eigenschaften größtmöglich variieren – maximal vergrößert. Begründet werden kann dieses Vorgehen zum einen mit der voraussichtlich höheren Sichtbarkeit sozialer Kontexteffekte, zum anderen darf mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit von allgemeinen Mustern ausgegangen werden, sofern sich die vermuteten Individualeffekte in beiden Extremfällen nachweisen lassen. Eine Übertragbarkeit auf weniger extreme Fälle erscheint auf dieser Grundlage denkbar.

Bezugnehmend auf die Daten der Bertelsmann-Studie werden zur Bestimmung der Extremfälle nun die Stadtteilwahlbeteiligungen der untersuchten Großstädte verglichen. Tabelle 4.1 gibt einen Überblick über die durchschnittliche Wahlbeteiligung einer Stadt sowie über deren jeweils höchste und niedrigste Stadtteilwahlbeteiligung. In Bezug auf die Beteiligungsraten sind zunächst durch Variationen zwischen den einzelnen Städten zu erkennen, wobei Aachen

**Tabelle 4.1** Wahlbeteiligungsquoten in deutschen Großstädten (Bundestagswahl 2013)

	Wahlbeteiligung in Prozent (WBT)						
	Gesamt	Geringste Stadtteil-WBT	Höchste Stadtteil-WBT		Gesamt	Geringste Stadtteil-WBT	Höchste Stadtteil-WBT
Aachen*	78,7 (50,2)	39,1	59,2	Karlsruhe*	72,9 (52,9)	44,8	64,2
Berlin	72,5	65,1	79,8	Kiel	70,4	47,5	84,9
Bielefeld	72,5	65,7	81,3	Köln	72,5	42,5	88,7
Braunschweig	74,2	58,3	85,2	Krefeld	68,9	55,1	78,9
Bremen	69,9	50,1	86,2	Leipzig	67,9	46,7	82,2
Chemnitz*	67,5 (53,0)	45,0	63,3	Lübeck*	69,9 (54,1)	49,3	58,3
Dresden	73,9	55,3	83,3	Magdeburg*	63,7 (n. a.)	41,7	63,5
Düsseldorf	73,3	58,9	91,8	Mainz	75,5	67,7	85,4
Erfurt*	69,4 (55,7)	45,2	73,9	München	71,2	61,5	75,2
Freiburg	76,7 (53,3)	45,7	63,4	Münster	79,1	67,8	83,5
Gelsenkirchen	65,2	62,2	69,0	Rostock*	67,2 (53,0)	43,4	70,5
Halle*	65,2 (50,2)	36,2	66,5	Stuttgart	76,7	68,8	83,8
Hamburg	70,3	53,3	86,9	Wiesbaden	69,8	58,3	88,5
Hannover	72,4	54,6	86,5	Wuppertal	69,6	61,8	78,3

*Anmerkungen:* Bundesdurchschnitt: 71,5 %. \*Als Basis zur Berechnung der höchsten und niedrigsten Stadtteilwahlbeteiligungen konnten nur die Ergebnisse der Urnenwahl berücksichtigt werden. Das Gesamtergebnis der Urnenwahl findet sich in Klammern.

*Quelle:* Eigene Darstellung, nach: Schäfer et al. 2013.

(78,7 %) und Magdeburg (63,7 %) die größten Unterschiede zum gesamtdeutschen Durchschnitt (71,5 %) verzeichnen. Allerdings sind die Abweichungen von 7,2 beziehungsweise 7,8 Prozentpunkten allenfalls als moderat einzustufen.

Des Weiteren offenbart sich ein Zusammenhang zwischen Einwohnerzahl und städtischer Wahlbeteiligung, die sich mit steigender Bevölkerungszahl zunehmend dem Bundesdurchschnitt annähert. Im Gegensatz zu den weniger bevölkerungsreichen Städten Aachen und Magdeburg weicht die Wahlbeteiligung in den vier größten Städte kaum mehr vom nationalen Durchschnitt ab (Berlin: 72,5 %; Hamburg: 70,3 %; München: 71,2 %; Köln: 72,5 %). Dieser Befund entspricht dem in Abschnitt 3.3.3 dargelegten empirischen Argument, demnach die Varianz mit der Größe der herangezogenen Einheiten sinkt. Mit Blick auf die einzelnen Stadtteile wird diese Tendenz ungleich deutlicher, denn hinter den Durchschnittswerten einer Stadt verbergen sich mitunter beachtliche Unterschiede. Beispielsweise bewegt sich die durchschnittliche Wahlbeteiligung in Hamburg innerhalb einer

Spannweite von 53,3 % (Rothenburgsort) und 86,9 % (Lemsahl-Mellingstedt). Basierend auf diesen Erkenntnissen wird nun für jede Stadt die Differenz zwischen der höchsten und der niedrigsten Stadtteilwahlbeteiligung berechnet und die Ergebnisse in eine Rangfolge gebracht (vgl. Tabelle 4.2). In dieser Listung rangiert die Stadt Köln mit einer Beteiligungsdifferenz von 46,2 Prozentpunkten mit beachtlichem Abstand auf dem vordersten Platz. Demnach ist Köln durch eine sehr hohe interne Heterogenität charakterisiert, die durch die durchschnittliche Wahlbeteiligung verschleiert wird.

**Tabelle 4.2** Rangfolge der Stadtteilwahlbeteiligungsdifferenzen in deutschen Großstädten (Bundestagswahl 2013)

		Differenz höchste und niedrigste Wahlbeteiligung (Prozentpunkte)	Anzahl untersuchter Stadtteile/ Bezirke			Differenz höchste und niedrigste Wahlbeteiligung (Prozentpunkte)	Anzahl untersuchter Stadtteile/ Bezirke
1	Köln	46,2	86	15	Magdeburg	21,8	32
2	Kiel	37,4	30	16	Aachen	20,1	34
3	Bremen	36,1	81	17	Karlsruhe	19,4	27
4	Leipzig	35,5	63	18	Chemnitz	18,3	39
5	Hamburg	33,6	103	19	Mainz	17,7	15
6	Düsseldorf	32,9	48	20	Freiburg	17,7	39
7	Hannover	31,9	51	21	Wuppertal	16,5	10
8	Halle	30,3	39	22	Münster	15,7	6
9	Wiesbaden	30,2	26	23	Bielefeld	15,6	10
10	Erfurt	28,7	53	24	Stuttgart	15,0	23
11	Dresden	28,0	61	25	Berlin	14,7	12
12	Rostock	27,1	21	26	München	13,7	25
13	Braunschweig	26,9	19	27	Lübeck	9,0	10
14	Krefeld	23,8	9	28	Gelsenkirchen	6,8	5

Quelle: Eigene Berechnungen, nach: Schäfer et al. 2013.

Einschränkend ist an dieser Stelle auf die zum Teil sehr unterschiedliche Anzahl der herangezogenen Stadtteile beziehungsweise Bezirke zu verweisen. Sofern diese Differenzen lediglich auf der Größe der Städte beruhen, sind sie aufgrund maximal möglicher Zergliederungen unproblematisch. In einigen Städten wären jedoch theoretisch kleinteiligere Analysen möglich, die in der Praxis aufgrund datenbezogener Einschränkungen nicht umgesetzt werden konnten. Da eben diese Aufteilung in kleinere Bezirke besagte innerstädtische Varianz erhöht, ist auf dieser Basis tatsächlich kein abschließendes Urteil über die größten Beteiligungunterschiede zu fällen. Ein Vergleich der einwohnerstärksten Städte

verdeutlicht die Problematik einer ungleichen Datenbasis. Während für München lediglich 25 und für Berlin sogar nur 12 Bezirke herangezogen werden konnten, gingen für Köln (86) und Hamburg (103) deutlich mehr Stadtteile in die Analyse ein; entsprechend größer fallen dort die Beteiligungsunterschiede aus. Davon abgesehen belegt aber ein Vergleich der Städte mit ähnlicher Datenbasis (z. B. Hamburg, Düsseldorf), dass die Tendenz einer verzerrten Wahl in Köln besonders stark ausgeprägt ist. Damit scheint die Bestimmung dieser Stadt als Untersuchungsgegenstand durchaus zielführend für die Bearbeitung der Fragestellungen zu sein. Hinter den Beteiligungsquoten verbergen sich die Kölner Stadtteile Hahnwald (88,7 %) und Chorweiler (42,5 %), deren sozialstrukturelle Merkmale im nachfolgenden Abschnitt illustriert werden.

### 4.1.2 Sozialstruktureller Kontext

Als Untersuchungsobjekte wurden mit Köln-Hahnwald und Köln-Chorweiler zwei Stadtteile ausgewählt, deren Bewohnerinnen und Bewohner mindestens im elektoralen Bereich ein sehr differenzielles politisches Partizipationsverhalten aufweisen.<sup>1</sup> Inwieweit diese Unterschiede mit sozialstrukturellen Verschiedenheiten einhergehen, soll an dieser Stelle anhand eines Überblicks über stadtteilbezogene statistische Kennzahlen objektiv beurteilt werden.<sup>2</sup>

Der Stadtteil Hahnwald liegt im Südwesten von Köln und gehört dem Stadtbezirk Rodenkirchen an (vgl. Abbildung 4.1). Auf einer Fläche von 2,99 km<sup>2</sup> leben insgesamt 2.065 Menschen, die sich auf rund 900 Haushalte verteilen. Die Anwohnenden beschreiben ihren Stadtteil selbst als eines der exklusivsten Villenviertel Deutschlands, in dem normative Bauanweisungen beispielsweise die Mindestgröße eines Grundstückes auf 2.000 m<sup>2</sup> festlegen (vgl. IG Hahnwald o. J.).

Demgegenüber ist Chorweiler im Kölner Norden im gleichnamigen Stadtbezirk Chorweiler angesiedelt. In diesem Stadtteil leben 13.324 Personen in rund 5.200 Haushalten auf einer Fläche von 1,92 km<sup>2</sup>. Damit beläuft sich die Bevölkerungsdichte auf annähernd 7.000 Personen/km<sup>2</sup>, wohingegen in Hahnwald nur etwa 700 Personen einen Quadratkilometer bewohnen. Aufgrund der hohen

---

<sup>1</sup> Auch bei der Bundestagswahl 2017 (Ø Köln: 75,9 %) sowie der Landtagswahl 2017 (Ø Köln: 64,9 %) weist Hahnwald jeweils die höchsten (88,5 % und 82,1 %) und Chorweiler jeweils die niedrigsten (45,8 % und 31,9 %) Beteiligungsquoten in Köln auf (vgl. Stadt Köln 2017b, 2017c).

<sup>2</sup> Sofern nicht anders gekennzeichnet, beziehen sich die nachfolgenden Zahlen auf das Jahr 2016 (vgl. Stadt Köln 2016).



**Abbildung 4.1** Geografische Lage der Stadtteile Hahnwald und Chorweiler (*Quelle: Stadt Köln 2017a: 2*)

Bevölkerungsdichte sowie des hohen Anteils an Sozialbauwohnungen gleicht Chorweiler in typischer Weise dem Bild einer Großsiedlung (vgl. Kurtenbach 2017: 95). Tatsächlich werden in diesem Stadtteil 71,1 % der Mietwohnungen öffentlich gefördert, woran eine verbreitete soziale Benachteiligung abzulesen ist (Hahnwald: 0 %). Diese Kennwerte spiegeln sich in den Raten stadtteilbezogener Arbeitslosigkeit wider. Während die Arbeitslosenquote in Hahnwald nur bei 1,6 % liegt, gehen in Chorweiler 17 % der erwerbsfähigen Personen zwischen 15 und 65

Jahren keiner erwerbsmäßigen Beschäftigung nach. Diese Quote fällt damit mehr als doppelt so hoch aus wie der Kölner Gesamtdurchschnitt (8,1 %). Ein besonderes Problem dieses Stadtteils stellt überdies die hohe Jugendarbeitslosigkeit dar (10,8 %; Köln Gesamt: 5,3 %).

Analog zu den vorherigen Kennzahlen differiert auch die formale Bildung erheblich zwischen den beiden Stadtteilen. In Hahnwald weist rund die Hälfte der Haushalte mindestens das (Fach-)Abitur auf (47,6 %), wohingegen dieser Anteil in Chorweiler lediglich bei 15,9 % liegt und damit geringer ausfällt als der Anteil der Haushalte ohne Schulabschluss (17,7 %). Die Bildung dient der Forschungsgruppe um Schäfer neben weiteren Sozialindikatoren wie der Kaufkraft und der Arbeitslosigkeit ferner als Grundlage für eine milieubezogene Einordnung der Stadtteile. Alles zusammengenommen weisen sie 96,3 % der Haushalte aus Hahnwald ökonomisch stärkeren Milieus (Konservativ-Etablierte, Liberal-Intellektuelle und Performer) und 81,6 % der Haushalte aus Chorweiler ökonomisch schwächeren Milieus (Hedonisten, Prekäre und Traditionelle) zu (vgl. Schäfer et al. 2013: 133). Tatsächlich gehören in Chorweiler „rund zwei Drittel der Haushalte allein dem Einzelmilieu der Hedonisten an, die Mehrzahl der sonstigen Milieus ist hier inexistent“ (ebd.: 129). Charakteristisch für Chorweiler ist darüber hinaus eine hohe ethnisch-kulturelle Durchmischung der Bevölkerung, die sich im Jahr 2017 aus 94 unterschiedlichen Nationalitäten zusammensetzt. Dabei weisen 80,9 % der Anwohnenden einen Migrationshintergrund auf (Hahnwald: 23,3 %) und der Ausländeranteil beläuft sich auf 40,3 % (Hahnwald: 12,1 %; vgl. Stadt Köln 2017a: 22).

Der Überblick über die wesentlichen statistischen Kennzahlen spiegelt die Prozesse der sozialen Segregation in der Stadt Köln anschaulich wider. Entsprechend der theoretischen Erwartungen sind die ausgewählten Stadtteile durch hohe sozio-ökonomische Unterschiede gekennzeichnet, die ihren Ausdruck in einer extrem ungleichen Wahlbeteiligung finden. Insgesamt können mit den Daten amtlicher Statistiken zwar objektive Gegebenheiten erfasst werden, woraus jedoch noch keine Aussagen über subjektive Empfindungen und persönliche Erfahrungen der Menschen abzuleiten sind (vgl. Kurtenbach 2017: 101). Jene lebensweltlichen Bezüge sind daher im Folgenden zu zentrieren.

### **4.1.3 Lebensweltlicher Kontext**

Jenseits objektiver Durchschnittswerte existieren zwischen Wohngebieten und den zugehörigen Personen in der Regel weitere Unterschiede, die subjektive Erfahrungen und somit das tatsächliche Leben und Wohnen in einem Stadtteil umschließen. Zwecks Annäherung an jene lebensweltlichen Rahmenbedingungen

wurden diverse Gebietserkundungen und Beobachtungen vorgenommen sowie Gespräche und Diskussionen mit Anwohnenden und Stadtteilkundigen geführt. Denn ein Zugang zum Denken, Handeln und zu kulturellen Eigenheiten ist erst durch einen intensiven Kontakt zu erreichen (vgl. Girtler 2001: 54). Die Ergebnisse der persönlichen Kontaktaufnahme offerieren schließlich subjektive Erkenntnisse über den Untersuchungsgegenstand, die in die anschließende Phase der Datenerhebung und deren Vorbereitung einfließen. Diese Form der Auseinandersetzung gleicht daher einer explorativen Voruntersuchung, die mit der Vorgabe einer möglichst offenen, vorurteilsfreien und beobachtenden Herangehensweise verknüpft ist.

### Hahnwald

Im Stadtteil Hahnwald wurde am 12.08.2015 eine erste Gebietserkundung vorgenommen. Erwartungsgetreu erwies sich der Stadtteil zum einen als sehr weitläufig, woran die geringe Bevölkerungsdichte und die großzügig bemessenen Grundstücke Anteil haben. Zum anderen erweckten die unmittelbare Nähe zum naturgeschützten *Forstbotanischen Garten* sowie zahlreiche ausgedehnte Gartenanlagen den Eindruck eines grünen und naturnahen Stadtteils. Neben Doppelhäusern, die optisch zum Teil wie Einzelhäuser wirken<sup>3</sup>, ist das Gebiet geprägt durch ausladende Anwesen, die verschiedene architektonische Besonderheiten aufweisen. Ergänzt wird das Erscheinungsbild des Stadtteils durch eine ordentliche, gepflegte und zudem ruhige Umgebung, in der wenigstens tagsüber sehr wenig Straßenverkehr und Lärm vorherrscht. Im Weiteren ist Hahnwald als reine Wohnanlage konzipiert, sodass vor Ort keinerlei Geschäfte, Schulen, Kirchen, freizeitbezogene oder sonstige institutionelle Einrichtungen vorzufinden sind. Somit muss sowohl für die berufliche Tätigkeit als auch private alltägliche Anliegen der Stadtteil verlassen werden. Auch sonst waren zum Zeitpunkt der Begehung nur wenige Menschen außerhalb ihres Grundstücks anzutreffen, sodass sich eine Kontaktaufnahme entsprechend schwierig gestaltete. Augenfällig war überdies das hohe Sicherheitsbedürfnis vieler Anwohnenden, das durch den präsenten privaten Sicherheitsdienst pointiert wurde. Nichtsdestotrotz überwog bei dieser Begehung ein dörflich-gediegener Gesamteindruck.

Gelegenheiten zur persönlichen Kontaktaufnahme ergaben sich schließlich bei dem Besuch des ansässigen Sommerfestes (22.08.2015). Mit der Intention, über die Methode der teilnehmenden Beobachtung Verhalten und Interaktionen

---

<sup>3</sup> „Diese Typen sind lediglich auf etwa 3 m Länge im Bereich der Wohnzimmer miteinander verbunden. Mit diesem Kunstgriff erfüllte man die Bebauungsverordnung, dass pro Einheit mindestens 2.000 qm Grundstück ‚vorhanden‘ sein müssen“ (vgl. IG Hahnwald o. J.; Herv. im Orig.).

in ungekünstelten Situationen zu erfassen, wurden die Teilnehmenden zunächst unspezifisch beobachtet und schließlich offen und direkt mit ihnen interagiert (vgl. Legewie 1995). Nach anfänglicher Distanz konnte mit Hilfe einer Schlüsselperson der Kontakt zu verschiedenen Gruppierungen aufgenommen werden, wobei sich die meisten Anwesenden aufgeschlossen, interessiert und kommunikativ zeigten. Im Verlauf mehrerer Gespräche wurde unter anderem beschrieben, wie jene Personen aufgrund ihres Wohnortes unter Klischees und Vorurteilen zu leiden haben. Die Befürchtung, im Kölner Raum als „überhebliche Reiche“ wahrgenommen zu werden, wurde artikuliert und gleichzeitig nachdrücklich das Gegenteil betont. Leider gebe es von außen selten Versuche, diese Vorurteile zu überprüfen und möglicherweise abzubauen. Der Stadtteil selbst wurde mehrheitlich als „schöner Ort zum Leben“ geschildert, der „perfekt für Kinder“ sei und sich insgesamt durch eine „ruhige Wohnatmosphäre“ wie eine „sympathische Nachbarschaft“ auszeichne. Indes war jedoch von Beginn an eine räumliche Trennung der Teilnehmenden zu beobachten, die sich in zwei Großgruppen manifestierte. Nicht nur räumlich, sondern auch optisch schienen sich Zugezogene und Alteingesessene zumindest stückweise voneinander abzugrenzen. In diesem Zusammenhang berichtete ein Ehepaar, das sich erst kürzlich in Hahnwald niedergelassen hat, von einer relativ schwierigen Anschlussfähigkeit, die das „Knüpfen neuer Kontakte“ kompliziere. Diese Tatsache wird mutmaßlich mitbedingt durch das Fehlen institutioneller Arrangements, sodass das Leben entweder im Privaten oder in einem anderen Stadtteil stattfindet. Der Großteil der Personen sprach sich jedoch überwiegend positiv über diesen Sachverhalt aus, da Supermärkte, Kioske oder Lokale das Gesamtbild des Wohngebietes beeinträchtigen würden. Ebenso wenig wurden weitere infrastrukturelle Anbindungen, die aktuell aus einer Busverbindung bestehen, als notwendig erachtet. Nach Offenlegung der eigentlichen Motive des Besuches sowie einer Skizzierung des Forschungsinteresses, zeigten sich viele Personen interessiert an dem Untersuchungsvorhaben und äußerten sich neugierig bis geschmeichelt darüber, dass ihr Stadtteil für eine Studie ausgewählt wurde. Auf Basis dieser Erkenntnisse scheint eine Motivierung der Zielpersonen zur kooperativen Teilnahme an der Befragung nicht unmöglich.

Insgesamt erweckte der Stadtteil einen sehr wertbeständigen, gut strukturierten und situierten sowie zum Teil dörflichen Eindruck. Die Menschen aus Hahnwald kennen sich zwar untereinander, nehmen neue Personen aber offensichtlich nicht immer direkt in ihren Kreis auf. Gänzlich fremde Personen werden zudem zunächst mit Distanz, Skepsis oder sogar Argwohn betrachtet, wie ebenfalls aus einigen Gesprächen zu schließen war.

### Chorweiler

Dem Stadtteil Chorweiler wurde sich ebenfalls zunächst über Gebietserkundungen genähert (28.08.2015), wobei ein wesentliches Ziel darin bestand, die Realität mit dem medial vermittelten Bild eines sozialen Brennpunktes abzugleichen. Auf den ersten Blick wird das Stadtbild tatsächlich von großen Wohnanlagen, einem Einkaufszentrum und grau-gelbem Beton dominiert. Dieser Eindruck wird jedoch durch eine weitläufige Parkanlage, die sich nur wenige Gehminuten vom Zentrum entfernt erstreckt, teilweise enthärtet.<sup>4</sup> Darüber hinaus wirkt das Zentrum durch die großen Wohnanlagen zwar eintönig und insgesamt etwas abgenutzt, jedoch sind die Straßen und öffentlichen Plätze nicht auffallend schmutzig oder derangiert, wie es aufgrund zahlreicher Darstellungen zu erwarten war. Der Stadtteil zeichnet sich des Weiteren dadurch aus, dass alles Notwendige unmittelbar vor Ort verfügbar ist (u. a. Supermärkte, Bekleidungsgeschäfte, Arztpraxen, Kirchen), infolgedessen der vergleichsweise weite Weg in die Kölner Innenstadt oder in umliegende Stadtteile nicht (häufig) unternommen werden muss. Ungeachtet der Parkanlage scheint der zentrale *Liverpooler Platz* jedoch auch an einem Sonntag Dreh- und Angelpunkt des sozialen Lebens zu sein. Viele Menschen sitzen am oder spazieren über den Platz und halten sich am nahegelegenen Einkaufszentrum auf. Dabei verhalten sie sich weder freundlich noch unfreundlich, aber distanziert, sodass erste Kontaktversuche weitestgehend ergebnislos verliefen. Da somit insgesamt kein intensiver Kontakt aufgebaut werden konnte, wurde ein anderer Weg gewählt, sich dem Untersuchungsgegenstand anzunähern: „Wenn ich etwas wissen will über einen bestimmten Ortsteil oder eine Siedlung, so frage ich kompetente Leute danach“ (Girtler 2001: 32).

In einem offenen Gespräch berichtete ein Mitarbeiter der *Sozialraumkoordination Chorweiler* am 23.09.2015 unter anderem von den Menschen, ihren Bedarfen und den Problemen des Stadtteils. Ein wichtiges Anliegen war ihm zunächst die Abschwächung der, teils medial, verbreiteten Vorurteile über den Stadtteil. Tatsächlich sei Chorweiler „ein schöner Ort zum Leben mit schnellem Zugang zu

---

<sup>4</sup> Der *Olof-Palme-Park* ist das Produkt einer verfehlten Stadtraumplanung. So wurde der Stadtteil Chorweiler in der Mitte des 20. Jahrhunderts mit dem Ziel entwickelt, „eine eigenständige Stadt für alle Lebensbereiche zu schaffen, d. h. ein Nebeneinander von Wohnen, Arbeiten, Handel, Freizeit und sozialen Einrichtungen“ (Mahler 1997: 15). Zu deren infrastrukturellen Anschluss an das 15 Kilometer entfernte Kölner Stadtzentrum wurde eine mehrspurige Schnellstraße angelegt. Faktisch verschlug es zunächst jedoch nur vergleichsweise wenige Menschen in den Kölner Norden, sodass das ambitionierte Vorhaben aufgegeben werden musste. In den Folgejahren wurde schließlich versucht, die fehlerhafte Planung durch verkehrsberuhigte Bereiche und Grünflächen zu beseitigen.

ländlichen Gebieten“, wobei auch die Kriminalität kein derart großes Problem sei wie häufig dargestellt. Mit Blick auf das „verschlissene Stadtbild“ wurden zum einen unklare Zuständigkeiten zwischen Stadt, Wohnungsunternehmen und anderen Institutionen identifiziert, zum anderen würden die Anwohnenden selbst nur wenig Interesse an verschönernden oder aufwertenden Maßnahmen aufbringen. Beispielhaft wurde hier die Umgestaltung des Daches des Einkaufszentrums als private Nutz- und Freizeitfläche genannt, wobei sich weniger die Installation der notwendigen Geräte als vielmehr deren Instandhaltung als problematisch erwiesen. Da sich schließlich niemand verantwortlich fühlte, sei dieses Gelände nunmehr dermaßen verwahrlost, dass „man dort problemlos eine Folge *The Walking Dead* drehen könnte. Überall nur verrostete und überwucherte Spielanlagen“. Auch der Großteil der Wohnhäuser sei in einem schlechten Zustand, wobei viele der Menschen akute Mängel nicht ansprechen oder sich sogar gegen deren Ausbesserung aussprechen. Primär seien die Befürchtungen, die Wohnungen wären nach den Sanierungsarbeiten „zu nobel“ und „die Mieten entsprechend zu hoch“, für jene Entwicklungen verantwortlich. Die Ansicht, „nichts Gutes ohne Gegenleistung oder negative Folgen“ (z. B. Wohnungskündigung) zu erhalten, sei weit verbreitet, sodass die Lage inzwischen sehr festgefahren ist. Dieser Stillstand werde im Weiteren durch die Tatsache verstärkt, dass sich die Menschen einander weitestgehend fremd sind. Obwohl es in diesem Stadtteil allgemein nur wenig Fluktuationen gibt, kenne kaum jemand andere Personen aus der direkten Nachbarschaft. Mitbedingt durch die unterschiedlichen Nationalitäten und den zum Teil enormen Verständigungsproblemen, verhindere diese Form der Isolation das Entstehen eines Gemeinschaftsgefühls sowie wechselseitige Kooperation und Koordination. Überdies fühlten sich die Menschen aus Chorweiler nicht nur untereinander isoliert, sondern auch vom weiteren Kölner Raum ausgeschlossen. Zum einen aufgrund der objektiven Entfernung zum Stadtzentrum, zum anderen aufgrund subjektiver Wahrnehmungen. Im direkten Zusammenhang mit dem Untersuchungsvorhaben wurde ferner eine mehrheitliche politische Inaktivität in Chorweiler beschrieben. Das politische Interesse sei nur schwach ausgeprägt und politische Aktivitäten überaus selten. Daran anknüpfend stelle auch die Motivierung der Zielpersonen zu einer Teilnahme an der Untersuchung eine große Herausforderung dar. Insgesamt vermittelte dieses Gespräch erste Eindrücke über den Stadtteil und wichtige Hinweise über den Untersuchungsgegenstand. Einschränkend basieren diese Einblicke aber überwiegend auf einer außenperspektivischen Sichtweise, die sich zudem aus der berufsbedingten täglichen Konfrontation mit aktuellen Problem- und Bedarfslagen speist.

Zur Erfassung persönlich-subjektiver Erfahrungen wurde daher zusätzlich der Kontakt zu einem in Chorweiler lebenden Studenten aufgenommen (11.10.2016). Aus dieser Innenperspektive heraus wurde eine grundlegend optimistischere Darstellung des Stadtteils und seiner Anwohnerschaft geliefert. Es wurden durchweg positive Erfahrungen berichtet, die sich wie folgt zusammenfassen: Chorweiler sei ein „stark unterschätzter Stadtteil“ mit „wenig Kriminalität“, „freundlichen und hilfsbereiten Menschen“ sowie einem grundsätzlich „angenehmen Wohnumfeld“. Diese Wahrnehmungen wurden indes von einem Caféinhaber sowie einem Mitglied der Lokalpolitik (SPD) geteilt, die ebenfalls in Chorweiler leben und sich spontan dem Gespräch anschlossen. Betreffend lokaler Vergemeinschaftungen wurde die genannte Einschätzung fehlender nachbarschaftlicher Kontakte, und somit allgemein mangelnden Sozialkapitals, deutlich abgeschwächt. Dies ließ sich gleichfalls in verschiedenen Interaktionen mit anderen Anwohnenden beobachten. In der vergleichsweise kurzen Gesprächsdauer wurden die Beteiligten häufig von anderen Personen begrüßt, angesprochen oder in kurze Gespräche mit unterschiedlichen Anliegen verwickelt. Als problematisch wurden in diesem Zusammenhang jedoch interethnische Spaltungen herausgestellt. Demzufolge haben sich in Chorweiler viele Gruppierungen auf Basis ethnischer Zugehörigkeiten herausgebildet, die untereinander nur selten in Kontakt treten und sich größtenteils mit Skepsis und Argwohn gegenüberstehen. Insbesondere türkischstämmige Personen würden nahezu vollständig geschlossene und ethnisch homogene Kreise bilden, die nicht selten sprachliche Barrieren verstärken und somit eine Integration in den Stadtteil hemmen. Ferner wurde das Mobilisierungspotenzial in diesem Stadtteil wiederholt als schwach bewertet. Da es grundsätzlich schwer sei, die Menschen zu politischen oder sozial relevanten Aktivitäten zu bewegen, sollte auch die Motivation an einer, unter anderem, politikbezogenen Untersuchung mutmaßlich gering ausfallen.

Insgesamt lieferte der direkte Kontakt mit den Stadtteilen, ihren Anwohnenden und Ortskundigen wichtige, interessante und relevante Einblicke in die jeweiligen sozialräumlichen Bedingungen. Erwartungsgetreu offenbarten sich zahlreiche Unterschiede, die sich im Stadtbild sowie im Verhalten der Menschen widerspiegeln. Solche Unterschiedlichkeiten sind im Hinblick auf die Untersuchungsziele zwar durchaus beabsichtigt und wünschenswert, bergen jedoch auch große Herausforderungen für die Gestaltung und Durchführung der Datenerhebung, die im Anschluss an die Begründung der Erhebungsmethode geschildert wird. Bestandteil dieser Darstellung sind ebenso weitere praktische Anforderungen an das Messinstrument, die sich in den Gesprächen mit den Stadtteilkundigen herauskristallisiert haben.

## 4.2 Methode der Datenerhebung

Zur Analyse der Forschungsannahmen stehen wie eingangs dargelegt keine ausreichenden sekundärstatistischen Daten zur Verfügung, sodass eine Primärerhebung durchgeführt werden muss. Bei der nun folgenden Darstellung der Erhebungsmethode wird sowohl auf deren Vorteile als auch Schwierigkeiten verwiesen. Wie den skizzierten Herausforderungen während der verschiedenen Phasen der Vorbereitung und Datenerhebung begegnet wird, ist Bestandteil nachkommender Abschnitte, auf die an entsprechenden Stellen verwiesen wird.

In Abschnitt 3.5 wurde ein Untersuchungsmodell entwickelt, das einer quantitativen Überprüfung bedarf. So besteht das Ziel nicht in der Erörterung subjektiver Beweggründe einzelner Personen oder der Genese unterschiedlicher Typen politisch Partizipierender, sondern in der statistischen Überprüfung der aufgestellten Hypothesen. Die Methode entspricht folglich die einer hypothesentestenden Untersuchung, welche die theoretischen Vermutungen mit den realen Gegebenheiten abgleicht. Indem eine einmalige Momentaufnahme vorgenommen wird, nimmt die Untersuchung das Design einer Querschnittsuntersuchung an. Obgleich somit zwar grundsätzlich keine Kausalaussagen abgeleitet werden dürfen, kann die Messung dennoch berechnete Erwartungen über Kausalzusammenhänge auf Basis der theoretischen Annahmen ermöglichen (vgl. Stein 2014: 142). In die Entscheidung über die konkrete Methode der quantitativen Datenerhebung müssen sowohl finanzielle als auch zeitliche und organisatorische Überlegungen einfließen. Zunächst sind persönliche oder telefonische Befragungen aufgrund des erforderlichen monetären und personellen Einsatzes nicht realisierbar. Der zeitliche Aufwand ist ohne eine unterstützende Forschungsgruppe außerordentlich hoch, wobei nicht nur die Dauer des eigentlichen Interviews, sondern ebenso die oftmals langwierige Phase der Kontaktabstimmung zu bilanzieren ist (vgl. Reuband 2014: 648). Demgegenüber stehen webbasierte Befragungsdesigns, die in der Regel deutlich weniger kosten- und zeitintensiv durchführbar sind (vgl. Zerback et al. 2009: 15). Die Schwierigkeiten dieser Methode liegen vielmehr im Bereich der Rekrutierung von Befragungspersonen und somit auch in der Repräsentativität von Stichproben. Da im Vorfeld keine digitalen Kontaktdaten vorhanden beziehungsweise problemlos zu generieren sind, müsste die Kontaktaufnahme über einschlägige Webseiten oder Social Media-Angebote erfolgen. Bei einem solchen Verfahren ist jedoch mit erheblichen Verzerrungen sowohl im Bereich des Under- als auch Overcoverage zu rechnen (vgl. Baur/Florian 2009: 109).

Nach Abwägung sämtlicher Kosten- und Nutzenaspekte wird schließlich eine standardisierte schriftliche Befragung als Erhebungsmethode gewählt, die im Vergleich zu anderen Methoden eine Reihe von Vorteilen hat: Sie ist verhältnismäßig

kostengünstig durchzuführen und gewährleistet zudem eine hohe Erreichbarkeit, da die Zielpersonen nicht persönlich angetroffen werden müssen (vgl. Reuband 2001: 308 f.). Da die oder der Forschende auch in der tatsächlichen Befragungssituation nicht anwesend ist, ist die Erhebung auch in zeitökonomischer Hinsicht vergleichsweise günstig, wobei sich gleichfalls der zeitliche Druck für die Befragten minimiert. Die anonyme Befragungssituation führt überdies zu ehrlicheren Antworten, sodass Effekte sozialer Erwünschtheit weitestgehend reduziert werden und Beschönigungstendenzen einzig in Bezug auf das erwünschte Selbstbild zu erwarten sind. Der Wegfall sogenannter Interviewereffekte kann folglich zu einer Erhöhung der Datenqualität beitragen (vgl. Reuband 2001: 308, 2014: 648). Damit sind schriftliche Befragungen „nicht bloß ein Mittel der zweiten Wahl (...), sondern stehen durchaus als Mittel der ersten Wahl mindestens *gleichrangig* neben den anderen Verfahren“ (Reuband 2001: 330; Herv. im Orig.).

Die Abwesenheit der oder des Interviewenden birgt jedoch auch potenzielle Schwierigkeiten, wobei die größte Herausforderung in der Motivierung der Zielpersonen liegt. Diese muss bei schriftlichen Befragungen primär über das Anschreiben und das optische Erscheinungsbild des Fragebogens erfolgen. Insbesondere für Chorweiler lassen sich aus den vormals dargestellten Gesprächen sinnvolle Implikationen zur Gestaltung der Fragebögen ableiten (vgl. Abschnitt 4.4). Des Weiteren können sich die Befragten bei (Verständnis-)Schwierigkeiten nicht unmittelbar an die befragende Person wenden, sodass zusätzliche Kontaktmöglichkeiten zu implementieren sind (vgl. Abschnitt 4.5.3). Um möglichst viele Verständnisprobleme a priori zu vermeiden, wird zudem ein qualitativer Pretest mit einem sozialstrukturell unterschiedlichen Teilnehmerfeld durchgeführt (vgl. Abschnitt 4.3.2). Die Ergebnisse des Pretests mögen ferner einem möglichen Bildungsbias wenigstens partiell entgegenwirken. Die Tatsache, dass Personen geringer Formalbildung im Allgemeinen die größten Schwierigkeiten mit schriftlichen Fragebögen haben, ist vor allem mit Blick auf die ausgewählten Stadtteile und den zum Teil hohen Bildungsdifferenzen ihrer Anwohnenden problematisch. Aufgrund dessen stellen sich besondere Anforderungen an die Entwicklung eines standardisierten Messinstruments, die neben dem qualitativen Testverfahren außerdem durch Empfehlungen aus dem lebensweltlichen Rahmen unterstützt wird. Über bildungsbezogene Schwierigkeiten hinausgehend, existieren in Chorweiler aufgrund der hohen ethnischen Diversität zusätzlich sprachliche Hürden, die mindestens ebenso schwer wiegen und denen ebenfalls im Weiteren zu begegnen sein wird (vgl. ebd.: 649; Schneekloth/Leven 2003: 30; Abschnitte 4.1.3, 4.4, 4.5.2). Eine letzte Herausforderung schriftlicher Befragungen besteht in der fehlenden Kontrolle der Befragungssituation. Wenngleich grundsätzlich nicht auszuschließen ist,

dass der Fragebogen von mehr als einer Person beantwortet wird, scheint dieses Problem in der Praxis vernachlässigbar zu sein (vgl. Reuband 2014: 649). Die Erhebung der Daten findet schließlich in drei Phasen statt, deren Ablauf in den nachfolgenden Abschnitten geschildert wird (vgl. Abschnitt 4.5). Dem vorangestellt sei zunächst die Entwicklung des Messinstruments.

---

## 4.3 Das Messinstrument

Die Entwicklung eines geeigneten Messinstrumentes umfasst verschiedene Arbeitsschritte, die im Wesentlichen die Operationalisierung der zentralen Konzepte, einen Eignungstest der gewählten Frage- und Antwortkategorien und gegebenenfalls eine Anpassung derselben umfassen. Die verschiedenen Phasen der Fragebogenerstellung sowie dessen abschließende Beschreibung sind Bestandteil der folgenden Ausführungen.

### 4.3.1 Operationalisierung zentraler Konzepte

Vor der Fragebogenerstellung müssen die zentralen Konzepte *politische Partizipation* und *soziale Netzwerke* im Hinblick auf die formulierten Forschungsannahmen messbar gemacht werden. Die höchsten Anforderungen werden dabei an die Operationalisierung der informellen sozialen Netzwerke gestellt, da sich bislang kein Standardinstrument zu deren Erhebung etabliert hat. Diese werden im Anschluss an die politische und formell-soziale Partizipation dargelegt.

#### Politische Partizipation

Zur Erfassung des politischen Engagements haben sich in der empirischen Partizipationsforschung verschiedene Strategien durchgesetzt, die von Brady (1999: 742 ff.) als Aktionen-, Institutionen- und Problemansatz gefasst werden. Unter Anwendung des *Aktionenansatz* wird unmittelbar nach politischen Aktivitäten der Zielpersonen gefragt. Aufgrund seiner Einfachheit wird dieses Verfahren in empirischen Befragungen zwar am häufigsten eingesetzt, jedoch werden die retrospektiven Anforderungen an die Befragten als problematisch eingestuft. Zusätzlich zu einem Nichterinnern kann ein Nichtwahrnehmen, wenn Befragte bestimmte Aktivitäten nicht als politisch einstufen, die tatsächliche Aktivität unterschätzen. Demgegenüber untersucht der *Institutionenansatz* partizipatorische Handlungen in Abhängigkeit organisationaler und institutioneller Eingebundenheiten. Bei dieser Methode besteht allgemein die Gefahr, dass politische

Aktionsformen, die von den Befragten nicht direkt mit einer sozialen Einbindung assoziiert werden (z. B. Wählen), nicht berücksichtigt werden. Zudem werden Überschneidungen zwischen politischer und sozialer Partizipation forciert, sodass der Ansatz für diese Untersuchung nicht geeignet ist. Der *Problemansatz* zentriert ferner Bedürfnisse, Bedenken und Probleme der Befragten und erhebt, wie häufig sie politisch-partizipative Mittel zu deren Artikulation beziehungsweise Lösung einsetzen. Dieses Vorgehen erscheint im Lichte des Forschungsvorhabens als zu zeitintensiv, zu anspruchsvoll und nicht zweckmäßig, da das Ziel nicht in der Erhebung von Bedarfs- oder Motivationsstrukturen besteht. Außerdem basieren nicht alle Tätigkeiten unmittelbar auf spezifisch zu nennenden Bedürfnissen, sondern beispielsweise auch auf privaten Rekrutierungen oder normativen Grundlagen.

Diese Untersuchung bezieht sich schließlich grundlegend auf den Aktionsansatz, an dem jedoch einige Spezifikationen vorgenommen werden. Zunächst erfolgt aufgrund retrospektiver, motivationaler und zeitlicher Aspekte keine offene Abfrage politischer Partizipation, sondern den Befragten wird eine Liste konkreter politischer Akte vorgelegt. Mit diesem Vorgehen wird zudem das Problem des Nichtwahrnehmens, wenngleich es in schriftlichen Befragungen nicht vollständig auszuschließen ist, minimiert. Im Weiteren ist auf Basis dieser Vorgabe zu entscheiden, in welcher qualitativen Bandbreite die politische Beteiligung erhoben wird. Angesichts der vielfältigen Möglichkeiten politischer Willensäußerung wird dieses Spektrum bewusst breit angelegt und umfasst konventionelle, unkonventionelle sowie digitale Partizipationsformen. Auf Akte politischer Gewalt wird indes verzichtet, da diese Formen generell nur wenig verbreitet sind (vgl. Tabelle 4.3, Abschnitte 2.1.2, 2.1.3).

Über diesen qualitativen Aspekt hinausgehend sind ebenso quantitative Erfordernisse zu beachten. Auf der einen Seite gilt die Zielvorstellung, möglichst viele Beteiligungsformen in die Liste zu integrieren, um systematische Verzerrungen zu reduzieren und das tatsächliche politische Partizipationspotenzial nicht zu unterschätzen. Auf der anderen Seite ist es in schriftlichen Mehrthemenumfragen wenig zielführend, die Befragten mit einer unverhältnismäßigen Aufzählung zu konfrontieren und sonach ihre Motivation zu unterminieren. Ganz abgesehen davon, dass das heutige politische Partizipationsrepertoire eine allumfassende Erhebung per se unwahrscheinlich macht (vgl. van Deth 2003: 175). Aus diesem Grund erfolgt eine theorie- und evidenzbasierte Auswahl zentraler und möglichst eindeutig politischer Formen, die sich qualitativ auf einen breiten Bereich stützt.

**Tabelle 4.3** Operationalisierung politische Partizipation

<b>In den letzten 2 Jahren gemacht</b> (Aktuelle Partizipation)	<b>Schon einmal gemacht</b> (Lebenszeitliche Partizipation)	<b>Käme in Frage</b> (Potenzielle Partizipation)
<b>Partizipationstypen</b>	<b>Erfasste Beteiligungsformen</b>	
Staatsbürgerrolle	Beteiligung an Wahlen	
	Teilnahme an einem Referendum/Volksabstimmung	
Parteiorientierte Partizipation	Mitarbeit in einer politischen Partei	
	Kontaktierung von Politikerinnen und Politikern	
	Spenden an politische Parteien/Organisationen	
Problemspezifische Partizipation	Beteiligung an einer öffentlichen Diskussion	
	Teilnahme an einer Kundgebung	
	Teilnahme an einer Demonstration	
	Beteiligung an einer Unterschriftensammlung	
	Mitarbeit in einer Bürgerinitiative	
	Teilnahme an einem Flashmob	
	Boycott von Produkten aus politischen oder ethischen Gründen	
Ziviler Ungehorsam	Beteiligung an einer Blockade oder Besetzung	
Online-Partizipation	Teilnahme an einer Online-Abstimmung	
	Unterzeichnen einer Online-Petition	
	Verfassen oder Kommentieren politischer Beiträge im Internet	
	Beteiligung an einer Online-Prottestaktion	
	Beteiligung an kommunalen Bürgerhaushalten (Online)	

*Quelle:* Eigene Darstellung, nach: Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft 2014; Baumann et al. 2019; Terwey/Baltzer 2015; Uehlinger 1988; van Deth 2014.

Bei der Erfassung der politischen Teilhabeintensität sind außerdem konzeptuelle Entscheidungen im Hinblick auf mögliche zeitliche Eingrenzungen zu treffen. Unter Beachtung retrospektiver Kapazitäten erscheint die Erhebung politischer Aktivitäten innerhalb eines gewissen Zeitrahmens zwar zweckmäßig, um tatsächliche Tätigkeiten treffend zu erinnern, erfasst jedoch unter Umständen nicht das gesamte Partizipationspotenzial einer Person. Zur Lösung dieses Dilemmas – große oder keine Zeitfenster führen zu verzerrten Erinnerungen, kleine Zeitfenster zu fehlenden Informationen – wird dem Vorgehen des *ALLBUS* gefolgt und die

politische Beteiligung sowohl über die aktuelle Teilhabe innerhalb eines Zweijahreszeitraums als auch über die lebenszeitbezogene Aktivität erhoben (vgl. Tabelle 4.3). Zuletzt ist die Bedeutung potenzieller Partizipation zu beachten. Unter der Prämisse, dass Verhaltensabsichten in tatsächliches Verhalten münden können, spiegeln auch jene Einstellungen eine gewisse politische Involviertheit wider. Infolgedessen wird nicht nur manifestes Verhalten, sondern auch jene latente Partizipationsdimensionen erfragt.

#### Formelle soziale Netzwerke

Bei der Erhebung formeller Netzwerke sind mit Blick auf die Hypothesen die Aspekte der Mitgliedschaft, der Aktivität sowie des Vereinstypus zu berücksichtigen. Die Erfassung der reinen Mitgliedschaft ist vergleichsweise unkompliziert und folgt dem nunmehr etablierten Vorgehen klassischer Bevölkerungsumfragen (vgl. z. B. Baumann et al. 2019; ESS 2018; Inglehart et al. 2014). Dabei wird analog zur politischen Partizipation keine offene Abfrage gestellt, sondern die Befragten erhalten eine Liste mit Vereinen, Organisationen und Verbänden, an der sie ihre jeweiligen Mitgliedschaften abstreichen. Die Zusammenstellung der Aufzählung wird nachfolgend in Verbindung mit den Vereinstypen aufgegriffen. Auch die Abfrage des Aktivitätsgrades ist häufig Bestandteil empirischer Umfragen, deren Herangehensweisen allerdings differieren. Beispielsweise nehmen die Befragten im *World Values Survey* eine Selbsteinschätzung aktiver oder passiver Mitgliedschaften vor (vgl. Inglehart et al. 2014: 3). Diese Variante ermöglicht zwar eine einfache und schnelle Bearbeitung, steigert jedoch auch die Wahrscheinlichkeit einer verschiedenartigen Interpretation auf Basis von Selbstbild und tatsächlichem Engagement. Aus diesem Grund wird in Anlehnung an den *ALLBUS* und den *European Social Survey* der Grad der institutionellen Eingebundenheit über konkrete Fragen zur Teilnahme an vereinsinternen Veranstaltungen und der ehrenamtlichen Mitarbeit gemessen (vgl. ESS 2018: 36; Terwey/Baltzer 2015: 692 ff.). Darüber hinaus sind im Rahmen der dritten untersuchungsleitenden These strukturelle Effekte beziehungsweise lokale Beteiligungen relevant, die über Angaben zur Ortsansässigkeit des jeweiligen Vereins ermittelt werden (vgl. Tabelle 4.4).

Bezüglich der Auswahl der abzufragenden Vereine sind einige inhaltliche und konzeptuelle Anforderungen zu beachten. Aufgrund der Theoretisierung unterschiedlicher Vereinstypen sind für die Zusammenstellung Assoziationen aus verschiedenen zivilgesellschaftlichen Sphären zu erheben. Aussichtsreich erscheint in diesem Zusammenhang das Vorgehen von Erlach (2005: 51), der zwischen *instrumentellen*, *expressiven* und *gemischt ausgerichteten* Vereinen differenziert. Die Unterscheidung nach gesellschaftlich relevanten und freizeitbezogenen Zwecken korrespondiert mit den hypothetisierten Zusammenhängen dieser Untersuchung und stellt sonach eine adäquate Grundlage zur Auswahl

der Vereine dar. Unter dieser Vorgabe muss die Liste möglicher Vereine zwar hinreichend breit angelegt sein, jedoch gilt in quantitativer Sicht wiederholt das Argument einer ökonomischen Herangehensweise für die Befragten. Unter Motivationsaspekten ist die Auswahl so weit als möglich zu begrenzen. Angesichts dieser Zielvorgaben wird versucht, den Befragten einen angemessenen Querschnitt über aktuell relevante Vereine und Organisationen zu liefern. Um die

**Tabelle 4.4** Operationalisierung formelle Netzwerke

Mitgliedschaft (Aktuell)	Aktivität: Veranstaltungen und Mitarbeit (Zweijahreszeitraum)	Ort des Vereins (Eigener/anderer Stadtteil/Stadt)
<b>Vereinstypen</b>	<b>Erfasste Vereinsformen</b>	
Instrumentelle Vereine	Interessengemeinschaft, Bürgerverein	
	Gewerkschaft	
	Berufsorganisation	
	Umwelt-, Natur- oder Tierschutzorganisation	
	Friedens- oder Menschenrechtsorganisation	
Expressive Vereine	Sportverein	
	Heimat- oder Schützenverein	
	Karnevalsverein	
	Kulturverein	
	Musik- oder Tanzverein	
Gemischte Vereine	Frauenverein	
	Elternvereinigung	
	Verein für Pensionierte/Rentner, Seniorenverein	
	Freiwillige Feuerwehr	
	Religiöse oder kirchliche Organisation	
	Verein im Gesundheitswesen, Selbsthilfegruppe	
	Wohltätigkeitsverein oder karitative Organisation	
	Anderer Verein	
Politische Partizipation	Politische Partei	

*Anmerkungen:* Die Mitgliedschaft in einer politischen Partei geht als Bestandteil der politischen Partizipation einer Person in die empirische Analyse ein (vgl. Abschnitt 4.6.3).

*Quelle:* Eigene Darstellung, nach: Erlach 2005; ESS 2018; Inglehart et al. 2014; Terwey/Baltzer 2015.

soziale Partizipation aber nicht durch fehlende, individuell bedeutsame Angebote zu unterschätzen, wird zusätzlich eine offene Antwortkategorie eingebettet.<sup>5</sup> Darüber hinaus ist auch bei der sozialen Partizipation die Vorgabe eines zeitlichen Rahmens zu erwägen. Während in Bezug auf die Mitgliedschaften primär aktuelle Eingebundenheiten von politischer Relevanz sein sollten, muss der Rahmen hinsichtlich vereinsbezogener Aktivitäten flexibler gestaltet sein. Beispielsweise bietet nicht jeder Verein jederzeit Veranstaltungen an, weshalb die Aktivität innerhalb einer möglichen Spanne von zwei Jahren gemessen wird (vgl. Tabelle 4.4).

#### Informelle soziale Netzwerke

Informelle Netzwerke werden mit Methoden der sozialen Netzwerkanalyse erhoben, wobei diese Untersuchung speziell auf die Erfassung egozentrierter Netzwerke zielt. Im Gegensatz zu Gesamtnetzwerken, die spezifische, zahlenmäßig limitierte und nach außen klar abgrenzbare Gruppierungen (z. B. Schulklassen) abbilden, werden bei dieser Art alle möglichen Kontakte (Alteri) einer fokalen Person (Ego) berücksichtigt (vgl. Fenicia et al. 2010: 311; Wolf 2010: 471). Zur Erfassung der persönlichen Beziehungen werden zunächst sogenannte *Namensgeneratoren* eingesetzt, in deren Anschluss *Namensinterpretatoren* weitere Eigenschaften der von Ego aufgelisteten Alteri ermitteln. Da diese Instrumente bislang vergleichsweise selten in schriftlichen Befragungen Anwendung finden und infolgedessen kein einheitliches Vorgehen existiert, werden diese nachfolgend kurz diskutiert und für die Zwecke dieser Untersuchung fruchtbar gemacht.

#### *Namensgeneratoren:*

Bei dem Verfahren der Namensgeneratoren werden je nach Untersuchungsziel spezifische Stimuli gesetzt, mittels derer die Größe sozialer Netzwerke erhoben wird. So listet Ego sämtliche Personen aus dem persönlichen Umfeld auf, die ihr oder ihm anlässlich einer oder mehrerer Fragen in den Sinn kommen (vgl. Jansen 1999: 74 ff.; Wolf 2006: 248, 2010: 472). In der Praxis existieren diesbezüglich unterschiedliche Herangehensweisen, die sowohl inhaltliche Variationen in Abhängigkeit der Forschungsannahmen als auch konzeptionelle Unterschiede basierend auf dem Zielkonflikt zwischen Erhebungsaufwand und Ertrag spiegeln.

---

<sup>5</sup> Konsequenterweise trifft dieses Argument auch auf die Abfrage politischer Beteiligung zu. Jedoch ist die Zuordnung spezifischer Tätigkeiten zum politischen Feld gemäß der Definition aus Abschnitt 2.1.1 verschiedenen Kriterien unterworfen und damit für die Befragten weniger eindeutig als die Benennung formaler Mitgliedschaften. Unter Abwägung kognitiver, motivationaler und auch retrospektiver Anforderungen wird der Mehrwert einer offenen Kategorie in diesem Bereich als zu gering bewertet und sich entsprechend gegen deren Implementierung entschieden.

Ein grundlegendes Instrument stellt etwa die Konzeption von Burt (1984) dar, die auf den Stimulus *wichtige Angelegenheiten besprechen* verweist.<sup>6</sup> Den Vorteilen einer schnellen, wenig aufwendigen und kostengünstigen Erhebung sozialer Netzwerke steht die Erfassung vorwiegend starker Beziehungen gegenüber. Durch die Ausblendung weiterer sozialer Konstellationen werden wichtige Informationen und verknüpfte Ressourcen vernachlässigt. Demgegenüber fokussieren McCallister und Fischer (1978: 137) vielfältige soziale Kontexte, wie zum Beispiel den Beruf, die Freizeit oder den Haushalt, und kreieren insgesamt zehn Namensgeneratoren, die konkrete Interaktionen, Formen der sozialen Unterstützung sowie Beziehungsarten zwischen Ego und den Alteri einbeziehen. Mit diesem Verfahren werden zahlreiche Informationen generiert, starke und schwache Beziehungen erhoben und die Analyse multiplexer Beziehungen möglich gemacht. Jedoch müssen sich die Befragten in viele unterschiedliche Situationen hineinversetzen, was den Aufwand vervielfacht und das Instrument insbesondere für Mehrt-Hemenumfragen nur wenig geeignet macht. Bezugnehmend auf die jeweiligen Nachteile haben Kecskes und Wolf (1996: 40 f.) gewissermaßen eine Synthese beider Ansätze geschaffen. Sie reduzieren die Anzahl sozialer Kontexte auf drei Situationen, wobei sich eine erkennbar am Burt-Indikator orientiert und die übrigen praxis- wie freizeitbezogene Gelegenheiten umfassen. Durch die gezielte Kombination sozialer Bezugsrahmen werden sowohl starke als auch schwächere Beziehungen berücksichtigt. Die zusätzliche Erfassung reziproker Beziehungselemente erfordert jedoch mindestens einen weiteren Namensgenerator pro Kontext, was das Instrument wiederum etwas aufwendiger macht<sup>7</sup>.

Aufgrund der überwiegenden Vorteile folgt diese Untersuchung weitestgehend der Methodik von Kecskes und Wolf. Angelehnt an dieses Instrumentarium werden die informellen Netzwerke ebenfalls über drei Namensgeneratoren erfasst, die auch inhaltlich den Bereichen *wichtige Angelegenheiten*, *Freizeit und Interessen* und *praktische Unterstützung* entsprechen, jedoch in ihren spezifischen Formulierungen angepasst werden (vgl. Tabelle 4.5). Auf die Erfassung reziproker

---

<sup>6</sup> Für den *General Social Survey* entwickelte er diesbezüglich folgenden Wortlaut: „From time to time, most people discuss important matters with other people. Looking back over the last six months – that would be back to last August – who are the people with whom you discussed an important personal matter?“ (Burt 1984: 331).

<sup>7</sup> Neben den dargelegten Beispielen existieren zahlreiche weitere Varianten an Namensgeneratoren. Stellvertretend für neuere Herangehensweisen seien zum einen der Positionsgenerator von Lin et al. (2001), wobei der Zugang zu relevanten Ressourcen über die berufliche Position der Netzwerkmitglieder erfasst wird und zum anderen der Ressourcengenerator von van der Gaag und Snijders (2005), die über eine Listung lebensnaher Ressourcen Personen ermitteln, die diese Bedürfnisse erfüllen, genannt. Bei dieser Art von Generatoren liegt der Fokus jedoch weniger auf der Größe sozialer Netzwerke als vielmehr auf deren spezifischer Leistung.

Beziehungselemente wird indes aus forschungsökonomischen Abwägungen verzichtet, zumal sich die Hoffnung, mit dieser Methode tatsächlich wechselseitige Beziehungsmuster darstellen zu können, bislang kaum erfüllt hat (vgl. Wolf 2010: 473, Fußnote). Schlussendlich werden durch dieses Vorgehen relevante Informationen über verschiedenartige Beziehungskonstellationen bei vergleichsweise geringem Aufwand generiert und dem beschriebenen Zielkonflikt bestmöglich begegnet. Hinsichtlich eines zeitlichen Rahmens, innerhalb dessen betreffende Interaktionen zwischen Ego und Alter stattgefunden haben sollen, ist grundsätzlich eine Balance zwischen Erinnerungsvermögen und Gewährleistung der situativen Anreize zu finden. Es ist anzunehmen, dass ein Zeitfenster von drei Monaten beiden Ansprüchen hinlänglich gerecht wird und in der Folge mit ausreichend zuverlässigen Angaben zu rechnen ist. Zuletzt ist eine Vorgabe maximal zu nennender Alteri zu erwägen. Da eine unbegrenzte Zahl in schriftlichen Befragungen grundsätzlich problematisch ist, wird die Anzahl möglicher Alteri auf zehn Nennungen pro Namensgenerator beschränkt. Auf Basis empirischer Untersuchungen, die unterschiedliche, aber mehrheitlich geringere Netzwerkgrößen ausweisen, erscheinen systematische Verzerrungen durch diese Begrenzung unwahrscheinlich (vgl. Wolf 2006: 248).

#### *Namensinterpretatoren:*

Zur weiteren Bestimmung des sozialen Netzwerkes erheben Namensinterpretatoren nun spezifische Informationen über die erfassten Alteri. Diese Informationen variieren je nach Forschungsvorhaben in Inhalt und Anzahl, sollten generell aber nicht zu zahlreich ausfallen und sich überdies auf einen Gegenstandsbereich konzentrieren, über den Ego relativ gesicherte Aussagen treffen kann. So hält die theoretische wie empirische Diskussion über Egos Kenntnisse und somit die Qualität der Alteri-Daten weiter an. Im Allgemeinen werden jedoch wenigstens „Egos Angaben über soziodemographische und sozioökonomische Merkmale der Alteri als relativ zuverlässig und gültig angesehen“ (Wolf 2006: 261; vgl. auch Serdült 2005: 11; Wolf 2010: 475). Jene personenbezogenen Basismerkmale stehen auch in dieser Untersuchung im Zentrum und werden gemeinsam mit der Beziehungsform als Indikator für die soziale Heterogenität informeller Netzwerke erhoben (vgl. Tabelle 4.5). Daneben fungiert der Wohnort im Wesentlichen als Merkmal der geografischen Reichweite. Zudem werden mit der Kontaktfrequenz spezifische Informationen über die Ego-Alter-Beziehung ermittelt und die Häufigkeit politischer Diskussionen soll erste Einblicke in das Politisierungspotenzial informeller Netzwerke ermöglichen.

**Tabelle 4.5** Operationalisierung informelle Netzwerke

<b>Namensgeneratoren</b> (Maximal jeweils zehn Alteri)	<b>Namensinterpretatoren</b> (Für die ersten fünf genannten Alteri)
Wenn Sie an die letzten <u>3 Monate</u> denken:	- Geschlecht
1. Welche Personen haben Sie bei wichtigen Entscheidungen um Rat gefragt, wenn es z. B. um die Arbeit, die Familie oder persönliche Probleme ging?	- Alter - Wohnort - Beziehungsform - Bildung
2. Mit welchen Personen haben Sie Ihre Freizeit verbracht oder über gemeinsame Interessen gesprochen?	- Beschäftigungsverhältnis - Staatsangehörigkeit - Kontakthäufigkeit
3. Welche Personen haben Sie bei praktischen Arbeiten um Hilfe gebeten, z. B. bei Reparaturen im Haushalt, beim Ausfüllen von Formularen oder dem Erledigen von Besorgungen?	- Politische Diskussionen

*Quelle:* Eigene Darstellung, nach: Kecskes und Wolf 1996.

Im Idealfall stehen der oder dem Forschenden ausreichend Mittel und Kapazitäten zur Verfügung, um derartige Informationen über alle Personen des sozialen Netzwerkes zu sammeln. Im Normalfall – und insbesondere in Mehrthemenbefragungen – wird jedoch eine Beschränkung auf eine bestimmte Anzahl an Alteri notwendig. Diese fungieren im Weiteren als Proxys für das gesamte egozentrierte Netzwerk. Da die Bearbeitung der netzwerkbezogenen Fragen vergleichsweise aufwandsintensiv ist, werden die Namensinterpretatoren in dieser Erhebung lediglich für fünf Alteri eingesetzt. Die Auswahl dieser Personen kann nun entweder den Befragten selbst überlassen werden, wobei mit einer Bevorzugung enger Netzwerkkontakte aufgrund der besseren Verfügbarkeit an Informationen zu rechnen ist. Oder es kann ein Zufallsverfahren angewendet werden, was in schriftlichen Befragungen aufgrund fehlender Kenntnisse über die Netzwerkgröße nur schwer realisierbar ist. Konkrete Instruktionen, die eine Zufallsauswahl in der Theorie gewährleisten, sind in der Praxis eher irre- denn zielführend. Um die Auswahl schließlich möglichst einfach zu gestalten, werden in dieser Untersuchung schlicht die ersten fünf Personen berücksichtigt. Durch den Fokus des ersten Namensgenerators besteht damit zwar grundsätzlich die Gefahr einer Überrepräsentanz starker Beziehungen. Jedoch belegen verschiedene empirische Studien maximal drei starke Beziehungen pro befragter Person, sodass dieses Problem vernachlässigbar scheint und auch schwächere Beziehungen in der Auswahl vertreten sein sollten (vgl. Burt 1984: 332; McCallister/Fischer 1978: 138).

Im Anschluss an die Namensinterpretatoren werden häufig Merkmale der Beziehungen zwischen den Alteri erhoben, sodass Aussagen über die Dichte egozentrierter Netzwerke abzuleiten sind (vgl. Serdült 2005: 10; Wolf 2006: 257 f.). In der Praxis stößt dieses Vorhaben jedoch oft an die Grenzen der Machbarkeit und ist daher nur in Umfragen angeraten, deren konkretes und einziges Ziel die Analyse egozentrierter Netzwerke ist. Da zudem kein untersuchungsspezifischer Mehrwert abzuleiten ist, wird an dieser Stelle auf die Erhebung von Alter-Alter-Dyaden verzichtet. In einem nächsten Schritt werden diese Konzeptionen sowie die erste Version des vollständigen Fragebogens nun einem kognitiven Pretest unterzogen.

### 4.3.2 Kognitiver Pretest

Ein schriftlicher Fragebogen ist aufgrund seiner Standardisierung nach Beginn der Feldphase nicht mehr zu verändern, weshalb Frageverständnis, Formulierungen von Fragen und Antworten sowie technische Anweisungen klassischerweise im Vorfeld getestet werden (Porst 2014: 189–205; Prüfer/Rexroth 2000; Weichbold 2014). Zuerst wurde das Messinstrument am 19.10.2016 in einer Expertenrunde, bestehend aus fünf Promovierenden sozialwissenschaftlicher Disziplinen der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, im Hinblick auf praktische Aspekte, optische Gestaltung sowie Aufbau und Inhalt diskutiert. Dank ihrer Kenntnisse der empirischen Sozialforschung konnten vor allem Schwachstellen methodischer Art, die Frageformulierung oder die Antwortvorgaben betreffend, korrigiert werden. Zudem wurden praktische Hinweise für das Begleitschreiben und die Gestaltung des Fragebogens angebracht.

In überarbeiteter Version wurde der Fragebogen daraufhin mittels eines kognitiven Pretestverfahrens erprobt, wobei die *Technik des lauten Denkens* Anwendung fand. Bei dieser Methode werden die Teilnehmenden gedanklich in eine reale Befragungssituation versetzt und gebeten, den Fragebogen wahrheitsgemäß auszufüllen und während ihres Antwortprozesses sämtliche Gedankengänge zu verbalisieren (concurrent think aloud). Dadurch gibt dieses Verfahren insbesondere Aufschluss über die Interpretation der Fragen und Frageinhalte, die Zuordnung der Antworten zu den formalen Antwortkategorien und den Abruf der intendierten Informationen. Zudem werden Erkenntnisse über das Interesse, die Aufmerksamkeit und die gestellten Ansprüche generiert (vgl. Faulbaum et al. 2009: 97; Porst 2014: 193; Wänke 1996: 48). Um das Frageverständnis unterschiedlicher Personengruppen vergleichen zu können, wurden für den Pretest sozialstrukturell möglichst unähnliche Personen in unterschiedlichen Kontexten rekrutiert (vgl. Tabelle 4.6).

**Tabelle 4.6** Stichprobenmerkmale des kognitiven Pretests

ID	Geschlecht	Alter	Bildung	Datum der Durchführung
01	Männlich	57	Hochschulabschluss	15.12.2016
02	Männlich	38	Hochschulabschluss	16.12.2016
03	Männlich	48	Realschulabschluss	17.12.2016
04	Weiblich	30	Realschulabschluss	13.01.2017
05	Männlich	61	Volks-/Hauptschulabschluss	13.01.2017
06	Männlich	34	Realschulabschluss	14.01.2017
07	Weiblich	65	Volks-/Hauptschulabschluss	14.01.2017
08	Männlich	28	Meister	15.01.2017
09	Weiblich	35	Abitur	15.01.2017
10	Männlich	45	Abitur	21.01.2017

*Quelle:* Eigene Darstellung.

Die Durchführung der insgesamt zehn Tests wurde bestmöglich dem Modus der tatsächlichen Befragung angepasst, wobei die Teilnehmenden zusätzlich vor Beginn folgende schriftlich formulierte Instruktion erhielten: *Bitte sagen Sie mir bei den folgenden Fragen alles, was Ihnen durch den Kopf geht oder an was Sie denken, bevor Sie die Frage beantworten. Sagen Sie bitte auch Dinge, die Ihnen vielleicht unwichtig erscheinen.* Mit dem Einverständnis der Teilnehmenden wurden sämtliche Pretests auditiv aufgezeichnet und darüberhinausgehend aufschlussreiche nonverbale Kommunikation hinsichtlich Mimik, Gestik und Körpersprache schriftlich dokumentiert (vgl. Porst 2014: 202 f.). Die einzelnen Gespräche fanden im Zeitraum von Dezember 2016 bis Januar 2017 in bewusst entspannter Atmosphäre und Umgebung statt, die im Gegensatz zu Experimentalbedingungen Offenheit begünstigen und Druck reduzieren.

Die Technik des lauten Denkens funktionierte trotz der ungewohnten Situation bei den meisten Teilnehmenden problemlos; einzig zwei Personen mussten unterdessen wiederholt auf die Offenlegung ihrer Gedankengänge und Schwierigkeiten hingewiesen werden (ID 03 und ID 04). Die protokollierten verbalen und nonverbalen Äußerungen wurden anschließend den einzelnen Fragen zugeordnet und im Zusammenhang mit den sozialen Merkmalen der Teilnehmenden qualitativ-interpretativ ausgewertet. Sowohl in der Quantität als auch in der Qualität der geäußerten Gedanken zeigten sich erwartungsgetreu deutliche Unterschiede in Abhängigkeit der sozialstrukturellen Merkmale. Besonders offensichtlich waren

Schwächen in der Frage- oder Antwortformulierung folgich immer dann, wenn alle beziehungsweise sehr unterschiedliche Personen unverkennbar Probleme hatten. Die zentralen Änderungen am Messinstrument werden im Folgenden überblickartig und thematisch geclustert dargelegt.

- *Bearbeitungszeit und Umfang*: Ursprünglich wurde für den Fragebogen eine Bearbeitungszeit von 20 Minuten prognostiziert. Realiter lag die durchschnittliche Ausfüllzeit jedoch bei 44 Minuten. Wenngleich der Pretest aufgrund der kritischen Perspektive nicht der gewöhnlichen Befragungssituation gleichzusetzen ist, wird der Umfang des Fragebogens vor der Feldphase deutlich reduziert. Gekürzt werden primär Fragen, die vielfach als zu komplex wahrgenommen wurden und deren Bearbeitungszeit dadurch als unverhältnismäßig zu ihrem Ertrag eingestuft wird (z. B. Ökonomische Selbsteinschätzung; s. u. Beteiligung an Wahlen).
- *Frageformulierung*: Aus Sicht der Teilnehmenden mangelte es einigen Frageformulierungen an Klarheit und Verständlichkeit. Beispielsweise wurde der Ausdruck *Im Folgenden finden Sie einige Aussagen, die man hin und wieder von Menschen hört. Kreuzen Sie zu jedem Satz an, inwieweit Sie diesem zustimmen bzw. nicht zustimmen* von nahezu allen Personen nicht oder zumindest nicht umgehend sinnhaft erfasst, sondern mehrheitlich auf die Häufigkeit des Hörens dieser Aussagen bezogen. Als Konsequenz wird auf die eindeutige Frage *Wie stark stimmen Sie folgender Aussage zu?* ausgewichen. In ähnlicher Weise wird mit vergleichbaren Verständnisproblemen verfahren.
- *Institutionenvertrauen*: Mehrfach wurden fehlende Berührungspunkte zu den verschiedenen Institutionen der Bundesrepublik und daraus resultierend Unsicherheiten bei der Beantwortung ausgedrückt. Eine Folge dieser Distanz war eine durchweg lange Bearbeitungszeit, der durch die Ergänzung *Geben Sie eine Einschätzung ab, auch wenn Sie bislang keine persönlichen Erfahrungen mit dieser Einrichtung gemacht haben* entgegengewirkt werden soll. Zusätzlich wird die Existenz einer mittleren Antwortkategorie deutlicher hervorgehoben, die unschlüssigen Befragten durchaus als Ausweichmöglichkeit dienen kann.
- *Beteiligung an Wahlen*: Die Abfrage einer Beteiligung an der Landtagswahl 2015, der Kommunalwahl 2015, der Europawahl 2014 oder der Bundestagswahl 2013 führte ebenfalls durchgehend zu Schwierigkeiten. Entweder gab es Erinnerungsprobleme hinsichtlich einer eigenen Teilnahme oder die Frage wurde als versteckter Wissenstest interpretiert. Da das entsprechende Wahljahr selten aus dem Gedächtnis abzurufen war, äußerten viele die Sorge, die Frage enthalte womöglich falsche Angaben und versuche auf diese Weise Wissenslücken aufzudecken. Aufgrund dieser negativen Wahrnehmung und des hohen zeitlichen wie kognitiven Aufwandes wird diese Frage vollständig aufgegeben.

- *Formelle Netzwerke*: Die Testung des Instrumentes zur Erfassung formeller Netzwerke offenbarte, dass Nichtmitgliedern an dieser Stelle keine Antwortmöglichkeit angeboten wurde. Dieser Umstand impliziert insbesondere auswertungsanalytische Probleme. So ist schließlich nicht ersichtlich, ob tatsächlich keine Vereinsmitgliedschaft vorliegt oder aber keine Antwort abgegeben wurde. Zur Umgehung dieses Problems wird der Vereinsauswahl die Filterfrage *Sind Sie aktuell Mitglied in einem Verein?* vorgeschaltet.
- *Informelle Netzwerke*: Die meisten Rückmeldungen bezogen sich erwartungsgemäß auf die Erhebung informeller Netzwerke. Zusammenfassend sind die einführenden Instruktionen hinsichtlich Länge, Prägnanz und Verständlichkeit zu überarbeiten. So wurden im Bereich der Namensgeneratoren die Felder für die Alteri-Kürzel nicht hinreichend erläutert oder als solche kenntlich gemacht, weshalb teils vollständige Namen, teils Oberbegriffe wie Eltern oder Arbeitskollegin angegeben wurden. Da die durchschnittliche Netzwerkgröße zudem deutlich höher ausfiel als einschlägige Studien vermuten ließen, wird die maximale Anzahl an Alteri auf 20 pro Stimulus angehoben. Als größtes Problem bei den Namensinterpretatoren kristallisierte sich das Übertragungsfeld für die ersten fünf Personen heraus. Dieses wurde häufig übersehen, sodass das stetige Rückerinnen Zeit und Nerven verbrauchte. Zudem schien nicht deutlich gewesen zu sein, dass die Alteri unter Umständen generatorenübergreifend auszuwählen sind. Eine übersichtliche Gestaltung zur schnellen visuellen und kognitiven Erfassung erscheint daher unerlässlich. Zuletzt wird die Frage zur politischen Diskussion zwischen Ego und Alter aufgegeben, da diese Thematik bereits informationsreicher mit einer anderen Frage abgedeckt wird.
- *Politische Partizipation*: Analog zu den formellen Netzwerken akzentuierten die Testergebnisse auch hinsichtlich dieser Fragebatterie die Notwendigkeit einer zusätzlichen Antwortkategorie. Da sich die Teilnehmenden geneigt zeigten, bei jeder Frage eine Antwort abgeben zu wollen und darüber hinaus auch hier eine Unterscheidung zwischen negativer und fehlender Antwort ermöglicht werden soll, wird als vierte Antwortmöglichkeit die Kategorie *kein Interesse* implementiert.

Insgesamt lieferte der Pretest wertvolle Erkenntnisse über den Aufbau, die Gestaltung und den Inhalt des Fragebogens, die an dieser Stelle nicht allumfassend beschrieben werden können. Mit Blick auf die anvisierten Stadtteile war insbesondere die Testung der Frageformulierungen bei sozialstrukturell unterschiedlichen Personen aussagekräftig und ergab wesentliche Hinweise, um dem potenziellen Bildungsbias bestmöglich entgegenzuwirken. Der Aufbau des finalen Fragebogens wird nachfolgend geschildert.

### 4.3.3 Beschreibung des Fragebogens

Der Fragebogen umfasst 10 Seiten und 28 übergeordnete Fragen, aus denen sich schließlich 329 Variablen ableiten lassen. Die Fragen sind größtenteils standardisiert, demnach bis auf wenige Ausnahmen geschlossene Antwortkategorien vorgegeben sind. Des Weiteren ist der Fragebogen aufgrund diverser Stadtteilbezüge in zwei Versionen konzipiert (Hahnwald und Chorweiler) und in sechs Themenbereiche gegliedert, die nun in gebotener Kürze skizziert werden (vgl. Anhang A, Anhang D.1 im elektr. Zusatzmaterial).

(1) *Kontakte und Vertrauen*: Zu Beginn des Fragebogens werden Aspekte der sozialen Einbindung in den eigenen Stadtteil sowie die Vertrauensdimensionen erhoben. Diese Themen wurden bewusst an den Anfang gesetzt, um einen vergleichsweise leichten Einstieg in die Befragung zu ermöglichen. Nach der individuellen Wohndauer, welche mutmaßlich als Schwellenwert für soziale Kontexteffekte fungiert (Frage 1), werden erste Angaben über die geografische Reichweite des freund- und verwandtschaftlichen Netzwerkes erhoben (Frage 2). Neben der faktischen Verfügbarkeit lokaler Kontakte stellen Ressourcen, die aus dem nachbarschaftlichen Umfeld erwachsen, zentrale Momente der sozialen Integration in den Stadtteil dar (Frage 3). Daran anschließend wird der Fokus auf das spezifische Vertrauen gelegt, welches sich grundlegend auf das Instrument des *European Social Survey* bezieht, jedoch weiter in allgemeines Vertrauen und Vertrauen in persönlich Bekannte differenziert wird (vgl. ESS 2014: 4). Das generalisierte Vertrauen wird über das Institutionenvertrauen erfragt, wobei die Frageformulierung des *ALLBUS* auf Basis des Pretests geringfügig verändert wurde (vgl. Terwey/Baltzer 2015: 875 ff.). Durch die Verwendung klassischer Skalierungen werden die Angaben zum Vertrauen im Weiteren (inter-)national vergleichbar (Fragen 4 und 5).

(2) *Interesse an Politik und Wahlen*: Der zweite Themenbereich erfasst zunächst das grundlegende Interesse an Politik anhand einer fünfstufigen Skala (Frage 6) sowie die Nutzung diverser Medien für politische Inhalte (Frage 7). Jene Kanäle fungieren im Weiteren als wesentliche Kontrollvariablen, um den Einfluss persönlicher Netzwerke bei der Vermittlung und Verbreitung politischer Informationen separieren zu können. Frage 8 eruiert daraufhin die persönliche Parteineigung anhand eines Standarditems zu individuellen Parteipräferenzen, welches insbesondere auch Aufschluss über die Stärke bestehender Parteibindungen gibt (vgl. Falter/Schoen 2014: 265; Verba et al. 1995: 348, 555). Daran anschließend wird die Verhaltensintention einer Beteiligung an der kommenden Bundestagswahl über vier Wahrscheinlichkeitskategorien erhoben (Frage 9). Da jeder beziehungsweise jedem Befragten diesbezüglich wenigstens eine Tendenz unterstellt werden kann, wird auf eine mittlere Antwortkategorie verzichtet.

(3) *Vereinsmitgliedschaften, Alltagsbeziehungen und Zusammenarbeit*: Der dritte Themenblock zentriert die individuelle Einbindung in soziale Netzwerke. Die Erfassung formeller sozialer Netzwerke erfolgt wie in Abschnitt 4.3.1 geschildert, wird jedoch unter Bezugnahme auf die Ergebnisse des Pretests um eine Filterfrage für Nichtmitglieder ergänzt (Frage 10). An die Häufigkeit und den Erfolg sozialer Partizipationseinladungen aus dem persönlichen Umfeld (Frage 11) schließt sich die Erhebung weiterer informeller Gruppierungen an (Frage 12). Um den Befragten diesbezüglich keine Einschränkungen zu setzen, wurde in dem Fall eine offene Abfrage gewählt. Frage 13 fokussiert schließlich die Ermittlung informeller Netzwerke. Aufgrund des innovativen Charakters in schriftlichen Umfragen wurde ein eigenes Instrument entwickelt, das basierend auf den Erkenntnissen des Pretests weiter verbessert wurde. Ein besonderer Wert wurde dabei auf die optische Gestaltung der Namensinterpretatoren gelegt (vgl. Abschnitte 4.3.1, 4.3.2). Zuletzt erfolgt in diesem Bereich die Abfrage der sogenannten civic skills (Frage 14). Die Frageformulierung orientiert sich an Verba et al. (1995: 559–562), nimmt jedoch eine Ausweitung auf unterschiedliche soziale Konstellationen und somit potenzielle Entstehungskontexte formeller wie informeller Natur vor.

(4) *Politische Beteiligung und politische Informationen*: Der vierte Themenbereich widmet sich primär der Erhebung der politischen Beteiligung, die über vier Kategorien erfragt wird (Frage 15; vgl. Abschnitte 4.3.1, 4.3.2). Bei der anschließenden Erfassung politischer Rekrutierungen erfolgt abermals eine differenzierte Aufstellung alltäglicher Beziehungskonstellationen, die unter anderem den politischen Wert informeller Beziehungen bestimmen sollen (Frage 16; vgl. Verba et al. 1995: 556–559). In gleicher Weise wird die Häufigkeit politischer Diskussionen erhoben (Frage 18). Gemeinsam mit Frage 17, die Informationen über politische Mitwirkungsmöglichkeiten umfasst, bildet diese Variable den Grundstein zur Ermittlung der politischen Informiertheit mittels sozialer Netzwerkstrukturen. Der Abschnitt schließt mit der Erfassung der politischen Frühsozialisation, die als Kontrollvariable in die Untersuchung eingeht (Frage 19).

(5) *Allgemeine Aussagen*: Der fünfte Teil besteht aus einer Sammlung unterschiedlicher Themen, die in Form positiv respektive negativ formulierter Aussagen präsentiert werden, zu denen die Befragten ihre Zustimmung auf einer vierstufigen Skala ausdrücken sollen (Frage 20). Wiederholt wurde auf eine mittlere Kategorie verzichtet, da die Items weder Wissensfragen noch sensitive Themen berühren. Ziel dieses Komplexes ist die anschließende Zusammenführung einzelner Aussagen zu Skalen, die verschiedene Thesen und Konzepte aus dem theoretischen Rahmen berühren (u. a. Reziprozität, politische Wirksamkeit).

(6) *Statistische Personenangaben*: Die Erfassung der sozialen Merkmale erfolgt am Ende des Fragebogens, da mit einer nunmehr gesunkenen Aufmerksamkeit der Befragten zu rechnen ist. Neben den soziodemografischen Basisangaben zu Geschlecht, Alter (offene Abfrage) und Familienstand (Fragen 21), ist in dieser Untersuchung zudem die aktuelle Haushaltsgröße als Bestandteil des informellen Netzwerkes von Relevanz (Frage 22). Daraufhin erfolgt die Ermittlung der Staatsangehörigkeit, eines Migrationshintergrundes und des formellen Bildungsgrades (Fragen 23 und 24). Um den Einfluss religiöser Kontexte analysieren zu können, werden im Weiteren sowohl die Glaubensrichtung als auch die Häufigkeit des Besuchs der entsprechenden Glaubenseinrichtung erfragt (Frage 25). Die Religionszugehörigkeit wird dabei ebenso wie der höchste Schulabschluss über typische Kategorien erhoben, welche jeweils um eine offene Antwortkategorie ergänzt werden. Mit Frage 26 wird schließlich der ökonomische Status der Befragten anhand des monatlich verfügbaren Haushaltsnettoeinkommens erhoben. Da diese Frage auch in anonymen Befragungen allgemein nur widerwillig beantwortet wird, sind die Einkommensintervalle zur Vermeidung einer relevanten Zahl an Ausfällen vergleichsweise breit gefasst. Um das Ausweichen auf eine neutrale Kategorie (z. B. keine Angabe) nicht zu forcieren, wird bewusst auf eine solche Möglichkeit verzichtet. Der Fragebogen schließt mit Angaben zum Erwerbsstatus (Frage 27) und dem beruflichen Prestige (Frage 28), das auf Basis der *Stellung im Beruf* ermittelt wird (vgl. Hoffmeyer-Zlotnik 2003). Der berufliche Status bildet schließlich gemeinsam mit Einkommen und Bildung den sozioökonomischen Status einer Person ab.

---

## 4.4 Praktische Anforderungen

Die Auswahl der Untersuchungseinheiten, die Bestimmung der Erhebungsmethode und die Konzeption des Messinstrumentes stellen einige Anforderungen, die im Vorfeld der Datenerhebung zu berücksichtigen sind. Eine zentrale Herausforderung schriftlicher Befragungen besteht in der Motivierung der Zielpersonen, die primär durch das Begleitschreiben und das Fragebogendesign erzeugt werden muss. Eine sorgfältige Gestaltung ist daher vor allem in inhaltlicher, aber auch in optischer Hinsicht zwingend erforderlich (vgl. Reuband 2001: 309). Damit verbunden ist eine Reihe praktischer Aspekte, die nun überblickartig illustriert werden.

- *Fragebogengestaltung*: Um den ersten Eindruck eines allzu umfangreichen Fragebogens zu vermeiden, werden die Fragen unter Beachtung der Lesbarkeit

auf möglichst wenige Seiten gesetzt. Außerdem schafft eine abwechslungsreiche sowie farblich unterlegte Frage- und Antwortkonstruktion eine gewisse optische Variation, die allerdings nicht zu herausfordernd ausfallen darf. Betreffs möglicher Bildungsbarrieren wird ferner auf leichte und eindeutige Formulierungen, auch komplexerer Fragen, geachtet. Treffend bemerkt Dillman (1978: 133) in diesem Zusammenhang, dass „the end result must be aesthetically pleasing and look easy to do to motivate respondents to complete it“.

- *Identifikationsnummer*: Zur Realisierung gezielter und ökonomischer Nachfassaktionen wird auf jedem Fragebogen eine laufende Nummer vermerkt (vgl. Abschnitt 4.5.2). Auch wenn ein solches Vorgehen unter Anonymitätsaspekten offensichtlich problematisch ist, bleibt diese Methode bislang weitestgehend alternativlos. Daher ist es die Aufgabe des beiliegenden Anschreibens, eine wohlbegründete Erklärung der Identifikationsnummer zu liefern und die Anonymität der Daten zuzusichern (vgl. Reuband 2001: 313; Schnell et al. 2011: 355).
- *Begleitschreiben*: Das Anschreiben vermittelt auf maximal einer Seite wesentliche Informationen über die Bearbeitung, verweist auf die Relevanz der Studie, versichert die Anonymität der Daten und fängt im besten Fall alle Einwände der Befragten im Vorfeld auf (vgl. Dillman 1978: 165 ff.; Reuband 2001: 309; Schnell et al. 2011: 355). Da die Erläuterung der Identifikationsnummer überaus technisch anmutete und für Laien wenig verständlich und demotivierend erschien, riet die Experten-Diskussionsrunde übereinstimmend von einer ausführlichen Beschreibung ab. Diese Entscheidung ist mit Blick auf die Responserate durchaus diskutabel (vgl. Abschnitt 4.5.3). Ferner wird auf Anraten der Stadtteilkundigen Chorweilers nachdrücklich die individuelle Bedeutung für den Erfolg der Untersuchung betont. Explizite Stadtteilbezüge sowie ein Foto der Forschenden sollen zudem persönliche Bezüge herstellen und Vertrauen wecken, wohingegen auf einen Verweis zum Promotionsvorhaben verzichtet wird (vgl. Dillman 1978: 167). Zuletzt werden verschiedene Kontaktmöglichkeiten aufgeführt, die bei Rückfragen und Schwierigkeiten mit dem Fragebogen zu nutzen sind.
- *Umschlaggestaltung und Porto*: Den ersten Eindruck erweckt jedoch nicht das Anschreiben, sondern der Umschlag. Da Chorweiler-Kundige von einer offiziellen und allzu formellen Gestaltung abrieten, wird schließlich eine Grafik der Stadt Köln und der Titel *Studie: Leben in Köln* sowie *Ihr Stadtteil – Jetzt teilnehmen!* aufgedruckt (vgl. Dillman 1978: 150; Anhang D.2 im elektr. Zusatzmaterial). Einer gängigen Empfehlung folgend wird des Weiteren ein

weißer Umschlag im C5-Format gewählt, der neben Fragebogen und Anschreiben einen Rückumschlag mit ausgefülltem Adressfeld sowie dem Aufdruck *Porto zahlt Empfänger* enthält. Zusätzlich wird im Begleitschreiben betont, dass für die Rücksendung keine Kosten anfallen.

- *Übersetzungen*: Eine besondere Herausforderung dieser Untersuchung besteht in den teils sehr unterschiedlichen Sprachkenntnissen der Zielpersonen, weshalb eine ausschließlich deutsche Fragebogenversion zu erheblichen Verzerrungen führen kann (vgl. El-Menouar 2014: 792; Reuband 2014: 647). Nach intensivem Austausch mit den Stadtteilkundigen erscheint schließlich eine Übersetzung ins Türkische sinnvoll, wohingegen weitere Translationen nicht zwingend erforderlich seien (vgl. Abschnitt 4.5.2). Die größte Schwierigkeit entsprechender Übersetzungen liegt nun in der korrekten und sinnhaften Übertragung der ausgearbeiteten Skalen und Konzepte. Daher erfüllt der angeworbene Übersetzer nicht nur die Anforderung, türkischer Muttersprachler zu sein, sondern er besitzt ebenso einen akademischen sozialwissenschaftlichen Abschluss und Vorerfahrungen mit empirischen Umfragen (vgl. El-Menouar 2014: 792). Nach der Berücksichtigung aller inhaltlichen, optischen und praktischen Aspekte widmet sich das Vorhaben nun der Phase der Datenerhebung.

---

## 4.5 Die Phase der Datenerhebung

Die Darstellung der methodisch-organisatorischen Details der Datenerhebung dient im Wesentlichen der intersubjektiven Nachvollziehbarkeit der Untersuchung. So werden in diesem Rahmen die Stichprobenauswahl, die konkrete Untersuchungsdurchführung sowie Reaktionen und Anmerkungen der Teilnehmenden während der Feldphase berichtet. Aus ihren Kommentaren lassen sich sowohl Rückschlüsse auf den Fragebogen und die Responserate als auch aufschlussreiche Informationen über die Personen beider Stadtteile ableiten.

### 4.5.1 Stichprobenziehung

Für die Stichprobe wird eine Zielgröße von 400 Personen pro Stadtteil anvisiert. Dieser Umfang erscheint ausreichend, um relevante Unterschiede zwischen den Gruppen herauszuarbeiten und gleichfalls unter (forschungs-)ökonomischen Gesichtspunkten noch praktikabel. Da in Chorweiler rund sechsmal so viele Personen wie in Hahnwald leben, handelt es sich gemäß dieser Zielvorgabe um

eine disproportionale Stichprobe. Werden für beide Gruppen separate Datenanalysen vorgenommen, ist dieser Umstand grundsätzlich unproblematisch. Sofern sie jedoch zu einer Stichprobe zusammengefasst werden, müssen die Daten zum Ausgleich der unterschiedlichen Auswahlwahrscheinlichkeiten gewichtet werden (vgl. Abschnitt 4.6.2).

Die Schätzung der notwendigen Bruttostichprobe ist bei schriftlichen Befragungen aufgrund der deutlich variierenden Rücklaufquoten empirischer Studien nur bedingt zuverlässig (vgl. Porst 1996: 11; Hippler 1988). Neben uneindeutigen Richtwerten halten sich in der Umfrageforschung zudem die Vorbehalte, mit postalischen Befragungen seien grundsätzlich nur geringe Ausschöpfungen zu realisieren. Dem ist entgegenzuhalten, dass unter Einhaltung der *Total Design Method* (TDM) zu Aufbau, Design und Durchführung auch in schriftlichen Umfragen Quoten zwischen 50 und 60 % erreicht werden können (vgl. Dillman 1978; Reuband 2001: 308, 2014: 646; Abschnitte 4.4, 4.5.2). Darüber hinaus sind in dieser Untersuchung erhebliche Unterschiede in den Response-raten beider Stadtteile einzukalkulieren. Analog zur politischen Beteiligung ist auch in sozialwissenschaftlichen Befragungen mit einer geringeren Teilnahmebereitschaft und -fähigkeit sozioökonomisch schwächerer Personengruppen zu rechnen (vgl. Reuband 2001: 307). Auf Basis dieser Überlegungen und im Austausch mit einem renommierten Umfrageforscher der Heinrich-Heine-Universität wird für Hahnwald schließlich eine Rücklaufquote von annähernd 60 % als möglich erachtet, wohingegen für Chorweiler eine Responserate von maximal 20 % geschätzt wird. Entsprechend werden in die Bruttostichprobe 700 Personen aus Hahnwald und 2.000 Personen aus Chorweiler einbezogen. Der Anteil an Personen mit türkischem Migrationshintergrund (21 %) wird proportional zum Umfang der Bruttostichprobe berücksichtigt, sodass für Chorweiler 400 der Fragebögen in doppelter Sprachausführung bereitgestellt werden (vgl. Stadt Köln 2017a: 21).

Die Stichprobenziehung erfolgt in zwei Schritten. Als Primäreinheiten wurden zunächst die Stadtteile auf Basis theoretischer und empirischer Vorüberlegungen ausgewählt (vgl. Abschnitt 4.1.1). Aus diesen werden nun wiederum einzelne Haushalte als Sekundäreinheiten bestimmt. Das Auswahlverfahren der Zielhaushalte beruht auf einer einfachen Zufallsauswahl, demnach jedes Element die gleiche Chance besitzt, in die Stichprobe aufgenommen zu werden (vgl. Häder/Häder 2014: 285). Üblicherweise werden daraufhin in einem dritten Schritt die Zielpersonen eines Haushaltes zufällig ermittelt, wobei sich in der Umfragepraxis der *Schwedenschlüssel* (Kish Grid) und der *Geburtstagschlüssel* (Last-Birthday oder Next-Birthday) als Auswahlmethoden etabliert haben. Da eine zielgerichtete Personenauswahl jedoch zusätzliche Verweigerungen provoziert, wird auf diesen Schritt verzichtet. Mit Blick auf die Responserate scheinen

potenzielle Verzerrungen, die durch die Überrepräsentanz zeitlich flexibler oder thematisch interessierter Personen entstehen, vernachlässigbar. Überdies fehlt es an Kontrollmöglichkeiten, die gewährleisten, dass der Fragebogen auch tatsächlich und ausschließlich von der ausgewählten Person beantwortet wird (vgl. Häder/Häder 2014: 291 f.; Heckel/Hofmann 2014: 111 f.; Schlinzig/Schneiderat 2009: 24).

Die Ziehung der Sekundäreinheiten erfolgt im Idealfall auf Basis vollständiger Adresslisten aus dem Einwohnermelderegister. Alternativ kommt in der Praxis häufig die *Random-Route-Methode* zum Einsatz, die auch in dieser Untersuchung Anwendung findet. Bei dieser Auswahlstrategie werden die Zielhaushalte ausgehend von einem Startpunkt und einer exakten, vorher festgelegten Begehungsanweisung direkt im Feld ermittelt. Diese Regelung muss für jede mögliche Situation eindeutig ausgewiesen sein, sodass zu keiner Zeit Ungewissheiten oder Alternativmöglichkeiten auftreten. Beispielsweise sind Laufrichtung und Straßenseite sowie das Verhalten bei Sackgassen festzulegen. Bei der Begehung wird schließlich in Abhängigkeit der Zielvorgabe jeder x-te Haushalt in die Stichprobe aufgenommen (vgl. Häder/Häder 2014: 290 f.; Heckel/Hofmann 2014: 108; Noelle-Neumann 1963: 128 ff.). Dieses Verfahren musste an die besonderen Beschaffenheiten der ausgewählten Sozialräume angepasst werden. Die Modifikationen werden nachfolgend im Zusammenhang mit der konkreten Erhebungsdurchführung geschildert.

## 4.5.2 Durchführung der Erhebung

Die Datenerhebung erfolgte im Zeitraum vom 07. März bis zum 05. April 2017, wobei die Phase des Erstkontaktes parallel mit der Stichprobenziehung vollzogen wurde. Nach dem Erstkontakt wurden zwei weitere Nachfassaktionen durchgeführt, die nachweisbar zur Erhöhung der Rücklaufquote beitragen (vgl. Tabelle 4.7). So dienen sie generell kooperationsbereiten Personen als Erinnerung und betonen zudem die Sinnhaftigkeit der Forschung und die Bedeutung der eigenen Teilhabe. Dadurch können in zunehmendem Maße auch skeptische oder demotivierte Personen sowie Personen aus unteren Alters- wie Sozialschichten für die Befragung gewonnen werden. Inwieweit die Rekrutierung zunächst unkooperativer Zielpersonen allerdings die Qualität der Daten beeinträchtigt, ist noch zu prüfen (vgl. Dillman 1978: 180 f.; Kunz 2010: 129; Petermann 2005: 58 ff.; Reuband 2001: 320 ff.; 329; vgl. Abschnitte 4.6.1, 4.6.2). Aufgrund ökonomischer Abwägungen und der Stichprobenziehung im Feld wurden sämtliche Fragebögen und Anschreiben eigenständig per Einwurf in die Zielhaushalte gebracht. Wie im

vorherigen Abschnitt bereits angedeutet, musste die Auswahlstrategie der Haushalte angesichts der sozialräumlichen Besonderheiten teils deutlich modifiziert werden.

In Hahnwald war es zur Realisierung der Bruttostichprobe notwendig, jeden 1,3ten Haushalt zu berücksichtigen. Dies verlangte in der Praxis näherungsweise die Auslassung jedes vierten Haushaltes. Eine Begehungsanweisung konnte entsprechend einzig für die Auswahl der *auszulassenden* Haushalte zum Tragen kommen; insbesondere, wenn das betreffende Wohnhaus mehr als einen Haushalt beherbergte. Für diese Fälle wurde im Vorfeld definiert, ob beispielsweise der untere/obere beziehungsweise der linke/rechte Briefkasten auszuwählen war. In Chorweiler musste hingegen jeder 2,5te Haushalt erfasst werden. Da dieser Stadtteil einen dichten Siedlungsraum mit Hochhäusern bis zu 100 Haushalten darstellt, musste gezielt jedes dieser Wohnhäuser aufgesucht werden. Um dennoch eine zufällige Auswahl der Haushalte zu gewährleisten, kamen innerhalb der Hochhäuser vordefinierte Strategien zur Anwendung, die insbesondere spezielle Zählpraktiken an den Briefkästen in Batteriemontage beinhalteten (z. B. beginnend von oben links jeder dritte Briefkasten). In beiden Stadtteilen wurden genannte Prozedere bis zum Erreichen der Zielstichprobe fortgesetzt. Auf diese Weise konnte trotz der notwendigen Anpassungen eine Zufallsauswahl sichergestellt werden, zumal eine willkürliche Selektion, bei der etwa nur besonders zugängliche Haushalte einen Fragebogen erhalten, strikt vermieden wurde (vgl. Löffler/von der Heyde 2014: 20).

Eine Woche nach dem Erstkontakt wurde ein Erinnerungsschreiben in Postkartenformat an alle Befragten ausgegeben (vgl. Dillman 1978: 183 ff.). Neben einem Dank an diejenigen, die bereits an der Befragung teilgenommen haben, dient die erste Nachfassaktion primär der sanften Erinnerung an den Fragebogen und sollte daher vor allem Personen mit einer ohnehin vergleichsweise hohen Teilnahmebereitschaft mobilisieren. Nach Ablauf von drei Wochen erfolgte schließlich der Drittkontakt, in dessen Zuge ein neues Anschreiben, ein Ersatzfragebogen und ein weiterer Rücksendeschlag ausgehändigt wurden. Im Gegensatz zur Postkarte insistiert die zweite Nachfassaktion deutlich dringlicher auf einer Teilnahme und richtet sich klassischerweise ausschließlich an Personen, die bislang keinen Fragebogen zurückgesendet haben (vgl. Anhang D.3, D.4 im elektr. Zusatzmaterial).<sup>8</sup>

---

<sup>8</sup> Darüber hinaus schlägt Dillman (1978: 188 ff.) vor, sieben Wochen nach Erstkontakt eine weitere Erinnerung per Einschreiben zu versenden. In der Praxis wird jedoch meist auf ein weiteres Nachfassen verzichtet, da dies in der Regel nur noch wenige Personen motivieren kann (vgl. Reuband 2001: 310).

**Tabelle 4.7** Phasen der Datenerhebung

	<b>Hahnwald</b>	<b>Chorweiler</b>
<i>Erstkontakt:</i> Anschreiben, Fragebogen, Rückumschlag	07./08./10. März 2017	13./14./15. März 2017
<i>Zweitkontakt:</i> Erinnerungspostkarte	16./17. März 2017	21./22. März 2017
<i>Drittkontakt:</i> Erinnerungsschreiben, Ersatzfragebogen, Rückumschlag	30./31. März 2017	04./05. April 2017

*Quelle:* Eigene Darstellung.

Um die Verweigerinnen und Verweigerer bestimmen zu können, wurden die Fragebögen im Vorfeld mit einer Identifikationsnummer versehen, die ihre Entsprechung auf einer Blanko-Liste hatte (vgl. Abschnitt 4.4). Auf dieser Liste wurden nun bei Einwurf der Fragebögen die exakten Adressen für jede Nummer notiert. Insbesondere in Chorweiler erwies sich diese Herangehensweise als überaus zeitintensiv, da jeder Briefkasten der Batteriemontage unzweideutig festgehalten werden musste (z. B. Adresse, 3. Reihe von links, 5. Briefkasten von oben). Dieses Vorgehen verkomplizierte sich durch die türkischen Fragebogenversionen, für die eine eigene Liste an Identifikationsnummern mitgeführt wurde. Das Hauptproblem solcher Zuordnungsnummern liegt jedoch in der Aufrechterhaltung des Glaubens an die Anonymität der Befragung. Da die Adresslisten jederzeit getrennt von den bereits eingegangenen Fragebögen aufbewahrt und direkt im Anschluss an die dritte Erhebungsphase vernichtet wurden, war die Anonymität der Daten faktisch zu keinem Zeitpunkt gefährdet (vgl. Abschnitt 4.5.3).

Die Entscheidung, welche Haushalte zusätzlich eine türkische Fragebogen-, Anschreiben- und Postkartenversion erhalten, wurde gemäß namensbasierter Verfahren getroffen. Ursprünglich auf typische Namen einer ethnischen Gruppierung beschränkt, wendet sich die Umfragepraxis mittlerweile verstärkt charakteristischen Buchstabenkombinationen zu. In dieser Erhebung erfolgte eine Orientierung an relevanten Silben der türkischen Sprache, wobei an dieser Stelle beispielhaft die Buchstabenfolgen *öz*, *gü* und *oğ* genannt seien. Obwohl türkische Haushalte auf diese Weise hinreichend gut zu identifizieren sind, fallen möglicherweise einige Personen infolge interethnischer Ehen durch das Raster (vgl. El-Menouar 2014: 791; Schnell et al. 2013: 11, 20). Da in diesen Fällen aber nicht mit systematischen Ausfällen aufgrund fehlender Deutschkenntnisse zu rechnen ist, ist dieses Problem weitestgehend zu vernachlässigen. Im Folgenden werden

nun persönliche und aufschlussreiche Erfahrungen, die während der Phase der Datenerhebung gemacht wurden, berichtet.

### 4.5.3 Erfahrungen im Feld

Damit sich grundlegende Verständnisschwierigkeiten, Probleme mit dem Messinstrument oder allgemeine Nachfragen nicht direkt in den Responseraten niederschlagen, wurden den Befragten verschiedene Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme geboten, die auch vielfach genutzt wurden. Ihre Äußerungen ermöglichen ferner Rückschlüsse auf die Qualität des Fragebogens, des methodischen Vorgehens sowie die Aufnahme der Befragung in beiden Stadtteilen. Die zahlreichen Rückmeldungen und persönlichen Eindrücke während der Feldphase werden nun möglichst prägnant dargestellt und interpretativ bewertet.<sup>9</sup>

Die meisten Nachfragen kreisten erwartungsgemäß um das Thema der Anonymität, wobei diesbezügliche Unsicherheiten primär die gezielten Nachfassaktionen betrafen. So monierten mehrere Personen aus Hahnwald, dass offensichtlich bekannt sei, wer an der Befragung teilgenommen hat und diese demgemäß nicht anonymisiert sein könne. Nach Erläuterung und trotz Verständnis für das Prozedere wurde eine eigene Teilnahme jedoch mehrfach ausgeschlossen. Symptomatisch ist des Weiteren, dass Bedenken um die Vertraulichkeit der Daten ausschließlich aus dem Stadtteil Hahnwald geäußert wurden. Tatsächlich fördert die kritische Distanz, die insbesondere bei Angehörigen des intellektuellen und/oder alternativen Milieus auftritt, derartiges Misstrauen (vgl. Schneekloth/Leven 2003: 30). Demgegenüber ließen sich für Chorweiler teils konträre Verhaltensweisen feststellen, wenn etwa Namen oder Adressen auf den Umschlägen vermerkt wurden. Resümierend erscheint es wahrscheinlich, dass Zweifel in puncto Anonymität von weiteren Zielpersonen geteilt und sonach die Responserate negativ beeinflusst wurde. Der Sinnhaftigkeit einer ausführlichen Beschreibung der Rücklaufnummer steht allerdings die motivationsmindernde Wirkung technischer Erläuterungen gegenüber. Eine praktikable Lösung könnte hier unter Umständen ein zusätzlicher Begleitzettel, auf dem das Verfahren für Interessierte vollständig erläutert wird, darstellen.

Als weiterer Grund für eine Teilhabeverweigerung wurde aus Hahnwald mehrfach die Abfrage „zu persönlicher Angaben, vor allem über das Einkommen“

---

<sup>9</sup> Es sei darauf hingewiesen, dass die nachfolgenden Eindrücke überwiegend die Äußerungen einzelner beziehungsweise weniger Personen widerspiegeln und nicht die Meinungen des gesamten Stadtteils repräsentieren. Sofern verallgemeinernde Rückschlüsse gezogen werden, basieren diese an dieser Stelle auf subjektiven Interpretationen.

herangezogen (03.04.2017). Da die Erfassung des Einkommens eine klassische sensitive Frage darstellt, ist dieses Verhalten in Befragungen grundsätzlich nicht ungewöhnlich (vgl. Engel/Schmidt 2014: 342). Auch aus Chorweiler kritisierte eine Anruferin, dass der Fragebogen „sehr viele private Angaben“ enthalte und fragte: „Wer will die haben und wofür?“ (05.04.2017). Tatsächlich ging es ihr vorwiegend um den Hintergrund der Umfrage, der auch mehrere Personen aus Hahnwald nachdrücklich interessierte. Mit Blick auf diese Nachfragen wäre es womöglich ratsam gewesen, das Promotionsvorhaben im Begleitschreiben zu erwähnen. So zeigten sich viele Personen eher geneigt, eine reale Person zu unterstützen als eine abstrakte Institution wie die Universität. Ein zentrales Anliegen aus Hahnwald bestand weiter in der Ergründung des konkreten Verfahrens der Stichprobenziehung. Plakativ wunderte sich eine Person, wie ausgerechnet er in die Auswahlgesamtheit gelangen konnte, da er nur sporadischen Kontakt zu seiner Nachbarschaft pflegt: „Man sagt sich *Hallo* oder redet über das Wetter. Aber das war es dann auch“ (31.03.2017). Relevante Aussagen über das Leben im Stadtteil könne er daher nicht liefern.

Zusammengefasst tangierten die Nachfragen aus Hahnwald mehrheitlich methodische Themen, während einige Personen aus Chorweiler unter anderem Überforderungen mit dem Fragebogen oder einzelnen Fragen äußerten. Ein Befragter versuchte seine Schwierigkeiten im direkten Gespräch zu klären, wobei seine Nachfragen sehr gezielt waren und zum Teil generelle Problematiken mit den Standardinstrumenten aufdeckten (14.03.2017). Beispielsweise beschrieb er die Frage zum Vertrauen in das Gesundheitswesen (Frage 5) als zu unspezifisch, um eine pauschale Einschätzung über Ärzte, Krankenkassen wie auch Krankenhäuser abgeben zu können. Im Weiteren wurde offenbar, dass er sich in Chorweiler sowohl sozial isoliert als auch von den politischen Partizipationsmöglichkeiten enttäuscht fühlte („Hier in Chorweiler ist ja nichts“). Er wolle seine politische Meinung äußern und sich beteiligen, weiß jedoch nicht, wie dies zu bewerkstelligen ist. An solchen Aussagen manifestieren sich zwei grundlegende Sachverhalte, die im weiteren Verlauf zu überprüfen sind: Zum einen scheint es in Chorweiler nur wenige Angebote zur politischen Partizipation vor Ort zu geben, zum anderen scheinen selbst Politikinteressierte nur wenig über die diversen Beteiligungsmöglichkeiten zu wissen.

Bezugnehmend auf die weiteren Rückmeldungen aus diesem Stadtteil stellt diese Person jedoch eher eine Ausnahme dar. So äußerte der Großteil ein grundlegendes Desinteresse an politischen Themen, infolgedessen auch der Fragebogen nicht beantwortet werden wolle („Ich komme ja nicht aus dem Haus. Außerdem interessiert mich Politik nicht“; 14.03.2017). Trotz dieser Selbsteinschätzung

beschwerte sich diese Person in der Folge vehement über sämtliche politische Parteien, Angela Merkel und die Flüchtlingspolitik („Die sollen alle wieder weg“). Vergleichbare Aussagen waren aus Chorweiler häufiger zu hören und offenbarten die mitunter große Frustration, die sich bei diesem Thema angestaut hat. Mehrmals wurde die Auffassung vertreten, dass viel für ausländische und im Besonderen geflüchtete Personen getan werde, während sie selbst von niemandem wahrgenommen werden. Vermutlich liegt hier ein Teil der verbreiteten (Politik-) Verdrossenheit und (politischen) Passivität begründet.

Neben solch konkreten Bezügen inhaltlicher oder methodischer Art erzählten viele Personen spontan über ihren Stadtteil und brachten positive wie negative Argumente für diesen an. Während einige den Vorstadtcharakter Chorweilers mit der direkten Verfügbarkeit sämtlicher Alltagsnotwendigkeiten lobten und keine negativen Erfahrungen zu berichten hatten, waren gegenteilige Meinungen indes häufiger zu hören. Hervorzuheben sind dabei Ressentiments gegenüber anderen Anwohnenden und dem Stadtteil selbst, vor allem aber die Klischees, die mit dem Wohnort Chorweiler verbunden sind. Entgegen der Erwartungen, die sich aus der explorativen Vorphase speisten, äußerten auch mehrere Befragte aus Hahnwald, dass der Stadtteil „kein gutes Untersuchungsobjekt für die Studie“ darstelle (31.03.2017). Denn die Anwohnenden hätten generell nur „wenig Interesse an solchen Dingen und auch an anderen Menschen“ (16.03.2017). Demgegenüber stehen jedoch zahlreiche positive Bemerkungen über den Stadtteil sowie interessante Gespräche über die Befragung, die unter anderem im Rahmen der zweiten Nachfassaktion vor Ort geführt wurden.

Im Ganzen waren die beobachteten Reaktionen wie telefonischen oder digitalen Rückmeldungen in dieser Phase der Datenerhebung sehr divers. Während sich einige begründet für eine Verweigerung entschuldigten, fühlten sich andere „genervt von der Masse an Papier“ (Hahnwald, 03.04.2017) oder äußerten im Feld ihren Unmut über die Befragung. Übereinstimmend war in sämtlichen Hochhäusern Chorweilers zu beobachten, wie Fragebögen umgehend zerrissen oder unbeachtet neben die Briefkästen geworfen wurden. Auch ein Hausmeister berichtete verärgert, dass seit Tagen überall im Eingangsbereich Fragebögen herumliegen würden. Darüber hinaus teilte ein Anrufer emotional mit: „Ich finde, das ist Quatsch! Sie fragen so Sachen und dann erzählen die Medien wieder, hier laufen nur Terroristen rum...“ (06.04.2017). Offenbar sind in Chorweiler auf der einen Seite Angst und Skepsis („vor allem Ältere müssen aufpassen“; 04.04.2017), auf der anderen Seite Motivationslosigkeit und Desinteresse an Befragungen weit verbreitet. Tatsächlich fungieren prekäre Stadtteile vergleichsweise häufig als Objekte sozialwissenschaftlicher Untersuchungen und medialer Berichterstattungen, wie auch mehrere Personen berichteten. So scheinen es viele

Menschen schlicht überdrüssig zu sein, als Studiensubjekte betrachtet zu werden, wodurch sich eine Art Umfragemüdigkeit oder sogar Widerstand eingestellt haben könnte. Zuletzt ist anzumerken, dass in dieser Erhebungsphase viele Nachfragen über einen verpflichtenden Charakter aufkamen. Ein solches Empfinden mag wiederum zu einer höheren Rücklaufquote in Chorweiler beigetragen haben.

---

## 4.6 Datenqualität und -analyse

Im Anschluss an die Feldphase müssen die erhobenen Daten nun der empirischen Analyse zugänglich gemacht werden. Dies beinhaltet die Schritte der Dateneingabe und -aufbereitung sowie der Bereinigung der Stichprobe um fehlende und fehlerhafte Angaben. Darauf aufbauend werden die Validierung der Daten sowie die Bildung relevanter Skalen geschildert, bevor abschließend die Analysemethoden skizziert werden.

### 4.6.1 Datenaufbereitung und Stichprobenbereinigung

Die Rohdaten werden zunächst manuell in die Statistik- und Analysesoftware *SPSS* transferiert, gemäß des Codeplans kodiert und mit entsprechenden Variablen- und Wertelabels versehen. Bei der Definition fehlender Werte ist ferner die Unterscheidung inbegriffen, ob keine Angabe gemacht wurde oder aus anderen Gründen keine brauchbaren Informationen über das Item verfügbar sind (vgl. Anhang A im elektr. Zusatzmaterial).

Der nächste Schritt der Datenaufbereitung umfasst diverse Nachkodierungen, die infolge offener Antwortkategorien notwendig werden. Die offenen Angaben im Bereich der Vereinsmitgliedschaften ( $N = 16$ ) und der Bildungsabschlüsse ( $N = 17$ ) können nach Einzelabwägungen vergleichsweise problemlos in die formalen Antwortkategorien übertragen werden (z. B. ID 15: VERDI = Gewerkschaft; ID 220: Habilitation = Hochschulabschluss). Hingegen ist die einzige Angabe einer anderen Religionszugehörigkeit nicht hinreichend zu identifizieren und entsprechend als fehlender Wert zu kodieren (ID 134). Zudem ist die offen abgefragte Staatsangehörigkeit als numerische Variable zu erfassen. Relevante Rekodierungen sind überdies im Bereich der sozioökonomischen Merkmale vorzunehmen. So wurde das Einkommen als Haushaltsnettoeinkommen in vordefinierten Intervallen erhoben und ist auf Grundlage der Kategorienmittelwerte in

das individuelle Äquivalenzeinkommen zu überführen.<sup>10</sup> Die Bildung wurde in Form des höchsten Schulabschlusses gemessen und ist für die statistische Analyse sinnvollerweise in Bildungsjahre zu rekodieren, wobei sich das Vorgehen weitestgehend am Vorschlag des *Sozio-oekonomischen Panels (SOEP)* orientiert (vgl. Krenz 2008: 23 f.).<sup>11</sup> Darüber hinaus wird die erfasste Stellung im Beruf nach dem Vorbild von Wolf (1995: 114) in die *Magnitude-Prestigeskala (MPS)* transferiert, um das berufliche Prestige der Befragten adäquat abzubilden.

Nach der Datenaufbereitung erfolgt im Weiteren eine Bereinigung der Stichprobe, bei der fehlerhafte Werte korrigiert oder eliminiert werden (vgl. Lück/Landrock 2014: 403 ff.; Schnell et al. 2011: 399 f.; Wittenberg et al. 2014: 140 ff.). Strategien zur Identifizierung von Eingabefehlern oder anderen falschen Angaben lassen sich unter dem Stichwort der Plausibilitätstests summieren. Bei diesen Verfahren ist zunächst eine Sichtung der Häufigkeitsverteilungen aller Variablen angeraten, um ungültige Werte außerhalb des definierten Wertebereiches aufzuspüren und zudem die Sinnhaftigkeit der höchsten und niedrigsten Ausprägungen bei offenen Abfragen zu prüfen. Kodierungsfehler (z. B. 11 statt 1), nicht sinnhafte Werte (z. B. Alter = 300) oder ungleiche Bezeichnungen (z. B. Ukraine und Ukrainisch) werden auf diese Weise umgehend berichtigt. Hingegen werden logische Widersprüche zwischen zwei oder mehreren Variablen erst mit Hilfe von Konsistenztests, bei denen relevante Variablen miteinander kreuztabelliert werden, sichtbar. Hinsichtlich des Umgangs mit potenziellen Unstimmigkeiten stützt sich das weitere Vorgehen auf die Grundsätze von Lück und Landrock (2014: 406). Demgemäß werden Werte erstens behalten, wenn diese nicht eindeutig fehlerhaft sind, zweitens als fehlend definiert, wenn diese

---

<sup>10</sup> Das Nettoäquivalenzeinkommen bildet das Pro-Kopf-Einkommen ab und wird in Relation zu Größe und Zusammensetzung des Haushaltes berechnet. Dazu wird üblicherweise die neue OECD-Skala herangezogen, wobei die Person mit der höchsten Beteiligung am Haushaltseinkommen mit dem Faktor 1,0 und alle weiteren Haushaltsmitglieder entweder mit dem Faktor 0,5 (14 Jahre und älter) oder 0,3 (jünger als 14 Jahre) gewichtet werden. Da das Alter der einzelnen Haushaltsmitglieder anhand der vorliegenden Daten jedoch nicht exakt zu bestimmen ist, wird zur Berechnung des Äquivalenzeinkommens auf die Quadratwurzel-Skala der OECD zurückgegriffen. Dabei wird das Haushaltseinkommen jeweils durch die Quadratwurzel der Anzahl der Haushaltsmitglieder geteilt (vgl. OECD 2005; Hagenaars et al. 1994: 58). Für die höchste Einkommenskategorie 9 = über 6.000 € wird der Wert 7.500 € als Kategorienmittelwert festgelegt.

<sup>11</sup> Da in dieser Untersuchung nicht zwischen Fachhochschule und Universität differenziert wurde, gibt es eine Modifikation im Bereich der tertiären Bildungsgänge. Unter Rückgriff auf den Mittelwert beider Abschlüsse (Fachhochschule = 16 und Universität = 18 Jahre) wird der zusammengefasste Fach-/Hochschulabschluss im Folgenden mit 17 Bildungsjahren gewertet. Die übrigen Abschlüsse werden wie folgt kodiert: Kein Schulabschluss = 7, Volks-/Hauptschulabschluss = 9, Realschulabschluss = 10, Abitur = 13 Bildungsjahre.

eindeutig fehlerhaft sind und drittens ersetzt, wenn diese fehlerhaft sind und der wahre Wert hinreichend sicher abzuleiten ist. Diese Prozedere werden nun jeweils an einem Beispiel erläutert.

Logische Widersprüche treten etwa im Zusammenhang mit der achten Frage auf (Parteipräferenz), die als aufeinander aufbauende Teilfragen konstruiert ist. So bestimmen neun Befragte die Stärke ihrer Parteineigung ohne vorher eine Partei genannt zu haben. Da mit diesem Antwortverhalten mutmaßlich nur die Offenlegung der persönlichen Parteivorliebe vermieden werden sollte und die Angaben zur Parteibindung zudem sehr differenziell ausfallen, erscheint es legitim, die Angaben zur Bindungsstärke beizubehalten und die Parteipräferenz jeweils auf *keine Angabe* zu setzen. Schwerer wiegen indes logische Inkonsistenzen im Bereich der beruflichen Position. So beschreiben 54 Personen ihren beruflichen Status, obwohl sie sich im Vorfeld als *nicht erwerbstätig* charakterisiert haben. Dies betrifft überwiegend Personen im Rentenstatus (N = 36). Da diese Angaben die empirischen Berechnungen systematisch verzerren würden, werden sie im Folgenden als *fehlend* markiert. Des Weiteren berichten fünf Personen über ihre Vereinsaktivitäten, ohne eine aktuelle Vereinsmitgliedschaft aufgeführt zu haben. Diese Widersprüchlichkeit ist mutmaßlich auf die unterschiedliche Operationalisierung der Teilfragen im Hinblick auf den zeitlichen Rahmen zurückzuführen. Es wird entschieden, die zugehörigen Vereinsmitgliedschaften jeweils auf *Ja* zu setzen.<sup>12</sup> Schlussendlich besteht ein wesentliches Ziel der Überprüfung solcher Inkonsistenzen in der Ableitung von Aussagen über die Datenqualität der Stichprobe. Mit Ausnahme der beruflichen Tätigkeit weisen insgesamt vergleichsweise wenige Befragte logische Widersprüche in ihrem Antwortverhalten auf, sodass die Qualität der Daten auf dieser Basis grundsätzlich als zufriedenstellend bewertet wird.

---

<sup>12</sup> Weitere Widersprüche werden beispielsweise zwischen dem Status *verheiratet* und der Angabe *Ich habe keine solche Person (Eheperson)*, die bei mehreren Fragen getätigt wurde, offenkundig (N = 14). Da die statistischen Personenangaben insgesamt als zuverlässiger bewertet werden, wird der Zivilstatus beibehalten und die übrigen Variablen auf fehlend gesetzt. Außerdem haben vier Personen, die zuvor *niemanden* zu ihrem informellen Netzwerk gezählt haben, Angaben zu einigen Alteri gemacht. Da die wahre Netzwerkgröße nicht abzuleiten ist, werden die Werte der Namensgeneratoren jeweils auf *keine Angabe* geändert. Diese Unstimmigkeiten sind jedoch insgesamt als nicht allzu schwerwiegend zu werten.

Im Zuge der Stichprobenbereinigung ist auch über den Umgang mit fehlenden Werten zu entscheiden, wobei die maximal geduldete Anzahl fehlender Antworten je Untersuchungseinheit festzulegen ist. In dieser Studie wird der Empfehlung von Wittenberg et al. (2014: 169) gefolgt, demnach jene Fälle aus dem Datensatz entfernt werden, „deren Anzahl fehlender Werte mehr als zwei Standardabweichungen oberhalb des Mittelwertes entfernt liegt“. Das arithmetische Mittel der ausgelassenen Items liegt bei 23,41 ( $SD = 46,11$ ), sodass gemäß dieser Richtlinie alle Fälle eliminiert werden, die mehr als 115 fehlende Werte aufweisen. Dies betrifft insgesamt elf Untersuchungseinheiten (ID: 37, 63, 66, 86, 95, 131, 163, 184, 280, 302, 307) beziehungsweise 3,4 % der Stichprobe, die sich durch den Ausschluss auf 314 Fälle reduziert. Ein weiterer Bestandteil der Datenbereinigung ist üblicherweise die Suche nach extremen Fällen, sogenannten Ausreißern. Diese können in der statistischen Analyse unter Umständen zu erheblichen Verzerrungen führen und sind etwa mittels Boxplots zu identifizieren. Zu diesem Stand der Untersuchung weisen die Variablen allerdings durchweg eine relativ geringe Anzahl an Antwortkategorien auf. Da diese keine starken Differenzierungen erlauben, ist eine Ausreißer-Analyse an dieser Stelle nur bedingt sinnvoll und wird im weiteren Verlauf, insbesondere nach der Bildung von Skalen, aufzugreifen sein (vgl. Abschnitt 4.6.3). Lohnenswert ist in diesem Kontext zudem ein Blick auf die verschiedenartigen Aussagen, die zu Frage 20 ausgearbeitet wurden. Da dort positiv sowie negativ formulierte Items enthalten sind, kann eine Ausreißer-Analyse Aufschluss über Verständnisprobleme der Befragten liefern.

#### 4.6.2 Externe Stichprobenvalidierung

Nach der Datenbereinigung wird schließlich eine Ausschöpfungsquote von 11,6 % erzielt, wobei in Hahnwald 20,3 % ( $N = 142$ ) und in Chorweiler 8,6 % ( $N = 172$ ) der Bruttostichproben realisiert wurden. Im Allgemeinen erhöhen geringe Responderaten die Wahrscheinlichkeit von Verzerrungen. So sind in einer solchen Stichprobe überproportional häufig Personen vertreten, die viel Zeit zur Verfügung haben, ein intrinsisches Interesse an der Thematik besitzen oder eine Teilnahme in irgendeiner Form als obligatorisch ansehen. Hingegen werden schlecht erreichbare oder schwer zu überzeugende Personengruppen bei kleineren Umfragegrößen in der Regel nur unzureichend erfasst. Zur Überprüfung hinreichender Repräsentativität empfiehlt sich daher ein Abgleich des Samples mit relevanten Merkmalen der Grundgesamtheit. Vor einer solchen Analyse ist bei disproportionalen Stichproben grundsätzlich eine Gewichtung der Stadtteile zu erwägen. Da die Anwendung von Designgewichten aber ihrerseits mit erheblichen

Verzerrungen verbunden ist, wird trotz der bestehenden Überrepräsentation der Befragten aus Hahnwald (Oversampling) begründet davon Abstand genommen.<sup>13</sup> Infolgedessen wird jedoch auch die externe Validierung nicht für die gesamte Stichprobe, sondern separat für jeden Stadtteil durchgeführt. Als Referenzwerte gehen jeweils die Stadteildurchschnittswerte amtlicher Statistiken aus dem Jahr 2017 ein (vgl. Krebs/Menold 2014: 435; Tabelle 4.8).

Die Verteilung der Geschlechter spiegelt das durchschnittliche Verhältnis in beiden Stadtteilen geeignet wider, wohingegen der Altersdurchschnitt deutlich über den mittleren Werten der Kölner Statistik liegt. Tatsächlich haben an dieser Befragung unverhältnismäßig viele Rentnerinnen und Rentner (38 %) teilgenommen, demnach jene Personen, die vergleichsweise viel Zeit zur Beantwortung eines Fragebogens haben. Diese Tatsache reflektiert partiell die vorangegangene Entscheidung, auf eine zufällige Personenauswahl zugunsten der Responserate zu verzichten und somit eine Verzerrung der Stichprobe herauszufordern (vgl.

---

<sup>13</sup> Aufgrund der disproportionalen Stichprobenziehung bestanden für die Befragten aus Hahnwald und Chorweiler unterschiedliche Chancen, in die Auswahl zu gelangen (vgl. Abschnitt 4.5.1). Um Rückschlüsse auf die Grundgesamtheit zu erlauben, müssen die Stadtteile in Abhängigkeit ihrer Auswahlwahrscheinlichkeiten gewichtet werden. Nach diesem Vorgehen würden sich in dieser Untersuchung jedoch nicht akzeptable Stichprobengrößen ergeben (Hahnwald:  $N = 43$ ; Chorweiler:  $N = 272$ ; vgl. Terwey 2014). Für Hahnwald verblieben zum einen zu wenige Fälle, um angemessen argumentieren zu können. Zum anderen würden jene Fälle durch so viele Befragte repräsentiert, dass kaum mehr exakte Aussagen abzuleiten sind. Interpretationsproblematiken ergeben sich an dieser Stelle insbesondere in der Bewertung von Signifikanzen. Jenseits quantitativ-statistischer Argumente wurde diese Stichprobe zudem nicht nach Merkmalen der abhängigen Variable ausgewählt, bei der im Falle der politischen Partizipation etwa Wähler:innen und Nicht-Wähler:innen gegenübergestellt würden (endogene Schichtung). Zweifellos besteht der Grundgedanke der Studie darin, dass das Merkmal Stadtteil in einem Zusammenhang zur abhängigen Variable steht, aber die Untersuchungsanordnung entspricht vielmehr einem Quasi-Experiment, in dem verschiedene Stadtteile herangezogen, ihre Unterschiede kontrastiert und die Wirkungen individueller Merkmale untersucht werden. Die Repräsentativität einer Grundgesamtheit ist daher nicht das Ziel der Untersuchung, die eben nicht beansprucht, eine Stadt *Hahnweiler* oder *Chorwald* abzubilden. Infolgedessen muss die Stichprobe auch nicht jener fiktiven Grundgesamtheit entsprechen. Zusammenfassend steht zu erwarten, dass die Verzerrungen, die sich durch den Verzicht auf Gewichte ergeben, weniger deutlich ausfallen als die Verzerrungen unter Anwendung einer unpassenden Gewichtung. Da die Einzelstichproben zudem in ihrem Umfang annähernd gleich ausfallen, wird sich bewusst gegen die Verwendung eines Design-Gewichtes entschieden.

**Tabelle 4.8** Demografische Merkmale der Stichprobe und der Gesamtpopulation (Mittelwert oder Prozent)

	Hahnwald 2017		Chorweiler 2017	
	Grundgesamtheit	Stichprobe	Grundgesamtheit	Stichprobe
Weiblich	49,3%	50,7%	53,1%	58,0%
Durchschnittsalter in Jahren	45,0	60,9	40,3	55,4
Verheiratet	52,9%	78,4%	39,9%	44,8%
Haushalte mit Kindern (< 18)	25,5%	24,7%	32,0%	17,1%
Alleinerziehende Frauen (% an Haushalten mit Kindern)	10,4%	5,7%	28,7%	35,7%
Mindestens (Fach-)Abitur <sup>1</sup>	47,6%	87,3%	15,9%	47,3%
Migrationshintergrund	23,3%	7,1%	80,8%	54,2%
Arbeitslose	1,4%	0%	17,4%	12,6%
N	2.058	139–142	13.229	163–169

*Anmerkungen:* <sup>1</sup>Die Angaben zur Bildung stammen von Schäfer et al. (2013: 133), die als Bewertungsgrundlage das (Fach-)Abitur heranziehen. In der vorliegenden Untersuchung wird hingegen mindestens das Abitur als höchster Bildungsabschluss berichtet.

*Quelle:* Eigene Berechnungen; vgl. Schäfer et al. 2013; Stadt Köln 2017a.

Abschnitt 4.5.1).<sup>14</sup> Das höhere Durchschnittsalter findet zudem eine Entsprechung in der großen Anzahl verheirateter Personen, deren Anteil insbesondere in Hahnwald erkennbar den Durchschnitt der Gesamtpopulation übersteigt. Demgegenüber ist in Chorweiler die deutliche Unterrepräsentanz der Haushalte mit Kindern hervorzuheben, was mutmaßlich auf zeitliche Barrieren schließen lässt.

In Bezug auf die Bildung ist jeweils eine deutliche Verzerrung zu referieren, die unter Bilanzierung der unterschiedlichen Bewertungsgrundlagen noch schwerer wiegt. Mit der zahlenmäßigen Überlegenheit hoch und höher gebildeter Personen reproduziert diese Untersuchung den klassischen Bildungsbias schriftlicher Umfragen (vgl. Reuband 2014: 649). Obgleich die Stichprobe in

<sup>14</sup> Ein verzerrender Effekt ist jedoch nur für einen begrenzten Bereich dieser Fälle wahrscheinlich. So ist nicht zwingend vorausgesetzt, dass in den betreffenden Haushalten zusätzlich Personen aus einer anderen Altersgruppe leben. Insofern würden sich auch unter Anwendung einer gezielten Personenauswahl mutmaßlich vergleichbare Tendenzen ergeben.

puncto Bildung als nicht valide zu bezeichnen ist, bleiben die existierenden Stadtteilunterschiede aber anschaulich auf einem höheren Niveau erhalten. Vergleichbares ist im Kontext der anteilmäßigen Migration zu konstatieren. Diese fällt in beiden Stichproben erwartungsgetreu niedriger als in der entsprechenden Grundgesamtheit aus, bildet die Unterschiede zwischen den Stadtteilen jedoch näherungsweise ab.<sup>15</sup> Die Arbeitslosenquoten entsprechen wiederum annähernd den Angaben der amtlichen Statistik. Insgesamt ist die externe Validität in einigen Bereichen (Alter, Bildung, Migration) als nicht optimal einzustufen. Dieser Umstand ist zu weiten Teilen auf die Erhebungsform zurückzuführen und spiegelt mitunter klassische Verzerrungen schriftlicher Umfragen. Da die grundlegenden Unterschiede zwischen den Stadtteilen erhalten bleiben, diese folglich dieselben Verzerrungen aufweisen, ist dieses Ergebnis zwar als nicht allzu schwerwiegend zu bewerten, sollte aber bei der weiteren Interpretation der Forschungsergebnisse berücksichtigt werden.

Zuletzt ist darauf hinzuweisen, dass die Repräsentativität durch die Nachfassaktionen zu einem gewissen Grad verbessert wurde (vgl. Tabelle 4.9; Abschnitt 4.5.2). So wurden mit dem Drittkontakt tendenziell jüngere und ressourcenschwächere Schichten zu einer Teilnahme bewegt. Der höhere Anteil fehlender Werte demonstriert jedoch auch eine weniger sorgfältige Bearbeitung des Fragebogens durch diese Befragtengruppe. Es wäre allerdings voreilig, dadurch Rückschlüsse auf die grundsätzlich Datenqualität abzuleiten. Zudem sind jene „Widersprüche in den Einstellungen und Meinungslosigkeit (...) Bestandteil der sozialen Realität und bedürfen der Berücksichtigung“ (Reuband 2001: 322).

---

<sup>15</sup> Menschen mit Migrationshintergrund sind in schriftlichen Befragungen üblicherweise unterrepräsentiert, was wenigstens teilweise auf bestehende Sprachbarrieren zurückzuführen ist. Aus diesem Grund wurde zusätzlich ein Fragebogen in türkischer Übersetzung angeboten (vgl. Abschnitt 4.4). Diese Option wurde jedoch lediglich von drei Befragten genutzt, sodass Aufwand und Ertrag dieser Maßnahme hier in einem deutlichen Negativverhältnis stehen. Um bestimmte Personengruppen jedoch nicht a priori von einer Befragung auszuschließen, ist dieses Verfahren unter vergleichbaren Bedingungen trotzdem unbedingt zu empfehlen. Über den Mehrwert weiterer Übersetzungen kann an dieser Stelle nur spekuliert werden.

**Tabelle 4.9** Stichprobenmerkmale nach Erhebungsphase (Mittelwert oder Prozent)

	Erst-/Zweitkontakt	Drittkontakt	Gesamt
Weiblich	54,0%	56,3%	54,7%
Alter in Jahren	58,5	56,7	57,9
Verheiratet	64,4%	51,1%	60,3%
Haushalte mit Kindern (< 18)	19,9%	22,1%	20,6%
Bildungsjahre	14,1	13,0	13,8
Einkommen	1.580,9	1.331,6	1.506,0
Migrationshintergrund	29,7%	39,6%	32,8%
Fehlende Werte	13,7	22,0	16,3
N	217	97	314

*Quelle:* Eigene Berechnungen.

### 4.6.3 Zentrale Skalenbildungen

Zur weiteren Vorbereitung auf die statistische Analyse sind nun einzelne Variablen zu Skalen und Indizes zusammenzufassen. Die Konstruktion der zentralen Skalen im Bereich politischer Partizipation und formeller wie informeller Netzwerke wird in diesem Abschnitt detailliert dargelegt (vgl. Abschnitt 4.3.1). Die Zusammensetzung weiterer Skalen, die sich auf theoretische Erklärungs- und Kontrollgrößen beziehen, findet sich überblickartig in Anhang B (elektr. Zusatzmaterial).

#### Politische Partizipation

Zur Messung der politischen Beteiligung wurden in dieser Untersuchung 18 politische Aktivitäten (1 = kein Interesse, 2 = käme in Frage, 3 = schon einmal gemacht, 4 = in den letzten zwei Jahren gemacht) sowie die Mitgliedschaft in einer politischen Partei (0 = kein Mitglied, 1 = Mitglied) erfasst. Um das Gesamtkonstrukt der politischen Partizipation abzubilden, sollen die einzelnen Angaben zu einem Mittelwertindex verrechnet werden. Dieses Vorgehen setzt zunächst eine Angleichung der verschiedenen Skalenniveaus voraus. Da eine Überführung der einen Variable in den Wertebereich der jeweils anderen nicht möglich beziehungsweise mit erheblichen Informationseinbußen verbunden ist, werden alle Variablen stattdessen standardisiert (z-transformiert). Die Festsetzung der Mittelwerte auf 0 und der Standardabweichungen auf 1 kann zwar unter Umständen nachfolgende Interpretationen erschweren, ermöglicht aber in

jedem Fall die Indexbildung ursprünglich unterschiedlicher Einheiten (vgl. Wittenberg et al. 2014: 182 f.). Im Weiteren signalisiert Cronbachs Alpha von  $\alpha = ,909$  eine hohe interne Skalenkonsistenz. Demnach messen die verwendeten Items das theoretische Konstrukt adäquat und die Bildung der Skala *PolitischePartizipation* ist unter Reliabilitätsaspekten gerechtfertigt.

Problematisch erscheint indes die große Anzahl ausgeschlossener Fälle (52,9 %), welche maßgeblich auf die hohe Item-Nonresponse bei der Partizipationsform Wählen zurückzuführen ist (42,7 %). Überraschenderweise ist der Anteil an Nichtwahlberechtigten in diesem Zusammenhang nur von untergeordneter Bedeutung (8,9 %). Der weitere Umgang mit den fehlenden Werten ist daher über die Frage zu bestimmen, ob die Ausfälle systematisch oder zufällig zustande gekommen sind. Zur Überprüfung dieser Frage werden relevante Merkmale der Verweigerinnen und Verweigerer mit denen der übrigen Befragten verglichen. Auf Basis der in Tabelle 4.10 ausgegebenen Zusammenhangsmaße sind keine signifikanten Differenzen zwischen den herangezogenen Merkmalen der Befragten mit und ohne Angabe zur Beteiligung an Wahlen festzustellen. Sofern nun keine statistisch relevanten Unterschiede zwischen den Gruppen existieren, ist auch das Vorliegen systematischer Ausfälle eher unwahrscheinlich. Vielmehr scheinen Darstellung und Positionierung des Items im Fragebogen, das erkennbar von den übrigen Partizipationsformen abweicht, für die hohe Anzahl fehlender Werte verantwortlich. In diesem Sinne wird als hinreichend gesichert angenommen, dass die fehlenden Angaben nicht systematisch von einer anderen Variable abhängen, demnach völlig zufällig sind (missing completely at random) und in der empirischen Analyse entsprechend ignoriert werden dürfen (vgl. Schnell et al. 2011: 428). Mit Blick auf den Stichprobenumfang wird allerdings bei statistischen Verfahren, die auf Korrelationsmatrizen beruhen, ein paarweiser Werteausschluss angestrebt.

Da die übrigen Beteiligungsformen ebenfalls verhältnismäßig viele fehlende Angaben aufweisen (11–14 %), ist auch über deren Behandlung zu entscheiden. Ein Ausschluss sämtlicher fehlender Werte würde die Stichprobe annähernd halbieren und ist somit wenig sinnvoll. Daher wird ein weniger rigides Verfahren gewählt und bei der Skalenbildung alle Fälle berücksichtigt, die mindestens zwei Drittel gültige Antworten abgegeben haben. Mit dieser Methode bleiben schließlich 86 % der Untersuchungseinheiten erhalten.

In der grafischen Auswertung der Partizipationsskala werden ferner drei Extremwerte (Ausreißer) identifiziert, die zwischen 1,5 und 3 Quartilsabständen vom Mittelwert entfernt liegen; unter strengerer Auslegung, die Abweichungen von 2 Standardabweichungen anzeigt, wären sogar elf Befragte betroffen (vgl. Wittenberg et al. 2014: 165 f.). Theoretisch-argumentativ ist zum einen ein Ausschluss dieser Einheiten plausibel, da die Untersuchung die Gesellschaft

**Tabelle 4.10** Demografische Merkmale der Befragten mit und ohne Item-Nonresponse (Wählen)

	Befragte ohne Item-Nonresponse		Befragte mit Item-Nonresponse		Befragtenmerkmale und Item-Nonresponse		
	Mean	N	Mean	N	$\Phi$	$r_{pb}$	
Geschlecht	0,50	180	0,40	103	– ,098		n. s.
Alter	59,20	179	56,73	102		– ,069	n. s.
Bildungsjahre	14,04	180	13,39	103		– ,089	n. s.
Einkommen in Euro	1.574,68	171	1.517,29	94		– ,022	n. s.
Stadtteil	1,50	180	1,56	106	,055		n. s.
Migration	0,27	177	0,32	103	,059		n. s.

*Anmerkungen:* Für nominalskalierte Merkmale sind die Phi-Koeffizienten des Chi-Quadrat-Tests (exakte Signifikanzen) ausgegeben, für intervallskalierte Merkmale punktbiseriale Korrelationskoeffizienten. Wertebereiche: Geschlecht: 0 = weiblich, 1 = männlich; Bildungsjahre: 7 = kein Schulabschluss, 9 = Volks-/Hauptschulabschluss, 10 = Realschulabschluss, 13 = Abitur, 17 = (Fach-)Hochschulabschluss; Einkommen: 1 = 250 €, 2 = 750 €, 3 = 1.250 €, 4 = 1.750 €, 5 = 2.500 €, 6 = 3.500 €, 7 = 4.500 €, 8 = 5.500 €, 9 = 7.500 €; Stadtteil: 1 = Hahnwald, 2 = Chorweiler; Migration: 0 = keine Migration, 1 = Migration.

*Quelle:* Eigene Berechnungen.

möglichst genau abbilden soll, was in der Regel über Aussagen nahe dem Mittelwert geschieht. Zum anderen ist ebenso ein Einbezug derselben in die statistische Analyse legitim, da es sich bei den Beobachtungswerten um echte Messwerte handelt, welche die empirische Realität abbilden. Infolge dieses Dualismus wird erst im Rahmen der statistischen Modelle geprüft, inwieweit diese Ausreißer die Ergebnisse verzerren und auf dieser Grundlage eine Entscheidung über Ein- oder Ausschluss forciert.<sup>16</sup>

Schließlich ist an dieser Stelle noch die Validität des Mittelwertindexes zu prüfen. Die Partizipationsskala korreliert hochsignifikant positiv ( $p < 0,001$ ) mit relevanten Merkmalen der politischen Einbindung (z. B. Parteibindung:  $r_s = ,276$ ; Wahlabsicht:  $r_s = ,321$ ; politisches Interesse  $r_s = ,421$ ; alle ordinalskaliert), sodass zumindest näherungsweise eine Kriteriumsgültigkeit angenommen werden kann (vgl. Schnell et al. 137; Wittenberg et al. 2014: 256). Im Hinblick auf die formale Validität erscheint hingegen eine einheitliche Struktur politischer Partizipation anlässlich der in Abschnitt 2.1.2 dargelegten theoretischen

<sup>16</sup> Das gleiche Vorgehen wird in Bezug auf die nachfolgend darzustellenden Skalen angewendet, weshalb der Umgang mit Extremwerten in diesem Abschnitt nicht mehr aufgegriffen wird.

und empirischen Klassifizierungen unwahrscheinlich (vgl. Wittenberg et al. 2014: 256, 261 ff.). Tatsächlich offenbart eine explorative Faktorenanalyse die Existenz vier trennscharfer Dimensionen, die gemeinsam 63 % der Varianz erklären (vgl. Tabelle 4.11). Diese Dimensionen seien nun kurz hinsichtlich Zusammensetzung und potenzieller Typenbildung zu interpretieren.

Die erste Dimension umschließt digitale Möglichkeiten der politischen Einflussnahme (Online-Abstimmung, Online-Petition, Online-Beiträge und Online-Protest) und ist entsprechend als *Online-Partizipation* zu charakterisieren. Demgegenüber weist die zweite Dimension positive Ladungen der Beteiligungsformen Parteimitarbeit, Politikerkontakt, Spenden und Parteimitgliedschaft auf. Da diese Mitwirkungsmöglichkeiten klassische Formen politischen Engagements repräsentieren, werden diese im Folgenden unter das Stichwort *traditionelle Partizipation* gefasst. Die verbleibenden Faktoren divergieren entlang der Konventionalitätsdimension. Während auf dem dritten Faktor vorwiegend niedrigschwellige Beteiligungsformen laden (*Konventionelle Partizipation*: Wählen, Referendum, Unterschriftensammlung), kennzeichnet der vierte Faktor eine protestorientierte Partizipation (*Unkonventionelle Partizipation*: Flashmob, Blockade/Besetzung). Darüber hinaus können einige Items nicht eindeutig einer der vier Dimensionen zugeordnet werden, was unter anderem auf die Operationalisierung der Beteiligungsformen zurückzuführen ist. So wurde etwa auf eine Differenzierung in genehmigte und ungenehmigte Demonstrationen verzichtet, wodurch diese Teilhabeform sowohl Ladungen auf der konventionellen als auch der unkonventionellen Dimension aufweist. Daneben scheinen die Ziele, Zwecke und Aktivitäten der Formen Bürgerinitiative und Kundgebung zu breit gefächert, um eine trennscharfe Zuordnung zu gewährleisten.

Zusammenfassend ist der politischen Partizipationsskala erwartungsgetreu keine Eindimensionalität zu attestieren. Um der Komplexität politischer Teilhabe gerecht zu werden, geht nachfolgend nicht nur die Gesamtskala politischer Beteiligung in die empirische Analyse ein (*Politische Partizipation*), sondern es werden zusätzlich vier Subskalen entlang der extrahierten Dimensionen berücksichtigt (*Traditionelle, Konventionelle, Unkonventionelle* und *Online-Partizipation*). Diese werden analog zur Partizipationsskala als Mittelwertindizes der standardisierten Items gebildet. Da aus den vormals identifizierten fehlenden Werten jeweils nur minimale Verzerrungen resultieren, können bei diesen Skalen sämtliche Antworten einbezogen werden. Die Teilskalen politischer Beteiligung sind jeweils homogen, reliabel und mögen im Folgenden etwaige Unterschiede in relevanten Zusammenhängen oder Gruppen herausstellen.

**Tabelle 4.11** Dimensionen politischer Partizipation

Skalen und Einzelitems (standardisiert)	Faktorladungen			
	Online	Traditionell	Konventionell	Unkonventionell
<b>Online-Partizipation</b> (Cronbachs $\alpha = ,835$ )				
Online-Abstimmung	,750	,090	,422	,038
Online-Petition	,785	,067	,321	,076
Online-Beiträge	,660	,392	,054	,176
Online-Protest	,735	,087	,158	,379
<b>Traditionelle Partizipation</b> (Cronbachs $\alpha = ,818$ )				
Parteimitarbeit	,068	,826	,073	,274
Politikerkontakt	,351	,651	,229	,205
Spenden	,103	,779	,221	,116
Parteimitgliedschaft	-,022	,771	-,047	-,115
<b>Konventionelle Partizipation</b> (Cronbachs $\alpha = ,709$ )				
Wählen	,277	,169	,637	-,134
Referendum	,252	,109	,652	,122
Unterschriftensammlung	,375	,025	,692	,176
<b>Unkonventionelle Partizipation</b> (Cronbachs $\alpha = ,686$ )				
Flashmob	,180	,073	,087	,704
Blockade/Besetzung	,221	,110	,068	,788
-----				
Diskussionen	,253	,513	,403	,172
Bürgerinitiative	,123	,403	,476	,367
Kundgebung	,051	,283	,604	,518
Demonstration	,030	,129	,583	,572
Komm. Bürgerhaushalte	,489	,268	,126	,494
Produktboykott	,510	-,059	,420	,280
Anteil erklärter Varianz (kumuliert)	17,04%	33,56%	49,50%	63,13%

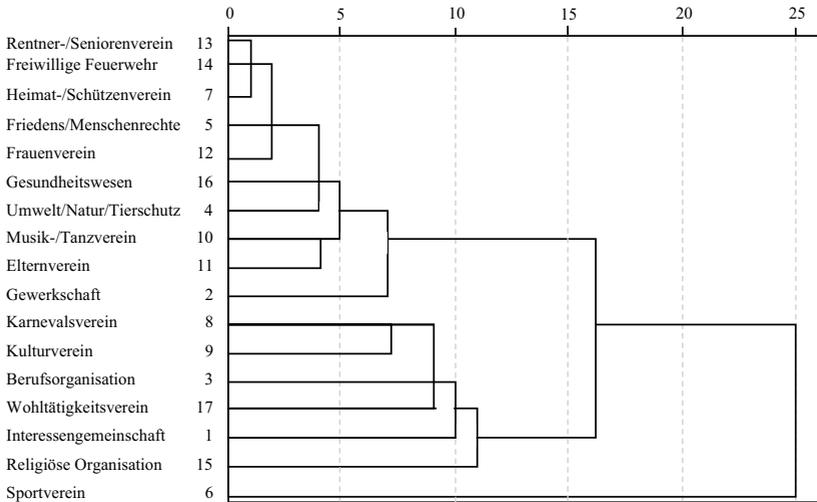
*Anmerkungen:* Explorative Faktorenanalyse. Extraktionsmethode: Hauptkomponentenanalyse. Rotationsmethode: Varimax mit Kaiser-Normalisierung. Paarweiser Ausschluss fehlender Werte. KMO=0,884. N=268-284 (Wählen: N=180; Parteimitgliedschaft: N=312).

*Quelle:* Eigene Berechnungen.

### Formelle Netzwerke

Die formellen sozialen Netzwerke wurden anhand der Mitgliedschaften in 18 verschiedenen Vereinen und Organisationen in Form dichotomer Variablen erhoben (0 = kein Mitglied, 1 = Mitglied). Diese werden zu einem Summenindex – exklusive der Mitgliedschaft in einer politischen Partei – addiert (*Anzahl Vereinsmitgliedschaften*). Im Zuge der Reliabilitätsanalyse wird für diese Skala ein Cronbachs Alpha von  $\alpha = ,642$  ermittelt, das auf eine ausreichende innere Konsistenz schließen lässt. Auf formale Validität (Homogenität) ist hingegen nicht zu prüfen, da zur Abbildung eines möglichst breiten Spektrums zivilgesellschaftlicher Bereiche bewusst heterogene Vereine ausgewählt wurden (vgl. Abschnitt 4.3.1). Die Verwendung einer solchen qualitativ komplexen

Gesamtskala ist für allgemeinere Analyse zwar grundlegend zielführend, impliziert aber immer auch „einen erheblichen Verlust an analytischer Bedeutung der Indikatoren“ (Gabriel et al. 2002: 45).



**Abbildung 4.2** Hierarchische Beziehungen zwischen Vereinsformen (Anmerkungen: Dendrogramm der hierarchischen Clusteranalyse mit Ward-Verknüpfung. N = 312. Quelle: Eigene Darstellung)

Dieses Informationsdefizit soll durch die Bildung instrumenteller, expressiver und gemischter Teilskalen aufgefangen werden. Die Abbildung unterschiedlicher Vereinstypen folgt zunächst keinen empirischen Kriterien, sondern wird theoretisch-inhaltlich anhand vorab bestimmter Merkmale per Summenbildung vorgenommen (*Anzahl instrumentelle, expressive und gemischte Vereinsmitgliedschaften*). Zwar fallen die internen Konsistenzen dieser Skalen nicht zufriedenstellend aus (instrumentell:  $\alpha = ,235$ ; expressiv:  $\alpha = ,406$ ; gemischt:  $\alpha = ,398$ ). Jedoch stellt dies primär ein Ergebnis der schiefen Randverteilungen auf die mittlere Interkorrelation der Items dar, sodass dieser Umstand letztlich nicht allzu schwer wiegt. Nichtsdestotrotz soll eine hierarchische Clusteranalyse Aufschluss über etwaige empirische Muster liefern, die die Vereinstypen möglicherweise geeigneter repräsentieren (vgl. Abbildung 4.2). Zusammengefasst liefert diese

Analyse jedoch keine inhaltlich überzeugenden Gruppierungen, sodass an der theoriegeleiteten Variante festgehalten wird.<sup>17</sup>

Zusätzlich zu den additiven Skalen wird die mehrfach kategoriale Variable *Vereinstypus* konstruiert, welche die Merkmalsausprägungen 0 = kein Mitglied, 1 = instrumenteller Verein, 2 = expressiver Verein, 3 = gemischter Verein annehmen kann. Als weiteres qualitatives Merkmal individueller Vereinsmitgliedschaften wird zudem eine Variable benötigt, die den Mitgliedschaftsstatus einer Person erfasst. Zu diesem Zweck wird zwischen einem aktiven und einem passiven Status differenziert und jeweils ein additiver Index gebildet (*Anzahl aktive Vereinsmitgliedschaften* und *Anzahl passive Vereinsmitgliedschaften*). Dabei gelten Mitgliedschaften dann als aktiv, wenn an Veranstaltungen oder Aktivitäten des Vereins teilgenommen und/oder auf ehrenamtlicher Basis mitgearbeitet wurde. Alle übrigen Mitgliedschaften werden entsprechend als Passivmitgliedschaften gewertet. Auch in diesem Fall ist für die statistische Analyse zusätzlich eine kategoriale Variable erforderlich, welche die Ausprägungen 0 = kein Mitglied, 1 = aktives Mitglied, 2 = passives Mitglied umfasst (*Mitgliedschaftsstatus*). Zuletzt zählt eine weitere Skala die Anzahl lokaler Mitgliedschaften, demnach alle Mitgliedschaften in Vereinen, die im eigenen Stadtteil angesiedelt sind (*Anzahl lokale Vereinsmitgliedschaften*).

### Informelle Netzwerke

Zur Erfassung der informellen Netzwerke wurden verschiedene Namensgeneratoren und -interpretatoren eingesetzt, die quantitative und qualitative Informationen über die individuelle Vernetzung bereitstellen. Um die Größe informeller Netzwerke abzubilden, wird ein Summenindex gebildet, der die Anzahl persönlicher Beziehungen über die drei Namensgeneratoren hinweg zählt (*Anzahl Netzwerkpersonen*). Unter Berücksichtigung der geringen Itemanzahl ist Cronbachs Alpha von  $\alpha = ,590$  durchaus als akzeptabel zu bewerten, zumal die jeweiligen Stimuli explizit unterschiedliche Beziehungsdimensionen fokussieren. Dieses Argument fordert nun aber gleichzeitig eine Berücksichtigung der Einzelitems heraus. Um der Vielschichtigkeit sozialer Beziehungen nachzukommen, schließt die empirische Analyse ebenfalls die Variablen *Rat bei wichtigen Entscheidungen*, *Freizeit und Interessen* und *Hilfe bei praktischen Arbeiten* ein. Diese beschreiben die

---

<sup>17</sup> Die hierarchische Clusteranalyse nach dem Ward-Kriterium wurde zusätzlich mit z-transformierten Variablen durchgeführt. Auf dieser Basis ließen sich zwar vier Gruppen von Vereinen identifizieren, die aber nicht sinnvoll im Hinblick auf die zugrundeliegenden Annahmen zu interpretieren sind und folglich keinen theoretischen Mehrwert für die Überprüfung der Hypothesen haben. Daher wird von einer methodischen Typenbildung Abstand genommen.

Anzahl an Netzwerkpersonen je Namensgenerator/Beziehungsbereich, wobei an dieser Stelle jeweils keine Anpassungen angezeigt sind.

In Bezug auf die Gesamtskala ist wiederholt eine vergleichsweise hohe Anzahl fehlender Werte zu konstatieren ( $N = 71$ ), wobei diverse Rückmeldungen im Verlauf der Feldphase nahelegen, dass der hohe kognitive Aufwand primär für die Antwortverweigerung (keine Angabe) verantwortlich ist. Zum Ausschluss systematischer Verzerrungen wird analog zur Beteiligung an Wahlen geprüft, inwiefern sich die Verweigernden in relevanten Merkmalen von den übrigen Befragten unterscheiden. Die Ergebnisse zusammenfassend ist auch an dieser Stelle aller Voraussicht nach von zufälligen Ausfällen auszugehen, da die Gruppen keine signifikanten Differenzen aufweisen. Obgleich damit eine nennenswerte Beeinflussung der Ergebnisse unwahrscheinlich ist, erscheint die drastische Reduzierung des Stichprobenumfangs nicht unproblematisch.

Weitere Skalenbildungen werden im Bereich der qualitativen Netzwerkelemente notwendig, die auf die Reichweite und Zusammensetzung informeller Netzwerke rekurrieren. Basierend auf Egos Informationen über maximal fünf Alteri werden sämtliche Skalen nachfolgend als Mittelwertindizes gebildet. Problematisch gestaltet sich derweil die Tatsache, dass lediglich die Hälfte der Befragten (50,8 %) Angaben über alle Alteri liefert. Die Frage, wie viele gültige Alteri-Angaben jeweils für die Skalenkonstruktion vorausgesetzt werden, mündet schließlich in einem Zielkonflikt zwischen Stichprobenumfang und Messgenauigkeit. Tabelle 4.12 veranschaulicht dieses Problem anhand der Gegenüberstellung verschiedener Mittelwertindizes, die ohne, unter moderaten (mindestens drei gültige Angaben) und unter strengen (fünf gültige Angaben) Restriktionen gebildet wurden.

Die Skala *Geografische Reichweite* beinhaltet Angaben über den Wohnort der einzelnen Alteri (ursprünglicher Wertebereich: 1 = gleicher Haushalt, 2 = gleicher Stadtteil, 3 = gleiche Stadt, 4 = gleiches Land, 5 = anderes Land) und kann Werte zwischen 1 (geringe Reichweite) und 5 (hohe Reichweite) annehmen. Ein Vergleich der verschiedenen Skalenkonstruktionen demonstriert nun eine erhebliche Stichprobenreduktion unter moderaten und strengen Bedingungen, wohingegen sich die mittleren Skalenwerte jeweils nur geringfügig voneinander unterscheiden. Die Verzerrungen durch fehlende Werte scheinen demnach in einem akzeptablen Rahmen zu bleiben. Ein weiterer Index misst den Anteil derjenigen Personen, die im selben Stadtteil wie Ego leben (*Lokale Alteri*) und spannt einen Wertebereich von 0 (keine lokalen Alteri) bis 1 (nur lokale Alteri). An dieser Stelle fallen die Verzerrungen tendenziell stärker ins Gewicht: Werden von Ego nur wenige Alteri in den Namensinterpretatoren beschrieben, sind dies zumeist Ehepersonen, die in der Regel im selben Haushalt leben. Aus

**Tabelle 4.12** Geografische Reichweite und soziale Zusammensetzung nach Skalenrestriktionen (Mittelwerte)

Restriktionen der Skalenbildung	Geografische Reichweite								
	Geografische Reichweite			Lokale Alteri			Lokale Alteri ohne Eheperson		
	Mean	SD	N	Mean	SD	N	Mean	SD	N
Keine	2,64	0,68	243	0,43	0,34	243	0,32	0,33	242
Moderat	2,71	0,59	194	0,41	0,30	194	0,32	0,31	191
Streng	2,74	0,61	154	0,39	0,29	154	0,30	0,29	150
	Soziale Zusammensetzung								
	Soziale Homophilie			Verwandte Alteri			Verwandte Alteri ohne Eheperson		
	Mean	SD	N	Mean	SD	N	Mean	SD	N
Keine	0,57	0,19	243	0,49	0,35	243	0,36	0,34	243
Moderat	0,58	0,17	195	0,47	0,32	192	0,37	0,31	192
Streng	0,59	0,16	160	0,47	0,30	155	0,36	0,29	155

*Anmerkungen:* Keine Restriktion = Mittelwert; moderate Restriktion = Mittelwert bei mindestens drei gültigen Antworten; strenge Restriktion = Mittelwert bei fünf gültigen Antworten. Wertebereiche: Geografische Reichweite: 1–5; Lokale Alteri, soziale Homophilie, verwandte Alteri: 0–1.

*Quelle:* Eigene Berechnungen.

diesem Grund wird eine weitere Skala exklusive der Ehepartnerinnen und Ehepartner gebildet, die erwartungsgemäß weniger stark verzerrt ist (*Lokale Alteri ohne Eheperson*). Dies trifft ebenso auf die Skala der geografischen Reichweite zu, die unter Ausschluss der Eheleute einen Mittelwert von 2,84 ( $SD = 0,70$ ;  $N = 233$ ) aufweist. Welche Skalen schließlich Verwendung finden, ist an gegebener Stelle empirisch zu entscheiden.

Die soziale Zusammensetzung wird zum einen über den Index *Soziale Homophilie* gemessen, der die Merkmale Geschlecht, Alter, Bildung, Beschäftigungsverhältnis und Staatsangehörigkeit heranzieht und für jedes Merkmal die Gleichheit zwischen Ego und Alter ermittelt. Der Mittelwert aus allen Beziehungen und Merkmalen beschreibt schließlich Egos Tendenz zur sozialen Homophilie (0 = nicht homophil und 1 = homophil). Tabelle 4.12 offenbart in diesem Fall nur unerhebliche Verzerrungen durch fehlende Alteri-Angaben. Zum anderen misst die Skala *Verwandte Alteri* den Anteil an familiären und verwandtschaftlichen Beziehungen in Egos Netzwerk. Wiederholt wird zusätzlich eine Vergleichsskala exklusive der Ehepersonen gebildet (*Verwandte Alteri ohne Eheperson*), wobei

auch diesbezüglich in der empirischen Auseinandersetzung zu entscheiden ist, welche Skala jeweils herangezogen wird.

Insgesamt scheinen sich die Verzerrungen, die bei den Mittelwertbildungen aufgrund der relativ hohen Anzahl fehlender Alteri-Angaben erwartet wurden, in einem moderaten Rahmen zu bewegen. Zugunsten der Fallzahlen wird daher bei allen Skalenkonstruktionen auf konditionale Vorgaben verzichtet.

#### Sozioökonomischer Status

Zuletzt ist die Zweckmäßigkeit eines Indexes zum sozioökonomischen Status, bestehend aus Einkommen, Bildung und beruflichem Prestige, zu prüfen. Aufgrund der hohen Beteiligung von Rentnerinnen und Rentnern existieren nur vergleichsweise wenige gültige Angaben über das Berufsprestige ( $N = 166$ ; vgl. Abschnitt 4.6.2). Werden zusätzlich jene Fälle gefiltert, die Auskunft über ihre berufliche Tätigkeit geben, ohne aktuell tatsächlich erwerbsmäßig beschäftigt zu sein, reduziert sich die Stichprobe weiter auf 113 Untersuchungseinheiten (vgl. Abschnitt 4.6.1). Vor diesem Hintergrund ist eine Berücksichtigung dieser Variable in einem Index nicht sinnvoll. Da nun aber die Merkmale Einkommen und Bildungsjahre hochsignifikant positiv korrelieren und eine Indexbildung auch unter Reliabilitätsaspekten denkbar ist ( $r = ,436$ ;  $p < 0,001$ ;  $\alpha = ,607$ ), werden die standardisierten Variablen zu einer Mittelwertskala zusammengefasst (*Status*). Die Sinnhaftigkeit einer verschlankten Statusskala ist im Rahmen der empirischen Analyse zu testen. An dieser Stelle erscheint es wahrscheinlich, dass eine Verwendung der einzelnen Variablen fruchtbarer und informativer ist und das analytische Potenzial entsprechend erhöht wird.

### 4.6.4 Analyseverfahren

Ein Fokus dieser Arbeit liegt auf der vergleichenden Betrachtung sozialstrukturell unterschiedlicher Stadtteile. Auf dieser Basis sollen charakteristische Vernetzungs- und Partizipationsmuster aufgedeckt, aber auch die Existenz ähnlicher Mechanismen mit dem Potenzial der Übertragung auf weniger extreme Fälle überprüft werden. Dieses Vorhaben ist in Anbetracht des generierten Stichprobenumfangs ( $N = 314$ ) nur mit deutlichen Einschränkungen realisierbar. In multivariaten Analysen würde das Splitten der Stichprobe etwa zu nicht akzeptablen Fallzahlen führen (Hahnwald:  $N = 142$ ; Chorweiler:  $N = 172$ ). Zugunsten robusterer Ergebnisse wird daher zunächst auf eine Gegenüberstellung der Stadtteile verzichtet, infolgedessen die Hypothesen des ersten und zweiten Untersuchungsmodells ausschließlich auf Basis der Gesamtstichprobe analysiert werden. Der angestrebte Vergleich sozialer Kontexte wird darauffolgend im

Rahmen des dritten Untersuchungsmodells aufgegriffen, wobei sich vorwiegend deskriptiver Verfahren bedient wird.

Zur statistischen Überprüfung der Individualzusammenhänge zwischen sozio-ökonomischen Ressourcen, sozialen Netzwerken und politischer Partizipation werden insbesondere regressionsanalytische Verfahren eingesetzt. Diese modellieren Zusammenhänge zwischen einer abhängigen und mehreren unabhängigen Variablen, wobei das spezifische Verfahren über das Skalenniveau der abhängigen Variable bestimmt wird. Ist diese metrisch skaliert, werden die Einflüsse der erklärenden Variablen auf die Zielvariable mittels multipler linearer Regressionsanalysen getestet (i. E. Anzahl Vereinsmitgliedschaften, Anzahl Netzwerkpersonen, geografische Reichweite, soziale Homophilie, politische Partizipation). Der Vergleich der Effektstärken erfolgt anhand der standardisierten Regressionskoeffizienten (Beta-Werte) und die Modellgüte wird über den korrigierten Determinationskoeffizienten  $R^2$  geschätzt. Für jedes Modell werden des Weiteren standardmäßig die Voraussetzungen linearer Regressionen überprüft und diagnostizierte Abweichungen, die unter Umständen Fallauschlüsse oder Transformationen der abhängigen oder unabhängigen Variablen bedingen, an entsprechender Stelle berichtet (vgl. zum Überblick Urban/Mayerl 2011: 177–273). Die übrigen abhängigen Variablen sind hingegen mehrfach kategorial (i. E.: Mitgliedschaftsstatus, Vereinstypus), sodass statistische Zusammenhänge mittels multinomialer logistischer Regressionsverfahren untersucht werden. Mit dieser Methode wird geprüft, inwiefern eine Merkmalsausprägung der unabhängigen Variable die Chance beeinflusst, einen aktiven respektive passiven Status aufzuweisen oder einem bestimmten Vereinstypus anzugehören. Zur Interpretation dieser Beziehungen werden die Effektkoeffizienten (Odds Ratios) herangezogen und die Modellgüte anhand eines Pseudo- $R^2$  geschätzt, wobei in diesem Fall das Bestimmtheitsmaß nach McFadden genutzt wird (vgl. Gautschi 2010: 228).

Sozialräumliche Einflüsse auf die soziale und politische Partizipation werden schließlich anhand multipler korrespondenzanalytischer Verfahren untersucht. Im Zentrum der Mehrfachkorrespondenzanalysen, auch als Homogenitätsanalysen bezeichnet, steht die Aufdeckung grundlegender geografischer Strukturen zwischen den Variablen. So werden bei diesem Verfahren (latente) orthogonale Dimensionen auf Basis der größtmöglichen Unterschiede zwischen (manifesten) kategorialen Daten bestimmt. Auf diese Weise wird ein zweidimensionaler Raum produziert, in dem sich die einzelnen Merkmale auf Basis ihrer relationalen Ähnlichkeiten und ihrer Nähe respektive Distanz zum Ursprung interpretieren lassen. Folglich werden die Annahmen über den sozialen Kontext primär anhand der grafischen Ausgabe der Prozedur dargestellt und ausgewertet. Der Erklärungsbeitrag jeder Dimension wird über die Summe der Diskriminationsmaße jeder Variable je Dimension berechnet (vgl. Blasius 2001: 199; Gabler 1993: 22; Gifi 1990: 81).

**Open Access** Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.





„Denn wer hat, dem wird gegeben, und er wird im Überfluss haben; wer aber nicht hat, dem wird auch noch weggenommen, was er hat“

(Mt 13, 12; Die Bibel 1999)

In Anschluss an die theoretische und empirische Auseinandersetzung wurde in den vorherigen Kapiteln der Wert politisch relevanter Netzwerke konzeptualisiert, Daten zu deren Messung erhoben und diese für die statistische Analyse aufbereitet. Auf dieser Grundlage werden nun die zentralen Annahmen dieser Untersuchung getestet, wobei bezugnehmend auf das einleitende Zitat von einem erweiterten *Matthäus-Effekt* ausgegangen wird. Wesentlich wird erwartet, dass die unterschiedliche Netzwerkeinbindung differenzieller Statusgruppen politische Beteiligungsunterschiede bedingt und sonach soziale Verzerrungen im politischen Sektor erklärt. Zur statistischen Überprüfung dieser Grundannahme werden zunächst deskriptive Ergebnisse erörtert (vgl. Abschnitt 5.1), die unter anderem als Ausgangspunkt für die nachfolgende hypothesentestende Untersuchung fungieren (vgl. Abschnitt 5.2).<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Sofern nicht anders gekennzeichnet, beziehen sich die nachfolgenden Darstellungen, Auswertungen und Ergebnistabellen auf eigene Berechnungen und eigene Daten.

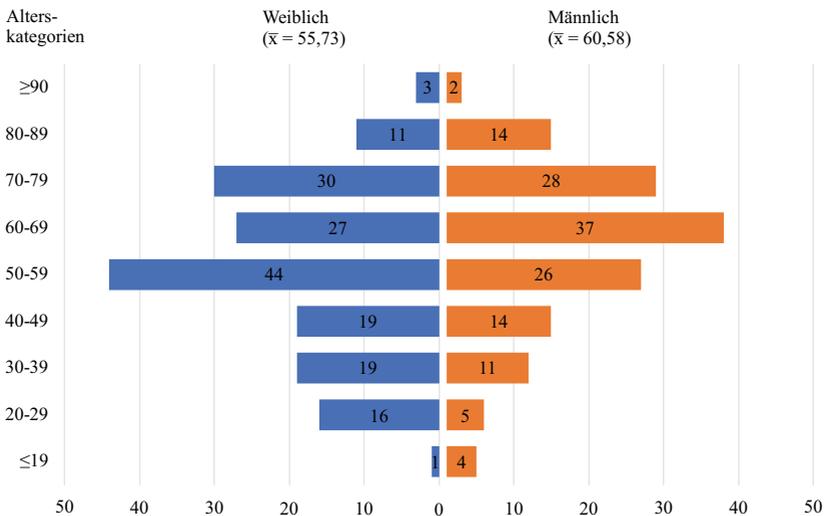
---

**Ergänzende Information** Die elektronische Version dieses Kapitels enthält Zusatzmaterial, auf das über folgenden Link zugegriffen werden kann  
[https://doi.org/10.1007/978-3-658-36754-1\\_5](https://doi.org/10.1007/978-3-658-36754-1_5).

## 5.1 Deskriptive Ergebnisse

Die deskriptive Auswertung liefert einen prägnanten Überblick über Stichprobenmerkmale, die Ausprägungen zentraler Variablen und Skalen sowie deren Verteilungen. Zudem wird ein erster Vergleich der Primäreinheiten angestrebt. Ausgangspunkt dieser Analysen ist eine Stichprobengröße von  $N = 314$ , die sich aus 142 Befragten aus Hahnwald und 172 aus Chorweiler zusammensetzt.

Der Altersdurchschnitt ist mit 57,91 Jahren ( $SD = 17,45$ ;  $N = 309$ ; vgl. Abschnitt 4.6.2) vergleichsweise hoch, wobei die Befragten aus Hahnwald im Durchschnitt rund 5 Jahre älter sind als die Befragten aus Chorweiler. Insgesamt weist das Alter eine zweigipflige, flache und deutlich linksschiefe Verteilungskurve auf, was in der weiteren statistischen Analyse zu beachten ist. Die Altersverteilung nach Geschlecht demonstriert ferner, dass die weiblichen Befragten überwiegend aus der hier mittleren Altersklasse (50–59) rekrutiert wurden, wohingegen bei den Männern tendenziell eine Verschiebung in die nächsthöheren Kategorien angezeigt ist (vgl. Abbildung 5.1). Die Tatsache, dass jene Altersklassen grundsätzlich mit einem höheren Freizeitbudget jenseits beruflicher oder anderer zeitlicher Verpflichtungen verbunden sind, scheint demnach für die



**Abbildung 5.1** Altersverteilung nach Geschlecht (absolute Häufigkeiten)

Männer noch relevanter zu sein als für die Frauen. Insgesamt resultiert die berichtete Rechtssteilheit der Altersverteilung folglich aus der überproportional hohen Beteiligung von Personen im Rentenstatus (vgl. Reuband 2001: 320).<sup>2</sup> Die Verteilung der Geschlechter offenbart zudem eine leichte Überrepräsentanz weiblicher Befragte (55 %).

### Sozioökonomische Ressourcen

Im Weiteren werden die Verteilungen der sozioökonomischen Ressourcen Bildung, Einkommen und Berufsprestige inspiziert (vgl. Tabelle 5.1). Die mittlere Bildung liegt zunächst bei 13,8 Ausbildungsjahren. Dieses hohe Bildungsniveau äußert sich in einer starken Linksschiefe der Verteilung und ist maßgeblich auf die überdurchschnittlich hohe Formalbildung der Befragten aus Hahnwald zurückzuführen. Mit rund 77 % Akademikerinnen und Akademikern ist die Bildungsvarianz in diesem Stadtteil vergleichsweise gering, was die weiteren Ergebnisse durchaus beeinflussen könnte. Darüber hinaus ist anzumerken, dass auch das Bildungsniveau der Befragten aus Chorweiler weit über dem allgemeinen Durchschnitt des Stadtteils liegt (vgl. Abschnitt 4.6.2).

Deutlicher gestalten sich derweil Unterschiede im stadtteilspezifischem Pro-Kopf-Einkommen. Während die Hälfte der Befragten aus Chorweiler ein Einkommen bis maximal 884 € netto aufweist, liegt der Median in Hahnwald bei 3.354 €. Unter Berücksichtigung des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens ordnet sich gar die Hälfte der Befragten aus Hahnwald der höchsten Kategorie zu (> 6.000 €). Insgesamt ergibt sich für diese Stichprobe ein mittleres Äquivalenzeinkommen von 2.159 €. Aufgrund der rechtsschiefen Verteilungskurve ist diese Variable für multivariate Analysen zu logarithmieren.

**Tabelle 5.1** Sozioökonomische Ressourcen nach Stadtteil und gesamt (Mittelwerte)

	Bildungsjahre			Einkommen in Euro			Berufsprestige			Status (stand.)		
	Mean	SD	N	Mean	SD	N	Mean	SD	N	Mean	SD	N
Gesamt	13,76	3,56	311	2.158,77	1.647,31	293	84,81	29,38	110	0,00	0,86	311
Hahnwald	15,66	2,57	142	3.527,68	1.455,40	131	96,00	29,79	69	0,67	0,63	142
Chorweiler	12,15	3,48	169	1.051,81	673,45	162	66,00	16,26	41	-0,56	0,58	169

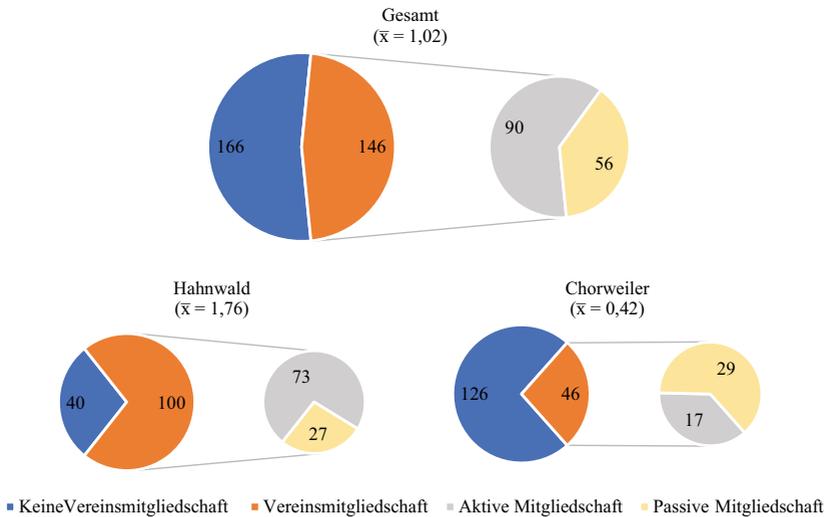
*Anmerkungen:* Die Skala Status setzt sich aus den standardisierten Merkmalen Bildungsjahre und Einkommen zusammen. Wertebereiche: Bildungsjahre: 7–17; Einkommen: 0–7.500; Berufsprestige: 34,10–145,20; Status: –1,90–2,08.

<sup>2</sup> Von den männlichen Befragten ab 60 Jahren sind 69 % im Ruhestand.

Tabelle 5.1 illustriert zudem das Berufsprestige, dessen mittlere Ausprägungen die stadtteilbezogenen Unterschiede in Bildung und Einkommen anschaulich widerspiegeln. Aufgrund der geringen Fallzahlen ist diese Variable in der weiteren Untersuchung jedoch nicht zu berücksichtigen ( $N = 110$ ). Das Merkmal Status bezeichnet ferner eine Skala, die sich aus den standardisierten Variablen Bildung und Einkommen zusammensetzt. In Einklang mit den berichteten Befunden ist anhand der relativen Skalenpositionen ein überdurchschnittlich hoher Sozialstatus für die Befragten aus Hahnwald (0,67) und ein unterdurchschnittliches Niveau der Personen aus Chorweiler abzuleiten ( $-0,56$ ). Es ist im weiteren Verlauf zu prüfen, ob diese Skala sinnvoll zur Hypothesentestung eingesetzt werden kann. Da das Einkommen größere Variationen als die Bildungsvariable aufweist, erscheint an dieser Stelle eine Differenzierung zwischen Bildung und Einkommen informationsreicher als die Verwendung der Skala.

### Soziale Netzwerke

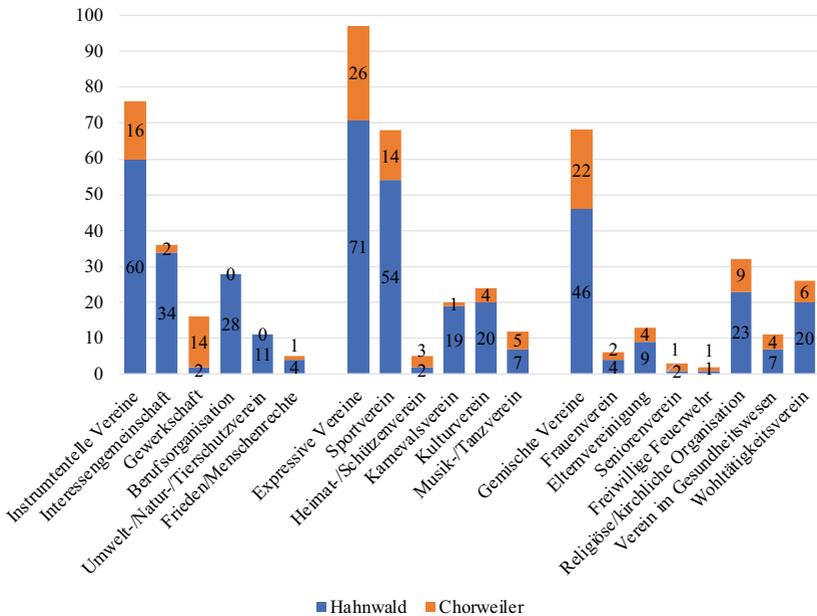
Im Rahmen formeller Netzwerke berichten 146 Befragte, Mitglied in einem Verein oder einer Organisation zu sein (46,8 %). Von diesen Personen weisen 27 % multiple Mitgliedschaften auf, sodass sich schließlich ein Stichprobenmittelwert von 1,02 Vereinen je Untersuchungseinheit ergibt ( $SD = 1,52$ ;  $N = 312$ ). Während dieser Mittelwert auf einer additiven Skala beruht, ergäbe sich unter Berücksichtigung der Anzahl abgefragter Vereine (Mittelwertskala) ein Durchschnittswert von 0,06 Vereinen pro Person. Obgleich in der hypothesentestenden Analyse Bezug auf den Summenscore genommen wird, ist dieser geringe Wert als weiteres Indiz für eine abnehmende Bedeutung individueller Vereinsmitgliedschaften zu erinnern (vgl. Abschnitt 3.5). Unterstützt wird dieses Argument durch die Tatsache, dass sich nur zwei Drittel der Vereinsmitglieder in irgendeiner Form aktiv am Vereinsgeschehen beteiligen (vgl. Abbildung 5.2). Aufgrund der hohen Anzahl an Nichtmitgliedern ( $N = 166$ ) weist die Verteilung der formellen Netzwerke eine deutliche Rechtsschiefe auf. Sofern sich in den weiteren Analysen keine methodischen Probleme offenbaren, werden diese realen Ergebnisse aber nicht durch Transformationen manipuliert. Des Weiteren ermöglicht der Blick auf die Verteilungen in den Stadtteilen bereits erste Vermutungen über die behandelten Zusammenhänge. So weisen die Befragten aus Hahnwald analog zur sozioökonomischen Ressourcenausstattung durchschnittlich mehr Vereinsmitgliedschaften auf, in denen sie zudem eher aktiv involviert sind, als die Befragten aus Chorweiler (vgl. Abbildung 5.2). Diese Beobachtungen gilt es im Rahmen der schließenden Statistik zu untermauern.



**Abbildung 5.2** Vereinsmitgliedschaften und Mitgliedschaftsstatus nach Stadtteil und gesamt (absolute Häufigkeiten)

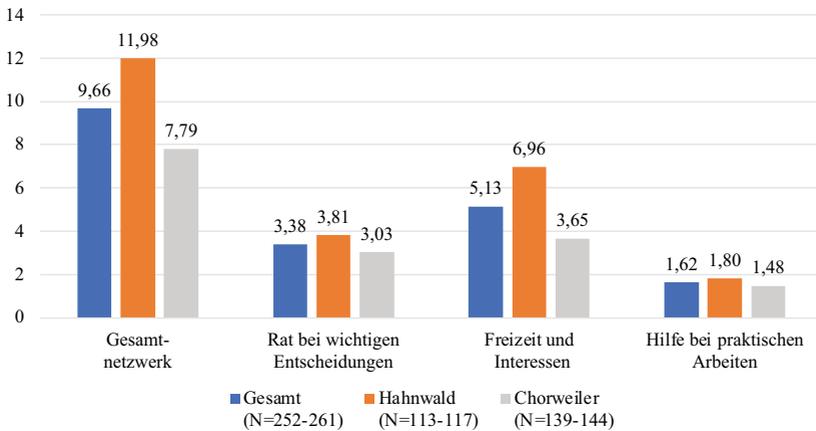
Die Betrachtung der einzelnen Vereinsformen offenbart indes ein deutliches Übergewicht des expressiven Typus, wobei zahlenmäßig insbesondere die Mitgliedschaften in Sportvereinen herauszustellen sind ( $N = 68$ ; vgl. Abbildung 5.3). Mit Abstrichen sind aus dieser Kategorie ferner Kultur- und Karnevalsvereine zu nennen, in denen hauptsächlich Personen aus Hahnwald vertreten sind. Anzumerken ist an dieser Stelle, dass die Mitgliedschaft in einem Karnevalsverein in Köln nicht nur freizeitbasierten, sondern häufig auch zweckorientierten Motiven unterliegt. Die Zuordnung dieses Vereins zum expressiven Typus erscheint daher durchaus diskussionswürdig und ist im Weiteren aufzugreifen. Darüber hinaus engagieren sich die Befragten aus Hahnwald überproportional häufig in instrumentellen Vereinen, wobei die Mitgliedschaften in Umwelt-, Natur- oder Tierschutzorganisation und Berufsorganisationen vollständig diesem Stadtteil entstammen. Hingegen stellen die Befragten aus Chorweiler den Großteil der Gewerkschaftsmitglieder und sind ebenfalls häufiger in Seniorenvereinen (Gemischter Verein) anzutreffen. Letztere sind allerdings aufgrund der extrem schwachen Besetzung nur wenig relevant. Insgesamt sind die Vereine demnach bis auf wenige Ausnahmen durch eine zum Teil deutliche Überrepräsentanz der Befragten aus Hahnwald gekennzeichnet.

Die eher schwache Vereinstätigkeit bekräftigt ferner das Argument einer notwendigen Verschiebung des Forschungsschwerpunktes hin zu informellen



**Abbildung 5.3** Vereinstypen und -formen nach Stadtteil (absolute Häufigkeiten)

Beziehungsnetzwerken. In dieser Untersuchung nennen die Befragten im Mittel rund 10 Netzwerkkontakte ( $SD = 8,07$ ;  $N = 268$ ), von denen etwa die Hälfte schwächere Beziehungen aus dem Freizeitbereich beschreiben (Freizeit und Interessen:  $\bar{x} = 5,13$ ;  $SD = 4,79$ ;  $N = 252$ ; vgl. Abbildung 5.4). Der quantitative Unterschied zur starken Beziehungsdimension (Rat bei wichtigen Entscheidungen:  $\bar{x} = 3,38$ ;  $SD = 3,37$ ;  $N = 261$ ) ist durchaus erwartungskonform, da persönliche Angelegenheiten in der Regel nur mit wenigen emotional nahestehenden Personen besprochen werden. Zusätzlich ist in Betracht zu ziehen, dass womöglich nicht alle Befragte in dem Zeitrahmen mit wichtigen Entscheidungen konfrontiert wurden. Damit bestätigt sich aller Voraussicht nach die Perspektive, dass die Namensinterpretatoren sowohl für schwache als auch starke Beziehungskonstellationen greifen (vgl. Abschnitt 4.3.1). Der geringe Durchschnittswert des Teilnetzwerkes Hilfe bei praktischen Arbeiten ( $\bar{x} = 1,62$ ;  $SD = 2,10$ ;  $N = 255$ ) mag unter Umständen auf das Erhebungsinstrument zurückzuführen sein. Da das Ausfüllen und Erinnern von einigen Befragten als sehr aufwendig beschrieben wurde, ist eine gesunkene Motivation bei dem letzten Namensgenerator ebenso



**Abbildung 5.4** Anzahl an Netzwerkpersonen in Gesamt- und Teilnetzwerken nach Stadtteil und gesamt (Mittelwerte)

zu bilanzieren wie ein allgemein geringerer Bedarf an praktischer Unterstützung. Alles zusammengenommen weist die Verteilung der Netzwerkpersonen eine deutliche Rechtsschiefe auf, da der Großteil der Befragten kleinere Netzwerke berichtet und sehr große Bekanntenkreise im Gegenzug nur selten beschrieben werden.

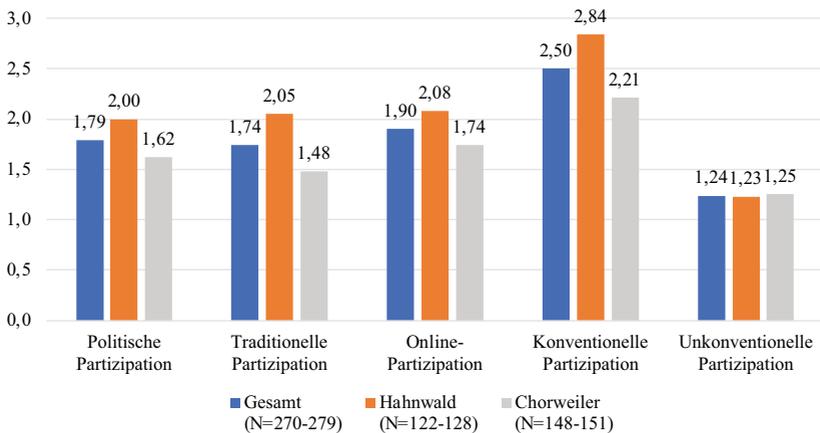
Darüber hinaus eröffnen auch die informellen Netzwerke augenfällige Mittelwertunterschiede zwischen den Stadtteilen, die in Einklang zu den vorherigen Befunden stehen (vgl. Abbildung 5.4). So benennen die Befragten aus Hahnwald durchschnittlich 12 Personen ( $SD = 8,93$ ;  $N = 120$ ), wohingegen die Befragten aus Chorweiler im Durchschnitt lediglich 8 Personen zu ihrem Netzwerk zählen ( $SD = 6,77$ ;  $N = 148$ ). Die Angaben zur Netzwerkgröße werden in der weiteren empirischen Auseinandersetzung um qualitative Kriterien der sozialen Integration ergänzt, die an dieser Stelle jedoch nicht deskriptiv erörtert werden (i. E. geografische Reichweite und soziale Zusammensetzung).

### Politische Partizipation

Die standardisierte Partizipationskala bestätigt die nunmehr bekannten Stadtteildifferenzen für den politischen Bereich. Während die politische Beteiligung in Hahnwald überdurchschnittlich hoch ausfällt ( $\bar{x} = 0,18$ ;  $SD = 0,55$ ;  $N = 124$ ), ist für Chorweiler eine unterdurchschnittliche Beteiligungsrate zu konstatieren ( $\bar{x} = -0,19$ ;  $SD = 0,57$ ;  $N = 148$ ). Diese Feststellung geht mit den theoretischen Erörterungen wie Stadtteildarstellungen weitestgehend konsistent (vgl. Abschnitt 4.1).

Der auch in dem Ausmaß nicht unerwarteten Rechtsschiefe der Verteilung politischer Partizipation wird zunächst nicht mit Transformationen begegnet. Jedoch ist es im Rahmen der regressionsanalytischen Verfahren unabdingbar, potenzielle Verzerrungen in der Residuen-Normalverteilung zu prüfen und gegebenenfalls aufzufangen.

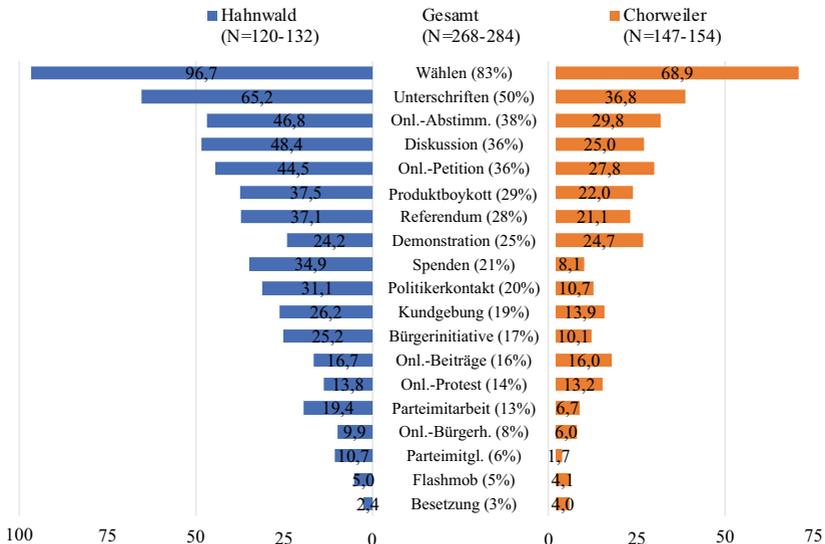
Ein Vergleich der politischen Subskalen illustriert die durchschnittlich häufigste Nutzung konventioneller Teilhabemittel – und zwar in beiden Stadtteilen (vgl. Abbildung 5.5). Dieser Befund ist mit Blick auf die gesellschaftlichen Verteilungsmuster politischer Partizipation wenig überraschend, beinhaltet dieser Typus doch unter anderem die Beteiligungsformen Wählen und Unterschriftensammlung (vgl. Abschnitt 2.1.3). Ebenfalls in Übereinstimmung zu allgemeinen Trends steht die mit Abstand geringste Nutzungshäufigkeit der als unkonventionell charakterisierten Mittel. Es ist anzumerken, dass diese Subskala die einzige nicht-legale Aktivität beinhaltet (Blockade/Besetzung), wodurch die tatsächliche wie auch die berichtete Beteiligung geschmälert werden könnte. Im Stadtteilvergleich stellt diese Skala ferner den einzigen Partizipationstypus dar, in dem die mittleren Werte der Befragten aus Chorweiler, wenn auch nur minimal, über den Beteiligungsraten aus Hahnwald liegen. Gemessen auf der ursprünglichen 4er-Skala liegt die durchschnittliche Partizipation insgesamt bei 1,79 (SD = 0,59;



**Abbildung 5.5** Politische Partizipation und politische Subskalen nach Stadtteil und gesamt (Mittelwerte) (Anmerkungen: Aus Darstellungsgründen wurden jeweils die unstandardisierten Skalen herangezogen (Wertebereich: 1–4). Demnach ist die Mitgliedschaft in einer politischen Partei nicht in der allgemeinen sowie der traditionellen Partizipation enthalten)

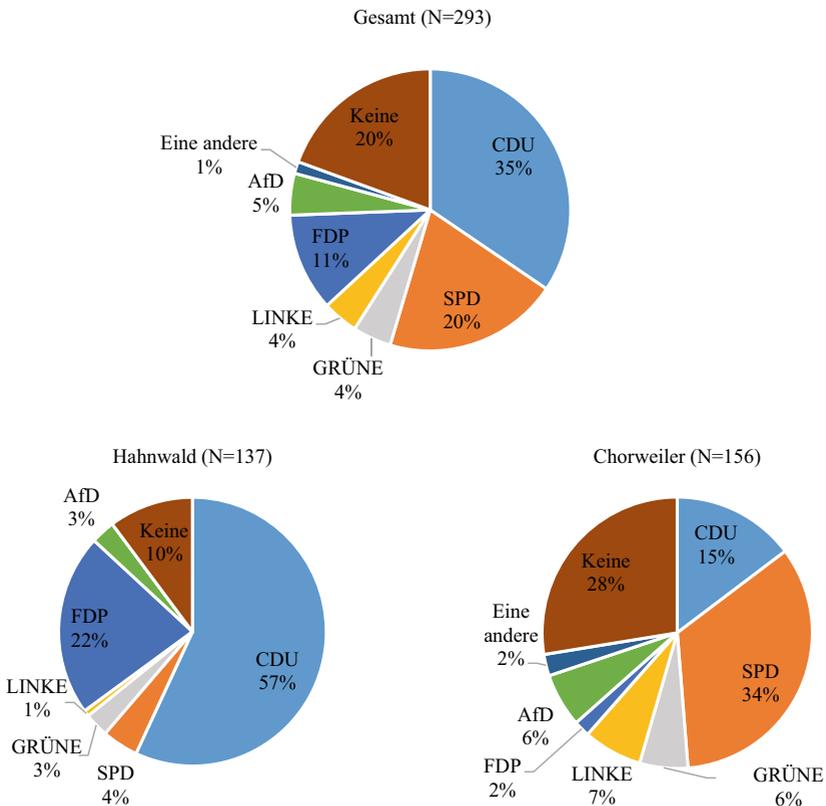
N = 270) und es werden 18 Parteimitgliedschaften gezählt, von denen 15 in Hahnwald angesiedelt sind.

Unter Betrachtung der spezifischen Beteiligungsmöglichkeiten bestätigt sich derweil die generelle Tendenz, dass politische Aktivität stark mit dem verbundenen Aufwand und dem individuellen Einsatz assoziiert ist (vgl. Abbildung 5.6). Darüber hinaus weisen die Zustimmungswerte deutliche Übereinstimmungen zu den Ergebnissen des *ALLBUS 2018* auf (vgl. Abschnitt 2.1.3). Exemplarisch seien die Beteiligung an Wahlen (83 %; *ALLBUS*: 87 %), Unterschriftensammlungen (50 %; 58 %) und die Mitarbeit in einer politischen Partei (13 %; 7 %) genannt. Als auffallend hoch ist in diesem Zusammenhang die Wahlbeteiligung in Chorweiler (68,9 %) zu charakterisieren, welche die Stadtteilquoten der Bundestagswahl 2013 (42,5 %) sowie der Landtagswahl 2017 (31,9 %) deutlich übersteigt. Dies ist zum einen über die hier verwendete Variable zu erklären, die nicht nur die aktuelle, sondern auch die lebenszeitliche Wahlbeteiligung erfasst. Zum anderen spiegelt der Befund die Tatsache, dass für sozialwissenschaftliche Studien vor allem interessierte und engagierte Personen rekrutiert werden, wodurch immer auch Fragen nach der Generalisierbarkeit aufgeworfen werden.



**Abbildung 5.6** Politische Partizipationsformen nach Stadtteil und gesamt (in Prozent) (Anmerkungen: Berichtet werden die relativen Häufigkeiten der Skalenwerte 3 = irgendwann einmal gemacht und 4 = in den letzten 2 Jahren gemacht. Aus Darstellungsgründen reicht der Wertebereich in Chorweiler nur bis 75 %. Die Beteiligung an Wahlen geht mit einer reduzierten Stichprobengröße ein: N = 180; Hahnwald: N = 90; Chorweiler: N = 90)

Aufschlussreich gestaltet sich zuletzt ein Vergleich der Parteipräferenzen, wobei sich insgesamt die CDU (35 %) und die SPD (20 %) als die von den Befragten favorisierten politischen Parteien herauskristallisieren (vgl. Abbildung 5.7). Die im Mittel präsentierten Vorlieben beinhalten jedoch deutliche Unterschiede zwischen den Stadtteilen. So neigen in Hahnwald rund zwei Drittel der Befragten politisch der CDU und rund 20 % der FDP zu, wohingegen in Chorweiler die SPD (34 %) die höchsten Zustimmungswerte erzielt. Besonders häufig wird zudem auf keine Parteipräferenz verwiesen (30 %). Indes werden die hohen Quoten der AfD, die auf Basis der Bundestagswahl 2017 in diesem Stadtteil erwartet wurden, nicht vollständig reproduziert (6 %; 2017: 18 %; vgl. Stadt Köln



**Abbildung 5.7** Politische Parteipräferenzen nach Stadtteil und gesamt (in Prozent)

2017b). In summa spiegeln die differierenden Parteipräferenzen weitestgehend die spezifischen Lebenswelten der Anwohnenden beider Stadtteile wider.

Zusammenfassend entsprechen die berichteten Häufigkeiten, Mittelwerte und Verteilungen mehrheitlich den erwarteten Annahmen (vgl. Abschnitt 3.5). Eine Beziehung zwischen sozioökonomischen Ressourcen, sozialen Netzwerke und politischer Beteiligung erscheint auf dieser Basis zwar wahrscheinlich, ist anhand der deskriptiven Darstellungen aber nicht zu belegen. Im Folgenden wird daher eine hypothesentestende Untersuchung anhand inferenzstatistischer Verfahren angestrebt. Im Zuge dessen ist stets abzuwägen, inwieweit sich berichtete nicht-normalverteilte Daten als problematisch für die gewählten Analysemethoden erweisen.

---

## 5.2 Ergebnisse der Hypothesentests

Die hypothesentestende Untersuchung fokussiert zunächst Individualzusammenhänge zwischen sozialen Statusvariablen und individueller Netzwerkeinbindung (vgl. Abschnitt 5.2.1) und widmet sich daraufhin dem politisch-partizipatorischen Mehrwert sozialen Kapitals (vgl. Abschnitt 5.2.2). Angesicht der geringen Fallzahlen und zugunsten robusterer Ergebnisse wird in diesen Analysen auf eine Gegenüberstellung der Stadtteile verzichtet. Sozialräumliche Einflussfaktoren der sozialen und politischen Einbindung werden schließlich in Abschnitt 5.2.3 behandelt. Anzumerken ist, dass Hypothesen in Querschnittsuntersuchungen nicht kausal getestet werden können, sondern lediglich die Kompatibilität der Daten mit den Annahmen zur Kausalität überprüfbar ist (vgl. Wittenberg et al. 2014: 171).

### 5.2.1 Sozioökonomische Ressourcen und soziale Netzwerkeinbindung

Entlang der ersten untersuchungsleitenden These wird im Folgenden ein Einfluss der sozioökonomischen Ressourcenausstattung auf die formelle (vgl. Abschnitt 5.2.1.1) sowie informelle Netzwerkeinbindung (vgl. Abschnitt 5.2.1.2) geprüft. Daran anschließend werden die statistischen Ergebnisse zusammengefasst und im Hinblick auf die Bewertung der Hypothesen diskutiert (vgl. Abschnitt 5.2.1.3). In Abhängigkeit des Messniveaus der abhängigen Variable werden zur Hypothesentestung vorwiegend lineare respektive logistische Regressionsverfahren eingesetzt. Im formellen Bereich fungieren die Anzahl an Vereinsmitgliedschaften, die Aktiv- und Passivmitgliedschaften sowie die definierten Vereinstypen als abhängige Variablen.

Im informellen Kontext stellen aufeinanderfolgend die Netzwerkgröße, die geografische Reichweite und die soziale Zusammensetzung die zu erklärenden Merkmale dar (vgl. Tabelle 5.2). Die zentralen unabhängigen Variablen bilden jeweils die sozioökonomischen Ressourcen Bildungsjahre und Einkommen, wohingegen das berufliche Prestige nicht zu berücksichtigen ist (vgl. Abschnitt 5.1). Zusätzlich wird ein Einfluss jener Größen überprüft, denen ein theoretischer Erklärungsgehalt auf den Zusammenhang zwischen Ressourcenausstattung und sozialer Vernetzung unterstellt wurde. Diese Merkmale tangieren die erste Erklärungsstrategie und werden im Folgenden unter dem Stichwort *Erklärungsfaktoren* gefasst (vgl. Abschnitt 3.4.1; Anhang B.1 im elektr. Zusatzmaterial). Darüber hinaus werden verschiedene soziodemografische Hintergrundvariablen, die Einladung zu einer Vereinsmitgliedschaft (Analysen formeller Netzwerke) sowie Vereinsmitgliedschaften und informelle Gruppierungen (Analysen informeller Netzwerke) standardmäßig kontrolliert.

**Tabelle 5.2** Deskriptive Statistiken für die Variablen des ersten Untersuchungsmodells

Variablen	Mittelwert/ Anteil	N	SD	Minimum	Maximum
<i>Abhängige Variablen formelle Netzwerke</i>					
Anzahl Vereinsmitgliedschaften	1,02	312	1,52	0,00	10,00
Mitgliedschaftsstatus					
Kein Mitglied	53,2%	166	–	–	–
Aktiv	17,9%	56	–	–	–
Passiv	28,8%	90	–	–	–
Vereinstypus <sup>1</sup>					
Kein Mitglied	70,0%	166	–	–	–
Instrumentell	9,7%	23	–	–	–
Expressiv	13,1%	31	–	–	–
Gemischt	7,2%	17	–	–	–
<i>Abhängige Variablen informelle Netzwerke</i>					
Anzahl Netzwerkpersonen (NWP)	9,66	268	8,07	0,00	40,00
NWP (Rat)	3,38	261	3,37	0,00	15,00
NWP (Freizeit)	5,13	252	4,79	0,00	20,00
NWP (Hilfe)	1,62	255	2,10	0,00	20,00
Reichweite	2,64	243	0,68	1,00	4,40
Lokale Alteri	0,43	243	0,34	0,00	1,00
Homophilie	0,57	243	0,19	0,00	1,00

(Fortsetzung)

**Tabelle 5.2** (Fortsetzung)

Variablen	Mittelwert/Anteil	N	SD	Minimum	Maximum	
Verwandte Alteri	0,49	243	0,35	0,00	1,00	
<i>Unabhängige Variablen</i>						
Bildungsjahre	13,76	311	3,56	7,00	17,00	
Einkommen	2.158,77	293	1.647,31	102,06	7.500,00	
Wohndauer	20,90	306	12,98	0,00	50,00	
Stadtteilintegration	2,51	312	0,84	1,00	4,00	
Relig. Integration						
	Nein/schwach	60,8%	183	–	–	–
	Ja	39,2%	118	–	–	–
Erwerbstätigkeit						
	Nein	49,7%	153	–	–	–
	Ja	50,3%	155	–	–	–
Lebenszufriedenheit	2,87	308	0,69	1,00	4,00	
Trubel	2,56	307	0,69	1,00	4,00	
Soziale Kompetenzen	3,20	307	0,43	1,00	4,00	
Geschlecht						
	Männlich	45,3%	141	–	–	–
	Weiblich	54,7%	170	–	–	–
Alter	57,91	309	17,45	17	97	
Verheiratet						
	Nein	39,7%	120	–	–	–
	Ja	60,3%	182	–	–	–
Haushaltsgröße	1,49	306	1,32	0,00	7,00	
Migration						
	Nein	67,2%	207	–	–	–
	Ja	32,8%	101	–	–	–
Einladung Verein <sup>2</sup>						
	Nein	29,4%	92	–	–	–
	Ja	70,6%	221	–	–	–
Informelle Gruppe <sup>3</sup>						
	Nein	74,6%	232	–	–	–
	Ja	25,4%	79	–	–	–

Anmerkungen: <sup>1</sup>Enthält nur überschneidungsfreie Zuordnungen. <sup>2</sup>Nur im formellen, <sup>3</sup>nur im informellen Kontext. Wertebereiche: Geografische Reichweite: 1–5; lokale Alteri, soziale Homophilie, verwandte Alteri: 0–1; Bildungsjahre: 7–17; Einkommen: 0–7.500; Stadtteilintegration: 1–4; allgemeine Lebenszufriedenheit, Trubel, soziale Kompetenzen: 1–4.

### 5.2.1.1 Statusabhängigkeit formeller Netzwerkstrukturen

Im Rahmen der deskriptiven Erörterungen wurden bereits erste Vermutungen über statistische Zusammenhänge zwischen sozioökonomischen Ressourcen und formellen Netzwerken hergestellt, die sich auf bivariater Ebene bestätigen lassen. So sind hochsignifikant positive Beziehungen zwischen der Anzahl individueller Vereinsmitgliedschaften und der Bildung ( $r = ,293$ ;  $p < 0,001$ ) sowie dem Einkommen ( $r = ,407$ ;  $p < 0,001$ ) einer Person nachzuweisen.<sup>3</sup> Anhand ein-faktorieller Varianzanalysen werden nun Unterschiede zwischen Einkommens- und Bildungsgruppen bezogen auf die formelle Vernetzung sowie die theoretisierten Erklärungsfaktoren untersucht. Die Klassierung des Einkommens erfolgt auf Basis annähernd gleicher Gruppengrößen, die Bildung wird anhand des höchsten Schulabschlusses kategorisiert. Die ordinalskalierten Merkmale religiöse Integration und Einladung gehen dichotomisiert in die Analyse ein, um vergleichbar zum vorausgesetzten metrischen Skalenniveau gehandhabt werden zu können. Getestet werden Mittelwertunterschiede, wobei im Falle ungleicher Varianzen auf das robustere Testverfahren nach Welch zurückgegriffen wird (vgl. Bortz/Schuster 2010: 214; Lüpsen 2015: 21 f., 130).<sup>4</sup> Bei signifikanten Gruppenunterschieden wird anhand von Post-Hoc-Tests überprüft, welche Einkommens- beziehungsweise Bildungsgruppen statistisch bedeutsame Unterschiede aufweisen.

Die Einkommensgruppen unterscheiden sich erwartungsgemäß substanziell im Hinblick auf die Anzahl der Vereinsmitgliedschaften ( $F = 27,76$ ;  $p < 0,001$ ). Dieser Zusammenhang gestaltet sich positiv linear ( $r_{\text{Einkommen (klassiert) Mitgliedschaften}} = ,474$ ;  $p < 0,001$ ) und alle Kategorien sind durch signifikante Mittelwertunterschiede gekennzeichnet (vgl. Tabelle 5.3). Im Gegensatz dazu sind für die stadtteilbezogene und auch die religiöse Integration keine statistisch relevanten Differenzen in Abhängigkeit des Einkommens nachzuweisen, wobei dieser Befund ihrer Theoretisierung als ressourcenunabhängige Opportunitäten entspricht. Für die Skala Trubel sowie die Wohndauer

<sup>3</sup> Sofern nicht anders gekennzeichnet, wird die Bildung im Folgenden über die Jahre der schulischen und akademischen Bildung erfasst (Bildungsjahre) und das Einkommen repräsentiert die finanziellen Mittel, die einer Person monatlich zur Verfügung stehen (Nettoäquivalenzeinkommen) (vgl. Abschnitt 4.6.1).

<sup>4</sup> Nach strengen Kriterien erfüllen die vorliegenden Daten zwar nicht alle Voraussetzungen dieses Verfahrens, jedoch gilt es in der Praxis als ausreichend stabil gegenüber solchen Verletzungen. Insbesondere die Normalverteilungsannahme ist bei hinreichend großen Stichproben zu vernachlässigen. Grundsätzlich wird damit an dieser und an nachfolgenden Stellen eine praxisorientierte Durchführung varianzanalytischer Verfahren angestrebt, die sich an bekannter Metapher orientiert: „To make a preliminary test on variances is rather like putting to sea in a row boat to find out whether conditions are sufficiently calm for an ocean liner to leave port!“ (Box 1953: 22).

**Tabelle 5.3** Mittelwertvergleiche der Anzahl an Vereinsmitgliedschaften und der Erklärungsfaktoren zwischen Gruppen mit geringem, mittlerem und hohem Einkommen

	Geringes Einkommen		Mittleres Einkommen		Hohes Einkommen		Teststatistik		
	(<= 1.010 €)		(<= 2.4750 €)		(<= 7.500 €)				
	Mean	N	Mean	N	Mean	N	F (ANOVA)	F (Welch)	α
Anzahl Vereinsmitgliedschaften	0,33 <sup>a</sup>	94	0,84 <sup>b</sup>	98	1,89 <sup>c</sup>	99		27,76	***
Wohndauer	18,67 <sup>a</sup>	92	24,71 <sup>b</sup>	98	19,41 <sup>a</sup>	96	6,35		**
Stadtteilintegration	2,41	94	2,49	99	2,63	98	1,61		
Religiöse Integration	0,37	93	0,42	93	0,40	98	0,28		
Erwerbstätigkeit	0,28 <sup>a</sup>	92	0,58 <sup>b</sup>	97	0,66 <sup>b</sup>	100		17,64	***
Allgemeine Lebenszufriedenheit	2,47 <sup>a</sup>	92	2,71 <sup>b</sup>	97	3,35 <sup>c</sup>	100		67,43	***
Trubel	2,51	91	2,46 <sup>a</sup>	97	2,72 <sup>b</sup>	100		4,38	*
Soziale Kompetenzen	3,11 <sup>a</sup>	91	3,23	97	3,29 <sup>b</sup>	100	4,58		*
Einladung Verein	0,59 <sup>a</sup>	94	0,67 <sup>a</sup>	98	0,87 <sup>b</sup>	100		12,74	***

*Anmerkungen:* Einfaktorielle Varianzanalyse. Signifikanzniveaus: \*  $p < 0,05$ ; \*\*  $p < 0,01$ ; \*\*\*  $p < 0,001$ . Post-Hoc-Tests: Tukey-HSD (ANOVA) oder Games-Howell (Welch). Gruppen mit unterschiedlichen Buchstaben (a, b, c) unterscheiden sich signifikant auf dem 5 %-Niveau.

sind zwar wiederum signifikante Unterschiede aufzuzeigen, jedoch demonstriert der Gruppenvergleich in beiden Fällen nichtlineare Zusammenhänge. In Bezug auf die Wohndauer ist ferner auf die hohe durchschnittliche Ortsgebundenheit der Befragten (20,9 Jahre) zu verweisen, die vornehmlich auf die große Anzahl alter und älterer Befragte zurückzuführen ist. Vor diesem Hintergrund erscheint die *Integration* in den eigenen Wohnort weitaus bedeutungsvoller für die soziale Einbindung als die bloße *Wohndauer*, die überdies nur schwach mit der Stadtteilintegration korreliert ( $r = ,101$ ). Da sich für die Wohndauer – im Gegensatz zur Skala Trubel – im Weiteren keine statistischen Zusammenhänge zur Anzahl der Vereinsmitgliedschaften aufzeigen lassen ( $r = 0,34$ ), findet dieses Merkmal zumindest vorerst keine Berücksichtigung mehr. Die übrigen Erklärungsfaktoren weisen erkennbare Abhängigkeiten vom Einkommen auf, sodass sie möglicherweise zwischen der monetären Ressource und einer Vereinstätigkeit interagieren.

Aufgrund der hohen Anzahl an Befragten mit akademischem Abschluss ( $N = 158$ ) sind auf Basis der Bildungsressource nur extrem ungleich große Gruppen zu bilden, was die Ableitung haltbarer Aussagen erschwert. Jedoch darf auch hier wenigstens näherungsweise von relevanten Gruppenunterschieden in Bezug auf Vereinsmitgliedschaften, Erwerbstätigkeit, Lebenszufriedenheit und Vereinseinladungen ausgegangen werden (vgl. Anhang C.1 im elektr. Zusatzmaterial). In Einklang mit der Hypothese gestaltet sich der Zusammenhang zwischen Bildungsgruppen (höchster Schulabschluss) und der Anzahl an Vereinsmitgliedschaften positiv linear wie auch der Rangkorrelationskoeffizient  $r_s = ,283$  ( $p < 0,001$ ) veranschaulicht.

Das Erklärungspotenzial der einzelnen Faktoren und ihr Zusammenspiel ist nun im Rahmen einer linearen Regressionsanalyse zu prüfen. Dabei werden die einzelnen Variablenkomplexe nacheinander in Abhängigkeit ihrer angenommenen Relevanz für die abhängige Variable in das Modell eingefügt (vgl. Tabelle 5.4). Bezüglich der soziodemografischen Merkmale ist zum einen zu erwarten, dass sich Männer häufiger als Frauen in Vereinen engagieren, zum anderen ist eine besonders hohe soziale Beteiligung in den mittleren Altersklassen wahrscheinlich (vgl. Erlach 2005: 37 f.; Putnam 2000: 195). Da bivariate Untersuchungen diese Einschätzungen stützen, geht das Alter mehrfach dummy-kodiert in die Analyse ein.<sup>5</sup> Ferner ergibt die Residuendiagnose neun Fälle, die mindestens drei Standardabweichungen von der mittleren Anzahl an Vereinsmitgliedschaften abweichen. Diese werden temporär aus der statistischen Analyse ausgeschlossen, wodurch sich die Residuenverteilung einer Normalverteilung annähert.

Das Einkommen übt einen starken positiven Einfluss auf die Anzahl der Vereinsmitgliedschaften aus ( $\beta = ,42$ ;  $p < 0,001$ ), wohingegen sich der Bildungseffekt zwar ebenfalls positiv, aber nicht signifikant gestaltet ( $\beta = ,10$ ; Modell 1). Dies bekräftigt im Wesentlichen die gruppenspezifischen Befunde der Varianzanalysen. Bezüglich der theoretisierten Erklärungsfaktoren ist im zweiten Modell insbesondere eine Relevanz der Stadtteilintegration herauszustellen. Die Einbindung in das eigene Wohngebiet besitzt mit  $\beta = ,14$  ( $p < 0,05$ ) einen positiven Einfluss auf die Vereinsmitgliedschaften, der auch unter Einbezug aller weiteren Merkmale statistisch signifikant bleibt. Da die Einbindungen in das lokale und religiöse Umfeld sowohl theoretisch als auch empirisch als ressourcenunabhängig zu werten sind, kommt ihnen aber kein Beitrag zur Erklärung einer statusabhängigen Vernetzung zu (vgl. Tabelle 5.3; Anhang C.1 im elektr.

---

<sup>5</sup> Frauen weisen im Durchschnitt 0,88 Vereinsmitgliedschaften auf, wohingegen Männer in durchschnittlich 1,20 Vereinen vertreten sind. Die Mittelwerte der Alterskategorien demonstrieren die höchste Anzahl Vereinsmitgliedschaften für die 45–59-Jährigen (1,31).

**Tabelle 5.4** Lineare Regression der Anzahl an Vereinsmitgliedschaften auf sozioökonomische Ressourcen, Erklärungsfaktoren und demografische Merkmale

AV: Anzahl Vereinsmitgliedschaften	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4
<i>Sozioökonomische Ressourcen</i>				
Bildungsjahre	,104	,069	,063	,039
Einkommen (log.)	,423***	,372***	,311***	,287***
<i>Erklärungsfaktoren</i>				
Stadtteilintegration	–	,136*	,143*	,127*
Religiöse Integration <sup>1</sup>	–	,104	,090	,083
Erwerbstätigkeit <sup>1</sup>	–	–,030	,002	,015
Allgemeine Lebenszufriedenheit	–	,095	,038	,047
Trubel	–	,062	,039	,018
Soziale Kompetenzen	–	–,007	,018	,016
<i>Demografische Merkmale</i>				
Männlich <sup>1</sup>	–	–	,046	,048
Alter <sup>1</sup>				
mittel (52–67 Jahre)	–	–	,102	,105
alt (> 67 Jahre)	–	–	,116	,151
Verheiratet <sup>1</sup>	–	–	–,012	–,025
Haushaltsgröße	–	–	,171*	,172*
Migration <sup>1</sup>	–	–	–,166**	–,137*
Einladung Verein <sup>1</sup>	–	–		,160**
N	256			
R <sup>2</sup>	,221	,275	,324	,345
Korrigiertes R <sup>2</sup>	,215	,252	,285	,304

*Anmerkungen:* Ausgabe der standardisierten Regressionskoeffizienten ( $\beta$ ). Signifikanzniveaus: \*  $p < 0,05$ ; \*\*  $p < 0,01$ ; \*\*\*  $p < 0,001$ . Folgende Fälle (ID) wurden aus der Analyse entfernt: 30, 41, 70, 103, 119, 138, 140, 191, 234. <sup>1</sup>Referenzkategorien: Keine/schwache religiöse Integration, keine Erwerbstätigkeit, weiblich, < 52 Jahre, nicht verheiratet, keine Migration, keine Einladung Vereinsmitgliedschaft.

Zusatzmaterial). Diese Rolle mag indes der allgemeinen Lebenszufriedenheit zuzuschreiben sein, die in diesem Modell zwar keinen signifikanten Einfluss besitzt, wohl aber auf bivariater Ebene überaus positiv mit dem Einkommen ( $r = ,533$ ;  $p < 0,001$ ), der Bildung ( $r = ,345$ ;  $p < 0,001$ ) und auch den Vereinsmitgliedschaften ( $r = ,359$ ;  $p < 0,001$ ) korreliert. Die übrigen Faktoren sind zur Erklärung individueller Vereinsmitgliedschaften weithin zu vernachlässigen.

Auch die soziodemografischen Merkmale erweisen sich im dritten Modell mehrheitlich als bedeutungsschwach, wobei weder ein Einfluss des Geschlechts noch der angenommene umgekehrt U-förmige Verlauf des Alters aufzuzeigen sind. Tatsächlich demonstrieren beide älteren Kategorien tendenziell eine höhere Vereinsaktivität als die jüngste Altersklasse. Neben der Haushaltsgröße ( $\beta = ,17$ ;  $p < 0,05$ ) stellt die Migration schließlich eine der wichtigsten Variablen dar ( $\beta = -,17$ ;  $p < 0,01$ ) und auch die persönliche Einladung zu einer Vereinsteilhabe (Modell 4) ist hochsignifikant positiv mit der Anzahl an Mitgliedschaften assoziiert ( $\beta = ,16$ ;  $p < 0,01$ ). Nichtsdestotrotz verbleibt das Einkommen auch im Gesamtmodell die substanziiell stärkste Erklärungsgröße multipler Vereinsmitgliedschaften ( $\beta = ,29$ ;  $p < 0,001$ ), wobei insgesamt rund 30 % der Varianz aufgeklärt werden können. Das Ergebnis der Regressionsanalyse bietet des Weiteren ein belastbares Argument, die Ressourcen Einkommen und Bildung einzeln anstelle der Statusskala zu verwenden.<sup>6</sup>

Ein relevantes Kriterium formeller Netzwerkeinbindung ist weiter die Unterscheidung zwischen aktiven und passiven Mitgliedschaften (vgl. Tabelle 5.2). Diesbezüglich belegen bivariate Analysen eine deutlich stärkere Verknüpfung der sozioökonomischen Ressourcen zu den Aktiv- ( $r_{\text{Bildung}} = ,222$ ;  $p < 0,001$  und  $r_{\text{Einkommen}} = ,274$ ;  $p < 0,001$ ) als zu den Passivmitgliedschaften ( $r_{\text{Bildung}} = ,015$  und  $r_{\text{Einkommen}} = ,098$ ). Um die Erklärungskraft der Ressourcen sowie der Erklärungsfaktoren auf den Mitgliedschaftsstatus bewerten zu können, wird eine multinomiale logistische Regression geschätzt. Im Zuge dieser Analyse gilt zu ermitteln, welche Merkmale die Wahrscheinlichkeit einer aktiven respektive passiven Vereinsmitgliedschaft im Vergleich zur Referenzkategorie *keine Mitgliedschaft* beeinflussen. Eine Gegenüberstellung der aktiven und passiven Mitgliedschaften im Rahmen eines binären logistischen Modells wäre an dieser Stelle aufschlussreich, ist in Anbetracht der berichteten Fallzahlen aber nicht zweckmäßig. Aufgrund fehlender Zusammenhänge ist die Variable Erwerbstätigkeit nunmehr ebenso wenig Bestandteil dieser Analyse wie die Wohndauer (vgl. Tabelle 5.5).

Das erste Modell repliziert die Ergebnisse der vorherigen Analyse für beide Mitgliedschaftsstatus. Während der Bildung nahezu kein Einfluss zukommt, erhöht sich mit dem Einkommen signifikant die Chance, passives oder aktives Vereinsmitglied im Vergleich zu keinem Mitglied zu sein. Dies gilt in

---

<sup>6</sup> Zum Vergleich wurde diese Regressionsanalyse mit der Statusskala wiederholt. In der Tendenz werden zweifellos vergleichbare Ergebnisse geschätzt, jedoch ist eine separate Einführung der sozioökonomischen Ressourcen insgesamt wesentlich informationsreicher als die Verwendung der Skala, die relevante Unterschiede zwischen Einkommen und Bildung verschleiert.

**Tabelle 5.5** Multinomial-logistische Regression des Mitgliedschaftsstatus auf sozioökonomische Ressourcen, Erklärungsfaktoren und demografische Merkmale

AV: Mitgliedschaftsstatus (Referenz: Kein Mitglied)	Modell 1		Modell 2		Modell 3		
	Passiv	Aktiv	Passiv	Aktiv	Passiv	Aktiv	
<i>Sozioökonomische Ressourcen</i>							
Bildungsjahre	0,978	1,075	0,954	1,023	0,944	1,017	
Einkommen (log.)	2,412***	3,813***	2,628***	3,171***	2,064*	2,820**	
<i>Erklärungsfaktoren</i>							
Stadtteilintegration	–	–	2,013**	1,457	1,922*	1,422	
Religiöse Integration <sup>1</sup>	–	–	1,475	2,417**	1,300	2,567*	
Lebenszufriedenheit	–	–	1,174	2,160*	1,243	1,921	
Trubel	–	–	1,334	1,340	1,009	1,108	
Soziale Kompetenzen	–	–	0,610	1,113	0,854	1,199	
<i>Demografische Merkmale</i>							
Männlich <sup>1</sup>	–	–	–	–	1,619	1,252	
Alter <sup>1</sup>							
	mittel (52–67)	–	–	–	–	1,479	1,557
	alt (> 67)	–	–	–	–	4,939**	1,996
Verheiratet <sup>1</sup>	–	–	–	–	0,577	0,622	
Haushaltsgröße	–	–	–	–	1,391*	1,390	
Migration <sup>1</sup>	–	–	–	–	0,588	0,352*	
Einladung Verein <sup>1</sup>	–	–	–	–	4,696**	2,189	
N	291		275		267		
Pseudo-R <sup>2</sup> (McFadden)	,131		,192		,255		

Anmerkungen: Ausgabe der Exp(B)-Koeffizienten. Signifikanzniveaus: \* p < 0,05; \*\* p < 0,01; \*\*\* p < 0,001. <sup>1</sup>Referenzkategorien: Keine/schwache religiöse Integration, weiblich, < 52 Jahre, nicht verheiratet, keine Migration, keine Einladung Vereinsmitgliedschaft.

der Tendenz deutlicher für die Wahrscheinlichkeit einer aktiven ( $\text{Exp}(B) = 3,81$ ;  $p < 0,001$ ) denn einer passiven Mitgliedschaft ( $\text{Exp}(B) = 2,41$ ;  $p < 0,001$ ). Darüber hinaus offenbaren sich in den folgenden Modellen aufschlussreiche Erkenntnisse über die Verknüpfung diverser Befragtenmerkmale und dem Mitgliedschaftsstatus. Zum einen bekräftigt sich im zweiten Modell die Ressourcenunabhängigkeit der wohnortbezogenen und religiösen Einbindungen, die jedoch unterschiedliche Bedeutungen für die individuelle Teilhabe besitzen. So begünstigt die Stadtteilintegration vor allem die Wahrscheinlichkeit einer passiven Mitgliedschaft ( $\text{Exp}(B) = 2,01$ ;  $p < 0,01$ ), wohingegen sich die Einbindung in religiöse Institutionen positiv auf eine aktive Mitgliedschaft auswirkt ( $\text{Exp}(B) = 2,42$ ;  $p < 0,01$ ). Diese Zusammenhänge bleiben auch im Gesamtmodell statistisch bedeutungsvoll. Zum anderen sind unterschiedliche Effekte bezüglich soziodemografischer Merkmale hervorzuheben. Für die jüngeren Befragten ist vornehmlich keine Vereinsmitgliedschaft am wahrscheinlichsten, indes mit steigendem Alter die Erwartung einer passiven Mitgliedschaft beachtlich ansteigt und in der höchsten Altersklasse entsprechend am stärksten ausfällt ( $\text{Exp}(B) = 4,94$ ;  $p < 0,01$ ). Für die aktiven Mitgliedschaften zeigt sich das gleiche Muster, verbleibt in dem Fall aber ohne Signifikanz. Ferner bestätigt sich Putnams Feststellung (2000: 195), dass Männer zwar zu mehr Organisationen gehören, Frauen jedoch mehr Zeit in diesen verbringen, nicht – jedenfalls sofern *Zeit* gleichbedeutend mit *Aktivität* gewertet wird. Vielmehr erhöht das Merkmal männlich tendenziell die Wahrscheinlichkeit zu beiden Mitgliedschaftstypen zu gehören. Schlüssig ist darüber hinaus der signifikant negative Einfluss der Migration auf eine aktive Mitgliederrolle. Alles zusammengenommen erklärt das Gesamtmodell 26 % der Varianz des Mitgliedschaftsstatus, wobei das Einkommen den substanziell stärksten Prädiktor einer aktiven Vereinsmitgliedschaft darstellt ( $\text{Exp}(B) = 2,82$ ;  $p < 0,01$ ). Für eine passive Mitgliedschaft sind darüberhinausgehend maßgeblich ein hohes Alter sowie eine vorherige Mitgliedschaftseinladung relevant für deren Auftreten ( $\text{Exp}(B) = 4,70$ ;  $p < 0,01$ ).

Neben der Differenzierung in aktive und passive Mitgliedschaften bildet die Analyse unterschiedlicher Vereinstypen einen wesentlichen Aspekt formeller Netzwerke ab. Zu diesem Zweck wurden im Vorfeld drei Vereinstypen gebildet, denen die einzelnen Assoziationen theoriegeleitet zugeordnet wurden. Auf bivariatem Niveau deuten sich zunächst nur geringfügige Unterschiede zwischen instrumentellen und expressiven Mitgliedschaften an, die beide vergleichsweise stark mit den Ressourcen verknüpft sind (Instrumentell:  $r_{\text{Bildung}} = ,245$ ;  $p < 0,001$  und  $r_{\text{Einkommen}} = ,398$ ;  $p < 0,001$ ; Expressiv:  $r_{\text{Bildung}} = ,241$ ;  $p < 0,001$  und  $r_{\text{Einkommen}} = ,380$ ;  $p < 0,001$ ). Demgegenüber sind die Beziehungen zwischen der Anzahl gemischter Vereine und der Bildung ( $r = ,195$ ;  $p < 0,01$ ) sowie dem Einkommen ( $r = ,175$ ;  $p < 0,01$ ) weniger stark ausgeprägt.

Im Hinblick auf die multivariate Testung jener Zusammenhänge ist eine multinomiale logistische Regression mit dem Vereinstypus als abhängige Variable an dieser Stelle nicht durchzuführen. Die Kategorien dieser Variable beinhalten jeweils nur Befragte, die eindeutig, überschneidungsfrei und somit ausschließlich einem Vereinstypus zugeordnet werden können. Die daraus resultierenden Gruppengrößen sind für eine angemessene Ergebnisinterpretation nicht ausreichend (vgl. Tabelle 5.2). Zugunsten höherer Fallzahlen werden im Folgenden für jeden Vereinstypen einzelne binäre logistische Regressionsmodelle geschätzt und deren Ergebnisse miteinander verglichen (Referenzkategorien = kein Verein). Da sich nun jedoch die Einflüsse kategorienübergreifender Mitgliedschaften überlagern können, dürfen die Interpretationen bestenfalls näherungsweise erfolgen (vgl. Tabelle 5.6).<sup>7</sup>

Grundlegend ist für alle Vereinstypen wiederholt das Muster eines indirekten Bildungs- und eines direkten Einkommenseffektes nachzuweisen. Obgleich monetäre Ressourcen damit die Wahrscheinlichkeiten aller Mitgliedschaftstypen im Vergleich zu keiner Mitgliedschaft signifikant positiv beeinflussen, unterscheiden sich die Modelle erkennbar im Hinblick auf die Anteile aufgeklärter Varianz. Der größte Erklärungsbeitrag ist für die instrumentellen Mitgliedschaften festzustellen (Pseudo- $R^2 = ,21$ ), wohingegen das Auftreten gemischter Vereinsmitgliedschaften nur zu rund 6 % über die Ressourcen erklärt werden kann. Aufschlussreich gestaltet sich in dieser Analyse ferner die Rolle der sozialen Kompetenzen. Da diese nunmehr die Chancen, Mitglied in einem instrumentellen Verein zu sein, signifikant positiv lenken ( $\text{Exp (B)} = 4,18$ ;  $p < 0,05$ ), ist diesem Typus eine hohe Bedeutung kommunikativer und prosozialer Fähigkeiten zuzuschreiben. Ebenfalls fällt für diese Vereinsform der negative Einfluss der Migration besonders stark ins Gewicht ( $\text{Exp (B)} = 0,14$ ;  $p < 0,01$ ). Die unterschiedlichen Effektkoeffizienten des Merkmals Geschlecht erklären indes in Teilen den fehlenden Einfluss dieser Variable auf die Gesamtzahl an Vereinsmitgliedschaften (vgl. Tabelle 5.4). So übt das Merkmal männlich eine überaus positive Wirkung auf die Wahrscheinlichkeit einer instrumentellen Mitgliedschaft aus, während in gemischten Vereinen eher Frauen vertreten sind. Dieser Umstand ist nicht zuletzt auf den Einschluss des Frauenvereins in diese Kategorie zurückzuführen. Da dieser Typus ebenfalls religiöse/kirchliche Organisationen beinhaltet, sind vergleichbare Effekte hinsichtlich des relativ hohen Einflusses der religiösen Integration anzunehmen. Insgesamt übt das Einkommen den stärksten

---

<sup>7</sup> Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn Befragte mit einer hohen sozioökonomischen Ressourcenausstattung sowohl im instrumentellen als auch im expressiven Modell vertreten sind und somit auf beide Typen einen, mutmaßlich positiven, Einfluss ausüben.

**Tabelle 5.6** Binär-logistische Regressionen der instrumentellen, expressiven und gemischten Vereinsmitgliedschaften auf sozioökonomische Ressourcen, Erklärungsfaktoren und demografische Merkmale

AV: Vereinstypus (Referenz: Kein Mitglied)	Instrumenteller Verein		Expressiver Verein		Gemischter Verein		
	Modell 1	Modell 2	Modell 1	Modell 2	Modell 1	Modell 2	
<i>Sozioökonomische Ressourcen</i>							
Bildungsjahre	1,030	0,930	1,025	0,967	1,099	1,063	
Einkommen (log.)	4,701***	4,129***	2,461***	1,914*	1,565*	1,279	
<i>Erklärungsfaktoren</i>							
Stadtteilintegration	–	1,234	–	1,162	–	1,610*	
Religiöse Integration <sup>1</sup>	–	1,683	–	1,472	–	1,953*	
Allg. Lebenszufriedenheit	–	0,996	–	1,729	–	1,145	
Trubel	–	0,691	–	1,146	–	0,886	
Soziale Kompetenzen	–	4,182*	–	0,922	–	1,804	
<i>Demografische Merkmale</i>							
Männlich <sup>1</sup>	–	3,390**	–	1,105	–	0,678	
Alter <sup>1</sup>							
	mittel (52–67)	–	1,090	–	2,103	–	1,699
	alt (> 67)	–	1,007	–	5,330**	–	1,775
Verheiratet <sup>1</sup>	–	1,105	–	0,944	–	1,179	
Haushaltsgröße	–	1,482*	–	1,605**	–	1,362	
Migration <sup>1</sup>	–	0,139**	–	0,714	–	0,548	
Einladung Verein <sup>1</sup>	–	1,320	–	3,345**	–	2,149	
N	291	267	291	267	291	267	
Pseudo-R <sup>2</sup> (McFadden)	,210	,344	,105	,240	,056	,178	

*Anmerkungen:* Ausgabe der Exp (B)-Koeffizienten. Signifikanzniveaus: \* p < 0,05; \*\* p < 0,01; \*\*\* p < 0,001. <sup>1</sup>Referenzkategorien: Keine/schwache religiöse Integration, weiblich, < 52 Jahre, nicht verheiratet, keine Migration, keine Einladung Vereinsmitgliedschaft.

Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit einer instrumentellen im Vergleich zu keiner Mitgliedschaft aus, wobei auch im Gesamtmodell ein hochsignifikanter Effekt angezeigt ist. Ebenfalls positiv gestaltet sich der Einfluss jener Ressource auf den expressiven Typus, wohl aber erweisen sich ein hohes Alter und eine Vereinseinladung nachweisbar als effektstärker. In Bezug auf die gemischt ausgerichteten Vereine nehmen die finanziellen Aspekte indes eine nachgeordnete Stellung hinter der wohnortbezogenen und religiösen Integration ein. Bemerkenswert ist darüber hinaus der geringe Erklärungsbeitrag dieses Modells ( $\text{Pseudo-R}^2 = 0,18$ ), der lediglich halb so hoch ausfällt wie im instrumentellen Modell ( $\text{Pseudo-R}^2 = 0,34$ ).

Abschließend lassen sich für alle formalen Netzwerkaspekte deutliche Differenzen zwischen den Stadtteilen Hahnwald und Chorweiler feststellen (vgl. Abschnitt 5.1). Diese manifestieren sich in einer durchschnittlich höheren Anzahl an Vereinsmitgliedschaften seitens der Befragten aus Hahnwald, die überdies häufiger aktiv engagiert sind und eher instrumentelle denn freizeitbezogene Interessen verfolgen. Auf Basis der relativen Bedeutung der Stadtteilintegration ist infolgedessen zu vermuten, dass weitere, sozialräumlich bedingte Einflussfaktoren der formellen Vernetzung existieren, die über die individuelle Ausstattung mit sozioökonomischen Ressourcen hinausgehen.

### 5.2.1.2 Statusabhängigkeit informeller Netzwerkstrukturen

Analog zur formellen Netzwerkeinbindung weist auch die Anzahl persönlicher Beziehungen hochsignifikant positive Zusammenhänge zu den sozioökonomischen Ressourcen auf. Allerdings korreliert nunmehr die Bildung erkennbar stärker mit der Netzwerkgröße ( $r = ,251$ ;  $p < 0,001$ ) als das Einkommen ( $r = ,172$ ;  $p < 0,01$ ). Aufgrund der hohen Relevanz in den vorherigen Untersuchungen liegt die Vermutung einer nichtlinearen Beziehung zwischen monetären Ressourcen und der Anzahl informeller Kontakte nahe. Ein Vergleich der durchschnittlichen Netzwerkgröße geringer ( $\leq 1.010$  €), mittlerer ( $\leq 2.4750$  €) und hoher Einkommensgruppen ( $\leq 7.500$  €) im Rahmen einer Varianzanalyse bestätigt diesen Verdacht aber nicht. In Einklang mit der Hypothese nimmt die mittlere Netzwerkgröße zwar linear mit steigendem Einkommen zu ( $F = 5,54$ ;  $p < 0,01$ ), wohl aber fallen die Mittelwertunterschiede zwischen den Gruppen mit geringem ( $\bar{x} = 8,31$ ) und mittlerem Einkommen ( $\bar{x} = 9,00$ ) allenfalls schwach aus (hohes Einkommen:  $\bar{x} = 12,11$ ). Auch für die, zahlenmäßig sehr unterschiedlich besetzten, Bildungsgruppen lassen sich statistisch relevante Mittelwertunterschiede nachweisen, wobei die Netzwerkgröße ebenfalls linear mit steigendem Bildungsabschluss zunimmt ( $F = 5,42$ ;  $p < 0,01$ ).

Um den Erklärungsbeitrag dieser und weiterer Merkmale auf die Größe informeller Netzwerke schätzen zu können, wird nun eine multiple lineare Regression modelliert. Da das Alter eine (negativ) lineare Beziehung zur Anzahl der Netzwerkpersonen aufweist, findet in diesem Modell die ursprüngliche metrische Altersvariable Berücksichtigung. Zudem werden die Erwerbstätigkeit, die Anzahl an Vereinsmitgliedschaften und die Existenz informeller Gruppierungen kontrolliert, die als weitere Opportunitäten zur Kontakthanbahnung mutmaßlich einen positiven Einfluss auf die individuelle Netzwerkgröße ausüben (vgl. Tabelle 5.7).

**Tabelle 5.7** Lineare Regression der Größe informeller Netzwerke auf sozioökonomische Ressourcen, Erklärungsfaktoren, demografische und integrative Merkmale

AV: Anzahl Netzwerkpersonen	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4
<i>Sozioökonomische Ressourcen</i>				
Bildungsjahre	,258***	,169*	,160*	,126*
Einkommen (log.)	,049	,003	,055	,041
<i>Erklärungsfaktoren</i>				
Stadtteilintegration	–	,122	,157*	,146*
Religiöse Integration <sup>1</sup>	–	,011	,008	–,022
Erwerbstätigkeit <sup>1</sup>	–	,199	,027	,056
Allg. Lebenszufriedenheit	–	,000	–,054	–,061
Trubel	–	,135	,096	,046
Soziale Kompetenzen	–	,136	,071	,067
<i>Demografische Merkmale</i>				
Männlich <sup>1</sup>	–	–	–,144*	–,143*
Alter			–,232**	–,258**
Verheiratet <sup>1</sup>	–	–	,003	–,009
Haushaltsgröße	–	–	,147*	,146*
Migration <sup>1</sup>	–	–	–,229***	–,201**
<i>Integrative Merkmale</i>				
Anzahl Vereinsmitgl.	–	–	–	,052
Informelle Gruppierung <sup>1</sup>	–	–	–	,194**
N	227			
R <sup>2</sup>	,077	,211	,318	,350
Korrigiertes R <sup>2</sup>	,069	,182	,276	,304

Anmerkungen: Ausgabe der standardisierten Regressionskoeffizienten ( $\beta$ ). \*  $p < 0,05$ ; \*\*  $p < 0,01$ ; \*\*\*  $p < 0,001$ . <sup>1</sup>Referenzkategorien: Keine/schwache religiöse Integration, keine Erwerbstätigkeit, weiblich, nicht verheiratet, keine Migration, keine informelle Gruppierung.

Das erste Modell bestätigt den signifikant positiven Effekt der Bildung ( $\beta = ,26$ ;  $p < 0,001$ ), verweist nun aber auf fehlende Einflüsse des Einkommens ( $\beta = ,05$ ). Damit sind den sozioökonomischen Ressourcen statistisch jeweils unterschiedliche Wirkungen auf die Anzahl der Vereinsmitgliedschaften und der Netzwerkpersonen beizumessen. Zusammengenommen fällt der ressourcenbezogene Erklärungsbeitrag im informellen Bereich (korr.  $R^2 = 7\%$ ) jedoch deutlich geringer als im formellen Kontext aus (korr.  $R^2 = 22\%$ ; vgl. Tabelle 5.4). Angesichts der relativen Zunahme des korrigierten Determinationskoeffizienten ist den theoretischen Erklärungsfaktoren im zweiten Modell insgesamt sogar ein höherer Stellenwert als den Ressourcen zuzuschreiben, wenngleich ein direkter Bildungseffekt weiterhin nachweisbar ist. Besonders herauszustellen ist dabei der Einfluss einer Erwerbstätigkeit ( $\beta = ,20$ ;  $p < 0,01$ ), die erkennbar zu einer höheren Anzahl an Netzwerkpersonen beiträgt und mutmaßlich zwischen Ressourcen und Netzwerkgröße interagiert. Im dritten Modell erweisen sich des Weiteren die Merkmale männlich, ein höheres Alter sowie ein Migrationshintergrund als hemmende Faktoren und die Haushaltsgröße als positiver Prädiktor eines großen sozialen Netzwerkes. An diesen Befund anschließend ist im Rahmen der folgenden Hypothesen unter anderem zu untersuchen, zu welchen Teilen sich das persönliche Netzwerk faktisch aus Mitgliedern des eigenen Haushaltes zusammensetzt. Bezüglich der weiteren sozialen Einbindungen bestätigen sich die Erwartungen indes nur teilweise, da zwar informelle Gruppierungen, nicht aber Vereinsmitgliedschaften die Größe des sozialen Netzwerkes anheben (Modell 4). Jenen informellen Einbindungen ( $\beta = ,19$ ;  $p < 0,01$ ) kommt schließlich gemeinsam mit dem Alter ( $\beta = -,26$ ;  $p < 0,01$ ) und der Migration ( $\beta = -,20$ ;  $p < 0,01$ ) die größte Bedeutung zur Erklärung der Netzwerkgröße zu. Darüber hinaus verzeichnet auch die Bildung weiterhin einen signifikant positiven Effekt auf die abhängige Variable ( $\beta = ,13$ ;  $p < 0,05$ ), sodass schließlich rund 30 % der Varianz aufgeklärt werden.

Zur Erfassung der Netzwerkgröße wurden ferner drei Namensgeneratoren verwendet, die auf unterschiedliche Lebensbereiche und Beziehungsebenen abzielen. Infolgedessen ist nun die Relevanz der jeweiligen Erklärungsfaktoren für die einzelnen Teilnetzwerke zu überprüfen. Zu diesem Zweck wird die vormalige Regressionsanalyse wiederholt und anstelle des Gesamtnetzwerkes jeweils die Größe des Teilnetzwerkes als abhängige Variable eingesetzt (vgl. Tabelle 5.8). Im Rahmen der Residuendiagnostik konnten diverse Ausreißer identifiziert werden, die temporär aus der Analyse ausgeschlossen werden (vgl. Anmerkungen zum Modell).

Ein Vergleich der einzelnen Regressionsmodelle demonstriert deutlich variierende Einflussfaktoren beziehungsweise Effektstärken in Abhängigkeit des

**Tabelle 5.8** Lineare Regressionen der Größe informeller Teilnetzwerke auf sozioökonomische Ressourcen, Erklärungsfaktoren, demografische und integrative Merkmale

AV: Anzahl Netzwerkpersonen	Rat bei wichtigen Entscheidungen		Freizeit und Interessen		Hilfe bei praktischen Arbeiten	
	Modell 1	Modell 2	Modell 1	Modell 2	Modell 1	Modell 2
<i>Sozioökonomische Ressourcen</i>						
Bildungsjahre	,240**	,101	,257***	,141*	,071	-,009
Einkommen (log.)	-,114	-,110	,006	-,077	,002	-,014
<i>Erklärungsfaktoren</i>						
Stadtteilintegration	-	,143*	-	,105	-	,138
Religiöse Integration <sup>1</sup>	-	-,043	-	-,032	-	,082
Erwerbstätigkeit <sup>1</sup>	-	,040	-	,074	-	,127
Allg. Lebenszufriedenheit	-	-,026	-	-,120	-	-,043
Trubel	-	-,012	-	,089	-	-,017
Soziale Kompetenzen	-	-,005	-	,120	-	,090
<i>Demografische Merkmale</i>						
Männlich <sup>1</sup>	-	-,131*	-	-,142*	-	-,108
Alter	-	-,409***	-	-,153	-	-,166
Verheiratet <sup>1</sup>	-	,038	-	,157*	-	-,055
Haushaltsgröße	-	,061	-	,002	-	-,066
Migration <sup>1</sup>	-	-,176**	-	-,176*	-	-,102
<i>Integrative Merkmale</i>						
Anzahl Vereinsmitgl.	-	,139	-	,223**	-	,081
Informelle Gruppierung <sup>1</sup>	-	,069	-	,041	-	,076
N	218		203		213	
R <sup>2</sup>	,054	,319	,067	,289	,005	,148
Korrigiertes R <sup>2</sup>	,045	,268	,058	,232	-,004	,083

*Anmerkungen:* Ausgabe der standardisierten Regressionskoeffizienten ( $\beta$ ). Signifikanzniveaus: \*  $p < 0,05$ ; \*\*  $p < 0,01$ ; \*\*\*  $p < 0,001$ . Folgende Fälle (ID) wurden aus der Analyse entfernt: 118, 188 (Rat); 11, 16, 21, 56, 69, 83, 141, 161, 164, 234, 324 (Freizeit); 11, 113, 188 (Hilfe). <sup>1</sup>Referenzkategorien: Keine/schwache religiöse Integration, keine Erwerbstätigkeit, weiblich, nicht verheiratet, keine Migration, keine informelle Gruppierung.

jeweiligen Stimulus. So umfasst das erste Teilnetzwerk (Rat bei wichtigen Entscheidungen) primär starke Beziehungen, die durch ein gewisses Maß an Vertrauen und emotionaler Nähe gekennzeichnet sind. Während das Einkommen hier einen sichtbar negativen Einfluss ausübt, wirkt die Bildung hochsignifikant positiv (Modell 1:  $\beta = ,24$ ;  $p < 0,01$ ). Im Gesamtmodell ist indes insbesondere ein negativer Einfluss des Alters hervorzuheben ( $\beta = -,41$ ;  $p < 0,001$ ). Dieser

Befund impliziert jedoch nicht zwingend, dass ältere Befragte generell weniger Netzwerkkontakte aufweisen als jüngere Personen, sondern kann ebenso auf einen geringeren Bedarf an Entscheidungshilfen im hohen Alter verweisen. Diese Sichtweise wird durch die Tatsache bekräftigt, dass dem Alter in den übrigen Teilnetzwerken kein äquivalenter Stellenwert zukommt.

Im zweiten Netzwerk (Freizeit und Interessen) zeichnet sich neben einem positiven Bildungseffekt ( $\beta = ,14$ ;  $p < 0,05$ ) und den auch vormals relevanten Merkmalen männlich und Migrationshintergrund zusätzlich ein positiver Einfluss der Vereinsmitgliedschaften ab. Jene formellen Einbindungen steigern erwartungsgemäß die Menge persönlicher und interessenbasierter Kontakte ( $\beta = ,22$   $p < 0,01$ ). Obgleich nicht signifikant, ist zudem den sozialen Kompetenzen ein gewisser Einfluss auf diese schwächere Beziehungskomponente zuzusprechen. Im dritten Teilbereich (Hilfe bei praktischen Arbeiten) erweisen sich schließlich weder die sozioökonomischen Ressourcen noch die Erklärungsfaktoren als statistisch bedeutsam. In der Tendenz benennen allerdings erwerbstätige, jüngere und weibliche Befragte die meisten Personen, von denen sie in den vergangenen drei Monaten praktische Hilfe erhalten haben. Letztlich scheint die geringe Erklärungskraft dieses Modells (korr.  $R^2 = 8\%$ ) vor allem der Diversität des Stimulus geschuldet zu sein, der äußerst heterogene Tätigkeiten des täglichen Lebens aufgreift. Auch die geringe durchschnittliche Anzahl genannter Alteri deutet auf Probleme mit diesem Instrument hin (vgl. Abschnitt 5.1). Anlässlich der zum Teil sehr unterschiedlichen Effektstärken steht die sinnvolle Verwendung der Gesamtskala in den weiteren Analysen zur Debatte, sodass im Einzelfall zu prüfen ist, ob auf das Gesamt- oder die Teilnetzwerke zurückzugreifen ist.

Im Weiteren stellt sich die Frage, ob ein großes Netzwerk immer auch intendiert sein muss und inwieweit *groß* tatsächlich gleichbedeutend mit *besser* ist. So manifestieren sich die (politischen) Wirkungen sozialer Netzwerke mutmaßlich nicht nur entlang quantitativer, sondern ebenso entlang qualitativer Aspekte. In diesem Zusammenhang wird zunächst Bezug auf die geografische Reichweite informeller Netzwerke genommen und diese in Verbindung zur sozioökonomischen Ressourcenausstattung gebracht. Hinsichtlich des Anteils derjenigen Netzwerkpersonen, die im gleichen Wohngebiet wie Ego leben (lokale Alteri), offenbart sich zur Bildung kein linearer Zusammenhang ( $r = -,063$ ). Zwar benennen die Befragten mit der geringsten Formalbildung deutlich mehr lokale Alteri als Personen höherer Bildung, jedoch weisen die mittleren Bildungskategorien tendenziell die geringsten Durchschnittswerte auf. Der Zusammenhang konstituiert sich folglich umgekehrt U-förmig, wobei sich die Unterschiede zwischen den Bildungsgruppen gemäß varianzanalytischen Befunden nicht signifikant gestalten (vgl. Tabelle 5.9).

**Tabelle 5.9** Mittelwertvergleiche des Anteils lokaler Alteri (mit und ohne Eheperson) zwischen Bildungs- und Einkommensgruppen

	Lokale Alteri		Lokale Alteri ohne Eheperson	
	Mean	N	Mean	N
<i>Bildung</i>				
Kein Schulabschluss	0,60	8	0,56	8
Volks-/Hauptschulabschluss	0,54	25	0,35	25
Realschulabschluss	0,39	46	0,33	45
Abitur	0,41	34	0,33	34
(Fach-)Hochschulabschluss	0,42	127	0,30	127
Gesamt	0,43	240	0,32	239
Teststatistik (Welch)	F = 1,06; n. s.		F = 0,86; n. s.	
<i>Einkommen</i>				
Gering ( $\leq 1.010$ €)	0,55 <sup>a</sup>	73	0,43 <sup>a</sup>	73
Mittel ( $\leq 2.475$ €)	0,38 <sup>b</sup>	75	0,28 <sup>b</sup>	74
Hoch ( $\leq 7.500$ €)	0,37 <sup>b</sup>	81	0,24 <sup>b</sup>	81
Gesamt	0,43	229	0,31	228
Teststatistik (Welch)	F = 6,24; p < 0,01		F = 7,04; p < 0,01	

*Anmerkungen:* Einfaktorielle Varianzanalyse. Signifikanzniveaus: \* p < 0,05; \*\* p < 0,01; \*\*\* p < 0,001. Post-Hoc-Test: Games-Howell. Gruppen mit unterschiedlichen Buchstaben (a, b) unterscheiden sich signifikant auf dem 5 %-Niveau.

Hingegen ist für das Einkommen ein linearer Effekt nachzuweisen, der sich aufgrund der nur geringfügigen Unterschiede zwischen mittlerer und hoher Einkommenskategorie aber weniger stark als vermutet darstellt ( $r = -,200$ ; p < 0,01). Signifikante Differenzen sind einzig zur unteren Einkommenskategorie aufzuzeigen. Eine Erklärung für die vergleichsweise schwachen Beziehungen ist in dem positiven Zusammenspiel zwischen Sozial- und Heiratsstatus zu suchen ( $r_{\text{Status verheiratet}} = ,290$ ; p < 0,001). Da Eheleute in der Regel im selben Haushalt leben, wird die Reichweite des sozialen Netzwerkes insbesondere bei statushohen Personen systematisch reduziert (vgl. Abschnitt 4.6.3).<sup>8</sup> Werden die Ehepartnerinnen und Ehepartner aus der Skala lokaler Alteri gefiltert (lokale Alteri ohne Eheperson), verstärken sich erwartungsgetreu die korrelativen Zusammenhänge

<sup>8</sup> Sofern Informationen über alle Netzwerkkontakte vorhanden sind, ist dieses Zusammenwirken zu vernachlässigen. Da in dieser Untersuchung aber lediglich Informationen über maximal fünf Alteri verfügbar sind und dies mit hoher Wahrscheinlichkeit die Ehepartnerinnen und Ehepartner einschließt, sind für statushohe Personen überproportional viele Informationen über diese Beziehungsform vorhanden. Dies kann in einigen Analysen zu systematischen Verzerrungen führen.

zu Einkommen ( $r = -,235$ ;  $p < 0,001$ ) und Bildungsjahren ( $r = -,101$ ). Während der mittlere Anteil lokaler Alteri weiterhin signifikant zwischen den Einkommensgruppen variiert, verbleibt die Analyse der Bildungsabschlüsse statistisch nur wenig bedeutsam. In Einklang zur Hypothese offenbaren die Durchschnittswerte nun aber einen linearen Negativzusammenhang zwischen den Variablen (vgl. Tabelle 5.9).

Zusammenfassend kann somit durchaus eine negative Assoziation zwischen sozialem Status und dem Anteil wohnortnaher Kontakte belegt werden. Der Stellenwert sozioökonomischer Ressourcen für die geografische Reichweite ist im Folgenden multivariat im Zuge einer linearen Regressionsanalyse zu prüfen (vgl. Tabelle 5.10). Indem nun die Skala zur geografischen Reichweite als abhängige Variable eingesetzt wird, verschiebt sich der Analysefokus von der Betrachtung des gemeinsamen Wohnortes auf einen größeren räumlichen Radius. Durch die detailliertere Erfassung des Wohnortes der Netzwerkpersonen sollten sich vorherige Befunde voraussichtlich verstärken. Um Verzerrungen durch den Ehestatus auszuschließen, wird die Reichweite exklusive Eheleute erfasst. Durch diese Entscheidung erhöht sich die durchschnittliche Reichweite von 2,64 (SD = 0,68; N = 243) auf 2,84 (SD = 0,70; N = 233) (vgl. Abschnitt 4.6.3). Neben formellen und informellen Gruppierungen, die wohnortnahe Beziehungen begünstigen sollten, wird außerdem die Größe des informellen Netzwerkes einbezogen. Da von differenziellen Effekten starker und schwacher Beziehungen auszugehen ist, finden die einzelnen Subskalen Berücksichtigung.

In Einklang zu den Befunden um den Anteil lokaler Alteri übt das Einkommen auch hinsichtlich der sozialen Reichweite einen hochsignifikanten Einfluss in positiver Richtung aus ( $\beta = ,30$ ;  $p < 0,001$ ). Vergleichbare Bildungseffekte sind indes nicht zu belegen. Im zweiten Modell erweist sich die Stadtteilintegration als starker negativer Prädiktor der individuellen Netzwerkausgedehtheit ( $\beta = -,35$ ;  $p < 0,001$ ), wohingegen den übrigen Erklärungsfaktoren weder eine eigenständige Bedeutung noch ein Einfluss auf den Zusammenhang zwischen Ressourcen und abhängiger Variable zukommt. Im Weiteren fördert ein Migrationshintergrund tendenziell die lokale Konzentration persönlicher Kontakte (Modell 3:  $\beta = -,11$ ) und auch informelle Gruppierungen (Modell 4:  $\beta = -,16$ ;  $p < 0,05$ ), und mit Abstrichen die Vereinsmitgliedschaften ( $\beta = -,10$ ), sorgen für ortnahe Verflechtungen. Die Anzahl an Personen, die bei wichtigen Entscheidungen um Rat gefragt werden, steigert die geografische Reichweite wiederum signifikant ( $\beta = ,26$ ;  $p < 0,01$ ), während die Größe freizeit- und unterstützungsorientierter Netzwerke ohne Erklärungsrelevanz bleibt. Alles zusammengenommen können etwa 25 % der Varianz der Reichweite informeller Netzwerke über die herangezogenen Variablen aufgeklärt werden. Dabei ist dem Einkommen ein zentraler Einfluss zu attestieren, der hinsichtlich der Effektstärke aber von der Stadtteilintegration übertroffen wird.

**Tabelle 5.10** Lineare Regression der geografischen Reichweite informeller Netzwerke auf sozioökonomische Ressourcen, Erklärungsfaktoren, demografische und integrative Merkmale

AV: Geografische Reichweite (ohne Eheperson)	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4
<i>Sozioökonomische Ressourcen</i>				
Bildungsjahre	,092	,121	,146	,137
Einkommen (log.)	,303***	,300***	,278**	,312**
<i>Erklärungsfaktoren</i>				
Stadtteilintegration	–	–,354***	–,348***	–,372***
Religiöse Integration <sup>1</sup>	–	,000	,008	,049
Erwerbstätigkeit <sup>1</sup>	–	,060	,049	,032
Allg. Lebenszufriedenheit	–	,008	,015	,017
Trubel	–	,042	,053	,093
Soziale Kompetenzen	–	,016	–,011	,011
<i>Demografische Merkmale</i>				
Männlich <sup>1</sup>	–	–	–,083	–,053
Alter	–	–	,015	,146
Verheiratet <sup>1</sup>	–	–	–,090	–,092
Haushaltsgröße	–	–	,032	,013
Migration <sup>1</sup>	–	–	–,107	–,093
<i>Integrative Merkmale</i>				
Anzahl Vereinsmitgl.	–	–	–	–,102
Informelle Gruppierung <sup>1</sup>	–	–	–	–,163*
<i>Anzahl Netzwerkpersonen</i>				
Rat bei wichtigen Entscheidungen	–	–	–	,257**
Freizeit und Interessen	–	–	–	,053
Hilfe bei praktischen Arbeiten	–	–	–	,020
N	179			
R <sup>2</sup>	,120	,237	,257	,328
Korrigiertes R <sup>2</sup>	,110	,201	,199	,253

*Anmerkungen:* Ausgabe der standardisierten Regressionskoeffizienten ( $\beta$ ). Signifikanzniveau: \*  $p < 0,05$ ; \*\*  $p < 0,01$ ; \*\*\*  $p < 0,001$ . <sup>1</sup>Referenzkategorien: Keine/schwache religiöse Integration, keine Erwerbstätigkeit, weiblich, nicht verheiratet, keine Migration, keine informelle Gruppierung.

Ein weiteres qualitatives Merkmal informeller Netzwerke besteht in dessen sozialer Zusammensetzung, wobei zunächst Tendenzen sozialer Homophilie betrachtet und in Beziehung zum Sozialstatus gesetzt werden. Zu diesem Zweck wurden fünf Indizes gebildet, welche die Ähnlichkeiten zwischen Ego und deren beziehungsweise dessen Alteri in puncto Geschlecht, Alter, Bildung, beruflicher Tätigkeit und Staatsangehörigkeit ermitteln (vgl. Abschnitt 4.6.3). Zusätzlich erfasst ein Gesamtindex die soziale Homophilie aller Ego-Alter-Beziehungen über alle Merkmale hinweg (0 = nicht homophil bis 1 = homophil). Tabelle 5.11 listet die Mittelwerte der einzelnen Homophilieindizes in Abhängigkeit von Egos Bildungs- und Einkommensstatus. Es ist eine Interpretationsfrage, ab welchen Werten von homophilen Tendenzen ausgegangen wird. Unter strenger Auslegung wären sogar minimale Abweichungen von 1 als heterophil zu werten. Da ein solches Vorgehen jedoch wenig aufschlussreich wäre, werden im Folgenden Werte über 0,5 als (*eher*) *homophil* und Werte kleiner oder gleich 0,5 als (*eher*) *heterophil* aufgefasst. Anhand eines Binomialtests wird geprüft, wie wahrscheinlich die einzelnen Werte von diesem Trennwert abweichen.

Der Mittelwert der Gesamtpopulation von 0,57 ( $p < 0,001$ ) deutet insgesamt eine leichte Tendenz der Befragten zur sozialen Homophilie an, demnach 57 % der Ego-Alter-Beziehungen eher homophil und 43 % eher heterophil sind. Unter detaillierter Betrachtung offenbaren sich zum Teil erhebliche Differenzen zwischen den einzelnen Merkmalen. Während die Gleichheit in Bezug auf die Staatsangehörigkeit erwartungsgemäß am höchsten ausfällt (0,87;  $p < 0,001$ ), sind für das Alter (0,44;  $p < 0,05$ ) und die berufliche Tätigkeit (0,39;  $p < 0,001$ ) eher nicht homophile Tendenzen festzustellen. Mit Blick auf die unterschiedlichen Bildungsgruppen weisen Personen mit akademischem Abschluss durchschnittlich die stärksten (0,62;  $p < 0,001$ ) und Personen ohne Schulabschluss (0,39) im Mittel die geringsten Gleichheitsneigungen im Netzwerk auf. Allerdings ist auf die überaus schwache Besetzung der letztgenannten Gruppe zu verweisen ( $N = 8$ ). Unter Ausklammerung dieser Bildungsgruppe eröffnet sich schließlich eine U-förmige Beziehung zwischen Bildung und Homophilie. Auch in Bezug auf das Einkommen beweist die höchste Kategorie durchschnittlich die stärkste Neigung zur Gleichheit (0,62;  $p < 0,001$ ), wobei für diese Ressource ein linearer Zusammenhang zur Netzwerkhomophilie nachzuweisen ist. Zusammenfassend ist auf dieser Basis eine Zunahme der sozialen Netzwerkhomophilie mit steigender Ressourcenausstattung zu konstatieren, was durch die positiven Korrelationszusammenhänge zwischen sozialer Homophilie und Einkommen ( $r = ,254$ ;  $p < 0,001$ ) sowie Bildungsjahren ( $r = ,340$ ;  $p < 0,001$ ) untermauert wird. Da sich die Mittelwertdifferenzen zwischen den Einkommenskategorien weniger deutlich

**Tabelle 5.11** Tendenzen sozialer Homophilie nach Bildungs- und Einkommensgruppen und gesamt (Mittelwerte)

	Soziale Homophilie											
	Geschlecht		Alter		Bildung		Berufliche Tätigkeit		Staatsangehörigkeit		Gesamt	
	Mean	N	Mean	N	Mean	N	Mean	N	Mean	N	Mean	N
<i>Bildung Ego</i>												
Kein Schulabschluss	0,55	8	0,48	5	0,29*	7	0,23	7	0,65	4	0,39	8
Volks- /Hauptschulabschluss	0,45	22	0,43	18	0,49	25	0,34	22	0,86***	25	0,53	26
Realschulabschluss	0,53	43	0,38*	39	0,29***	45	0,31**	38	0,83***	43	0,47	46
Abitur	0,74***	33	0,49	30	0,39	33	0,44	29	0,87***	33	0,59*	34
(Fach-)Hochschulabschluss	0,61**	124	0,44	99	0,68***	128	0,43**	118	0,89***	124	0,62***	128
<i>Einkommen Ego</i>												
Gering (≤ 1.010 €)	0,58	68	0,39*	59	0,46	71	0,35**	66	0,76***	68	0,51	74
Mittel (≤ 2.475 €)	0,60*	71	0,42	62	0,49	75	0,39*	65	0,88***	73	0,56**	75
Hoch (≤ 7.500 €)	0,60*	80	0,49	61	0,60	82	0,43*	74	0,95***	79	0,62***	82
Gesamt	0,60***	230	0,44*	191	0,53	238	0,39***	215	0,87***	229	0,57***	243

Anmerkungen: Test auf Binomialverteilung. Trennwert: 0-0,5: (eher) nicht homophil; > 0,5-1: (eher) homophil. Zweiseitige Signifikanz. Signifikanzniveaus: \* p < 0,05; \*\* p < 0,01; \*\*\* p < 0,001.

gestalten, äußert die Bildung trotz unvollständiger Linearität letztlich sogar eine stärkere Beziehung zur Homophilie.

Für sich genommen widersprechen die positiven Beziehungen zwischen Homophilie und Ressourcen den theoretischen Erwartungen um eine zunehmende Netzwerkheterogenität. Zur abschließenden Beurteilung der sozialen Zusammensetzung ist jedoch ebenso das Verhältnis von verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Beziehungen im Netzwerk einzubeziehen. Im Allgemeinen weisen Kontakte aus Schule, Studium, Freizeit oder Beruf eine höhere sozialstrukturelle Ähnlichkeit zu Ego auf als Beziehungen, die einzig auf dem Verwandtschaftsgrad beruhen; insbesondere bei der Freundschaftswahl sind häufig Neigungen zur Homogenität festzustellen (vgl. Haug 2010: 264). Sofern sich nun ein Zusammenhang zwischen Sozialstatus und Beziehungsart nachweisen lässt, kann dieser Umstand zumindest eine teilweise Erklärung für die vergleichsweise hohe Homophilie höherer Statusgruppen liefern. Unter der Prämisse einer negativen Beziehung zwischen Verwandtenanteil und Homophilie werden nun die Anteile verwandter Beziehungen (verwandte Alteri) varianzanalytisch untersucht. Getestet werden Mittelwertunterschiede zwischen Bildungs- und Einkommensgruppen (vgl. Tabelle 5.12).

Die Ergebnisse der Varianzanalysen demonstrieren einen durchschnittlich höheren Anteil verwandtschaftlicher Beziehungen in den sozialen Netzwerken der unteren Bildungs- und Einkommensgruppen im Vergleich zu den übrigen Kategorien, wobei sich die Unterschiede jeweils linear und statistisch signifikant gestalten.<sup>9</sup> Im Weiteren ist der Anteil verwandter Alteri erwartungskonform hochsignifikant negativ mit dem Homophilieindex korreliert ( $r = -,488$ ;  $p < 0,001$ ), demnach sich Egos Gleichheitstendenzen mit zunehmender Konzentration auf familiäre und verwandte Netzwerkbeziehungen abschwächen. Dieser Befund bekräftigt zumindest vorübergehend die Annahme, dass die unteren Statusgruppen aufgrund ihres verhältnismäßig hohen Verwandtenanteils geringere homophile Neigungen aufweisen als Personen höheren Status.

---

<sup>9</sup> Die Unterschiede ließen sich wiederholt verstärken, wenn die Ehepartnerinnen und Ehepartner aufgrund der Verknüpfung zwischen Familienstand und Ressourcen aus der Skala der verwandtschaftlichen Beziehungen entfernt würden. In Bezug auf die soziale Zusammensetzung des Netzwerkes ist jedoch, anders als bei der geografischen Reichweite, keine nennenswerte Beeinflussung durch die Ehepersonen zu erwarten. Im Durchschnitt mögen sich Eheleute zwar durchaus in einigen Merkmalen ähneln, dafür in anderen Eigenschaften wiederum eher unterschiedlich sein. Infolgedessen werden sie in diesem Fall in der Skala belassen.

**Tabelle 5.12** Mittelwertvergleiche des Anteils verwandter Alteri zwischen Bildungs- und Einkommensgruppen

		Verwandte Alteri	
		Mean	N
<i>Bildung</i>			
	Kein Schulabschluss	0,64	8
	Volks-/Hauptschulabschluss	0,66 <sup>a</sup>	26
	Realschulabschluss	0,46	45
	Abitur	0,45	34
	(Fach-)Hochschulabschluss	0,45 <sup>b</sup>	127
	Gesamt	0,48	240
	Teststatistik (ANOVA)	F = 2,46 (p < 0,05)	
<i>Einkommen</i>			
	Gering (≤ 1.010 €)	0,58 <sup>a</sup>	74
	Mittel (≤ 2.475 €)	0,51	74
	Hoch (≤ 7.500 €)	0,41 <sup>b</sup>	81
	Gesamt	0,49	229
	Teststatistik (Welch)	F = 5,13 (p < 0,01)	

*Anmerkungen:* Einfaktorielles Varianzanalyse. Signifikanzniveaus: \* p < 0,05; \*\* p < 0,01; \*\*\* p < 0,001. Post-Hoc-Tests: Tukey-HSD (ANOVA) oder Games-Howell (Welch). Gruppen mit unterschiedlichen Buchstaben (a, b) unterscheiden sich signifikant auf dem 5 %-Niveau.

Diese Vermutung ist im Rahmen einer multiplen linearen Regressionsanalyse, die Einflussfaktoren der sozialen Homophilie schätzt, statistisch abzusichern (vgl. Tabelle 5.13). Da sich zwischen Bildung und Beziehungsgleichheit kein linearer Zusammenhang nachweisen lässt, geht die Bildung mehrfach dummy-kodiert in die Berechnung ein. Berücksichtigt wird jeweils der höchste Schulabschluss. Die Bestimmung der Bildungsgruppe mit der geringsten durchschnittlichen Homophilie (kein Schulabschluss) als Referenzkategorie erweist sich jedoch als problematisch. Infolge nachweisbarer Multikollinearitäten wird stattdessen der Realschulabschluss als Vergleichskategorie herangezogen. Als voraussichtlich negative Prädiktoren sozialer Homophilie werden zudem die geografische Reichweite und die Netzwerkgröße in die Analyse integriert. Da keine ausgeprägten Unterschiede zwischen den Teilnetzwerken feststellbar sind, wird in diesem Fall die Gesamtgröße berücksichtigt. Zuletzt ist anzunehmen, dass formelle und informelle Einbindungen die Netzwerkhomophilie aufgrund geteilter Vorlieben und Interessen anheben.

**Tabelle 5.13** Lineare Regression der sozialen Homophilie informeller Netzwerke auf sozioökonomische Ressourcen, Erklärungsfaktoren, demografische und integrative Merkmale

AV: Soziale Homophilie	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4
<i>Sozioökonomische Ressourcen</i>				
Bildung <sup>1</sup>				
Kein Schulabschluss	-,061	-,057	-,070	,009
Volks-/ Hauptschulabschluss	,111	,116	,109	,202**
Abitur	,252**	,232**	,269**	,250**
(Fach-)Hochschulabschluss	,388***	,352***	,370***	,426***
Einkommen (log.)	,165*	,161*	,073	,099
<i>Erklärungsfaktoren</i>				
Stadtteilintegration	–	,094	,110	,093
Religiöse Integration <sup>1</sup>	–	–,010	–,004	,005
Erwerbstätigkeit <sup>1</sup>	–	,136	,186	,136
Allg. Lebenszufriedenheit	–	–,041	–,048	–,093
Trubel	–	,016	,009	,051
Soziale Kompetenzen	–	,045	,054	–,014
<i>Demografische Merkmale</i>				
Männlich <sup>1</sup>	–	–	,026	–,074
Alter	–	–	,052	–,049
Verheiratet <sup>1</sup>	–	–	–,052	–,005
Haushaltsgröße	–	–	,001	,087
Migration <sup>1</sup>	–	–	–,179*	–,147*
<i>Integrative Merkmale</i>				
Anzahl Vereinsmitgl.	–	–	–	–,049
Informelle Gruppierung <sup>1</sup>	–	–	–	,073
Anzahl Netzwerkpersonen	–	–	–	–,203**
Reichweite (ohne Eheperson)	–	–	–	,036
Verwandte Alteri	–	–	–	–,453***
N	191			
R <sup>2</sup>	,178	,208	,237	,454
Korrigiertes R <sup>2</sup>	,156	,160	,167	,386

Anmerkungen: Ausgabe der standardisierten Regressionskoeffizienten ( $\beta$ ). Signifikanzniveaus: \*  $p < 0,05$ ; \*\*  $p < 0,01$ ; \*\*\*  $p < 0,001$ . <sup>1</sup>Referenzkategorien: Realschulabschluss, keine/schwache religiöse Integration, keine Erwerbstätigkeit, weiblich, nicht verheiratet, keine Migration, keine informelle Gruppierung.

Grundlegend bezeugt das erste Modell eine zunehmende soziale Homophilie mit steigender Ressourcenausstattung. Beide Ressourcen weisen einen eigenständigen und signifikanten Effekt auf, gleichwohl die Wirkung des Einkommens wie erwartet weniger stark ausfällt ( $\beta = ,17$ ;  $p < 0,05$ ). Hinsichtlich der Bildung bestätigt sich der vormalige Befund eines nichtlinearen Einflusses auf die abhängige Variable. Mit Ausnahme der Gruppe ohne Schulabschluss, weisen alle Kategorien eine höhere Homophilie als die mittlere Bildungsform auf; besonders herauszustellen ist dabei der akademische Bildungsabschluss ( $\beta = ,39$ ;  $p < 0,001$ ). Indes lassen sich für die theoretischen Erklärungsfaktoren keine substanziellen Einflüsse auf die abhängige Variable belegen. In der Tendenz fördert jedoch eine erwerbsmäßige Beschäftigung die Beziehungsgleichheit im Netzwerk, wobei dieser Faktor im dritten Modell weiter an Bedeutung gewinnt ( $\beta = ,19$ ;  $p = 0,05$ ). Da die abhängige Variable unter anderem die Ähnlichkeit der beruflichen Tätigkeit beinhaltet, ist dieser Effekt ebenso plausibel wie der signifikant negative Einfluss der Migration, der mit der Gleichheit der Staatsangehörigkeit konvergiert ( $\beta = -,18$ ;  $p < 0,05$ ).

Insgesamt ist aber weder den Erklärungsfaktoren noch den demografischen Merkmalen eine besondere Gewichtigkeit zur Erklärung der sozialen Homophilie einzuräumen, worauf die kaum vergrößerten Anteile erklärter Varianz verweisen. Im vierten Modell bestätigt sich daraufhin die Netzwerkgröße als negativer Prädiktor sozialer Homophilie ( $\beta = -,20$ ;  $p < 0,01$ ), demnach mit steigender Anzahl an Kontakten zunehmend auch merkmalsunähnliche Personen inbegriffen sind. Die geografische Reichweite bleibt hingegen ohne Einfluss. Als einer der wichtigsten Erklärungsfaktoren kristallisiert sich schließlich der Anteil verwandter Alteri heraus, der einen hochsignifikant negativen Einfluss auf die abhängige Variable ausübt ( $\beta = -,45$ ;  $p < 0,001$ ). Der starke Zusammenhang ist auf Basis der vorangegangenen Befunde auch in seiner Höhe nicht unerwartet. Bemerkenswert ist vielmehr die Tatsache, dass die Bildungseffekte auch unter Konstanthaltung des Verwandtenanteils bestehen bleiben beziehungsweise teils sogar zunehmen. So verzeichnet nun auch das Merkmal Volks-/Hauptschulabschluss eine signifikant höhere Homophilie als der Real schulabschluss ( $\beta = ,20$ ;  $p < 0,01$ ). Der stärkste Bildungseinfluss geht weiterhin von der höchsten Kategorie aus ( $\beta = ,43$ ;  $p < 0,001$ ), sodass sich der bivariat eruierte U-förmige Zusammenhang zwischen Bildung und Homophilie auch auf multivariatem Niveau nachweisen lässt. Ein Einfluss des Einkommens ist hingegen kaum mehr vorhanden. Insgesamt erklärt dieses Modell 39 % der Varianz sozialer Homophilie.

Zuletzt ist auch im Bereich informeller Netzwerke auf deutliche Unterschiede zwischen den Stadtteilen zu verweisen, die sich in einer geringeren Netzwerkgröße, Reichweite und Homophilie sowie eines höheren Verwandtenanteils seitens der Befragten aus Chorweiler äußern (vgl. Abschnitt 5.1). Diese Differenzen werden im weiteren Verlauf der Untersuchung in den Blick genommen und geprüft, inwieweit sie auf eine differenzielle Ressourcenausstattung oder auf sozialräumliche Merkmale verweisen.

### 5.2.1.3 Diskussion der Hypothesen

Ausgehend von der übergeordneten These des ersten Untersuchungsmodells *Die individuelle Ausstattung mit sozioökonomischen Ressourcen beeinflusst die soziale Netzwerkeinbindung der oder des Einzelnen* wurden verschiedene Hypothesen formuliert und anhand statistischer Verfahren analysiert. Die Ergebnisse der empirischen Untersuchung werden nun zusammenfassend beurteilt und der Wert der Erklärungsstrategien für die gefundenen Zusammenhänge diskutiert.

H<sub>1.1</sub>: *Je höher die individuelle Ausstattung mit sozioökonomischen Ressourcen, desto größer ist die Anzahl an Mitgliedschaften in formellen Assoziationen.*

Der Zusammenhang zwischen sozioökonomischen Ressourcen und der Anzahl an Vereinsmitgliedschaften gestaltet sich auf bivariater Ebene äußerst positiv, ist auf multivariatem Niveau aber nur partiell zu bestätigen. Während die Bildung unter Kontrolle aller relevanten Merkmale schließlich zu vernachlässigen ist, stellt das Einkommen den wichtigsten Prädiktor individueller Mitgliedschaften dar und erklärt einen Großteil der Varianz ebenjener Variable.

Eine direkte Erklärung statusabhängiger Vernetzung findet sich im Rahmen der *Fokusthese*. So bedürfen Vereinsmitgliedschaften in der Regel eines gewissen finanziellen Einsatzes und sind damit potenziell nicht allen Statusgruppen gleichermaßen zugänglich. Überdies mag eine hohe Formalbildung auf psychologischer Ebene spezifische Gelegenheiten zur Aufnahme einer Vereinstätigkeit erzeugen. Nachweisbar ressourcenunabhängig wirkt hingegen die Integration in den eigenen Stadtteil und das religiöse Umfeld, die ihrerseits relevante Fokusse für eine Vereinsbeteiligung setzen. Eine statistische Verknüpfung zur Größe formaler Netzwerke weist ebenfalls die allgemeine Lebenszufriedenheit auf (*Isolationsthese*), die zudem zwischen monetären Ressourcen und Vereinsmitgliedschaften interagiert und einen Teil des Zusammenhangs erklärt ( $r$  Mitgliedschaften Einkommen. Lebenszufriedenheit = ,265;  $p < 0,001$ ). Die Annahme, dass eine höhere Vereinstätigkeit darüber hinaus auf eine höhere Interaktionsfreude (Trubel) ressourcenreicher Personen zurückzuführen ist, kann hingegen

nicht bestätigt werden. Wohl aber sind statushohe Personen mit höheren Sozialkompetenzen ausgestattet (*Defizithese*). Diese fördern zum einen das Erkennen zivilgesellschaftlicher Relevanzstrukturen, welche Vereinstätigkeiten im Allgemeinen begünstigen. Zum anderen werden sozial kompetente Personen erkennbar häufiger zu einer Vereinsmitgliedschaft eingeladen. Diese Einladungen spiegeln rationale Verknüpfungen zum sozialen Status, der im Sinne Bourdieus (1983) den Eindruck strategisch guter Investitionen vermittelt. Letztlich stellt die soziale Rekrutierung einen der bedeutendsten Faktoren des Regressionsmodells dar und entfaltet Effekte, die über die individuelle Verfügbarkeit an sozioökonomischen Ressourcen hinausgehen.

Eine mögliche Erklärung für den Stellenwert des Einkommens bietet ferner die *Instrumentalisierungsthese*. Demzufolge können bestimmte Vereinsmitgliedschaften statusstabilisierend respektive -steigernd wirken, wobei insbesondere Mitgliedschaften in hochpreisigen, exklusiven und gemeinnützigen Vereinen dem eigenen Ansehen zweckdienlich sind. Wenngleich ein Bezug zum Einkommen intuitiv plausibel erscheint, ist dies anhand der vorliegenden Ergebnisse nicht abschließend zu beurteilen und wird im Rahmen der Hypothese<sub>1,3</sub> weiter zu diskutieren sein. Überdies erscheint es schlüssig, dass eine Vereinsmitgliedschaft als institutionalisierter Aspekt des gesellschaftlichen Lebens mit einem eher konventionellen Lebensstandard einhergeht. Die demografischen Merkmale der Vereinsmitglieder legen eine Verknüpfung zwischen der Anzahl an Vereinsmitgliedschaften und einem sozialen sowie gesellschaftlich-integrativen Status, bezogen auf Einkommen, Lebensalter, Familie, Herkunft und Ortsverbundenheit, nahe. Allerdings verbleibt der Großteil jener Merkmale ohne statistische Signifikanz.

Zusammenfassend ist diese Hypothese nur teilweise zu bestätigen. Nicht die Ressourcenausstattung per se befördert eine Vereinsmitgliedschaft, sondern einzig deren finanzielle Aspekte. Ferner sind die Erklärungsstrategien zwar mehrheitlich inhaltlich überzeugend, werden empirisch aber von anderen Faktoren überlagert. Damit ist auf dieser Basis nicht vollständig zu bewerten, aus welchem Grund ein hohes Einkommen tatsächlich mit einer hohen Vereinstätigkeit assoziiert ist.

H<sub>1,2</sub>: *Eine hohe individuelle Ausstattung mit sozioökonomischen Ressourcen wirkt stärker positiv auf die Wahrscheinlichkeit einer aktiven als einer passiven Mitgliedschaft in formellen Assoziationen.*

Auf bivariatem Niveau wirken die sozioökonomischen Ressourcen in Einklang mit der Hypothese erkennbar stärker positiv auf die aktiven als auf die passiven

Vereinsmitgliedschaften. Tatsächlich ist zwischen Bildung und Passivmitgliedschaften kein statistischer Zusammenhang nachzuweisen. Unter multivariater Testung ist schließlich auch für die Aktivmitgliedschaften kein direkter Bildungseffekt mehr zu belegen, wohingegen sich das Einkommen wiederholt als zentraler Erklärungsfaktor erweist. Obgleich das Auftreten beider Mitgliedschaftsstatus sichtbar durch ein höheres Einkommen begünstigt wird, ist insgesamt eine höhere relative Wichtigkeit für die Aktivmitgliedschaften abzuleiten.

Mit Bezug auf die Erklärungsfaktoren lassen sich unterschiedliche Profile der Befragten in Abhängigkeit ihres Mitgliedschaftsstatus ermitteln, die mit ihrem jeweiligen sozioökonomischen Status korrespondieren. Zunächst sind die Aktiven aufgrund ihrer finanziellen Ressourcen überhaupt erst befähigt, sich engagiert in das Vereinsleben einzubringen und an Aktivitäten und Veranstaltungen teilzuhaben (*Fokusthese*). Darüber hinaus ist das Einkommen positiv mit der Lebenszufriedenheit verknüpft, die sich wiederum in einer involvierten und regen Vereinsteilhabe äußert (*Isolationsthese*). Tatsächlich erklärt die allgemeine Lebenszufriedenheit einen relevanten Teil des Zusammenhangs zwischen Einkommen und aktivem Mitgliedschaftsstatus ( $r_{\text{Aktivmitgliedschaften Einkommen, Lebenszufriedenheit}} = ,144$ ;  $p < 0,05$ ). Zudem werden für eine aktive Beteiligung soziale Kompetenzen benötigt, die ihrerseits mit einer höheren sozioökonomischen Ressourcenausstattung verbunden sind und zu gewissen Teilen ebenfalls zwischen Ressourcen und abhängiger Variable vermitteln (*Defizitthese*). Jenseits der Ressourcen steigert des Weiteren eine starke Integration in das religiöse Umfeld die Chance einer aktiven Vereinsmitgliedschaft. Damit bestätigt sich ein Transfer religiöser oder kirchlich-organisierter Beteiligung in andere zivilgesellschaftliche Bereiche (vgl. Putnam 2000: 66 f.). Demgegenüber ist eine Passivmitgliedschaft zum einen durch ein hohes Alter, das naturgemäß eine weniger aktive Beteiligung nach sich zieht und zum anderen durch eine starke und dauerhafte Integration in den eigenen Stadtteil bestimmt. In diesem Zusammenhang erscheint es überzeugend, dass Einwirkungen des direkten Umfeldes eine Vereinsmitgliedschaft herausfordern. So mag beispielsweise ein Beitritt zu lokalen Vereinen auf der Grundlage von Pflicht- oder Zusammengehörigkeitsgefühlen gegenüber der Nachbarschaft erfolgen. Übereinstimmend weisen die Stadtteilintegration und die Mitgliedschaften in lokalen Vereinen durchaus positive Assoziationen auf ( $r = ,223$ ;  $p < 0,001$ ) und auch den Einladungen kommt eine entscheidende Bedeutung für die Wahrscheinlichkeit einer passiven Mitgliedschaft zu. Auf dieser Basis ist schließlich eine primär extrinsische Motivation für die Aufnahme einer Passivmitgliedschaft abzuleiten. Dagegen fußt eine aktive Beteiligung vorwiegend auf eigenem Antrieb, persönlichem Interesse und dem sozioökonomischen Status, sodass die

soziale Rekrutierung nur eine den personenbezogenen Merkmalen nachgeordnete Stellung einnimmt.

Zusammenfassend ist diese Hypothese ebenfalls nur partiell zu bestätigen, da sich wiederholt nicht die sozioökonomischen Ressourcen, sondern einzig das Einkommen als relevante Einflussfaktoren erwiesen haben. In Übereinstimmung mit der Hypothese wirken die finanziellen Möglichkeiten jedoch nachweisbar stärker positiv auf die Aktiv- als auf die Passivmitgliedschaften. Dabei befördert das Einkommen sowohl die generelle Möglichkeit, überhaupt an Aktivitäten teilnehmen zu können als auch psychologische Dispositionen wie die Lebenszufriedenheit und soziale Kompetenzen, die eine aktive Teilhabe anstoßen. Darüber hinaus ist jedoch zusätzlich ein Einfluss des Einkommens zu konstatieren, der nicht über die theoretischen Erklärungsstrategien abzuleiten ist und demnach auf weiteren Faktoren gründet.

*H<sub>1,3</sub>: Eine hohe individuelle Ausstattung mit sozioökonomischen Ressourcen wirkt stärker positiv auf die Wahrscheinlichkeit einer Mitgliedschaft in instrumentellen Assoziationen als auf eine Mitgliedschaft in expressiven Assoziationen.*

In Übereinstimmung mit der Hypothese wirken die sozioökonomischen Ressourcen nachweisbar am stärksten positiv auf eine Mitgliedschaft in instrumentellen Vereinen. Allerdings zeigt sich unter Kontrolle des Einkommens kein statistisch bedeutsamer Bildungseffekt, der an dieser Stelle als indirekt zu bewerten ist. Da die Wirkungen der Ressourcen somit weitestgehend auf ihren finanziellen Bestandteil zu reduzieren sind, wird nachfolgend einzig der Einfluss des Einkommens diskutiert.

Eine Erklärung für den unterschiedlichen Stellenwert des Einkommens bietet die individuelle Motivation für eine Mitgliedschaft. In der gemischten Kategorie steht eine Zugehörigkeit primär in Bezug zu sozialstrukturellen Merkmalen und der persönlichen Stellung im Lebensverlauf (u. a. Frauen, Alter, Eltern, Ort, Religion). Da eine Mitgliedschaft an spezifische Gruppenmerkmale gekoppelt ist, bilden sie gemäß Putnam mehrheitlich innenorientierte Vereine ab (vgl. Abschnitt 2.4.5). Wenngleich nicht alle Merkmale im Gesamtmodell statistische Signifikanzen aufweisen, ist ihnen dennoch eine theoretische Bedeutung zuzuschreiben. Folgerichtig bildet nun auch das Einkommen nicht den ausschlaggebenden Faktor für ebenjene Mitgliedschaften. Demgegenüber sind expressive Vereine hauptsächlich freizeitorientiert ausgerichtet, sodass ein Beitritt in der Regel interessengeleitet und auf persönliche Einladung erfolgt, der in diesem Kontext eine hohe statistische Relevanz zukommt. Da in dieser Kategorie zudem

Vereine mit kostenpflichtigen Mitgliedschaften, Veranstaltungen und Aktivitäten inbegriffen sind, besitzt das Einkommen eine erkennbar höhere Bedeutung (u. a. Sport, Karneval, Kultur). Zuletzt sind instrumentelle Vereine, deren Mitgliedschaft nicht mit exklusiven Merkmalen verbunden ist, als außenorientierte Gruppierungen aufzufassen. Ein Beitritt zu jenen Vereinen gründet vorwiegend auf einer intrinsischen Motivation und die Mitgliedschaft wird zum Selbstzweck. Ein solcher Zweck kann zum einen in der Darstellung von Status bestehen, was eine Erklärung für den nunmehr hohen Einfluss des Einkommens bietet. So kann die Demonstration von Wohltätigkeit bei einem höheren sozialen Status aus Reputationsgründen notwendig und sogar prestigefördernd sein (u. a. Umweltschutz, Menschenrechte).<sup>10</sup> Zum anderen verweist die Einbindung in berufsbezogene und zweckorientierte Organisationen auf das Ziel der individuellen Statussicherung (u. a. Berufsorganisation, Interessengemeinschaft). An dieser Stelle wird eine direkte Verbindung zwischen Vereinsinteresse und individuell verfügbarem Einkommen beziehungsweise sozialem Status sichtbar. Eine Mitgliedschaft in instrumentellen Vereinen ist somit insbesondere für Personengruppen mit hohen finanziellen Ressourcen aufgrund prestige- oder zweckorientierter Interessen attraktiv (*Instrumentalisierungsthese*). Ungeachtet, dass institutionalisiertes wohltätiges Engagement bei einem geringen Finanzbudget generell eher unwahrscheinlich ist. Zusätzlich kann eine hohe Formalbildung maßgeblich die Wahrnehmung von Relevanzstrukturen gemeinnütziger oder berufsbezogener Organisationen fördern und so eine Mitgliedschaft anstoßen (*Defizitthese*). In dieser Untersuchung wird ein solcher Mechanismus jedoch erst in Verknüpfung mit einem hohen Einkommen wirksam, was mutmaßlich der geringen Varianz in der Bildungsvariable geschuldet ist.<sup>11</sup>

Zusammenfassend ist auch diese Hypothese nur für die Einkommensressource zu bestätigen, die realiter am stärksten mit einer Mitgliedschaft in instrumentellen Vereinen verknüpft ist. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass die Stichprobengröße keine Untersuchung isolierter Effekte erlaubt. So erscheint es auf Basis vorheriger Ergebnisse wahrscheinlich, dass sozioökonomisch reiche Personen in

---

<sup>10</sup> Damit sei nicht unterstellt, dass Zweckrationalität die einzige Motivation für eine Mitgliedschaft in diesen Vereinen darstellt. Da an dieser Stelle jedoch der Einfluss des Einkommens diskutiert wird, werden jene Beweggründe gesondert herausgestellt.

<sup>11</sup> Eine weitere Verknüpfung zwischen instrumentellen Mitgliedschaften und dem Einkommen beruht auf steuerlichen Aspekten. Diese sind zwar nicht nachweisbar, dafür aber gleichermaßen überzeugend wie streitbar. Da Mitgliedschaften in wohltätigen Organisationen steuerentlastend wirken, ist auch dies ein Argument, welches eher finanziell starke als ökonomisch schlechter gestellte Personengruppen tangiert und ihnen einen zusätzlichen Anreiz für eine Mitgliedschaft bietet.

mehreren Vereinskategorien vertreten sind (multiple Mitgliedschaften) und sich die Einflüsse infolgedessen überschneiden. Des Weiteren ist anzumerken, dass die dargelegten motivationalen Aspekte nur bedingt auf jeweils eine der Kategorien reduziert werden können. Beispielsweise mag dem hochpreisigen und exklusiven Sportclub nicht nur aus persönlichem Interesse, sondern auch aus Prestige Gründen beigetreten werden. Damit wäre einer solchen Mitgliedschaft ebenfalls zu Teilen ein instrumentell-zweckrationaler Charakter zuzuschreiben. Ein besonderes Beispiel für die Stadt Köln stellt ferner der Karnevalsverein dar, dessen Zugehörigkeit in hohem Maße dem persönlichen Ansehen förderlich ist. Eine Mitgliedschaft ist oftmals nur einem gewissen Personenkreis gestattet, überdies kostspielig, mit weiteren Auflagen und Fürsprechenden verbunden und damit hervorragend als Mittel der sozialen Distinktion geeignet. An dieser Stelle werden somit Reliabilitätsproblematiken sichtbar, demnach infrage zu stellen ist, inwieweit die einzelnen Vereine die gebildeten Typen angemessen repräsentieren. Schlussendlich ist der Gehalt der Hypothese auf Basis dieser Untersuchung zwar nicht abschließend zu bewerten, jedoch ist zu mutmaßen, dass sich die aufgezeigten Zusammenhänge zwischen sozioökonomischen Ressourcen und Vereinstypen in größeren Stichproben eindeutiger nachweisen lassen.

H<sub>1.4</sub>: *Je höher die individuelle Ausstattung mit sozioökonomischen Ressourcen, desto größer ist das informelle soziale Netzwerk.*

Die positiven Korrelationszusammenhänge zwischen Netzwerkgröße und sozioökonomischen Ressourcen bestätigen sich in der multivariaten Analyse nur in Teilen. So ist der Bildung ein statistisch relevanter Einfluss zu attestieren, der auch unter Berücksichtigung sämtlicher Erklärungsfaktoren signifikant bleibt. Hingegen verläuft der Einkommenseffekt indirekt und wird nahezu vollständig über die Bildungsjahre einer Person erklärt ( $r_{\text{Netzwerkgröße Einkommen. Bildungsjahre}} = ,073$ ).

Aufschluss über eine Verbindung zwischen Bildungsressourcen und Netzwerkgröße geben die Merkmale der ersten Erklärungsstrategie. Im Sinne der *Fokusthese* generieren längere Bildungswege zahlreiche Opportunitäten zum Aufbau sozialer Beziehungen, die häufig über längere Zeiträume Bestand haben. Als relevanter Gelegenheitsraum kristallisiert sich zudem die Erwerbstätigkeit heraus, die nicht nur die Netzwerkgröße nachweisbar stimuliert, sondern auch zwischen Bildung und abhängiger Variable interagiert. Entsprechend erklärt sich ein Teil des Bildungseffektes über den vermehrten Einbezug berufsbedingter Kontakte höher Gebildeter ( $r_{\text{Netzwerkgröße Bildungsjahre. Erwerbstätigkeit}} = ,190$ ;  $p < 001$ ). Auch

individuelle Eingebundenheiten in den eigenen Stadtteil und in informelle Gruppierungen beeinflussen die Netzwerkgröße erkennbar positiv, wirken aber weitestgehend unabhängig der sozioökonomischen Ressourcenausstattung. In Einklang mit der *Isolationsthese* steigert ein hoher sozialer Status die Anzahl persönlicher Beziehungen aufgrund der mit ihm assoziierten Lebenszufriedenheit. Eine hohe Lebenszufriedenheit wirkt sich dabei primär auf den Zusammenhang zwischen Einkommen und Netzwerkgröße aus ( $r_{\text{Netzwerkgröße Einkommen, Lebenszufriedenheit}} = ,047$ ). Die *Defizithese* stellt indes soziale Kompetenzen in den Mittelpunkt, die eine Kontaktaufnahme und -aufrechterhaltung aufgrund prosozialer und aufgeschlossener Verhaltensweisen erleichtern. Obgleich diese Eigenschaften positiv mit dem sozialen Status wie auch der Größe sozialer Netzwerke assoziiert sind, tragen sie nichts zur Erklärung dieses Zusammenhangs bei. Jenseits der definierten Erklärungsstrategien ist im Besonderen das Lebensalter herauszustellen. Dieses ist zum einen naturgemäß negativ mit einer Erwerbstätigkeit verknüpft ( $r = -,554$ ;  $p < 0,001$ ), sodass es den Einfluss des Erwerbsstatus auf die abhängige Variable deutlich reduziert. Zum anderen erweist es sich selbst als substanziiell stärkster Erklärungsfaktor einer geringen Netzwerkgröße. Negativ und ressourcenunabhängig gestalten sich ebenfalls die Einflüsse der Migration und des männlichen Geschlechts, wohingegen zwischen Haushalts- und Netzwerkgröße ein positives Zusammenspiel angezeigt ist.

Zudem ist auf die unterschiedlichen Bedeutungen der sozioökonomischen Ressourcen für die Teilnetzwerke zu verweisen. Während die Bildung sowohl mit starken (Rat bei wichtigen Entscheidungen) als auch schwächeren Beziehungen (Freizeit und Interessen) hochsignifikant positiv korreliert, kommt dem Einkommen einzig im freizeitorientierten Teilnetzwerk eine Bedeutung zu ( $r = ,278$ ;  $p < 0,001$ ). Tatsächlich ist die Aufrechterhaltung interessen- und freizeitbasierter Beziehungen stärker als andere Beziehungsformen mit kostenintensiven Aktivitäten verbunden. Dieser Effekt lässt sich auf multivariatem Level aber nicht bestätigen. Für den dritten Bereich (Hilfe bei praktischen Arbeiten) ist hingegen kein Zusammenhang zu den Ressourcen nachzuweisen. Letztlich können die unterschiedlichen Ressourceneffekte durchaus die Zusammenhänge im Gesamtnetzwerk beeinflussen.

Zusammenfassend ist die Hypothese nicht ohne Einschränkungen zu bestätigen. Zum einen wirkt nur die Bildung, nicht aber das Einkommen positiv auf die Anzahl der Netzwerkpersonen. Diese ist jedoch mit physischen Opportunitäten und psychologischen Dispositionen verknüpft, die eine Kontaktaufnahme und -aufrechterhaltung nachweisbar erleichtern. Zum anderen ist ressourcenunabhängigen Faktoren wie einem hohen Alter und integrativen Merkmalen insgesamt eine höhere Bedeutung zur Erklärung der Netzwerkgröße zuzuschreiben. Darüber

hinaus hat sich die Konstruktion der Gesamtskala als problematisch erwiesen. Obgleich die Bildung nicht auf alle Teilbereiche vergleichbare Wirkungen entfaltet, ist in Einklang mit der Hypothese dennoch ein positiver Effekt auf das Gesamtnetzwerk nachzuweisen.

H<sub>1.5</sub>: *Je höher die individuelle Ausstattung mit sozioökonomischen Ressourcen, desto höher ist die geografische Reichweite des informellen sozialen Netzwerkes.*

Die empirische Analyse bestätigt einen signifikant positiven Einfluss des Einkommens auf die geografische Reichweite sozialer Netzwerke. Demgegenüber ist für die Bildungsressource allenfalls ein moderater korrelativer Zusammenhang nachzuweisen, der sich schließlich in Gänze als einkommensabhängig erweist.

Obwohl es bezüglich bildungsbezogener Ressourcen plausibel erscheint, dass etwa Beziehungen aus dem Studium die Ausdehnung des persönlichen Netzwerkes erhöhen, ist dieser Mechanismus anhand der vorliegenden Stichprobe nicht zu belegen (*Fokusthese*). Gleichwohl vervielfältigen sich mit finanziellen Möglichkeiten auch die Möglichkeiten der individuellen Freizeitgestaltung über unmittelbare Gegebenheiten hinaus. Die Ausformung des Privatlebens erweitert somit den räumlichen Radius potenzieller und tatsächlicher Kontakte. Neben der Initiierung persönlicher Beziehungen steigt mit den finanziellen Mitteln zudem das Vermögen, überlokale und -regionale Beziehungen zu pflegen. Trotz zahlreicher digitaler Alternativen erscheint eine persönliche Komponente zur Aufrechterhaltung sozialer Kontakte weiterhin zweckdienlich. In diesem Zusammenhang konnte gezeigt werden, dass sich vor allem die Netzwerke einkommensschwächerer Personengruppen verstärkt aus lokalen Akteuren zusammensetzen, sodass kaum finanzielle Aufwendungen in Form von Anfahrten oder ähnlichem notwendig werden. Folglich gehen finanzielle Möglichkeiten vermehrt mit Kontakten einher, die auch über das eigene Wohngebiet hinausführen. Im Gegensatz dazu beschreiben die Stadtteilintegration und die Einbindung in informelle Gruppierungen wiederholt starke Einflussfaktoren, die unabhängig der sozioökonomischen Ressourcen auf die abhängige Variable wirken. Durch den Fokus auf das direkte Umfeld und die Verdichtung ortsnaher Verflechtungen wie lokaler Interdependenzen bedingen beide Merkmale eine geringe Reichweite informeller Beziehungen. In der Tendenz kommt der Stadtteilintegration sogar ein dem Einkommen übergeordneter Stellenwert zur Erklärung der geografischen Reichweite zu. Die Faktoren der *Isolations-* und *Defizithese* greifen im Kontext der räumlichen Ausgedehtheit indes nicht und bieten entsprechend auch keine Erklärung für die Verknüpfung zwischen Einkommen und abhängiger Variable.

Inhaltlich relevant sind neben den eigentlichen Erklärungsfaktoren ferner die demografischen Merkmale verheiratet und ein großer Haushalt, die den räumlichen Radius persönlicher Netzwerke folgerichtig beschränken. So weist der Familienstand eine hohe Verknüpfung zum Sozialstatus auf und interagiert zwischen Einkommen und Reichweite, angesichts dessen ein Ausschluss der Eheleute aus der Skala für multivariate Analysen sinnvoll erscheint. Die Wirkung der Netzwerkgröße ist im Weiteren in Abhängigkeit der unterschiedlichen Teilnetzwerke zu beurteilen. Relevant und positiv assoziiert erweist sich einzig die Anzahl an Personen, die bei wichtigen Entscheidungen um Rat gefragt werden. Tatsächlich ist diese Art der Beziehung weniger ortsgebunden als Beziehungen, die auf gemeinsamen Freizeitaktivitäten oder praktischen Unterstützungsleistungen beruhen. Da für Ratschläge und nichtkörperliche Hilfe neben der physischen ebenso eine emotionale Nähe ausschlaggebend ist, nimmt mit steigender Netzwerkgröße auch die Wahrscheinlichkeit zu, Personen außerhalb des direkten Wohnumfeldes zu berücksichtigen.

Zusammenfassend ist diese Hypothese in Bezug auf das Einkommen, nicht jedoch die Bildung zu bestätigen. Die Verfügbarkeit monetärer Ressourcen, die für die Aufrechterhaltung eines Netzwerkes über größere und große Distanzen notwendig werden, stellt neben der Stadtteilintegration und der Anzahl starker Beziehungen den wesentlichen Erklärungsfaktor der geografischen Reichweite dar. Die theoretisierten Merkmale sind hingegen kaum geeignet, diesen Zusammenhang näher zu beleuchten. An dieser Stelle mag ein Blick auf die einzelnen Stadtteile weitere Erklärungsansätze liefern.

*H<sub>1,6</sub>: Je höher die individuelle Ausstattung mit sozioökonomischen Ressourcen, desto heterogener ist die soziale Zusammensetzung des informellen sozialen Netzwerkes.*

Bivariate Analysen belegen positive Einflüsse der sozioökonomischen Ressourcen auf die soziale Homophilie, die auch in multivariater Betrachtung unabhängig voneinander auf die abhängige Variable wirken. Unter Kontrolle der weiteren Erklärungsmerkmale kristallisiert sich schließlich die Bildung und nicht das Einkommen als wesentlicher Faktor eines homophilen Netzwerkes heraus. Folglich weisen insbesondere Personen mit einer hohen Formalbildung überproportional viele merkmalsähnliche Alteri auf. Einschränkend ist anzumerken, dass der Bildungseffekt nicht linear verläuft, sondern in der Tendenz einen U-förmigen Zusammenhang beschreibt.

Des Weiteren legen die empirischen Ergebnisse eine differenziertere Bewertung der sozialen Zusammensetzung unter Einbezug des Beziehungsstatus nahe. In Abhängigkeit der sozioökonomischen Ressourcen ist eine zunehmende Beziehungsheterogenität festzustellen, sodass der Anteil familiärer und verwandtschaftlicher Beziehungen in den höchsten Bildungs- und Einkommensgruppen am geringsten ausfällt. Da nichtverwandte Beziehungen im Allgemeinen eine höhere Merkmalsgleichheit als verwandte Beziehungen implizieren, wurde dieser Umstand als Erklärung für die vergleichsweise hohe Homophilie ressourcenstarker Personen erwogen. Diese Vermutung hat sich jedoch nicht bestätigt. So bleibt der Bildungseffekt auch unter Kontrolle des Verwandtenanteil bestehen ( $r$  Bildungsjahre Homophilie, Verwandtenanteil = ,307;  $p < 0,001$ ), weshalb letztlich eine höhere Tendenz Hochgebildeter zu gleichartigen Beziehungen unabhängig der Beziehungsart zu konstatieren ist.

Mit Bezug auf die *Fokusthese* ist eine Verknüpfung zwischen Bildung und Homophilie wie auch Verwandtenanteil durchaus schlüssig. Denn längere Bildungswege eröffnen zahlreiche Opportunitäten zur Aufnahme sozialer Beziehungen mit eher ähnlichen und in der Regel nichtverwandten Personen. Hinsichtlich der weiteren Erklärungsstrategien weisen die Merkmale Erwerbstätigkeit, Lebenszufriedenheit und soziale Kompetenzen nachweisbar positive Beziehungen zur sozialen Homophilie wie auch den sozioökonomischen Ressourcen auf, vermitteln aber nur geringfügig zwischen diesen Faktoren. Herauszuheben ist die allgemeine Lebenszufriedenheit, die zwischen Ressourcen und Verwandtenanteil interagiert und einen Teil des Bildungs- ( $r = -,106$ ) und Einkommenseffektes ( $r = -,160$ ;  $p < 0,05$ ) erklärt. Argumentativ verantwortet somit eine geringe Ressourcenausstattung eine geringe Lebenszufriedenheit, die sich in einem Rückzug aus Sozialbeziehungen jenseits des Verwandtenkreises ausdrückt. In diesem Kontext ist überdies auf Gefühle von Scham, Selbstzweifeln oder Resignation zu verweisen, die eben jene Isolationstendenzen verstärken können. Darüber hinaus erscheint die Neigung statushoher Personen zur Netzwerkgleichheit mit Blick auf soziale Positionen und ihrer relativen Nützlichkeiten durchaus sinnvoll (*Instrumentalisierungsthese*). In dieser Sichtweise orientieren sich Personen in ihren Kontakten nur selten nach unten, sondern versuchen ihre eigenen Ressourcen durch Beziehungen zu statusähnlichen Personen zu vermehren. Im Gegenzug bleibt statusschwachen Personen der Zugang zu einflussreichen Netzwerkpositionen und wertvollen Ressourcen aufgrund ihrer sozialen Position häufig versperrt. In der Folge weisen auch sie eine vergleichsweise hohe Homophilie auf (vgl. Blasius et al. 2008; Bourdieu 1983; Wegner 1989).

Zusammenfassend ist die soziale Zusammensetzung des informellen Netzwerkes und damit auch die Gültigkeit der Hypothese auf Basis zweier Aspekte zu

bewerten. Einerseits senkt ein hohes Bildungsniveau die Heterogenität des informellen Netzwerkes, da es Tendenzen sozialer Homophilie verstärkt. Andererseits fördern beide sozioökonomischen Ressourcen die Diversität der Beziehungsarten, sodass neben verwandtschaftlichen Beziehungen zunehmend auch Personen aus dem Freundes- und Bekanntenkreis sowie dem Arbeitsumfeld zum sozialen Netzwerk gezählt werden. Auf dieser Basis ist die Hypothese weder uneingeschränkt zu bestätigen noch vorbehaltlos zu widerlegen.

### **5.2.2 Soziale Netzwerkeinbindung und politische Partizipation**

Bezugnehmend auf die zweite untersuchungsleitende These sind nun Zusammenhänge zwischen politischer Partizipation und formeller (vgl. Abschnitt 5.2.2.1) sowie informeller Netzwerkeinbindung (vgl. Abschnitt 5.2.2.2) zu untersuchen. Im Anschluss an die statistische Erörterung werden die Ergebnisse zusammengefasst und hinsichtlich der zentralen Annahmen begutachtet (vgl. Abschnitt 5.2.2.3). Die Testung der Hypothesen erfolgt primär anhand varianz- und regressionsanalytischer Verfahren, wobei die politische Partizipation jeweils als abhängige Variable eingesetzt wird. Die zentralen unabhängigen Variablen bilden im formellen Netzwerkbereich die Anzahl an Vereinsmitgliedschaften, die Aktiv- und Passivmitgliedschaften sowie die unterschiedlichen Vereinstypen; im Kontext informeller Netzwerke fungieren Größe, Reichweite und soziale Zusammensetzung als erklärende Variablen (vgl. Tabelle 5.14). Zudem werden verschiedene politisierenden Faktoren berücksichtigt, denen in der theoretischen Auseinandersetzung ein Stellenwert zur Erklärung des Zusammenhangs zwischen Netzwerkeinbindung und politischer Partizipation zugesprochen wurde (vgl. Abschnitt 3.3.2; Anhang B.2 im elektr. Zusatzmaterial). Neben klassischen soziodemografischen und -ökonomischen Merkmalen sind ferner verschiedene Einflussgrößen zu kontrollieren, die auf die Komponente der politischen Motivation im Civic Voluntarism Model von Verba et al. (1995) verweisen. Diese werden im Folgenden als politisches Involvement begriffen, wobei im Einzelnen das politische Interesse, die Stärke der Parteibindung, die wahrgenommene politische Wirksamkeit und die Nutzung diverser Medien zur politischen Information berücksichtigt werden (vgl. Abschnitt 2.3.2; Anhang B.3 im elektr. Zusatzmaterial). Zuletzt ist eine Beeinflussung der aktuellen politischen Teilhabe durch eine intensive Beschäftigung mit politischen Inhalten in den formativen Jahren zu erwarten. Dieser Umstand wird über die politische Frühsozialisation bemessen.

**Tabelle 5.14** Deskriptive Statistiken für die Variablen des zweiten Untersuchungsmodells

Variablen	Mittelwert/ Anteil	N	SD	Minimum	Maximum	
<i>Abhängige Variablen</i> <sup>12</sup>						
Pol. Partizipation	-0,02	272	0,60	-0,85	2,13	
Traditionelle P.	0,01	314	0,76	-0,66	3,54	
Online-P.	0,05	293	0,82	-0,78	2,51	
Konventionelle P.	0,03	284	0,85	-1,53	1,70	
Unkonventionelle P.	0,01	273	0,89	-0,44	5,15	
<i>Unabhängige Variablen</i>						
<i>Vereinskontext</i>						
Anzahl Vereinsmitgl.	1,02	312	1,52	0,00	10,00	
Anzahl aktive	0,69	312	1,50	0,00	12,00	
Anzahl passive	0,29	312	0,74	0,00	4,00	
Anzahl instrument.	0,31	312	0,59	0,00	3,00	
Anzahl expressive	0,41	312	0,73	0,00	4,00	
Anzahl gemischte	0,30	312	0,65	0,00	4,00	
Civic skills	0,13	312	0,25	0,00	0,73	
<i>Politische Rekrutierung</i>						
	Nein	87,5%	252	-	-	-
	Ja	12,5%	36	-	-	-
<i>Politische Informationen</i>						
	Nein	92,6%	287	-	-	-
	Ja	7,4%	23	-	-	-
<i>Politische Diskussionen</i>						
	Nein	65,0%	169	-	-	-
	Ja	35,0%	91	-	-	-
<i>Informeller Kontext</i>						
Anzahl Netzwerkpersonen (NWP)	9,66	268	8,07	0,00	40,00	
NWP (Rat)	3,38	261	3,37	0,00	15,00	
NWP (Freizeit)	5,13	252	4,79	0,00	20,00	
NWP (Hilfe)	1,62	255	2,10	0,00	20,00	
Reichweite	2,84	233	0,70	1,00	5,00	

(Fortsetzung)

<sup>12</sup> Trotz Standardisierung liegen die Mittelwerte und Standardabweichungen der Partizipationsskalen nicht exakt bei 0 beziehungsweise 1. Dies liegt darin begründet, dass den Einzelitems bei der Standardisierung unterschiedliche Fallzahlen zugrunde lagen (vgl. Abschnitt 4.6.3).

**Tabelle 5.14** (Fortsetzung)

Variablen	Mittelwert/ Anteil	N	SD	Minimum	Maximum	
Lokale Alteri	0,32	242	0,33	0,00	1,00	
Soziale Homophilie	0,57	243	0,19	0,00	1,00	
Verwandte Alteri	0,49	243	0,35	0,00	1,00	
Civic skills	0,13	312	0,14	0,00	0,68	
Pol. Rekrutierung	1,46	284	0,66	1,00	4,00	
Pol. Informationen	2,81	305	0,89	0,00	8,00	
Pol. Diskussionen	1,48	310	1,82	1,00	5,00	
<i>Allgemeiner Kontext</i>						
Reziprozität	2,94	306	0,61	1,00	4,00	
Personenvertrauen	6,41	311	2,25	0,00	10,00	
Institutionenvertr.	4,12	307	1,09	1,00	7,00	
Vertrauen	4,51	312	1,15	1,15	8,00	
Wahlnorm	2,94	306	0,61	1,00	4,00	
	Nein	8,6%	26	–	–	–
	Ja	91,4%	278	–	–	–
<i>Demografische Merkmale und politisches Involvement</i>						
Bildungsjahre	13,76	311	3,56	7,00	17,00	
Einkommen	2.185,77	293	1.647,31	102,06	7.500,00	
<i>Geschlecht</i>						
	Männlich	45,3%	141	–	–	–
	Weiblich	54,7%	170	–	–	–
Alter	57,91	309	17,45	17,00	97,00	
<i>Verheiratet</i>						
	Nein	39,7%	252	–	–	–
	Ja	60,3%	36	–	–	–
Haushaltsgröße	1,49	284	0,85	0,00	7,00	
<i>Migration</i>						
	Nein	67,2	207	–	–	–
	Ja	32,8	101	–	–	–
<i>Politisches Interesse</i>						
	Gering	14,8%	46	–	–	–
	Mittel	36,8%	114	–	–	–
	Stark	48,4%	150	–	–	–

(Fortsetzung)

**Tabelle 5.14** (Fortsetzung)

Variablen	Mittelwert/ Anteil	N	SD	Minimum	Maximum
Parteibindung	2,98	305	1,19	1,00	5,00
Interne Wirksamkeit	2,93	306	0,77	1,00	4,00
Externe Wirksamkeit	1,88	306	0,60	1,00	4,00
Digitale Medien	2,07	305	1,04	1,00	5,00
Legitime Medien	3,08	309	1,00	1,00	5,00
Ausland Medien	1,94	305	0,98	1,00	5,00
Populäre Medien	2,38	305	1,00	1,00	5,00
Politische Frühsozialisation					
	Nie	11,6%	35	–	–
	Mittel	49,2%	148	–	–
	Oft	39,2%	118	–	–

*Anmerkungen:* Die abhängigen Variablen sind jeweils standardisiert (z-transformiert). Wertebereiche: Geografische Reichweite (ohne Eheperson): 1–5; lokale Alteri (ohne Eheperson), soziale Homophilie, verwandte Alteri, civic skills: 0–1; politische Rekrutierung (informell): 1–4; politische Informationen (informell): 0–9; politische Diskussionen (informell): 1–5; Personenvertrauen: 1–10; Institutionenvertrauen: 1–7; Vertrauen: 1–10; Bildungsjahre: 7–17; Einkommen: 0–7.500; Parteibindung: 1–5; interne, externe politische Wirksamkeit: 1–4; digitale, legitime, ausländische, populäre Medien: 1–5.

### 5.2.2.1 Politisierung in formellen Netzwerken

Die theoretischen Annahmen um einen politischen Wert formellen Sozialkapitals lassen sich auf bivariatem Niveau zunächst anhand des hochsignifikant positiven Korrelationszusammenhangs zwischen politischer Partizipation und der Anzahl an Vereinsmitgliedschaften aufzeigen ( $r = ,242$ ;  $p < 0,001$ ). Darüber hinaus sollen nun einfaktorielle Varianzanalysen Aufschluss darüber geben, inwieweit sich Vereinsmitglieder und Nichtmitglieder in statistisch relevanter Weise voneinander unterscheiden, wobei sowohl die politische Partizipation als auch die potenziell politisierenden Faktoren sozialer Netzwerke als abhängige Variablen fokussiert werden (vgl. Tabelle 5.15). Da ein besonderer Stellenwert multipler Mitgliedschaften zu erwarten ist, erfolgt überdies eine Differenzierung der Vereinsmitgliedschaften in eine oder mehrere Mitgliedschaften. Infolge dieser theoriegeleiteten Klassierung formeller Netzwerke ergeben sich zum Teil sehr unterschiedliche Gruppengrößen, die bei heterogenen Varianzen durchaus problematisch sein können. Zur Interpretation der Mittelwertdifferenzen wird daher in einem solchen Fall auf den robusteren Welch-Test zurückgegriffen (vgl. Bortz/Schuster 2010: 214; Lüpsen 2015: 24).

**Tabelle 5.15** Mittelwertvergleiche der politischen Partizipation und der Erklärungsfaktoren zwischen Nichtmitgliedern, einfachen und multiplen Vereinsmitgliedern

	Keine Mitgliedschaft		Eine Mitgliedschaft		Mehrere Mitgliedschaften		Teststatistik		
	Mean	N	Mean	N	Mean	N	F (ANOVA)	F (Welch)	$\alpha$
Politische Partizipation (standardisiert)	-0,15 <sup>a</sup>	144	0,10 <sup>b</sup>	50	0,13 <sup>b</sup>	76		7,51	**
<i>Erklärungsfaktoren: Verein</i>									
Civic skills	0,01 <sup>a</sup>	166	0,12 <sup>b</sup>	60	0,35 <sup>c</sup>	84		47,46	***
Rekrutierung	0,05 <sup>a</sup>	98	0,22 <sup>b</sup>	45	0,26 <sup>b</sup>	76		9,38	***
Politische Informationen	0,01 <sup>a</sup>	164	0,07 <sup>a</sup>	60	0,20 <sup>b</sup>	84		9,90	***
Politische Diskussionen	0,30 <sup>a</sup>	63	0,50 <sup>a</sup>	30	0,76 <sup>b</sup>	74		17,54	***
<i>Erklärungsfaktoren: Allgemein</i>									
Reziprozität	2,81 <sup>a</sup>	160	2,96	61	3,17 <sup>b</sup>	83	10,40		***
Personenvertrauen	5,80 <sup>a</sup>	163	7,19 <sup>b</sup>	61	7,03 <sup>b</sup>	85		14,54	***
Institutionenvertrauen	3,88 <sup>a</sup>	163	4,10 <sup>a</sup>	60	4,59 <sup>b</sup>	84	12,65		***
Wahlnorm	0,86 <sup>a</sup>	159	0,95	59	0,99 <sup>b</sup>	84		9,07	***

Anmerkungen: Einfaktorielle Varianzanalyse. Signifikanzniveaus: \*  $p < 0,05$ ; \*\*  $p < 0,01$ ; \*\*\*  $p < 0,001$ . Post-Hoc-Tests: Tukey-HSD (ANOVA) oder Games-Howell (Welch). Gruppen mit unterschiedlichen Buchstaben (a, b, c) unterscheiden sich signifikant auf dem 5 %-Niveau.

Erwartungsgemäß weisen die Mitgliedschaftsgruppen hochsignifikante Unterschiede in Bezug auf die politische Partizipation ( $F = 7,51$ ;  $p < 0,01$ ), aber auch hinsichtlich sämtlicher Erklärungsfaktoren auf. Mit Ausnahme des in der Tendenz umgekehrt U-förmigen Verlaufs des Personenvertrauens gestalten sich die Zusammenhänge jeweils positiv linear. Die durchweg geringsten Mittelwerte der Nichtmitglieder sind für den Vereinskontext nur wenig überraschend, da eine vereinsinterne Sozialisation, Rekrutierung oder Diskussion einzig Vereinsmitgliedern vorbehalten sein sollte.<sup>13</sup> Bemerkenswerter ist indes die Fortführung dieses Musters im allgemeinen Erklärungsbereich, wodurch sich eine Bestätigung der

<sup>13</sup> Vielmehr erstaunt die Feststellung, dass diese Gruppe überhaupt Werte jenseits der Null aufweist. Dieser Befund ist mutmaßlich auf die Messung der politisierenden Funktionen zurückzuführen. In Bezug auf die politische Rekrutierung, die Informationen sowie Diskussionen wurden den Befragten keine Zeitvorgaben gestellt und hinsichtlich der civic skills ein mögliches Zeitfenster von zwei Jahren angegeben. Infolgedessen werden diese Merkmale nicht nur durch aktuelle, sondern auch durch frühere Vereinsmitgliedschaften beeinflusst.

Lernthese andeutet. Argumentativ trägt das Vereinswesen über die Konfrontation mit positiven Rollenvorbildern zur Internalisierung jener kulturellen Sozialkapitalelemente bei, wobei eine Umsetzung in tatsächliches politisches Verhalten im Weiteren noch zu prüfen ist. Angesichts der korrelativen Zusammenhänge zwischen Partizipation und Vertrauen ( $r = ,046$ ) sowie Partizipation und Wahlnorm ( $r = ,067$ ) erscheint dies zumindest fraglich. Zuletzt bestätigt diese Analyse die besondere Relevanz mehrfacher Mitgliedschaften, die vor allem im Bereich der zivilen Fähigkeiten und politischen Informationen sichtbar wird. Dort fallen die Durchschnittswerte jeweils rund dreimal höher aus als bei den einfachen Mitgliedschaften.

Das Politisierungspotenzial formeller Netzwerke soll nun anhand einer multiplen linearen Regression bestimmt werden. Dabei werden die Wirkstärken der einzelnen Erklärungsmerkmale zueinander ins Verhältnis gesetzt und ihr Einfluss auf die politische Partizipation abgeschätzt (vgl. Tabelle 5.16). Auf Basis vorheriger Befunde ist eine Moderation der Mitgliedschaftseffekte durch die sozioökonomischen Ressourcen denkbar (vgl. Abschnitt 5.2.1.1). So korrelieren sowohl Bildungsjahre ( $r = ,245$ ;  $p < 0,001$ ) als auch Einkommen ( $r = ,228$ ;  $p < 0,001$ ) hochsignifikant positiv mit der politischen Teilhabe und sind in der Analyse entsprechend als Kontrollgrößen zu berücksichtigen. Die Vertrauensarten werden zu einer Vertrauensskala zusammengefasst, wodurch nun ein linearer Zusammenhang zur Anzahl der Vereinsmitgliedschaften angezeigt ist ( $r = ,260$ ;  $p < 0,001$ ). Durch diese Abhängigkeit zur zentralen unabhängigen Variable ist eine Berücksichtigung trotz schwacher Beziehungen zur politischen Partizipation zu rechtfertigen. Gleiches gilt für die Wahlnorm.<sup>14</sup>

Die Anzahl an Vereinsmitgliedschaften übt einen signifikant positiven Einfluss auf die politische Partizipation aus ( $\beta = ,22$ ;  $p < 0,01$ ), der sich unter Einbezug der politisierenden Faktoren des Vereinskontextes erwartungskonform als indirekt erweist (Modell 2). Derweil ist nicht allen Merkmalen eine vergleichbare Bedeutung zuzusprechen, sondern insbesondere die civic skills als signifikant positiver Erklärungsfaktor herauszustellen ( $\beta = ,23$ ;  $p < 0,05$ ). Aus dem allgemeinen Bereich sind ferner die Reziprozitätsnormen von statistischem Belang (Modell 3:  $\beta = ,19$ ;  $p < 0,05$ ), wohingegen das Vertrauen und die Wahlnorm entsprechend den bivariaten Befunden keine Effekte auf die abhängige Variable verzeichnen. Auch die soziodemografischen Variablen erweisen sich mehrheitlich als bedeutungsschwach; einzig für das Merkmal Migration ist ein relevanter

---

<sup>14</sup> Die Verteilung der Residuen weist eine leichte Rechtsschiefe auf. Unter zusätzlicher grafischer Bewertung des P-P-Plots erscheint dieser Umstand aber zur Ergebnisinterpretation insgesamt noch vertretbar (vgl. Urban/Mayerl 2011: 196 ff.).

**Tabelle 5.16** Lineare Regression der politischen Partizipation auf Vereinsmitgliedschaften, Erklärungsfaktoren, demografische Merkmale und politisches Involvement

AV: Politische Partizipation (stand.)	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5
Anzahl Vereinsm.	,215**	,014	,016	-,096	-,098
<i>Erklärungsfaktoren: Verein</i>					
Civic skills	–	,231*	,184	,105	,118
Rekrutierung <sup>1</sup>	–	,040	,032	,021	,086
Informationen <sup>1</sup>	–	,116	,138	,226*	,156*
Diskussionen <sup>1</sup>	–	–,005	,007	–,005	–,037
<i>Erklärungsfaktoren: Allgemein</i>					
Reziprozität	–	–	,186*	,159*	,065
Vertrauen	–	–	–,097	–,141	–,078
Wahlnorm <sup>1</sup>	–	–	,011	–,032	–,087
<i>Demografische Merkmale</i>					
Bildungsjahre	–	–	–	,158*	,037
Einkommen (log.)	–	–	–	,047	–,098
Männlich <sup>1</sup>	–	–	–	,042	–,089
Alter	–	–	–	–,065	,019
Verheiratet <sup>1</sup>	–	–	–	–,016	–,004
Haushaltsgröße	–	–	–	,057	,011
Migration <sup>1</sup>	–	–	–	–,242**	–,181*
<i>Politisches Involvement</i>					
Politisches Interesse <sup>1</sup>					
	Gering	–	–	–	–,132
	Hoch	–	–	–	,192*
Parteibindung	–	–	–	–	,066
Interne Wirks.	–	–	–	–	,157
Externe Wirks.	–	–	–	–	–,073
Dig. Medien	–	–	–	–	,266**
Leg. Medien	–	–	–	–	–,120
Ausl. Medien	–	–	–	–	–,102
Pop. Medien	–	–	–	–	–,026
<i>Politische Frühsozialisation<sup>1</sup></i>					
	Keine	–	–	–	–,171*
	Mittel	–	–	–	–,124
N	190				
R <sup>2</sup>	,046	,112	,150	,234	,450
Korrigiertes R <sup>2</sup>	,041	,088	,112	,168	,362

*Anmerkungen:* Ausgabe der standardisierten Regressionskoeffizienten ( $\beta$ ). Signifikanzniveaus: \*  $p < 0,05$ ; \*\*  $p < 0,01$ ; \*\*\*  $p < 0,001$ . <sup>1</sup>Referenzkategorien: Keine Rekrutierung, keine Informationen, keine Diskussionen, keine Wahlnorm, weiblich, nicht verheiratet, keine Migration, mittleres politisches Interesse, starke politische Sozialisation.

negativer Einfluss auf die individuelle Beteiligung nachzuweisen ( $\beta = -,24$ ;  $p < 0,01$ ). Darüber hinaus offenbart sich in diesem Modell ein positiver Bildungseffekt ( $\beta = ,16$ ;  $p < 0,05$ ), während dem Einkommen keine eigenständige Bedeutung für die politische Teilhabe zu attestieren ist. Beide sozioökonomischen Ressourcen beweisen im Weiteren eine statistische Abhängigkeit von den Merkmalen des politischen Involvements (Modell 5), sodass ihr Einfluss auf die abhängige Variable stark dezimiert (Bildung) beziehungsweise erkennbar negativ wird (Einkommen).

Gemessen an der relativen Zunahme aufgeklärter Varianz ist jenen motivationalen Faktoren schließlich der größte Stellenwert zur Erklärung politischer Partizipation zu bescheinigen. Durch die Steigerung um 20 Prozentpunkte können insgesamt 36 % der Varianz politischer Beteiligung erklärt werden, wobei sich neben dem Migrationshintergrund ein hohes politisches Interesse ( $\beta = ,19$ ;  $p < 0,05$ ) und die politische Nutzung von Onlinemedien ( $\beta = ,27$ ;  $p < 0,01$ ) als zentrale Erklärungsfaktoren erweisen. Zudem begünstigt die politische Frühsozialisation offenbar habitualisierte politische Einstellungen, die ihren Ausdruck in einer höheren Beteiligung finden. Im Bereich der Erklärungsfaktoren kommt einzig den vereinsbezogenen Informationen eine statistische Bedeutung zu ( $\beta = ,16$ ;  $p < 0,05$ ). Die übrigen Merkmale sind weitestgehend zu vernachlässigen.

Im Weiteren ist zu berücksichtigen, dass die Skala der politischen Partizipation teils sehr unterschiedliche Beteiligungsformen beinhaltet. Mit Blick auf die fehlende Eindimensionalität der Gesamtskala erscheint eine Nivellierung einzelner Effekte in der Regression vorstellbar (vgl. Abschnitt 4.6.3). Daher wird die Analyse nun für alle Subskalen politischer Teilhabe wiederholt, wobei aus Gründen der Übersichtlichkeit aus den Bereichen demografische Merkmale und politisches Involvement einzig statistisch signifikante Ergebnisse berichtet werden (vgl. Tabelle 5.17).

**Tabelle 5.17** Lineare Regressionen der Subskalen politischer Partizipation auf Vereinsmitgliedschaften, Erklärungsfaktoren, demografische Merkmale und politisches Involvement

AV: Subskala pol. Partizipation (stand.)	Traditionelle Partizipation		Online-Partizipation		Konventionelle Partizipation		
	Modell 1	Modell 2	Modell 1	Modell 2	Modell 1	Modell 2	
Anzahl Vereinsm.	,354***	,066	,137	-,009	,187**	-,053	
<i>Erklärungsfaktoren: Verein</i>							
Civic skills	–	,319**	–	,172	–	-,003	
Rekrutierung <sup>1</sup>	–	-,011	–	,049	–	,175*	
Informationen <sup>1</sup>	–	-,091	–	,143	–	,008	
Diskussionen <sup>1</sup>	–	,021	–	-,173*	–	-,018	
<i>Erklärungsfaktoren: Allgemein</i>							
Reziprozität	–	-,110	–	,086	–	,061	
Vertrauen	–	-,035	–	-,089	–	-,060	
Wahlnorm <sup>1</sup>	–	-,083	–	-,037	–	-,031	
<i>Demografische Merkmale<sup>2</sup></i>							
Haushaltsgröße		,227**		-,060		-,114	
<i>Politisches Involvement<sup>2</sup></i>							
Politisches Interesse <sup>1</sup>							
	Gering	–	-,007	–	-,129	–	-,234**
	Hoch	–	,175*	–	,131	–	,164
Dig. Medien	–	,228**	–	,309***	–	,137	
Leg. Medien	–	-,264**	–	-,094	–	-,025	
Politische Frühsozialisation <sup>1</sup>							
	Keine	–	-,088	–	-,052	–	-,150*
	Mittel	–	-,142*	–	-,068	–	-,083
N	203		196		195		
R <sup>2</sup>	,125	,439	,019	,355	,035	,354	
Korrigiertes R <sup>2</sup>	,121	,356	,014	,256	,030	,254	

*Anmerkungen:* Ausgabe der standardisierten Regressionskoeffizienten ( $\beta$ ). Signifikanzniveau: \*  $p < 0,05$ ; \*\*  $p < 0,01$ ; \*\*\*  $p < 0,001$ . Folgende Fälle (ID) wurden aus der Analyse entfernt: 88, 97, 103 (Traditionell). <sup>1</sup>Referenzkategorien: Keine Rekrutierung, keine Informationen, keine Diskussionen, keine Wahlnorm, mittleres politisches Interesse, starke politische Sozialisation. <sup>2</sup>Berichtet werden nur signifikante Ergebnisse. Weitere Kontrollvariablen im Modell: Bildungsjahre, Einkommen (log.), Geschlecht, Familienstand, Migration, Stärke Parteibindung, interne politische Wirksamkeit, externe politische Wirksamkeit, ausländische Medien, populäre Medien.

Einschränkend ist zunächst anzumerken, dass für die unkonventionelle Partizipation aufgrund massiver Verletzungen der Voraussetzungen keine zuverlässigen Ergebnisse produziert werden können. Dies ist unter anderem auf den Einbezug illegaler Einflussmöglichkeiten zurückzuführen, die von den Befragten insgesamt nur selten genutzt werden (vgl. Abschnitt 5.1). Tatsächlich lassen sich auch auf bivariatem Niveau keine Zusammenhänge zur Anzahl der Vereinsmitgliedschaften nachweisen ( $r = -,032$ ).<sup>15</sup> Die übrigen Partizipationsskalen stehen hingegen in einem grundsätzlich positiven Verhältnis zur formellen Netzwerkeinbindung, variieren jedoch deutlich hinsichtlich ihrer Effektstärken (Modell 1). Den größten Erklärungsbeitrag leisten die Vereinsmitgliedschaften für die traditionelle Beteiligung (Korr.  $R^2 = 0,12$ ), demgegenüber der Einfluss auf die Online-Beteiligung allenfalls als schwach zu bezeichnen ist.

Die weiteren Unterschiedlichkeiten zwischen den politischen Subskalen können zumindest teilweise die fehlenden oder schwachen Effekte der vereinsbezogenen Erklärungsfaktoren auf die Gesamtskala erklären. So üben etwa die civic skills einen signifikant positiven Einfluss auf die traditionelle Beteiligung aus ( $\beta = ,32$ ;  $p < 0,01$ ), bleiben in den übrigen Modellen aber ohne statistische Relevanz. Da diese Skala organisationsbezogene Teilhabeformate wie die Parteimitgliedschaft und -mitarbeit beinhaltet, welche zivile Kompetenzen im besonderen Maße erfordern und ihrerseits fördern, ist diese Feststellung durchaus schlüssig. Indes stimuliert die vereinsinterne Rekrutierung die konventionelle Beteiligung ( $\beta = ,18$ ;  $p < 0,05$ ) und die politischen Diskussionen beeinflussen die Online-Partizipation signifikant negativ ( $\beta = -,17$ ;  $p < 0,05$ ). Allerdings lassen sich zwischen digitaler Beteiligung und der Häufigkeit politischer Diskussionen weder plausibilitätsgeleitet noch statistisch direkte Zusammenhänge finden ( $r = ,078$ ), sodass bei diesem Befund von Wechselwirkungen durch weitere Merkmale auszugehen ist. Die Nutzung digitaler Medien für politische Inhalte erweist sich schließlich als die einzige Variable, die auf mehr als eine der abhängigen Variablen wirkt. Entsprechend kommt ihr auch im Modell zur Gesamtpartizipation der höchste Erklärungswert zu. Insgesamt offenbaren die politischen Teilskalen deutliche Unterschiede hinsichtlich der erklärenden Merkmale und demonstrieren somit eine hohe Komplexität politischer Teilhabe. Die Existenz einer einzelnen Erklärungstheorie für das gesamte Spektrum erscheint auf dieser Grundlage überaus zweifelhaft.

---

<sup>15</sup> Um Verzerrungen der Gesamtskala durch die unkonventionelle Partizipation auszuschließen, wurde das vorherige Regressionsmodell unter Ausschluss dieser Beteiligungsformen wiederholt. In der Tendenz nehmen die Effektstärken der meisten Variablen auf die politische Beteiligung zwar zu. Jedoch werden diese Veränderungen insgesamt als zu geringfügig gewertet, als dass sie eine inhaltliche Rechtfertigung für die Entfernung unkonventioneller Beteiligungsformen aus der Gesamtskala bieten würden.

Im Rahmen der Vereinsmitgliedschaften wird nun eine qualitative Differenzierung angestrebt und geprüft, inwieweit die politische Teilhabe in Abhängigkeit des Mitgliedschaftsstatus variiert. Angesichts des empirischen Forschungsstandes wird mit Blick auf die politisierenden Funktionen erwartet, dass organisatorische Fähigkeiten erst bei einer aktiven Mitgliederrolle kultiviert werden, wohingegen auch passive Mitglieder über Einladungen oder die Verbreitung relevanter Informationen zu einer politischen Betätigung mobilisiert werden können (vgl. 3.3.1). Korrelative Zusammenhänge zwischen Mitgliedschaftsstatus und civic skills ( $r_{\text{aktiv}} = ,558$ ;  $p < 0,001$ ;  $r_{\text{passiv}} = ,049$ ) sowie politischer Rekrutierung ( $r_{\text{aktiv}} = ,260$ ;  $p < 0,001$ ;  $r_{\text{passiv}} = ,156$ ;  $p < 0,01$ ) stützen diese Sichtweise. Zur Aufdeckung partizipationsrelevanter Unterschiede zwischen keinen, passiven und aktiven Mitgliedern kommen im Folgenden Varianzanalysen zum Einsatz (vgl. Tabelle 5.18).

**Tabelle 5.18** Mittelwertvergleiche der politischen Partizipation und der Erklärungsfaktoren zwischen Nichtmitgliedern, passiven und aktiven Vereinsmitgliedern

	Keine Mitgliedschaft		Passive Mitgliedschaft		Aktive Mitgliedschaften		Teststatistik		
	Mean	N	Mean	N	Mean	N	F (ANOVA)	F (Welch)	$\alpha$
Politische Partizipation (standardisiert)	-0,15 <sup>a</sup>	144	0,02	48	0,18 <sup>b</sup>	78	7,95		***
<i>Erklärungsfaktoren: Verein</i>									
Civic skills	0,01 <sup>a</sup>	166	0,12 <sup>b</sup>	54	0,34 <sup>c</sup>	90		45,30	***
Rekrutierung	0,05 <sup>a</sup>	98	0,26 <sup>b</sup>	42	0,24 <sup>b</sup>	79		9,33	***
Politische Informationen	0,01 <sup>a</sup>	164	0,09 <sup>b</sup>	56	0,18 <sup>b</sup>	88		9,58	***
Politische Diskussionen	0,30 <sup>a</sup>	63	0,71 <sup>b</sup>	31	0,67 <sup>b</sup>	73	13,14		***
<i>Erklärungsfaktoren: Allgemein</i>									
Reziprozität	2,81 <sup>a</sup>	160	3,02	55	3,13 <sup>b</sup>	89	8,66		***
Personenvertrauen	5,80 <sup>a</sup>	163	7,04 <sup>b</sup>	56	7,13 <sup>b</sup>	90		15,04	***
Institutionenvertrauen	3,88 <sup>a</sup>	163	4,26	55	4,46 <sup>b</sup>	89	9,23		***
Wahlnorm	0,86 <sup>a</sup>	159	0,98 <sup>b</sup>	55	0,97 <sup>b</sup>	88		6,98	**

*Anmerkungen:* Einfaktorielle Varianzanalyse. Signifikanzniveaus: \*  $p < 0,05$ ; \*\*  $p < 0,01$ ; \*\*\*  $p < 0,001$ . Post-Hoc-Tests: Tukey-HSD (ANOVA) oder Games-Howell (Welch). Gruppen mit unterschiedlichen Buchstaben (a, b, c) unterscheiden sich signifikant auf dem 5 %-Niveau.

Die Ergebnisse bezeugen sowohl für die politische Partizipation ( $F = 7,95$ ;  $p < 0,001$ ) als auch sämtliche Erklärungsfaktoren hochsignifikante Mittelwertunterschiede zwischen den Mitgliedschaftsgruppen. Allerdings sind die statistischen Signifikanzen weniger auf die Differenzierung des Mitgliedschaftsstatus als auf den Vergleich beider Status zu den Nichtmitgliedern zurückzuführen. Tatsächlich weisen aktive und passive Mitglieder einzig im Bereich der civic skills substantielle Mittelwertdifferenzen zugunsten der aktiven Gruppierung auf. Demgegenüber werden passive Mitglieder am häufigsten zu einer politischen Mitwirkung eingeladen und diskutieren am häufigsten über politische Themen. Da sich diese Werte aber allenfalls marginal von denen der Aktivmitgliedschaften unterscheiden, bestätigen die Ergebnisse weitestgehend die vormals dargelegte Auffassung. Demnach ist eine vereinsbezogene Politisierung über Einladungen und Informationen – im Gegensatz zu den civic skills – beiden Mitgliedschaftstypen gleichermaßen möglich. In Anbetracht der signifikant höheren Partizipation scheint dieser Prozess jedoch bei einer aktiven Mitgliedschaft im Allgemeinen erfolgreicher zu verlaufen. Übereinstimmend ist für die Anzahl an Aktivmitgliedschaften ein positiver Zusammenhang zur politischen Partizipation nachzuweisen ( $r = ,209$ ;  $p < 0,01$ ), wohingegen für die Passivmitgliedschaften keine Beziehung abzuleiten ist ( $r = ,025$ ). Zur multivariaten Testung der Bedeutung aktiver Mitgliedschaften für die politische Teilhabe wird im Folgenden eine lineare Regression modelliert, wobei die aktiven und passiven Mitgliedschaften jeweils als metrische Variablen berücksichtigt werden (Anzahl aktiver und passiver Vereinsmitgliedschaften). Wiederholt werden ausschließlich signifikante Kontrollvariablen präsentiert (vgl. Tabelle 5.19).

Das erste Modell bestätigt die vorherigen Befunde um den positiven Einfluss aktiver ( $\beta = ,20$ ;  $p < 0,01$ ) und den fehlenden Einfluss passiver Mitgliedschaften ( $\beta = ,00$ ) auf die politische Partizipation. Infolgedessen ist auch der vormalige Erklärungsbeitrag formeller Netzwerke weitestgehend auf die aktive Mitgliederkomponente zu reduzieren. Abgesehen von der Differenzierung des Mitgliedschaftsstatus wird eben jenes Erklärungsmodell um die Anzahl an Vereinsmitgliedschaften nahezu vollständig reproduziert (vgl. Tabelle 5.16). So sind im zweiten Modell wiederholt die civic skills von Relevanz, die sowohl einen Einfluss auf die abhängige Variable ausüben als auch den Zusammenhang zwischen aktiver Mitgliederrolle und politischer Beteiligung erklären ( $\beta = ,22$ ;  $p < 0,05$ ). Auch mit Blick auf die Reziprozität ( $\beta = ,19$ ;  $p < 0,01$ ) und die weiteren Erklärungs- wie Kontrollvariablen sind nur geringfügig veränderte Effektstärken zum Vorgängermodell festzustellen. Im Gesamtmodell bilden erneut die Migration ( $\beta = -,17$ ;  $p < 0,05$ ), ein hohes politisches Interesse ( $\beta = ,20$ ;  $p < 0,05$ ), keine Frühsozialisation ( $\beta = -,18$ ;  $p < 0,05$ ) und vor allem die digitale Mediennutzung ( $\beta = ,29$ ;  $p < 0,001$ ) statistisch bedeutsame Erklärungsfaktoren ab.

**Tabelle 5.19** Lineare Regression der politischen Partizipation auf aktive und passive Vereinsmitgliedschaften, Erklärungsfaktoren, demografische Merkmale und politisches Involvement

AV: Politische Partizipation (stand.)	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5	
Anzahl Vereinsm.						
	Passiv	-,003	-,060	-,075	-,101	-,132*
	Aktiv	,204**	,033	,031	-,025	,001
<i>Erklärungsfaktoren: Verein</i>						
Civic skills	–	,215*	,164	,079	,075	
Rekrutierung <sup>1</sup>	–	,046	,039	,022	,090	
Informationen <sup>1</sup>	–	,113	,137	,208*	,137	
Diskussionen <sup>1</sup>	–	,013	,029	,003	–,021	
<i>Erklärungsfaktoren: Allgemein</i>						
Reziprozität	–	–	,191**	,160*	,071	
Vertrauen	–	–	–,099	–,146	–,082	
Wahlnorm <sup>1</sup>	–	–	,019	–,031	–,083	
<i>Demografische Merkmale<sup>2</sup></i>						
Migration <sup>1</sup>	–	–	–	–,236**	–,174*	
<i>Politisches Involvement<sup>2</sup></i>						
Hohes Interesse <sup>1</sup>	–	–	–	–	,195*	
Dig. Medien	–	–	–	–	,290***	
Keine Frühsoz. <sup>1</sup>	–	–	–	–	–,178*	
N	190					
R <sup>2</sup>	,042	,117	,156	,239	,461	
Korrigiertes R <sup>2</sup>	,032	,088	,114	,168	,371	

*Anmerkungen:* Ausgabe der standardisierten Regressionskoeffizienten ( $\beta$ ). Signifikanzniveaus: \*  $p < 0,05$ ; \*\*  $p < 0,01$ ; \*\*\*  $p < 0,001$ . <sup>1</sup>Referenzkategorien: Keine Rekrutierung, keine Informationen, keine Diskussionen, keine Wahlnorm, keine Migration, mittleres politisches Interesse, starke politische Sozialisation. <sup>2</sup>Berichtet werden nur signifikante Ergebnisse. Weitere Kontrollvariablen im Modell: Bildungsjahre, Einkommen (log.), Geschlecht, Alter, Familienstand, Haushaltsgröße, Stärke Parteibindung, interne politische Wirksamkeit, externe politische Wirksamkeit, legitime Medien, ausländische Medien, populäre Medien.

Darüber hinaus verzeichnet die Anzahl an Passivmitgliedschaften nunmehr einen signifikant negativen Effekt auf die politische Partizipation ( $\beta = -,13$ ;  $p < 0,05$ ). Insgesamt können schließlich 37,1 % der Varianz aufgeklärt werden.

Die bisherigen Ergebnisse um aktive und passive Vereinsmitgliedschaften lassen sich nun treffend unter Betrachtung der Subskalen politischer Partizipation zusammenfassen (vgl. Anhang C.2 im elektr. Zusatzmaterial)<sup>16</sup>. Zum einen kommt den Aktivmitgliedschaften ein essenzieller Einfluss auf die traditionelle Beteiligung zu ( $\beta = ,35$ ;  $p < 0,001$ ; passiv:  $\beta = ,07$ ). Dieser Effekt lässt sich im zweiten Modell nahezu vollständig auf die hohe Relevanz der civic skills zurückführen, die erst bei einer regen Vereinsteilhabe zum Tragen kommen ( $\beta = ,30$ ;  $p < 0,01$ ). Zum anderen ist für die konventionelle Beteiligung kein derart hoher Stellenwert des Mitgliedschaftsstatus nachzuweisen (aktiv:  $\beta = ,11$ ; passiv:  $\beta = ,06$ ). Für diesen Partizipationstypus bestätigt sich vielmehr die Bedeutung politischer Rekrutierungen ( $\beta = ,17$ ;  $p < 0,05$ ), die entsprechend der vorherigen Befunde gleichermaßen aktive wie passive Mitglieder anbelangen. Zuletzt ist den Aktivmitgliedschaften ein moderater Einfluss auf die Online-Partizipation zuzuschreiben ( $\beta = ,16$ ;  $p < 0,05$ ; passiv:  $\beta = -,06$ ), der im Gesamtmodell aber durch die digitale Informationsnutzung überlagert wird ( $\beta = ,33$ ;  $p < 0,001$ ). Die uneinheitlichen Ergebnisse um den Einfluss aktiver Mitgliedschaften betonen letztlich erneut die Vielschichtigkeit politischer Beteiligung.

Neben dem Aktivitätsgrad mag ferner die Art des Vereins einen Einfluss auf die politische Partizipation einer Person ausüben. Obgleich Putnam (1996: 3) grundsätzlich jedem Verein ein Politisierungspotenzial einräumt, erscheint eine besonders hohe Politisierung in instrumentell ausgerichteten Vereinen argumentativ überzeugend. So sind die Mitglieder jener Assoziationen durch überdurchschnittlich hohe Sozialkompetenzen und einem spezifischen Interesse an gesellschaftlicher wie statussichernder Einflussnahme charakterisiert. Darüber hinaus ist eine Mitgliedschaft in instrumentellen Vereinen inklusiv, sodass primär brückenbildendes Sozialkapital generiert und der Aufbau generalisierter Reziprozität und sozialen Vertrauens gefördert wird (vgl. Abschnitt 2.4.5, 5.2.1.1). In Einklang mit der höheren Politisierungserwartung korrelieren instrumentelle Mitgliedschaften nachweisbar stärker positiv mit der politischen Partizipation ( $r = ,265$ ;  $p < 0,001$ ) als expressive ( $r = ,154$ ;  $p < 0,05$ ) und gemischte Vereine ( $r = ,145$ ;  $p < 0,05$ ). Vor der multivariaten Testung dieser Beziehungen soll zunächst untersucht werden, inwieweit die Mitglieder unterschiedlicher Vereine auch unterschiedliche Partizipationsangebote bevorzugen. Tabelle 5.20 liefert einen deskriptiven Überblick über die mittleren Ausprägungen der verschiedenen Beteiligungsformen differenziert nach Vereinstypus. In diesem Zusammenhang

---

<sup>16</sup> Für die unkonventionelle Beteiligung können wiederholt keine zuverlässigen Ergebnisse produziert werden, weshalb auf deren Interpretation verzichtet wird.

**Tabelle 5.20** Politische Partizipationsskalen und -formen nach Vereinstypus (Mittelwerte)

	Instrumentelle Vereine			Expressive Vereine			Gemischte Vereine		
	Mean	SD	N	Mean	SD	N	Mean	SD	N
<i>Pol. Partizipation</i>	0,25	0,63	67	0,11	0,53	86	0,09	0,56	58
<i>Traditionelle P.</i>	0,36	1,05	76	0,19	1,00	97	0,20	0,99	68
Parteimitarbeit	0,36	1,31	69	0,16	1,15	86	0,09	1,13	59
Politikerkontakt	0,48	1,09	67	0,26	1,08	84	0,23	1,06	58
Spenden	0,41	1,24	70	0,12	1,14	88	0,07	1,08	61
Parteimitgliedschaft	0,32	1,46	76	0,19	1,31	97	0,26	1,39	68
<i>Online-Partizipation</i>	0,28	0,84	72	0,16	0,82	91	0,17	0,86	64
Online-Abstimmung	0,38	1,00	69	0,24	1,02	88	0,26	1,06	60
Online-Petition	0,24	1,04	70	0,15	1,00	88	0,20	1,06	60
Online-Beiträge	0,14	1,03	69	0,02	1,02	86	-0,07	0,94	60
Online-Protest	0,26	1,13	68	0,00	0,98	85	-0,00	0,98	57
<i>Konventionelle P.</i>	0,36	0,65	73	0,26	0,70	91	0,26	0,78	67
Wählen	0,44	0,28	50	0,40	0,48	56	0,27	0,75	42
Referendum	0,29	0,99	69	0,18	0,98	88	0,08	1,00	58
Unterschriften	0,31	0,93	69	0,24	0,93	88	0,25	0,97	62
<i>Unkonventionelle P.</i>	-0,01	0,99	66	-0,05	0,69	85	0,03	0,79	59
Flashmob	0,01	1,14	65	0,09	1,05	85	0,13	1,16	58
Blockade/Besetzung	-0,03	1,13	66	-0,18	0,63	85	-0,09	0,08	59
<i>Sonstige Formen</i>									
Diskussionen	0,32	1,12	66	0,28	1,06	88	0,24	1,02	60
Bürgerinitiative	0,33	1,14	67	0,22	1,07	82	0,25	1,11	55
Kundgebung	0,19	1,08	67	0,12	1,04	85	0,15	1,01	59
Demonstration	0,10	1,01	65	0,04	0,97	85	0,16	1,06	58
Bürgerhaushalte	0,25	1,13	67	0,09	1,09	83	0,08	1,08	57
Produktboykott	0,37	1,02	69	0,10	1,00	87	0,21	1,09	61

Anmerkung: Ausgegeben sind die Mittelwerte der standardisierten Variablen.

ist abermals darauf hinzuweisen, dass die Befragten zum Teil mehreren Vereinstypen angehören, weshalb die Ergebnisinterpretation allenfalls näherungsweise erfolgen kann. Solche Überschneidungen werden aufgrund der geringen Fallzahlen bei disjunkten Kategorien nötig, weshalb auch an dieser Stelle keine signifikanztestenden Verfahren zum Einsatz kommen können.

Die Mitglieder instrumenteller Vereine weisen sowohl in Bezug auf die konventionelle (0,36) als auch die traditionelle (0,35) und digitale Partizipation (0,28) die höchsten Durchschnittswerte auf und beteiligen sich folglich auch insgesamt am häufigsten politisch (0,25). Einzig im unkonventionellen Bereich berichten die Mitglieder gemischt ausgerichteter Vereine eine höhere Beteiligung (0,03). Die Vereinstypen variieren zwar hinsichtlich der Höhe ihrer mittleren Partizipation, jedoch wird in allen Gruppen die gleiche Präferenzreihung der politischen Teilskalen vorgenommen. So favorisieren die Mitglieder aller Vereinstypen im

Mittel am stärksten die konventionelle und am wenigsten die unkonventionelle politische Einflussnahme. Im Hinblick auf die einzelnen Teilhabeformate ist zusammenfassend zu konstatieren, dass die Mitglieder instrumenteller Vereine am häufigsten an politische Institutionen spenden, in Parteien mitarbeiten und Politikerinnen wie Politiker kontaktieren. Demgegenüber fokussieren die Mitglieder expressiver Vereine vorwiegend eine elektorale Beteiligung sowie die Meinungsäußerung im Rahmen politischer Diskussionen. Gemischte Vereinsmitgliedschaften scheinen indes stärker als andere mit der Teilnahme an Flashmobs und Demonstrationen in Verbindung zu stehen, wobei sich hier aber kein einheitliches Bild offenbart. Darüber hinaus weisen jene Mitglieder teils massive Unterschiede zu den instrumentellen Assoziationen auf, die sich unter anderem in einer seltenen Parteimitarbeit und Anweisung finanzieller Spenden manifestieren.

In Bezug auf das Partizipationsverhalten ist damit in der Tendenz zu schlussfolgern, dass instrumentelle Vereinsmitglieder direkte und traditionelle Wege politischer Einflussnahme bevorzugen, während die expressiven Mitglieder niedrigschwellige Beteiligungsformen vorziehen und Mitglieder der gemischten Kategorie eine leichte Präferenz hinsichtlich unkonventioneller Wege äußern. Auf dieser Basis lassen sich geringfügig unterschiedliche Partizipationsmuster in Abhängigkeit des Vereinstypus unterstellen. Zur Beurteilung der Bedeutung unterschiedlicher Vereinstypen für die politische Partizipation wird nun die multiple Regression der vorherigen Untersuchungen wiederholt (vgl. Tabelle 5.21). Da sich der Großteil der Erklärungs- und Kontrollfaktoren als weitestgehend unabhängig vom Mitgliedschaftsstatus erwiesen hat, sind auch für das nachfolgende Modell keine substanziellen Veränderungen jener Größen zu erwarten. Tatsächlich besteht das vorrangige Ziel auch nicht in der Aufdeckung neuer Zusammenhänge, sondern in der Offenlegung von Unterschieden zwischen den Vereinstypen, die jeweils als metrische Variablen (Anzahl) aufgenommen werden.

Im ersten Modell offenbart sich in Einklang zu den vorherigen Ergebnissen ein hochsignifikant positiver Einfluss der instrumentellen Vereinsmitgliedschaften auf die politische Partizipation ( $\beta = ,23$ ;  $p < 0,01$ ). Dieser Effekt verbleibt auch im zweiten und dritten Modell signifikant ( $p < 0,05$ ) und ist demnach nicht vollständig auf die politisierenden Funktionen zurückzuführen. Erst unter Einbezug der demografischen Merkmale (Modell 4) verliert diese Variable ihre statistische Bedeutsamkeit. Hingegen ist weder für die expressiven ( $\beta = ,02$ ) noch die gemischten Vereinsmitgliedschaften ( $\beta = ,04$ ) ein Zusammenhang zur politischen Beteiligung nachzuweisen. Wohl aber ist mit Blick auf die veränderten Effektrichtungen im zweiten Modell eine gewisse Abhängigkeit dieser Vereinsformen von den Erklärungsfaktoren zu konstatieren. Diesbezüglich erweisen sich wiederholt die kommunikativen und organisationalen Fähigkeiten als wesentliches Erklärungsmerkmal im Vereinskontext (Modell 2:  $\beta = ,24$ ;  $p < 0,05$ ) und die Reziprozität bildet im allgemeinen Bereich die zentrale Größe (Modell 3:  $\beta =$

**Tabelle 5.21** Lineare Regression der politischen Partizipation auf instrumentelle, expressive und gemischte Vereinsmitgliedschaften, Erklärungsfaktoren, demografische Merkmale und politisches Involvement

AV:		Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5
Politische Partizipation (stand.)						
Anzahl Vereinsmitgliedschaften						
	Instrumentell	,225**	,170*	,163*	,069	,057
	Expressiv	,023	-,071	-,075	-,106	-,149
	Gemischt	,044	-,089	-,077	-,080	-,025
<i>Erklärungsfaktoren: Verein</i>						
	Civic skills	–	,235*	,187	,112	,112
	Rekrutierung <sup>1</sup>	–	,035	,027	,018	,080
	Informationen <sup>1</sup>	–	,146	,165	,239**	,169*
	Diskussionen <sup>1</sup>	–	,005	,018	,004	-,019
<i>Erklärungsfaktoren: Allgemein</i>						
	Reziprozität	–	–	,182*	,157*	,071
	Vertrauen	–	–	-,088	-,132	-,076
	Wahlnorm <sup>1</sup>	–	–	,007	-,029	-,082
<i>Demografische Merkmale<sup>2</sup></i>						
	Migration <sup>1</sup>	–	–	–	-,232**	-,169*
<i>Politisches Involvement<sup>2</sup></i>						
	Hohes Interesse <sup>1</sup>	–	–	–	–	,192*
	Digitale Medien	–	–	–	–	,283***
	Keine Frühsoz. <sup>1</sup>	–	–	–	–	-,163*
	N	190				
	R <sup>2</sup>	,064	,140	,175	,244	,460
	Korrigiertes R <sup>2</sup>	,049	,107	,129	,170	,366

Anmerkungen: Ausgabe der standardisierten Regressionskoeffizienten ( $\beta$ ). Signifikanzniveau: \*  $p < 0,05$ ; \*\*  $p < 0,01$ ; \*\*\*  $p < 0,001$ . <sup>1</sup>Referenzkategorien: Keine Rekrutierung, keine Informationen, keine Diskussionen, keine Wahlnorm, keine Migration, mittleres politisches Interesse, starke politische Sozialisation. <sup>2</sup>Berichtet werden nur signifikante Ergebnisse. Weitere Kontrollvariablen im Modell: Bildungsjahre, Einkommen (log.), Geschlecht, Alter, Familienstand, Haushaltsgröße, Stärke Parteibindung, interne politische Wirksamkeit, externe politische Wirksamkeit, legitime Medien, ausländische Medien, populäre Medien.

,18;  $p < 0,05$ ). Bemerkenswert ist im Weiteren die zunehmende Effektstärke und statistische Bedeutung der politischen Informationen, denen auch im Gesamtmodell eine statistische Relevanz zuzuschreiben ist ( $\beta = ,17$ ;  $p < 0,05$ ). Insgesamt ist somit den instrumentellen, nicht aber den expressiven und gemischten Mitgliedschaften ein Einfluss auf die politische Partizipation zu attestieren, der jedoch nur partiell über die politisierenden Wirkungen zu erklären ist. Für die übrigen

Erklärungsgrößen ergeben sich erwartungsgemäß kaum Veränderungen zu den vorherigen Modellen und auch der Anteil aufgeklärter Gesamtvarianz liegt mit rund 37 % auf dem gleichen Niveau.

Aufgrund der dargelegten Partizipationspräferenzen, die wenigstens tendenziell zwischen den Vereinstypen variieren, ist es zwingend notwendig, auch hier die Teilskalen politischer Partizipation in die Betrachtung einzubeziehen. In den einzelnen Regressionsmodellen bestätigt sich zunächst jeweils der positive Einfluss instrumenteller Mitgliedschaften auf die politische Teilhabe, wenn auch mit unterschiedlichen Effektstärken (vgl. Anhang C.3 im elektr. Zusatzmaterial). Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die Wirkung auf den traditionellen Typus ( $\beta = ,26$ ;  $p < 0,001$ ), wohingegen der Einfluss auf die konventionellen Beteiligungsformen nicht signifikant ausfällt ( $\beta = ,11$ ). Für die übrigen Vereinstypen lassen sich hingegen kaum eindeutige Muster feststellen und die jeweiligen Effekte sind statistisch größtenteils wenig bedeutsam. Mit Blick auf die mittleren Teilhabepreferenzen erweisen sich diese Befunde als durchaus schlüssig (vgl. Tabelle 5.20). So werden konventionelle Beteiligungsmöglichkeiten von allen Vereinsmitgliedern vergleichsweise häufig genutzt, sodass diesbezüglich auch multivariat die geringsten Unterschiede aufzuzeigen sind. Hingegen äußern die Mitglieder instrumenteller Vereine ihren politischen Willen nachweisbar am häufigsten über direkte und zeitintensive Formen. Entsprechend deutlich fallen die vereinsbezogenen Differenzen in der traditionellen Partizipation aus. Im Weiteren wirken im Feld der Erklärungsfaktoren wiederholt die civic skills auf den traditionellen ( $\beta = ,25$   $p < 0,01$ ), die Rekrutierung auf den konventionellen ( $\beta = ,18$ ;  $p < 0,05$ ) und die Nutzung der Online-Medien auf den digitalen Typus ( $\beta = ,33$ ;  $p < 0,001$ ). Somit zeigt sich auch an dieser Stelle eine Verschleierung einzelner Effekte durch den Bezug auf die Gesamtpartizipation. Da sich jedoch infolge der Differenzierung unterschiedlicher Vereinstypen nur geringfügige Unterschiede zu den Vorgängermodellen im Hinblick auf die Erklärungs- und Kontrollfaktoren belegen lassen, ist eine Abhängigkeit dieser Elemente von den qualitativen Vereinsmerkmalen (Status und Typ) grundsätzlich infrage zu stellen.

Zusammenfassend sind in dieser Untersuchung positive Verknüpfungen zwischen institutionalisierten Netzwerken und der politischen Beteiligung zu belegen. In Vereinen gehen nachweisbar Politisierungsprozesse vonstatten, die sich in einer höheren Beteiligungswahrscheinlichkeit der Vereinsmitglieder im Vergleich zu den Nichtmitgliedern äußern. Im Folgenden werden mit der informellen Netzwerkeinbettung umfassende Aspekte alltäglicher Beziehungen thematisiert und hinsichtlich ihrer Bedeutung für die politische Partizipation beurteilt.

### 5.2.2.2 Politisierung in informellen Netzwerken

Diese Untersuchung beschreibt in zentraler Position einen zunehmenden Stellenwert informellen Sozialkapitals für die politische Partizipation, der sich unter anderem aus der stetig sinkenden Zahl individueller Vereinsmitgliedschaften speist (vgl. Abschnitt 3.5). Erste Hinweise über die relative Wichtigkeit der persönlichen Netzwerke und der politisch relevanten Ressourcen, die sich aus alltäglichen Beziehungen schöpfen lassen, liefert eine vergleichende Betrachtung der politisierenden Funktionen formeller und informeller Netzwerke (vgl. Anhang C.4 im elektr. Zusatzmaterial). So werden im informellen Bereich durchschnittlich mehr Partizipationsanfragen gestellt, mehr politische Informationen verbreitet und häufiger über politische Inhalte diskutiert als im Vereinsumfeld, wohingegen in beiden Kontexten etwa gleich viele civic skills generiert werden. Auffallend ist in diesem Zusammenhang die hohe Diversität des informellen Bereichs. Während sich insbesondere familiäre und freundschaftliche Beziehungen als relevante politisierende Instanzen auszeichnen, erfüllen nachbarschaftliche und religiöse Einbindungen diese Funktion nur schwach. Gleichwohl ist mit Blick auf die korrelativen Zusammenhänge zu vermerken, dass sich ein hoher Mittelwert nicht unmittelbar in eine höhere politische Beteiligung übersetzen lässt. Beispielsweise sind die informellen civic skills trotz gleicher Durchschnittswerte erkennbar stärker positiv mit einer politischen Beteiligung assoziiert ( $r = ,452$ ;  $p < 0,001$ ) als die formellen Fähigkeiten ( $r = ,294$ ;  $p < 0,001$ ) und für die politischen Informationen und Diskussionen ist in der Tendenz jeweils das Gegenteil zu vermerken. Es wäre folglich verfrüht, auf Basis der mehrheitlich höheren Durchschnittswerte partizipationsrelevanter Merkmale eine grundlegend höhere politisierende Wirkung informeller Netzwerke abzuleiten. Um eine gesicherte Einschätzung über die politische Bedeutung formellen und informellen Sozialkapitals treffen zu können, orientiert sich die nachkommende Analyse ausdrücklich am Vorgehen des Abschnittes 5.2.2.1 und ermöglicht auf diese Weise einen direkten Vergleich beider Netzwerkarten.

Beginnend mit der quantitativen Netzwerkkomponente, steht die Größe informeller Netzwerke in einem positiven Korrelationsverhältnis zur politischen Beteiligung ( $r = ,207$ ;  $p < 0,01$ ) und auch für die einzelnen Teilnetzwerke sind jeweils positive Zusammenhänge zur Partizipationsskala mit Signifikanzen auf dem 5 %-Niveau herauszustellen. Damit deutet sich an dieser Stelle keine unterschiedliche Politisierungsqualität in Abhängigkeit der Beziehungsstärke an, sodass in die nachfolgende Varianzanalyse die Gesamtgröße informeller Netzwerke einfließen kann. Tabelle 5.22 gibt die Unterschiede zwischen kleinen, mittleren und großen Netzwerken hinsichtlich partizipationsrelevanter Merkmale aus und ermöglicht so einen Blick auf relevante Besonderheiten in den netzwerkbezogenen Verteilungen.

Bezogen auf die politische Beteiligung sind substantielle Unterschiede zwischen den Gruppen unterschiedlicher Netzwerkgröße festzustellen ( $F = 4,84$ ;

**Tabelle 5.22** Mittelwertvergleiche der politischen Partizipation und der Erklärungsfaktoren zwischen Gruppen mit kleinen, mittleren und großen Netzwerken

	Kleines Netzwerk		Mittleres Netzwerk		Großes Netzwerk		Teststatistik		
	(<= 5 Alteri)		(<= 12 Alteri)		(> 12 Alteri)		F (ANOVA)	F (Welch)	α
	Mean	N	Mean	N	Mean	N			
Politische Partizipation (standardisiert)	-0,14 <sup>a</sup>	83	0,07	76	0,14 <sup>b</sup>	74	4,84		**
<i>Erklärungsfaktoren: Informell</i>									
Civic skills	0,06 <sup>a</sup>	96	0,13 <sup>b</sup>	86	0,22 <sup>c</sup>	84		37,69	***
Rekrutierung	1,26 <sup>a</sup>	82	1,59 <sup>b</sup>	79	1,54 <sup>b</sup>	80		8,28	***
Politische Informationen	0,70 <sup>a</sup>	94	1,92 <sup>b</sup>	86	1,98 <sup>b</sup>	84		20,62	***
Politische Diskussionen	2,66 <sup>a</sup>	91	2,88	86	2,98 <sup>b</sup>	84		3,07	*
<i>Erklärungsfaktoren: Allgemein</i>									
Reziprozität	2,67 <sup>a</sup>	91	3,02 <sup>b</sup>	86	3,22 <sup>b</sup>	84	22,51		***
Personenvertrauen	6,23	96	6,31	87	6,73	83	1,26		
Institutionenvertrauen	4,23	93	3,94	93	4,23	83	2,02		
Wahlnorm	0,89	90	0,91	86	0,95	83		1,39	

Anmerkungen: Einfaktorielle Varianzanalyse. Signifikanzniveau: \*  $p < 0,05$ ; \*\*  $p < 0,01$ ; \*\*\*  $p < 0,001$ . Post-Hoc-Tests: Tukey-HSD (ANOVA) oder Games-Howell (Welch). Gruppen mit unterschiedlichen Buchstaben (a, b, c) unterscheiden sich signifikant auf dem 5 %-Niveau.

$p < 0,01$ ), die sich in Einklang mit der grundlegenden Annahme in einem positiv linearen Zusammenhang konstituieren. Auch die politisierenden Faktoren des informellen Bereichs differieren jeweils in erwarteter Richtung, demnach die großen Netzwerke mehrheitlich die höchsten Durchschnittswerte aufweisen. Von diesem Muster weicht einzig die politische Rekrutierung ab, die in der mittleren Gruppe am höchsten ausfällt. Statistisch signifikante Differenzen zwischen allen drei Gruppen manifestieren sich derweil einzig für die zivilen Fertigkeiten ( $F = 37,69$ ;  $p < 0,001$ ). Im allgemeinen Erklärungsbereich lassen sich zwar für alle Merkmale, abgesehen vom Institutionenvertrauen, vergleichbare lineare Tendenzen aufzeigen, aber nur der Reziprozität ist eine empirische Bedeutung zu attestieren. Insgesamt belegen die Ergebnisse der Varianzanalyse relevante Unterschiede in Abhängigkeit der Netzwerkgröße, die aber überwiegend die politische Partizipation und die informellen Erklärungsfaktoren umfassen. Inwieweit dieser Befund nun tatsächlich ein Politisierungspotenzial informeller Strukturen impliziert, ist im Weiteren anhand multivariater Methoden zu klären.

Zu diesem Zweck wird eine multiple lineare Regressionsanalyse modelliert, welche die politische Partizipation als abhängige und die Netzwerkgröße (Gesamt) als zentrale unabhängige Variable aufnimmt. Im Sinne der angestrebten Vergleichbarkeit werden neben den informellen Erklärungsfaktoren die Erklärungs- und Kontrollgrößen aus den formellen Netzwerkmodellen übernommen. Aus der Berechnung wurden insgesamt zwei Fälle ausgeschlossen, die mehr als drei Standardabweichungen von der mittleren politischen Partizipation abweichen (vgl. Tabelle 5.23).

Das erste Modell zeigt einen signifikant positiven Einfluss der Netzwerkgröße auf die politische Beteiligung an ( $\beta = ,20$ ;  $p < 0,01$ ), der schließlich vollständig auf die informellen Erklärungsstrategien zurückzuführen ist (Modell 2). Demnach ist mit zunehmender Anzahl an Netzwerkpersonen eine Steigerung der zivilen Fähigkeiten und Partizipationsanfragen assoziiert, die jeweils hochsignifikant positiv auf die individuelle Teilhabewahrscheinlichkeit wirken. Die politischen Informationen und Diskussionen sind hingegen statistisch unbedeutend. Zusammen erklären die politisierenden Merkmale schließlich 23 % der Varianz der politischen Beteiligung und damit einen mehr als doppelt so hohen Anteil als die Faktoren formeller Einbindungen (9 %; vgl. Tabelle 5.16). Im Weiteren gestalten sich die allgemeinen Erklärungsfaktoren als bedeutungsschwach (Modell 3) und auch die demografischen Kontrollmerkmale sind mit Ausnahme eines negativen Migrationseinflusses ( $\beta = -,19$ ;  $p < 0,05$ ) statistisch wenig relevant (Modell 4). Übereinstimmend zu den Erklärungsmodellen des formellen Netzwerkbereiches wirken jedoch das politische Interesse und die Nutzung von Online-Medien signifikant positiv auf die politische Beteiligung, welche an dieser Stelle um die interne Wirksamkeit ergänzt werden (Modell 5). Wiederholt ist die digitale Mediennutzung mit einer Effektstärke von  $\beta = ,29$  ( $p < 0,001$ ) als stärkster Prädiktor des gesamten Modells zu charakterisieren. Daneben zeichnen sich weiterhin die civic skills ( $\beta = ,19$ ;  $p < 0,05$ ) und die politische Rekrutierung ( $\beta = ,27$ ;  $p < 0,001$ ) als substantielle Einflussgrößen aus. Somit ist dem informellen Netzwerkkontext tatsächlich ein bedeutsamer Stellenwert zur Erklärung politischer Partizipation zuzuschreiben, der auch unter Kontrolle aller weiterer Faktoren zum Tragen kommt. Aufgrund der Mehrdimensionalität der Partizipationsskala ist nun eine Überprüfung der Zusammenhänge für die einzelnen Teilskalen angeraten (vgl. Tabelle 5.24).

Die Netzwerkgröße übt zwar keinen signifikanten Einfluss auf die traditionelle Partizipation aus ( $\beta = ,14$ ), steigert jedoch maßgeblich die Wahrscheinlichkeit einer digitalen ( $\beta = ,14$ ;  $p < 0,05$ ) und konventionellen Teilhabe ( $\beta = ,23$ ;  $p < 0,01$ ). Des Weiteren erweist sich der Netzwerkeffekt in allen Modellen als indirekt, wird aber jeweils über verschiedene Merkmale erklärt. So ist für die traditionelle (Rekrutierung:  $\beta = ,25$ ;  $p < 0,01$ ) und die digitale Partizipation (civic

**Tabelle 5.23** Lineare Regression der politischen Partizipation auf Netzwerkgröße, Erklärungsfaktoren, demografische Merkmale und politisches Involvement

AV: Politische Partizipation (stand.)	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5
Anzahl NWP	,201**	-,027	-,046	-,050	-,061
<i>Erklärungsfaktoren: Informell</i>					
Civic skills	–	,324***	,315***	,218*	,193*
Rekrutierung	–	,247**	,245**	,296***	,267***
Informationen	–	,037	,011	,002	-,038
Diskussionen	–	,090	,105	,085	-,021
<i>Erklärungsfaktoren: Allgemein</i>					
Reziprozität	–	–	,102	,099	,099
Vertrauen	–	–	-,068	-,062	,025
Wahlnorm <sup>1</sup>	–	–	-,065	-,079	-,133
<i>Demografische Merkmale</i>					
Bildungsjahre	–	–	–	,120	,003
Eink. (log.)	–	–	–	-,040	-,093
Männlich <sup>1</sup>	–	–	–	,109	-,020
Alter	–	–	–	-,135	,008
Verheiratet <sup>1</sup>	–	–	–	,025	,015
Haushaltsgröße	–	–	–	-,107	-,127
Migration <sup>1</sup>	–	–	–	-,188*	-,152*
<i>Politisches Involvement</i>					
Politisches Interesse <sup>1</sup>					
	gering	–	–	–	-,161*
	hoch	–	–	–	,117
Parteibindung	–	–	–	–	-,003
Interne Wirks.	–	–	–	–	,191*
Externe Wirks.	–	–	–	–	-,040
Dig. Medien	–	–	–	–	,294***
Leg. Medien	–	–	–	–	-,133
Ausl. Medien	–	–	–	–	-,088
Pop. Medien	–	–	–	–	-,049
Politische Frühsozialisation <sup>1</sup>					
	keine	–	–	–	-,112
	mittel	–	–	–	-,034
N	179				
R <sup>2</sup>	,040	,253	,269	,328	,480
Korrigiertes R <sup>2</sup>	,035	,231	,235	,267	,391

Anmerkungen: Ausgabe der standardisierten Regressionskoeffizienten ( $\beta$ ). Signifikanzniveau: \*  $p < 0,05$ ; \*\*  $p < 0,01$ ; \*\*\*  $p < 0,001$ . Folgende Fälle (ID) wurden aus der Analyse entfernt: 98, 258. <sup>1</sup>Referenzkategorien: Keine Wahlnorm, weiblich, nicht verheiratet, keine Migration, mittleres politisches Interesse, starke politische Sozialisation.

**Tabelle 5.24** Lineare Regressionen der Subskalen politischer Partizipation auf Netzwerkgröße, Erklärungsfaktoren, demografische Merkmale und politisches Involvement

AV: Subskala pol. Partizipation (stand.)	Traditionelle Partizipation		Online-Partizipation		Konventionelle Partizipation	
	Modell 1	Modell 2	Modell 1	Modell 2	Modell 1	Modell 2
Anzahl NWP	,136	-,080	,144*	-,089	,225**	,024
<i>Erklärungsfaktoren: Informell</i>						
Civic skills	–	,032	–	,263**	–	,220*
Rekrutierung	–	,251**	–	,115	–	,165*
Informationen	–	-,065	–	,010	–	-,119
Diskussionen	–	-,024	–	-,058	–	-,060
<i>Erklärungsfaktoren: Allgemein</i>						
Reziprozität	–	,047	–	,095	–	,072
Vertrauen	–	-,029	–	,003	–	-,030
Wahlnorm <sup>1</sup>	–	-,059	–	-,072	–	-,056
<i>Demografische Merkmale<sup>2</sup></i>						
Bildungsjahre	–	,189*	–	-,082	–	,004
Haushaltsgröße	–	,199*	–	-,147	–	-,195*
Migration <sup>1</sup>	–	-,171*	–	-,036	–	-,115
<i>Politisches Involvement<sup>2</sup></i>						
Geringes Interesse <sup>1</sup>	–	-,033	–	-,129	–	-,187*
Interne Wirks.	–	,091	–	,141	–	,181*
Dig. Medien	–	,280**	–	,266**	–	-,002
Leg. Medien	–	-,249**	–	-,160	–	,050
N	201		189		192	
R <sup>2</sup>	,018	,369	,021	,344	,050	,341
Korrigiertes R <sup>2</sup>	,014	,274	,015	,239	,045	,237

Anmerkungen: Ausgabe der standardisierten Regressionskoeffizienten ( $\beta$ ). Signifikanzniveaus: \*  $p < 0,05$ ; \*\*  $p < 0,01$ ; \*\*\*  $p < 0,001$ . Folgende Fälle (ID) wurden aus der Analyse entfernt: 98 (Traditionell).

<sup>1</sup> Referenzkategorien: Keine Wahlnorm, keine Migration, mittleres politisches Interesse. <sup>2</sup> Berichtet werden nur signifikante Ergebnisse. Weitere Kontrollvariablen im Modell: Einkommen (log.), Geschlecht, Alter, Familienstand, Stärke Parteibindung, externe politische Wirksamkeit, ausländische Medien, politische Frühsozialisation.

skills:  $\beta = ,26$ ;  $p < 0,01$ ) jeweils nur einer der Erklärungsfaktoren von Bedeutung, wohingegen die konventionelle Beteiligung durch beide informellen Größen signifikant ( $p < 0,05$ ) gesteigert wird. Bemerkenswert ist dabei vor allem der fehlende Einfluss der civic skills im traditionellen Partizipationsmodell, stellten doch die formellen Fähigkeiten vormals einen überaus eindrucksvollen Prädiktor dar (vgl. Tabelle 5.17).

Schlussfolgernd ist offenbar der Entstehungskontext der zivilen Fähigkeiten für diese Form der politischen Teilhabe von entscheidender Bedeutung, wobei es naheliegend erscheint, dass für die organisationsbezogene Partizipationsform civic skills aus organisierten Vereinsstrukturen relevanter sind als informell generierte Fähigkeiten. Jenseits der Erklärungsfaktoren sind zudem einige Unterschiedlichkeiten hinsichtlich soziodemografischer Merkmale und den Variablen des politischen Involvements festzustellen, die aber jeweils unabhängig von der Netzwerkgröße auf die einzelnen Beteiligungsformen wirken. Zusammenfassend sind demnach auch im Bereich nichtinstitutionalisierter Beziehungen teils deutliche Differenzen zwischen den einzelnen Formen politischer Beteiligung nachzuweisen.

Als qualitativer Aspekt informeller Netzwerke ist weiter ein partizipationsfördernder Einfluss der geografischen Reichweite zu prüfen, die unter anderem mit der Bereitstellung heterogener und nichtredundanter Informationen in Verbindung gebracht wurde. Bezüglich des Zusammenhangs zur politischen Partizipation ( $r = ,181$ ;  $p < 0,01$ ) ist mit Blick auf vorherige Befunde zunächst ein Ausschluss der Ehepartnerinnen und Ehepartner aus der Skala der Reichweite zu erwägen (vgl. Abschnitt 5.2.1.2). Tatsächlich verstärkt sich der Korrelationszusammenhang durch diesen Schritt ( $r = ,262$ ;  $p < 0,001$ ), sodass in der weiteren Analyse auf die angepasste Skala zurückgegriffen wird. Abgesehen von den civic skills ( $r = ,239$ ;  $p < 0,001$ ) und der Wahlnorm ( $r = ,218$ ;  $p < 0,01$ ) weisen die Erklärungsfaktoren keine Beziehungen zur geografischen Reichweite auf. Eine Erklärung für fehlende Verknüpfungen wären etwa nichtlineare Zusammenhänge, die sich mithilfe eines Mittelwertvergleiches aufdecken lassen. Zu diesem Zweck wird die geografische Reichweite in Gruppen geringer, mittlerer und hoher Ausgedehtheit gesplittet, wobei die Bildung annähernd gleich großer Gruppen anvisiert wird (vgl. Tabelle 5.25).

Die Ergebnisse der Varianzanalysen bestätigen zum einen eine Abhängigkeit der zivilen Fähigkeiten sowie der Wahlnorm von der geografischen Reichweite, die sich in positiv linearen Beziehungen äußert. Zum anderen bewahrheitet sich für den Großteil der übrigen Merkmale die Vermutung nichtlinearer Zusammenhänge. Einzig die Diskussionshäufigkeit und das Vertrauen nehmen mit steigender Netzwerkausgedehtheit zu, jedoch unterscheiden sich die Gruppen allenfalls moderat voneinander. Obgleich die politisierenden Faktoren mehrheitlich keine bemerkenswerten Differenzen aufweisen, unterscheiden sich die Gruppen geringer und hoher Reichweite signifikant im Hinblick auf die politische Partizipation ( $F = 6,37$ ;  $p < 0,01$ ). Insgesamt lassen sich die erwarteten Effekte somit nur in Teilen nachweisen, wobei mit der Informationsvielfalt und der Rekrutierungsquantität insbesondere jene Merkmale ohne Einfluss bleiben, denen in der Theorie explizit ein Zusammenhang zur räumlichen Ausgedehtheit unterstellt wurde.

**Tabelle 5.25** Mittelwertvergleiche der politischen Partizipation und der Erklärungsfaktoren zwischen Gruppen mit geringer, mittlerer und hoher Netzwerkreichweite (ohne Eheperson)

	Geringe Reichweite		Mittlere Reichweite		Hohe Reichweite		Teststatistik		
	(0 ≤ 2,50)		(≤ 3,00)		(≤ 5,00)		F (ANOVA)	F (Welch)	α
	Mean	N	Mean	N	Mean	N			
Politische Partizipation (standardisiert)	-0,15 <sup>a</sup>	74	0,03	66	0,20 <sup>b</sup>	62	6,37		**
<i>Erklärungsfaktoren: Informell</i>									
Civic skills	0,11 <sup>a</sup>	86	0,14 <sup>a</sup>	73	0,20 <sup>b</sup>	74	8,96		***
Rekrutierung	1,43	69	1,38	69	1,57	69	1,61		
Politische Informationen	1,87	85	1,36	72	1,71	72		1,61	
Politische Diskussionen	2,76	82	2,96	73	2,98	71		1,54	
<i>Erklärungsfaktoren: Allgemein</i>									
Reziprozität	3,05	83	3,12	72	3,02	72	0,73		
Personenvertrauen	6,53	86	6,38	73	6,47	73	0,09		
Institutionenvertrauen	4,05	84	4,06	71	4,24	73	0,82		
Wahlnorm	0,86 <sup>a</sup>	81	0,93	72	0,99 <sup>b</sup>	71		5,19	**

*Anmerkungen:* Einfaktorielle Varianzanalyse. Signifikanzniveaus: \*  $p < 0,05$ ; \*\*  $p < 0,01$ ; \*\*\*  $p < 0,001$ . Post-Hoc-Tests: Tukey-HSD (ANOVA) oder Games-Howell (Welch). Gruppen mit unterschiedlichen Buchstaben (a, b) unterscheiden sich signifikant auf dem 5 %-Niveau.

Möglicherweise ist für die Bereitstellung partizipationsrelevanter Ressourcen weniger die räumliche Reichweite sozialer Netzwerke als vielmehr deren Zusammensetzung ausschlaggebend. So wurde eine heterogene Netzwerkstruktur mit der Verbreitung verschiedenartiger Informationen und Meinungsbilder, dem Aufbau vielfältiger Fertigkeiten und sonach dem Anstoß politischer Beteiligung in Verbindung gebracht. Allerdings fordern die Ergebnisse aus Abschnitt 5.2.1.2 eine Reformulierung dieser Annahmen heraus. Aufgrund der positiven Verknüpfung zwischen sozialem Status und sozialer Gleichheit erscheint nunmehr eine partizipationsfördernde Wirkung homophiler Tendenzen denkbar, die sich in Form eines positiven Korrelationszusammenhangs bestätigt ( $r_{\text{Homophilie Partizipation (stand.)}} = ,209$ ;  $p < 0,01$ ). Auf gleichem Niveau, nur mit umgekehrten Vorzeichen,

gestaltet sich die Beziehung zwischen politischer Beteiligung und dem Anteil verwandter Beziehungen ( $r = -,210$ ;  $p < 0,01$ ). Hingegen sind für den Großteil der politisierenden Merkmale abermals kaum statistisch relevante Zusammenhänge zur sozialen Homophilie und zum Verwandtenanteil im Netzwerk zu belegen. Einzig die zivilen Fähigkeiten und das Institutionenvertrauen weisen zu beiden Faktoren Beziehungen mit Signifikanzen auf dem 5 %-Niveau auf. Aufschluss über die schwachen oder fehlenden Zusammenhänge liefern Mittelwertvergleiche zwischen geringen, mittleren und hohen Ausprägungen homophiler respektive verwandter Beziehungen. Diese demonstrieren für die Mehrheit der Merkmale in der Tendenz umgekehrt U-förmige Zusammenhänge und allenfalls geringfügige Differenzen in Abhängigkeit der qualitativen Netzwerkelemente. Auf die Ergebnisse soll an dieser Stelle nicht im Einzelnen eingegangen werden (vgl. Anhang C.5, Anhang C.6 im elektr. Zusatzmaterial). Festzuhalten sei aber der Befund, dass die Merkmale der sozialen Zusammensetzung zwar keine bemerkenswerten Bezüge zu den politisierenden Faktoren aufweisen, sich aber trotzdem signifikant hinsichtlich der politischen Teilhabe unterscheiden. Inwieweit sich diese Zusammenhänge multivariat bestätigen, ist im Weiteren zu prüfen. Dazu werden die geografische Reichweite und die soziale Homophilie jeweils als zentrale unabhängige Variablen in die nachfolgenden linearen Regressionsanalysen integriert. Um einen direkten Vergleich der qualitativen Netzwerkkomponenten zu ermöglichen, werden die einzelnen Modelle in gekürzter Form einander gegenübergestellt (vgl. Tabelle 5.26).

Im ersten Modell ist ein hochsignifikant positiver Einfluss der geografischen Reichweite auf die politische Beteiligung einer Person nachzuweisen ( $\beta = ,23$ ;  $p < 0,01$ ). In Einklang zu den vorherigen Feststellungen ist dieser Effekt aber nur zu einem gewissen Anteil über die politisierenden Merkmale zu erklären und bleibt somit auch im zweiten Modell statistisch signifikant ( $\beta = ,15$ ;  $p < 0,05$ ). Der Einfluss der sozialen Homophilie gestaltet sich zwar ebenfalls positiv, ist insgesamt aber allenfalls als moderat zu bezeichnen ( $\beta = ,12$ ) und klärt lediglich 0,9 % der Varianz auf. Abgesehen von den unterschiedlichen Effektstärken der zentralen unabhängigen Variablen äußern sich zwischen den Regressionsmodellen nur geringfügige Unterschiede. Dieser Umstand verweist nun wiederholt auf eine vergleichsweise schwache Bedeutung der qualitativen Netzwerkelemente für die theoretisierten Erklärungsfaktoren. Darauf deutet auch die nahezu vollständige Replikation des Modells zur sozialen Homophilie hin, wenn stattdessen der Verwandtenanteil berücksichtigt wird. In den Gesamtmodellen erweisen sich schließlich jeweils die civic skills und die Rekrutierung als bedeutsame Indikatoren politischer Teilhabe, wohingegen die Erklärungsfaktoren des allgemeinen

**Tabelle 5.26** Lineare Regressionen der politischen Partizipation auf qualitativ-informelle Netzwerkelemente (geografische Reichweite oder soziale Homophilie), Erklärungsfaktoren, demografische Merkmale und politisches Involvement

AV: Politische Partizipation (stand.)	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 1	Modell 2	Modell 3
Reichweite (ohne Ehep.)	,233**	,154*	,040	–	–	–
Soziale Homophilie	–	–	–	,123	,042	–,052
<i>Erklärungsfaktoren: Informell</i>						
Civic skills	–	,268**	,211*	–	,304***	,185*
Rekrutierung	–	,212**	,255**	–	,235**	,258**
Informationen	–	,045	,005	–	,032	–,005
Diskussionen	–	,152*	,071	–	,163*	,056
<i>Erklärungsfaktoren: Allgemein</i>						
Reziprozität	–	,129	,111	–	,088	,085
Vertrauen	–	–,032	,001	–	–,029	,022
Wahlnorm <sup>1</sup>	–	–,128	–,144	–	–,087	–,152*
<i>Politisches Involvement<sup>2</sup></i>						
Interne Wirks.	–	–	,189*	–	–	,178*
Dig. Medien	–	–	,235*	–	–	,278**
N	154			164		
R <sup>2</sup>	,054	,325	,485	,015	,306	,270
Korr. R <sup>2</sup>	,048	,288	,379	,009	,270	,413

*Anmerkungen:* Ausgabe der standardisierten Regressionskoeffizienten ( $\beta$ ). Signifikanzniveaus: \*  $p < 0,05$ ; \*\*  $p < 0,01$ ; \*\*\*  $p < 0,001$ . Folgende Fälle (ID) wurden aus der Analyse entfernt: 98, 258 (*Reichweite* und *Homophilie*). <sup>1</sup>Referenzkategorien: Keine Wahlnorm. <sup>2</sup>Berichtet werden nur signifikante Ergebnisse; weitere Kontrollvariablen im Modell: Bildungsjahre, Einkommen (log.), Geschlecht, Alter, Familienstand, Haushaltsgröße, Migration, politisches Interesse, Stärke Parteibindung, externe politische Wirksamkeit, ausländische Medien, populäre Medien, politische Frühsozialisation.

Bereichs weitestgehend bedeutungslos bleiben. Einzig im Modell zur Homophilie erweist sich überraschend die Wahlnorm als signifikant negativer Prädiktor der politischen Partizipation ( $\beta = -,15$ ;  $p < 0,05$ ). Auch in Bezug auf die weiteren Erklärungsmerkmale sind lediglich graduelle Unterschiede zwischen den Modellen nachzuweisen. Auf dieser Basis zeichnet sich insgesamt nur eine begrenzte Abhängigkeit der theoretischen Erklärungsfaktoren von den qualitativen Netzwerkmerkmalen ab, sodass ihnen letztlich nur eine geringe Politisierungsqualität zu unterstellen ist.

Um auszuschließen, dass die größtenteils schwachen beziehungsweise fehlenden Effekte auf die Heterogenität der Partizipationsskala zurückzuführen sind, werden wiederholt separate Regressionsanalysen für die politischen Subskalen geschätzt (vgl. Anhang C.7, Anhang C.8 im elektr. Zusatzmaterial). Die Ergebnisse zusammenfassend sind für die Reichweite signifikant positive Zusammenhänge zur digitalen ( $\beta = ,16$ ;  $p < 0,05$ ) und konventionellen Teilhabe ( $\beta = ,22$ ;  $p < 0,01$ ), nicht aber zu den traditionellen Beteiligungsformen ( $\beta = ,11$ ) nachzuweisen. Die soziale Homophilie offenbart hingegen, analog zum Gesamtmodell, keine signifikanten Beziehungen zu den Subskalen. Auffallend schwach gestaltet sich derweil der Zusammenhang zur Online-Partizipation ( $\beta = ,01$ ), infolgedessen der korrigierte Determinationskoeffizient für alle praktischen Zwecke bei 0 liegt (ausgewiesen wird ein korrigiertes  $R^2$  von  $-,01$ ). In Bezug auf die weiteren Kontrollgrößen bestätigen sich im Wesentlichen jene Tendenzen, die im Zusammenhang mit der Netzwerkgröße dargelegt wurden (vgl. Tabelle 5.24). Somit liefert die Differenzierung der politischen Partizipation keine neuen Erkenntnisse und belegt lediglich den relativ geringen Stellenwert der qualitativen Aspekte informeller Vernetzung.

Abschließend sind auch in Bezug auf das politische Partizipationsverhalten grundlegende Unterschiede zwischen den Befragten aus Chorweiler und Hahnwald zu konstatieren, die sich in einer höheren Beteiligungsrate seitens der Personen aus Hahnwald manifestieren (vgl. Abschnitt 5.1). In den folgenden Analyseschritten liegt die Priorität auf der Herstellung einer Verbindung zwischen stadtteilspezifischer politischer Partizipation und sozialer Netzwerkeinbindung jenseits der sozioökonomischen Ressourcenausstattung. Dem vorangestellt werden nun die empirischen Ergebnisse dieses Abschnittes diskutiert und im Hinblick auf die Hypothesen bewertet.

### 5.2.2.3 Diskussion der Hypothesen

Entlang der übergeordneten These des zweiten Untersuchungsmodells *Die individuelle Einbindung in soziale Netzwerke beeinflusst die politische Partizipation der oder des Einzelnen* wurden verschiedene Hypothesen abgeleitet und statistisch analysiert. Die empirischen Ergebnisse werden nun zusammenfassend bewertet und mit Blick die Bedeutung der Erklärungsstrategien diskutiert.

H<sub>2.1</sub>: *Je größer die Anzahl an Mitgliedschaften in formellen Assoziationen, desto höher ist die individuelle politische Partizipation.*

Der Zusammenhang zwischen der Anzahl an Vereinsmitgliedschaften und politischer Partizipation gestaltet sich auf bivariater Ebene erkennbar positiv und

erweist sich auf multivariatem Niveau erwartungsgetreu als indirekt. Die empirischen Befunde bestätigen partizipationsfördernde Mechanismen einer institutionalisierten Netzwerkeinbettung, die im Folgenden zu diskutieren sind.

Als potenzielle Erklärungen für diesen Zusammenhang wurden verschiedene politisierende Wirkungen formeller Netzwerke theoretisch erörtert und in die statistische Analyse integriert. Im Sinne der *Sozialisationsthese* stoßen Vereine deshalb eine politische Beteiligung an, weil sie ihren Mitgliedern eine Plattform zur Kultivierung ziviler Fähigkeiten bieten. Jene Kompetenzen ermöglichen im Weiteren eine fähige sowie kosten- und aufwandseffiziente politische Einflussnahme. Tatsächlich ist empirisch nicht nur ein deutlicher Einfluss der civic skills auf die politische Partizipation nachzuweisen, sondern diese stellen auch den wesentlichen Erklärungsfaktor der Beziehung zwischen formellen Mitgliedschaften und politischer Beteiligung dar ( $r_{\text{Partizipation Mitgliedschaften, Civic skills}} = ,088$ ). Überdies lässt sich in diesem Zusammenhang ein kumulativer Effekt der Vereinsmitgliedschaften belegen. So verfügen Personen mit multiplen Mitgliedschaften über rund dreimal so viele kommunikativ-organisationale Kompetenzen und entsprechend auch über eine höhere politische Teilhabe als Mitglieder einzelner Vereine. Diese Wirkungen äußern sich wesentlich für traditionelle Beteiligungsformen. Daneben werden Vereinsmitglieder gemäß der *Rekrutierungsthese* in ihren Vereinen mit politischen Anfragen konfrontiert, die zu einer individuellen Teilhabe am politischen Geschehen mobilisieren. Nachweisbar entfalten jene Partizipationseinladungen jedoch einzig im konventionellen Bereich politisierende Wirkungen. Insgesamt nehmen sie eher eine nachgeordnete Stellung ein und tragen kaum zur Aufklärung des Zusammenhangs zwischen Vereinsmitgliedschaften und politischer Beteiligung bei ( $r_{\text{Partizipation Mitgliedschaften, Rekrutierung}} = ,213$ ;  $p < 0,01$ ). Weitere partizipationsrelevante Mechanismen wurden in der vereinsinduzierten Ausstattung mit politisch relevanten Informationen und notwendigem Wissen identifiziert (*Informationsthese*). Obgleich die Informations- und Diskussionsvielfalt bivariat mit der Anzahl an Vereinen und auch der Höhe politischer Beteiligung verknüpft ist, lässt sich multivariat einzig ein Beitrag politischer Informationen belegen ( $r_{\text{Partizipation Mitgliedschaften, Informationen}} = ,153$ ;  $p < 0,05$ ). Im Zusammenhang mit der *Lernthese* bestätigen sich ferner eine verstärkte Internalisierung reziproker Werte, partizipationsrelevanter Normen sowie ein höheres Vertrauen der Mitglieder im Vergleich zu den Nichtmitgliedern. Wider Erwarten stehen jedoch weder die Vertrauensarten noch die Wahlnorm in einer statistischen Verbindung zur politischen Beteiligung. Die Reziprozität entfaltet zwar partizipationsrelevante Effekte, jedoch sind diese nur bedingt auf eine Vereinsmitgliedschaft zurückzuführen. Dies ist unter anderem damit zu begründen, dass diese Werte nicht für den Vereinskontext zu separieren sind, sondern auf einer allgemeinen Ebene gemessen wurden.

Darüber hinaus ist eine Vereinsmitgliedschaft hochsignifikant mit Variablen des politischen Involvements assoziiert, welche die politische Partizipation als zentrale Faktoren stimulieren. Infolgedessen ist zu argumentieren, dass Vereine auch deshalb politisierend auf ihre Mitglieder wirken, weil sie das politische Interesse und Selbstbewusstsein steigern und eine diskursive Beschäftigung mit politischen Themen anregen. Allerdings ist auch an dieser Stelle nicht zwingend eine Kausalität vorauszusetzen. Insgesamt erscheint es zwar überzeugend, dass Vereine politisierende Wirkungen entfalten und darüber eine Teilhabe anstoßen (Sozialisierungseffekt). Jedoch ist ebenso plausibel, dass Vereinsmitgliedschaften von politisch wie sozial interessierten, engagierten und kompetenten Menschen in besonderem Maße angestrebt werden (Selbstselektionseffekt). Auf Grundlage der Daten erscheint es jedoch zumindest wahrscheinlich, dass in Vereinen gewisse Politisierungsprozesse vonstattengehen.

Zusammenfassend ist die Hypothese im Rahmen dieser Untersuchung formal zu bestätigen. Insbesondere multiple Vereinsmitgliedschaften stimulieren eine politische Teilhabe, wobei sich die Sozialisation ziviler Fähigkeiten als wesentlicher Erklärungsmechanismus für diesen Zusammenhang erwiesen hat. Einschränkend ist jedoch den Variablen des politischen Involvements insgesamt eine höhere Relevanz als den vereinsbezogenen Faktoren einzuräumen. Darüber hinaus manifestieren sich partiell unterschiedliche Einflüsse in Abhängigkeit des Partizipationstypus. Es erscheint auf dieser Basis problematisch, die politische Beteiligung auf einzelne Erklärungsmerkmale zu reduzieren.

*H<sub>2.2</sub>: Eine aktive Mitgliedschaft in formellen Assoziationen wirkt stärker positiv auf die individuelle politische Partizipation als eine passive Mitgliedschaft in formellen Assoziationen.*

Auf bivariater Ebene ist in Übereinstimmung mit der Hypothese eine deutlich stärkere Beziehung der politischen Partizipation zu den aktiven als zu den passiven Vereinsmitgliedschaften nachzuweisen. Tatsächlich offenbart sich zu den Passivmitgliedschaften keinerlei statistischer Zusammenhang. In der multivariaten Analyse bestätigt sich der Einfluss der Aktivmitgliedschaften, die im Weiteren eine hohe Abhängigkeit von vereinsbezogenen Erklärungsfaktoren demonstrieren.

Die unterschiedlichen Wirkungen der Aktiv- und Passivmitgliedschaften können wesentlich auf die civic skills zurückgeführt werden, die erst bei einer aktiven Vereinstilhabe trainiert, verinnerlicht und schließlich in die politische Arena transferiert werden (*Sozialisierungsthese*). Jene Kompetenzen beschreiben in Gänze den Zusammenhang zwischen Aktivmitgliedschaften und politischer Partizipation ( $r_{\text{Partizipation Aktivmitgliedschaften, Civic skills}} = ,018$ ). Hingegen werden auch

passive Mitglieder mit vergleichsweise vielen Partizipationsanfragen aus dem Vereinskontext konfrontiert, für die eine physische Anwesenheit und soziale Vereinsinteraktion offenbar nicht zwingend erforderlich sind (*Rekrutierungsthese*). Allerdings impliziert eine bloße Einladung noch keine politische Aktivität. Nach eigenen Angaben verliefen solche Mobilisierungsprozesse bei keinem der passiven Mitglieder, jedoch immerhin bei 25 % der aktiven, erfolgreich. Auch im Zusammenhang mit der *Informationsthese* ist festzuhalten, dass politische Informationen nunmehr über vielfache Wege und Medien vermittelt werden und Diskussionen ebenfalls keine körperliche Vereinspräsenz voraussetzen. Entsprechend gering fallen hier die Unterschiede zwischen aktiven und passiven Mitgliedern aus. Nichtsdestotrotz erklärt die politische Informiertheit in Teilen den Zusammenhang zwischen Aktivmitgliedschaften und politischer Beteiligung ( $r = ,142$ ;  $p < 0,05$ ). Im Gegensatz dazu sind die Unterschiede im Hinblick auf die Merkmale der *Lernthese* nicht nur bestenfalls als moderat zu bezeichnen, sondern ihnen kommt auch kein Mehrwert zur Erklärung der höheren politischen Teilhabe aktiver Mitglieder zu.

Insgesamt differiert der Großteil der politisierenden Funktionen zwar nur geringfügig in Abhängigkeit des Mitgliedschaftsstatus, weist aber offenbar eine unterschiedliche Politisierungsqualität für beide Mitgliedschaftstypen auf. Die höhere politische Beteiligung der Aktiven verweist damit wiederholt auf die Möglichkeit von Selbstselektionseffekten. So ist auch das politische Interesse deutlich mit den aktiven ( $r_s = ,264$ ;  $p < 0,001$ ), nicht aber den passiven Mitgliedschaften assoziiert ( $r_s = ,078$ ). Demgegenüber stellt die hohe Bedeutung der civic skills, die einzig über eine aktive Mitgliederrolle erworben werden, ein starkes Argument für die Sozialisationsfunktion institutioneller Netzwerke dar. Inwieweit die Verknüpfung aktiver Mitgliedschaften und politischer Beteiligung auf die Vereinstätigkeit oder auf grundlegende personale und motivationale Merkmale der Aktiven zurückzuführen ist, kann diese Untersuchung nicht abschließend beurteilen.

Zusammenfassend ist auf Basis der statistischen Ergebnisse zu bestätigen, dass aktive Mitgliedschaften in Einklang mit der Hypothese stärker mit einer politischen Teilhabe assoziiert sind als passive Mitgliedschaften. So erklärt sich der Einfluss der Vereinsmitgliedschaften auf die politische Beteiligung beinahe ausschließlich über die Aktivmitgliedschaften, die über die vereinsinterne Kultivierung von civic skills in hohem Maße politisiert werden. Aber auch passive Mitglieder können in einem begrenzteren Umfang über vereinspezifische Rekrutierungsprozesse mobilisiert werden, sodass ihre Beteiligung letztlich nachweisbar höher ausfällt als bei den Nichtmitgliedern.

H<sub>2,3</sub>: *Eine Mitgliedschaft in instrumentellen Assoziationen wirkt stärker positiv auf die individuelle politische Partizipation als eine Mitgliedschaft in expressiven Assoziationen.*

Die statistischen Analysen belegen positive Verknüpfungen der politischen Partizipation mit allen definierten Vereinstypen, stellen jedoch in Übereinstimmung zur Hypothese die stärkste Beziehung zu den instrumentellen Vereinigungen heraus. Da dieser Einfluss in der multivariaten Testung auch unter Kontrolle der theoretisierten Erklärungsfaktoren bestehen bleibt, ist eine vereinsbezogene Politisierung in instrumentellen Vereinen grundsätzlich diskussionswürdig.

Im Rahmen der vorherigen Untersuchungen haben sich die zivilen Fähigkeiten als zentrale Erklärungsfaktoren einer vereinsinduzierten politischen Teilhabe erwiesen (*Sozialisationsthese*). Auch in diesem Kontext beschreiben jene Kompetenzen vollständig die Zusammenhänge zwischen politischer Partizipation und expressiven ( $r_{\text{Partizipation Expressive. Civic skills}} = ,013$ ) sowie gemischten Vereinen ( $r_{\text{Partizipation Gemischte. Civic skills}} = ,002$ ), leisten für die instrumentellen Mitgliedschaften aber nur einen geringen Erklärungsbeitrag ( $r_{\text{Partizipation Instrumentelle. Civic skills}} = ,171$ ;  $p < 0,01$ ). Vergleichbares ist für die Partizipationsanfragen (*Rekrutierungsthese*), die Höhe politischen Wissens und die Anzahl politischer Diskussionen (*Informationsthese*) sowie die Reziprozität (*Lernthese*) zu vermerken. Die empirischen Ergebnisse stützen damit die Schlussfolgerung, dass sich in expressiven und gemischten Vereinen durchaus politisierende Wirkungen vollziehen, die eine politische Beteiligung ihrer Mitglieder begünstigen. Im Gegenzug tragen instrumentelle Vereine deutlich weniger zu einer politischen Mobilisierung und Informierung ihrer Mitglieder bei. Dessen ungeachtet weisen letztere nun aber nachweisbar die höchste politische Beteiligung auf, die folglich weniger mit vereinsbezogenen als vielmehr mit personellen und motivationalen Merkmalen zu begründen ist. Diesem Argument folgend stellen Vereine zivilgesellschaftlicher Einflussnahme ein Sammelbecken engagierter Menschen dar, wodurch eine Politisierung im Verein größtenteils überflüssig wird. Übereinstimmend ist eine instrumentelle Mitgliedschaft mit einem hohen politischen Interesse und einer hohen Selbstwirksamkeit verbunden.

Angelehnt an die Diskussion zur Hypothese<sub>1,3</sub> mag eine zweckrationale Grundorientierung somit nicht nur das zentrale Motiv einer instrumentellen Vereinsmitgliedschaft sein, sondern weiter auch einen Anreiz zur politischen Teilhabe bieten. Demzufolge wollen jene Mitglieder in verschiedenen Bereichen Veränderungen herbeiführen, ihre Bedürfnisse ausdrücken und Interessen durchsetzen, wozu sie sich vor allem direkter Mittel politischer Einflussnahme bedienen. Aufgrund der Größe und Beschaffenheit dieser Stichprobe können jedoch lediglich

Vermutungen über die erwähnten Zusammenhänge angestellt werden. Beispielsweise korrelieren instrumentelle und expressive Vereinsmitgliedschaften überaus stark miteinander ( $r = ,423$ ;  $p < 0,001$ ), wodurch sich naturgemäß die Unterschiede zwischen den einzelnen Formen reduzieren. Infolgedessen ist auch kein abschließendes Urteil über die Verknüpfungen der Formen sozialen Kapitals mit der politischen Teilhabe zu fällen. In der Tendenz ist das generalisierte Vertrauen aber erwartungsgetreu am stärksten mit dem instrumentellen und am geringsten mit dem gemischten Typus verknüpft.

Zusammenfassend ist die Gültigkeit dieser Hypothese nicht abschließend zu bewerten. Auf der einen Seite ist allen Vereinen ein gewisses Politisierungspotenzial zuzusprechen, sodass die Hypothese unter diesem Gesichtspunkt zu bestätigen wäre: Instrumentelle Mitgliedschaften wirken stärker positiv auf die politische Partizipation als andere Mitgliedschaften. Auf der anderen Seite ist jedoch fraglich, inwieweit die höhere Teilhabe instrumenteller Mitglieder ursächlich auf die Vereinsstrukturen zurückzuführen ist. So kommt den theoretisierten Erklärungsfaktoren insgesamt nur eine geringe Erklärungsrelevanz zu und eine Verknüpfung zu persönlich-motivationalen Merkmalen erscheint in diesem Zusammenhang wahrscheinlich. Insofern wäre die Hypothese nicht zu bestätigen: Gesellschaftlich relevante Vereine ziehen politisch involvierte Menschen an. Schlussendlich erweist sich der Stichprobenumfang als zu gering für eine isolierte Analyse der Effekte und demnach auch für ein endgültiges Urteil. Darüber hinaus könnten weitere Politisierungspotenziale existieren, die in dieser Untersuchung nicht erfasst wurden und vor allem in instrumentellen Vereinen wirksam werden.

*H<sub>2.4</sub>: Je größer das informelle soziale Netzwerk, desto höher ist die individuelle politische Partizipation.*

Die Größe informeller Netzwerke und die Höhe politischer Beteiligung stehen in einem linearen Positivverhältnis, welches sich im Rahmen der multivariaten Testung entsprechend der zentralen Annahmen als indirekt erweist. Als Erklärungen für den partizipationssteigernden Effekt großer Netzwerke fungieren primär die theoretisierten Merkmale des informellen Kontextes.

So tragen persönliche Beziehungen wesentlich zur Kultivierung und Internalisierung ziviler Fähigkeiten bei, wobei dem beruflichen Umfeld ein gesonderter Stellenwert aufgrund der direkten und regelmäßigen Abrufung jener Kompetenzen zuzuschreiben ist (*Sozialisationsthese*). Jene informellen civic skills begünstigen zum einen unmittelbar die politische Teilhabe und erklären zum anderen vollständig den Zusammenhang zwischen Netzwerkgröße und politischer Partizipation ( $r_{\text{Partizipation Größe. Civic skills}} = ,019$ ). Die empirischen Befunde

demonstrieren des Weiteren relevante Unterschiede zwischen formellen und informellen civic skills im Bereich traditioneller Teilhabemöglichkeiten. Während formelle Fähigkeiten einen substanziellen Einfluss auf diese Formate ausüben, bleibt die informelle Variante in diesem Kontext ohne statistischen Einfluss. Als wichtigster Prädiktor politischer Beteiligung erweisen sich jedoch Partizipationsanfragen durch Personen des alltäglichen Umgangs (*Rekrutierungsthese*). Im Gegensatz zu den zivilen Fähigkeiten, welche über die zunehmende Befähigung und sinkende Hürden primär intrinsische Motivationsstrukturen begünstigen, stimuliert die persönliche Einladung die politische Teilhabewahrscheinlichkeit als extrinsische Motivation. Zusammen bilden diese Merkmale die zentralen partizipationsrelevanten Ressourcen, die sich aus dem informellen Netzwerk schöpfen lassen. Gleichwohl steht die Anzahl politischer Rekrutierungen in einem nicht-linearen Zusammenhang zur Anzahl der Netzwerkpersonen und trägt schließlich auch nicht wesentlich zur Erklärung des Zusammenspiels zwischen Netzwerkgröße und politischer Partizipation bei ( $r_{\text{Partizipation GröÙe, Rekrutierung}} = ,169$ ;  $p < 0,05$ ). Bezogen auf die weiteren Erklärungsmerkmale ist ein großes Netzwerk zwar sowohl mit einer höheren Anzahl politischer Informationen und Diskussionen (*Informationsthese*) als auch reziproker Normen (*Lernthese*) assoziiert, die eine politische Teilhabe wenigstens in Teilen begünstigen. Jedoch nehmen diese Faktoren im Gesamtmodell eine nachgeordnete Stellung ein und erklären überdies kaum die partizipationssteigernden Wirkungen großer Netzwerke.

Zusammenfassend ist die Hypothese auf dieser Basis formal zu bestätigen, wobei der positive Zusammenhang zwischen Netzwerkgröße und politischer Beteiligung primär auf die verstärkte Sozialisierung ziviler Fähigkeiten zurückzuführen ist. Als wichtigster Erklärungsfaktor politischer Teilhabe haben sich indes die persönlichen Partizipationsanfragen herauskristallisiert, wobei diesbezüglich ein Grenznutzen der Netzwerkpersonen angezeigt ist. Da aus einem *Mehr* an Beziehungen nicht automatisch ein *Mehr* an Partizipationseinladungen folgt, rücken neben quantitativen Aspekten verstärkt auch qualitative Überlegungen ins Zentrum. Die Bedeutung der räumlichen Nähe wie auch der Beziehungsart sind im Zuge der nachfolgenden Hypothesen zu diskutieren. An dieser Stelle deutet sich mit Blick auf die einzelnen Teilnetzwerke eine zunehmende Rekrutierungsquantität mit steigender Beziehungsstärke an. Weitere relevante Unterschiede im Politisierungs- und Partizipationsverhalten sind indes nicht festzustellen, sodass eine Differenzierung der Teilnetzwerke nicht zwingend notwendig erscheint.

H<sub>2.5</sub>: *Je höher die geografische Reichweite des informellen sozialen Netzwerkes, desto höher ist die individuelle politische Partizipation.*

In Einklang mit der Hypothese wirkt die geografische Reichweite positiv auf die politische Beteiligung der oder des Einzelnen. Jedoch ist dieser Effekt nicht vollständig auf die theoretisierten Erklärungsfaktoren zurückzuführen, sodass eine Politisierung infolge einer hohen Netzwerkausgedehtheit zumindest diskutabel erscheint.

In der Theorie wurde eine höhere geografische Reichweite mit einer zunehmenden Anzahl an sozialen Fähigkeiten, Beteiligungsaufforderungen, nichtredundanten Informationen und unterschiedlichen Meinungs- und Rollenbildern verknüpft. Diese Annahmen lassen sich empirisch größtenteils nicht bestätigen. Einzig die civic skills stehen in einem positiv linearen Verhältnis zur Reichweite und klären einen Teil des Effektes auf die politische Partizipation auf ( $r_{\text{Partizipation Reichweite. Civic skills}} = ,165; p < 0,05$ ). Da der Zusammenhang zwischen Reichweite und politischer Beteiligung aber weiterhin signifikant bleibt, ist dessen Rückführung auf die Sozialisierung ziviler Fähigkeiten nur bedingt gegeben (*Sozialisierungsthese*). Ferner beschreiben die geografische Reichweite und politische Teilhabeaufforderungen (*Rekrutierungsthese*) sowie politische Informationen (*Informationsthese*) jeweils einen U-förmigen Zusammenhang, demnach politisierende Impulse entweder aus dem direkten Umfeld oder aber aus größerer Entfernung entsendet werden. Bezüglich der politischen Informationen ist anzumerken, dass ausschließlich Angaben über konkrete Mitwirkungsmöglichkeiten erhoben wurden, sodass eine lokale Informationsverbreitung durchaus plausibel ist. Beide Faktoren liefern jedoch ebenso wenig einen Erklärungsbeitrag zum untersuchten Zusammenhang wie die Merkmale der *Lernthese*. In der multivariaten Testung deuten sich derweil Assoziationen zwischen der Reichweite sozialer Netzwerke und den Variablen des politischen Involvements an. Infolgedessen erscheint es an dieser Stelle weniger wahrscheinlich, dass Menschen infolge einer hohen Netzwerkausgedehtheit politisiert werden, sondern dass politisch involvierte Menschen parallel eine höhere Reichweite aufweisen. Beispielsweise begünstigen einkommensbezogene Prozesse eine höhere Reichweite (vgl. Hypothese<sub>1,5</sub>) und konvergieren ebenfalls positiv mit der politischen Motivationsdimension (vgl. Verba et al. 1995).

Schlussendlich ist diese Hypothese nicht vollends zu bestätigen. Wie angenommen ist die geografische Reichweite zwar durchaus positiv mit der politischen Beteiligung einer Person assoziiert, weist zum Großteil der politisierenden Funktionen aber nur geringfügige Zusammenhänge auf. Somit stellen die empirischen Befunde eine Kausalität der Beziehungen infrage und relativieren eine Politisierung über besonders ausgedehnte Netzwerke. Einschränkend ist darauf hinzuweisen, dass die Interpretation durch die Verfügbarkeit von maximal fünf Alteri-Informationen allgemein begrenzt ist. Da dies aufgrund der Fragekonstruktion primär jene Netzwerkpersonen sind, die Ego kognitiv und emotional als

erstes zugänglich sind, sind Verzerrungen durch starke Beziehungskonstellationen wahrscheinlich. Folglich ist auf dieser Basis nicht abschließend zu klären, inwieweit eine hohe Reichweite persönlicher Netzwerke tatsächlich mit einer politischen Beteiligung verbunden ist.

*H<sub>2.6</sub>: Je heterogener die soziale Zusammensetzung des informellen sozialen Netzwerkes, desto höher ist die individuelle politische Partizipation.*

Ein Einfluss der sozialen Zusammensetzung wurde anhand der sozialen Homophilie und des Verwandtenanteils untersucht. Während die Netzwerkgleichheit in signifikant positiver Beziehung zur politischen Partizipation steht, ist für den Anteil familiärer Beziehungen erwartungsgetreu ein negativer Zusammenhang zu belegen. In der multivariaten Analyse erweist sich jedoch keines der Merkmale als statistisch bedeutsames Erklärungsmerkmal.

Analog zur geografischen Reichweite wurde eine sozialstrukturelle Vielfalt mit Politisierungsprozessen in Verbindung gebracht, die auf multiplen Kommunikations- und Informationskanälen beruhen. So generiere eine heterogene Netzwerkzusammensetzung vorwiegend brückenbildendes Sozialkapital, während Neigungen zur sozialen Homophilie vor allem eine bindende Sozialkapitalvariante kreieren (vgl. Abschnitt 2.4.5). Die angenommene Überlegenheit brückenbildender Netzwerke lässt sich für den politischen Bereich nicht ausnahmslos bestätigen. So sind es in dieser Stichprobe vorwiegend homophile und nicht heterophile Beziehungen, die eine politische Teilhabe begünstigen. Ein partizipatorischer Mehrwert zunehmender Diversität ist hingegen für den Bereich der Beziehungsheterogenität festzustellen, wo ein enger Fokus auf den eigenen Familienkreis politische Tätigkeiten nachweisbar begrenzt. Einschränkend sind signifikante Zusammenhänge einzig auf bivariatem Niveau aufzuzeigen und die theoretisierten Erklärungsmerkmale erweisen sich statistisch als wenig bis gar nicht bedeutsam für den untersuchten Zusammenhang.

Eine Erklärung für den Effekt sozialstruktureller Gleichheit liefert indes das Bildungsniveau der Befragten, welches nachweisbar positiv mit der Homophilie informeller Netzwerke assoziiert ist (vgl. Hypothese<sub>1.6</sub>). Tatsächlich erweist sich die Bildung als Moderatorvariable zwischen Partizipation und Homophilie ( $r_{\text{Partizipation Homophilie, Bildungsjahre}} = ,120$ ), jedoch gestaltet sich dieser Effekt erwartungskonträr. So sind für die Bildungsgruppe mit akademischem Abschluss keinerlei Partizipationsgewinne durch merkmalsähnliche Personen im Netzwerk nachzuweisen ( $r_{\text{Partizipation Homophilie}} = -,037$ ;  $N = 110$ ). Die Vorteile, die sich etwa in Bezug auf die berufliche Karriere durch statusgleiche Netzwerkpersonen und deren Ressourcen schöpfen lassen, sind demnach nicht in die

politische Sphäre zu transferieren (vgl. Bourdieu 1983, Wegener 1989). Demgegenüber können Personen ohne akademischen Abschluss durchaus von der Netzwerkgleichheit profitieren; in diesem Bereich ist ein hochsignifikanter Einfluss der sozialen Homophilie auf die politische Partizipation zu belegen ( $r = ,276$ ;  $p < 0,01$ ;  $N = 100$ ). Argumentativ nimmt mit der Ähnlichkeit einer Beziehung in der Regel auch deren Stärke zu (vgl. Wegener 1989: 292). Da starke und geschlossene Netzwerkkonstellationen weiter durch eine hohe soziale Kontrolle charakterisiert sind, eignen sie sich in Form bindenden Sozialkapitals hervorragend zur Durchsetzung sozialer wie auch partizipationsrelevanter Normen (vgl. Coleman 1991: 415 f.; Abschnitt 2.4.1.2). Für die Merkmale der *Lernthese* (Vertrauen, Reziprozität, Wahlnorm) ist diese Annahme jedoch nicht zu bestätigen und auch den übrigen Erklärungsthesen kommt in diesem Zusammenhang wiederholt kein substanzieller Einfluss zu. Für den Anteil verwandter Beziehungen lassen sich indes vergleichbare, wenn auch deutlich schwächere, Muster in Abhängigkeit des Bildungsniveaus feststellen.

Insgesamt ist die Hypothese auf Basis der empirischen Befunde nicht zu bestätigen. Partizipatorische Vorteile durch soziale Vielfalt sind einzig für die Beziehungsart, nicht aber für die Merkmalsgleichheit nachzuweisen. Zudem sind die Ergebnisse in multivariaten Analysen nicht zu reproduzieren, zeigen zwischen Homophilie und Partizipation nur näherungsweise eine Linearität an und können statistisch kaum in Verbindung zu den politisierenden Merkmalen sozialer Netzwerke gebracht werden. Die soziale Zusammensetzung übt folglich keinen eigenständigen Einfluss auf die politische Partizipation aus, sondern scheint mehrheitlich auf das Bildungsniveau der Befragten zurückzuführen sein. Jedoch sei auch an dieser Stelle angemerkt, dass die Bewertung dieser Hypothese durch die begrenzte Anzahl an Alteri-Informationen eingeschränkt ist.

### 5.2.3 Sozialräumliche Einflüsse auf das soziale und politische Verhalten

Ausgehend von der dritten untersuchungsleitenden These verschiebt sich die Analyseperspektive nun von individuellen Zusammenhängen auf gebietsbezogene Einflussfaktoren. Unter der Annahme, dass sozialstrukturell ähnliche Personen in sozialstrukturell unterschiedlichen Umfeldern unterschiedlich agieren, ist ein Einfluss des sozialen Kontextes auf die soziale Netzwerkeinbindung (vgl. Abschnitt 5.2.3.1) sowie die politische Partizipation (vgl. Abschnitt 5.2.3.2) zu prüfen. Daraufhin werden die Ergebnisse zusammenfassend diskutiert und die Gültigkeit der Hypothesen abgeschätzt (vgl. Abschnitt 5.2.3.3). Vorangestellt sei

angemerkt, dass neben der generellen Kausalitätsproblematik von Querschnittsuntersuchungen sowohl die geringe Stichprobengröße als auch der Bezug auf lediglich zwei Stadtteile die Ableitung von haltbaren Aussagen schmälern. Entsprechend dürfen auf Basis der nachfolgenden Berechnungen allenfalls Deutungen über die Kölner Stadtteile Hahnwald und Chorweiler erfolgen. Die empirische Analyse zielt somit weniger auf die Bestätigung statistischer Zusammenhänge als vielmehr auf die Aufdeckung grundlegender Strukturen.

### 5.2.3.1 Sozialer Kontext und soziale Netzwerke

In der deskriptiven Auseinandersetzung wurden bereits erste Befunde über die Ausgestaltung sozialer Netzwerke in Hahnwald und Chorweiler berichtet, die auf eine deutliche Differenz zwischen den Stadtteilen hinsichtlich quantitativer und qualitativer Elemente verweisen (vgl. Abschnitt 5.1). Zur Einordnung ihrer statistischen Relevanz werden die netzwerkrelevanten Kennzahlen zuerst systematisch einem Mittelwertvergleich unterzogen (vgl. Anhang C.9 im elektr. Zusatzmaterial). Die Ergebnisse der Varianzanalysen belegen zusammenfassend, dass die Befragten aus Hahnwald durchschnittlich in mehr Vereinen organisiert sind, sich überdies eher aktiv in diesen engagieren und zudem häufiger in gesellschaftlich relevanten Vereinen vertreten sind als Personen aus Chorweiler. Darüber hinaus zeichnen sie sich durch größere informelle Netzwerke aus, die sich anteilig aus weniger lokalen und verwandten Alteri zusammensetzen. Mit Ausnahme der Anzahl an Passivmitgliedschaften, die tendenziell das gleiche Muster für beide Einheiten darbieten, und des Verwandtenanteils erweisen sich alle Mittelwertdifferenzen als hochsignifikant. Da mit Hahnwald und Chorweiler zwei Stadtteile ausgewählt wurden, deren Sozialstrukturen durch erhebliche Ungleichheiten gekennzeichnet sind, sind diese Ergebnisse uneingeschränkt erwartungskonform.

In einem ersten Schritt bieten die in Abschnitt 5.2.1 ermittelten positiven Assoziationen zwischen sozioökonomischer Ressourcenausstattung und sozialen Netzwerken eine Erklärung für die im Sinne dieser Studie *günstigere* soziale Vernetzung der Hahnwald-Anwohnenden. In einem zweiten Schritt müssen nun aber eben jene Einflüsse gefiltert werden, um sozialräumliche Verschiedenheiten jenseits ressourcenbezogener Merkmale zu prüfen. Zu diesem Zweck werden nachfolgend Kovarianzanalysen berechnet, welche die Ressourcen Bildungsjahre und Einkommen einzeln wie auch gemeinsam als Kovariaten integrieren (vgl. Tabelle 5.27). Verglichen werden die Mittelwertunterschiede der Stadtteile im Hinblick auf formelle wie informelle Netzwerkelemente, wobei auf die Darstellung der Passivmitgliedschaften wie auch der expressiven und gemischten Vereinskategorien an dieser Stelle verzichtet wird.

**Tabelle 5.27** Mittelwertvergleiche der formellen und informellen Netzwerke zwischen Hahnwald und Chorweiler, kontrolliert für Bildung und Einkommen

	Hahnwald		Chorweiler		Teststatistik	
	Mean	N	Mean	N	F	$\alpha$
Kovariate: Bildungsjahre						
Anzahl Vereinsmitgliedschaften	1,67	140	0,49	169	43,11	***
Anzahl Aktivmitgliedschaften	1,17	140	0,31	169	21,00	***
Anzahl instrumenteller Vereine	0,54	140	0,12	169	34,79	***
Anzahl Netzwerkpersonen	11,31	120	8,33	145	7,78	**
Lokale Alteri (ohne Eheperson)	0,25	114	0,38	125	7,75	**
Verwandte Alteri	0,44	114	0,53	126	3,07	
Kovariate: Einkommen (log.)						
Anzahl Vereinsmitgliedschaften	1,58	129	0,59	162	19,24	***
Anzahl Aktivmitgliedschaften	1,21	129	0,32	162	14,16	***
Anzahl instrumenteller Vereine	0,48	129	0,19	162	10,82	**
Anzahl Netzwerkpersonen	12,77	113	7,49	139	15,01	***
Lokale Alteri (ohne Eheperson)	0,29	107	0,33	121	0,38	
Verwandte Alteri (ohne Eheperson)	0,47	107	0,51	122	0,45	
Kovariaten: Bildungsjahre und Einkommen (log.)						
Anzahl Vereinsmitgliedschaften	1,51	129	0,65	162	12,57	***
Anzahl Aktivmitgliedschaften	1,15	129	0,37	162	9,46	**
Anzahl instrumenteller Vereine	0,46	129	0,21	162	7,26	**
Anzahl Netzwerkpersonen	12,04	113	8,09	139	7,73	**
Lokale Alteri (ohne Eheperson)	0,29	107	0,33	122	0,56	
Verwandte Alteri (ohne Eheperson)	0,44	107	0,50	122	0,06	

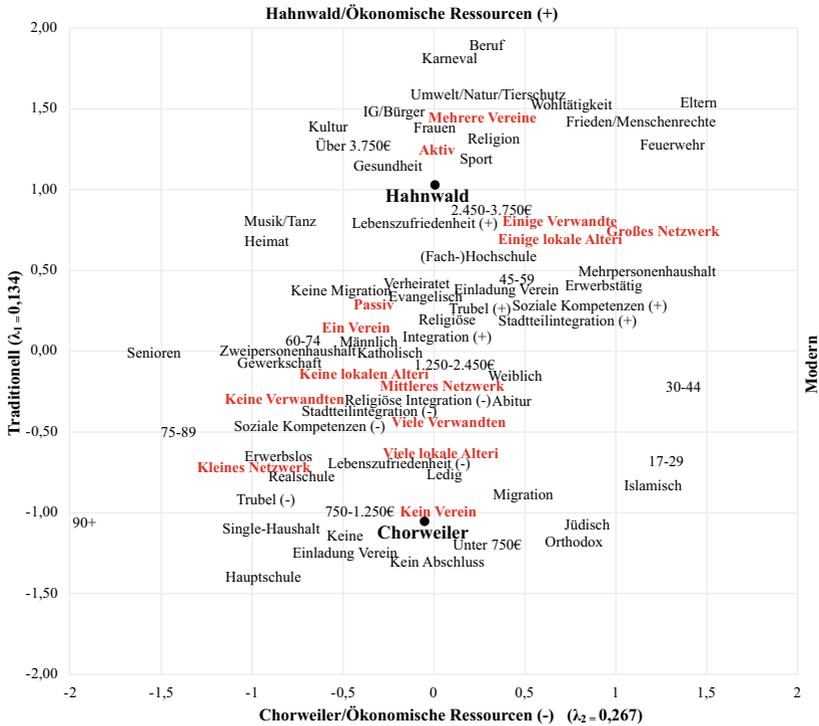
Anmerkungen: Einfaktorielle Kovarianzanalyse. Signifikanzniveaus: \*  $p < 0,05$ ; \*\*  $p < 0,01$ ; \*\*\*  $p < 0,001$ .

Unter Kontrolle der Bildungsjahre sind nur geringfügige Veränderungen der einzelnen Mittelwerte festzustellen, die sich weiterhin hochsignifikant zwischen den Stadtteilen unterscheiden. In der Konsequenz ist der Bildungsressource kein beachtlicher Einfluss auf jene stadtteilspezifischen Differenzen der sozialen Vernetzung zu attestieren. Vergleichbares ist für das Einkommen im Hinblick auf die Aspekte formeller Netzwerke sowie der Anzahl persönlicher Beziehungen

zu konstatieren. Einzig der qualitativ-informelle Bereich ist durch eine Einkommensabhängigkeit geprägt, infolgedessen sich unter Konstanzhaltung finanzieller Einflüsse nunmehr nichtsignifikante Mittelwertunterschiede dazunehmen. Nichtsdestotrotz sind für die Befragten aus Chorweiler nach wie vor durchschnittlich höhere Anteile lokaler und verwandter Alteri zu belegen. Sämtliche Muster sind bemerkenswerterweise auch unter Kontrolle beider sozioökonomischer Ressourcen nachzuweisen. Somit liefern diese Ergebnisse Hinweise für die Existenz stadtteilspezifischer Differenzen, die nicht auf sozialstrukturelle Ungleichheiten zu reduzieren sind, sondern mutmaßlich auf das soziale Umfeld rekurren.

Aufschluss über potenzielle Kontexteinflüsse soll nun eine multiple Korrespondenzanalyse liefern, die maßgebende Strukturen zwischen den Stadtteilen, soziodemografischen Merkmalen und den Netzwerkelementen veranschaulicht. Darüber hinaus werden die Faktoren der ersten Erklärungsstrategie in die Berechnung einbezogen, die in aggregierter Form externe Effekte für das gesamte Wohngebiet implizieren. Die Bildung wird über den höchsten Schulabschluss berücksichtigt und die finanziellen Ressourcen werden in Einkommensquintile zerlegt. Die inhaltliche Interpretation erfolgt anhand der grafischen Ergebnisdarstellung der HOMALS-Prozedur. Diese illustriert einen zweidimensionalen Projektionsraum, in dem sich die einzelnen Merkmale anhand ihrer Distanzen zum Ursprung und ihrer relationalen Ähnlichkeiten beschreiben lassen (vgl. Abbildung 5.8). Den Diskriminationsmaßen zufolge reflektiert die erste Achse diverse soziodemografische Charakteristika, die sich figurativ zwischen den Polen *traditionell* und *modern* anordnen ( $\lambda_1 = 0,134$ ). Da das Lebensalter am stärksten strukturgebend wirkt, wird diesem nachfolgend ein besonderer Stellenwert zuteil. Die zweite Dimension wird primär über die Stadtteile und das Einkommen repräsentiert und entsprechend als *Chorweiler-Hahnwald* beziehungsweise *ökonomisch schwach-ökonomisch reich* interpretiert ( $\lambda_2 = 0,267$ ). Auf dieser Basis gliedert sich der soziale Raum in die vier Quadranten I: *Hahnwald/modern*, II: *Hahnwald/traditionell*, III: *Chorweiler/traditionell*, IV: *Chorweiler/modern*. Die Darstellung reproduziert damit wesentlich das klassische Bild lebensweltlich orientierter Sozialstrukturuntersuchungen.

Die deskriptiven Befunde über die sozioökonomische Ressourcenverteilung werden zunächst anschaulich entlang der zweiten Achse abgetragen. So finden sich im negativen Achsenbereich (Chorweiler) nicht nur die unteren Einkommensgruppen wieder, sondern auch jene Bildungskategorien, die unterhalb des (Fach-)Hochschulabschlusses liegen. Die Formalbildung divergiert zudem entlang der Altersachse und demonstriert Einflüsse der Bildungsexpansion der 1960er Jahre: Sofern Personen aus Chorweiler eine höhere Bildung (Abitur) aufweisen,



**Abbildung 5.8** Soziale Netzwerke in sozialräumlicher Verteilung (*Anmerkungen:* Grafische Ausgabe der multiplen Korrespondenzanalyse. Die ursprünglichen Achsen wurden transponiert und um 10° gegen den Uhrzeigersinn rotiert. Kleines Netzwerk: ≤ 5 Alteri, mittleres Netzwerk: ≤ 12 Alteri, großes Netzwerk: > 12 Alteri; keine lokalen/verwandten Alteri: 0, einige lokale/verwandte Alteri: ≤ 0,40, viele lokale/verwandte Alteri: ≤ 1. Die Erklärungsfaktoren wurden jeweils anhand des Medians in wenig(er) ausgeprägt (–) und ausgeprägt(er) (+) dichotomisiert. Zur besseren Lesbarkeit wurden einzelne Elemente minimal verschoben; deutliche Verschiebungen sind gegebenenfalls durch Führungslinien kenntlich gemacht. N = 314)

sind vornehmlich jüngere Altersgruppen anbelangt, wohingegen älteren Befragten (60 + ) in erster Linie Haupt- und Realschulabschlüsse zugeordnet sind.<sup>17</sup> Für die Befragten aus Hahnwald sind indes ein akademischer Bildungsgrad und

<sup>17</sup> Aufgrund des hohen Durchschnittsalters dieser Stichprobe (57,91 Jahre) wird die Grenze älter/jünger in dieser Interpretation bei etwa 60 Jahren gezogen.

ein hohes Nettoeinkommen am wahrscheinlichsten. Darüber hinaus manifestieren sich weitere soziodemografische Unterschiede zwischen den Stadtteilen. Während Personen aus Hahnwald in der Regel verheiratet sind und in Zwei- (älter) oder Mehrpersonenhaushalten (jünger) leben, sind die Befragten aus Chorweiler vorherrschend als alleinstehend (jünger) und alleinlebend (älter) charakterisiert. Im Quadranten Chorweiler/modern gruppieren sich zudem die Merkmale Migration und nichtchristliche Religionszugehörigkeiten. Die größere Entfernung zum Achsenkreuz symbolisiert an dieser Stelle eine hohe Differenzierung zwischen den Stadtteilen, wobei orthodoxe, jüdische und islamische Glaubensrichtungen in dieser Untersuchung tatsächlich ausschließlich von Befragten aus Chorweiler genannt werden. Demgegenüber sind Personen aus Hahnwald eher durch eine der christlichen Konfessionen und keinen Migrationshintergrund gekennzeichnet.

Die sozialkapitalrelevanten Merkmale ordnen sich in Abhängigkeit des Organisationsgrades sozialer Netzwerke tendenziell entlang verschiedener Dimensionen an. Zunächst verteilen sich die Elemente formeller Netzwerke eindeutig entlang der vertikalen Achse. Bezogen auf deren quantitativen Aspekt gruppieren sich Nichtmitglieder nahe dem ökonomisch schwachen Pol (Chorweiler), singuläre Mitgliedschaften sind etwa in der Achsenmitte und multiple Vereinsmitgliedschaften bei den hohen Einkommensklassen (Hahnwald) zu finden. Damit bleibt der vormals ermittelte Individualzusammenhang zwischen Einkommen und der Anzahl an Vereinsmitgliedschaften im Projektionsraum erhalten (vgl. Abschnitt 5.2.1.1). Angesichts der Ergebnisse der Kovarianzanalysen ist jedoch zu mutmaßen, dass diese Struktur nicht ausschließlich über die ökonomischen Ressourcen bestimmt wird, sondern ebenso ein sozialräumlicher Einfluss einzubeziehen ist (vgl. Tabelle 5.27). Die Alters-/Modernitätsdimension wirkt im formellen Bereich insofern strukturgebend, als dass sie die Anordnung der Vereinstypen im Stadtteil Hahnwald formt. Ältere und traditionellere Befragte betätigen sich vorwiegend in expressiven und sozialstrukturell assoziierten Vereinen, wobei absteigend nach dem Alter beispielhaft Senioren-, Heimat-, Kultur-, und Frauenvereine zu nennen sind; jüngere Befragte engagieren sich prioritär in instrumentellen und gesellschaftlich relevanten Organisationen (e. g. Friedens- und Menschenrechtsorganisationen, Wohltätigkeits- sowie Umwelt-, Natur-, und Tierschutzvereine). Besteht indes in Chorweiler eine Vereinsmitgliedschaft, ist es relativ betrachtet am wahrscheinlichsten eine Gewerkschaftstätigkeit, die insbesondere ältere Befragte innehaben. Hinsichtlich des Mitgliedschaftsstatus positioniert sich eine aktive Vereinstätigkeit eindeutig am Stadtteil Hahnwald, wohingegen der Wohnort erkennbar weniger zur Vorhersage der passiven Mitgliedschaften beiträgt, die sich vergleichsweise nahe am Ursprung befinden.

Demgegenüber formieren sich die informellen Netzwerkelemente vorrangig entlang der horizontalen Achse. In Einklang mit den Ergebnissen der Individualuntersuchungen offenbart sich hier ein Zusammenspiel zwischen Alter und Netzwerkgröße, demzufolge die größten Netzwerke bei den jüngeren und die kleinsten entsprechend bei den älteren Befragten zu finden sind.<sup>18</sup> Ebenfalls bestätigen sich Abhängigkeiten zwischen Netzwerkgröße und Formalbildung, demnach große Netzwerke eine hohe räumliche Nähe zum akademischen Bildungsgrad aufweisen, mittlere Netzwerke strukturell dem Abitur und kleine Netzwerke dem Realschulabschluss nahestehen (vgl. Abschnitt 5.2.1.2). Divergenzen zwischen den Stadtteilen demonstriert insbesondere die Gegenüberstellung von Verheirateten mit Kindern aus Hahnwald (große Netzwerke; Quadrant I) und Alleinlebenden aus Chorweiler (kleine Netzwerke; Quadrant III). Letztere scheinen im hohen Alter in besonderem Maße von sozialer Isolation betroffen zu sein. Gestützt wird diese Annahme über die Erklärungsfaktoren sozialer Vernetzung, die in diesem Quadranten ausnahmslos die Ausprägungen gering (–) annehmen. Dagegen sind die jeweils höheren Ausprägungen (+) der Merkmale Lebenszufriedenheit, Stadtteilintegration, Trubel und Sozialkompetenz ausschließlich bei den jüngeren Befragten aus Hahnwald lokalisiert, bei denen sich Interaktionsfreude und soziale Fähigkeiten in großen sozialen Netzwerken und einer höheren Sozialkapitalausstattung niederschlagen. Auf dieser Basis ist zu vermuten, dass jene Faktoren in den vorherigen Analysen unter Differenzierung der Stadtteile eine höhere Erklärungskraft für die Netzwerkgröße entfaltet hätten.

Die qualitativen Merkmale der Reichweite und sozialen Zusammensetzung stehen indes in keiner linearen Anordnung zur Alters- oder Stadtteildimension. Die höchsten Anteilswerte lokaler und verwandter Alteri sind im mittleren Alter in Chorweiler zu finden und die älteren Befragten dieses Stadtteils benennen am wahrscheinlichsten keine benachbarten oder familiären Kontakte. Es wäre jedoch falsch, aus letztgenannter Feststellung eine besonders hohe soziale Heterogenität und Reichweite ihrer Netzwerke abzuleiten, da diese Altersgruppe insgesamt nur wenige Beziehungen aufweist. Vielmehr treffen diese Qualitätsmerkmale auf die jüngeren Befragten aus Hahnwald zu, die bei großen sozialen Netzwerken nur *einige* lokale und verwandte Alteri zu ihren Kontakten zählen

---

<sup>18</sup> Um Unterschiede in Abhängigkeit der Beziehungsstärke zu prüfen, wurden testweise die Teilskalen sozialer Netzwerke anstelle der Gesamtgröße in die Analyse aufgenommen. Da sich jedoch sämtliche Einzelskalen in unmittelbarer Nähe zueinander und an ähnlichen Positionen wie das Gesamtnetzwerk im Projektionsraum anordnen, ergibt sich durch die Differenzierung der Netzwerkpersonen kein analytischer Mehrwert. Aus Gründen der Sparsamkeit und besseren Lesbarkeit wird im Weiteren der Bezug auf die Gesamtskala beibehalten.

und demnach eine gewisse soziale Durchmischung in puncto Beziehungsformen erkennen lassen.<sup>19</sup> Dieser Befund bietet schließlich eine Erklärung für die insgesamt eher bedeutungsschwachen Beziehungen zwischen Ressourcenausstattung und der Reichweite sowie des Verwandtenanteils sozialer Netzwerke (vgl. Abschnitt 5.2.1.2). Einerseits besitzen die Älteren aus Chorweiler durchschnittlich nur wenige Kontakte und verzerren dadurch die qualitativen Netzwerkelemente, andererseits weisen die Jüngeren aus Hahnwald mehrheitlich eine Familie auf und beschreiben allein deshalb räumlich begrenztere und familiär geprägte Netzwerke. Die Ergebnisse sprechen dafür, *einige* verwandte und lokale Alteri als qualitativ günstige Ausprägung informeller Netzwerke zu werten.

Insgesamt verdeutlicht die grafische Darstellung eine höhere finanzielle denn bildungsbezogene Ungleichheit zwischen den Stadtteilen. Entsprechend dem klassischen Bias schriftlicher Umfragen ist das Bildungsniveau der Teilnehmenden aus Chorweiler, bezogen auf die Gesamtpopulation des Stadtteils, zwar überproportional hoch, nicht aber deren Einkommen. Aufgrund struktureller Gegebenheiten ist es gewiss auch eine Frage finanzieller Mittel, inwiefern ein Wohnen und Leben in diesem oder dem anderen Stadtteil möglich ist. Dies erklärt schlüssig die derart hohe Kopplung zwischen Stadtteil und Pro-Kopf-Einkommen ( $r = ,749$ ;  $p < 0,001$ ), welche schließlich vor allem die institutionalisierten Netzwerkaspekte beeinflusst. Gleichwohl verweist die empirische Auswertung auf die Existenz weiterer Unterschiedlichkeiten zwischen den Stadtteilen, die nicht über die ökonomische Kapitalausstattung der Anwohnenden zu erklären sind. So wird die Gestaltung informeller Netzwerke primär durch Differenzen in der Modernitäts-/Altersdimension geprägt. In diesem Sinne gibt der Einbezug einer sozialräumlichen Perspektive Aufschluss über fehlende beziehungsweise schwache Individualzusammenhänge zwischen Ressourcen, Elementen sozialer Netzwerke und den assoziierten Erklärungstheorien. Mögliche Begründungen sowie die Bedeutung sozialer Kontexteffekte werden in Abschnitt 5.2.3.3 diskutiert. Im Folgenden wird zunächst das politische Partizipationsverhalten in sozialräumlicher Perspektive betrachtet.

---

<sup>19</sup> In dieser Darstellung wurde auf die Integration der sozialen Homophilie verzichtet. Aufgrund der hohen Verknüpfung zu den verwandtschaftlichen Beziehungen weisen die kategorialen Ausprägungen dieser Skala ähnliche Koordinatenpunkte wie die Verwandtenanteile auf. Demnach entspricht die räumliche Lage einer hohen Homophilie der eines geringen Verwandtenanteils und umgekehrt.

### 5.2.3.2 Sozialer Kontext und politische Partizipation

In der politischen Arena ist den Befragten aus Hahnwald zunächst ein deutlich aktiveres Partizipationsverhalten als den Personen aus Chorweiler zu attestieren, wobei sich der Unterschied zwischen den Stadtteilen als hochsignifikant erweist ( $F = 28,23$ ;  $p < 0,001$ ). Mit Blick auf die Teilskalen politischer Teilhabe bestätigen Varianzanalysen das Muster signifikanter Mittelwertdifferenzen für traditionelle, digitale und konventionelle Beteiligungsformen. Eine Ausnahme bilden unkonventionelle Mittel politischer Willensäußerung, die eine geringfügig höhere Beteiligung seitens der Befragten aus Chorweiler anzeigen (vgl. Abschnitt 5.1; Anhang C.10 im elektr. Zusatzmaterial). Inwiefern aus diesem Befund nun aber eine höhere Neigung dieser Personen zu protestorientierten Beteiligungsmöglichkeiten abzuleiten ist, ist im weiteren Verlauf zu diskutieren. Ein Indiz für diese Sichtweise bietet an dieser Stelle die digitale Partizipation, die ebenfalls politische Protestformen umschließt und für Chorweiler in der Tendenz höhere Durchschnittswerte im Vergleich zu anderen Formen offenbart. Zuvor soll jedoch eine Abhängigkeit der Partizipationsdifferenzen von sozialen Statusvariablen geprüft werden. Dazu werden die Ressourcen Bildungsjahre und Einkommen einzeln und gemeinsam als Kovariaten in den nachfolgenden Kovarianzanalysen berücksichtigt, welche Stadtteilunterschiede im Hinblick auf die Höhe politischer Partizipationsformen testen (vgl. Tabelle 5.28).

Die Ergebnisse dieser Analysen belegen teils unterschiedliche Beziehungen zwischen den Subskalen politischer Beteiligung und den sozioökonomischen Ressourcen. Auf der einen Seite beweisen traditionelle und konventionelle Formen eine hohe Ressourcenunabhängigkeit, demzufolge sich die Stadtteilmittelwerte unter Kontrolle von Bildungsjahren und Einkommen weiterhin hochsignifikant unterscheiden. Vergleichbar stabil gestalten sich die Durchschnittswerte der unkonventionellen Partizipation, welche somit gleichfalls eine Autonomie von sozioökonomischen Einflüssen begründen. Auf der anderen Seite wird die Online-Beteiligung in hohem Maße sowohl durch Bildungs- als auch Einkommensressourcen bedingt. Unter Kontrolle beider Merkmale sind nur noch minimale Differenzen zwischen Hahnwald und Chorweiler festzustellen. Mit Blick auf potenzielle sozialräumliche Einflüsse erscheint ein geringerer Standortbezug digitaler Partizipationsformen im Gegensatz zu nichtdigitalen Möglichkeiten intuitiv schlüssig. Alle Formen zusammengenommen unterscheidet sich die Gesamtpartizipation schließlich weiterhin signifikant zugunsten der Personen aus Hahnwald ( $F = 6,10$ ;  $p < 0,05$ ). Damit legen die Kovarianzanalysen grundlegende Verschiedenheiten zwischen den Stadtteilen nahe, die sich in Partizipationshöhe sowie präferierten Formen äußern und nur partiell auf die ungleiche Ressourcenausstattung rekurrieren.

**Tabelle 5.28** Mittelwertvergleiche der politischen Partizipationsskalen zwischen Hahnwald und Chorweiler, kontrolliert für Bildung und Einkommen

	Hahnwald		Chorweiler		Teststatistik	
	Mean	N	Mean	N	F	$\alpha$
Kovariate: Bildungsjahre						
Politische Partizipation	0,14	124	-0,15	145	13,06	***
Traditionelle Partizipation	0,23	142	-0,16	169	14,74	***
Online-Partizipation	0,11	132	-0,03	149	1,30	
Konventionelle Partizipation	0,30	138	-0,18	152	21,36	***
Unkonventionelle Partizipation	-0,03	124	0,05	146	0,31	
Kovariate: Einkommen (log.)						
Politische Partizipation	0,17	114	-0,16	138	11,00	**
Traditionelle Partizipation	0,33	131	-0,24	162	20,60	***
Online-Partizipation	0,10	122	-0,24	142	0,75	
Konventionelle Partizipation	0,32	128	-0,17	145	13,90	***
Unkonventionelle Partizipation	-0,02	114	0,03	139	0,11	
Kovariaten: Bildungsjahre und Einkommen (log.)						
Politische Partizipation	0,13	114	-0,13	138	6,10	*
Traditionelle Partizipation	0,28	131	-0,19	162	12,32	**
Online-Partizipation	0,05	122	0,23	142	0,03	
Konventionelle Partizipation	0,27	128	-0,11	145	7,95	**
Unkonventionelle Partizipation	-0,04	114	0,05	139	0,25	

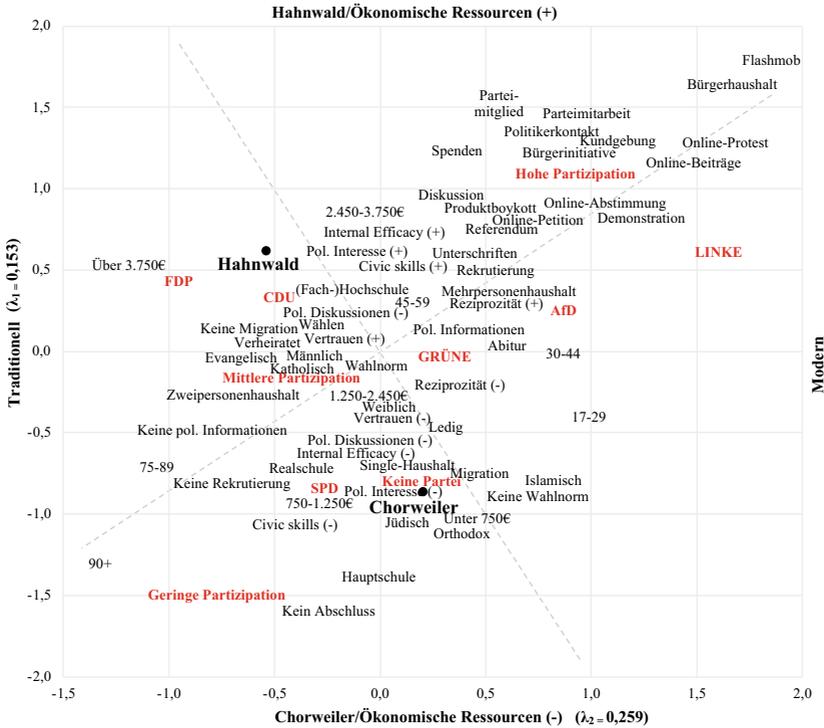
*Anmerkungen:* Einfaktorielle Kovarianzanalyse. Standardisierte Gesamt- und Teilskalen politischer Partizipation. Signifikanzniveaus: \*  $p < 0,05$ ; \*\*  $p < 0,01$ ; \*\*\*  $p < 0,001$ .

Inwieweit diese Unterschiede auf sozialräumlichen Faktoren beruhen, ist im Folgenden auf der Grundlage multipler Korrespondenzanalysen zu diskutieren. Dazu modelliert eine erste Analyse Beziehungen zwischen politischer Beteiligung, politisierenden Funktionen, Parteipräferenzen und soziodemografischen Hintergrundvariablen, wobei die standardisierte Partizipationsskala in Terzile zergliedert wird (gering, mittel, hoch). Darüber hinaus werden das politische Interesse und die interne politische Wirksamkeit in die Untersuchung aufgenommen, da sich jene Merkmale vormals als relevante Erklärungsfaktoren politischer Beteiligung erwiesen haben (vgl. Abbildung 5.9). Eine zweite Analyse integriert zusätzlich die Merkmale formeller und informeller Netzwerke und vervollständigt somit das Bild partizipationsrelevanter Faktoren (vgl. Abbildung 5.10). Stadtteilspezifische Unterschiede und Besonderheiten werden jeweils anhand der grafischen Ausgabe erörtert.

In der ersten Darstellung weist die geografische Verortung der sozioökonomischen und -demografischen Merkmale deutliche Parallelen zur Netzwerkanalyse des vorherigen Abschnittes auf (vgl. Abschnitt 5.2.3.1) auf. Abermals wird die vertikale Achse des zweidimensionalen Raumes maßgeblich durch die Stadtteile und das Einkommen der Befragten bestimmt und als Kontinuum zwischen den Polen *Chorweiler/ökonomisch schwach* und *Hahnwald/ökonomisch reich* interpretiert ( $\lambda_2 = 0,259$ ). Die horizontale Achse wird übereinstimmend durch das Alter und weitere soziodemografische Merkmale repräsentiert, die unter die Dichotomie *traditionell-modern* subsumiert werden ( $\lambda_1 = 0,153$ ). Folgerichtig ergeben sich in dieser Analyse wiederholt die Quadranten I: *Hahnwald/modern*, II: *Hahnwald/traditionell*, III: *Chorweiler/traditionell*, IV: *Chorweiler/modern*, in die sich die sozialen Eigenschaften wie folgt einordnen. Zusammenfassend gruppieren sich die höheren Bildungs- und Einkommenskategorien zum Stadtteil Hahnwald, während die geringeren Ausprägungen jeweils am gegenüberliegenden Achsenende lokalisiert sind. Zudem weisen die als traditionell interpretierten Merkmale tendenziell eine höhere räumliche Nähe zu diesem Stadtteil auf. Gemäß der Traditionalismusannahme sind jene Personen älter (60 + ), verheiratet, leben in Zweipersonenhaushalten, weisen eine christliche Konfession und keinen migrantischen Hintergrund auf. Dagegen sind die ledigen Befragten (Chorweiler) sowie jene aus Mehrpersonenhaushalten (Hahnwald) auch aufgrund ihres jüngeren Alters als weniger traditionell einzustufen. Nicht-christliche Glaubensrichtungen sowie die Merkmale Migration und Single-Haushalt positionieren sich indes unzweideutig zum Stadtteil Chorweiler. Die beschriebenen sozialstrukturellen Merkmale finden im Weiteren Ausdruck in den partei- und partizipationsbezogenen Elementen.

Das Niveau politischer Teilhabe ist erwartungsgetreu prioritär entlang der Stadtteil-/Ressourcendimension zu interpretieren, wobei neben den finanziellen ebenso bildungsbezogene Mittel zu beachten sind. Da dem ressourcenschwachen Achsenbereich eine geringe und dem ressourcenstarken gleichsam eine hohe politische Beteiligung zugeordnet ist, illustriert der Projektionsraum anschaulich den empirisch vielfach nachgewiesenen Positivzusammenhang zwischen sozialem Status und politischer Teilhabe. Derweil deuteten die kovarianzanalytischen Befunde an, dass diese Struktur nicht vollständig auf die objektive Höhe von Bildung und Einkommen zu reduzieren ist, sondern mutmaßlich durch subjektive beziehungsweise strukturelle Gegebenheiten der Stadtteile mitgeprägt wird (vgl. Tabelle 5.28). Dabei wurden besondere Stadtteilunterschiede für das traditionelle und konventionelle Spektrum politischer Willensäußerung identifiziert, die auch in dieser Darstellung durch eine hohe Differenzierung charakterisiert sind. Mit Ausnahme des Wählens positionieren sich zwar sämtliche Teilhabeformen

im Positivbereich der vertikalen Achse, jedoch sind insbesondere parteiorientierte und tradierte problemspezifische Partizipationsmöglichkeiten durch eine spezifische Nähe zum Stadtteil Hahnwald gekennzeichnet.



**Abbildung 5.9** Politische Partizipation in sozialräumlicher Verteilung (Anmerkungen: Grafische Ausgabe der multiplen Korrespondenzanalyse. Die ursprünglichen Achsen wurden transponiert und um 15° gegen den Uhrzeigersinn rotiert. Die gestrichelten Linien symbolisieren die interpretierten Dimensionen. Geringe Partizipation:  $\leq -0,38$ , mittlere Partizipation:  $\leq 0,20$ , hohe Partizipation:  $> 0,20$ ; kleines Netzwerk:  $\leq 5$  Alteri, mittleres Netzwerk:  $\leq 12$  Alteri, großes Netzwerk:  $> 12$  Alteri; keine lokalen/verwandten Alteri: 0, einige lokale/verwandte Alteri:  $\leq 0,40$ , viele lokale/verwandte Alteri:  $\leq 1$ . Die Erklärungsfaktoren wurden jeweils anhand des Medians in wenig(er) ausgeprägt (-) und ausgeprägt(er) (+) dichotomisiert. Zur besseren Lesbarkeit wurden einzelne Elemente minimal verschoben; deutliche Verschiebungen sind gegebenenfalls durch Führungslinien kenntlich gemacht. Aus Darstellungsgründen fehlt in dieser Ansicht das Merkmal Blockade/Besetzung (2,44|1,97). N = 314)

Demzufolge werden traditionell-konventionelle Formen wie Spenden, Parteimitgliedschaft, -mitarbeit und -kontakt deutlich häufiger von den Hahnwald-Anwohnenden als von den Befragten aus Chorweiler genutzt, während digitale und protestbezogene Beteiligungsmöglichkeiten wie Demonstrationen, Online-Protest und Besetzungen erkennbar näher zur Achsenmitte rücken. Nun implizieren diese Befunde aber nicht, wie eingangs vermutet, eine höhere Protestorientierung seitens der Befragten aus Chorweiler, sondern sie verweisen auf eine relativ ausgeglichene Nutzung dieser Angebote zwischen den Stadtteilen. Damit widersprechen diese Ergebnisse grundlegend der Annahme, dass die soziale Ungleichverteilung politischer Aktivität im konventionellen Bereich noch am geringsten ausgeprägt ist (vgl. Abschnitt 2.1.4). Im Gegenteil ist der politische Protest wesentlich egalitärer verteilt als beispielsweise partei- oder spendenbezogene Teilhabeformen – was jedoch keine Rückschlüsse auf die absolute Nutzungshäufigkeit beinhaltet. Die Höhe politischer Partizipation divergiert darüber hinaus entlang der Alters-/Modernitätsdimension, wobei ein höheres Alter mit einer geringeren Teilhabe einhergeht und zudem die Anordnung der einzelnen Teilhabeformen bestimmt. Absteigend nach Alter beziehungsweise dem Grad des Traditionalismus formieren sich beispielsweise Wählen (konventionell), Unterschriftensammlung (konventionell), Spenden (traditionell), Online-Protest (digital) und Blockade/Besetzung (unkonventionell) im Projektionsraum.

Im Vergleich zu den politischen Partizipationsformen streuen die Parteipräferenzen wesentlich breiter im sozialen Raum und sind unter Berücksichtigung beider Dimensionen zu interpretieren. Eindeutig ordnen sich zunächst die politischen Neigungen zur CDU und FDP (Hahnwald) sowie zur SPD und keiner Partei (Chorweiler) zwischen den Stadtteilen an. Diese Verteilung spiegelt anschaulich die amtlichen Wahlergebnisse der Bundestagswahl 2017 in den betreffenden Stadtteilen wider (Stadt Köln 2017b). Ferner streben diese Parteien erkennbar in Richtung des traditionellen Pols, wobei insbesondere die CDU und die FDP im Bereich christlicher Konfession und konventionellem beziehungsweise stathohem Leben lokalisiert sind. Unter Rückgriff auf die Etablierung und den Traditionalismus jener Parteien, den verknüpften Parteiwerten und Merkmalen ihrer Wählerschaften, wie zum Beispiel dem Erwerbsstatus, wird ihre Lage im traditionellen Bereich dieser Dimension erklärbar. Hingegen sind die GRÜNEN, die AfD und die LINKE durchweg im vierten Quadranten (Chorweiler/modern) angesiedelt, wobei sich in diesem Fall vorrangig die Alters-/Modernitätsdimension als strukturgebend erweist und in der Tendenz geringere Stadtteilbezüge zu konstatieren sind. Insbesondere die Präferenz für die LINKE ist mit einem weniger traditionellen Lebensstil assoziiert und weist analog eine hohe räumliche Nähe zu protestorientierten und unkonventionellen Beteiligungsmöglichkeiten auf. Weniger charakteristisch sind indes die Positionen der AfD und der GRÜNEN,



Vorweg ist unter der Integration der Netzwerkelemente zum einen der Erhalt der räumlichen Struktur festzuhalten, sodass die Dimensionen in üblicher Weise interpretiert werden können. Zum anderen wird die geografische Lage der Vernetzungsindikatoren aus Abschnitt 5.2.3.1 weitestgehend reproduziert, infolgedessen die formellen Aspekte primär entlang der Stadtteildimension und die informellen Merkmale tendenziell auf beiden Achsen divergieren. Diese Befunde indizieren eine hohe Konsistenz der sozialräumlichen Strukturen. Bemerkenswert ist des Weiteren, dass sich die jeweils hohen Ausprägungen der Erklärungsmerkmale sowie sämtliche Vereins- und Partizipationsformen ausnahmslos dem Stadtteil Hahnwald zuordnen. Davon abgesehen offenbaren sich jedoch essenzielle Unterschiede zwischen sozialer und politischer Beteiligung in Abhängigkeit der Modernisierungsdimension. So sind eine hohe zivilgesellschaftliche Teilhabe (multiple Mitgliedschaften) und nahezu alle Vereinsformen im traditionellen Achsenbereich verortet, wohingegen die politischen Pendant fast durchgängig im modern-jüngeren Sektor lokalisiert sind. Ein Bezug zu jeweils unterschiedlichen Lebensabschnitten und den verknüpften Eigenschaften, Zielen und Erwartungen der Personen erscheint an dieser Stelle wahrscheinlich.

Ferner sind die günstigen Ausprägungen informeller Netzwerke durch eine vergleichsweise hohe strukturelle Nähe zur politischen Aktivität gekennzeichnet, sodass sowohl große Netzwerke mit einigen lokalen und verwandten Alteri als auch eine hohe Partizipation bei jüngeren und weniger traditionellen Personen aus Hahnwald zu finden sind. An dieser Stelle wird wiederholt deutlich, warum sich auf individueller Ebene nur geringfügige Effekte in Folge des Anteils lokaler und verwandter Alteri nachweisen ließen. Mit Bezug auf die verknüpfte Netzwerkgröße wirken entgegen der theoretischen Annahmen nicht die geringsten, sondern jeweils die mittleren Ausprägungen dieser Merkmale partizipationssteigernd (vgl. Abschnitt 5.2.3.1). Auf dieser Grundlage ist eine Bedeutung der qualitativen Netzwerkelemente für die politische Teilhabe nicht grundsätzlich auszuschließen. Der hohe Stellenwert informeller Netzwerke wird ferner über die geografische Verortung der civic skills sichtbar. Jene partizipationsrelevanten Fähigkeiten, die sich als zentrales Erklärungselement politischer Beteiligung erwiesen haben, sind im relationalen Raum unmittelbar neben einem großen sozialen Netzwerk platziert. Diese Position betont eine höhere Bedeutung informeller denn formeller Kontexte für die Kultivierung ziviler Kompetenzen (vgl. Abschnitt 5.2.2).

Betreffs der weiteren Erklärungsmerkmale gruppieren sich ein hohes politisches Interesse und eine hohe interne Wirksamkeit eindeutig zum Stadtteil Hahnwald und einem hohen politischen Partizipationsniveau. Demgegenüber sind politische Rekrutierungen, politische Informationen und die Reziprozität durch geringere Differenzen auf der vertikalen Dimension charakterisiert. Im Rahmen

vorheriger Analysen konnte eine relative Unabhängigkeit dieser Faktoren von ressourcen- und vernetzungsbezogenen Merkmalen aufgezeigt werden, die sich in dieser Darstellung weitestgehend bestätigt. Durch den Fokus dieser Items auf konkrete Aktivitäten sowie spezifische Austausch- und Unterstützungsbeziehungen wird zudem die angezeigte negative Verknüpfung zum Lebensalter der Befragten erklärbar. Auf die weiteren partizipationsrelevanten Merkmale soll an dieser Stelle nicht im Detail eingegangen werden. Ihre räumliche Lage zusammenfassend finden sich die negativen Ausprägungen ausnahmslos im Quadranten Chorweiler/traditionell und die positiven Ausprägungen jeweils auf Seiten Hahnwalds (traditionell und modern) wieder. Überdies demonstrieren sie in der Tendenz eine höhere Nähe zu den informellen als zu den formellen, und damit ressourcenverknüpften, Netzwerkstrukturen.

Insgesamt bestätigt die grafische Darstellung einen strukturellen Zusammenhang zwischen politischer Teilhabe, den ausgewählten Stadtteilen, soziodemografischen und -ökonomischen Merkmalen sowie den sozialen Netzwerken. Eine hohe Ressourcenausstattung ist in Hahnwald mit multiplen Vereinsmitgliedschaften und zahlreichen informellen Beziehungskonstellationen verbunden, die sich in einer höheren und hohen politischen Beteiligung widerspiegeln. Zudem sind Verbindungen zu konventionellen und traditionellen Aspekten des persönlichen Lebens ablesbar, die jene Ausprägungen zusätzlich begünstigen. In Chorweiler scheinen sich indes gegenläufige Tendenzen darzutun, wobei konventionelle Aspekte in diesem Stadtteil eher partizipationshemmend wirken. Eine Verbindung zu den theoretischen Erklärungsstrategien wird im anschließenden Abschnitt hergestellt und auf Basis dieser Befunde diskutiert.

### 5.2.3.3 Diskussion der Hypothesen

Basierend auf der übergeordneten These des dritten Untersuchungsmodells *Der soziale Kontext beeinflusst die soziale Netzwerkeinbindung sowie das politische Partizipationsverhalten der oder des Einzelnen* wurden drei Hypothesen formuliert und mit Hilfe statistischer Verfahren analysiert. Infolge der geringen Fallzahlen wurden dazu überwiegend deskriptive Methoden eingesetzt, sodass die Gültigkeit der Hypothesen faktisch nicht zu bestimmen ist. Gleichwohl liefern auch beschreibende Verfahren relevante Erkenntnisse über den Untersuchungsgegenstand, die nun vor dem Hintergrund der dritten Erklärungsstrategie diskutiert werden.

H<sub>3.1</sub>: *Unabhängig der sozioökonomischen Ressourcenausstattung sind Personen aus sozial privilegierten Stadtteilen häufiger und eher aktiv in Vereinen engagiert als Personen aus sozial benachteiligten Stadtteilen.*

Im Rahmen kovarianzanalytischer Verfahren konnten Differenzen hinsichtlich der formellen Vernetzung zwischen den Stadtteilen nachgewiesen werden, die über die sozioökonomische Ressourcenausstattung der Anwohnenden hinausgehen. Auch unabhängig ihrer durchschnittlich höheren Bildung und monetären Möglichkeiten weisen die Befragten aus Hahnwald signifikant mehr Vereinsmitgliedschaften auf als die Befragten aus Chorweiler. Überdies nehmen sie innerhalb dieser Vereine eher eine aktive Mitgliederrolle ein und engagieren sich häufiger in instrumentell ausgerichteten Organisationen.

Zur Begründung dieser Zusammenhänge sind strukturelle Effekte, die eine Vernetzung auf das Vereinsangebot im Wohngebiet zurückführen, zunächst auszuschließen (*Strukturthese*). Zwar sind die Befragten aus Hahnwald (N = 40) in mehr lokale Vereine eingebunden als ihre Pendanten aus Chorweiler (N = 14), jedoch ist dieser Umstand kaum auf die stadtteilinterne Vereinsdichte zurückzuführen. Konzipiert als reines Wohngebiet, besitzt Hahnwald sogar eine deutlich kargere Vereinslandschaft als Chorweiler. Kontextuelle Effekte sind somit nicht auf (fehlende) Opportunitäten des Stadtteils, sondern auf die Aggregation sozialer Merkmale zurückzuführen. Idealtypisch weisen vereinsaktive Personen folgendes Individualprofil auf: *Hahnwald, hohe Bildung, hohes Einkommen, mittleres Alter, erwerbstätig, verheiratet und nicht alleinlebend, christliche Konfession, keine Migration, lebenszufrieden, interaktionsfreudig, stadtteilintegriert, sozial kompetent*. Diese Eigenschaften reflektieren wesentlich die Zuordnung der Anwohnenden in die sozialen Milieus der Konservativ-Etablierten, der Liberal-Intellektuellen und der Performer (vgl. Abschnitt 4.1.2). Demgegenüber beweist die Anwohnerschaft in Chorweiler eine größere kulturelle, religiöse und demografische Durchmischung, die sich unter anderem in einer hohen Anzahl alleinstehender, alleinlebender und nicht sozialkapitalrelevant integrierter Personen äußert (Traditionelle, Prekäre und Hedonisten). Unter der Prämisse, dass das Vereinswesen aufgrund seiner immanenten Charakteristika einen eher konventionellen Aspekt des gesellschaftlichen Lebens abbildet, mag das etablierte und gut situierte Hahnwald durchaus den Nährboden für eine rege Vereinskultur bilden. Die Frage ist, über welche Mechanismen sich diese kontextuellen Bedingungen überindividuell verbreiten.

Argumentativ begünstigt eine starke Integration in den eigenen Stadtteil die Entstehung sozialer Ressourcen. Sind die Personen des direkten Wohnumfeldes einander bekannt, unterstützen sie sich gegenseitig und unternehmen gemeinsame Aktivitäten, so ist auch eine wechselseitige Animierung zu einer aktiven Vereinstätigkeit denkbar (*Soziale Ansteckungsthese*). Für diese Sichtweise sprechen die jeweils höheren Ausprägungen der Erklärungsfaktoren im Stadtteil Hahnwald (u. a. Stadtteilintegration, Sozialkompetenz). Eine hohe Stadtteilintegration intensiviert überdies den inneren Zusammenhalt und die Zusammenarbeit und ist somit als stadtteilspezifisches Sozialkapital zu betrachten. Vertrauensvolles Verhalten

und Normen der Gegenseitigkeit bilden im Weiteren den Rahmen für eine partizipative (Vereins-)Kultur. Auf dieser Basis ist eine wechselseitige Sozialisation der Hahnwald-Anwohnenden in Richtung vereinsrelevanten Verhaltens anzunehmen. Die Effekte des Stadtteils beruhen demnach auf Möglichkeiten, die sich die Menschen gegenseitig eröffnen sowie der Existenz positiver Rollenvorbilder, die soziale Lernprozesse anregen und Kooperation anstoßen. Auf der Grundlage einer schwächeren Stadtteilintegration sind für Chorweiler indes gegensätzliche Mechanismen zu vermuten, wobei sich die soziale Passivität einzelner Personen in einer lokalen Kultur verdichtet, die zivilgesellschaftlicher Partizipation tendenziell entgegensteht.

Im Weiteren können stadtteilbezogene Reputationen die individuelle Aufnahme einer Vereinstätigkeit über Stigmatisierungsprozesse positiv steuern oder aber den Zugang zu bestimmten Vereinen a priori versperren (*Reputationsthese*). Dieses Argument tangiert beispielsweise Mitgliedschaften in exklusiven Golf- und Tennisclubs oder – speziell in Köln – die Mitgliedschaft in Karnevalsvereinen, die primär privilegierten Personengruppen offenstehen. In diesen Fällen geht es auch um das *Sehen und Gesehen werden*, um symbolische Distanz zu anderen sozialen Schichten und um profitable Verbindungen. In dieser Lesart kann eine Vereinstätigkeit den eigenen Zielen durchaus zweckdienlich sein. Die Instrumentalisierung von Vereinen zur sozialen Distinktion wurde bereits im Kontext der Individualzusammenhänge diskutiert (vgl. Abschnitt 5.2.1.3). Dabei wird demonstrativer Konsum zwecks Repräsentation und Aufrechterhaltung von Status umso notwendiger, je mehr Menschen des unmittelbaren Umfelds einen vergleichbar hohen Status aufweisen. Aufgrund dieser Eigenarten kann sich eine solche Kultur einzig in gut situierten Stadtteilen wie Hahnwald etablieren und auch zivilgesellschaftliches Engagement gleichsam zur sozialen Pflicht machen. Demgegenüber stehen den Befragten aus sozioökonomisch schwächeren Bezirken für teure und dadurch distinktive Mitgliedschaften in der Regel nicht genügend finanzielle Ressourcen zur Verfügung. Vereinsmitgliedschaften beruhen in Chorweiler damit eher auf persönlichem Interesse oder hedonistischen Motiven und Statusdemonstration erfolgt über andere Wege. Zusätzlich vermindert der ausstrahlende Ruf des Stadtteils ihre Mitgliedschaftschancen in distinktionsrelevanten Assoziationen und schränkt ihre Handlungsmöglichkeiten unabhängig objektiver Eigenschaften ein.

Zusammenfassend weisen die Stadtteile relevante Unterschiede in Bezug auf formelle Netzwerkaspekte auf, die nicht ausschließlich über sozioökonomische Gegebenheiten erklärt werden können. Als mögliche Kontexteffekte wurden eine Prädestination der Befragten aus Hahnwald für das Vereinswesen aufgrund ihrer sozialstrukturellen Eigenschaften, soziale Ansteckungseffekte basierend auf

reziproker Sozialisation und statusstabilisierende Maßnahmen diskutiert. Insbesondere bei letztgenannter Erklärungsstrategie werden Überschneidungen zu finanziellen Gegebenheiten offenbar, sodass diese nicht losgelöst vom Einkommen zu bewerten ist. Tatsächlich ist unter Kontrolle des Stadtteils weiterhin ein Zusammenhang zwischen der Anzahl an Vereinsmitgliedschaften und dem Einkommen zu belegen ( $r = ,137$ ;  $p < 0,05$ ). Damit ist der Einfluss des Einkommens auf die formellen Netzwerke zwar zu einem nicht unerheblichen Teil, jedoch nicht vollständig auf den Stadtteil zurückzuführen. Insgesamt erscheint auf dieser Basis eine Bestätigung der Hypothese im Rahmen weiterer Untersuchungen nicht ausgeschlossen.

H<sub>3,2</sub>: *Unabhängig der sozioökonomischen Ressourcenausstattung sind die sozialen Netzwerke von Personen aus sozial privilegierten Stadtteilen größer und weisen weniger lokale und verwandte Alteri auf als die sozialen Netzwerke von Personen aus sozial benachteiligten Stadtteilen.*

Analog zu den formellen Netzwerken sind auch im Kontext der informellen Beziehungen relevante und ressourcenunabhängige Unterschiede zwischen den Stadtteilen zu bekunden. Diese äußern sich in signifikant größeren Netzwerken seitens der Hahnwald-Anwohnenden, die sich anteilig aus weniger lokalen und verwandten Alteri zusammensetzen. Einschränkend sind für die qualitativen Elemente lediglich tendenzielle Zusammenhänge aufzuzeigen.

Als Begründung für diese Unterschiede zentriert die *Strukturthese* Auswirkungen über die stadtteilspezifische Bereitstellung von Freizeitarrangements. Da den Anwohnenden Hahnwalds keine regelmäßigen Gelegenheiten außerhalb des Privaten offeriert werden, bietet dieses Argument zwar keine Erklärung für ihre größeren Netzwerke, veranschaulicht aber die lokale Konzentration der Netzwerke in Chorweiler (jünger). Angesichts der relativ hohen Entfernung zum Kölner Stadtzentrum hält dieser Wohnbezirk diverse strukturelle Opportunitäten des täglichen Lebens bereit, welche gleichfalls die Kontaktfrequenz zu nichtlokalen Personen einschränken. In der Konsequenz bleiben die Netzwerke räumlich und zahlenmäßig begrenzt. Individuelle Chancen der Kontaktaufnahme können ferner über stereotype Beurteilungen des Stadtteils begünstigt oder beschnitten werden (*Reputationsthese*). In der Fremdwahrnehmung distanzieren sich außenstehende Personen vom vermeintlich negativen Ansehen sozial benachteiligter Stadtteile; in der Selbstwahrnehmung verinnerlichen die Anwohnenden selbst die Überzeugung, in der Öffentlichkeit einem negativen Ruf ausgesetzt und von der Mainstream-Gesellschaft isoliert zu sein. Im Sinne einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung werden Kontakte außerhalb des direkten Wohnumfeldes unwahrscheinlich. Dagegen mögen Personen aus Hahnwald aufgrund ihres

sozialen Status auch außerhalb ihres eigenen Wohngebietes attraktiv für die Aufnahme einer sozialen Austauschbeziehung erscheinen, wodurch sich Quantität und Radius sozialer Beziehungen erweitern (vgl. Bourdieu 1983).

Eine alternative Erklärung stadtteilspezifischer Netzwerkunterschiede gründet auf sozialen Lernprozessen, die sich wechselseitig innerhalb der Nachbarschaft vollziehen (*Soziale Ansteckungsthese*). Basierend auf hohen Arbeitslosen- und Sozialleistungsquoten sowie mangelnden Rollenvorbildern hat sich in Chorweiler eine Kultur der Zurückgezogenheit und Passivität sozialisiert. Auf dem Fundament einer geringeren Lebenszufriedenheit und Interaktionsfreude ist dieses Argument als Kollektivierung der *Isolationsthese* zu verstehen, wobei der individuelle Rückzug ins Private auf andere Anwohnerinnen und Anwohner ansteckend wirkt und sich überindividuell im Stadtteil verfestigt. Diese Prozesse kulminieren schließlich in einer vollständigen Distanz von sämtlichen Sozialbeziehungen (älter) respektive einer Konzentration auf Verwandte und Statusgleiche des eigenen Stadtteils (jünger). Der Mangel an stadtteilspezifischem Sozialkapital verhindert auf diese Weise zunehmend die Zusammenarbeit und den internen Zusammenhalt im Stadtteil und kann sich langfristig in einer habitualisierten Apathie der Anwohnenden zuspitzen. Auch im Lichte dieser Erklärungsstrategie sind für Hahnwald gegenteilige Prozesse angezeigt, die einen lebendigen Austausch im Stadtteil fördern und ihren Ausdruck in größeren, weitläufigeren und beziehungs-heterogeneren Netzwerken finden.

Neben den Effekten des sozialen Kontextes bieten soziale Merkmale wie die Haushaltsgröße und die Erwerbstätigkeit grundlegend eine Erklärung für die Größe und Zusammensetzung persönlicher Beziehungsnetzwerke, die maßgeblich mit dem Lebensalter der Befragten kohärieren. Da der Zusammenhang zwischen Alter und Netzwerkgröße in Chorweiler ( $r = -,435$ ;  $p < 0,001$ ) deutlich negativer als in Hahnwald ( $r = -,341$ ;  $p < 0,001$ ) ausfällt, ist in diesem Stadtteil in besonderem Maße von Vereinsamungstendenzen im höheren Alter auszugehen. Strukturelle Effekte in Form fehlender Angebote für ältere Personen erscheinen in diesem Zusammenhang nicht ausgeschlossen. Damit entfällt den Betroffenen das Wohnumfeld als letzter Fokus, während in Hahnwald mindestens noch die Ehe und der Verein als Bezugsorte verbleiben. Darüber hinaus sind die Netzwerke der mittleren Alterskategorien durch anteilig viele lokale und verwandte Alteri gekennzeichnet (Chorweiler). Zusätzlich zu den bereits dargelegten Erklärungsmustern ist der strukturell nahegelegenen Migration eine gewisse Relevanz in diesem Feld zu unterstellen. So weisen insbesondere türkischstämmige Personen, die eine der größten ethnischen Gruppierungen im Stadtteil repräsentieren, informelle Netzwerke auf, die von einer besonderen sozialen Homogenität und

Geschlossenheit geprägt sind (vgl. Abschnitt 4.1.3). Solche bindenden Beziehungen sind zwar nicht grundsätzlich negativ zu bewerten, wohl aber erscheint es in Bezug auf die politische Partizipation denkbar, dass sie unter anderem als Informationsbremsen fungieren und das politische Verhalten im Stadtteil negativ beeinflussen.

Zusammenfassend weisen die Befragten aus Hahnwald auch jenseits ihrer Ressourcenausstattung größere soziale Netzwerke auf als die Personen aus Chorweiler, die sich zudem heterogener in Bezug auf Reichweite und Beziehungsart gestalten. Tatsächlich ist der Individualzusammenhang zwischen Netzwerkgröße und Einkommen vollständig ( $r = -,039$ ) und der zwischen Netzwerkgröße und Bildungsjahren ( $r = ,157$ ;  $p < 0,05$ ) zu einem nicht unerheblichen Anteil über den Stadtteil zu erklären. Als mögliche Kontexteffekte wurden strukturelle Opportunitäten, soziale Stigmatisierungen und die wechselseitige Verbreitung spezifischer Netzwerkbedingungen herangezogen. Demnach haben sich in den Stadtteilen unterschiedliche Traditionen sozialisiert, die prägend auf das informelle Sozialkapital wirken. Auf dieser Grundlage ist ein Einfluss des sozialen Kontextes auf das Handeln und Verhalten der Anwohnerschaft abzuleiten, der sich im Falle einer günstigen sozialen Durchmischung positiv auf die Elemente informeller Netzwerke äußert und umgekehrt. Insgesamt deutet die sozialräumliche Gegenüberstellung eine Bestätigung dieser Hypothese an, deren formaler Nachweis aber noch zu erbringen ist.

*H<sub>3.3</sub>: Unabhängig der sozioökonomischen Ressourcenausstattung beteiligen sich Personen aus sozial privilegierten Stadtteilen häufiger politisch als Personen aus sozial benachteiligten Stadtteilen.*

Im politischen Feld verweisen kovarianzanalytische Befunde auf ein differenzielles Partizipationsverhalten in den untersuchten Stadtteilen, das nicht ausschließlich über soziale Statusmerkmale abzuleiten ist. Auch unter Kontrolle von Bildung und Einkommen weisen die Personen aus Hahnwald insgesamt eine höhere politische Beteiligung auf als die Befragten aus Chorweiler. Diese Unterschiede gestalten sich hinsichtlich der Gesamtpartizipation sowie den traditionellen und konventionellen Formen signifikant, nicht aber in Bezug auf digitale und unkonventionelle Beteiligungsmöglichkeiten. Die Ergebnisse kontrastieren somit die grundlegende Perspektive empirischer Partizipationsforschung, demnach soziale Verzerrungen der politischen Teilhabe im konventionellen Sektor noch am geringsten ausfallen.

Zur Erklärung potenzieller Kontexteffekte ist auf den Erkenntnissen zur sozialen Vernetzung aufzubauen. In diesem Rahmen wurde für Chorweiler die

Annahme diskutiert, die geografische Lage des Stadtteils (*Strukturthese*) sowie dessen stereotyper Ruf (*Reputationsthese*) führten zu einer objektiven und subjektiv gefühlten Benachteiligung unter den Anwohnenden, die sich am Rande von Köln ausgegrenzt und von den Lebenswelten der Mainstream-Gesellschaft sowie der Politik im Allgemeinen ausgeschlossen wännen (vgl. Abschnitte 4.1.3, 4.5.3). Derartige Wahrnehmungen verstärken ohnehin vorhandene Tendenzen sozialer Isolation, die sich in kleineren Netzwerken sowie einer geringeren Reziprozität und Vertrauen manifestiert. Entsprechend ist das stadtteilbezogene Sozialkapital begrenzt und gemeinschaftliches Handeln unter diesen Umständen nur schwer realisierbar, wobei sich jene Wahrnehmungen und schwachen Solidaritäten interindividuell im Stadtteil verfestigen (*Soziale Ansteckungsthese*). Übertragen auf die politische Beteiligung mangelt es in Chorweiler gleichermaßen an externen Impulsen wie interner Mobilisierung, sodass die subjektiven Kosten für politisches Engagement vergleichsweise hoch ausfallen. In der Tat werden in diesem Stadtteil kaum civic skills kultiviert, die Diffusion politischer Informationen ist gering, gegenseitige Animierungen und fruchtbare Diskussionen ihrerseits rar. Analog zu jenen netzwerkinduzierten Politisierungen liegt auch die individuelle Motivation zur Teilhabe, operationalisiert über politisches Interesse und Selbstwirksamkeit, nur auf einem mäßigen Niveau. Die hohen Zustimmungswerte zur Aussage *Es bringt ja eh nichts, sich politisch zu beteiligen* (rund 50 %) deuten eine verbreitete Resignation an, wobei der Eindruck der eigenen Machtlosigkeit durch die lokale Konzentration sozial Benachteiligter verstärkt wird. Zusammengekommen scheinen sich allgemeine Frustrationen, aktuelle Unsicherheiten und eine geringe soziale Integration in diesem Stadtteil zu einer basalen Politikverdrossenheit zu verdichten, die sich teils gegenteiliger Interpretationen zum Trotz nicht partizipationssteigernd auswirkt.<sup>20</sup> Eine Ursache für das geringe Teilhabeebene ist demnach mutmaßlich in der geringen Ausstattung des Stadtteils mit Sozialkapital zu suchen.

Demgegenüber hat sich in Hahnwald eine lokale Kultur entwickelt, die ihren Ausdruck in einer vergleichsweise hohen Anzahl an formellen und informellen

---

<sup>20</sup> Tatsächlich können Unzufriedenheiten von den in der Politik Agierenden instrumentalisiert werden. Beispielsweise sind die politischen Wahlerfolge der AfD, die sich insbesondere in sozial benachteiligten Stadtteilen manifestieren, mutmaßlich in nicht unerheblichem Maße auf tiefsitzende Unzufriedenheiten oder aktuelle Verunsicherungen zurückzuführen. Jedoch ist empirisch noch nicht abschließend geklärt, ob solche Phänomene tatsächlich nennenswert zu einer Erhöhung der (Wahl-)Beteiligung beitragen oder eher zu einer Präferenzverschiebung derjenigen führen, die sich bereits vorher in den politischen Prozess eingebracht haben (vgl. Haußner 2017).

Beziehungen findet. Diese lassen sich gemeinsam mit internalisierten Reziprozitätsnormen und dem Vertrauen zu einem hohen stadtteilspezifischem Sozialkapital aggregieren. Gemäß der *sozialen Ansteckungsthese* haben sich die Anwohnenden somit selbst ein Umfeld geschaffen, in dem sich sozialkapitalrelevante Einstellungen verstärken und in dem sie sich wechselseitig zu einer politischen Teilhabe motivieren. So werden im Rahmen der sozialen Netzwerke zahlreiche Politisierungsprozesse in Gang gesetzt, die sich direkt in eine politische Beteiligung übersetzen lassen, wobei insbesondere civic skills und politische Rekrutierungen eine zentrale Rolle übernehmen. Daneben sind das hohe politische Interesse und Selbstbewusstsein als weitere Triebfedern politischer Teilhabe zu charakterisieren. Aufgrund ihrer spezifischen Lage im sozialen Raum sind überdies positive Rückkopplungen zwischen den motivationalen und netzwerkbasierten Faktoren zu erwarten. Beispielsweise kann das politische Interesse eine diskursive Auseinandersetzung mit politischen Inhalten in sozialen Beziehungskonstellation anregen, welche wiederum zivile Fähigkeiten und politisches Selbstvertrauen steigert. Auf dieser Grundlage ist für Hahnwald ein hohes stadtteilspezifisches Sozialkapital abzuleiten, das kooperatives Miteinander fördert und aktiv zur Lösung von Kollektivgutproblematiken – auch in der politischen Arena – beiträgt.

Des Weiteren manifestiert sich die positive Verbindung zwischen sozialer und politischer Partizipation in besonderem Maße bei traditionellen und konventionellen Beteiligungsformen, die gleichfalls am stärksten mit sozialen Statusvariablen assoziiert sind. Anknüpfend an den sozialen Lebensstandard in Hahnwald ist eine solche politische Aktivität als strategisches Mittel zur Aufrechterhaltung des Status quo zu formulieren. Dazu werden in der Regel keine protestorientierten Methoden notwendig, die weniger auf Erhalt als vielmehr auf Veränderung der bestehenden Verhältnisse zielen. Diese Sichtweise erklärt schlüssig die geringere Nutzung digitaler und vor allem unkonventioneller Beteiligungsmöglichkeiten in diesem Stadtteil und bietet zugleich eine Begründung für die höhere soziale Gleichheit jener Beteiligungsformate. Diese ist eben nicht auf eine höhere unkonventionelle Teilhabe in Chorweiler, sondern maßgeblich auf die geringere Protestorientierung in Hahnwald zurückzuführen.

Zusammenfassend reflektieren die sozialräumlichen Untersuchungen relevante Stadtteildifferenzen hinsichtlich der politischen Partizipation, die nicht allumfassend auf soziale Statusvariablen zurückgeführt werden können. Tatsächlich bleibt unter Kontrolle von Einkommen und Bildungsjahren ein relevanter Zusammenhang zwischen Stadtteil und politischer Teilhabe bestehen ( $r = ,171$ ;  $p < 0,01$ ). Demnach beteiligen sich die Befragten aus Hahnwald auch jenseits ihrer privilegierten Stellung häufiger politisch als die Befragten aus Chorweiler. Als möglicher Kontexteffekt wurde das stadtteilspezifische Sozialkapital als

Schlüsselressource politisch-partizipativer Teilhabe zentriert. Angelehnt an Putnams Italienstudie ist Hahnwald pointiert mit den nördlichen und Chorweiler mit den südlichen Regionen gleichzusetzen. Während im Norden Vertrauen, Toleranz und Solidarität eine assoziativ und kollektiv engagierte Bürgerschaft ermöglichen, hat sich im Süden eine Kultur des Misstrauens und der Unsicherheit verbreitet, die einem effektiven Miteinander entgegensteht (vgl. Abschnitt 2.4.2). Obgleich eine Bestätigung dieser Hypothese argumentativ überzeugend erscheint, sind zu einem abschließenden Urteil zwingend weitere Fälle notwendig. Eine formale Bestätigung kann im Rahmen dieser Untersuchung nicht erfolgen.

**Open Access** Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.



„The problem, of course, is that social capital is often lacking in disadvantaged areas, and it is difficult to build“  
(Putnam 2000: 317)

Das demokratische Ideal der politischen Gleichheit setzt normativ eine gleichmäßige Repräsentation aller Bürgerinnen und Bürger voraus. „Allerdings klappt (...) zwischen dem Ziel politischer Gleichheit und ihrer tatsächlichen Realisierung eine große Lücke“ (Dahl 2006: 11). Diese manifestiert sich in Form eines sozialen Ungleichgewichtes der politisch Beteiligten, das sich zuungunsten ressourcenschwächerer Personengruppen ausformt. Empirisch unbestreitbar, ist die theoretische Verbindung von sozialen und politischen Merkmalen längst nicht derart eindeutig. Vor diesem Hintergrund hat sich diese Arbeit der Ergründung von Faktoren gewidmet, die ursächlich für eine sozial verzerrte Inanspruchnahme politischer Teilhaberechte verantwortlich sind. Im Forschungsfokus steht das soziale Kapital, das aus einer Netzwerkperspektive heraus theoretisiert und mit sozialstrukturellen sowie rationalen Handlungstheorien verknüpft wurde. Mit Blick auf die strukturelle Sozialkapitalkomponente wurde folgende Forschungsfrage entwickelt: *Inwieweit erklärt die Einbindung in formelle und informelle soziale Netzwerke die differenzielle politische Beteiligung sozioökonomischer Statusgruppen?* Um den Wert politisch relevanten Sozialkapitals abzuschätzen, wurden verschiedene Hypothesen mit Bezug auf quantitative (e. g. Anzahl, Größe) und qualitative Elemente (e. g. Mitgliedschaftsstatus, Vereinstyp, Reichweite und soziale Zusammensetzung) formeller und informeller Beziehungskonstellationen formuliert. Die Zielvorstellung dieser Arbeit bestand ausdrücklich sowohl

in der statistischen Bestätigung als auch in der theoretischen Begründung jener Zusammenhänge.

Zur Testung der theoretischen Annahmen wurde ein quantitatives Messinstrument konzipiert, das unter anderem eine modifizierte Methode zur Erfassung egozentrierter Netzwerke beinhaltet. Als Untersuchungseinheiten wurden zwei Stadtteile ausgewählt, deren Populationen im Mittel die größtmögliche Varianz hinsichtlich der interessierenden Variablen aufweisen. Für die Beteiligung an der Bundestagswahl 2013 konnte die größte Divergenz stadtteilbezogener Wahlbeteiligungsquoten in der Stadt Köln zwischen den Vierteln Hahnwald (88,7 %) und Chorweiler (42,5 %) identifiziert werden, die analog beträchtliche sozialstrukturelle Ungleichheiten aufweisen. Dieser kleinräumige Analyserahmen konvergierte mit der Perspektive, dass sich relevante Informationen über soziale wie politische Eingebundenheiten erst unter Bezugnahme auf das sozialräumliche Umfeld gewinnen lassen. Im Zuge der schriftlich durchgeführten Befragung konnten 314 auswertbare Fälle generiert werden, die sich mit Anteilen von 142 (Hahnwald) und 172 Befragten (Chorweiler) auf die jeweiligen Wohnräume verteilen. Auf Basis des geringen Stichprobenumfangs war eine Gegenüberstellung der Stadtteile mit inferenzstatistischen Methoden nicht durchführbar. Als Konsequenz der datenbezogenen Einschränkungen konzentrierte sich die empirische Analyse zunächst ausschließlich auf die Individualebene und prüfte die Funktion politisch relevanten Sozialkapitals als Erklärungsmechanismus einer ressourcenabhängigen Partizipation (Untersuchungsmodelle 1 und 2). Daraufhin wurden sozialräumliche Bedingungen der sozialen und politischen Teilhabe anhand beschreibender Methoden abgeschätzt (Untersuchungsmodell 3).

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Hypothesentests zusammenfassend präsentiert, der Mehrwert theoretisch begründeter Erklärungsstrategien beurteilt und eine Beantwortung der Forschungsfrage angestrebt (vgl. Abschnitt 6.1). Daran anschließend werden Grenzen dieser Untersuchung diskutiert und Anschlusspunkte für weitere Forschungsvorhaben sowie gesellschaftspolitische Maßnahmen dargelegt (vgl. Abschnitt 6.2, 6.3).

---

## 6.1 Zusammenfassung der Ergebnisse und Beantwortung der Forschungsfrage

Als gedankliche Steigerung des *Matthäus-Effektes* formulierte diese Untersuchung soziale Erfolge, die sich auf Basis sozioökonomischer Ressourcen konstituieren und weiterhin politische Erfolge nach sich ziehen. Diese Verknüpfungen bildeten die Ausgangslage für die untersuchungsleitenden Thesen der

Individualzusammenhänge ( $T_1$  und  $T_2$ ), welche um eine sozialräumliche Komponente ergänzt wurden ( $T_3$ ). Die Ergebnisse der empirischen Analyse werden im Folgenden zusammenfassend und mit Bezug auf die Forschungsfrage dargestellt.

In einem ersten Schritt konnte ein Einfluss sozialer Statusvariablen auf die individuelle Vernetzung nachgewiesen werden, gleichwohl die Hypothesen in Abhängigkeit der jeweils wirkmächtigen Ressource nur in Teilen zu bestätigen waren ( $T_1$ ). So wurde für die formellen Netzwerkstrukturen und die geografische Reichweite ein gestalterischer Einfluss des Einkommens belegt, wohingegen die Größe und Homophilie informeller Netzwerke substanziell über die Formalbildung beeinflusst wurden. Auch die theoretische Verknüpfung von Ressourcen und Netzwerkelementen ist nur mit Abstrichen gelungen. Obgleich sich mitunter deutliche Varianzen zwischen den Statusgruppen offenbarten, kam den einzelnen Erklärungsfaktoren auf multivariatem Niveau keine außerordentliche Erklärungskraft zu. Einen besonderen Stellenwert nahm indes die Integration in den eigenen Stadtteil ein, die weitestgehend ressourcenunabhängig agiert und mit der bindenden Variante sozialen Kapitals konvergiert. Darüber hinaus deuten die empirischen Befunde eine Verbindung zwischen Sozialkapitalqualität und sozialen Merkmalen an, wobei ressourcenschwächere Personen vorwiegend bindendes Sozialkapital akkumulieren (e. g. keine oder exklusive Vereine, viele Verwandte, geringe Reichweite) und statushöhere Personengruppen gleichfalls über die brückenbildende Form verfügen. Letztere wurde als erfolgsversprechender für die politische Teilhabe charakterisiert.

Diese wurde in einem zweiten Schritt fokussiert, wobei differierende Beteiligungsniveaus in Abhängigkeit der individuellen Netzwerkeinbindung aufgezeigt werden konnten ( $T_2$ ). Die Hypothesen waren derweil einzig für die quantitativen Netzwerkelemente sowie den Mitgliedschaftsstatus zu bestätigen, wohingegen für die übrigen qualitativen Merkmale allenfalls tendenzielle Aussagen abzuleiten waren. Politisierende Wirkungen sozialer Netzwerke entfalteten sich primär über die Kultivierung ziviler Fähigkeiten sowie persönliche Rekrutierungen und partiell über die Informationsvielfalt. Hinsichtlich des Vertrauens zeigten sich mehrheitlich schwache Effekte, die dessen zentraler Position in Putnams Konzept widersprechen. Mit Verweis auf die Heterogenität politischer Beteiligung ist anzunehmen, dass ein basales Vertrauen in politische Institutionen vor allem tradierte und ein grundlegendes Misstrauen eher protestorientierte Beteiligungsformen begünstigt. Zwar wurde dies im Rahmen der Untersuchung nicht abschließend bestätigt, jedoch wird die Formulierung unterschiedlicher Erklärungsstrategien für unterschiedliche Teilhabeformate ausdrücklich befürwortet. Angesichts der geringen Effekte qualitativer Aspekte sind ferner kaum

fundierte Aussagen über die politischen Wirkungen einer unterschiedlichen Sozialkapitalqualität abzuleiten. Wohl aber deutet sich ein positiver Zusammenhang zwischen brückenbildendem Sozialkapital und politischem Engagement an (e. g. zivilgesellschaftliche Vereine, Reichweite und soziale Zusammensetzung).

Im dritten Schritt konnten sozialräumliche Untersuchungen relevante Unterschiede hinsichtlich der sozialen Vernetzung und des politischen Partizipationsverhaltens zwischen Hahnwald und Chorweiler aufzeigen, die nicht in Gänze auf die individuelle Ausstattung mit sozioökonomischen Ressourcen zurückzuführen sind (T<sub>3</sub>). Überraschend offenbarten sich die größten Partizipationsdifferenzen hinsichtlich tradierter und etablierter Formen, was klassischen Befunden über die soziale Schieflage politischer Teilhabe maßgeblich entgegensteht. Aufgrund des deskriptiven Verfahrens waren die Hypothesen zwar formal nicht zu bestätigen, jedoch legen die Ergebnisse nahe, dass der soziale Kontext in Abhängigkeit seiner soziokulturellen Komposition Wirkungen auf die Anwohnerschaft entfaltet. Diesbezüglich wurde argumentiert, dass objektive wie subjektiv wahrgenommene Gebietszustände spezifische Lebenswelten und soziale Kulturen schaffen, die Verhalten und Einstellungen aufgrund der sozialräumlichen Nähe und geteilten Erfahrungskontexten überindividuell habitualisieren. Als Schlüsselressource für den unterschiedlichen Umgang mit Kollektivgutproblematiken wurde die spezifische Ausstattung der Stadtteile mit sozialem Kapital identifiziert. In Anbetracht einer starken Stadtteilintegration wurde Hahnwald ein hohes Maß an bindendem Sozialkapital zugesprochen, welches jedoch zusätzlich Brücken nach außen schlägt und darüber auch externe Effekte hervorruft. In Analogie zu Putnams Italienstudie wurde Hahnwald mit den nördlichen und partizipativen Regionen charakterisiert, wohingegen Chorweiler jene süditalienischen Provinzen abbildet, denen mit Sozialkapital gleichsam die Grundlage für effektives kollektives Handeln mangelt.

Anknüpfend an die statistischen Ergebnisse ist nun die Forschungsfrage dieser Arbeit zu beantworten. Wie angenommen ist für diese Stichprobe eine formative Wirkung sozialen Kapitals auf die politische Partizipation nachzuweisen. Soziale Netzwerke sozialisieren in hohem Maße partizipationsrelevante Fähigkeiten und Werte, die den Grundstein für kollektives Handeln legen. Da die strukturelle Ausgestaltung dieser Netzwerke wesentlich durch soziale Statusvariablen geprägt ist, bilden diese in der Tat einen missing link zwischen statusbedingten Ressourcen und politischer Teilhabe. Oder anders ausgedrückt: Der empirisch vielfach bestätigte und theoretisch defizitäre Zusammenhang zwischen Ressourcen und Partizipation wird zu einem nicht unerheblichen Teil über sozialkapitalrelevante Elemente formeller und informeller Natur erklärt (r Status Partizipation, Mitgliedschaften Netzwerkgröße = ,127). Damit bestimmen nicht die

Ressourcen selbst die politische Beteiligung einer Person, sondern erst deren Überführung in Sozialkapital.

Betreffs des sozialen Kapitals bestätigen sich damit einerseits Bourdieus Ausführungen um die Notwendigkeit einer gewissen ökonomischen und kulturellen Grundausstattung zum Aufbau der sozialen Form. Andererseits ermöglichen erst Putnams konzeptuelle Modifikationen eine Übertragung der gruppeninternen Vorteile auf öffentliche Interessen wie der politischen Teilhabe. Hinsichtlich der politischen Ungleichheit lässt dies den wenig hoffnungsvollen Schluss zu, dass sich gesellschaftliche und politische Strukturen stets reproduzieren und die aktuelle Situation ohne zusätzliches Kapital kaum veränderbar scheint. Gleichsam deutet die sozialräumliche Untersuchung eine Determiniertheit sozialen Kapitals von interindividuellen Prozessen an, demnach die Sozialkapitalproduktion ohne spezifische (soziale) Rahmenbedingungen, wie dem durchschnittlichen sozioökonomischen Status im Wohngebiet, prekär erscheint. Schlussendlich lassen sich die (1) individuellen und (2) kontextuellen Ergebnisse dieser Untersuchung wie folgt pointieren:

- (1) Angestellte weisen eine höhere soziale und politische Teilhabe auf als Arbeiterinnen und Arbeiter.
- (2.a) Angestellte aus Hahnwald weisen eine höhere soziale und politische Teilhabe auf als Angestellte aus Chorweiler.
- (2.b) Arbeiterinnen und Arbeiter aus Hahnwald weisen eine höhere soziale und politische Teilhabe auf als Arbeiterinnen und Arbeiter aus Chorweiler.

Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass sozialräumliche Strukturen, wie dargestellt, nicht vollständig auf eine sozioökonomische Existenz zu reduzieren sind, sondern auf einer höheren Aggregatebene zusätzliche Faktoren die soziale wie politische Teilhabe tangieren. In Übereinstimmung zu Putnams einleitendem Zitat scheinen diese Mechanismen in benachteiligten Wohngebieten aber nur selten zu greifen. Auf unterstützende Maßnahmen zum Aufbau stadtteilspezifischen Sozialkapitals ist in Abschnitt 6.3 einzugehen. Zuvor wird auf Grenzen dieser Arbeit verwiesen, die insbesondere methodische Aspekte berühren.

---

## 6.2 Grenzen und Forschungsbedarf

Eine grundlegende Errungenschaft dieser Untersuchung besteht in der Einbindung informeller Netzwerke in eine schriftliche Mehrthemenbefragung, wozu ein eigenes Messinstrument konstruiert wurde. Entsprechend sinnvoll erscheint es,

abschließend die Vorzüge, aber auch die Grenzen und Forschungsbedarfe dieser Methode abzuwägen. Daraufhin werden weitere Aspekte dieser Untersuchung kritisch begutachtet.

Im Bereich der Netzwerkgröße offenbarten sich zunächst Schwierigkeiten mit dem dritten Namensgenerator, der durchschnittlich weitaus weniger Beziehungen ermittelte als aufgrund des alltäglichen Bezugs zu erwarten war (Hilfe bei praktischen Arbeiten). Für dieses Phänomen kommen grundsätzlich zwei Erklärungen infrage. Zum einen wurde der gesamte Fragekomplex von einigen Befragten als überaus zeitintensiv geschildert, weshalb eine gesunkene Motivation bei dieser letzten Teilfrage zu bilanzieren ist. Zum anderen ist auf die uneindeutige Formulierung des Stimulus zu verweisen, der auf sehr unterschiedliche Tätigkeiten abzielt. Obgleich der Pretest keine Probleme mit diesem Item anzeigte, können derartige Unklarheiten zu einer Unterschätzung des Teilnetzwerkes geführt haben. Da rund 40 % der Befragten *niemanden* bei dieser Frage benennen, sind in jedem Fall grundlegende Probleme mit diesem Stimulus indiziert. Ob nun aber ein Ausschluss oder eine Reformulierung des Indikators zu einer adäquateren Messung der Netzwerkgröße verhilft, ist über weitere qualitative Testungen zu ermitteln. Davon abgesehen hat sich die Erhebung der Netzwerkpersonen über verschiedene Stimuli als zielführend erwiesen. Trotz der vergleichsweise hohen Komplexität hat die Fragekonstruktion nicht zu drastischen Ausfällen geführt und auch die simultane Erfassung starker und schwacher Beziehungskonstellationen ist wie erhofft gelungen.

Zur Sammlung qualitativer Netzwerkmerkmale wurden indes Namensinterpretatoren eingesetzt und erwogen, dass fünf Alteri als Proxys für das egozentrierte Netzwerk fungieren können. Dieser Fokus ist letztlich als nicht ausreichend zu bewerten, um das Gesamtnetzwerk angemessen zu repräsentieren. Verschärft wurde diese Problematik durch den Auswahlmodus der Alteri, der emotional nahestehende Personen begünstigte. Informationen über diese Alteri sollten Ego zwar besonders gut verfügbar sein, weshalb sie als weitestgehend valide einzustufen sind, jedoch konnten schwächere Beziehungskonstellationen auf dieser Grundlage nicht abschließend beurteilt werden. So bleibt in Bezug auf die geografische Reichweite und die soziale Zusammensetzung etwa offen, ob die mehrheitlich schwachen Zusammenhänge auf fehlende Verknüpfungen oder aber die Messung zurückzuführen sind. An dieser Stelle manifestiert sich der klassische Zielkonflikt zwischen Aufwand und Ertrag. Da Informationsvielfalt in der Regel mit Motivationsverlusten einhergeht, ist es unter den gleichen Untersuchungsbedingungen nicht angeraten, mehr Informationen über eine größere Anzahl an Alteri zu generieren. Zur Steigerung des analytischen Mehrwertes lassen sich aus dieser Arbeit jedoch zwei grundsätzliche Empfehlungen für weitere

Forschungsvorhaben ableiten. Zum einen erscheint in Abhängigkeit der Untersuchungsziele eine Reduktion der erfassten Informationen sinnvoll, sodass für gegebenenfalls mehr Alteri weniger Details erfragt werden. Zum anderen ist eine Anpassung des Auswahlsystems erforderlich, um starke und schwache Beziehungen paritätisch interpretieren zu können. Ungeachtet dieser Einschränkungen ist insgesamt zu resümieren, dass sich das Instrument zur Erfassung informeller Netzwerkstrukturen bewährt hat. Diese Arbeit demonstriert, dass egozentrierte Netzwerke auch in schriftlichen Befragungen zweckmäßig und nutzbringend erhoben werden können und leistet damit einen Beitrag zur dringend erforderlichen Weiterentwicklung konkreter Methoden. Grundlegend konnte eine Relevanz informeller Beziehungskonstellationen belegt werden, die im Weiteren mittels groß angelegter Studien zu bestätigen ist.

Im Bereich formeller Netzwerke sind unterdessen Mängel rund um die Skalenbildungen der Vereinsformen zu bekunden, die aber nicht die eigentliche Fragekonstruktion tangieren. Einerseits war eine Typenbildung auf Grundlage empirischer Argumente nicht umzusetzen, sodass diese plausibilitätsgeleitet erfolgen musste. Andererseits gestaltete sich die geringe Gesamtzahl an Vereinsmitgliedern problematisch, die zudem häufig in mehreren Vereinen vertreten waren. Unter der Bedingung, die Fallzahlen nicht zu weit herabzusetzen, war eine disjunkte Typenbildung schließlich nicht realisierbar. Infolgedessen sind die entsprechenden Ergebnisse nicht als valide zu betrachten, sondern lassen sowohl deutliche Unter- als auch Überschätzungen möglich erscheinen. Es bleibt zu vermuten, dass sich solche Skalenproblematiken in größeren Stichproben vermeiden lassen und folglich auch die politikrelevanten Wirkungen differenter Vereinstypen sichtbar werden. Da sich im Allgemeinen vielversprechende Tendenzen auftraten, wird ausdrücklich empfohlen, den Forschungsfokus auch künftig nicht nur auf das Niveau, sondern verstärkt auch auf die Art der institutionalisierten Teilhabe zu legen.

Demgegenüber sind die teils geringen Effekte der theoretischen Erklärungsfaktoren vornehmlich auf Schwächen in der Operationalisierung zurückzuführen. Im politischen Bereich ist die Informationsthese durch den Bezug auf konkrete Aktivitäten letztlich als zu spezifisch und die Rekrutierungsthese, die Einladungen zu sämtlichen Beteiligungsformen und Zeitpunkten summiert, im Gegenzug als zu unspezifisch zu werten. Netzwerkbezogene Erklärungsfaktoren basieren hingegen überwiegend auf Mittelwertindizes, die Zustimmungen zu allgemeinen Äußerungen beinhalten und insgesamt nur eine begrenzte Aussagekraft besitzen (z. B. Trubel). Gleichwohl lassen sich verschiedene Argumente ableiten, die den Stellenwert dieser Merkmale rechtfertigen und grundsätzlich eine stärkere theoretische Fokussierung vergleichbarer empirischer Studien herausfordern. Eine

sorgfältige Operationalisierung scheint unter den dargelegten Gesichtspunkten jedoch zwingend erforderlich.

Bedauerlich sind indes datenbezogene Einschränkungen, die sich trotz gewissenhafter Planung und Durchführung der Erhebung in Form einer geringen Stichprobengröße manifestierten. Diese wurde letztlich als unzureichend für eine inferenzstatistische Gegenüberstellung der Stadtteile gewertet. Die alternativen Methoden lassen jedoch wenigstens Deutungen darüber zu, dass in den Stadtteilen ähnliche Mechanismen zwischen Ressourcen, Netzwerken und Partizipation wirksam werden. Aufgrund der Positionierung der Stadtteile als Extremfälle können diese als relativ allgemeingültige und somit potenziell generalisierbare Muster interpretiert werden. Zur Ableitung statistisch haltbarer Aussagen ist aber eine Ausweitung des Untersuchungsgegenstandes auf mehrere Fälle und eine größere Grundgesamtheit notwendig. Trotz fehlender statistischer Bestätigung hat der kleinräumige Fokus aufschlussreiche Einblicke in lokale Eigenheiten und sozialräumliche Bedingungen eröffnet, die in der persönlichen Vorabauseinandersetzung um Informationen über lebensweltliche Situationen und aktuelle Bedarfslagen ergänzt wurden. Insgesamt betont diese Arbeit ausdrücklich den Mehrwert kleinräumiger Betrachtungen und einer intensiven und explizit auch subjektiven Beschäftigung mit dem Untersuchungsgegenstand. Der Fokus auf statistische Großeinheiten ist in vielen Fällen unzureichend und verschleiert den Blick für die tatsächlich handelnden Menschen in ihren spezifischen Kontexten.

Angesichts der nachfolgenden Schlussbetrachtung, die unter anderem Anschlusspunkte für gesellschaftspolitische Maßnahmen auf Basis der sozialräumlichen Erkenntnisgewinne erörtert, ist zuletzt auf die geringe Bildungsvarianz dieser Stichprobe zu verweisen. Insbesondere den Befragten aus Chorweiler ist im Vergleich zur Gesamtpopulation eine überdurchschnittlich hohe Formalbildung zu attestieren. Dieser Befund ist für schriftliche Befragungen zwar nicht unerwartet, fungiert aber als Indikator dafür, dass die Stichprobenauswahl das Stadtbild nicht optimal repräsentiert. In diesem Sinne ist zu mutmaßen, dass auch ihre soziale wie politische Partizipation im Mittel sogar noch überschätzt wurde und die abgeleiteten Zusammenhänge in der Realität noch ausgeprägter sein könnten.

---

### **6.3 Schlussbetrachtung**

Das Ziel dieser Arbeit bestand in der Ermittlung von Bestimmungsfaktoren politischer Partizipation, um auf dieser Grundlage die differenzielle Beteiligung sozioökonomischer Statusgruppen zu erklären. Die Untersuchung reproduziert

zunächst die klassische Positivverknüpfung von statusbedingten Ressourcen und politischer Teilhabe, akzentuiert im weiteren Verlauf jedoch die Relevanz sozialer Netzwerke zur Erklärung dieser Verbindung. Zusammengefasst sind ressourcenreichere Personen in *günstigere* Netzwerkkonstellationen eingebettet, die eine politische Aktivität erkennbar stimulieren, wobei informellen Beziehungen ein besonderes Politisierungspotenzial zuzuschreiben ist. Die politische Beteiligung wird somit maßgeblich über das individuelle Vermögen an sozialem Kapital bestimmt.

Die Diskussion um das soziale Kapital wurde schließlich anhand des Vergleiches zweier Stadtteile fortgeführt, die als relevante Bezugsrahmen sozialer Austausch- und Lernprozesse sowohl dessen Entstehung als auch Nutzung prägen. Auf der einen Seite hat sich in Hahnwald eine beteiligungsfreundliche Kultur entwickelt, die intersubjektive Kooperation über soziale Normen gewährleistet. Auf der anderen Seite gestaltet sich die Situation in Chorweiler, das Merkmale eines sozial benachteiligten Wohnviertels aufweist, durchaus prekär. Allgemeine Unzufriedenheiten, aktuelle Unsicherheiten und Enttäuschungen manifestieren sich in einer sozialen Apathie, sodass mangelndes Sozialkapital eine politische Teilhabe in Form klassischer Kollektivgutproblematiken weitestgehend blockiert. Maßnahmen zur Durchsetzung kooperationsrelevanter Normen in benachteiligten Stadtteilen bestehen nun grundsätzlich in der Etablierung stabiler Netzwerke, in der Präsenz positiver Vorbilder oder aber in der Anwendung externer Sanktionen und normativer Regelungen. Eine sanktionsfähige Lenkung konstituiert etwa die Einführung einer Wahlpflicht. Diese Überlegung tangiert wesentlich den Befund, dass die soziale Ungleichverteilung politischer Partizipation in dieser Untersuchung am größten hinsichtlich tradierteter Beteiligungsformen ausfällt. Da eine Wahlpflicht aber ihrerseits Probleme aufwirft und zudem kaum zu einer umfassenden und intrinsisch aktiven Bürgerbeteiligung anregt, wird dieses Argument hier nicht weiter vertieft. Stattdessen soll die Existenz stabiler Netzwerke und Rollenvorbilder in strukturschwachen Wohngebieten diskutiert werden.

Bezogen auf den Bestand sozialer Netzwerke betont Coleman ausdrücklich die Vorteile dauerhafter sozialer Strukturen zum Aufbau und Erhalt sozialkapitalrelevanter Beziehungen. Dem entgegenstehend wurde nun aber ein zunehmender Bedeutungsverlust etablierter institutioneller Eingebundenheiten formuliert, vor dessen Hintergrund ehemals identitätsstiftende Bindungen wie machtpolitische Steuerungsmöglichkeiten an Relevanz verlieren (u. a. Gewerkschaften, Kirchen). Wie gezeigt werden konnte, sind einige soziale Gruppen besser in der Lage als andere, auf die sich verändernden Bedingungen zu reagieren. Während sie neuartige informelle Gruppenbildungen forcieren, spitzt sich die soziale Isolation anderer Bevölkerungsgruppen weiter zu. Infolge des verminderten Sozialkapitals

können auch dessen Multiplikatoreffekte auf andere Kapitalien nicht hinreichend genutzt werden, sodass sich längerfristig eine ernstzunehmende Abwärtsspirale herausbildet. So resultieren aus sozialen Benachteiligungen negative Erfahrungen, die sich in sozialer und politischer Passivität äußern und vice versa. Zur Herstellung von (politischer) Parität ist es folglich notwendig, dieses System negativer Rückkopplungen aufzubrechen. Eine aktuelle Brisanz erhalten diese Entwicklungen zusätzlich durch neuere rechtspopulistische Bewegungen, welche die Suche nach Identifikations- und politischen Ausdrucksmöglichkeiten der sogenannten Modernisierungsverliererinnen und -verlierer für ihre Zwecke instrumentalisieren. Doch trägt die Hervorhebung von Feindbildern und gesellschaftlichen Konfliktlinien kaum zu einer dauerhaften, brückenbildenden und inklusiven sozialen Einbindung bei. Basierend auf der Brüchigkeit etablierter Netzwerke und der Schwierigkeit, selbständig neue Strukturen zu schaffen, die gleichermaßen identitätsstiftend wie sozialkapitalrelevant sind, erscheint es erforderlich, im sozialen Umfeld selbst günstige Bedingungen zur Produktion sozialen Kapitals zu implementieren und kollektives Handeln von außen anzustoßen.

Vorteilhafte Voraussetzungen können sich beispielsweise in Form positiver Rollenvorbilder konstituieren. Jedoch beziehen sich Rollenmodelle in Wohngebieten in der Regel auf allgemeine Gebietseigenschaften wie die Arbeitslosenquote, die Sozialhilferate oder den Anteil höherer Berufe und sind demnach in benachteiligten Stadtteilen naturgemäß wenig positiv geformt. Die sozialräumliche Nähe zu ähnlich Benachteiligten verstärkt vielmehr die subjektive Wahrnehmung, von der Mainstream-Gesellschaft ausgeschlossen zu sein. Übereinstimmend berichteten mehrere Betroffene, sich allein gelassen zu fühlen und den Eindruck zu haben, dass sich für sie ohnehin nichts zum Besseren verändert (vgl. Abschnitt 4.5.3). Ein primäres Ziel externer Eingriffe muss daher in der Reduzierung jener negativen Empfindungen liegen, welche negative Rückkopplungsmechanismen in Gang setzen. Zum einen müssen politische Lokalvertretungen aktiv in den Prozess eingreifen und besser zugeschnittene Anreizstrukturen aufbauen. Wie sich gezeigt hat, tragen Flyer, Informationsstände oder ähnliches nicht wesentlich zur Entwicklung sozialen oder politischen Interesses bei. Zum anderen bedarf es kommunikativer Austauschprozesse, die den Anwohnenden vermitteln, dass ihren Bedürfnissen und Meinungen Aufmerksamkeit zuteilwird und sich kollektives Handeln durchaus lohnen kann. Auch in der politischen Sphäre ist dahingehend zu sensibilisieren, die Artikulation des politischen Willens als reale Chance und nicht als vernachlässigbare Pflicht zu begreifen. Dazu sind allerdings zuverlässige, glaubwürdige, bedarfsgerechte und möglichst niedrigschwellige institutionelle Arrangements erforderlich. Zentral erscheint somit der Aufbau sozialer Praktiken, in denen die Beteiligten Anerkennung erfahren,

eine öffentliche Sichtbarkeit erzielen und positive Erfahrungen im Umgang mit kooperativem Handeln machen. Vormalig über tradierte gesellschaftspolitische Institutionen gewährleistet, werden nun verstärkt informelle Gruppenbildungen zur Stärkung des (politischen) Selbstvertrauens notwendig.

Ein elementarer Schritt zum Aufbau solcher informellen Beziehungen besteht zunächst in der Bereitstellung institutioneller Angebote im Privat- und Freizeitbereich. Jene, im besten Fall nicht kostenintensiven, Arrangements erweitern den sozialen Möglichkeitsraum und erleichtern es, mit anderen Menschen spontan und unverbindlich in Kontakt zu treten. Jedoch impliziert die alleinige Verfügbarkeit an Anreizstrukturen noch nicht deren tatsächliche Nutzung und auch eine intakte und aktive Gemeinschaft ist längst kein zwingendes Resultat. In jedem Fall erscheint es in diesem Zusammenhang nicht ausreichend, unreflektiert monetäre Mittel für Freizeitarrangements, nutzbare Freiräume oder öffentliche Programme zur Verfügung zu stellen. Vielmehr ist auch hier eine gezielte Aktivierungspolitik notwendig, welche die tatsächlichen Bedarfe der Anwohnenden im direkten Austausch erörtert und entsprechend berücksichtigt. Darüber hinaus erscheint es sinnvoll, vorhandene Sozialkapitalstrukturen zu ermitteln und zielgerichtet auf diesen Bestand aufzubauen. Da Sozialkapital schlussendlich als Nebenprodukt sozialer Interaktionen erzeugt wird, sollten sich gesellschaftspolitische Zielsetzungen weniger an messbaren Ergebnisvorstellungen orientieren, sondern den Fokus auf kulturelle Gemeinschaften, kooperative Zusammenarbeit und geteilte Interessenlagen legen. In dem Sinne können partizipative Teilhabemöglichkeiten im Stadtteil den Grundstein für solidarische Austauschbeziehungen legen.

Alles zusammengenommen betont diese Arbeit die Rückführung der politischen Inaktivität ressourcenschwacher Personengruppen auf ihr limitiertes Sozialkapitalvermögen, wodurch kollektives Handeln generell unwahrscheinlich wird. Um der politischen Ungleichheit sozialer Statusgruppen entgegenzuwirken, ist demnach an der Stellschraube Sozialkapital zu drehen. Und Sozialkapital aufbauen bedeutet soziale Netzwerke aufbauen.

**Open Access** Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.



---

# Literaturverzeichnis

- Abendschön, Simone (2013): Demokratische Bürgertugenden. In: van Deth, Jan W./Tausendpfund, Markus: *Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik?* Wiesbaden: Springer Fachmedien, 93–132.
- Aldrich, John H. (1997): Positive Theory, Normative Theory, and Practical Politics: Sidney Verba, Kay Lehmann Schlozman, and Henry E. Brady's Voice and Equality: Civic Voluntarism in American Politics. *American Political Science Review* 91 (2), 421–423.
- Alexander, Damon Timothy/Barraket, Jo/Lewis, Jenny M./Considine, Mark (2012): Civic Engagement and Associationalism: The Impact of Group Membership Scope versus Intensity of Participation. *European Sociological Review* 28 (1), 43–58.
- Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft (2014): *Online mitmachen und entscheiden. Partizipationsstudie 2014*. Berlin: Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft.
- Almond, Gabriel A./Verba, Sidney (1963): *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton: Princeton University Press.
- Andreß, Hans-Jürgen (1999): *Leben in Armut. Analysen der Verhaltensweisen armer Haushalte mit Umfragedaten*. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag GmbH.
- Armingeon, Klaus (2007): Political participation and associational involvement. In: van Deth, Jan W./Montero, José R./Westholm, Anders (Hg.): *Citizenship and involvement in European democracies: A comparative analysis*. London: Routledge, 358–383.
- Arzheimer, Kai/Schmitt, Annette (2014): Der ökonomische Ansatz. In: Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (Hg.): *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: Springer VS, 331–403.
- Barnes, Samuel H./Kaase, Max u. a. (1979): *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*. Beverly Hills/London: Sage Publications.
- Baumann, Horst/Schulz, Sonja/Thiesen, Sarah (2019): *ALLBUS 2018-Variable Report: Studien-Nr. 5270*. GESIS-Variable Reports 2019/6. Köln: GESIS.
- Baur, Nina/Florian, Michael J. (2009): Stichprobenprobleme bei Online-Umfragen. In: Jakob, Nikolaus/Schoen, Harald/Zerback, Thomas (Hg.): *Sozialforschung im Internet. Methodologie und Praxis der Online-Befragung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 109–128.
- Bekkers, René (2005): Participation in Voluntary Associations: Resources, Personality, or Both? *Political Psychology* 26 (3), 439–454.
- Bernauer, Thomas/Jahn, Detlef/Kuhn, Patrick/Walter, Stefanie (2015): *Einführung in die Politikwissenschaft*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

- Bernstein, Basil (1972): *Studien zur sprachlichen Sozialisation*. Düsseldorf: Pädagogischer Verlag Schwamm.
- Blasius, Jörg (2001): *Korrespondenzanalyse*. Wien/München: R. Oldenbourg Verlag.
- Blasius, Jörg/Friedrichs, Jürgen/Klößner, Jennifer (2008): *Doppelt benachteiligt? Leben in einem deutsch-türkischen Stadtteil*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bortz, Jürgen/Schuster, Christof (2010): *Statistik für Human- und Sozialwissenschaftler*. Berlin/Heidelberg/New York: Springer Verlag.
- Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, Reinhard (Hg.): *Soziale Ungleichheiten*. Soziale Welt Sonderband 2, 183–198.
- Bourdieu, Pierre (1987): *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Box, George E. P. (1953): Non-normality and tests on variances, *Biometrika* 40 (3), 318–335.
- Brady, Henry E. (1999): Political Participation. In: Robinson, John P./Shaver, Phillip R./Wrightman, Lawrence S. (Hg.): *Measures of Political Attitudes*. San Diego: Academic Press, 737–801.
- Brady, Henry E./Verba, Sidney/Schlozman, Kay Lehman (1995): Beyond SES: A Resource Model of Political Participation. *The American Political Science Review* 89 (2), 271–294.
- Brady, Henry E./Schlozman, Kay Lehman/Verba, Sidney (1999): Prospecting for Participants: Rational Expectations and the Recruitment of Political Activists. *The American Political Science Review* 93 (1), 153–168.
- Buchstein, Hubertus (2012): Divergierende Konzepte Politischen Handelns in der Politikwissenschaft. In: Weißeno, Georg/Buchstein, Hubertus (Hg.): *Politisch Handeln. Modelle, Möglichkeiten, Kompetenzen*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 18–38.
- Bühlmann, Jacqueline/Schmid, Beat (1999): *Unbezahlt-aber trotzdem Arbeit: Zeitaufwand für Haus- und Familienarbeit, Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Nachbarschaftshilfe*. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.
- Bühlmann, Marc/Freitag, Markus (2004): Individuelle und kontextuelle Determinanten der Teilhabe an Sozialkapital. Eine Mehrebenenanalyse zu den Bedingungen des Engagements in Freiwilligenorganisationen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 56 (2), 326–349.
- Burt, Ronald S. (1984): Network Items and the General Social Survey. *Social Networks* 6, 293–339.
- Coffé, Hilde/Geys, Benny (2007): Participation in Bridging and Bonding Associations and Civic Attitudes: Evidence from Flanders. *Voluntas* 18, 385–406.
- Coleman, James S. (1988): Social Capital in the Creation of Human Capital. *American Journal of Sociology* 94, Supplement, 95–120.
- Coleman, James S. (1990): *Foundations of Social Theory*. Cambridge: Harvard University Press.
- Coleman, James S. (1991): *Grundlagen der Sozialtheorie. Band 1: Handlungen und Handlungssysteme*. München: R. Oldenbourg Verlag.
- Curtis, James E./Baer, Douglas E./Grabb, Edward G. (2001): Nations of Joiners: Explaining Voluntary Association Membership in Democratic Societies. *American Sociological Review* 66 (6), 783–805.
- Dahl, Robert A. (1998): *On Democracy*. New Haven & London: Yale University Press.
- Dahl, Robert A. (2006): *Politische Gleichheit – ein Ideal?* Hamburg: Hamburger Edition HIS Verlagsges. mbH.

- De Souza Briggs, Xavier (1997): Social Capital and the Cities: Advice to Change Agents. *National Civic Review* 86 (2), 11–117.
- De Tocqueville, Alexis (2004 [1835]): *Über die Demokratie in Amerika*. Stuttgart: Philipp Reclam jun. GmbH & Co.
- Der Bundeswahlleiter (2018): *Ergebnisse früherer Bundestagswahlen*. Wiesbaden: Der Bundeswahlleiter.
- Deutscher Bundestag (2016): *Sinkende Wahlbeteiligung in Deutschland. Ursachen und Lösungsvorschläge*. Abrufbar unter: <https://www.bundestag.de/blob/407782/1d83e5629dc19e1d2299fb2ff135680d/wd-1-008-15-pdf-data.pdf>; zuletzt abgerufen am: 12.10.2021.
- Deutscher Bundestag (2019): *Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland*. Abrufbar unter: <https://www.bundestag.de/gg>; zuletzt abgerufen am: 12.10.2021.
- Die Bibel (1999): Einheitsübersetzung der Heiligen Schrift. Stuttgart: Verlag Katholisches Bibelwerk GmbH.
- Diekmann, Andreas (2007): Dimensionen des Sozialkapitals. In: Franzen, Axel/Freitag, Markus (Hg.): *Sozialkapital. Grundlagen und Anwendungen*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 47/2007. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 47–65.
- Diekmann, Andreas/Voss, Thomas (2004): Die Theorie rationalen Handelns. Stand und Perspektiven. In: Diekmann, Andreas/Voss, Thomas (Hg.): *Rational-Choice-Theorie in den Sozialwissenschaften. Anwendungen und Probleme*. München: Oldenbourg Verlag, 13–29.
- Dillman, Don, A. (1978): *Mail and Telephone Surveys. The Total Design Method*. New York: Wiley.
- Downs, Anthony (1957): *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper & Brothers.
- El-Menouar, Yasemin (2014): Befragung von Migranten. In: Baur, Nina/Blasius, Jörg (Hg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer VS, 787–797.
- Engel, Uwe/Schmidt, Björn Oliver (2014): Unit- und Item-Nonresponse. In: Baur, Nina/Blasius, Jörg (Hg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer VS, 331–348.
- Erlach, Emanuel von (2005): Politisierung in Vereinen. Eine empirische Studie zum Zusammenhang zwischen der Vereinsmitgliedschaft und der Teilnahme an politischen Diskussionen. *Swiss Political Science Review* 11 (3), 27–59.
- ESS (2014): European Social Survey Round 7 Data. Data file edition 2.2. NSD-Norwegian Centre for Research Data, Norway – Data Archive and distributor of ESS data for ESS ERIC.
- ESS (2018): European Social Survey Round 1: ESS-1 2002 Documentation Report. Edition 6.6. Bergen, European Social Survey Data Archive, NSD-Norwegian Centre for Research Data for ESS ERIC.
- Esser, Hartmut (2000): *Soziologie. Spezielle Grundlagen*. Band 4: Opportunitäten und Restriktionen. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (2014): Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten. In: Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (Hg.): *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: Springer VS, 241–329.

- Faulbaum, Frank/Prüfer, Peter/Rexroth, Margrit (2009): *Was ist eine gute Frage? Die systematische Evaluation der Fragenqualität*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Feld, Scott (1981): The Focused Organization of Social Ties. *American Journal of Sociology* 86 (5), 1015–1035.
- Fenicia, Tatjana/Gamper, Markus/Schönhuth, Michael (2010): Integration, Sozialkapital und soziale Netzwerke. Egozentrierte Netzwerke von (Spät-)Aussiedlern. In: Gamper, Markus/Reschke, Linda (Hg.): *Knoten und Kanten. Soziale Netzwerkanalyse in Wirtschafts- und Migrationsforschung*. Bielefeld: transcript Verlag, 305–332.
- Finkel, Steven E. (2008): In Defense of the „Wide“ Rational Choice Model of Collective Political Action. In: Diekmann, Andreas/Eichner, Klaus/Schmidt, Peter/Voss, Thomas (Hg.): *Rational Choice: Theoretische Analysen und empirische Resultate*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 23–35.
- Franzen, Axel/Pointner, Sonja (2007): Sozialkapital: Konzeptualisierungen und Messungen. In: Franzen, Axel/Freitag, Markus (Hg.): *Sozialkapital. Grundlagen und Anwendungen*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 47/2007. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 66–90.
- Freeman, Richard B. (1997): Working for Nothing: The Supply of Volunteer Labor. *Journal of Labor Economics* 15 (1), 140–166.
- Freitag, Markus (2001): Das soziale Kapital der Schweiz. Vergleichende Einschätzungen zu Aspekten des Vertrauens und der sozialen Einbindung. *Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 10, 87–118.
- Freitag, Markus (2005): Labor Schweiz: Vergleichende Wahlbeteiligungsforschung bei Kantonalen Parlamentswahlen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 57 (4), 667–690.
- Freitag, Markus (2010): Structure versus Culture: A Comparative Study of the Influence of Political Institutions and Cultural Modernization Factors on Voter Turnout in Swiss Subnational Parliamentary Elections. *International Political Review* 31 (4), 428–448.
- Freitag, Markus/Stadelmann-Steffen, Isabelle (2010): Stumbling Block or Stepping Stone? The Influence of Direct Democracy on Individual Participation in Parliamentary Elections. *Electoral Studies* 2, 472–483.
- Friedrichs, Jürgen (2014): Kontexteffekte von Wohngebieten. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 66: 287–316.
- Friedrichs, Jürgen/Oberwittler, Dietrich (2007): Soziales Kapital in Wohngebieten In: Franzen, Axel/Freitag, Markus (Hg.): *Sozialkapital. Grundlagen und Anwendungen*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 47/2007. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 450–486.
- Friedrichs, Jürgen/Kecskes, Robert/Wolf, Christof (2002): Euskirchen 1952–2002. Der Wandel einer Mittelstadt. Wiesbaden: Springer Fachmedien GmbH.
- Fuhse, Jan (2008): Netzwerke und soziale Ungleichheit. In: Stegbauer, Christian (Hg.): *Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie. Ein neues Paradigma in den Sozialwissenschaften*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 79–90.
- Gabler, Siegfried (1993): Die grafische Darstellung in der Korrespondenzanalyse. *ZUMA-Nachrichten* 32, 22–37.
- Gabriel, Oscar W. (2004): Politische Partizipation. In: van Deth, Jan W. (Hg.): *Deutschland in Europa. Ergebnisse des European Social Survey 2002–2003*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 317–338.

- Gabriel, Oscar W. (2013): Politische Partizipation. In: Van Deth, Jan W./Tausendpfund, Markus (Hg.): *Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik? Individuelle und kontextuelle Determinanten politischer Orientierungen*. Wiesbaden: Springer VS, 382–412.
- Gabriel, Oscar W./Völkl, Kerstin (2005): Politische und soziale Partizipation. In: Gabriel, Oscar W./Holtmann, Everhard (Hg.): *Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland*. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, 523–573.
- Gabriel, Oscar W./Völkl, Kerstin (2008): Politische und soziale Partizipation. In: Gabriel, Oscar W./Kropp, Sabine (Hg.): *Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 268–298.
- Gabriel, Oscar W./Kunz, Volker/Roßteutscher, Sigrid/van Deth, Jan W. (2002): *Sozialkapital und Demokratie. Zivilgesellschaftliche Ressourcen im Vergleich*. Wien: WUIV-Universitätsverlag.
- Galster, George C. (2008): Quantifying the Effect of Neighbourhood on Individuals: Challenges, Alternative Approaches, and Promising Directions. *Schmollers Jahrbuch* 128 (1), 1–42.
- Galster, George C./Killen, Sean P. (1995): The Geography of Metropolitan Opportunity: A Reconnaissance and Conceptual Framework. *Housing Policy Debate* 6 (1), 7–43.
- Gautschi, Thomas (2010): Maximum-Likelihood-Schätztheorie. In: Wolf, Christof/Best, Henning (Hg.): *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 205–235.
- Gibson, Rachel/Cantijoch, Marta (2013): Conceptualizing and Measuring Participation in the Age of the Internet: Is Online Political Engagement Really Different to Offline? *The Journal of Politics* 75 (3), 701–716.
- Gifi, Albert (1990): *Nonlinear Multivariate Analysis*. Chichester: Wiley.
- Girtler, Roland (2001): *Methoden der Feldforschung*. Wien: Böhlau Verlag.
- Goerres, Achim (2010): Die soziale Norm der Wahlbeteiligung. Eine international vergleichende Analyse für Europa. *Politische Vierteljahresschrift* 51, 275–296.
- Goldberg, Ellis (1996): Thinking About How Democracy Works, *Politics & Society* 24 (1), 7–18.
- Granovetter, Mark S. (1973): The Strength of Weak Ties. *American Journal of Sociology* 78 (6), 1360–1380.
- Granovetter, Mark S. (1985): Economic Action and Social Structure: The Problem of Embeddedness. *American Journal of Sociology* 91 (3), 481–510.
- Häder, Michael/Häder, Sabine (2014): Stichprobenziehung in der quantitativen Sozialforschung. In: Baur, Nina/Blasius, Jörg (Hg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer VS, 283–297.
- Hagenaars, Aldi J. M./de Vos, Klaas/Zaidi, M. Asghar (1994): *Poverty statistics in the late 1980s: Research based on micro-data*. Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities.
- Hastings, Annette (2009): Neighbourhood Environmental Services and Neighbourhood „Effects“: Exploring the Role of Urban Services in Intensifying Neighbourhood Problems. *Housing Studies* 24 (4), 503–524.
- Häuberer, Julia (2011): *Social Capital Theory. Towards a Methodological Foundation*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Haug, Sonja (1997): *Soziales Kapital. Ein kritischer Überblick über den aktuellen Forschungsstand*. Mannheim: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung.

- Haug, Sonja (2010): Soziale Netzwerke und soziales Kapital. Faktoren für die strukturelle Integration von Migranten in Deutschland. In: Gamper, Markus/Reschke, Linda (Hg.): *Knoten und Kanten. Soziale Netzwerkanalyse in Wirtschafts- und Migrationsforschung*. Bielefeld: transcript Verlag, 247–273.
- Häußermann, Hartmut (2003): Armut in der Großstadt. Die Stadtstruktur verstärkt soziale Ungleichheit. *Informationen zur Raumentwicklung* Heft 3/4.2003, 147–159.
- Haußner, Stefan (2017): *Die AfD mobilisiert NichtwählerInnen. Mediale Übertreibung oder begründete Vorahnung?* Forschungspapier, erschienen auf: [regierungsforschung.de](http://regierungsforschung.de). Abrufbar unter: [https://regierungsforschung.de/wp-content/uploads/2017/03/16032017\\_regierungsforschung.de\\_Stefan-Hau%DFner\\_Die-AfD-mobilisiert-Nichtw%E4hlerinnen.pdf](https://regierungsforschung.de/wp-content/uploads/2017/03/16032017_regierungsforschung.de_Stefan-Hau%DFner_Die-AfD-mobilisiert-Nichtw%E4hlerinnen.pdf); zuletzt abgerufen am: 12.10.2021.
- Hebestreit, Ray (2013): *Partizipation in der Wissensgesellschaft. Funktion und Bedeutung diskursiver Beteiligungsverfahren*. Wiesbaden: Springer VS.
- Heckel, Christiane/Hofmann, Oliver (2014): Das ADM-Stichproben-System (F2F) ab 1997. In: ADM Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e. V.: *Stichproben-Verfahren in der Umfrageforschung. Eine Darstellung für die Praxis*. Wiesbaden: Springer VS, 85–116.
- Heuwinkel, Dirk (1981): *Aktionsräumliche Analysen und Bewertungen von Wohngebieten*. Hamburg: Christians.
- Hippler, Hans-Jürgen (1988): Methodische Aspekte schriftlicher Befragungen: Probleme und Forschungsperspektiven. In: *Planung und Analyse* 6, 244–248.
- Hirschle, Jochen (2009): Institutionelle und informelle Partnermärkte: Zur Verdrängung der lebensweltlichen Formen des Kennenlernens bei den höher Gebildeten. *Soziale Welt* 60 (1), 7–26.
- Höfer, Renate/Keupp, Heiner/Straus, Florian (2006): Prozesse sozialer Verortung in Szenen und Organisationen – Ein netzwerkorientierter Blick auf traditionale und reflexiv moderne Engagementformen. In: Hollstein, Betina/Straus, Florian (Hg.): *Qualitative Netzwerkanalyse. Konzepte, Methoden, Anwendungen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 267–294.
- Hoffmeyer-Zlotnik, Jürgen H. P. (2003): „Stellung im Beruf“ als Ersatz für eine Berufsklassifikation zur Ermittlung von sozialem Prestige. *ZUMA Nachrichten* 27 (53), 114–127.
- Hooghe, Marc (2003): Value Congruence and Convergence Within Voluntary Associations: Ethnocentrism in Belgian Organizations. *Political Behavior* 25 (2), 151–175.
- Hosch-Dayican, Bengü (2014): Online political activities as emerging forms of political participation: How do they fit in the conceptual map? *Acta Politica* 49 (3), 342–346.
- IG Hahnwald (o. J.): *Wohnen im Hahnwald*. Abrufbar unter: <http://hahnwald.net/wohnen-im-hahnwald/>; zuletzt abgerufen am: 12.10.2021.
- Ikeda, Ken'ichi/Richey, Sean E. (2005): Japanese Network capital: The Impact of Social Networks on Japanese Political Participation. *Political Behavior* 27 (3), 239–260.
- Inglehart, Ronald/Haerpfer, Christian/Moreno, Alejandro/Welzel, Christian/Kizilova, Kseniya/Diez-Medrano, Jaime/Lagos, Marta/Norris, Pippa/Ponarin, Eduard/Puranen Bi, et al. (Hg.) (2014): *World Values Survey: Round Six – Country-Pooled*. Madrid: JD Systems Institute. Abrufbar unter: [www.worldvaluessurvey.org/WVSDocumentationWV6.jsp](http://www.worldvaluessurvey.org/WVSDocumentationWV6.jsp); zuletzt abgerufen am: 12.10.2021.
- Jahn, Detlef (2006): *Einführung in die vergleichende Politikwissenschaft*. Wiesbaden: Springer VS.

- Jansen, Dorothea (1999): *Einführung in die Netzwerkanalyse. Grundlagen, Methoden, Anwendungen*. Opladen: Leske + Budrich.
- Kaase, Max (1982): Partizipatorische Revolution-Ende der Parteien? In: Raschke, Joachim (Hg.): *Bürger und Parteien. Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung*. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung (189). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 173–189.
- Kaase, Max (1992a): Politische Beteiligung/Politische Partizipation. In: Andersen, Uwe/Woyke, Wichard (Hg.): *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen: Leske Verlag + Budrich GmbH, 429–433.
- Kaase, Max (1992b): Vergleichende politische Partizipationsforschung. In: Berg-Schlosser, Dirk/Müller-Rommel, Ferdinand (Hg.): *Vergleichende Politikwissenschaft. Ein einführendes Studienbuch*. Opladen: Leske + Budrich, 145–160.
- Kaase, Max (1997): Vergleichende Politische Partizipationsforschung, in: Berg-Schlosser, Dirk/Müller-Rommel, Ferdinand (Hg.): *Vergleichende Politikwissenschaft*. Opladen: Leske + Budrich, 159–174.
- Keckes, Robert/Wolf, Christof (1996): *Konfession, Religion und soziale Netzwerke. Zur Bedeutung christlicher Religiosität in personalen Beziehungen*. Opladen: Leske + Budrich.
- Kern, Kristine (2004): Sozialkapital, Netzwerke und Demokratie. In: Klein, Ansgar/Kern, Kristine/Geißel, Brigitte/Berger, Maria (Hg.): *Zivilgesellschaft und Sozialkapital: Herausforderungen politischer und sozialer Integration*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 109–129.
- Keupp, Heiner/Röhrle, Bernd (1987): *Soziale Netzwerke*. Frankfurt: Campus Verlag.
- Koob, Dirk (2007): *Sozialkapital zur Sprache gebracht. Eine bedeutungstheoretische Perspektive auf ein sozialwissenschaftliches Begriffs- und Theorieproblem*. Göttingen: Universitätsverlag Göttingen.
- Krebs, Dagmar/Menold, Natalja (2014): Gütekriterien quantitativer Sozialforschung. In: Baur, Nina/Blasius, Jörg (Hg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer VS, 425–438.
- Krenz, Astrid (2008): Theorie und Empirie über den Wirkungszusammenhang zwischen sozialer Herkunft, kulturellem und sozialem Kapital, Bildung und Einkommen in der Bundesrepublik Deutschland. *SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research 128*. Berlin: DIW Berlin.
- Kriesi, Hanspeter (2007): Sozialkapital. Eine Einführung. In: Franzen, Axel/Freitag, Markus (Hg.): *Sozialkapital. Grundlagen und Anwendungen*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 47/2007. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 23–46.
- Kunz, Franziska (2010): Mahnaktionen in postalischen Befragungen. *Methoden-Daten-Analysen* 4 (2), 127–155.
- Kunz, Volker/Gabriel, Oscar W. (2000): Soziale Integration und politische Partizipation. Das Konzept des Sozialkapitals – Ein brauchbarer Ansatz zur Erklärung politischer Partizipation? In: Druwe, Ulrich/Kühnel, Steffen/Kunz, Volker (Hg.): *Kontext, Akteur und strategische Interaktion. Untersuchungen zur Organisation politischen Handelns in modernen Gesellschaften*. Opladen: Leske + Budrich, 47–74.
- Kurtenbach, Sebastian (2017): *Leben in herausfordernden Wohngebieten. Das Beispiel Köln-Chorweiler*. Wiesbaden: Springer VS.

- La Due Lake, Ronald/Huckfeldt, Robert (1998): Social Capital, Social Networks, and Political Participation. *Political Psychology* 19 (3), 567–584.
- Ladd, Everett C. (1996): The Data Just Don't Show Erosion of America's „Social Capital“. *The Public Perspective* 7, 1–30.
- Lazarsfeld, Paul F./Berelson, Bernard/Gaudet, Hazel (1944): *The People's Choice. How the Voter Makes Up his Mind in a Presidential Campaign*. New York: Duell, Sloan and Pearce.
- Lazarsfeld, Paul F./Berelson, Bernard/Gaudet, Hazel (1969): *Wahlen und Wähler. Soziologie des Wahlverhaltens*. Neuwied/Berlin: Hermann Luchterhand Verlag GmbH.
- Legewie, Heiner (1995): Feldforschung und teilnehmende Beobachtung. In: Flick, Uwe/Kardorff, Ernst v./Keupp, Heiner/Rosenstiel, Lutz v./Wolff, Stephan (Hg.): *Handbuch qualitative Sozialforschung. Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen*. Weinheim: Beltz, Psychologie Verlags Union, 189–193.
- Levi, Margaret (1996): Social and Unsocial Capital: A Review of Robert Putnam's Making Democracy Work. *Politics & Society* 24 (1), 45–55.
- Li, Yaojun/Savage, Mike/Pickles, Andrew (2003): Social capital and social exclusion in England and Wales (1972–1999). *British Journal of Sociology* 54 (4), 497–526.
- Lin, Nan (1999): Building a Network Theory of Social Capital. *Connections* 22 (1), 28–51.
- Lin, Nan/Fu, Yang-Chih/Hsung, Ray-May (2001): The Position Generator: Measurement Techniques for Investigations of Social Capital. In: Lin, Nan/Cook, Karen/Burt, Ronald (Hg.): *Social Capital: Theory and Research*. New York: Aldine de Gruyter.
- Lippel, Bodo (2007): Soziales Engagement und politische Partizipation in Europa. In: Franzen, Axel/Freitag, Markus (Hg.): *Sozialkapital. Grundlagen und Anwendungen*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 47/2007. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 420–449.
- Löffler, Ute/von der Heyde, Christian (2014): Ein Kurz-Überblick über die gebräuchlichsten Auswahl-Verfahren in der Marktforschung. In: ADM Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e. V.: *Stichproben-Verfahren in der Umfrageforschung. Eine Darstellung für die Praxis*. Wiesbaden: Springer VS, 19–36.
- Lück, Detlev/Landrock, Uta, 2014: Datenaufbereitung und Datenbereinigung in der quantitativen Sozialforschung. In: Baur, Nina/Blasius, Jörg (Hg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer VS, 397–409.
- Lüdemann, Christian (2001): Politische Partizipation, Anreize und Ressourcen. Ein Test verschiedener Handlungsmodelle und Anschlußtheorien am ALLBUS 1998. In: Koch, Achim/Wasmer, Martina/Schmidt, Peter (Hg.): *Blickpunkt Gesellschaft 6. Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen*. Opladen: Leske + Budrich, 43–71.
- Lüpsen, Haiko (2015): *Varianzanalysen – Prüfen der Voraussetzungen und nichtparametrische Methoden sowie praktische Anwendungen mit R und SPSS*. Version 1.1. Technischer Bericht. Abrufbar unter: <https://kups.ub.uni-koeln.de/6309/1/nonpar-anova.pdf>; zuletzt abgerufen am: 12.10.2021.
- Mahler, Katja (1997): *Großsiedlungen: Auf dem Weg zum eigenständigen Stadtteil oder zum sozialen Brennpunkt?* Bericht zur Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 26. 06. 1997 in Magdeburg. Bonn: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Wirtschaftspolitik.
- Marquardsen, Kai/Röbenack, Silke (2008): „...der Freundeskreis, der Bekanntenkreis hat sich total verändert“. Rekonstruktionen von sozialen Beziehungskontexten bei

- Arbeitslosengeld-II-EmpfängerInnen. In: Stegbauer, Christian (Hg.): *Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie. Ein neues Paradigma in den Sozialwissenschaften*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 479–489.
- Marsh, Alan/Kaase, Max (1979): Background of Political Action. In: Barnes, Samuel H./Kaase, Max u. a.: *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*. Beverly Hills/London: Sage Publications, 97–136.
- Marx, Johannes (2010): Netzwerke als Quelle sozialen Kapitals. Zur kulturellen und strukturellen Einbettung vertrauensvoller Handlungen in Netzwerken. In: Gamper, Markus/Reschke, Linda (Hg.): *Knoten und Kanten. Soziale Netzwerkanalyse in Wirtschafts- und Migrationsforschung*. Bielefeld: transcript Verlag, 95–116.
- McCallister, Lynne/Fischer, Claude S. (1978): A Procedure for Surveying Personal Networks. *Sociological Methods and Research* 7 (2), 131–148.4
- McPherson, J. Miller/Rotolo, Thomas (1996): Testing a Dynamic Model of Social Composition: Diversity and Change in Voluntary Groups. *American Sociological Review* 61 (2), 179–202.
- Merton, Robert K. (1968): The Matthew Effect in Science, II: Cumulative Advantage and the Symbolism of Intellectual Property. *Isis* 79 (4), 606–62.
- Mewes, Jan (2010): *Ungleiche Netzwerke – vernetzte Ungleichheit. Persönliche Beziehungen im Kontext von Bildung und Status*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Milbrath, Lester, W. (1965): *Political Participation. How and Why Do People Get Involved in Politics?* Chicago: Rand McNally.
- Mitchell, J. Clyde (1969): *Social Networks in Urban Situations. Analyses of Personal Relationships in Central African Towns*. Manchester: The University Press.
- Mohrenberg, Steffen (2006): Politische Kultur. In: Barrios, Harald/Stefes, Christoph: *Einführung in die Comparative Politics*. München, Wien: R. Oldenbourg Verlag, 114–135.
- Nakhaie, M. Reza (2008): Social Capital and Political Participation of Canadians. *Canadian Journal of Political Science* 41 (4), 835–860.
- Newton, Kenneth (1999): Social Capital and Democracy in Modern Europe. In: Van Deth, Jan W./Maraffi, Marco/Newton, Kenneth/Whiteley, Paul F. (Hg.): *Social Capital and European Democracy*. London: Rothledge, 3–24.
- Nie, Norman H./Powell, G. Bingham Jr./Prewitt, Kenneth (1969): Social Structure and Political Participation: Developmental Relationships, II. *The American Political Science Review* 63 (3), 808–832.
- Niedermayer, Oskar (2018): *Parteimitglieder in Deutschland*: Version 2018. Arbeitshefte a. d. Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 29. Abrufbar unter: [https://refubium.fu-berlin.de/bitstream/handle/fub188/22698/P-PMIT18\\_Nr\\_29.pdf?sequence=1&isAllowed=y](https://refubium.fu-berlin.de/bitstream/handle/fub188/22698/P-PMIT18_Nr_29.pdf?sequence=1&isAllowed=y); zuletzt abgerufen am: 12.10.2021.
- Noelle-Neumann, Elisabeth (1963): *Umfragen in der Massengesellschaft: Einführung in die Methoden der Demoskopie*. Reinbek: Rowohlt.
- Noelle-Neumann, Elisabeth (1993): *The Spiral of Silence: Public Opinion – our Social Skin*. 2nd Edition. Chicago: University Press.
- OECD (OECD Project on Income Distribution and Poverty) (2005): *What are Equivalence scales?* Abrufbar unter: <https://www.oecd.org/economy/growth/OECD-Note-EquivalenceScales.pdf>; zuletzt abgerufen am: 12.10.2021.

- Oevermann, Ulrich (1969): Schichtenspezifische Formen des Sprachverhaltens und ihr Einfluß auf die kognitiven Prozesse. In: Roth, Heinrich (Hg.): *Begabung und Lernen*. Stuttgart: Ernst Klett Verlag, 297–355.
- Oevermann, Ulrich (1972): Sprache und soziale Herkunft: ein Beitrag zur Analyse schichtenspezifischer Sozialisationsprozesse und ihrer Bedeutung für den Schulerfolg. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Offe, Claus/Fuchs, Susanne (2001): Schwund des Sozialkapitals? Der Fall Deutschland. In: Putnam, Robert D. (Hg.): *Gesellschaft und Gemeinsinn*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 417–514.
- Olson, Mancur (1965): *The Logic of Collective Action. Public Goods and the Theory of Groups*. Cambridge: Harvard University Press.
- Olson, Mancur (1998): *Die Logik kollektiven Handelns*. Tübingen: J.C.B. (Paul Siebeck).
- Opp, Karl-Dieter (1983): *Die Entstehung sozialer Normen. Ein Integrationsversuch soziologischer, sozialpsychologischer und ökonomischer Erklärungen*. Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).
- Opp, Karl-Dieter (1986): Soft Incentives and Collective Action: Participation in the Anti-Nuclear Movement. *British Journal of Political Science* 16 (1), 87–112.
- Opp, Karl-Dieter (1989): *The Rationality of Political Protest*. Westview Press.
- Oser, Jennifer/Hooghe, Marc/Marien, Sofie (2013): Is Online Participation Distinct from Offline Participation? A Latent Class Analysis of Participation Types and Their Stratifications. *Political Research Quarterly* 66 (1), 91–101.
- Pappi, Franz Urban/Wolf, Gunter (1984): Wahrnehmung und Realität sozialer Netzwerke. Zuverlässigkeit und Gültigkeit der Angaben über beste Freunde im Interview. In: Meulemann, Heiner/Reuband, Karl-Heinz (Hg.): *Soziale Realität im Interview. Empirische Analysen methodischer Probleme*. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Parry, Geraint/Moyser, George/Day, Neil (1992): *Political Participation and Democracy in Britain*. Cambridge: University Press.
- Paxton, Pamela (2002): Social Capital and Democracy: An Interdependent Relationship. *American Sociological Review* 67 (2), 254–277.
- Petermann, Sören (2005): Rücklauf und systematische Verzerrungen bei postalischen Befragungen: eine Analyse der Bürgerumfrage Halle 2003. In: *ZUMA Nachrichten* 29 (57), 55–78.
- Petermann, Sören (2015): Soziale Netzwerke und Nachbarschaft. In: Reutlinger, Christian/Stiehler, Steve/Lingg, Eva (Hg.): *Soziale Nachbarschaften. Geschichte, Grundlagen, Perspektiven*. Wiesbaden: Springer VS, 177–189.
- Pollock, Philip H. (1982): Organizations as Agents of Mobilization: How Does Group Activity Affect Political Participation? *American Journal of Political Science* 26 (3), 485–503.
- Porst, Rolf (1996): Ausschöpfungen bei sozialwissenschaftlichen Umfragen. Die Sicht der Institute. *ZUMA-Arbeitsbericht* 96/07.
- Porst, Rolf (2014): *Der Fragebogen*. Ein Arbeitsbuch. Wiesbaden: Springer VS.
- Prüfer, Peter/Rexroth, Margrit (2000): Zwei-Phasen-Pretesting. *ZUMA-Arbeitsbericht* 2000/08.
- Przeworski, Adam/Teune, Henry (1970): The Logic of Comparative Social Inquiry. *Comparative Studies in Behavioral Science*. New York: Wiley-Interscience.
- Putnam, Robert D. (1993): *Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy*. New Jersey: Princeton University Press.

- Putnam, Robert D. (1995a): Bowling Alone: America's Declining Social Capital. *Journal of Democracy* 6 (1), 65–78.
- Putnam, Robert D. (1995b): Tuning In, Tuning Out: The Strange Disappearance of Social Capital in America. *Political Science and Politics* 28 (4), 664–683.
- Putnam, Robert D. (1996): *The Decline of Civil Society: How Come? So what?* The John L. Manion Lecture. Canadian Centre for Management Development. Ontario: Ottawa.
- Putnam, Robert D. (2000): *Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community*. New York: Simon & Schuster Paperbacks.
- Putnam, Robert D. (2002): Soziales Kapital in der Bundesrepublik Deutschland und in den USA. In: Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages (Hg.): *Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft*. Opladen: Leske + Budrich, 257–273.
- Putnam, Robert D./Goss, Kristin A. (2001): Einleitung. In: Putnam, Robert D. (Hg.): *Gesellschaft und Gemeinsinn*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 15–43.
- Quintelier, Ellen (2013): Socialization or Self-Selection? Membership in Deliberative Associations and Political Attitudes. *Nonprofit and Voluntary Sector Quarterly* 42 (1), 174–192.
- Reuband, Karl-Heinz (2001): Möglichkeiten und Probleme des Einsatzes postalischer Befragungen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 53 (2), 307–333.
- Reuband, Karl-Heinz (2014): Schriftlich-postalische Befragung. In: Baur, Nina /Blasius, Jörg (Hg): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer VS, 643–658.
- Röhrl, Bernd (1994): *Soziale Netzwerke und soziale Unterstützung*. Weinheim: Psychologie Verlags Union.
- Rosenbaum, James E./Reynold, Lisa/Deluca, Stefanie (2002): How Do Places Matter? The Geography of Opportunity, Self-efficacy and a Look Inside the Black Box of Residential Mobility. *Housing Studies* 17 (1), 71–82.
- Sabeti, Filippo (1996): Path Dependency and Civic Culture: Some Lessons From Italy About Interpreting Social Experiments. *Politics & Society* 24 (1), 19–44.
- Sander, Thomas H./Putnam, Robert D. (2010): Still Bowling Alone? The Post-9/11 Split. *Journal of Democracy* 21 (1), 9–16.
- Sartre, Jean-Paul (1963): *Der Ekel*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Schäfer, Armin (2010a): Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa. *Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft* 4 (1), 131–156.
- Schäfer, Armin (2010b): Kompensiert bürgerliches Engagement den Rückgang der Wahlbeteiligung? *BBE-Newsletter* 4/2010.
- Schäfer, Armin (2012): Beeinflusst die sinkende Wahlbeteiligung das Wahlergebnis? Eine Analyse kleinräumiger Wahldaten in deutschen Großstädten. *Politische Vierteljahresschrift* 53 (2), 240–264.
- Schäfer, Armin/Schoen, Harald (2013): Mehr Demokratie, aber nur für wenige? Der Zielkonflikt zwischen mehr Beteiligung und politischer Gleichheit. *Leviathan* 41 (1), 94–120.
- Schäfer, Armin/Vehrkamp, Robert/Gagné, Felix (2013): *Prekäre Wahlen. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

- Scheufele, Dietram A./Eveland, William P. (2000): Perceptions of ‚public opinion‘ and ‚public‘ opinion expression. *International Journal of Public Opinion Research* 13 (1), 25–44.
- Scheufele, Dietram A./Nisbet, Matthew C./Brossard, Dominique/Nisbet, Erik C. (2004): Social Structure and Citizenship: Examining the Impacts of Social Setting, Network Heterogeneity, and Informational Variables on Political Participation. *Political Communication* 21 (3), 315–338.
- Schlinzig, Tino/Schneiderat, Götz (2009): Möglichkeiten zur Erhöhung der Teilnahmebereitschaft bei Telefonumfragen über Festnetz und Mobilfunk. Zum Potenzial von Warmkontakt und randomisierter Geburtstagsauswahl. In: Weichbold, Martin/Bacher, Johann/Wolf, Christof (Hg.): *Umfrageforschung. Herausforderungen und Grenzen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 21–43.
- Schlozman, Kay Lehman/Verba, Sidney/Brady, Henry E. (1999): Civic Participation and the Equality Problem. In: Skocpol, Theda/Fiorina, Morris P. (Hg.): *Civic Engagement in American Democracy*. Washington: Brookings, 427–460.
- Schneekloth, Ulrich/Leven, Ingo (2003): Woran bemisst sich eine „gute“ allgemeine Bevölkerungsumfrage? Analysen zu Ausmaß, Bedeutung und zu den Hintergründen von Non-response in zufallsbasierten Stichprobenerhebungen am Beispiel des ALLBUS. *ZUMA-Nachrichten* 27 (53), 16–57.
- Schnell, Rainer/Hill, Paul B./Esser, Elke (2011): *Methoden der empirischen Sozialforschung*. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH.
- Schnell, Rainer/Gramlich, Tobias/Bachteler, Tobias/Reiher, Jörg/Trappmann, Mark/Smid, Menno/Becher, Inna (2013): Ein neues Verfahren für namensbasierte Zufallsstichproben von Migranten. *Methode, Daten, Analysen* 7 (1), 5–33.
- Schroeder, Joachim (2015): Soziales Lernen und Nachbarschaft. In: Reutlinger, Christian/Stiehler, Steve/Lingg, Eva (Hg.): *Soziale Nachbarschaften. Geschichte, Grundlagen, Perspektiven*. Wiesbaden: Springer VS, 201–209.
- Schultze, Rainer-Olaf (1995): Partizipation. In: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): *Politische Theorie. Lexikon der Politik Band 1*. München: Beck, 396–406.
- Schulz, Tobias/Bailer, Stefanie (2012): The impact of organisational attributes on political participation: results of a multi-level survey from Switzerland. *Swiss Political Review* 18 (1), 1–27.
- Serdült, Uwe (2005): Soziale Netzwerkanalyse in der Politikwissenschaft. In: Serdült, Uwe (Hg.): *Anwendungen sozialer Netzwerkanalyse*. Tagungsbericht. Zürcher Politik- und Evaluationsstudien Nr. 3, 9–24.
- Skocpol, Theda (1996): Unravelling From Above. *The American Prospect* 25, 20–25.
- Stadt Köln (2016): *Kölner Stadtteilinformationen. Zahlen 2016*. Abrufbar unter: [https://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf15/strukturdaten/k%C3%B6lner\\_stadteilinformation\\_2016\\_si\\_1\\_2017.pdf](https://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf15/strukturdaten/k%C3%B6lner_stadteilinformation_2016_si_1_2017.pdf); zuletzt abgerufen am: 12.10.2021.
- Stadt Köln (2017a): *Kölner Stadtteilinformationen. Zahlen 2017*. Abrufbar unter: [https://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf13/stadteilinformationen\\_2017.pdf](https://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf13/stadteilinformationen_2017.pdf); zuletzt abgerufen am: 12.10.2021.
- Stadt Köln (2017b): *Wahl zum deutschen Bundestag*. Abrufbar unter: [https://www.stadt-koeln.de/wahlen/bundestagswahl/09-2017/Bundestagswahl\\_38\\_Uebersicht\\_stadteil\\_Erststimmen.html](https://www.stadt-koeln.de/wahlen/bundestagswahl/09-2017/Bundestagswahl_38_Uebersicht_stadteil_Erststimmen.html); zuletzt abgerufen am: 12.10.2021.

- Stadt Köln (2017c): *Landtagswahl – Landtagswahl 2017 in der Stadt Köln – Stadtteile*. Abrufbar unter: [https://www.stadt-koeln.de/wahlen/landtagswahl/05-2017/Landtagswahl\\_NRW\\_37\\_Uebersicht\\_stadtteil\\_Erststimmen.html](https://www.stadt-koeln.de/wahlen/landtagswahl/05-2017/Landtagswahl_NRW_37_Uebersicht_stadtteil_Erststimmen.html); zuletzt abgerufen am: 12.10.2021.
- Stein, Petra (2014): Forschungsdesigns für die quantitative Sozialforschung. In: Baur, Nina/Blasius, Jörg (Hg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer VS, 135–152.
- Steinbrecher, Markus (2009): *Politische Partizipation in Deutschland*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Stolle, Dietlind/Rochon, Thomas R. (1998): Are All Associations Alike? Member Diversity, Associational Type, and the Creation of Social Capital. *American Behavioral Scientist* 42 (1), 47–65.
- Tarrow, Sidney (1996): Making Social Science Work Across Space and Time: A Critical Reflection on Robert Putnam's Making Democracy Work. *The American Political Science Review* 90 (2), 389–397.
- Teorell, Jan (2003): Linking Social Capital to Political Participation: Voluntary Associations and Networks of Recruitment in Sweden. *Scandinavian Political Studies* 26 (1), 49–66.
- Teorell, Jan (2006): Political Participation and Three Theories of Democracy: A Research Inventory and Agenda. *European Journal of Political Research* 45 (5), 787–810.
- Terriquez, Veronica (2011): Schools for Democracy: Labor Union Participation and Latino Immigrant Parents' School-Based Civic Engagement. *American Sociological Review* 76 (4), 581–601.
- Terwey, Michael (2014): Zur Gewichtung von ALLBUS-Umfragedaten. In: Terwey, Michael/Baltzer, Stefan: *ALLBUS 1980–2012 – Variable Report. Studien-Nr. 4578*. GESIS-Variable Reports Nr. 2014|07. Köln: GESIS, iii–xix.
- Terwey, Michael/Baltzer, Stefan (2012): *ALLBUS 1998 – Variable Report. Studien-Nr. 3000*. GESIS-Variable Reports 2012|54. Köln: GESIS.
- Terwey, Michael/Baltzer, Stefan (2015): *ALLBUS 2008 – Variable Report. Studien-Nr. 4600*. GESIS-Variable Reports 2015|36. Köln: GESIS.
- Theocharis, Yannis (2015): The Conceptualization of Digitally Networks Participation. *Social Media + Society*, July-December 2015, 1–14.
- Tingsten, Herbert (1975 [1937]): *Political Behavior: Studies in Election Statistics*. New York: Arno Press.
- Uehlinger, Hans-Martin (1988): *Politische Partizipation in der Bundesrepublik*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Urban, Dieter/Mayerl, Jochen (2011): *Regressionsanalyse: Theorie, Technik und Anwendung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Van der Gaag, Martin/Snijders, Tom A. B. (2005): The Resource Generator: social capital quantification with concrete items. *Social Networks* 27, 1–29.
- Van der Meer, Tom W.G./van Ingen, Erik J. (2009): Schools of democracy? Disentangling the relationship between civic participation and political action in 17 European countries. *European Journal of Political Research* 48, 281–308.
- Van Deth, Jan W. (1990): Interest in Politics. In: Jennings, Myron Kent (Hg.): *Continuities in Political Action. A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies*. Berlin/New York: De Gruyter, 275–312.

- Van Deth, Jan W. (2001a): Soziale und politische Beteiligung: Alternativen, Ergänzungen oder Zwillinge? In: Koch, Achim/Wasmer, Martina/Schmidt, Peter: (Hg.) *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen: Leske + Budrich.
- Van Deth, Jan W. (2001b): Ein amerikanischer Eisberg: Sozialkapital und die Erzeugung politischer Verdrossenheit. *Politische Vierteljahresschrift* 42 (2), 275–281.
- Van Deth, Jan W. (2003): Vergleichende politische Partizipationsforschung. In: Berg-Schlosser, Dirk/Müller-Rommel, Ferdinand (Hg.): *Vergleichende Politikwissenschaft. Ein einführendes Studienhandbuch*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 167–187.
- Van Deth, Jan W. (2009): Politische Partizipation. In: Kaina, Viktoria/Römmele, Andrea (Hg.): *Politische Soziologie. Ein Studienbuch*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 141–161.
- Van Deth, Jan W. (2014): A conceptual map of political participation. *Acta Politica* 49 (3), 349–367.
- Veblen, Thorstein (2011 [1899]): *Theorie der feinen Leute. Eine ökonomische Untersuchung der Institutionen*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Verba, Sidney/Nie, Norman H. (1972): *Participation in America: Political Democracy and Social Equality*. New York: Harper and Row.
- Verba, Sidney/Nie, Norman H./Kim, Jae-on (1978): *Participation and Political Equality. A Seven-Nation-Comparison*. New York: Cambridge University Press.
- Verba, Sidney/Schlozman, Kay Lehman/Brady, Henry E. (1995): *Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics*. Cambridge: Harvard University Press.
- Vetter, Angelika (1997): *Political Efficacy-Reliabilität und Validität. Alte und neue Meßmodelle im Vergleich*. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag GmbH.
- Wänke, Michaela (1996): Kognitionspsychologische Ansätze zum Pretest von Fragebogen. In: Statistisches Bundesamt (Hg.): *Pretest und Weiterentwicklung von Fragebogen*. Spektrum Bundesstatistik, Band 9, 46–54.
- Weber, Max (1911): Geschäftsbericht. In: *Verhandlungen des Ersten Deutschen Soziologentages vom 19. bis 22. Oktober 1910 in Frankfurt am Main*. Reden und Vorträge von Georg Simmel, Ferdinand Tönnies, Max Weber, Werner Sombart, Alfred Ploetz, Ernst Troeltsch, Eberhard Gothein, Andreas Voigt, Hermann Kantorowicz und Debatten. Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).
- Weber, Max (2010 [1922]): *Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie*. Frankfurt am Main: Der Wunderkammer Verlag GmbH für Zweitausendeins.
- Wegener, Bernd (1989): Soziale Beziehungen im Karriereprozess. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 41 (1), 270–297.
- Weichbold, Martin (2014): Pretest. In: Baur, Nina/Blasius, Jörg (Hg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer VS, 299–304.
- Westle, Bettina/Gabriel, Oscar W. (2008): *Sozialkapital. Eine Einführung*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Wilson, John (2000): Volunteering. *Annual Review of Sociology* 26, 215–240.
- Wilson, William Julius (1987): *The Truly Disadvantaged. The Inner City, the Underclass and Public Policy*. Chicago: The University of Chicago Press.
- Wittenberg, Reinhard/Cramer, Hans/Vicari, Basha (2014): *Datenanalyse mit IBM SPSS Statistics. Eine syntaxorientierte Einführung*. Konstanz/Stuttgart: UVK-Verlagsgesellschaft.

- Wolf, Christian (2006): Egozentrierte Netzwerke. Erhebungsverfahren und Datenqualität. In: Diekmann, Andreas (Hg.): *Methoden der Sozialforschung*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 44. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 244–273.
- Wolf, Christian (2010): Egozentrierte Netzwerke: Datenerhebung und Datenanalyse. In: Stegbauer, Christian/Häußling, Roger (Hg.): *Handbuch Netzwerkforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 471–483.
- Wolf, Christof (1995): Sozio-ökonomischer Status und berufliches Prestige: ein kleines Kompendium sozialwissenschaftlicher Skalen auf Basis der beruflichen Stellung und Tätigkeit. *ZUMA-Nachrichten* 19 (37), 102–136.
- Wollebæk, Dag/Selle, Per (2002): Does Participation in Voluntary Associations Contribute to Social Capital? The Impact of Intensity, Scope, and Type. *Nonprofit and Voluntary Sector Quarterly* 31 (1), 32–61.
- Wollebæk, Dag/Selle, Per (2003): Participation and Social Capital Formation: Norway in a Comparative Perspective. *Scandinavian Political Studies* 26 (1), 67–91.
- Wollebæk, Dag/Strømsnes, Kristin (2008): Voluntary Associations, Trust, and Civic Engagement: A Multilevel Approach. *Nonprofit and Voluntary Sector Quarterly* 37 (2), 249–263.
- Woolcock, Michael/Narayan, Deepa (2000): Social Capital: Implications for Development Theory, Research, and Policy. *The World Bank Research Observer* 15 (2), 225–249.
- Zentralarchiv (Zentralarchiv für empirische Sozialforschung der Universität zu Köln) (1988): *Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften, ALLBUS 1988, Codebuch-ZA-Nr. 1670*. Köln.
- Zerback, Thomas/Schoen, Harald/Jacob, Nikolaus/Schlereth, Stefanie (2009): Zehn Jahre Sozialforschung mit dem Internet – Eine Analyse zur Nutzung von Online-Umfragen in den Sozialwissenschaften. In: Jacob, Nikolaus/Schoen, Harald/Zerback, Thomas (Hg.): *Sozialforschung im Internet. Methodologie und Praxis der Online-Befragung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 15–31.
- Zmerli, Sonja (2008): *Inklusives und exklusives Sozialkapital in Deutschland*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.